

BUCHNERS KOLLEG

12

# Geschichte

Ausgabe Bayern  
gA/eA

**PRÜF-  
DRUCK**

Die genehmigte  
Auflage erscheint  
im Festeinband.



BUCHNERS KOLLEG

12

# Geschichte

Ausgabe Bayern  
gA/eA

C.C.Buchner Verlag

# Buchners Kolleg Geschichte 12

Ausgabe Bayern gA/eA

Unterrichtswerk für die Oberstufe

Herausgegeben von Dieter Brückner, Michael Mayer und Hanne Singer  
Bearbeitet von Johannes Boxdörfer, Birgitta Helmstetter, Michael Mayer, Thomas Meißner,  
Markus Michel, Petra Nerreter, Benigna Schönhagen und Iris Vogeltanz

Zu diesem Lehrwerk ist geplant:  
Digitales Lehrermaterial **click & teach** Einzellizenz, WEB-Bestell-Nr. 320751  
Weitere Lizenzformen (Einzellizenz flex, Kollegiumslizenz) und Materialien unter  
[www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de).

Dieser Titel wird auch als digitale Ausgabe **click & study** unter [www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de) erscheinen.

Die enthaltenen Links verweisen auf digitale Inhalte, die der Verlag bei verlagsseitigen Angeboten in eigener Verantwortung zur Verfügung stellt. Links auf Angebote Dritter wurden nach den gleichen Qualitätskriterien wie die verlagsseitigen Angebote ausgewählt und bei Erstellung des Lernmittels sorgfältig geprüft. Für spätere Änderungen der verknüpften Inhalte kann keine Verantwortung übernommen werden.

An keiner Stelle im Schülerbuch dürfen Eintragungen vorgenommen werden.

Prüfdruck

1. Auflage, 1. Druck 2024

Dieses Werk folgt der reformierten Rechtschreibung und Zeichensetzung. Ausnahmen bilden Texte, bei denen künstlerische, philologische oder lizenzrechtliche Gründe einer Änderung entgegenstehen.

© 2024 C.C.Buchner Verlag, Bamberg

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlags. Hinweis zu §§ 60 a, 60 b UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und/oder in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische, digitale oder andere Wiedergabeverfahren sowie jede öffentliche Vorführung, Sendung oder sonstige gewerbliche Nutzung oder deren Duldung sowie Vervielfältigung (z. B. Kopie, Download oder Streaming), Verleih und Vermietung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags.

Redaktion: Markus Brogl, Katja Petersen und Julia Luibrand

Layout und Satz: tiff.any GmbH & Co. KG, Berlin

Illustrationen, Grafiken und Karte S. 146: tiff.any GmbH & Co. KG, Berlin

Umschlag: mgo360 GmbH & Co. KG, Bamberg

Druck und Bindung: mgo360 GmbH & Co. KG, Bamberg

[www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de)

ISBN der genehmigten Auflage: 978-3-661-32072-4

Zur Arbeit mit dem Buch ..... 7

**Kapitel 1:**  
**Die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft**

Auftakt ..... 10

**Leitfaden** für den Weg durch das Kapitel ..... 12

**Vorwissen aktivieren:** Revolution von 1848/49 ..... 14

1.1 Die Französische Revolution 1789–1795 – zentrale Aspekte (eA)\* ..... 16

1.2 Die „unerhörte Revolution“ und ihre Wahrnehmung (eA)\* ..... 16

1.3 Revolutionen „von oben“ in Bayern und Preußen (eA)\* ..... 16

1.4 Langfristige Ursachen der Revolution ..... 16

1.5 Zwischen politischem Engagement und gesellschaftlichem Rückzug ..... 24

1.6 Das Jahr 1848 – ein Kontinent im Umbruch ..... 32

1.7 National- und Freiheitsbewegungen in Europa – ein Vergleich (eA)\* ..... 38

1.8 Die Paulskirche – ein Parlament für Deutschland ..... 38

1.9 Bilanz der Revolution im Deutschen Bund ..... 48

**Kompetenzen überprüfen:** Die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft ..... 56

**Kapitel 2:**  
**Modernisierung im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik**

Auftakt ..... 60

**Leitfaden** für den Weg durch das Kapitel ..... 62

**Vorwissen aktivieren:** Deutsches Kaiserreich ..... 64

2.1 Modernisierungstheorien (eA)\* ..... 66

2.2 Gesellschaft und Partizipation im Kaiserreich ..... 66

2.3 Stabilisieren sozialstaatliche Maßnahmen das Kaiserreich? ..... 78

**Vorwissen aktivieren:** Weimarer Republik ..... 90

2.4 Die Novemberrevolution und Bedrohungen der jungen Republik ..... 92

2.5 Die Weimarer Reichsverfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie ..... 100

2.6 Wandel von Geschlechterrollen ..... 106



2.7 Die Sozialgesetzgebung der Weimarer Republik – Erfolge und Grenzen	114
2.8 Mediale und kulturelle Neuerungen	120
2.9 Jüdische Bürgerinnen und Bürger im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	128
2.10 Reaktionen auf Modernisierungsprozesse (eA)*	133
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Modernisierung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	134

### Kapitel 3: Jüdisches Leben zwischen Emanzipation und Ausgrenzung (eA)

Auftakt	138
<b>Leitfaden</b> für den Weg durch das Kapitel	140
3.1 Möglichkeiten und Grenzen der Emanzipation seit dem 18. Jh.	142
3.2 Jüdisches Leben in Kaiserreich und Weimarer Republik	154
3.3 Beiträge von Jüdinnen und Juden zu Modernisierungsprozessen	166
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Jüdisches Leben zwischen Emanzipation und Ausgrenzung	172

### Kapitel 4: Scheitern der Weimarer Republik und NS-Diktatur

Auftakt	176
<b>Leitfaden</b> für den Weg durch das Kapitel	178
<b>Vorwissen aktivieren:</b> Nationalsozialismus	180
4.1 Krise und Ende der Weimarer Republik	182
4.2 Der NS-Staat, seine Ideologie und die Deutschen	192
4.3 Verfolgungen im NS-Staat bis 1939	204
4.4 Der Zweite Weltkrieg (eA)*	216
4.5 Holocaust/Shoa und Euthanasie	216
4.6 Die nichtjüdische Bevölkerung und der Holocaust/die Shoa	226
4.7 Widerstand im Nationalsozialismus (eA)*	231
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Scheitern der Weimarer Republik und NS-Diktatur	232

## Kapitel 5: Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik

Auftakt .....	236
<b>Leitfaden</b> für den Weg durch das Kapitel .....	238
<b>Vorwissen aktivieren:</b> Deutsche Teilung .....	240
5.1 Zwei Systeme – zwei Staaten im Kalten Krieg .....	242
5.1.1 Die „doppelte Staatsgründung“ .....	242
5.1.2 Selbstverständnis und Verfassungswirklichkeit .....	248
5.2 Wirtschaftsentwicklung und Lebensverhältnisse im Vergleich .....	256
5.3 Gesellschaftlich-politischer Protest im Vergleich (eA)* .....	266
5.4 Friedliche Revolution und Wiedervereinigung .....	266
5.5 Verfassungsdiskussion zur Deutschen Einheit (eA)* .....	273
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik .....	274

## Kapitel 6: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013

Auftakt .....	278
<b>Leitfaden</b> für den Weg durch das Kapitel .....	280
<b>Vorwissen aktivieren:</b> Deutschland ab 1990 .....	282
6.1 Gesellschaftliche und politische Herausforderungen nach 1990 .....	284
6.1.1 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur .....	284
6.1.2 Umgang mit sozialen und ökonomischen Herausforderungen .....	289
6.1.3 Extremismus und Terrorismus als Gefahr für die Demokratie .....	295
6.2 Neue Rolle in der Außenpolitik .....	300
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013 .....	304

## Kapitel 7: Deutsche Demokratiegeschichte in der öffentlichen Erinnerung (eA)

Auftakt .....	308
<b>Leitfaden</b> für den Weg durch das Kapitel .....	310
7.1 Einführung: Identität durch Erinnerung .....	312
7.2 Vergleich des öffentlichen Erinnerens in Bundesrepublik und DDR .....	313
7.2.1 Die Revolution von 1848/49 .....	313
7.2.2 Die Revolution von 1918 .....	318
7.2.3 Widerstand gegen den Nationalsozialismus .....	322
7.3 Gedenk- und Nationalfeiertage in der Bundesrepublik .....	328
7.3.1 8./9. Mai 1945 .....	328
7.3.2 Nationalfeiertag und Gedenktag 17. Juni 1953 .....	332
7.3.3 Nationalfeiertag 3. Oktober 1990 .....	335
7.4 Formen des Erinnerens in der Diskussion .....	338
<b>Kompetenzen überprüfen:</b> Deutsche Demokratiegeschichte in der öffentlichen Erinnerung .....	340

## Anhang

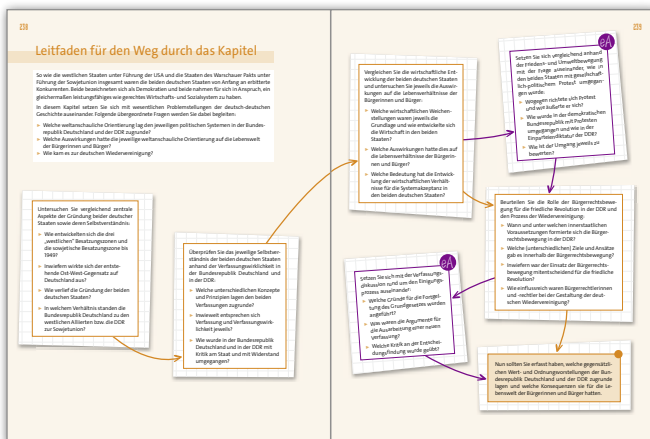
Grundlegende Begriffe .....	344
Chronologien .....	349
Methodenkarten mit Formulierungshilfen .....	351
Aufbau einer Argumentation in Klausuren .....	368
Hinweise zu einer Materialanalyse in schriftlichen Prüfungen .....	370
Analyse von Statistiken und Diagrammen .....	371
Analyse und Interpretation einer Textquelle samt Erörterungsauftrag .....	372
Personenregister .....	374
Sachwortregister .....	375
Bildquellenverzeichnis .....	381

\* Diese Inhalte werden über einen Mediacode zur Verfügung gestellt.

# Zur Arbeit mit dem Buch

## Auftaktseiten

leiten mit großformatigen Bildern, Arbeitsimpulsen und den Kompetenzerwartungen in das Großkapitel ein.

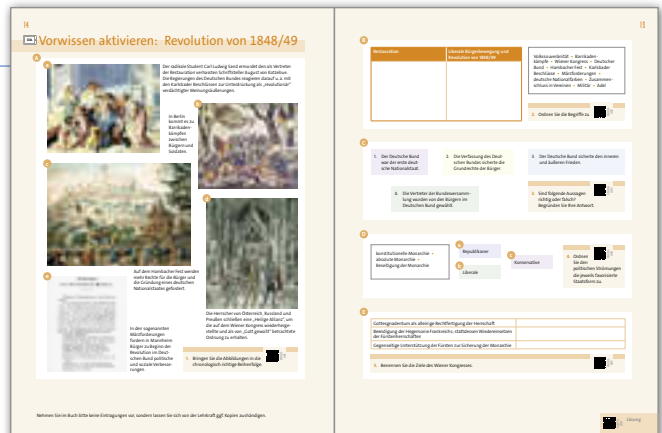


## Leitfaden

Diese Seiten zeigen den Weg durch das Kapitel auf. Leitfragen zum Großkapitel und den einzelnen Unterkapiteln strukturieren das Erkenntnisinteresse.

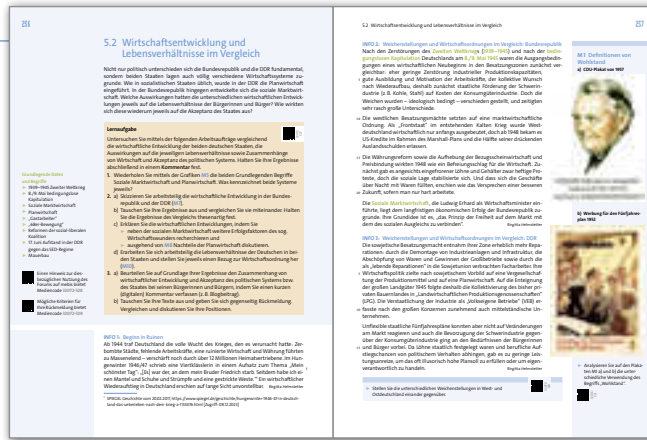
## Vorwissen aktivieren

Diese Seiten erleichtern den Rückgriff auf Grundwissen aus der Sekundarstufe I und haben einen Bezug auf grundlegende Daten und Begriffe im Oberstufenlehrplan. Sie bieten Übungen, die auf Basis des Printwerkes bearbeitet werden können. Sie sind aber auch als Digitale interaktive Anwendung verfügbar.



### Lernaufgaben

stehen jeweils zu Beginn der Unterrichtseinheit und ermöglichen eine eigenständige Erarbeitung des Themas mit Verweis auf Materialien und Darstellungstexte. Grundlegende Daten und Begriffe des jeweiligen Kapitels sind grün hervorgehoben und zu Beginn aufgelistet. Erklärungen zu ihnen finden Sie auf den Seiten 344 bis 348.

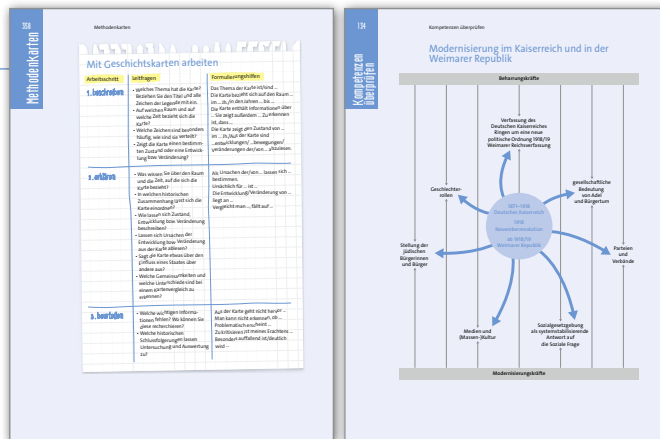


### Materialien und Darstellungen

Die INFO-Texte vermitteln ein Verständnis für historische Zusammenhänge. Die Arbeitsaufträge helfen, INFO-Texte und Materialien im Hinblick auf die Lernaufgabe zu erschließen.

### Methodenkarten

im Anhang zu allen in der Sekundarstufe I erarbeiteten Methoden unterstützen Sie u. a. bei der Auswertung von Quellen und Darstellungen. Mit Arbeitsschritten und Leitfragen sind sie einheitlich aufgebaut. Formulierungshilfen erleichtern die Darstellung der Ergebnisse.



### Kompetenzen überprüfen

Ein Schaubild visualisiert die Bezüge der wesentlichen Aspekte des Kapitels. Mit den darauffolgenden Übungen können die im vergangenen Halbjahr erworbenen Kompetenzen überprüft werden.

### Weitere digitale Angebote

**Mediencodes:** Diese führen zu digitalen Angeboten, Zusatzmaterialien oder Links.

Über den Mediencode **32072-468** gelangen Sie zur Lediz-App. Bitte behandeln Sie das digitale Zeugnis mit großem Respekt!

**Digitale Aufgabenkästen:** Hinter diesen Codes befinden sich digitale Zwillinge des Aufgabenkastens, die Operatoren- und Methodenkarten enthalten.

**Binnendifferenzierung:** Mithilfe dieser Codes können Versionen des Materials mit Annotationen und Erläuterungen heruntergeladen werden.

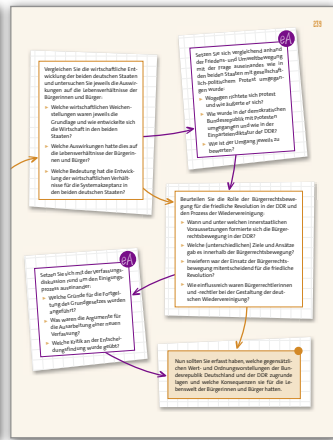
1. Arbeitsaufgabe [QR code] 32072-419

[QR code] 32072-420

# Erweitertes Anforderungsniveau (abgekürzt eA)

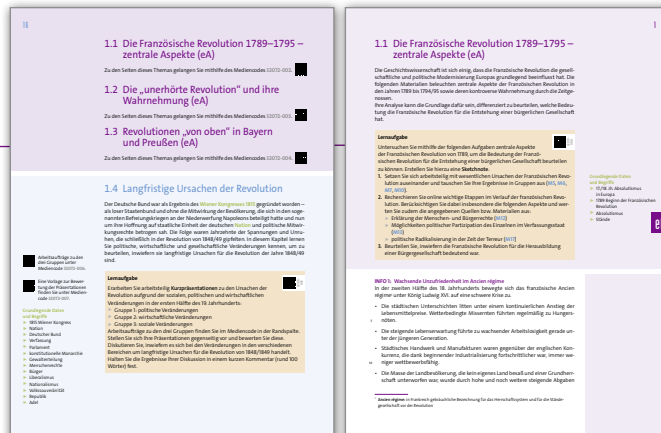
Was sich auf das eA bezieht, erkennen Sie an der Farbe violett. Im vorliegenden Band enthalten sind die beiden Vertiefungsmodule „Jüdisches Leben zwischen Emanzipation und Ausgrenzung“ (Kap. 3) und „Deutsche Demokratiegeschichte in der öffentlichen Erinnerung“ (Kap. 7).

Der Aufbau ist identisch mit den übrigen Kapiteln.



In den Kapiteln 1, 2 und 4–6 sind die Kompetenzen und Arbeitsschritte, die sich auf das eA beziehen, in den Kapitelverlauf eingebunden.

Die übrigen Inhalte des eA können Sie einfach mithilfe der Medien-codes abrufen.



Auch bei diesen Inhalten finden Sie die Struktur Lernaufgabe – Darstellungen – Materialien.



**„Die universale demokratische und soziale Republik.“**

Farblithografie von Frédéric Sorrieu, um 1848.

Ein Festzug bewegt sich von rechts nach links an einer Freiheitsstatue mit Fackel und Menschenrechtstafel vorbei. Im Vordergrund liegen zerbrochene Herrschaftszeichen. Der Himmel wird von Engels- und Märtyrergestalten bevölkert, die sich auf den Erlöser (Messias) im Zentrum der oberen Bildhälfte zubewegen.

**Feierlicher Einzug in die Paulskirche**

Holzstich von 1896 nach einer Lithografie von 1848. Der Zylinder galt in der damaligen Zeit nicht nur als Bestandteil bürgerlicher Kleidung, sondern als Kennzeichen eines freien Mannes.



**„Aktion 18. März – Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten.“**

Plakat von 1978.

Die „Aktion 18. März“ war eine Bürgerinitiative. Sie stand unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Heinrich Albertz (SPD), und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz. Nicht wenige fordern noch immer, dass der 18. März offizieller Gedenk- oder sogar Feiertag werden sollte – im Gedenken an den Beginn der Revolution in Berlin.



# 1 Die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft

Das Grundgesetz bildet in Deutschland den rechtlichen Rahmen für das friedliche und demokratische Aushandeln politischer Entscheidungen und sichert die Wahrung der persönlichen Würde jedes einzelnen Menschen. Der Weg bis zu seinem Inkrafttreten am 23. Mai 1949 war lang.

Nachdem die Französische Revolution eine tief greifende gesellschaftliche und politische Modernisierung angestoßen hatte, brach sich in den Revolutionen von 1848/49 die Unzufriedenheit eines Großteils der Bevölkerung mit den Monarchien Bahn – im Deutschen Bund und in weiten Teilen Europas.

Zwar waren die Zielsetzungen der revolutionären Massen sehr unterschiedlich. Aber viele von ihnen stritten für wesentliche Kennzeichen moderner Staaten: parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung, Schutz von Grund- und Menschenrechten und Volkssouveränität. Nach den Zugeständnissen der Fürsten ab dem Februar 1848 standen die Chancen auf Erfolg gut.

- ▶ Tragen Sie Ihre Kenntnisse zu folgenden Grundlegenden Daten und Begriffen zusammen: Revolution 1848/49, Bürgertum, Demokratie, Menschenrechte, Volkssouveränität, Gewaltenteilung.
- ▶ Analysieren Sie, welche Vorstellungen von einer Änderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse die beiden ersten Bilder vermitteln.
- ▶ Recherchieren Sie, wie und aus welchem Grund das Gedenken an den 18. März begangen wird. Vergleichen Sie mit dem Plakat von 1978.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... die Bedeutung der Französischen Revolution für die Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft differenziert beurteilen.

... die Wirkung der Französischen Revolution auf Modernisierungsprozesse beurteilen.

... kurz- und langfristige Ursachen für die Revolutionen von 1848/49 erläutern.

... unterschiedliche Reaktionen auf die Politik der Restauration seitens der Monarchien im Deutschen Bund charakterisieren.

... die Bedeutung der Ereignisse von 1848/49 im Deutschen Bund als wichtige Etappe der Demokratisierung Deutschlands bewerten.

... die Bedeutung des Ausgangs der Revolution für die Entwicklung zum Verfassungsstaat diskutieren.

... National- und Freiheitsbewegungen in verschiedenen Regionen Europas 1848/49 miteinander vergleichen und strukturelle Gemeinsamkeiten der revolutionären Ereignisse nachweisen.



## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

Der **Wiener Kongress 1815**, der erneute Revolutionen in Europa verhindern sollte und in dessen Rahmen der Deutsche Bund gegründet wurde, stabilisierte zwar das europäische Staatensystem. In den Staaten des Deutschen Bundes entwickelten sich jedoch starke Spannungen zwischen den restaurativen Beherrungskräften auf der einen Seite und der Opposition mit ihrer Forderung nach einem **Nationalstaat** und Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Diese mündeten schließlich in die Revolution von 1848/49. Folgende übergeordnete Fragestellungen werden Sie auf dem Weg durch dieses Kapitel begleiten:

- ▶ Wie reagiert die Bevölkerung auf die restaurativen Entwicklungen im Deutschen Bund?
- ▶ Was sind Voraussetzungen der Revolution in Deutschland 1848/49?
- ▶ Welche Bedeutung kommt der Revolution von 1848/49 auf dem Weg zur Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaats in Deutschland zu?

Untersuchen Sie zentrale Aspekte der **Französischen Revolution** von 1789 insbesondere in Hinblick auf folgende Leitfragen:

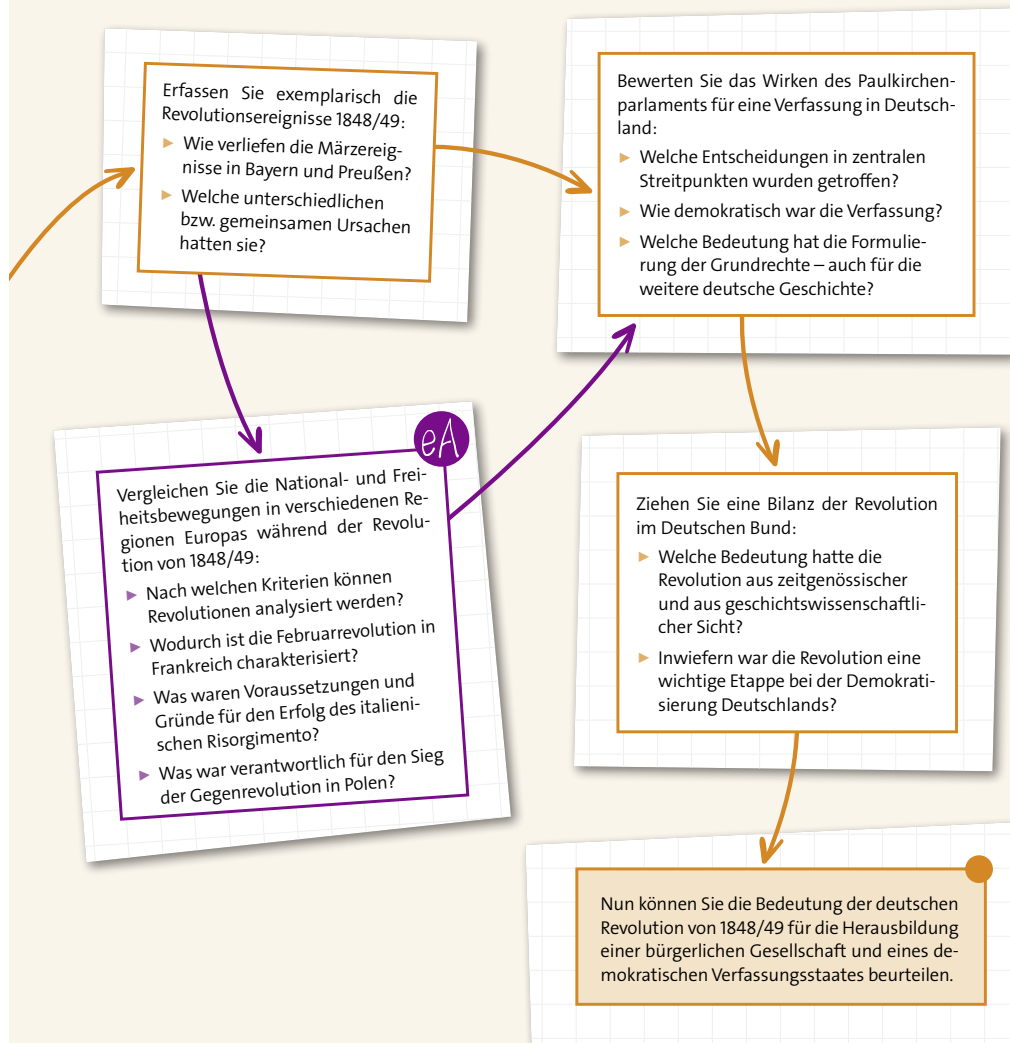
- ▶ Wie wurden die revolutionären Ereignisse von Zeitgenossen wahrgenommen und beurteilt?
- ▶ Welche Bedeutung kommt der Revolution für die Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft zu?
- ▶ Welche Wirkung hatte die Französische Revolution auf Modernisierungsprozesse in Bayern und Preußen?

Analysieren Sie zentrale Entwicklungen und Ereignisse im Vormärz ab dem Hambacher Fest 1832:

- ▶ Was stellten wesentliche politische, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen für die Revolution von 1848/49 dar?
- ▶ Welche Rolle spielte insbesondere die Februarrevolution in Frankreich?

Setzen Sie sich mit den unterschiedlichen Reaktionen auf die restaurative Entwicklung im Deutschen Bund auseinander:

- ▶ Worin fand der Rückzug ins Private seinen Ausdruck?
- ▶ Welche sozialen Gruppen engagierten sich zunehmend? Welche Forderungen erhoben die politischen Interessengruppen?



## Vorwissen aktivieren: Revolution von 1848/49

A



Der radikale Student Carl Ludwig Sand ermordet den als Vertreter der Restauration verhassten Schriftsteller August von Kotzebue. Die Regierungen des Deutschen Bundes reagieren darauf u. a. mit den Karlsbader Beschlüssen zur Unterdrückung als „revolutionär“ verdächtigter Meinungsäußerungen.

b



In Berlin kommt es zu Barrikadenkämpfen zwischen Bürgern und Soldaten.

c



Auf dem Hambacher Fest werden mehr Rechte für die Bürger und die Gründung eines deutschen Nationalstaates gefordert.

e



In den sogenannten Märzforderungen fordern in Mannheim Bürger zu Beginn der Revolution im Deutschen Bund politische und soziale Verbesserungen.

d



Die Herrscher von Österreich, Russland und Preußen schließen eine „Heilige Allianz“, um die auf dem Wiener Kongress wiederhergestellte und als von „Gott gewollt“ betrachtete Ordnung zu erhalten.

1. Bringen Sie die Abbildungen in die chronologisch richtige Reihenfolge.



Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.

B

Restauration	Liberaler Bürgerbewegung und Revolution von 1848/49

Volkssouveränität • Barrikadenkämpfe • Wiener Kongress • Deutscher Bund • Hambacher Fest • Karlsbader Beschlüsse • Märzforderungen • deutsche Nationalfarben • Zusammenschluss in Vereinen • Militär • Adel

2. Ordnen Sie die Begriffe zu.



31000-402

C

1. Der Deutsche Bund war der erste deutsche Nationalstaat.

2. Die Verfassung des Deutschen Bundes sicherte die Grundrechte der Bürger.

3. Der Deutsche Bund sicherte den inneren und äußeren Frieden.

4. Die Vertreter der Bundesversammlung wurden von den Bürgern im Deutschen Bund gewählt.

3. Sind folgende Aussagen richtig oder falsch? Begründen Sie Ihre Antwort.



31000-403

D

konstitutionelle Monarchie • absolute Monarchie • Beseitigung der Monarchie

a

Republikaner

c

Konservative

b

Liberaler

4. Ordnen Sie den politischen Strömungen die jeweils favorisierte Staatsform zu.



31000-404

E

Gottesgnadentum als alleinige Rechtfertigung der Herrschaft	
Beendigung der Hegemonie Frankreichs; stattdessen Wiedereinsetzen der Fürstentümer	
Gegenseitige Unterstützung der Fürsten zur Sicherung der Monarchie	

5. Benennen Sie die Ziele des Wiener Kongresses.



31000-405



Lösung

31000-32072-001

## 1.1 Die Französische Revolution 1789–1795 – zentrale Aspekte (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-002.



## 1.2 Die „unerhörte Revolution“ und ihre Wahrnehmung (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-003.



## 1.3 Revolutionen „von oben“ in Bayern und Preußen (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-004.



## 1.4 Langfristige Ursachen der Revolution

Der Deutsche Bund war als Ergebnis des **Wiener Kongresses 1815** gegründet worden – als loser Staatenbund und ohne die Mitwirkung der Bevölkerung, die sich in den sogenannten Befreiungskriegen an der Niederwerfung Napoleons beteiligt hatte und nun um ihre Hoffnung auf staatliche Einheit der deutschen **Nation** und politische Mitwirkungsrechte betrogen sah. Die Folge waren Jahrzehnte der Spannungen und Unruhen, die schließlich in der Revolution von 1848/49 gipfelten. In diesem Kapitel lernen Sie politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen kennen, um zu beurteilen, inwiefern sie langfristige Ursachen für die Revolution der Jahre 1848/49 sind.



Arbeitsaufträge zu den drei Gruppen unter Mediencode 32072-006.



Eine Vorlage zur Bewertung der Präsentationen finden Sie unter Mediencode 32072-007.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1815 Wiener Kongress
- ▶ Nation
- ▶ Deutscher Bund
- ▶ Verfassung
- ▶ Parlament
- ▶ konstitutionelle Monarchie
- ▶ Gewaltenteilung
- ▶ Menschenrechte
- ▶ Bürger
- ▶ Liberalismus
- ▶ Nationalismus
- ▶ Volkssouveränität
- ▶ Republik
- ▶ Adel

### Lernaufgabe

Erarbeiten Sie arbeitsteilig **Kurzpräsentationen** zu den Ursachen der Revolution aufgrund der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts:

- ▶ Gruppe 1: politische Veränderungen
- ▶ Gruppe 2: wirtschaftliche Veränderungen
- ▶ Gruppe 3: soziale Veränderungen

Arbeitsaufträge zu den drei Gruppen finden Sie im Mediencode in der Randspalte. Stellen Sie sich Ihre Präsentationen gegenseitig vor und bewerten Sie diese. Diskutieren Sie, inwiefern es sich bei den Veränderungen in den verschiedenen Bereichen um langfristige Ursachen für die Revolution von 1848/1849 handelt. Halten Sie die Ergebnisse Ihrer Diskussion in einem kurzen Kommentar (rund 100 Wörter) fest.





### INFO 1: Politische Spannungen im Deutsche Bund: Beharrung ...

- Nach den Erfahrungen während der Französischen Revolution und nach dem Ende Napoleons ging es den deutschen Fürsten in erster Linie um die Erhaltung ihrer Macht im Innern ihrer Staaten und um deren größtmögliche Souveränität nach außen. Daher war der am Ende des **Wiener Kongresses 1815** gegründete **Deutsche Bund** kein deutscher Nationalstaat, sondern ein loser Staatenbund ohne Staatsoberhaupt und ohne Zentralregierung. Gleichzeitig sahen sich die Landesfürsten allein durch Abstammung oder durch göttliche Gnade als Herrscher legitimiert, nicht durch die Zustimmung ihrer Untertanen. Nur um revolutionären Bestrebungen vorzubeugen und mitunter auch nur sehr zögerlich „gewährten“ daher die meisten, darunter auch der bayerische König, im Laufe der Jahre **Verfassungen**. Diese banden die Ausübung staatlicher Gewalt zwar an Regeln, betonten aber stets das „monarchische Prinzip“, demzufolge der Monarch der Souverän, Ursprung aller staatlichen Gewalt, Staatsoberhaupt und Inhaber der exekutiven Gewalt blieb. **Parlamente** hatten in diesen **konstitutionellen Monarchien** nur eine beratende Funktion, allenfalls das Recht, Steuererhebungen und Verfassungsänderungen zuzustimmen.

Manche dieser Verfassungen gingen konservativ Gesinnten bereits zu weit. Alles, was mit Gesellschaftsvertrag, Gewaltenteilung oder gar Volkssouveränität und Nation zusammenhing, lehnten sie als revolutionär ab. Um die bestehende „gute Ordnung“ zu erhalten, gingen sie mit aller Schärfe gegen Liberalisierungsversuche, die an das Gedankgut der Aufklärung anknüpften, vor.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

### M1 Der Deutsche Bund 1815–1866

Bei ihm handelte sich um einen Staatenbund, bestehend aus 35 souveränen Fürstentümern und vier Freien Städten. Die beiden größten Staaten Österreich und Preußen beteiligten sich an ihm allerdings nur mit ihren Gebieten, die schon bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehört hatten. Im Deutschen Zollverein schlossen sich 1834 fast alle deutschen Staaten zusammen. Auf Drängen Preußens war Österreich ausgeschlossen.

Aus der Karte geht nicht hervor, dass nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 auch das Herzogtum Schleswig zum Deutschen Bund gehörte.

\* Das Herzogtum Limburg wurde 1839 dem Deutschen Bund angegliedert.

**M2 Das Hambacher Fest am 27. Mai 1832**

Gemälde von Hans Mocznay nach einem zeitgenössischen Holzstich (vgl. S. 14), vermutlich 1948. Unter Glockengeläut und patriotischen Gesängen setzte sich am Morgen des 27. Mai 1832 ein langer Festzug vom Marktplatz in Neustadt zur Ruine auf dem Schlossberg in Bewegung. In den Staaten des Deutschen Bundes fanden 1832 rund 30 ähnliche, aber viel kleinere Veranstaltungen statt. Die Teilnehmer stammten nicht nur aus deutschen Staaten, sondern auch aus Polen, Frankreich und Großbritannien. Die Solidarität deutscher Liberaler und Demokraten mit Polen, deren verbliebenes Staatsgebiet unter russischer Fremdherrschaft stand, war groß.

- ▶ Beschreiben Sie sich das Gemälde gegenseitig.
- ▶ Analysieren Sie, welche gesellschaftlichen Gruppen am Zug auf das Hambacher Schloss teilgenommen haben und wo sich die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat bzw. Nationalstaaten allgemein findet.
- ▶ Weisen Sie anhand des Gemäldes nach, dass das Hambacher Fest gleichsam ein europäisches Großereignis gegen monarchische Unterdrückung war.



**INFO 2: ... und Bewegung**

Gegen diese konservativ-reaktionäre Richtung der „Beharrung“ regte sich jedoch der Widerstand derer, die „Bewegung“ in die bestehenden Verhältnisse bringen wollten. Dieser sehr heterogenen Opposition ging es zum einen darum, die als kulturelle Einheit empfundene „deutsche Nation“ in einem Nationalstaat zusammenzufassen. Zum andern forderte sie unter den Schlagworten „Konstitution“ und „Repräsentation“ – gleich, ob für die noch bestehenden Einzelstaaten oder für einen künftigen Nationalstaat – **Verfassungen**, in denen nicht nur **Gewaltenteilung**, Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf politische Mitsprache, sondern auch Bürger- und **Menschenrechte** garantiert sein sollten, sodass aus Untertanen **Bürger** würden. Die lange dominierende gemäßigte Richtung des **Liberalismus** setzte dabei auf Reformen und strebte als Kompromiss mit den bestehenden Verhältnissen eine **konstitutionelle Monarchie** mit einem nach dem Zensuswahlrecht<sup>1</sup> gewählten **Parlament** an.

Ab den 1830er-Jahren fand daneben die radikalere Richtung der Demokraten immer mehr Anhänger. Sie setzte dem monarchischen Prinzip die **Volkssouveränität** entgegen. Folgerichtig forderte sie wenigstens eine parlamentarische Monarchie, in der die Regierung vom Vertrauen der Mehrheit der nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählten Volksvertretung abhängig sein sollte, oder sogar eine **Republik**.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

▶ Ordnen Sie Haltungen und Ziele der vorgestellten politischen Richtungen in einer Tabelle zu.



**INFO 3: Wirtschaftliche Trends**

Schwer- und Maschinenbauindustrie gewannen im **Deutschen Bund** erst ab den 1840er-Jahren durch den Ausbau der Eisenbahnnetze an Bedeutung. Sie erhielten we-

<sup>1</sup> **Zensuswahlrecht:** Wahlrecht, bei dem das Gewicht der Stimme und die Wahlberechtigung von Steuerleistung, Vermögen und Grundbesitz abhängen.



niger durch den Deutschen Zollverein als durch staatliche Baumaßnahmen und private Gesellschaften nennenswerte Impulse. Bereits ab den 1830er-Jahren nahm die Industrialisierung aber in einigen deutschen Regionen, z. B. im Bereich der Textilproduktion, an Fahrt auf.

Handwerksbetriebe und Heimarbeit gerieten durch die preisgünstigere Konkurrenz aus England und nun auch aus Deutschland unter Druck. Das Handwerk litt oben-  
 10 drein unter einem Überangebot an Produkten und Dienstleistungen. Nach der Abschaffung des Zunftzwangs<sup>2</sup> und der Einführung der Gewerbefreiheit in immer mehr Staaten des Deutschen Bundes konnten nämlich bislang nicht selbstständige Handwerker und Kleinhändler bereits seit den 1820er-Jahren neue Betriebe eröffnen. Diese standen jedoch auf finanziell schwachen Beinen und machten sich gegenseitig Konkurrenz.

15 Insgesamt dominierte die Landwirtschaft: Rund 60 Prozent der Bevölkerung arbeiteten in diesem Sektor. Durch die allmähliche Auflösung der Grundherrschaft im Zuge der sogenannten „Bauernbefreiung“ entstand aus früheren leibeigenen oder abhängigen Bauern die riesige Masse lohnabhängiger Landarbeiter, die nun zwar persönlich frei waren, jedoch oft kaum das Existenzminimum verdienten und für die sich nun  
 20 kein Grundherr mehr verantwortlich fühlte. Kleine und mittlere Bauern litten unter besonders guten Ernten, nach denen die Preise für Nahrungsmittel sanken, ebenso wie unter schlechten Ernten, nach denen sie kaum etwas zu verkaufen hatten. Ihre Existenznot nützten vor allem östlich der Elbe finanzkräftige Grundbesitzer und erwarben riesige Güter.

25 Überhaupt lösten in dieser agrarisch geprägten Wirtschaft wetterbedingte Ernteschwankungen umfassende Wirtschaftskrisen aus. Sinkende Agrarpreise ließen die Kaufkraft der Landbevölkerung, steigende die der Stadtbevölkerung zurückgehen. Beides verursachte, wenn die Ernteextreme auch nur zwei bis drei Jahre aufeinander folgten, Einbrüche in Handel, Handwerk und Gewerbe, ein Absinken der Reallöhne,  
 30 Arbeitslosigkeit und damit ein Massenelend vor allem in den noch nicht industrialisierten Städten, das als „Pauperismus“ bezeichnet wird und schon von einigen Zeitgenossen als „Soziale Frage“ erkannt wurde.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

▶ Arbeiten Sie die zentralen wirtschaftlichen Veränderungen und ihre Folgen in Theseform heraus.



#### INFO 4: Soziale Veränderungen

In der Geschichtswissenschaft wird die deutsche Gesellschaft nach 1800 als „Übergangsgesellschaft“ auf dem Weg von der agrarischen Ständegesellschaft hin zur Industrie- und Klassengesellschaft charakterisiert. Für diesen Übergang, der 1850 noch nicht abgeschlossen war und der sich in den verschiedenen Regionen auch unterschiedlich schnell und der sich in den verschiedenen Regionen auch unterschiedlich  
 5 schnell vollzog, gibt es mehrere Indikatoren:

„Bauernbefreiung“ und Einführung der Gewerbefreiheit ermöglichten eine bis dahin unbekannte Mobilität von Bauern und Bürgern. Auf der Suche nach besserem Einkommen oder nach Arbeit überhaupt verließen immer mehr Menschen ihre bisherigen Arbeits- und Wohnstätten in Richtung der Städte. Viele Städte wuchsen und die Binnenwanderung stellte die heranwachsenden Ballungsräume vor große Aufgaben  
 10 und bedeutete für die Neuankömmlinge oft schlechte Lebensbedingungen.

<sup>2</sup> **Zunftzwang:** Verpflichtung, einer Zunft (Zusammenschluss von Menschen desselben Handwerks) anzugehören und deren Vorschriften strikt zu befolgen



Beschleunigt wurden Pauperismus, Binnenmigration und Wachstum der Städte nach dem Wegfall von Heiratsbeschränkungen durch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches von etwa 23 Millionen Menschen im Jahr 1800 auf rund 35 Millionen 1850. Mit ihm konnte der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Zeitalter der Frühindustrialisierung nicht mithalten.

Auch wenn es im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation keine Revolution gegeben hatte, gab es doch revolutionäre Veränderungen in Bezug auf Aufbau und Gliederung der Gesellschaft. Nach Säkularisation und Mediatisierung schränkten staatliche Reformen in den meisten Staaten des Deutschen Bundes die Vorrechte von Adel und Kirche weiter ein. Nicht mehr allein die Herkunft sollte den Status in der Gesellschaft bestimmen, sondern individuelle Leistung.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- Begründen Sie mit geeigneten Schlagworten in einer Mindmap, warum die Gesellschaft im Deutschen Bund eine „Übergangsgesellschaft“ war.



#### INFO 5: Schichten und Gruppen der Gesellschaft

Der **Adel** profitierte zwar weiter von seinem hohen gesellschaftlichen Ansehen und neigte eher zu konservativen Vorstellungen, die das Bestehende erhalten wollten. Aber **Bürger** nichtadliger Herkunft konnten z. B. als Großkaufleute, Fabrikbesitzer, bürgerliche Großgrundbesitzer oder Bankiers zu wirtschaftlicher Macht gelangen. Infolge dessen forderte das zahlenmäßig kleine Wirtschafts- bzw. Besitzbürgertum ganz im Sinne des **Liberalismus** einen Anteil an der politischen Macht.

Auch das aufgrund des Ausbaus von Staatsverwaltung, Universitäten und Schulen, Zeitungs- und Gesundheitswesen stark anwachsende Bildungsbürgertum drängte auf politische Mitsprache. Dabei neigten die im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Professoren mehrheitlich dem **Liberalismus** zu, während im freiberuflich tätigen Bildungsbürgertum, etwa der Journalisten, Anwälte oder Ärzte, die Mehrheit eher demokratisch-republikanisch dachte. Darin traf sie sich mit dem Gros des Kleinbürgertums aus Handwerkern, Kleinhändlern und Gewerbetreibenden. Sie fürchteten allerdings angesichts immer wiederkehrender Wirtschaftskrisen einen sozialen Abstieg in die Unterschicht und wandten sich stärker dem Konservativismus zu.

Diese Unterschicht bildete im Vergleich zur höchstens 4 bis 5 Prozent der Bevölkerung ausmachenden Oberschicht von **Adel**, Wirtschaftsbürgertum und oberem Bildungsbürgertum und zur maximal 35 Prozent umfassenden Mittelschicht des mittleren und unteren Bildungsbürgertums, des Kleinbürgertums und der Bauernschaft mit rund 60 Prozent die deutliche Mehrheit der Bevölkerung. Die Angehörigen der Unterschicht – Handwerksgesellen, Berg- und Hüttenarbeiter, Arbeiterinnen und -arbeiter in Landwirtschaft, Heimgewerbe, Manufakturen und Fabriken, Hausangestellte sowie Tagelöhner, Gelegenheitsarbeiter, städtisches und ländliches Gesinde beiderlei Geschlechts – arbeiteten angesichts des Bevölkerungswachstums mehrheitlich für geringen Lohn und unter schlechten Bedingungen und waren am ehesten von den Hungerkrisen bedroht. Wer wie sie am Existenzminimum lebte, hatte weniger theoretische politische Ziele, sondern ein praktisches „Messer- und Gabelinteresse“, d. h. den Wunsch nach Wohnung und Nahrung, repräsentierte aber in jedem Fall ein nicht zu unterschätzendes Protestpotenzial.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- Erstellen Sie aus den Informationen des INFO-Textes ein Schaubild zur Gesellschaft vor der Revolution von 1848.



## M3 Festrede auf dem Hambacher Fest



Zu den bedeutendsten Festrednern auf dem Hambacher Fest gehörten Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth. Jakob Siebenpfeiffer ist zunächst Jurist. Nachdem er als Verwaltungsbeamter im bayerischen Staatsdienst mehrmals Reformen gegen soziale Miss-

stände forderte, wird er in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. In seiner Rede verkündet er u. a.:

Vaterland – Freiheit – ja! ein freies deutsches Vaterland – dies der Sinn des heutigen Festes, dies die Worte, deren Donnerschall durch alle deutschen Gemarken drang, den Verrätern der deutschen Nationalsache die Knochen erschütternd, die Patrioten aber anfeuernd und stählend zur Ausdauer im heiligen Kampfe, „im Kampf zur Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt“. [...] Und es wird kommen der Tag, der Tag des edelsten Siegstolzes, wo der Deutsche vom Alpengebirg und der Nordsee, vom Rhein, der Donau und Elbe den Bruder im Bruder umarmt, wo die Zollstöcke und die Schlagbäume, wo alle Hoheitszeichen der Trennung und Hemmung und Bedrückung verschwinden [...]; wo freie Straßen und freie Ströme den freien Umschwung aller Nationalkräfte und Säfte bezeugen; [...] wo die deutsche Flagge, statt Tribut an Barbaren zu bringen, die Erzeugnisse unseres Gewerbefleißes in fremde Weltteile geleitet, und nicht mehr unschuldige Patrioten für das Henkerbeil auffängt, sondern allen freien Völkern den Bruderkuss bringt. Es wird kommen der Tag, wo deutsche Knaben [...] durch lebendigen Nationalunterricht und würdige Leibesübung sich zu deutschen Männern heranbilden und zu jenem Vaterlandssinn sich stählen, von dem alle politische Tugend, alle Großtat ausströmt; wo das deutsche Weib, nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers, unsern Söhnen und Töchtern schon als stammelnden Säuglingen die Freiheit einflößt, und im Samen des erziehenden Wortes den Sinn achten Bürgertums nährt; [...] wo, abschüttelnd das Joch des Gewissens, der Priester Trüg und den eigenen Irrwahn, der Deutsche zu seinem Schöpfer die unverfälschte Sprache des Kindes zum Vater redet; wo der Bürger nicht in höriger Untertänigkeit den Launen des Herrschers so und seiner knechtischen Diener, sondern dem Gesetze gehorcht, und auf den Tafeln des Gesetzes den eigenen Willen liest, und im Richter den freierwählten Mann seines Vertrauens erblickt; [...] Wir

selbst wollen, wir selbst müssen vollenden das Werk, und, ich ahne, bald, bald muss es geschehen, soll die deutsche, soll die europäische Freiheit nicht erdrückt werden von den Mörderhänden der Aristokraten. [...] Es lebe das freie, das einige Deutschland!

Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete!  
Hoch leben die Franken<sup>1</sup>, der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und Selbstständigkeit achten!  
Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört!  
Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund hoch!

Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach, unter Mitwirkung eines Redaktions-Ausschusses beschrieben von J.C.A. Wirth, Erstes Heft, Neustadt a. d. W. 1981 (Nachdruck der Originalausgabe von 1832). S. 33, 37–39, 40 und 41

1. Arbeiten Sie die Forderungen Siebenpfeiffers heraus.
2. Beurteilen Sie die revolutionäre Sprengkraft seiner Rede.



## M4 Flugblatt



Aufgrund von Missernten kam es europaweit zu Hungersnöten und Hungerrevolten mit hohen Opferzahlen. In einem anonymen Flugblatt, das vermutlich aus dem Jahr 1847 stammt, heißt es:

Der // deutsche Hunger // und die // deutschen Fürsten. // Wie ein Wüstentier stürzt sich der hohläugige, knochige Geselle, der Hunger, über die deutschen Länder und ergreift seine Beute. Greift er die FETTEN? Nein, dieses Raubtier hat ein anderes Gelüste, als die übrigen: es sucht nur magere Beute. Wen frisst es nicht? Diejenigen, die es gesandt haben. Wer sind die, welche den Hunger senden, selbst aber ihn nicht kennen? Es sind Diejenigen, die zu viel Gewalt haben und tun können, was sie sollen, oder zu

10


<sup>1</sup> Franken: Franzosen

viel Gold haben und kaufen können, was sie wollen, vor Allen aber Diejenigen, die Beides zugleich haben. Diese schaffen den Hunger, sie selbst aber hungert nicht. Sie gebrauchen den Hunger als Jagdhund, um das Volk wie ein Wild vor die Flinten ihrer Henker treiben und es zu ihrem Vergnügen erlegen zu lassen. Die das tun, sind vor Allen die FÜRSTEN. Die FÜRSTEN hungert nicht, denn sie verschleudern Millionen, welche sie dem Volke abpressen, um es mit mittelalterlichem Glanz knechten und daneben allen ihren Lüsten frönen zu können. Die ADELICHEN hungert nicht, denn sie strecken als Fürsten zweiter Klasse ihre Faust über halbe Länder hin und drücken die Abhängigen herzlos durch mittelalterliche Lasten nieder, um in Müßiggang und Schwelgerei ihre Nichtswürdigkeit hinzuschleppen. Die MINISTER und GEHEIMRÄTHE hungert nicht, denn ihnen wird das Blutgeld des Volks mit Tausenden zugeworfen, damit sie stets neue Künste zu dessen Unterdrückung aussinnen. Die DIPLOMATEN und sonstigen SPIONE hungert nicht, denn ihre Börsen strotzen vor Gold, welches der Lohn ist für Volksverrat und Liederlichkeit. Die GENERÄLE hungert nicht, denn ihnen schafft man ein glänzendes Loos, damit sie Luft behalten, das hungernde Volk niederschließen zu lassen. [...] Während in den deutschen Ländern, die Brot genug für alle ihre Bewohner hervorbringen, der Hunger wütet und das Volk überall zur Empörung treibt, herrscht in der Schweiz, der brotarmen Schweiz, die auf dem größten Teil ihres Berglandes keinen essbaren Halm erzeugt und der noch dazu rings von den Despotenländern die Zufuhr abgeschnitten ist, völlige Ruhe. Woher das? Es rührt daher, dass die Schweiz eine Republik, ein freies Land ist, welches keine Millionen vergeudende Despoten, kein stehendes Militär, kein Herr von überflüssigen Beamten, keinen mittelalterlichen Adel zu füttern hat. Es kommt daher, dass die Schweizer Regierungen vom Volke gewählt, zeitig für das Volk sorgen und sorgen müssen, wenn sie regieren wollen. Es kommt daher, dass die freie Presse und das offene Staatsleben in der Republik den Volksbetrug unmöglich macht. [...] In der Schweiz wäre es nicht möglich, dass ein Staatsoberhaupt, wie der Herr Ludwig<sup>1</sup> in München, 32 Millionen erübrigte Volksgelder an Paläste und Maitressen vergeudete und doch noch mit Lebehochs empfangen würde. In der Schweiz wäre es nicht möglich, dass ein Regent Hunderttausende an eine Hure wegwürfe, während im Volk der Hunger wütet. [...] Ist denn das nicht himmelschreiend? Wollt ihr denn das ewig dulden? Wisst ihr noch immer nicht, wohin ihr euern Zorn und eure Pöuste zu richten habt? Gegen Diejenigen richtet sie, die

<sup>1</sup> Herr Ludwig: Gemeint ist König Ludwig I. von Bayern

euch Flintenkugeln bieten statt Brod und Kerker statt Obdach! [...] Ergreift nicht die ohnmächtigen Kornwucherer, sondern die Beschützer alles Wuchers und alles Frevels gegen das Volk, die gekrönten Wucherer mit ihrem Anhang! Ergreift sie und vernichtet sie, denn ihr seht es, wenn ihr sie nicht vernichtet, vernichtet sie euch! Habt keine Nachsicht, wie sie keine haben, aber schafft Gerechtigkeit, die sie nicht wollen. Die Mutter aller Gerechtigkeit ist die Freiheit und die Stätte der Freiheit ist einzig die Republik! Nieder mit den Despoten! Es lebe die Freiheit! Es lebe die Republik!“

Transkription nach Original: Fundstelle: <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/vormarx-und-revolution/alltagsleben/die-krisejahre-184647.html>  
© Deutsches Historisches Museum, Berlin, Inv.-Nr.: Do 65/2137



1. Benennen Sie, wen der Autor des Flugblatts für die Hungersnöte verantwortlich macht, und arbeiten Sie seine Argumentation heraus.
2. Erläutern und bewerten Sie seine Intention.

#### M5 Motive des Weberaufstands 1844

Am 3. Juni 1844 zog eine Gruppe junger Männer im Fabrikdorf Peterswaldau im schlesischen Eulengebirge vor die Villa der Fabrikantenfamilie Zwanziger, um Lohnerhöhungen zu fordern, von wo sie jedoch vertrieben wurden. Am kommenden Morgen versammelten sich dort allerdings bereits 100 Weber. Da der Fabrikant geflohen war, stürmten die Handwerker die Geschäftsräume und das Warenlager, zerstörten später auch die Villa. Andere Fabrikbesitzer waren zu Zugeständnissen bereit. Am 5. Juni weiteten sich die Proteste auf den Nachbarort Langenbielau aus. Das Militär schritt ein, elf Arbeiter starben, wodurch sich die Protestierenden mit Steinen wehrten. 80 Weber wurden insgesamt zu Zuchthausstrafen verurteilt. Nach dem Aufstand erhöhten die Fabrikanten aus Angst vor erneuten Ausschreitungen jedoch die Löhne. Über die Beweggründe der Weberinnen und Weber schreibt die Historikerin Christina von Hodenberg:

So verschieden wie die Aufstandsteilnehmer selbst waren die Motive, die sie auf die Straße trieben. Aus den Äußerungen der vom Gericht verhörten Täter lassen sich aber unschwer zentrale Ansichten heraushören, die die meisten zu teilen schienen. Die „Hauptbeschwerde“ der Weber war der zu niedrige Lohn, ihr vorrangiges Ziel Lohnerhöhung. Der Haufen, der von Peterswaldau nach Langenbielau zog, schrie: „Die Fabrikanten sollen schon sehen, dass wir nicht bloßen Spaß machen, sie müssen höheren Lohn zahlen.“ Dabei hegte man allseits die Überzeugung, dass die Kürzung der Löhne ein Unrecht darstelle und der Arbeiter einen Anspruch auf „ge-

## 1.4 Langfristige Ursachen der Revolution

rechte“ Bezahlung habe. „Der Kampf galt dem Prinzip; die sich unterdrückt glaubende Armut wollte sich selbst  
 15 Recht schaffen gegen den Reichtum“, bemerkte der  
 Kommissar Kehler in seinem Bericht an die Regierung  
 ganz treffend. Allgemein klagten die Weber darüber,  
 „für ein Spottgeld arbeiten [zu] müssen“. [...] Die meis-  
 20 ten der Aufführer gaben an, sie seien aus Protest gegen  
 die verminderten Löhne auf die Straße gegangen. Hinter  
 den Protesten stand demnach das Festhalten am  
 Prinzip Lohngerechtigkeit. Die Heimweber glaubten  
 sich im Recht, wenn sie Lohnkürzung mit Zerstörung  
 vergalteten. Auch daraus erklärt sich, dass sie in aller  
 25 Ruhe Vertreter der Obrigkeit am Tatort empfangen und  
 ihnen ihre Beweggründe auseinandersetzten. Bei vielen  
 Rebellen mischten sich mit dieser „Hauptbeschwerde“  
 aber weitere Motive. An erster Stelle ist hier der Wunsch  
 nach Rache zu nennen. Im Juni 1844 entlud sich offenbar  
 30 ein lang aufgestauter Grimm gegen ungerechte Fabri-  
 kanten und protzende Reiche; er fand drastischen Aus-  
 druck in Drohungen, Beschimpfungen und Hasstira-  
 den. Die Kaufleute wurden als „Bluthunde“, „Luder“,  
 „verfluchte Kerle“ und „verfluchte Aester“ (wohl ein eigenwilliger  
 35 Plural von „Aas“) betitelt. „So ist es recht,  
 die Fabrikanten haben die Weber genug geschunden,  
 jetzt haben sie die Hosen voll“, kommentierte der Ge-  
 selle Franke befriedigt die Zerstörung der Fabrik Hilbert  
 und Andritzky. Ausdrücklich zielte man nun darauf ab,  
 40 es den Wohlhabenden einmal heimzuzahlen, ihren  
 Reichtum zu schädigen und dabei die eigenen Taschen  
 zu füllen. [...] Besondere Erbitterung hatte offenbar

auch das persönliche Verhalten einiger Kaufleute her-  
 vorgerufen. Das „Blutgericht“ klagte eindringlich über  
 den „Spott und Hohn“, den sich der fleißige Weber bei  
 45 der Ablieferung der Ware gefallen lassen müsse. „Der  
 kleinste Fehler“ im Gewebe führe zu Abzügen am Lohn,  
 und Widerreden würden mit der hämischen Bemerkung  
 „Gefällt euch nicht, dann könnt ihr gehn, am  
 Hungertuche nagen“ abgegolten. Zahlreiche zeitgenös-  
 50 sische Autoren überliefern den unbelegten Spruch des  
 Zwanziger, seine Weber könnten ja „für eine Quark-  
 schnitte arbeiten“ oder gar „Gras fressen“. Abweisende  
 Äußerungen dieser Sorte verletzten mit Sicherheit den  
 Stolz der Baumwollweber, gerade wenn sie auf die häu-  
 55 figen Bitten um Vorschuss und gerechte Bezahlung ant-  
 worteten. So trugen sie mit zum aufgestauten Zorn bei.  
 [...] Demgegenüber deutet nichts in den Verhören der  
 Täter auf politische, oppositionelle Motivationen hin.  
 [...] Ein politischer Charakter (im Sinne einer systemkri-  
 60 tischen Zielsetzung) kann dem schlesischen Aufstand  
 daher kaum zugeschrieben werden. Der Protest ent-  
 stand im Gegenteil spontan; seine Forderungen und  
 seine Ziele blieben lokal begrenzt.

Christina von Hodenberg, Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos, Bonn 1997, S. 39–42

1. Erstellen Sie ein Cluster zu den Motiven der Weberinnen und Weber.
2. Diskutieren Sie die These, der Weberaufstand sei eine erste Revolte der Arbeiterbewegung gewesen.



32072-016

## M6 Preußische Agrardurchschnittspreise pro Jahr 1844–1850

Angaben in Silbergroschen pro Scheffel (ca. 55 kg):

Kategorien	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1844	40	57	32	21	13
1845	51	65	38	26	14
1846	70	86	50	33	21
1847	87	110	67	40	30
1848	38	62	32	22	17
1849	31	61	25	18	13
1850	36	58	28	20	14

Nach: Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Zweiter Band: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Doppelrevolution“ 1815–1848/49, München 2008, S. 643

1. Berechnen Sie die jährlichen Preisentwicklungen.
2. Erklären Sie die Zusammenhänge zwischen Nahrungsmittelpreisen und politischen Krisen.



32072-017

## 1.5 Zwischen politischem Engagement und gesellschaftlichem Rückzug

Den Höhepunkt oppositioneller Aktivitäten im Deutschen Bund stellte das **Hambacher Fest 1832** dar. Auch wenn einige Monarchen aus Angst vor einer Revolution zunächst liberale Zugeständnisse machten, wurde nach kurzer Zeit eine ganze Reihe von Repressionsmaßnahmen erlassen. Auch die restaurativen Karlsbader Beschlüsse von 1819 blieben bis zur Revolution 1848/49 in Kraft. Die Bürger reagierten unterschiedlich auf diese restaurative Entwicklung im Deutschen Bund.



Einen Wortspeicher zu Aufgabe 2 stellt Mediencode 32072-019 zur Verfügung.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1832 Hambacher Fest
- ▶ Deutscher Bund
- ▶ Verfassung
- ▶ Bürgertum



Eine Auflistung möglicher Repressionsmaßnahmen bietet Mediencode 32072-020.

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mithilfe der folgenden Arbeitsaufträge mit diesen unterschiedlichen Reaktionen auseinander. Gestalten Sie abschließend ein **Streitgespräch** unter (fiktiven) Zeitgenossen über den Rückzug ins Private bzw. politisches Engagement.

1. Erläutern Sie, warum man die Zeit nach 1830 als eine „Epoche der restaurativen Repression“ bezeichnet hat.
2. Benennen Sie exemplarisch für die restaurative Entwicklung im Deutschen Bund anhand der Karlsbader Beschlüsse repressive Maßnahmen gegen nationalliberale und demokratische Bestrebungen (**M2**).
3. Charakterisieren Sie arbeitsteilig und mithilfe treffender Attribute Reaktionen auf die restaurative Entwicklung. Welche Lebensbereiche und welche Werte stehen jeweils im Vordergrund?
  - ▶ Stammgruppe 1: **M1, M3**
  - ▶ Stammgruppe 2: **M4, M5**
  - ▶ Stammgruppe 3: **M6, M7**
 Bilden Sie Experten-Gruppen mit jeweils mindestens einem Mitglied aus den Stammgruppen und tauschen Sie Ihre Ergebnisse aus.
4. Verfassen Sie ein kurzes Streitgespräch unter (fiktiven) Zeitgenossen über den Rückzug ins Private bzw. politisches Engagement. Tragen Sie ausgewählte Streitgespräche im Plenum vor.
5. Diskutieren Sie davon ausgehend Motive für die jeweiligen Haltungen und bewerten Sie den Rückzug ins Häuslich-Private.

### INFO 1: Repressionen nach der Julirevolution

Bereits ab Oktober 1830 ergriff der **Deutsche Bund** zahlreiche Maßnahmen, um Bestrebungen nach mehr Freiheit und nationaler Einheit zu unterdrücken. Bei der Zensur sollte sich das Hauptaugenmerk auf die Tagespresse richten. Allerdings konnten drohende Verbote von Zeitungen und Zeitschriften oft durch geschickte Verhandlungen der Verleger mit den Behörden verhindert werden. Überhaupt gelang den staatlichen Behörden keine lückenlose Zensur. Mitverantwortlich dafür war die in den 1830er-Jahren einsetzende Medien- und Kommunikationsrevolution. Denn durch den Einsatz von Schnellpressen wurde das Druckverfahren beschleunigt. Dadurch waren höhere, zudem günstigere Auflagen möglich. Dies wiederum führte zur Gründung weiterer Zeitungen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung in so gut wie allen deutschen Staaten. Aber auch französische oder britische Zeitungen wurden in deutschen Gebieten gelesen, sodass sich internationale Nachrichten schneller verbreiteten.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

**INFO 2: Risiken politischen Engagements**

Auch wenn nun Wissen und Meinungen für eine wachsende Leserschaft umfangreicher und schneller transportiert wurden und der liberalen und demokratischen Opposition medialen Rückenwind gaben, auch wenn der Kontroll- und Unterdrückungsapparat des **Deutschen Bundes** nicht jede oppositionelle Regung unterdrücken konnte, war das Risiko für den Einzelnen doch groß. Wer aufgegriffen und in einem der nicht öffentlichen Prozesse abgeurteilt wurde, konnte für Jahre seine Freiheit verlieren. Einige der Inhaftierten begingen angesichts von Misshandlungen und Willkür Selbstmord. Oppositionelle wie die wegen ihrer Kritik an Repression, Kleinstaaterei, aber auch an der wirtschaftlichen Not der Unterschichten steckbrieflich gesuchten Schriftsteller des „Jungen Deutschland“ Ludwig Börne, Georg Büchner und Heinrich Heine flohen ebenso ins ausländische Exil wie Karl Marx (1818–1883), der die sozialen Missstände anprangerte und in den 1840er-Jahren die Grundzüge seiner Theorie des Kommunismus entwickelte. Und wer wie sieben Göttinger Professoren 1837 Kritik an einer fürstlichen Entscheidung äußerte, verlor unter Umständen seine materielle Existenzgrundlage. Nachdem sie gegen die willkürliche Rücknahme der **Verfassung** im Königreich Hannover protestiert hatten, verloren sie alle ihre Anstellung, drei von ihnen wurden verbannt – ein Schicksal, das wenige Jahre später der Dichter Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) mit ihnen teilte, nachdem er in seinem „Lied der Deutschen“ „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ als erstrebenswert bezeichnet hatte.

Trotzdem nahm die Zahl derjenigen Liberalen beständig zu, die beharrlich eine Beschränkung fürstlicher Herrschaft durch **Verfassungen** und Freiheitsrechte forderten. Deutlichen Zulauf hatten ab den 1830er-Jahren auch diejenigen, die einen deutschen Nationalstaat anstrebten.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- ▶ Diskutieren Sie Gründe, warum die Freiheit und einen Nationalstaat fordernden Kräfte trotz der Repressionsmaßnahmen erstarkten.

**INFO 3: Das Biedermeier**

Weite Teile der Gesellschaft wichen dem Druck der staatlichen Repression aus, arrangierten sich mit den bestehenden Verhältnissen und Vorschriften und verzichteten auf regierungskritische Betätigung. Für diese systemkonforme Haltung in der Zeit des Vormärz wurde rückwirkend die Epochenbezeichnung Biedermeier geprägt. Sie geht zurück auf die fiktive Figur des schwäbischen Lehrers Weiland Gottlieb Biedermeier. Mit ihr wurde zwischen 1854 und 1857 in der in München erscheinenden humoristisch-satirischen Zeitschrift *Fliegende Blätter* der Teil des deutschen **Bürgertums** karikiert, der sich „spießbürgerlich“ völlig unpolitisch in sein Privatleben zurückzog. Tatsächlich waren Weltflucht, der Rückzug in die Familie, gemeinsames Lesen, Musizieren und Malen oder das Sammeln von Gegenständen für einen Teil des **Bürgertums** angesichts der strengen Repressionen und der scheinbaren Unveränderlichkeit der sozialen und politischen Situation in den deutschen Staaten ein Weg, ein von Sorgen unbelastetes Leben zu führen. Die Ausstattung großbürgerlicher Wohnräume mit wertvollen Möbeln in einem Stil von zeitloser Eleganz, der bald als Biedermeierstil bezeichnet wurde, verweist auf gestiegenen Wohlstand bei gleichzeitiger politischer Zurückhaltung. Der Münchner Carl Spitzweg, dessen Gemälde stilprägend für die Stilrichtung des Biedermeier in der Kunst sind, porträtierte meist skurrile Einzelpersonen oder malte idealisierte Landschaften. Die Schriftsteller dieser Strömung konzentrierten sich auf die sittlichen Ideale ihrer Zeit wie Bescheidenheit, Schicksalsergebenheit



**Ludwig Börne (1786–1837):** promovierter Rechtswissenschaftler, Publizist und Schriftsteller; radikaler Demokrat; 1830 Flucht vor Zensur und Verfolgung nach Frankreich



**Heinrich Heine (1797–1856):** aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Düsseldorf stammend; auch nach seiner Konversion zum Protestantismus keine Zulassung als Anwalt; Übersiedlung nach Frankreich und Tätigkeit als freier Schriftsteller; 1835 Publikationsverbot seiner Texte im Deutschen Bund



### M1 Der Sonntagsspaziergang

Ölgemälde von Carl Spitzweg, 1841  
Carl Spitzweg (1808–1885) stammte aus gutbürgerlichen Verhältnissen. Nach seinem Pharmaziestudium arbeitete er seit 1833, durch eine Erbschaft finanziell abgesichert, als freiberuflicher Maler in München. Ab 1844 war er Mitarbeiter der Fliegenden Blätter, für die er zahlreiche humoristische Zeichnungen anfertigte. Zu seinen Kollegen gehörte dort der Autor und Zeichner Wilhelm Busch, der Vater des Kinderbuchklassikers „Max und Moritz“ (1865). Auch wenn Spitzwegs Bilder heute als Inbegriff des harmlosen Idylls gelten, enthalten sie doch oft auch ironische Gesellschaftskritik, die sich erst auf den zweiten Blick erschließt.

- ▶ Beschreiben Sie das Gemälde. Arbeiten Sie die Aspekte des Idylls heraus. Was zeichnet dieses aus?
- ▶ Diskutieren Sie, inwiefern das Gemälde dennoch eine subtile gesellschaftliche Kritik enthält.



oder Bewahrung des inneren Friedens und kleinen Glücks, um ihre Werke vor der Zensur zu schützen. Ihre Figuren transportieren aber häufig das zeitgenössische Lebensgefühl, geprägt von Resignation, Schwermut, Verzweiflung und Entsagung.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- ▶ Charakterisieren Sie das sogenannte Biedermeier, indem Sie eine Mindmap anfertigen. Recherchieren Sie ggf. weiterführende Informationen.



#### INFO 4: Unpolitische Vereine?

Doch die Grenzen zwischen dem Rückzug ins Private und politischer Betätigung waren oft fließend. Raum für Agitation und Kritik an den bestehenden Verhältnissen boten kritischen Geistern auch vermeintlich unpolitische Vereine und Veranstaltungen. Ein Beispiel dafür ist der rheinische Karneval. Hier schulten Redner nicht nur ihr rhetorisches Talent bei Karnevalsveranstaltungen, sondern nutzten diese zum Spott über die Mächtigen und über die gesellschaftlichen Zustände.

Ähnlich verhielt es sich mit der durch Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852) bereits während der napoleonischen Kriege gegründeten und auf den ersten Blick völlig unpolitischen Turnerbewegung. Hier gab es keine Standesunterschiede; die Turner duzten sich untereinander, was für die damalige Zeit völlig untypisch war. Und im Vereinsleben ging es nicht nur um Sport, sondern auch um Geselligkeit. In einem nicht öffentlichen und daher der staatlichen Kontrolle nur eingeschränkt zugänglichen Rahmen bot sich die Gelegenheit zu Gespräch und Meinungsaustausch – auch über politische Themen. Das den ganzen Deutschen Bund umspannende Netz von Turnvereinen wurde so auch zu einem Kommunikationsnetzwerk, in dem Gleichgesinnte verschiedenster politischer Richtungen Kontakt halten konnten. Und wenn die Turner sich bei überregionalen Sportfesten und Wettkämpfen trafen, trug dies auch dazu bei, dass sich ein stärkeres gesamtdeutsches Nationalgefühl entwickelte. Das öffentliche Auftreten der Turnerschaft wurde von der konservativen Obrigkeit allerdings kritisch

20 beobachtet, zumal Jahn in enger Verbindung mit als „umstürzlerisch“ verschrienen Burschenschaften gestanden und sich in der Öffentlichkeit radikal nationalliberal geäußert hatte.

Eine ähnliche Wirkung ging von den in großer Zahl gegründeten Musikkapellen und Männergesangsvereinen aus. Auch hier trafen sich Menschen unterschiedlichen Alters, 25 verschiedener sozialer Herkunft und Berufsgruppen im Verein zu einem Ziel, das über eine reine Freizeitbeschäftigung hinausgehen konnte. Überregionale Treffen und Feste dienten am Rande des musikalischen Programms dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch und konnten sogar nationale Identität fördern, wenn Menschen aus unterschiedlichsten Regionen dieselben Lieder sangen oder dieselben Musikstücke spielten. Nicht zu vergessen: Gerade im Vormärz wurden viele Lieder verfasst, die soziale Missstände kritisierten und die Obrigkeit verspotteten. Auch Kampflieder lassen sich finden. Durch die mündliche Weitergabe konnten sie nicht zensiert werden und verbreiteten sich ungehinderter.

Turn-, Musik- und Gesangsvereine waren nicht nur dem **Bürgertum** vorbehalten, sondern öffneten sich insbesondere in den Städten auch für Angehörige der Unterschicht, vornehmlich Gesellen und unselbständigen Arbeitern. Vom Besitz- und Bildungsbürgertum dominiert waren hingegen solche Vereine, die sich der Förderung von Kunst und Wissenschaften widmeten. Theater-, Literatur-, Orchester-, Museums- oder Kunstvereine sowie wissenschaftliche Vereinigungen, die in beinahe jeder größeren 40 Stadt gegründet wurden, wurden durch die Spenden oder Stiftungen reicher Mitbürger und durch Mitgliedsbeiträge der weniger Vermögenden finanziert. In bewusster Abgrenzung von der tradierten höfisch-adligen Kultur der fürstlichen Theater und Kunstsammlungen boten sie dem **Bürgertum** die Möglichkeit, seine eigene, eine bürgerliche Kultur zu etablieren und zu pflegen. Vor allem aber demonstrierte das **Bürgertum** 45 damit seine wirtschaftliche und finanzielle Potenz und erhob Anspruch auf gesellschaftliche Anerkennung und Gleichberechtigung. Nicht zuletzt meldete es durch seine Leistung für die Gemeinschaft mehr oder weniger direkt auch seinen Anspruch auf Teilhabe an der politischen Macht an. Bei Dichterlesungen, Vorträgen und Theater- und Konzertaufführungen bot sich durch geeignete Auswahl des Programms auch die Möglichkeit, liberales und nationales Gedankengut zu verbreiten. Und indem man die Eintrittspreise für solche Veranstaltungen bewusst niedrig hielt, so dass auch die untere Mittelschicht oder sogar Gesellen und Gehilfen sie sich leisten konnten, hoffte man, sich diese Bevölkerungsgruppen zu verpflichten.

Alles in allem enthielt das Vereinswesen des Vormärz politisches Potenzial, ganz 55 gleich, ob die Vereinsmitglieder dieses bewusst nützten oder ob sie sich im Verein nur engagierten, um die misslichen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zu vergessen und gar nicht wahrnehmen wollten, dass Vereine im öffentlichen Raum langfristig politische Wirkung entfalten konnten. Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner



**Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852):**

deutscher Pädagoge, Publizist und Politiker; bekannt als Turnvater Jahn. Er initiierte die Turnbewegung, den deutschen Sport, in der er nicht nur Leibeserziehung, sondern ein Instrument zur Ausprägung nationaler und liberaler Ideen sah.



Die krisenhafte Zuspitzung der politischen Lage verdeutlicht eine Chronologie, die mithilfe von Mediencode 32072-024 abgerufen werden kann.

► Bewerten sie, ob die Bezeichnung „Biedermeier“ für die Zeit zwischen 1830 und 1848 passend ist.





**M2 Karlsbader Beschlüsse vom 20. September 1819**

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Wiener Kongresses forderten unterschiedliche Bevölkerungsgruppen mehr bürgerliche Freiheiten und einen deutschen Nationalstaat. Die Lage spitze sich rasch zu und gipfelte 1819 in der Ermordung des konservativen Schriftstellers August von Kotzebue durch einen radikalen Studenten. Sie war für die Vertreter eines konservativ-restaurativen Kurses um den österreichischen Kanzler Metternich Anlass für die Durchsetzung von Gesetzen, die als Karlsbader Beschlüsse bis zur Revolution 1848 in Kraft blieben und die Grundlage für eine Unterdrückung der Opposition bildeten.

**a) Bundes-Universitätsgesetz:**

- §1) Es soll bei jeder Universität ein [...] landesherrlicher Bevollmächtigter [...] von der Regierung angestellt werden. Das Amt dieses Bevollmächtigten soll sein, über die strengste Vollziehung der bestehenden Gesetze und Disziplinarvorschriften zu wachen, den Geist, in welchem die akademischen Lehrer bei ihren öffentlichen und Privatvorträgen verfahren, sorgfältig zu beobachten [...].
- §2) Die Bundesregierungen verpflichten sich gegeneinander, Universitäts- oder andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Überschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Missbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüter der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren, ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen [...]. Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem andern Bundes-Staate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden. [...].
- §4) Kein Studierender, der [...] von einer Universität verwiesen worden ist, [...] soll auf einer anderen Universität zugelassen, auch überhaupt kein Studierender ohne ein befriedigendes Zeugnis seines Wohlverhaltens auf der von ihm verlassenen Universität von irgendeiner anderen Universität aufgenommen werden.

**b) Bundes-Preßgesetz:**

§1) So lange als der gegenwärtige Beschluss in Kraft bleiben wird, dürfen Schriften, die in der Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen im Druck stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmigung der Landesbehörden zum Druck befördert werden. [...]

Beide Texte zitiert nach: Wolfgang Lautemann und Manfred Schlenke (Hrsg.), Geschichte in Quellen, Das bürgerliche Zeitalter 1815–1914, bearbeitet von Günter Schönbrunn, München 1980, S. 86f.

1. Erstellen Sie eine Liste, in der sie die Maßnahmen stichpunktartig festhalten.
2. Beurteilen Sie, ob diese dazu geeignet waren, revolutionäre Bewegungen dauerhaft zu unterdrücken.

**M3 Gebet (Eduard Mörike)**

Die beiden Gedichtstrophen wurden zunächst getrennt und erst 1848 in der folgenden Fassung veröffentlicht:

Herr! schicke, was du willst,  
 Ein Liebes oder Leides;  
 Ich bin vergnügt, daß beides  
 Aus Deinen Händen quillt.  
 Wollest mit Freuden  
 Und wollest mit Leiden  
 Mich nicht überschütten!  
 Doch in der Mitten  
 Liegt holdes Bescheiden.

Eduard Mörike, Sämtliche Werke in zwei Bänden. Band 1, München 1967, S. 773

► Charakterisieren Sie die hier zum Ausdruck gebrachte biedermeyerliche Emotionalität.

M4 Der Hessische Landbote

a) Erste Seite der originalen Erstausgabe. Die acht Seiten umfassende Schrift wird 1834 in Offenbach in einer Auflage von ca. 1000 Exemplaren gedruckt. Sie erscheint ohne Nennung der Autoren und ist eine Gemeinschaftsarbeit des Medizinstudenten Georg Büchner und dem Lehrer und Pfarre Friedrich Ludwig Weidig.



Hebt die Augen auf und zählt das Häußl ein eurer Pres- 20  
ser, die nur stark sind durch das Blut, das sie euch aus-  
saugen, und durch eure Arme, die ihr ihnen willenlos  
leihet. [...]

Wohl drohen sie mit [Gewalt], aber ich sage euch: Wer  
das Schwert erhebt gegen das Volk, der wird durch das  
Schwert des Volkes umkommen. Deutschland ist jetzt 25  
ein Leichenfeld, bald wird es ein Paradies sein. Das deut-  
sche Volk ist Ein Leib, ihr seid ein Glied dieses Leibes. Es  
ist einerlei, wo die Scheinleiche zu zucken anfängt.  
Wann der Herr auch seine Zeichen gibt durch die Män-  
ner, durch welche er die Völker aus der Dienstbarkeit 30  
zur Freiheit führt, dann erhebet euch und der ganze  
Leib wird mit euch aufstehen.

Ihr bückt euch lange Jahre in den Dornäckern der  
Knechtschaft, dann schwitzt ihr einen Sommer im  
Weinberge der Freiheit, und werdet frei sein bis ins tau- 35  
sendste Glied.

Ihr wühltet ein langes Leben die Erde auf, dann wühlt  
ihr euren Tyrannen ein Grab. Ihr bautet die Zwing-  
burgen, dann stürzt ihr sie, und bauet der Freiheit Haus.  
Dann könnt ihr eure Kinder frei taufen mit dem Wasser 40  
des Lebens. Und bis der Herr euch ruft  
durch seine Boten und Zeichen, wachet und rüstet euch  
im Geiste und betet ihr selbst und lehrt eure Kinder be-  
ten: „Herr, zerbrich den Stecken unserer Treiber und  
lass dein Reich zu uns kommen, das Reich der Gerech- 45  
tigkeit. Amen.“

Georg Büchner, Der hessische Landbote, hrsgg. von Uwe Jansen, Stuttgart 2016, S. 5f. und 20

b) Auszüge

Friede den Hütten! Krieg den Palästen!  
Im Jahr 1834 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen ge-  
straft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Hand-  
werker am 5. Tage, und die Fürsten und Vornehmen am  
6. gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt:  
Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht, und  
hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das  
Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag; sie woh-  
nen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie  
haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache;  
das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker.  
Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber  
geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihm mit den  
Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und lässt ihm die  
Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag;  
Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein  
Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem  
Tische der Vornehmen. [...]



- 1. Am Anfang spielt Büchner auf die Schöpfungsgeschichte im Alten Testament der Bibel an (Genesis 1). Arbeiten Sie heraus, womit jeweils die Bauern und Bürger einerseits und die Fürsten und Vornehmen andererseits verglichen werden.
- 2. Die damalige Gesellschaft war vom Christentum und den Kirchen geprägt. Beurteilen Sie, welche Wirkung Büchner mit dem Vergleich erzielen will.
- 3. Auch der Satz in den Zeilen 23 bis 25 ist ein Zitat aus der Bibel. Erklären Sie, was Büchner damit ankündigen will.

M5 Deutschland, ein Wintermärchen

Heinrich Heine (1797–1856) ist 1831 nach Paris emigriert, bereits vier Jahre bevor der deutsche Bundestag seine Schriften in allen deutschen Staaten verboten hat. Ende 1843 kehrt er noch einmal für wenige Wochen für einen Besuch bei seiner Mutter in Hamburg zurück. Über das empfundene Gefühl bei diesem letzten Besuch in Deutschland entwirft er ein umfangreiches Versepos „Deutschland. Ein Wintermärchen“. Die Karlsbader Be-

schlüsse sahen vor, dass Manuskripte von mehr als 320 Seiten nicht der Zensur unterlagen. Dennoch wird der Text kurz nach seiner Veröffentlichung in Preußen und anderen Staaten verboten, beschlagnahmt und ein Haftbefehl gegen Heine ausgesprochen. In zwei Strophen aus dem ersten Kapitel schrieb Heine darin:

Ein neues Lied, ein besseres Lied,  
O Freunde, will ich euch dichten!  
Wir wollen hier auf Erden schon  
Das Himmelreich errichten.

- 5 Wir wollen auf Erden glücklich sein,  
Und wollen nicht mehr darben;  
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,  
Was fleißige Hände erwarben.

Zitiert nach: [https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/heine\\_wintermaehren\\_1844?p=25](https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/heine_wintermaehren_1844?p=25) [Zugriff: 23.09.2023]

► Erklären Sie, welche revolutionäre Sprengkraft in diesen Zeilen steckt.



### M 6 Die deutsche Turnkunst

Der Pädagoge Friedrich Jahn, als „Turnvater Jahn“ bekannt, schreibt 1816:

- [...] Im Sommer 1812 wurden zugleich mit dem Turnplatz die Turnübungen erweitert. Sie gestalteten sich von Turntag zu Turntag vielfacher, und wurden unter freudigem Tummeln im jugendlichen Wettstreben auf  
5 geselligem Wege gemeinschaftlich ausgebildet. Es ist nicht mehr genau auszumitteln, wer dies und wer das zuerst entdeckt, erfunden, eronnen, versucht, erprobt und vorgemacht. Von Anfang an zeugte die Turnkunst einen großen Gemeingeist und vaterländischen Sinn,  
10 Beharrlichkeit und Selbstverläugnung. Alle und jede Erweiterung und Entwicklung galt gleich als Gemeingut. So ist es noch. Kunstneid, das lächerliche Laster der Selbstsucht, des Elends und der Verzweiflung, kann keinen Turner behaften. [...]

Friedrich Jahn und Ernst Eiselein, Die deutsche Turnkunst, zur Einrichtung der Turnplätze dargestellt, Berlin, 1816. S. V–VI

1. Skizzieren Sie, welche Eigenschaften Jahn mit den Turnern verbindet.
2. Beurteilen Sie, inwiefern die Turnvereine auch gesellschaftliche Auswirkungen haben könnten.



### M 7 Die längste Bürgerinitiative

a) Der Kölner Zentral-Dombau-Verein ist am 14. Februar 1842 gegründet worden. Über die Hintergründe des Vereins sprach 2017 Michael Hoffmann, Präsident des Zentral-Dombau-Vereins, mit Verena Tröster von domradio.de:

**domradio.de:** Der Dombau-Verein ist die am längsten andauernde Bürgerinitiative Deutschlands. Wie war das vor 175 Jahren – wieso wurde sie damals im traditionsreichen Kölner Gürzenich gegründet?

**Michael Hoffmann (Präsident des Zentral-Dombau-Vereins):** Normalerweise sind die Bürgerinitiativen ja nur ein paar Jahre oder überschaubar lang. Hintergrund war der Weiterbau des Kölner Doms. Die Kölner waren etwas müde geworden, diesen Torso seit 300 Jahren im Herzen der Stadt zu haben. Und schon Sulpiz Boisserée, Anfang des 19. Jahrhunderts, hat sich um den Weiterbau des Kölner Doms bemüht, aber in Berlin stieß man da auf taube Ohren. König Friedrich III. war nicht besonders begeistert, den Kölner Dom als eine Art nationales Denkmal fertigzubauen. Als Protestant hat er das eher abgelehnt. Aber der Kronprinz, der dann 1840 König Friedrich Wilhelm IV. wurde, ließ sich durchaus begeistern. Und so kam Hoffnung auf und man stellte den Antrag, dass der Dom weiter gebaut werden sollte. König Friedrich Wilhelm IV hat zwar auch Geld dazu gegeben, aber er hat gesagt, die Bürgerinnen und Bürger müssten auch etwas dazutun. Und das war die Geburtsstunde des Zentral-Dombau-Vereins.

**domradio.de:** Schon in wenigen Tagen stieg die Zahl der Mitglieder um fast 2000 Unterstützer. Woher kam die Begeisterung?


**Hoffmann:** Die Begeisterung war nach jahrhundertelangem Warten überwältigend. Wir haben im Gürzenich eine Dokumentation, wo sich 3327 Kölner Bürger versammelt haben, um den Zentral-Dombau-Verein zu gründen. Wenig später waren es schon 5000 Mitglieder und überall in und außerhalb Europas waren plötzlich 150 Hilfsvereine, damals hießen die noch Hilfsvereine, gegründet worden, sodass eigentlich nach der Gründung des Dombau-Vereins Köln drei bis vier Monate später daraus der Zentral-Dombau-Verein entstand. Die Hilfsvereine lösten sich wieder auf, aber den Zentral-Dombau-Verein gibt es bis heute. Und wir sind natürlich glücklich, heute unseren Geburtstag feiern zu können.

**domradio.de:** Sie sind der Präsident, ich sehe das in Ihren Augen, für Sie ist das auch Berufung, oder?

**Hoffmann:** Ja, Überzeugung, Berufung, Leidenschaft, das kann man schon sagen. Und ich glaube, dass alle, die mich kennen, das auch wissen. Ich glaube nicht, dass es  
 45 viele Menschen in meinem näheren Umfeld gibt, die nicht Mitglied im Dombau-Verein sind. [...]

175 Jahre Kölner Dombau Verein, <https://www.domradio.de/artikel/175-jahre-koelner-dombau-verein>, [Zugriff: 14.02.2023]

1.



32072-032

1. Benennen Sie Gründungsmotiv und Ziel des Kölner Zentral-Dombau-Vereins.
2. Diskutieren Sie, ob sich bzw. welche Rückschlüsse sich aufgrund des Erfolgs des Dombau-Vereins auf „die Bürgerin“ und „den Bürger“ ziehen lassen.
3. Erläutern Sie, welchen Eindruck der Künstler mit seiner Darstellung des Festaktes vermitteln will. Gehen Sie dabei insbesondere auf das Verhältnis der Menschengruppen im Vorder- und Hintergrund ein.

**b) Grundsteinlegung  
 Lithografie von Georg Osterwald, 1842**




**M8 Volksunruhen in Deutschland 1816–1847**

Konfliktfeld	1816–1829	1830–1839	1840–1847	Summe
universitär <sup>1</sup>	13	13	5	31
religiös <sup>2</sup>	9	20	17	46
politisch <sup>3</sup>	4	72	33	109
sozioökonomisch <sup>4</sup>	3	28	103	134
Summe	29	133	158	320

Nach: Richard Tilly, Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1980, S. 154 (vereinfacht)

1.



32072-033

1. Beschreiben Sie die Entwicklung des Protestverhaltens.
2. Erklären Sie die Zunahme des Anteils politischer und sozioökonomischer Konflikte ab 1830.

<sup>1</sup> Studenten waren Hauptakteure.

<sup>2</sup> Religion war, zumindest vorgeblich, Hauptobjekt des Konfliktes.

<sup>3</sup> Der Protest war gegen den Staat mit seinen Organen gerichtet, um politische Änderungen durchzusetzen (Auswechseln eines bestimmten Staatsbeamten, Forderung nach einem neuen Gesetz).

<sup>4</sup> gewalttätige Streiks, Brotkrawalle, Maschinenstürmerei, massenhaftes gesetzwidriges Betreten von Wäldern und Feldern, Steueraufbruch und Tumulte

## 1.6 Das Jahr 1848 – ein Kontinent im Umbruch

Im Jahr 1848 kam es in zahlreichen europäischen Ländern zu Aufständen und Revolutionen. Historikerinnen und Historiker sprechen deshalb oft von der „europäischen Revolution“. Dabei entluden sich die gesellschaftlichen und politischen Spannungen der letzten Jahrzehnte, aber auch neu entstandene Konflikte zwischen Teilen der Bevölkerung und den monarchischen Regierungen. Im Folgenden liegt der Fokus auf den Ereignissen im Deutschen Bund, insbesondere auf den Mitgliedstaaten Bayern und Preußen.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1848/49 Revolution in Deutschland
- ▶ Deutscher Bund
- ▶ Verfassung

### Lernaufgabe

Setzen Sie sich mit den Revolutionsereignissen in Deutschland 1848/1849 auseinander, indem Sie auf Grundlage der folgenden Arbeitsaufträge **Schaubilder** zur Märzrevolution in Preußen und Bayern erstellen.

1. Erläutern Sie die in **M2** genannten Forderungen vor dem Hintergrund zeitgenössischer Krisen und beurteilen Sie die Bedeutung der Februarrevolution 1848 in Frankreich.
2. Recherchieren Sie online und arbeitsteilig die Märzereignisse in Preußen bzw. Bayern im Überblick und unter Berücksichtigung der Forderungen sowie der Reaktion des preußischen bzw. bayerischen Königs (**M3–M6**).
3. Analysieren und interpretieren Sie eine digitale Quelle (z. B. Bildquelle oder Flugblatt), die Ihrer Meinung nach besonders gut geeignet ist, um die revolutionären Ereignisse in Bayern bzw. Preußen im Rahmen Ihres Schaubildes zu veranschaulichen.

Werten Sie die von Ihnen selbst analysierten Schaubilder im Rahmen eines **Gallery Walks** aus. Geben Sie zu drei Schaubildern ein begründetes Feedback.



### INFO 1: Ursachen für die Revolutionen im Deutschen Bund

Auch wenn die Erhebungen in den Staaten jeweils spezifische Gründe hatten, gibt es einige übergreifende lang- und kurzfristige Ursachen:

- die zunehmende Verelendung weiter Teile der Bevölkerung, durch Mangelversorgung u. a. infolge von Missernten und geringeren Arbeitseinkommens;
- Wut und Angst hinsichtlich der wirtschaftlichen Veränderungen im Zuge der Industrialisierung;
- der Ruf nach politischer Mitbestimmung, einer Beschränkung von Fürstentum durch Verfassungen und weiteren Freiheitsrechten;
- die Forderung nach Gründung eines Nationalstaats. Dabei hatte die Nationalbewegung im **Deutschen Bund** und in Italien die Vereinigung von Staaten zum Ziel. Da die polnischen Gebiete Preußen, Österreich und Russland unterstanden und Ungarn Teil des österreichischen Habsburgerreiches war, kämpften Nationalisten dort – wie auch in Italien – für die Abschüttelung der Fremdherrschaft;
- die zunehmende Verelendung weiter Teile der Bevölkerung, durch Mangelversorgung u. a. infolge von Missernten und geringeren Arbeitseinkommens in den 1840er-Jahren;

- das geschwundene Vertrauen in die Bereitschaft und Fähigkeit der Regierungen, Missstände abuschaffen und die daraus entstandene umfassende Legitimitätskrise des restaurativen Systems.
- 20 Unmittelbarer Auslöser der europaweiten revolutionären Ereignisse war wie schon 1789 und 1830 Frankreich. Dort hatte die wachsende Unzufriedenheit im Februar 1848 zu Aufständen in Paris geführt. Der König floh ins Exil. Im Gegenzug wurde eine provisorische Regierung gebildet. In vielen deutschen Staaten feierten nationale, liberale und demokratische Gruppen die revolutionären Ereignisse in Frankreich. Danach entwickelte sich zunächst vor allem in Städten des **Deutschen Bundes**, aber auch in ländlichen Gebieten, in denen Bauern ihren adligen Grundherren Abgaben und Frondienste leisten mussten, eine Protestwelle: Auf einer von Demokraten organisierten Versammlung in Mannheim am 27. Februar 1848, an der mehrere tausend Menschen teilnahmen, wurde eine Petition formuliert, die am 1. März dem Präsidenten der badischen Abgeordnetenversammlung übergeben wurde. Die darin enthaltenen „Märzforderungen“, u. a. Pressefreiheit, eine Verfassung für einen deutschen Nationalstaat und bessere Bildung, wurden vielerorts noch um soziale Forderungen erweitert. Dadurch wurde die Unterstützung der sozialen Unterschichten gesichert.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- ▶ Stellen Sie kurz- und langfristige Ursachen tabellarisch gegenüber. Greifen Sie dabei auch auf Ihre Argumentationen aus Teilkapitel 1 zurück.



### INFO 2: Der Aufstand in Bayern

- In Bayern schien König Ludwig I. zunächst die Hoffnung auf eine liberale Herrschaft zu bestätigen. Denn er hatte sich bereits früh als Anhänger der Verfassung von 1818, die als eine der fortschrittlichsten der damaligen Zeit galt, geöffnet und kurz nach seinem Amtsantritt die Pressezensur aufgehoben. Allerdings wurde sein Regierungsstil zunehmend autoritärer und selbstherrlicher. Denn für ihn hatte das monarchische Prinzip Vorrang, weshalb er keinerlei Opposition im bayerischen Landtag akzeptierte.

- Nach der Julirevolution in Frankreich 1830, in deren Gefolge es in mehreren bayerischen Orten, vor allem in Franken und in der Pfalz (u. a. **Hambacher Fest**, siehe S. 18), zu mehreren Kundgebungen für einen Nationalstaat und mehr Freiheitsrechte kam, wuchs die Furcht vor einer Revolution. Die Pressefreiheit wurde wieder abgeschafft und die Opposition mithilfe von harten Strafen und dem Einsatz von Militär unterdrückt. Hinzu kam die Affäre Ludwigs I. mit Lola Montez, einer irischen Bürgerin, hinzu. Lola Montez stand zwar einerseits liberalen Ideen offen gegenüber und nahm in diesem Sinne politischen Ein-



### M1 Erstürmung des Zeughauses in München

Lithografie von Valentin Ruths, 1848.

Auch nachdem König Ludwig I. in der Affäre um Lola Montez nachgegeben hatte, drängten weite Teile der Bevölkerung weiterhin auf Reformen. Am 4. März stürmte eine Menschenmenge das Zeughaus in München, entwendete daraus Waffen und zog weiter zu einem Platz vor der Residenz. Erst die Ankündigung von Prinz Carl, dem Bruder des Königs, zur Beschließung weiterer Reformen werde der Landtag einberufen, beruhigte die Situation. Die Aufständischen brachten die Waffen ins Zeughaus zurück.

- ▶ Die Lithografie zeigt nicht die Kämpfe, sondern die Situation nach der erfolgreichen Erstürmung. Erklären Sie, warum.
- ▶ Diskutieren Sie, welche Wirkung durch die Bildeinteilung erzielt wird.





fluss, andererseits pflegte sie einen für das von Hungersnot geprägte Jahr 1847 verschwenderischen Lebensstil auf Kosten der Steuerzahler.

Ab dem 7. Februar 1848 kam es in München zu einem mehrtägigen Aufruhr unter Studenten, in dessen Folge Lola Montez vom König ausgewiesen wurde und in die sichere Schweiz emigrierte. Mit dieser symbolischen Geste allein konnte der König seine Macht allerdings nicht retten, denn auch in anderen bayerischen Städten kam es zu Protesten, bei denen Reformen und die Garantie persönlicher Freiheiten gefordert wurden. Anfang März erreichte den König eine Petition Tausender Bürger. Außerdem gab es einen Angriff auf das Zeughaus in München, wo Demonstranten Waffen entwendeten. Unter diesem Druck reagierte Ludwig I. am 6. März mit einer Proklamation, die die Unruhen befriedete. Wie in vielen anderen deutschen Fürstentümern, zeigte sich auch hier die Obrigkeit kompromissbereit und setzte liberale Märzministerien ein, wurde dafür aber nicht gestürzt. Ludwig I. trat trotzdem freiwillig am 19. März als König zurück, da er das monarchische Prinzip und seine königliche Würde verletzt sah. Sein Sohn Maximilian II. setzte die meisten der versprochenen Reformen innerhalb weniger Wochen um. Damit schien die radikale Revolution in Bayern abgewendet.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

### INFO 3: Revolution in Preußen

In Preußen wurden die nach dem Wiener Kongress hinzugekommenen westlichen Provinzen am Rhein, in denen durch die zeitweilige französische Herrschaft liberales Gedankengut weit verbreitet war, zuerst von der Revolution erfasst. Dabei wurden Forderungen nach Beseitigung der Monarchie und Einführung einer Republik laut. In der Hauptstadt Berlin verfassten Tausende eine „Adresse“ an den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. Unter den Teilnehmern der Demonstration am 13. März 1848 waren neben Studenten und bürgerlichen Liberalen besonders viele Arbeiter, die für soziale Anliegen kämpften. Nach dem Versuch, die Unruhen militärisch niederzuschlagen, kam es zu tagelangen blutigen Barrikadenkämpfen zwischen der preußischen Armee und Demonstranten in Berlin, die zahlreiche Todesopfer forderten.

Am 18. März sah sich der König schließlich zu Reformen (u. a. Pressefreiheit und konstitutionelle Verfassung für Preußen) gezwungen. Trotzdem kippte die Stimmung bei deren Verkündung. Das Militär wurde eingesetzt, um den Schlossplatz von Demonstranten zu räumen, woraufhin diese aus Enttäuschung und Wut sich in den Straßen verbarrikadierten. Bis zu 4000 aktive Kämpfer sowie mehrere zehntausend Unterstützerinnen und Unterstützer standen 14000 preußischen Soldaten gegenüber. Die Innenstadt Berlins verwandelte sich in ein Schlachtfeld mit über dreihundert Toten allein in dieser Nacht. Um zu deeskalieren, verfasste der preußische König persönlich das Schriftstück „An meine lieben Berliner!“ Er ließ die Soldaten abziehen, erwies den auf dem Schlossplatz aufgebahrten Märzgefallenen seine Ehre und ernannte am 19. März ein liberales Märzministerium. Damit nutzte Preußen die Gelegenheit, sich an die Spitze der Revolutionsbewegung deutscher Staaten zu stellen.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

1. Arbeiten Sie aus der Darstellung der Frühphase der Revolution im Deutschen Bund (INFO-Texte 2 und 3) heraus, was man unter den sogenannten „Märzereignissen“ versteht.
2. Fassen Sie die Revolutionsereignisse in Bayern und Preußen zusammen, indem Sie Schlagzeilen dazu entwerfen.



## M2 Märzforderungen – 27. Februar 1848

Vier Tage nach Beginn der Februarrevolution in Paris, verfassten Mannheimer Bürger eine Bittschrift und senden sie an das badische Parlament:

Eine ungeheure Revolution hat Frankreich umgestaltet. Vielleicht in wenigen Tagen stehen französische Heere an unseren Grenzmarken, während Russland die seinen im Norden zusammenzieht. Ein Gedanke durchzuckt Europa. Das alte System wankt und zerfällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger geduldig zusehen, wie es mit Füßen getreten wird. Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes. Die Zeit ist vorüber, die Mittel zu diesen Zwecken lange zu beraten. Was das Volk will, hat es durch seine gesetzlichen Vertreter durch die Presse und durch Petitionen deutlich genug ausgesprochen. Aus der großen Zahl von Maßregeln, durch deren Ergreifen allein das deutsche Volk gerettet werden kann, heben wir hervor:

1. Volksbewaffnung mit freien Wahlen der Offiziere.
2. Unbedingte Pressefreiheit.
3. Schwurgerichte nach dem Vorbild Englands.
4. Sofortige Herstellung eines deutschen Parlaments.

Diese vier Forderungen sind so dringend, dass mit deren Erfüllung nicht länger gezögert werden kann und darf. Vertreter des Volkes! Wir verlangen von euch, dass ihr diese Forderungen zu ungesäumter Erfüllung bringt. Wir stehen für dieselben mit Gut und Blut ein und mit uns, davon sind wir durchdrungen, das ganze deutsche Volk.

Zitiert nach: Karl Obermann, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970. S. 41f.

1. Erläutern Sie, wie die Mannheimer Bürger ihre Forderungen legitimierten.
2. Ordnen Sie die geforderten Maßnahmen in den historischen Kontext ein. Auf welche Probleme beziehen sie sich?
3. Bewerten Sie die Forderungen vor dem Hintergrund unserer heutigen Demokratie.



32072-038

## M3 Proklamation

In der öffentlichen Bekanntmachung vom 6. März 1848, die auch von den Söhnen Ludwigs I. sowie von Staatsräten unterschrieben ist, lässt der bayerische König verkünden:

Ich habe Mich entschlossen, die Stände Meines Reiches um Mich zu versammeln; dieselben sind auf den 16. d. Mts.<sup>1</sup> in die Hauptstadt berufen. Die Wünsche Meines Volkes haben in Meinem Herzen jederzeit vollen Wiederhall gefunden. An die Stände des Reiches werden ungesäumt Gesetzes-Vorlagen gelangen, unter anderen: über die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister; über vollständige Pressefreiheit; über Verbesserung der Stände-Wahl-Ordnung; über Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in die Rechtspflege mit Schwurgerichten; [...] Ferner ordne Ich in diesem Augenblicke die schleunige Abfassung eines Polizei-Gesetz-Buches an; ebenso befehle Ich die unverzügliche Beeidigung Meines Heeres auf die Verfassung, und lasse Ich von heute an die Zensur über äußere wie innere Angelegenheiten außer Anwendung treten.

Bayern! – Erkennt in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Wittelsbacher!

Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Deutschlands. Wie Ich für deutsche Sache denke und fühle, davon zeugt Mein ganzes Leben. Deutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkt des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundes-Verfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Deutschlands herbeizuführen, wird Mir ein teurer Gedanke, wird Ziel Meines Strebens bleiben.

Bayerns König ist stolz darauf, ein deutscher Mann zu sein.

Bayern! Euer Vertrauen wird erwidert, es wird gerechtfertigt werden! Schart Euch um den Thron. Mit Eurem Herrscher vereint, vertreten durch Eure verfassungsmäßigen Organe, lasst Uns erwägen, was Uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Not tut.

Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland!

Zitiert nach: Hans Fenske (Hrsg.), Quellen zur deutschen Revolution 1848–1849, Darmstadt 1996, S. 57f.

1. Arbeiten Sie die Haltung des bayerischen Königs gegenüber den Märzforderungen heraus.
2. Beurteilen Sie diese Haltung.



32072-040

<sup>1</sup> des Monats



#### M4 Flugblatt

In einem anonymen Flugblatt vom 14. März 1848, das auf dem Wilhelmsplatz in Potsdam an einer Pumpe angeheftet worden ist, heißt es:

Preußische Untertanen! Bürger Potsdams!  
 Fordert jetzt von Wilhelm IV. was euch am besten für euch scheint, und was den benachbarten Staaten schon längst bewilligt ist, jetzt, oder nie wird es euch alles bewilligt werden, euer König trotz auf seine Militärs, deshalb bewilligt er euch nichts, sondern er sucht euch bloß mit leeren Reden hinzuhalten, euer König ist ein Gleisner<sup>1</sup> mitsamt dem schuftigen Adel, schafft den Adel ab, ihr braucht keine adlige Beamte am Ruder [...], eure Stadtverordneten sind null und nichts, sie haben beraten, sie wollen den König mit keiner Forderung belästigen; jetzt fordert ihr mit Gewalt, im guten kriegt ihr nichts. Freiheit der Rede und Presse ist nicht genug verlangt: Geschworenengerichte und Gleichheit vor dem Gesetz ohne Unterschied, denn warum wird der hohe Beamte nicht ebenso scharf gerichtet, wenn er etwas verbrochen hat als der niedere Arbeiter und Bürger? O. Wann werdet ihr klug werden, die verfluchte hohe Brut verprasst in Saus und Braus, was ihr mit saurem Schweiß verdient, jagt das Gezücht zum Teufel! Bürger, recht-schaffene, können die Stellen hochangestellter Beamten versehen. Verdammte sei der Adel, denn er verweigert dem Bürger sein Recht, der Bürger hat nichts mehr; weil kein Geschäft geht, hat der Arbeiter auch nichts, es kommt zu viel ausländische Ware, und das Geld geht dafür aus dem Lande, schafft ab und es wird besser.

In: DZA Merseburg, Rep. 77, fit. 343 A, Nr. 72, vol. 11, fol 105  
 Zitiert nach: Karl Obermann, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblatt-sammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 101f.

1. Arbeiten Sie die Argumentationsstruktur dieses Aufrufs heraus.
2. Bewerten Sie die Überzeugungskraft des Flugblatts.



32072-041

<sup>1</sup> Gleisner: Heuchler, Scheinheiliger

#### M5 Berliner Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848

Kolorierte Lithografie, 1848 (Ausschnitt)

Die dargestellte Szene hat so nicht stattgefunden, sondern soll ein idealtypisches Bild vermitteln. Ein Arbeiter, der am Hut als radikaler Demokrat zu erkennen ist, verankert die schwarz-rot-goldene Fahne. Im Vordergrund werden Bleikugeln für den Nachschub an Munition gegossen.



1. Erläutern Sie, welchen Eindruck der Betrachtende vom Geschehen gewinnen soll.
2. Vergleichen Sie mit der Darstellung M1.



32072-041

#### M6 Der 18. März in Berlin – Augenzeugenbericht

Die revolutionären Ereignisse im März 1848 vollziehen sich auf mehreren Ebenen. Spontane Volkserhebungen auf dem Lande und in den Städten sind Ausdruck massenhaft verbreiteter und erregter Unzufriedenheit. In Süddeutschland ziehen ganze Dorfgemeinschaften zu den Residenzen der Standesherrn und verleihen ihren Forderungen nach endgültiger Beseitigung der Feudallasten und sonstigen Abgaben mit Gewalt Nachdruck. Die vielfach in revolutionäre Gewalt einmündenden Massenbewegungen in Stadt und Land verhelfen der Märzrevolution allerorten zum Durchbruch. Der Sturz Metternichs in Wien am 13. März 1848 löst am preußischen Hof tiefe Un-

sicherheit aus und veranlasst den preußischen König, den Forderungen der Deputierten der Berliner Bürger nachzugeben. Friedrich Wilhelm IV. verkündet daher am 18. März die Pressefreiheit und die Einberufung des Vereinigten Landtages für den 2. April. Die Berliner Bevölkerung zieht vor das Schloss, um dem König zu danken. Allerdings ist die Forderung der Berliner, die Truppen aus Berlin abzuziehen, unerfüllt geblieben. Die Anwesenheit des Militärs und zwei zufällig abgefeuerte Schüsse setzten eine Dynamik in Gang, die in blutigen Straßen- und Barrikadenkämpfen gipfelt. Der preußische König entschließt sich daraufhin widerstrebend, das Militär aus Berlin abzuziehen. Das Militär ist von den Revolutionären zunächst zurückgedrängt, jedoch als Faktor einer möglichen Konterrevolution nicht ausgeschaltet worden. In einem Augenzeugenbericht der Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848 heißt es:

[...] Es wird drei Viertel auf 3 Uhr. Da tönt wüstes Geschrei von der Kurfürstenbrücke herab. Haufen flüchten durch die Königstraße; Bürger kommen, aufgeregter bis zur rasenden Wut, knirschend, bleich, atemlos. Sie rufen: man hat auf dem Schlossplatz soeben auf uns geschossen. Wut und Rachege schrei erhebt sich durch die Königstraße, durch die ganze Stadt. Als ob sich die Erde öffnete, brauste es durch die Stadt. Das Straßenpflaster wird aufgerissen, die Waffenläden werden geplündert, die Häuser sind erstürmt, Beile, Äxte werden herbeigeholt. 12 Barrikaden erheben sich im Nu in der Königstraße, aus Droschken, aus Omnibuswagen, aus Wollsäcken, aus Balken, aus umgestürzten Brunnengehäusen bestehend, tüchtige, musterhaft gebaute Barrikaden. Haus an Haus werden die Dächer abgedeckt. Oben am schwindelnden Rande stehen die Menschen, mit Ziegeln in der Hand die Soldaten erwartend. Die bedrohten Schwertfeger<sup>2</sup> werfen ihre Waffen zu den Türen hinaus; alles ist bewaffnet, mit Mistgabeln, mit Schwertern, mit Lanzen, mit Pistolen, mit Planken; die Knaben dringen in die Häuser, um große Körbe mit Steinen auf die Dächer zu tragen. Man will auch das Stadtgerichtsgebäude stürmen, um von den Fenstern aus eine Position zum Hinauswerfen zu gewinnen; da schreiben mehrere Herren aus dem „Kronprinzen“ mit Kreide an die Läden des Stadtgerichts: „Bürgereigentum“ – und man zieht sich zurück. Die Schuldgefangenen, die Einwohner des sogenannten „Ochsenkopfes“, werden in Freiheit gesetzt, ein Versuch, der Wachen im Lager- und im Kadettenhaus sich zu bemächtigen, misslingt. Nun kommt ein merkwürdiger Zug vom Alexanderplatz herab. Vorn ein junger Ulan<sup>3</sup>, augenscheinlich ein Pole mit polnischer

<sup>2</sup> Schwertfeger: Schwert- und Scherenschleifer

<sup>3</sup> Ulan: Soldat einer Kavallerieeinheit

Mütze und mit dem Degen in der Hand; er ruft: es lebe die Freiheit! Dann ein Trommler, dann mehrere Fahnenträger mit roten und gelben Fahnen, dann etwa 200 Leute mit Degen, Pallaschen<sup>4</sup>, Schuppen, Pistolen, Äxten, Mistgabeln. Die Fahnen, meistens rote, werden auf die Barrikaden gepflanzt, die Leute verschanzen sich hinter denselben, an den Fenstern, auf den Dächern sind Männer mit Steinen postiert. Da kommt die Nachricht, die ganze Stadt sei verbarrikadiert; sie habe sich wie ein Mann erhoben. Zwischen 4 und 5 Uhr prasselt die erste Kartätsche<sup>5</sup> von der Kurfürstenbrücke aus die Königstraße hinab; sie vermag die Barrikade nicht zu zerstören. Kanonendonner folgt Schlag auf Schlag; die Barrikade erschüttert; zerrissene Leichen liegen an den Straßenecken. Zwischen 5 und 6 Uhr kommen Infanteriepiketts<sup>6</sup>. Man schießt auf sie aus den Fenstern, man schleudert Steine auf sie von den Dächern. Ein furchtbares Gemetzel beginnt; die Soldaten nehmen die Häuser, aus welchen geschossen und geworfen wird, einzeln ein, viele Opfer fallen, von den Soldaten im Ganzen wenige. Aus den Gaststuben namentlich wird geschossen, und eine schwere Gegenwehr trifft sie. Die Soldaten dringen in die Zimmer und töten die Schießenden; sie postieren sich an die Fenster in den Stuben und richten das Gewehr auf die Dächer, von welchen geworfen wurde; ja, sie gehen auf die Dächer und holen sich die Leute herunter. Gegen 7 Uhr ist die Königstraße eingenommen unter großem Blutvergießen. [...] Die Sturmglöcke läutet. [...] Gegen 9 Uhr versuche ich es, nach Hause zu gehen. In der Spandauer Straße sah ich riesige Barrikaden, selbst die kleinere Heilige Geistgasse fand ich so verbarrikadiert, dass ich hindurchkriechen musste. Kaum betrat ich die Burgstraße, als sich das furchtbarste Schauspiel mir eröffnete. Auf der Friedrichsbrücke Leute mit Fahnen, darüber hinweg Kartätschen und Kanonendonner, flüchtige Verwundete kommen mir entgegen. Ich eile zurück; die Soldaten biwakieren<sup>7</sup> in der Königstraße. [...]

In: Einheit und Freiheit. Die deutsche Geschichte von 1849 in zeitgenössischen Dokumentationen. Dargestellt und eingeleitet von Karl Obermann, Berlin 1950. S. 270, 272 f.

Zitiert nach: Wolfgang Hardtwig und Helmut Hinze (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Band 7. Vom Deutschen Bund zum Kaiserreich 1815–1871, Stuttgart 1997, S. 261–265

▶ Charakterisieren Sie die Situation.



<sup>4</sup> Pallasch: Säbelart

<sup>5</sup> Kartätsche: Artilleriegeschosse mit Schrotladung

<sup>6</sup> Bereitschaftseinheiten von Fußsoldaten

<sup>7</sup> behelfsmäßig lagern

## 1.7 National- und Freiheitsbewegungen in Europa – ein Vergleich (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-044.



## 1.8 Die Paulskirche – ein Parlament für Deutschland

Die Paulskirche in Frankfurt am Main ist heute eines der bedeutendsten Nationaldenkmäler Deutschlands. Nachdem sie am Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört worden war und danach mithilfe von Spendengeldern wieder aufgebaut worden ist, dient sie heute auch als Ausstellungs- und Veranstaltungsort. 1848 war sie der Ort, an dem die Nationalversammlung um eine Verfassung für einen zu schaffenden Nationalstaat rang.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Deutscher Bund
- ▶ Parlament
- ▶ Verfassung
- ▶ Kaiser
- ▶ König
- ▶ konstitutionelle Monarchie
- ▶ Volkssouveränität

### Lernaufgabe

Setzen Sie sich mit dem Paulskirchenparlament und seinem Ringen um eine Verfassung mittels der folgenden Arbeitsaufträge auseinander. **Halten Sie Ihre Ergebnisse schriftlich fest.**



1. Skizzieren Sie die Zusammensetzung des Paulskirchenparlaments und bewerten Sie diese auch vor dem Hintergrund der heutigen Arbeitsweise des Deutschen Bundestags (INFO 1, M4, M5).
2. Analysieren Sie die Verfassung der Frankfurter Paulskirche (M7a) sowie der verabschiedeten Grundrechte (M7b). Wofür entschied man sich in zentralen Streitpunkten (M6)?
3. Prüfen Sie die Verfassung von 1848 unter demokratischen Gesichtspunkten auf Stärken und Schwächen hin.
4. Beurteilen Sie, inwieweit die Forderungen der Märzrevolutionäre mit der Verfassung und den Grundrechten umgesetzt wurden.
5. Bewerten Sie die „Grundrechte des deutschen Volks“ auch vor dem Hintergrund unserer heutigen Demokratie (M7b und c).

### INFO 1: Eine neue Öffentlichkeit

Am 3. März 1848 beschloss der Bundestag – der Gesandtenkongress aller Mitgliedstaaten des **Deutschen Bundes** –, dass die einzelnen Staaten die Zensur aufheben durften. Daraufhin gingen fast alle deutschen Staaten auf die Märzforderung nach Pressefreiheit ein. In Zeitungen, Flugblättern und anderen Presseerzeugnissen konnten nun politische Meinungen vertreten, die gegnerische Position karikiert und kontroverse Fragen offen diskutiert werden. Auch politische Lieder waren wichtige Medien, mit denen man privat und öffentlich bei Demonstrationen und Festen die persönliche Haltung ausdrückte.

Die vielerorts nun ebenfalls geltende Versammlungsfreiheit führte zur Bildung zahlreicher politischer Verbände und Vereine. Auch diese organisierten sich nach verschiedenen politischen Milieus: Konservative, moderate Liberale, radikalere Demokraten, Katholiken und Arbeiter. Gemeinsam war ihnen, dass sie das bisherige System ab-



lehnten. Uneinigkeit herrschte allerdings vor allem darüber, welche Staatsform und welche Grenzen Deutschland künftig haben sollte.

- 15 Zu den großen Errungenschaften der Revolutionäre gehörte auch, dass der **Deutsche Bund** am 30. März Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung billigte. Allerdings durften nur „selbstständige“, männliche Staatsbürger wählen, wobei zudem Selbständigkeit in jedem Staat anders definiert wurde (Kriterien u. a.: Volljährigkeit, eigener Hausstand, Mindesteinkommen). So erhielt nur ein Bruchteil der Einwohner das aktive Wahlrecht. Frauen waren generell ausgeschlossen. Politische Vereine nutzten Presse und Flugschriften für ihren Wahlkampf, die Kandidaten hielten öffentliche Reden in ihrem jeweiligen Wahlkreis. Naturgemäß waren die Chancen für Kandidaten mit geringerem Bekanntheitsgrad, vor allem aus unteren sozialen Schichten geringer. Letztendlich stammte der überwiegende Teil der insgesamt fast 25 600 Abgeordneten aus Vertretern des Bürgertums, die sich die lange Abwesenheit von Zuhause leisten konnten.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- Erläutern Sie, was mit dem Begriff der „neuen Öffentlichkeit“ gemeint ist.



### M1 „Verkauf der Wahrheit“

Aquarell von Johann Nepomuk Höfel, Wien Juni 1848.

Schon vor der Revolution, als die Karlsbader Beschlüsse die Pressefreiheit stark einschränkten, waren die Behörden oft überfordert, die Masse an Flugschriften und Zeitschriften zu kontrollieren. Während der Revolution wurde die Straße zu einem Schauplatz der politischen Öffentlichkeit.

- Beurteilen Sie die Haltung des Künstlers zur Pressefreiheit. Beziehen Sie in Ihre Überlegungen auch den Titel des Bildes ein.



### INFO 2: Die Arbeit der Nationalversammlung

Am 18. Mai 1848 fand in Frankfurt die feierliche Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche statt. Zunächst dauerte es einige Zeit, bis sich das Parla-

ment organisierte. Denn es gab zwar dank der in so gut wie allen Staaten des **Deutschen Bundes** eingerichteten Parlamente Erfahrung mit parlamentarischer Arbeit, aber keine überregionalen Parteien mit Parteiprogramm, was die Bildung von Fraktionen erschwerte. Zwischen Mai 1848 und dem Frühjahr 1849 kam es deshalb zu zahlreichen Spaltungen und Zusammenschlüssen, sodass sich die Zusammensetzung der Fraktionen ständig änderte. Die Abgeordneten trafen sich in verschiedenen Versammlungslökalen Frankfurts, die der jeweiligen politischen Ausrichtung den Namen gaben. Rund ein Drittel der Abgeordneten sah sich aber keiner Fraktion dauerhaft verbunden. Das erschwerte die Suche nach Mehrheiten für Abstimmungen zusätzlich. Radikale Gruppen wie Sozialisten oder ultrakonservative Rechte waren nicht vertreten.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

► Erläutern Sie die Schwierigkeiten, eine Mehrheit für Beschlüsse zu finden.



### INFO 3: Neue Regierung

Auch wenn der **Deutsche Bund** bis zu seiner Selbstauflösung am 12. Juli 1848 formal weiterbestand, hatte die Nationalversammlung faktisch die Macht übernommen. Als Oberhaupt einer provisorischen Regierung wählte sie den liberalen österreichischen Erzherzog Johann. Bis zur Verabschiedung einer endgültigen **Verfassung** sollte er Parlamentsbeschlüsse durchsetzen, für die allgemeine Sicherheit des neuen Staates sorgen, den militärischen Oberbefehl innehaben und den neuen Staat gegenüber dem Ausland und gegenüber den deutschen Einzelstaaten vertreten. Bei der Gesetzgebung und wichtigen Entscheidungen, wie zum Beispiel Kriegserklärungen war er allerdings von der Nationalversammlung abhängig. Die mächtigen Landesfürsten, wie sein Neffe, der österreichische **Kaiser** Ferdinand I., oder der preußische und der bayerische **König**, sollten sich ihm unterordnen. Dieser neuen Regierung blieb die internationale Anerkennung aber weitgehend versagt: Von den großen Mächten akzeptierten sie nur die USA. Hingegen lehnten Frankreich, Großbritannien und Russland eine staatliche Einigung Deutschlands, das mit dem Kaiserreich Österreich und seinen wichtigen Königreichen schlagartig die größte Macht Europas werden würde, prinzipiell ab.

Durch die veränderten Machtverhältnisse kam die Nationalversammlung nun ihrerseits in die Situation, Unruhen unterdrücken zu müssen. Denn die unerfüllten Forderungen radikaler Kräfte und die in den ersten Monaten wenig sichtbaren Fortschritte des **Parlaments** führten in vielen Gebieten zu Aufständen. Angesichts eines Aufmarsches von etwa 10 000 Demonstranten in Frankfurt im September 1848, in dessen Verlauf zwei Abgeordnete ermordet wurden, verhängte die Reichsregierung über Frankfurt den Belagerungszustand, schränkte die Pressefreiheit ein und überwachte die Vereine. Um den Aufruhr niederschlagen zu können, waren Nationalversammlung und Reichsregierung auf preußische und österreichische Truppen angewiesen.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

► Arbeiten Sie Indizien dafür heraus, dass die Nationalversammlung und die provisorische Reichsregierung schon nach kurzer Zeit in eine Position der Schwäche gerieten.





Kleindeutsche Lösung



Großdeutsche Lösung



Großösterreichische Lösung

**INFO 4: Grenzfragen**

Zu den zentralen Streitpunkten bezüglich der künftigen Gestaltung Deutschlands gehörte die Frage, welche Gebiete zum neuen deutschen Nationalstaat gehören sollten. Viele deutschsprachige Gebiete wurden von ausländischen Fürsten beherrscht (z. B. von den Königen der Niederlande und Dänemarks). In von deutschen Fürsten regierten Provinzen (besonders im Vielvölkerreich Österreich, aber auch im preußischen Posen und Westpreußen) gab es hohe Anteile nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen. Der ursprüngliche Plan einer großdeutschen Lösung, die nur alle deutschsprachigen Teile Österreichs (inklusive Böhmens und Südtirols) umfasst hätte, hätte Österreich dazu gezwungen, sein Kaiserreich in zwei Teile mit unterschiedlichen Verfassungen zu spalten. Das war für die Habsburger nicht akzeptabel. Zudem hätte es den Unabhängigkeitskampf der Ungarn und der übrigen slawischen Völker nur angefacht. Eine großösterreichische Lösung mit allen Teilen der Habsburger Monarchie und einem von dieser dominierten Staatenbund, ein „Siebzigmillionenreich“, widersprach allerdings dem geplanten deutschen Nationalstaat. Letztendlich einigte man sich Anfang 15 1849 auf die kleindeutsche Lösung, unter Ausschluss auch der deutschsprachigen Teile Österreichs. Damit fiel Preußen die Führungsrolle im neuen Staat zu.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

- Erläutern Sie, warum die Nationalversammlung die „kleindeutsche Lösung“ verabschiedete.

**INFO 5: Verfassungsentwurf**

Nach langem und mühsamem Ringen verabschiedete die Frankfurter Nationalversammlung am 27. März 1849 eine neue **Verfassung** für eine **konstitutionelle Monarchie**. Diese enthielt auch einen Grundrechtekatalog, durch den in 14 Artikeln die individuellen Freiheitsrechte vor staatlicher Gewalt geschützt werden sollten. Dieser Teil war bereits am 27. Dezember 1848 abgeschlossen worden. Drängende Aspekte der sozialen Frage, z. B. Kinderarbeit oder Arbeitslosenschutz, wurden von dem überwiegend groß- und bildungsbürgerlich-liberalen Ausschuss jedoch nicht berücksichtigt.



Ähnlich umstritten waren Person und Stellung des künftigen Staatsoberhauptes. Auch hier setzten sich die gemäßigten Liberalen durch: Es sollte keinen gewählten Präsidenten geben. Stattdessen wurde dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. ein Erbkaisertum zugebracht.

Eine echte **Volksouveränität** wurde dadurch verhindert. Ein Zweikammersystem, sah ein Staatenhaus, in das die Einzelstaaten ihre Vertreter entsandten, und ein direkt von den Bürgern gewähltes Volkshaus vor. Den Forderungen der demokratischen Linken nach allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen wurde letztlich stattgegeben.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

► Charakterisieren Sie die verabschiedete Verfassung.



#### INFO 6: Das Ende der Revolution

Der Preußenkönig lehnte die Wahl zum „**Kaiser** der Deutschen“ durch die aus der Revolution hervorgegangene Nationalversammlung und damit auch die Einführung der **Verfassung** am 3. April 1849 ab. Denn eine Krone aus den Händen von Untertanen und nicht von legitimen Fürsten kam für ihn nicht infrage. Auch andere Landesfürsten bereiteten bereits seit dem Herbst 1848 die völlige Wiederherstellung ihrer (möglichst uneingeschränkten) Herrschaft vor. Dazu lösten sie ihre Landesparlamente auf und nahmen die Landesverfassungen zurück.

Der provisorischen Reichsregierung war es nicht gelungen, die Länderregierungen zur Anerkennung der **Verfassung** zu bringen. Gründe für den wachsenden Autoritätsverlust der Nationalversammlung in Frankfurt waren:

- Zwar erklärten die meisten Länder sich mit einer neuen **Verfassung** einverstanden. Allerdings wollten die Fürsten der mächtigsten von ihnen, u. a. Österreich, Preußen und Bayern, nur eine einvernehmlich mit ihnen vereinbarte Konstitution akzeptieren.
- Österreich hatte aufgrund der beschlossenen kleindeutschen Lösung bereits Anfang April seine Abgeordneten aus der Paulskirche abgezogen. Weitere Staaten zogen Abgeordnete ab, andere traten freiwillig zurück.
- Die erfolgreichen Gegenrevolutionen der Monarchen, allen voran in Österreich und Preußen im Oktober und November 1848, die Furcht vor zu weit gehenden Veränderungen auch vonseiten gemäßigter Teile des Bürgertums sowie das Ausscheiden weiter Teile der Landbevölkerung nach ersten Zugeständnissen der Obrigkeiten hatten die revolutionäre Bewegung geschwächt.

Die verbliebenen 135 Vertreter der Nationalversammlung stimmten, aufgrund der Stationierung preußischer Truppen in Frankfurt, über einen Umzug nach Stuttgart ab. Während wenige mit dem Reichsverweser in Frankfurt verblieben, zogen im Juni etwa 100 Parlamentarier nach Stuttgart und wählten eine fünfköpfige „Provisorische Reichsregentschaft“. Schon zwei Wochen später allerdings wurde das Parlament von der württembergischen Regierung aufgelöst, die Abgeordneten militärisch angegriffen und des Landes verwiesen.



30 Deutschlandweit entfachten Radikaldemokraten Aufstände, die in bürgerkriegsähnlichen Zuständen mit Einsatz des Militärs mündeten. In Bayern entstand eine Bewegung, die ein unabhängiges, demokratisch regiertes Franken zum Ziel hatte. Die Pfalz war in ihrer Erhebung gegen den verhassten bayerischen König kurzfristig erfolgreicher: Sie löste sich im Mai 1849 von Bayern, gab sich eine republikanische Verfassung und vereinigte sich mit dem revolutionären Baden. Bereits vier Wochen später hatte  
 35 allerdings die preußische Armee den Aufstand niedergeschlagen, woraufhin das Gebiet an Bayern zurückfiel. In Baden dauerte die Revolution, der sich zwischenzeitlich weite Teile des Militärs und der Verwaltung angeschlossen hatten, bis zum 23. Juli 1849 an. Aber auch dort mussten sich die letzten Revolutionäre in der Festung Rastatt  
 40 der preußischen Armee ergeben, 51 von ihnen wurden hingerichtet.

Damit waren nach eineinhalb Jahren des politischen Umbruchs bis zum August 1849 die revolutionären Volksaufstände in den deutschen Ländern niedergeschlagen, die **Verfassung** eines deutschen Nationalstaats gescheitert und die erste vom Volk gewählte Nationalversammlung aufgelöst.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

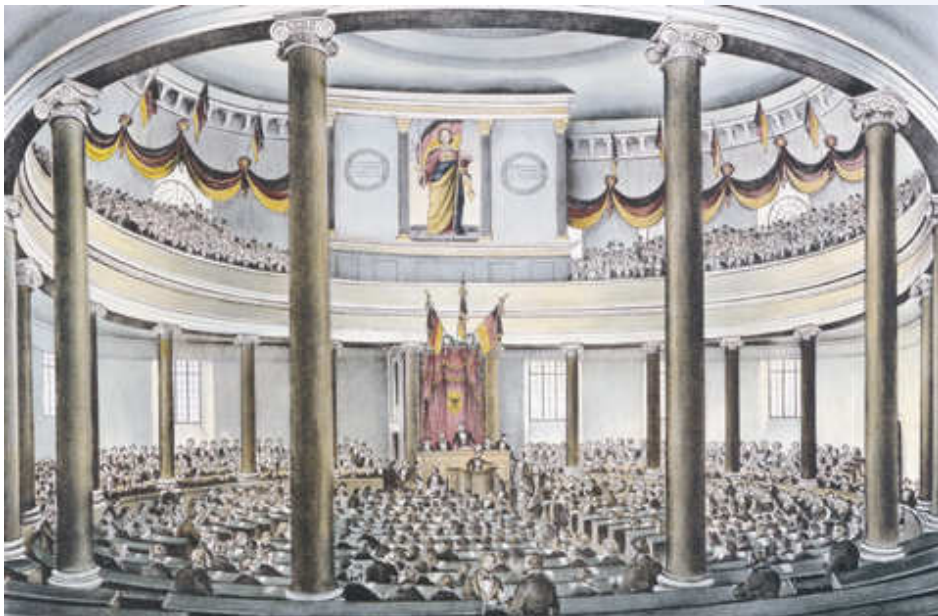
- ▶ Benennen Sie Höhe- und Wendepunkte der Revolution von 1848/49 (INFO 1–6).



### M3 Verfassunggebende deutsche Nationalversammlung

Lithografie von Carl A. Lill, 1848.

- ▶ Beschreiben Sie die Lithografie.
- ▶ Vergleichen Sie mit dem Deutschen Bundestag. Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede lassen sich feststellen?




**M4 Rede an die konstituierende Nationalversammlung**

Friedrich Hecker hat in Baden die Märzforderungen formuliert. Trotz seiner Radikalität wird er in seinem Wahlkreis in die Nationalversammlung der Paulskirche gewählt, wobei ihm dieses Mandat jedoch verwehrt blieb. In einem Flugblatt vom 20. Juni 1848 wendet er sich an die Nationalversammlung:

Vertreter des souveränen Volkes!  
 Durch Privatmitteilungen und die Organe der Presse ist mir die Kunde geworden, dass bei der in Thiengen<sup>1</sup> vorgenommenen Wahl eines Abgeordneten zur Nationalversammlung die Mehrheit der Stimmen auf mich fiel. Bis heute bin ich ohne Anzeige dieses Vorganges von Seiten des Wahlkommissärs, [...].  
 Euer hoher Beruf, Vertreter des deutschen Volkes, ist es, den Willensauspruch des souveränen Wahlvolkes nicht einer der seitherigen deutschen Regierungen unterzuordnen oder ihn von dem Standpunkte derselben beurteilen zu lassen, denn das hieße die Souveränität des Volkes leugnen, aufgeben, Euch selbst zu Regierungsorganen, zu Regierungsvertretern herabsetzen. Man hat zwar versucht, mit mehr Hinterlist als Glück, dem deutschen Volke seine Souveränität wieder aus der Hand zu spielen und ihm, dem souveränen Volke vorschreiben wollen, wen es zu wählen habe, indem man ihm nämlich vorzudemonstrieren suchte, dass es keine Männer wählen dürfe, welche nach den Grundsätzen von ehemals des Hochverrats gegen die monarchische Gewalt im Staate angeklagt seien. [...]

Dass Ihr mit dem Ausspruche: „das Volk ist souverän“ die Verkennung der monarchischen Gewalt lediglich in Beschlüssen ausdrückt, wir dem Beschlusse auch die Mittel des Vollzugs, die Waffen beilegt, das ändert in der Hauptsache nicht das mindeste; es ändert dieses umso weniger, als die glorreichen Barrikaden von Wien und Berlin, welche die Grundlage der Vollmacht vieler unter Euch sind, sich von dem Kampfe in Baden nur dadurch unterscheiden, dass sie Sieger blieben. Mit einem Worte: zwischen der redenden und dekretierenden und zwischen der bewaffneten Revolution besteht grundsätzlich kein Unterschied.  
 Im Namen des Grundsatzes der Volkssouveränität, im Namen des souveränen Volkes, an welches ich hiermit appelliere und dessen Vertreter Ihr seid, ersuche ich Euch, Bürgervertreter Deutschlands, sofort die Wahlakten der in Thiengen stattgehabten Wahl einzufordern und mich von der geschehenen Erwählung in Kenntnis zu setzen.  
 Muttenz, den 20. Juni 1848.  
 Friedrich Hecker.

Zitiert nach: Karl Obermann, Flugblätter der Revolution. Eine Flugblattsammlung zur Geschichte der Revolution von 1848/49 in Deutschland, Berlin 1970, S. 237–239



1. Fassen Sie Heckers Vorwürfe und Bedenken zusammen.
2. Diskutieren Sie, ob bzw. inwieweit seine Sorgen berechtigt sind.

**M5 Zusammensetzung der Paulskirchenversammlung**

Bei einer Gesamtzahl von 812 Abgeordneten (einschließlich der zeitweilig einberufenen Stellvertreter) beteiligen sich in der Regel zwischen 400 und 540 Volksvertreter an den Abstimmungen. Sie lassen sich den folgenden Berufsgruppen zuordnen:

Höhere Beamte, Landräte	115	Geistliche	39	Landwirte (Großgrundbesitzer und 3 Bauern)	46
Mittlere Beamte	37	Rechtsanwälte, Advokaten	106	Handwerker insgesamt	4
Bürgermeister, Kommunalbeamte	21	Ärzte	23	Promovierte ohne Berufsangabe	35
Richter, Staatsanwälte	110	Schriftsteller, Journalisten	20	Sonstige Berufe	3
Offiziere	18	Freiberufliche	149	Nicht ermittelt	44
Diplomaten	11	Intelligenz insgesamt	149		
Hochschullehrer (49), Gymnasiallehrer	94	Großkaufleute, Kaufleute	35		812
Sonstige Lehrer	30	Fachbrikanten	14		
Staatsdiener insgesamt	436	Verleger, Buchhändler	7		
		Wirtschaftsbürgertum insgesamt	56		

<sup>1</sup> Thiengen: liegt bei Waldshut in Baden


Die Anteile der Fraktionen in der Frankfurter Paulskirche im Oktober 1848:

Donners-berg	Deutscher Hof	Westend-hall	Württem-berger Hof	Augsburger Hof	Landsberg	Casino	Café Milani	bei keiner Fraktion
7%	8%	7%	6%	7%	6%	21%	6%	32%
„Linke“ demokratisch		„linkes Zentrum“ parlamentarisch-liberal		„rechtes Zentrum“ konstitutionell-liberal			„Rechte“ konservativ	

Die Fraktionen wiesen in ihrer sozialen Zusammensetzung gewisse Regelmäßigkeiten auf, die – von rechts bis links besehen – eine wachsende Distanz zu den bestehenden Verfassungen in Deutschland und zum Staatsdienst anzeigten. Auf der Rechten und im rechten Zentrum [...] häuften sich höhere Staatsbeamte, Richter und Hochschullehrer; hinzu kamen adlige Grundbesitzer und Großkaufleute; freie Berufe fanden sich hier seltener, im „Casino“ etwa nur zu 10%. Im linken Zentrum („Württembergischer Hof“ bis „Westendhall“) hielten sich freie Berufe und Angehörige der Mittelschichten einerseits, Grundbesitzer, Großkaufleute und höhere Beamte andererseits die Waage. Auf der Linken dominierte mit 40% im „Deutschen Hof“ und 50% im

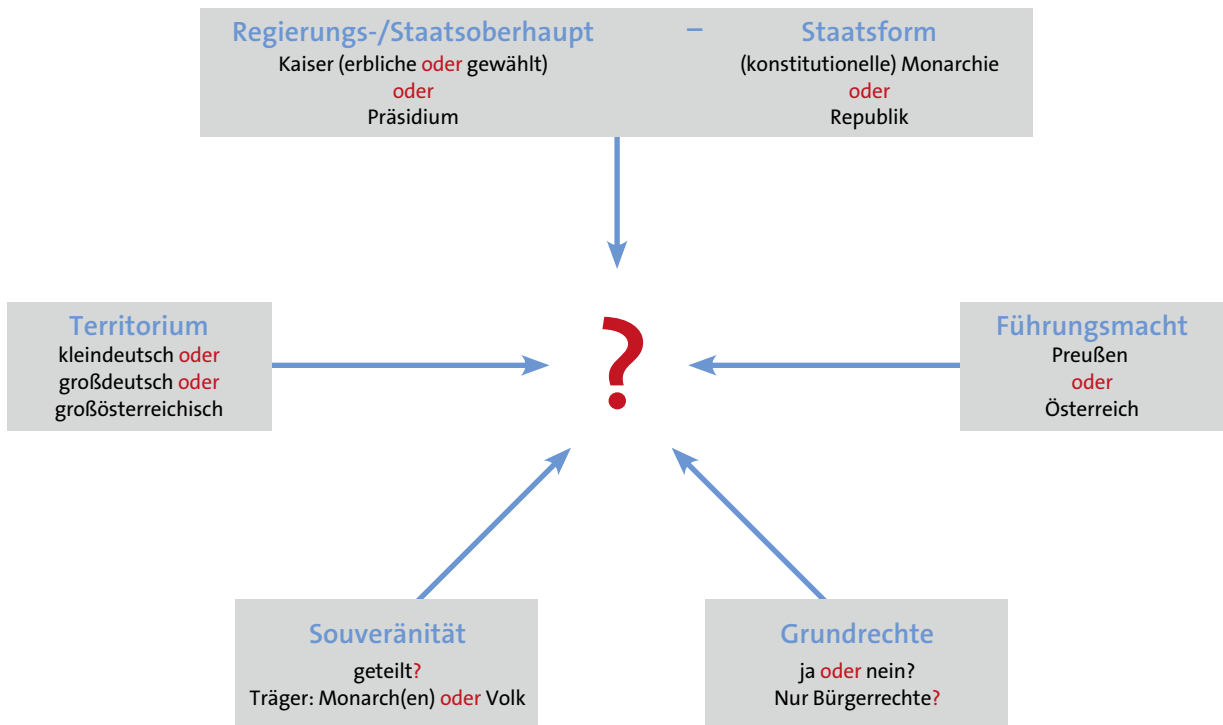
„Donnersberg“ die freiberufliche Intelligenz; zudem fand sich hier mit 30% ein beträchtlicher Anteil von Abgeordneten der unteren Mittelklasse.

Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1993, S. 126 und 130




- Die Paulskirche wird gerne als Professorenparlament charakterisiert. Prüfen Sie, ob diese Bezeichnung angemessen ist. Welche Auffälligkeiten ergeben sich bei einer Analyse einzelner Fraktionen der Paulskirche?
- Benennen Sie Berufs- oder Gesellschaftsgruppen, die Ihnen unterrepräsentiert erscheinen.

### M6 Politische Debatten in der Nationalversammlung



► Formulieren Sie zu den im Schema aufgeworfenen Fragen in Thesenform die Antworten bzw. Lösungen, die in der Paulskirchen-Versammlung gefunden wurden.





## 1.8 Die Paulskirche – ein Parlament für Deutschland

3. in Fällen und Formen, in welchen das Gesetz ausnahmsweise bestimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieselbe gestattet.

[...]

§143) Jeder Deutsche hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.

Die Pressfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Zensur, Konzessionen, Sicherheitsbestellungen, Staatsauflagen, Beschränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Postverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden.

[...]

§144) Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.

[...]

§161) Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln; einer besonderen Erlaubnis dazu bedarf es nicht.

§162) Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht soll durch keine vorbeugenden Maßregeln beschränkt werden.

[...]

§166) Jeder Untertänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

[...]

Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart 1978, S. 389–395

## c) „Die Grundrechte des deutschen Volkes“

Farblithografie von Adolf Schroedter, 1848.

Germania führt ihre Kinder Gerechtigkeit und Freiheit an der Hand und schreitet über den Drachen als Symbol für die Willkürherrschaft.



1. Benennen Sie die Grundrechte und vergleichen Sie sie mit den entsprechenden Grundrechten unseres Grundgesetzes.
2. Erläutern Sie, inwiefern dem Rechtsstaatsprinzip Rechnung getragen und die Macht des Staates begrenzt wird.



32072-058

1. Erklären Sie, inwiefern sich die Kopfbedeckung der Allegorie für die Freiheit (rechtes Kind) auf die Französische Revolution bezieht.
2. Die Gestaltung der Gesetzestafeln bezieht sich auf die Zehn Gebote. Recherchieren Sie ggf. und beurteilen Sie, welche Bedeutung den Grundrechten dadurch beigemessen wird.



32072-059



Hinweise zur Gestaltung der Lithografie von Adolf Schroedter finden Sie mithilfe von Mediacode 32072-060.

## 1.9 Bilanz der Revolution im Deutschen Bund

Lange Zeit war die Bewertung der Revolution von 1848/49 einfach und eindeutig, die Begründung monokausal. Wegen der Ablehnung der Kaiserkrone und damit der Verfassung durch den preußischen König sowie die erfolgreiche Gegenrevolution der wiedererstarkten Fürsten des Deutschen Bundes sei sie gescheitert. Anhänger von Monarchie und Obrigkeitsstaat verurteilten die revolutionären Bemühungen um eine demokratische Teilhabe und Pluralismus in der Gesellschaft als schädlich und gefährlich. Dementsprechend wurde das Gedenken daran lange Zeit unterdrückt. In der Bundesrepublik Deutschland setzte in den 1970er-Jahren eine intensive Auseinandersetzung mit den Ereignissen in Europa ein, die bis heute andauert. Dabei wird nicht nur der Vielzahl und Verschränkung der Auslöser der Revolution Rechnung getragen, sondern auch ihrer Bedeutung für die politische Kultur in einer Demokratie.



Eine Vorlage für die tabellarische Übersicht bietet Mediencode 32072-062.

### Grundlegende Daten und Begriffe

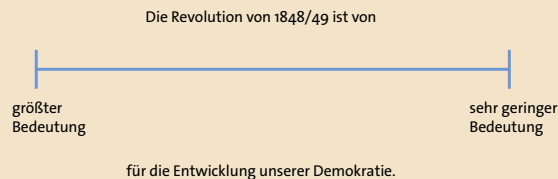
- ▶ 1848/49 Revolution in Deutschland
- ▶ Deutscher Bund
- ▶ Verfassung
- ▶ Gewaltenteilung
- ▶ Demokratie

### Lernaufgabe

Bewerten Sie aus zeitgenössischer wie gegenwärtiger Perspektive die Bedeutung der revolutionären Ereignisse von 1848/49 für die Demokratisierung Deutschlands. Halten Sie Ihre Ergebnisse in einer **tabellarischen Übersicht** fest.



1. Werten Sie arbeitsteilig jeweils eine zeitgenössische (M3) sowie eine geschichtswissenschaftliche Sichtweise (M4) auf die Revolution von 1848/49 und Ihre Bedeutung aus. Tauschen Sie Ihre Ergebnisse anschließend in Expertenteams aus.
2. Bewerten Sie begründet z. B. mittels der Ein-Punkt-Methode die Bedeutung der Revolution für die Demokratisierung Deutschlands. Diskutieren Sie anschließend im Plenum Ihre Einschätzungen.



3. Nehmen Sie ausgehend von M6 Stellung, ob bzw. wie der Revolution von 1848/1849 stärker erinnert werden sollte.

### INFO 1: Zurückdrehen der Ereignisse?

Auf den ersten Blick schienen nach der erfolgreichen Gegenrevolution die Fürsten die Veränderungen der vergangenen zwei Jahre bald vollständig rückgängig gemacht zu haben. Der **Deutsche Bund** wurde unter Führung Österreichs wiederhergestellt. Das „Bundesreaktionsgesetz“ von 1851 sollte die Errungenschaften der Revolution beseitigen, darunter das gleiche Wahlrecht für die Bürger und die Geltung der Grundrechte. Die Pressefreiheit wurde zwar nicht vollständig beseitigt; allerdings wurden Zeitungen, die „auf den Umsturz der Monarchie gerichtete Zwecke verfolgen“, grundsätzlich sofort verboten. Das Bundespressegesetz von 1854 beschnitt die Meinungsfreiheit noch weiter.



- 10 Auch die Vereins- und Versammlungsfreiheit blieben weitgehend eingeschränkt. Die Bundesgesetze ließen den Einzelstaaten meist nur einen geringen Spielraum beim Erlass eigener Vorgaben. Notfalls wurde sie bei den Bundesmitgliedern durchgesetzt, beispielsweise im Mittelstaat Hannover und sogar militärisch wie in Bremen und im Kurfürstentum Hessen.
- 15 Wie sehr der preußische König und seine Regierung trotz aller Ablehnung von demokratischer Mitsprache vor einer kompromisslosen Beseitigung aller Zugeständnisse der letzten Zeit zurückschrecken, beweist die Weitergeltung der preußischen **Verfassung**. Diese war 1848 unter dem Druck der Revolutionszeit vom König erlassen worden. Obwohl sie schon zuvor sehr konservativ war, wurde die Stellung des Königs
- 20 durch Änderungen im Jahr 1850 noch mehr gestärkt. Durch das Dreiklassenwahlrecht wurden sozial schwächere Bürger von politischer Mitbestimmung weitestgehend ausgeschlossen.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner



#### INFO 2: „Mittendrin“? – Bayern nach der Revolution

- In Bayern blieb nicht nur die **Verfassung** von 1818, die damals eine der fortschrittlichsten im Deutschen Bund war, in Kraft. Auch die umfangreichen innenpolitischen Reformen, die Ludwig I. in seiner „Märzproklamation“ 1848 zugesichert und sein Nachfolger König Maximilian II. umgesetzt hatte, blieben weitestgehend bestehen und wurden sogar noch ausgebaut. Jeder männliche steuerzahlende Staatsbürger war
- 5 sowohl aktiv als auch (ab 30 Jahren) passiv wahlberechtigt. Der Landtag wurde dadurch eine echte Volksvertretung und erhielt darüber hinaus weitere Mitbestimmungsrechte. Denn er hatte nun ein Gesetzesinitiativrecht. Außerdem waren ihm die Minister verantwortlich; allerdings konnten sie weiterhin vom König entlassen und ernannt
- 10 werden.

Dennoch waren die Jahre 1850 bis 1857 auch in Bayern eine Zeit der Reaktion. Die Pressezensur wurde zwar nicht wieder eingeführt. Allerdings hatten die Behörden durch ein verschärftes Pressegesetz umfassende Eingriffsrechte.

#### M1 Auf die „Niederlage der Revolution“

Unter dem Titel „Rundgemälde von Europa im August MDCCLXIX - Karikatur auf die Niederlage der Revolution“ wird die Lithografie von Ferdinand Schröder in der satirischen Zeitschrift „Düsseldorfer Monatshefte“ 1849 veröffentlicht.

- ▶ Beschreiben Sie mithilfe des Mediacodes unten, wie der Karikaturist das Geschehen in Deutschland darstellt.
- ▶ Beurteilen Sie, wie der Karikaturist die Revolutionen als Zeitgenosse sieht.





Zur nachgiebigen Haltung des Königs („Ich will Frieden haben mit meinem Volke“) trug auch die weit verbreitete Anhängerschaft der Paulskirchenverfassung in Bayern bei. Vor allem in Städten der Pfalz, Frankens und Schwabens hatten die demokratischen Märzvereine im April 1849 zu einer Annahme der Reichsverfassung gedrängt. Nach deren Ablehnung durch die bayerische Regierung kam es zu heftigen Protesten und separatistischen Bestrebungen. 15

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

**INFO 3: Sozialpolitik und Meinungsvielfalt**

Wegen der breiten Beteiligung der sozialen Unterschichten an den Revolutionen konnten nun auch konservative Politiker den Pauperismus und die zunehmende Radikalisierung nicht länger ignorieren. Neben verschärften Repressionen sah sich der Staat daher nun zunehmend in der Pflicht, die Not durch wirtschaftliche Maßnahmen zu lindern. So sollten u. a. mittels der Gewerbeordnungen und Agrarreformen menschenwürdigere Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben und auf dem Land geschaffen werden. 5

König Maximilian II. stieß in Bayern persönlich ein Sozialprogramm an, das zum Ziel hatte, soziale Fürsorge institutionell zu verankern und Arbeit für die Arbeitslosen zu beschaffen. Er gründete Sparkassen, Leihkassen und Krankenunterstützungskassen für Arbeiter. Ab 1851 mussten sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber in Vorsorgekassen einzahlen, Jahrzehnte bevor dies deutschlandweit üblich wurde. 10

Zugute kam den Regierungen, dass die fortschreitende Industrialisierung für immer mehr Arbeitsplätze sorgte und die wachsende Emigration, vor allem in die USA, die Konfliktlage zusätzlich entschärfte. 15

Das staatliche Engagement und die wirtschaftliche Entwicklung änderten aber nichts daran, dass die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter weiterhin prekär blieb. Auch deshalb gewann die Theorie des Kommunismus, die Karl Marx zusammen mit Friedrich Engels in den 1840er-Jahren entwickelte, immer mehr Anhänger. Es war ein radikaler Lösungsansatz: eine klassenlose Gesellschaft mit der Enteignung der Unternehmer. 20

**M2 1848 – 1948 – 1998**

Briefmarken, die 1998 veröffentlicht wurde. Folgender Text wurde zur Veröffentlichung verfasst: Am 18. Mai 1848 versammelte sich in der Paulskirche in Frankfurt am Main das erste aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Parlament. Seine Beratungen über eine freiheitliche Verfassung markieren den Beginn einer demokratischen, parlamentarischen Tradition in Deutschland. Die in der Paulskirche verabschiedeten Grundrechte fanden weitgehend unverändert Eingang in das heute gültige Grundgesetz, das 1948/49 vom Parlamentarischen Rat in Bonn ausgearbeitet worden ist.

- ▶ Diskutieren Sie, ob das Gedenken in Form einer Briefmarke dem historischen Ereignis gerecht wird und heute noch angemessen ist.



Der Kommunismus und die sich aus ihm später entwickelnde gemäßigte Sozialdemokratie erweiterten dauerhaft das Spektrum politischer Richtungen bis in die Gegenwart und trugen dadurch zur Meinungsvielfalt bei. Sie alle profitierten von den Erfahrungen aus der Arbeit der Nationalversammlung und den Debatten in der Nationalversammlung und in den Medien. Dazu gehörte auch, dass politische Meinungen weiterentwickelt und ausdifferenziert wurden.

Die wachsende Politisierung der breiten Bevölkerung während der Revolutionszeit, unterstützt durch eine wachsende Vielfalt von Zeitungen und anderen Druckerzeugnissen konnte trotz Pressezensur und anderer Repressionen nicht mehr völlig unterdrückt werden. Auch das politische Interesse von Frauen wuchs in den Revolutionsjahren. Sie beteiligten sich immer mehr an politischen Diskussionen, besuchten mit ihren Männern Vereinssitzungen und Demonstrationen und traten zunehmend für eine Verbesserung ihrer sozialen und politischen Stellung ein. 200 Zuschauerplätze waren in der Nationalversammlung für Frauen reserviert. Durch die im Jahr 1848 erstmals garantierten Grundrechte setzte die Gründung von politischen Frauenzeitschriften und Frauenvereinen, die beispielsweise Spenden sammelten oder Fahnen herstellten, ein.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

#### INFO 4: Meilenstein der deutschen Verfassungsgeschichte

Der Revolutionsbewegung 1848/49 war es zwar nicht gelungen, eine dauerhafte gesamtdeutsche, demokratisch regierte Republik mit Gewaltenteilung zu errichten. Wesentliche Gründe dafür sind die wachsende Uneinigkeit mit teilweise gegensätzlichen Vorstellungen zur Gestaltung des künftigen Staates sowie das Fehlen eines Zentrums und damit auch eine geographische Zersplitterung der Revolution. Wesentlich ist auch die Tatsache, dass das Aushandeln von Beschlüssen viel Zeit beanspruchte und dem Wiedererstarken der Fürstenherrschaft entgegenkam.

Dennoch waren die Revolution von 1848/49 und das Frankfurter Paulskirchenparlament ein Meilenstein auf dem Weg zur Herausbildung eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland. Denn die erste gesamtdeutsche Verfassung enthielt auch noch heute bestehende Elemente wie z. B. die Grundrechte. Aber auch die Zivilgesellschaft hatte sich politisch weiterentwickelt, z. B. durch Vereinsgründungen, einen wachsenden Zeitungsmarkt oder Demonstrationen.

Wie auch immer das Urteil von Zeitgenossen und der Nachwelt ausfiel. Unstrittig ist, dass die Ereignisse und Erfahrungen der Revolutionszeit die weitere Geschichte mitbestimmten und von zentraler Bedeutung für die Ausbildung von Pluralismus und parlamentarischer Demokratie waren.

Johannes Boxdörfer und Dieter Brückner

1. Stellen Sie tabellarisch gegenüber, inwiefern die Revolution von 1848/1849 scheiterte und inwiefern Sie erfolgreich war. Berücksichtigen Sie dabei sowohl kurzfristige als auch langfristige Folgen!
2. Verfassen Sie einen kurzen Kommentar (rund 100 Wörter): Die Revolution von 1848/49 – eine Erfolgsgeschichte?



### M3 Zeitgenössische Perspektiven auf die Revolution von 1848/49 und ihre Bilanz

#### a) Wilhelm Heinrich Riehl, der während der Revolution einen liberal-konservativen Standpunkt eingenommen hat, sieht im April 1849 folgende Ursachen für das Ende der Revolution im Herzogtum Nassau:

Blicken wir auf die Ursachen [...], so stoßen wir auf ganz prosaische und philiströse<sup>1</sup>, nichtsdestoweniger aber tief eingreifende Erscheinungen: Die materielle Verbesserung, welche man gehofft, war nicht in Erfüllung gegangen. Der Wohlstand ganzer Städte knüpfte sich an den Fortbestand einer fürstlichen Herrschaft, der Wohlstand ganzer Landstriche an Ruhe und sicheres Behagen. Ist doch die ganze künstliche Existenz unserer Badeorte rein auf die Verschwendung reicher Leute gebaut. Die Bauern wurden ruhig, weil sie bei der Zehntablösung<sup>2</sup> gewonnen, die Gewerbsleute, weil sie nichts gewonnen hatten. Einen unabhängigen Besitzstand gibt

es bei uns kaum; er übte als auch keine Macht aus. Die Besitzlosen, welche nichts verlieren und alles gewinnen konnten, verstummten, als Reichstruppen und mobile Kolonnen kamen. Wie kann man eine Revolution permanent erklären in einem Lande, wo fast alles von Besoldungen lebt oder vom Kleingewerbe.

Die Führer des Volkes hatten sich zumeist nur aufs Aufregen und Antreiben verstanden, zum Festhalten und Organisieren fehlte ihnen fast durchgängig Geist und Bildung. Darum wurde das gesunde Volk ihrer Litanei<sup>3</sup> bald überdrüssig und ließ sich nicht mehr von ihnen elektrisieren wie in den Märztagen.

Wilhelm Heinrich Riehl, Nassauische Chronik des Jahres 1848, Idstein 1979, S. 104 f.

- Analysieren Sie die Bewertung Riehls: Woran macht er das Scheitern der Revolution fest?



#### b) Andere Zeiten – andere Sitten!

Karikatur von 1849

Bei dem dargestellten König handelt es sich um Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Die Pickelhaube ist ein Symbol für Preußen.



1. Analysieren und interpretieren Sie die zweigeteilte Karikatur. Wie wird die Revolution von 1848/49 dargestellt (linke Bildhälfte) und worin sieht der Karikaturist ihr Scheitern (rechte Bildhälfte)?
2. Beurteilen Sie, ob die Kritik des Karikaturisten zutreffend ist.

<sup>1</sup> philiströs: kleinbürgerlich, engstirnig

<sup>2</sup> Zehntablösung: Möglichkeit der Bauern, sich von der Abgabe – sogenannter Zehnt – freizukaufen

<sup>3</sup> Litanei: (monotonen) Wechselgebet zwischen Vorbeter und der Gemeinde mit sich wiederholenden Bittformeln

## c) „Hunds-Comödie“

Karikatur von 1848

Die tanzenden Parlamentarier werden vom Sitzungspräsidenten Heinrich von Gagern angeführt. Die Flöte spielt der preußische König Friedrich Wilhelm IV., die Drehorgel der Reichsverweser, Erzherzog Johann von Österreich.



1. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur. Wie wird die Nationalversammlung darin charakterisiert?
2. Diskutieren Sie, ob die in der Karikatur zum Ausdruck kommende Kritik zutreffend ist.

#### M4 Bilanz der Revolution von 1848/49 aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive



##### a) Thomas Nipperdey: Die gescheiterte Revolution

Thomas Nipperdey war einer der einflussreichsten und bedeutendsten Geschichtsschreibern des 20. Jahrhunderts, der mit wegweisenden Forschungen zur Geschichte des langen 19. und des 20. Jahrhunderts sowie des Bürgertums hervorgetreten ist. Die Revolution bewertet er folgendermaßen:

Es ist die Vielzahl der Probleme und ihrer Unlösbarkeiten gewesen, die zum Scheitern der Revolution geführt hat. Man wollte einen Staat gründen und eine Verfassung durchsetzen, beides zugleich, und das angesichts gravierender sozialer Spannungen. Auch in Frankreich, wo die Probleme einfacher waren, und auch in Italien ist die Revolution gescheitert; diese Tatsachen muss jedes Urteil über die deutsche Revolution mitreflektieren. Wenn man unter den einzelnen Ursachen für das Scheitern in Deutschland gewichten will, so muss man meiner Meinung nach sagen, dass es das großdeutsch/kleindeutsche Problem und das Problem des österreichischen Nationalitätenstaates und seiner nationalen

Konflikte waren, die am meisten zählten. Sie haben schon eine schnelle Entscheidung im Sommer unmöglich gemacht, haben die ersten großen Siege der Gegenrevolution in Österreich ermöglicht, haben die Einheit der Revolution seit dem Herbst so erschüttert, dass ein gemeinsames Handeln nicht mehr möglich war, haben die Entscheidung dann auf Preußen zugespitzt. Sie letzten Endes haben die Revolution in den Wettlauf mit der Zeit gebracht, den sie nicht gewinnen konnte. Das mag als altmodisch gelten – aber diese spezifisch deutsche Vorprägung der nationalen Frage war der entscheidende Punkt.

Das Ergebnis der Revolution ist nicht nur das Scheitern. Die Revolution hat über alle Eliten hinweg eine nationale Öffentlichkeit geschaffen, eine nationaldemokratische Nation. Die Revolution hat die Ära Metternichs, die Ära der Restauration beendet und auch die wesentlichen Bestände der feudalen Gesellschaft beseitigt. Trotz des Scheiterns – die Zeit seither ist bürgerlicher geworden. Und der Übergang Preußens in die Reihe der Verfassungsstaaten passt in diesen Zusammenhang. Der Aufstieg der Bürger war nicht auf Dauer abgeblockt, er war abgebremst, aber nach zehn Jahren setzte er wieder ein. Nichts war nach der Revolution mehr so wie vor-

her. Aber die Krise zwischen Staat und Gesellschaft blieb unausgetragen; das belastete die deutsche Geschichte.

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 668–670

1. Arbeiten Sie die Argumentation Nipperdeys heraus und stellen Sie die von ihm angeführten Gründe für das Scheitern der Revolution und ihren Erfolg tabellarisch gegenüber.
2. Würden Sie ihm in seiner Analyse zustimmen? Nehmen Sie Stellung.

**b) Hartwig Brandt: „Epochenwende“?**

Die im Begriff „Mentalität“ angesprochene Art und Weise vorherrschender Denk- und Verhaltensmuster von Personen oder gesellschaftlichen Gruppen, eventuell auch von Nationen, ist immer wieder Veränderungen ausgesetzt. Der Historiker Hartwig Brandt geht in einem Kapitel über „Die Revolution als Epochenwende“ auch auf solche Umbrüche in der Mentalität ein:

Die Revolution von 1848/49 war eine bürgerliche Revolution – bei allen Beimischungen und Sonderlagen, die es fraglos gab. Es war das Bildungsbürgertum, welches in ihr dominierte, nicht nur im liberalen Lager, wo dies als plausibel erscheint, sondern auch bei Republikanern und Radikalen. [...]

Das „Bürgerliche“ der Revolution trat in einer Mentalität hervor, die vor allem durch den Liberalismus geprägt wurde. Eine Denkweise, die vorindustriell, aber fortschrittsgläubig-optimistisch zugleich war. Sie verwarf den Klassengedanken und propagierte die allgemeine Bürgergesellschaft – ohne Ansehen von sozialem Rang und wirtschaftlicher Potenz. Aber sie pflegte das Eigentum [...] als Sakrament ihrer Lehre, als Unterpfund aller bürgerlichen und politischen Rechte. Solche Vorstellungen, die aus dem Vormärz überkommen waren, zeigten sich auch in der Revolution noch weitverbreitet. [...]

Aber auch darin schien sich die hochgestimmte Vorstellung von Politik zunächst zu bestätigen, dass [...] eine Zeit der öffentlichen Diskussionen, des politischen Biwak[s]<sup>1</sup> folgte, der Versammlungen, der Vereine, der Demonstrationen, der politischen Teilhabe bis in die Unterschichten hinab – wie übrigens auch der Frauen, die in der Revolution erstmals öffentlich-politisch hervortraten. „Wer sich des regen Treibens in den Jahren 1848 und 1849 erinnert, der könnte in der Tat der Meinung werden, er sei unter ein anderes Geschlecht ver-

<sup>1</sup> Biwak: Truppenlager unter freiem Himmel oder in Zelten

setzt, wenn er mit ansieht, wie lau und flau es am Vorabend einer neuen Abgeordnetenwahl zugeht. Es sind die Straßenecken und Haustüren sicher vor Plakaten, auf den öffentlichen Plätzen und in den Wirtschaftslokalen findet man keine Volksredner mehr, und wenn der Gemeinderath eine öffentliche Sitzung ankündigt, so kann man beinah darauf rechnen, dass außer den amtlich Vorgerufenen kein Mensch erscheint.“ So schrieb die „Schwäbische Chronik“ 1851. Erst aus der Rückschau wurde den Zeitgenossen das Drängende, das Fieberhafte [...] der Revolutionszeitläufe bewusst. [...] Vielerorts kehrten [in den 1850er-Jahren] vorrevolutionäre Gewohnheiten und Institutionen zurück. Aber die Mentalität war nicht mehr die des Vormärz. Es fehlte die Erwartungshaltung, es fehlte die Gewissheit von der Veränderungskraft des Gedankens. Vormärz und Revolution waren die letzten Ausläufer dessen, was die Aufklärung in die Welt gesetzt hatte. Die postrevolutionäre Mentalität war also eine andere. Sie ließ sich von den Verhältnissen leiten, passte sich ihnen an. Sie wollte „realistisch“ sein, wie die neue Vokabel hieß. [...] Die Politik selbst hatte ihren Rang als Gegenstand des höchsten Interesses verloren. Der Bürger zog sich ins private Leben zurück, ein zweites Biedermeier kündigte sich an.

Hartwig Brandt, Europa 1815–1850. Reaktion – Konstitution – Revolution, Stuttgart 2002, S. 212f.

1. Analysieren Sie den Gedankengang Brandts und arbeiten Sie seine Thesen heraus. Wie bewertet er die Revolution von 1848/49?
2. Diskutieren Sie seine Position.

**M5 Bedeutung für die moderne Demokratie**

**a) Die Historikerin Eva Maria Werner schreibt in einem 2009 erschienenen Buch:**

Langfristig gesehen vielleicht am bedeutendsten waren die Folgen der Kommunikationsrevolution: Nicht nur ein neues Informationsniveau war erreicht worden, das nie wieder auf den vormärzlichen Stand zurückfiel, sondern es war auch eine breite politische Öffentlichkeit entstanden. Die öffentliche Meinung hatte damit an Gewicht gewonnen, und Politik war nicht mehr nur eine Sache bessergestellter gesellschaftlicher Schichten. [...]

Eva Maria Werner, Kleine Geschichte der deutschen Revolution von 1848/49, Wien/Köln/Weimar 2009, S. 152



**b) Die Historikerin Alexandra Bleyer schreibt in einem Band von 2023 zur Bedeutung der Revolution 1848/49 für die moderne Demokratie:**

Wenn man die Ereignisse in einen größeren Zusammenhang einbettet, erkennt man klar die große Bedeutung, die 1848 für die Entwicklung der modernen Demokratie hatte. In der modernen Geschichtsschreibung wurde schon im Zusammenhang mit der 150-Jahr-Feier dieser Revolution 1998 eine Neubewertung derselben vorgenommen. Nicht mehr das Scheitern steht seitdem im Vordergrund und damit eine Abwertung der vielfältigen Bestrebungen der „Achtundvierziger“, sondern die Anerkennung ihrer Pionierleistung und die Wirkung der Revolutionszeit als Lehrjahre. [...]

Die so lange als gescheitert abgewertete Revolution ist ein „wichtiger Katalysator für europaweite und bis in die unmittelbare Gegenwart reichende Prozesse, denn hier entwickelten sich Positionen und politische Haltungen“. <sup>2</sup> Viele Europäer erlebten in der Revolution Vorstufen der Demokratie, es wurde öffentlich über Politik diskutiert und gewählt, man organisierte sich in Vereinen und richtete Petitionen an die Nationalversammlungen. Im Idealfall lernte man, politische Ziele auf friedlichem Weg zu erreichen. Man lernte Mitsprachemöglichkeiten kennen und schätzen – und diese ließ man sich langfristig nicht mehr nehmen.

[...]

Die Wurzeln der Demokratie reichen tief in die Geschichte zurück. Weder entstand sie von heute auf morgen, noch ist sie selbstverständlich; leider ist sie auch nicht unangreifbar. Angesichts gegenwärtiger Attacken durch Verfechter des autoritären Staates ist es umso wichtiger, sich mit ihrer Entstehung zu befassen – mit den Ideen, die ihr zugrunde liegen, und mit den Frauen und Männern, die für sie eintraten.

Alexandra Bleyer, 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Stuttgart 2022, S. 313 f.

1. Arbeiten Sie die Bedeutung der Revolution von 1848/49 für die (moderne) Demokratie heraus.
2. Diskutieren Sie Beispiele dafür, dass Wissen um die Revolution für die Erwiderung auf „Attacken durch Verfechter des autoritären Staates (Z. 29) hilfreich ist.



**M6 Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt**

Foto von 2006.



Der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann eröffnete die Erinnerungsstätte. Ziel sei es – so sagte er in seiner Eröffnungsrede – „bestimmte Bewegungen in unserer Geschichte, die unsere heutige Demokratie vorbereitet haben, aus der Verdrängung hervorzuholen und mit unserer Gegenwart zu verknüpfen“. Das Foto gibt einen Einblick in den Ausstellungsbereich „Die Märzrevolution“. In dem Zeitstrahl rot markiert ist der 18. März 1848 (und der Folgetag). Rastatt hatte eine große Bedeutung in der Revolution. Hier begann die badische Mairevolution von 1849 – nach der Ablehnung der Verfassung u. a. durch den preußischen König. Mit der Übergabe der Festung endete am 23. Juli der letzte Widerstand von Revolutionären.

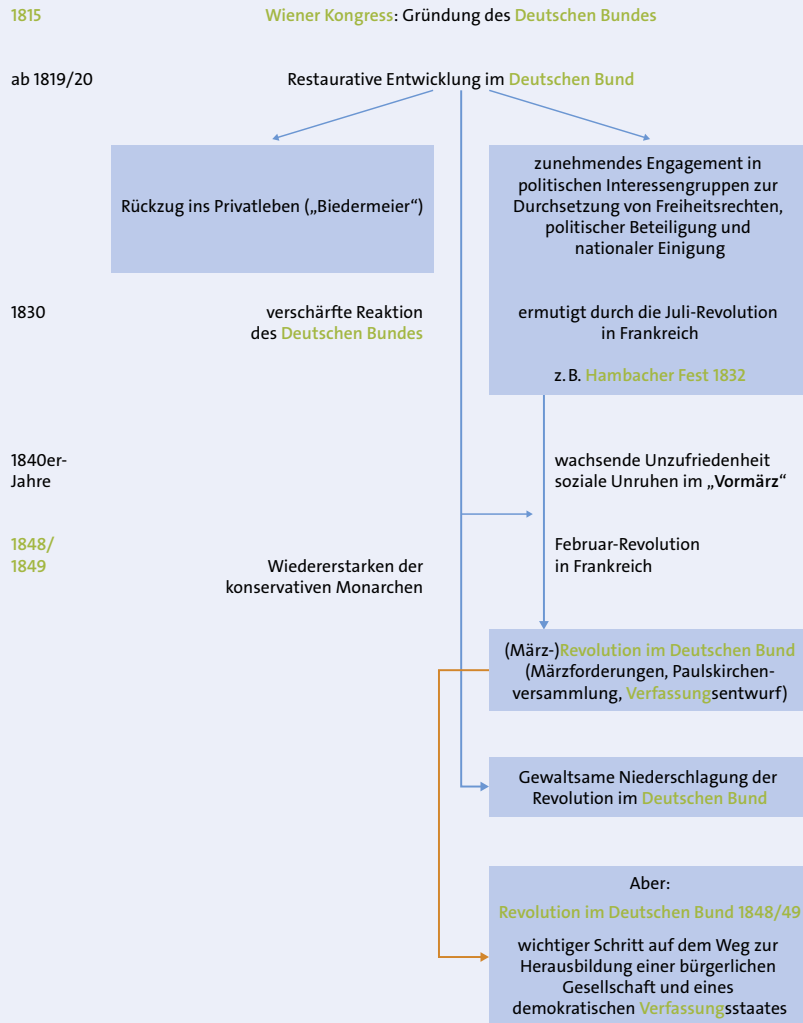
1. Informieren Sie sich über die Erinnerungsstätte in Rastatt.
2. Beurteilen Sie das Konzept der Erinnerungsstätte.
3. Diskutieren Sie, ob Frankfurt am Main als Ort für die Erinnerungsstätte geeigneter wäre.



<sup>2</sup> Hartmann Wunderer, Die Revolution von 1848/49, Stuttgart 2013, S. 9f.

Kompetenzen überprüfen

## Die Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft






A

Verwenden Sie bei der Bearbeitung insbesondere der Aufgaben 2 und 3 neben den im Schema genannten Grundlegenden Daten und Begriffen auch die folgenden Grundlegenden Begriffe, soweit diese in den Kontext der jeweiligen Aufgabe gehören:

Adel • Bürger •  
 Bürgertum • Demokratie •  
 Gewaltenteilung • Kaiser •  
 König • konstitutionelle Monarchie •  
 Liberalismus • Menschenrechte •  
 Nation • Nationalismus •  
 Parlament • Republik •  
 Verfassung • Volkssouveränität

- 
1. Verbalisieren Sie das Schema.
  2. Zeigen Sie mithilfe des Schemas, dass die Revolution von 1848/48 lang- und kurzfristige Ursachen hatte.
  3. Begründen Sie die These, dass die Revolution im Deutschen Bund von 1848/49 „ein wichtiger Schritt zur Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates“ in Deutschland war.
  4. Zeigen Sie am Beispiel der Revolution von 1848/49, dass Grundrechte und politische Mitbestimmungsrechte zentrale historische Errungenschaften sind.

B

### M1 Bürgerliche Gesellschaft


In einem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung vom 03. Februar 2017 mit dem Titel „Was heißt heute bürgerlich?“ schreibt René Rhinow über die bürgerliche Gesellschaft:

Die moderne bürgerliche Gesellschaft war von den Ideen der Aufklärung und einer säkularen Gesellschaft freier, mündiger Individuen jenseits des Staates und der Politik geprägt. Bürgerlich war nun eine neue Schicht oder Klasse innerhalb der Gesellschaft, die sich gegen den Absolutismus wandte, gegen den Adel, gegen Privilegien der Geburt, gegen die Macht der Kirche, auch gegen die Bauern. Damit verbunden war die Vorstellung einer sich selbst steuernden Gesellschaft freier und gleicher Bürger sowie einer vernunftgeprägten, rasonierenden<sup>1</sup> Bürgerschaft. Daraus entwickelte sich einerseits die politische Idee der Volkssouveränität und andererseits das Ordnungsprinzip der Marktwirtschaft. Besitz und Bildung waren dafür konstituierend.

Essenziell für diese Bürgergesellschaft waren bürgerliche Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Ordnung und Pünktlichkeit, aber auch Respekt vor

den Rechten anderer. Zu dieser sittlichen Kategorie der Bürgergesellschaft gehört auch eine bürgerliche Kultur, wie sie vom deutschen Philosophen Odo Marquard treffend wie folgt umschrieben wurde: „Die liberale Bürgerwelt bevorzugt das Mittlere gegenüber den Extremen, die kleinen Verbesserungen gegenüber der großen Infragestellung, das Alltägliche gegenüber dem Moratorium des Alltags, das Geregelte gegenüber dem Erhabenen, die Ironie gegenüber dem Radikalismus, die Geschäftsordnung gegenüber dem Charisma, das Normale gegenüber dem Enormen.“

<https://www.nzz.ch/meinung/citoyen-und-bourgeois-was-heisst-heute-buergerlich-id.143345> [Zugriff: 26.01.2024]

- 
5. Arbeiten Sie heraus, was die bürgerliche Gesellschaft gemäß den Ausführungen in dem Artikel idealtypisch auszeichnet.
  6. Beurteilen Sie, welche Fortschritte und welche Grenzen es im Vormärz und während der Revolution von 1848/49 bei der Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft gegeben hat.
  7. Stellen Sie Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Zielsetzungen der revolutionären Kräfte dar.
  8. Erläutern Sie, inwiefern die Industrialisierung die Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft maßgeblich beeinflusst hat.

<sup>1</sup> rasonieren: vernunftgeleitet argumentieren, sprechen

C

**M2 Die Reichskutsche**

Karikatur, um 1848.

Hinweis: Die Person mit der Trikolore auf der Kutsche trägt einen sogenannten „Heckerhut“ als Kennzeichen des Revolutionärs Friedrich Hecker und seiner Anhänger.



9. Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur.
10. Diskutieren Sie, inwieweit die Karikatur den Ereignissen von 1848/49 gerecht wird.

D

**M3 Liberalismus und Nationalismus**

Der deutsche Historiker Wolfgang J. Mommsen (1930–2004) äußert sich im Jahre 1998:

Die liberale Bewegung und ebenso ihr linker Flügel, die radikale Demokratie, waren von Anbeginn eng mit der nationalen Idee verbunden. In der Zeit des Vormärz war die Idee der Kulturnation [...] zur herrschenden Ideologie der „Bewegungspartei“ geworden. Die nationale Idee einte die Intelligenz und die bürgerlichen Eliten in einem gemeinsamen Credo; die bürgerlichen Kulturwerte, insbesondere die jeweilige Nationalliteratur, dienten der Legitimierung der nationalen Ideologie gegenüber den traditionellen Gewalten. Darüber hinaus erwies sich die Idee des Nationalstaats als eine un-

gemein zugkräftige Integrationswaffe, um die breiten Schichten der Bevölkerung schrittweise für die politischen Ziele der bürgerlichen Eliten zu gewinnen.

Wolfgang J. Mommsen, 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt am Main 1998, S. 311 ff.

11. Skizzieren Sie die politische Struktur im Vormärz.
12. Arbeiten Sie heraus, welche Bedeutung die Nationalbewegung im Vormärz hatte.
13. Erläutern Sie, warum sich die Nationalversammlung für die kleindeutsche Lösung entschieden hat und welche Folgen damit verbunden waren.



32072-076

E

#### M4 „Am Grundstein der Demokratie“

In seinen einleitenden Worten zur 15. Bundesversammlung am 18. März 2012 macht Bundestagspräsident Norbert Lammert folgenden Vorschlag:

Wenn wir uns in Deutschland auf die revolutionären Ursprünge unserer Demokratie berufen, reicht  
5 der historische Blick meist kaum weiter zurück als bis zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, die erstmals am 18. Mai 1848 in Frankfurt zusammentrat. Dabei gibt es natürlich eine Vorgeschichte: Der Barrikadenkampf, der am 18. März  
10 1848 in Berlin begann, war ein gewaltiger, auch gewalttätiger Schritt auf dem Weg zur Demokratie in Deutschland. Die deutsche Geschichte weckt bis heute noch häufig mehr ein Bedürfnis nach Distanz denn den Wunsch nach Identifikation. Die  
15 deutsche Geschichte hat aber weder 1933 begonnen, noch war sie 1945 zu Ende. Ein angemessenes und würdiges Gedenken an die deutschen Freiheitstraditionen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte unverzichtbar,  
20 sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. Das nationale Gedächtnis lässt sich

in einer demokratisch und damit pluralistisch verfassten Gesellschaft natürlich weder amtlich formulieren noch durch eine Behörde regeln; die Erinnerungskultur eines Landes muss wachsen. Der Staat kann aber Zeichen setzen. Deshalb spricht  
25 manches dafür, den 18. März zu einem nationalen Gedenktag in unserem Land zu machen. Der 18. März zählt zu den deutschen Schicksalstagen, an denen sich die deutsche Geschichte verdichtet hat.  
30 Mit diesem Datum verbinden sich außerdem die ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer. Diese friedliche Revolution führte unter gänzlich veränderten Bedingungen zu Ende, was auf den  
35 Berliner Barrikaden am 18. März 1848 begonnen hatte: das über ein Jahrhundert andauernde Ringen um Einigkeit und Recht und Freiheit.

Norbert Lammert, Am Grundstein der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 4. März 2012, Nr. 9, S. 11

14. Analysieren Sie die Interpretation der deutschen Geschichte durch den Bundestagspräsidenten.

15. Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob der 18. März Gedenk- oder gar Nationalfeiertag werden sollte.

F

#### M5 Visionen von Deutschland

Dazu schreibt der Historiker Heinrich August Winkler:

Für Friedrich Wilhelm IV. war Deutschland zuerst und zuletzt die Gemeinschaft seiner Fürsten mit dem österreichischen Kaiser an der Spitze. Das sahen die Romantiker ähnlich, aber nicht die  
5 Vorkämpfer der liberalen Einheitsbewegung der vierziger Jahre. Sie wollten die Macht der Fürsten und der Einzelstaaten zurückdrängen und einen modernen, bürgerlich geprägten Nationalstaat schaffen. Mit den Romantikern trafen sie sich in der  
10 Wertschätzung der deutschen Sprache, die auch nach ihrer Meinung am ehesten darüber Auskunft gab, ob ein Gebiet zu Deutschland und seine Bewohner zu den Deutschen gehörten. „Ein Volk ist der Inbegriff von Menschen, welche dieselbe Sprache  
15 reden“, erklärte Jacob Grimm 1846 auf dem ersten deutschen Germanistenkongress zu Frankfurt am Main: eine Formel, auf die sich Liberale und Konservative verständigen konnten. In Zeiten äußerer Bedrohung wie der Rheinkrise von 1840<sup>1</sup>

gab es darüber hinaus auch eine politische Gemeinsamkeit zwischen Liberalen und Konservativen: die Überzeugung von der Notwendigkeit, die Gefahr abzuwehren. Wenn jedoch der Druck von außen fehlte, traten die Unterschiede wieder deutlich hervor: Die Visionen von Deutschland blieben  
25 strittig.

Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik (Deutsche Geschichte Band 1), München 2000, S. 90

16. Erläutern Sie, warum die Vorstellungen von legitimer Herrschaft zwischen Fürsten und Liberalen unvereinbar waren. Gehen Sie dabei auch auf die Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. ein.

17. Stellen Sie anhand des Textes dar, inwiefern die Außenpolitik im Vormärz auch innenpolitisch bedeutsam war.

<sup>1</sup> **Rheinkrise von 1840:** politischer Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland, ausgelöst durch Forderungen in der französischen Öffentlichkeit, die Grenze bis zum Rhein vorzurücken.



„Zukunftsbild der Infanterie“

Postkarte, nach 1905.  
 Derartige Postkarten mit Kritik an der Frauenbewegung waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielfach im Umlauf.

Wahlplakat zur Reichspräsidentenwahl 1925

Das Plakat spielt auf den sogenannten Flaggenstreit an. Dabei wollte die eine Seite die Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbol für nationale Einheit und bürgerliche Freiheit beibehalten. Währenddessen befürwortete die Gegenseite, u. a. Paul von Hindenburg, ehemaliger Generalfeldmarschall und Reichspräsident von 1925 bis 1934, Schwarz – Weiß – Rot, die Farben des Kaiserreiches. Den „Volksblock“ bildeten die Parteien der sogenannten Weimarer Koalition, SPD, DDP und Zentrum. Der Plakattext spielt darauf an, dass der „Märchensammler“ Jacob Grimm und der Dichter Ludwig Uhland sich als Abgeordnete der Nationalversammlung 1848/49 für einen freiheitlichen Nationalstaat eingesetzt hatten.



Bismarck-Denkmal vor dem Reichstag

Fotochrome, nach 1901.  
 Das Reichstagsgebäude (Bildhintergrund) wurde von 1884 bis 1894 errichtet und damit mehr als zehn Jahre, nachdem unter dem damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches in Kraft getreten war. Das Denkmal im Bildvordergrund ließ Kaiser Wilhelm II. zum 80. Geburtstag Bismarcks errichten.



# 2 Modernisierung im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik

1871 wurde vollzogen, was in der Revolution von 1848/49 noch gescheitert war: die Schaffung eines kleindeutschen Nationalstaats unter der Führung Preußens. Die Reichseinigung wurde allerdings nicht „von unten“, durch eine demokratisch gewählte Nationalversammlung, sondern während des Deutsch-Französischen Krieges mit „Eisen und Blut“ durch den „Reichsgründer“ Otto von Bismarck geschaffen. Auch wenn die im Wesentlichen von ihm geschaffene Verfassung Obrigkeitsstaatlichkeit stützte, finden sich in ihr auch fortschrittliche Elemente. Dennoch standen das politische System und der steigende Modernisierungsdruck fortwährend in einem Spannungsverhältnis.

Das Wechselspiel zwischen Beharrungskräften und Modernisierungsprozessen prägte auch die Weimarer Republik. Die erste gesamtdeutsche Demokratie war belastet durch den von den „alten Eliten“ verlorenen Ersten Weltkrieg und dessen Folgen sowie durch die Auseinandersetzungen während der Novemberrevolution. Der Erfolg einer weiteren Modernisierung der Gesellschaft hing davon ab, ob der Staat gegen republikfeindliche Kräfte und wirtschaftliche Krise bestehen konnte.

- ▶ Erläutern Sie, inwiefern das hohe Ansehen des Militärs im Kaiserreich für die Interpretation der Postkarte bedeutsam ist.
- ▶ Analysieren Sie, wodurch in dem Plakat und den Umständen der Reichspräsidentenwahl die Stärke der „alten Eliten“ deutlich wird.
- ▶ Bewerten Sie die Standortwahl des Bismarck-Denkmal vor dem Reichstagsgebäude.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie können:

... den Begriff *Moderne* reflektieren und seine Entstehung erfassen.

... politische Einflussmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen im Kaiserreich beurteilen.

... sozialstaatliche Maßnahmen hinsichtlich ihrer systemstabilisierenden Funktion bewerten.

... die Prägungen der Weimarer Republik durch die Novemberrevolution beurteilen.

... diskutieren, inwieweit sich Modernisierung in der Weimarer Reichsverfassung niederschlägt.

... die Infragestellung bisheriger Geschlechterrollen beurteilen.

... sich mit den widersprüchlichen Reaktionen auf Modernisierungsprozesse auseinandersetzen.

... die Situation jüdischer Bürgerinnen und Bürger zwischen Gleichberechtigung einerseits und Antisemitismus andererseits charakterisieren.

... zeitgenössische und gegenwärtige Reaktionen auf Modernisierungsprozesse erfassen.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

In der Zeit zwischen der Gründung des **Deutschen Kaiserreiches** bis zu den 1920er-Jahren der **Weimarer Republik** hat vieles, was unsere heutige moderne Welt noch immer prägt, seinen Ursprung. Oft wird auch vom „Durchbruch der Moderne“ gesprochen. Wie bei so vielen tiefgreifenden Umbrüchen waren die Entwicklungen von Gegenreaktionen beharrender Kräfte und einem Ringen um Sicherung bzw. Ausweitung des eigenen Einflusses begleitet.

Folgende übergeordnete Fragestellungen werden Sie auf dem Weg durch dieses Kapitel begleiten:

- ▶ Wie entwickelte sich die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik und welche gesellschaftlichen Veränderungen waren hierfür grundlegend?
- ▶ Welche Beharrungskräfte und welche Modernisierungsprozesse prägten die Zeit zwischen 1871 und 1929?

Setzen Sie sich mit dem Begriff der Moderne auseinander, insbesondere im Hinblick auf die folgenden Fragen:

- ▶ Wie entstand der Begriff?
- ▶ Wie wird die Moderne (unterschiedlich) definiert?

Untersuchen und beurteilen Sie die Gesellschaft des Deutschen Kaiserreiches und deren politische Einflussmöglichkeiten:

- ▶ Inwiefern differenzierte sich die Gesellschaft weiter aus?
- ▶ Wie veränderte sich die Bedeutung des Bürgertums und welche Rolle spielte der Adel?
- ▶ Wie gestaltete sich das politische System?
- ▶ Welchen Einfluss übten Parteien und Verbände aus?
- ▶ Welche Einflussmöglichkeiten hatten die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auf den politischen Entscheidungsprozess?

Erläutern Sie das Ringen um eine (neue) politische Ordnung während der Novemberrevolution 1918 und beurteilen Sie die daraus entstehenden Prägungen der Weimarer Republik:

- ▶ Wie polarisierten sich Gesellschaft und Politik im Zuge der Novemberrevolution 1918?
- ▶ Welche Rolle spielten die Spaltung der Arbeiterschaft und die „alten Eliten“?
- ▶ Wie agierte die neue Reichsregierung? Wie groß war dabei ihr Handlungsspielraum?
- ▶ In welchem Maße wurde die Demokratie durch extremistische Kräfte bedroht?

Bewerten Sie, ob die sozialstaatlichen Maßnahmen im Kaiserreich politisch und gesellschaftlich stabilisierend gewirkt haben:

- ▶ Welche Ziele wurden mit den jeweiligen Maßnahmen verfolgt?
- ▶ Wie wurden die Sozialversicherungen von den betroffenen gesellschaftlichen Gruppen beurteilt?
- ▶ Welche kurz- und langfristigen Folgen hatten die sozialpolitischen Maßnahmen?

Diskutieren Sie, inwieweit die Weimarer Reichsverfassung Aspekte gesellschaftlicher und politischer Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert aufgreift:

- ▶ Warum wurde die Reichsverfassung einerseits als eine der fortschrittlichsten ihrer Zeit bezeichnet?
- ▶ Welche strukturellen Defizite werden ihr andererseits zugeschrieben?
- ▶ Welche Folgen hatte die Fragmentierung der Parteienlandschaft?

Bewerten Sie, ob die sozialstaatlichen Maßnahmen in der Weimarer Republik politisch und gesellschaftlich stabilisierend gewirkt haben:

- ▶ Warum kam es zu einem Aus- und Umbau der Sozialpolitik?
- ▶ Warum verhinderte die Sozialstaatlichkeit der Weimarer Republik nicht das Erstarken republikfeindlicher Kräfte?

Beurteilen Sie den Wandel tradierter Geschlechterrollen:

- ▶ Inwieweit wurden **seit 1789** bzw. von der Revolution 1848/49 bis zur Weimarer Republik traditionelle Geschlechterrollen infrage gestellt?
- ▶ Welche Bedeutung und Folgen hatte die Frauenbewegung?

Diskutieren und beurteilen Sie die Bedeutung von Medien und (Massen-) Kultur in Hinblick auf gesellschaftliche Modernisierung und Veränderung:

- ▶ Welche Wechselwirkungen gab es zwischen Gesellschaft und kulturellen Neuerungen?
- ▶ Welche Rolle spielte dabei die Urbanisierung?

Charakterisieren Sie die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern zwischen 1871 und den 1920er-Jahren:

- ▶ Welche Stellung hatten diese im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik inne?
- ▶ Warum nahm der Antisemitismus zu und wie äußerte sich dieser?
- ▶ Inwiefern handelt es sich hierbei um einen ungleichmäßigen Modernisierungsprozess?

Untersuchen Sie Reaktionen auf Modernisierungsprozesse:

- ▶ Welche Unterschiede gibt es zwischen zeitgenössischen und heutigen Einschätzungen?
- ▶ Welche Muster in der Ablehnung dieser Prozesse lassen sich erkennen?

Nun können Sie nachvollziehen, welche Modernisierungsprozesse sich im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik vollzogen und welche Beharrungskräfte gesellschaftliche Veränderungen verhindern wollten.



## Vorwissen aktivieren: Deutsches Kaiserreich

**A**

ab 1840      1871      ab 1883      1884      1888      1890      1900

**a** spätes Einsetzen der Industrialisierung im territorial zersplitterten Deutschland



**b** Sozialgesetzgebung Bismarcks zur Minderung der Not infolge von Krankheit, Unfall und Arbeitsunfähigkeit



**c**



Kaiser Wilhelm II. nimmt das Rücktrittsgesuch von Reichskanzler Otto von Bismarck an.

**d** Wilhelm II. wird Deutscher Kaiser. Er ist ein Gegner des Parlamentarismus, fürchtet einen Umsturz durch die wachsende Arbeiterschaft und betreibt eine zunehmend aggressive und unberechenbare Außenpolitik.



**e** In der Annahme, dass das Deutsche Reich sich außenpolitisch nur durchsetzen könne, wenn es der britischen Flotte ebenbürtig oder sogar überlegen ist, beginnt das Deutsche Reich ein Flottenwetttrüsten.



**f** Das Deutsche Reich sichert sich in Konkurrenz zu Großbritannien und Frankreich Kolonien in Afrika und Asien.



**g** Deutsche Reichsgründung durch einen Bund der deutschen Fürsten unter Führung Preußens in Versailles als Folge des Deutsch-Französischen Krieges



1. Ordnen Sie die Ereignisse den Jahreszahlen zu.



Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.

B

Das Deutsche Kaiserreich wurde 1871 nach *den Einigungskriegen* • *einer Revolution* als *parlamentarische* • *konstitutionelle* Monarchie in *Berlin* • *Versailles* ausgerufen. Dem preußischen König Wilhelm hatte der *König von Bayern* • *König von Hannover* die Kaiserkrone angetragen. Das gewählte Parlament hieß *Reichstag* • *Bundestag* und hatte seinen Sitz in *Frankfurt am Main* • *Berlin*. Staatsoberhaupt war der *Reichskanzler* • *Deutsche Kaiser*. Die Reichsverfassung erhielt *einen* • *keinen* Grundrechtskatalog. Die führende Schicht in der Gesellschaft, in der Politik und im Militär war *der Adel* • *das Bürgertum*. Infolge der wirtschaftlichen Entwicklungen gewann *der Adel* • *das Bürgertum* an Bedeutung und Ansehen. Die Monarchien im Deutschen Reich wurden im Zuge *des Versailler Vertrages* • *der Novemberrevolution* nach dem Ersten Weltkrieg gestürzt.

2. Bestimmen Sie von den kursiv gesetzten Begriffen jeweils den richtigen.



C

1. Mit welcher Maßnahme wollte die Reichsregierung die Situation der Arbeiter verbessern?

- kürzere Arbeitszeiten
- Einführung der Sozialversicherungen
- Einführung umfangreicher Arbeitsschutzmaßnahmen

3. Welche Versicherungen umfasste die Sozialgesetzgebung?

- Krankheitsversicherung
- Pflegeversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Unfallversicherung
- Rentenversicherung

4. Welche Forderungen gehören nicht zum Programm der Sozialdemokratie?

- Mitwirkung in einer parlamentarischen Demokratie
- Bereitschaft zu Kompromissen mit anderen Parteien
- Nur eine Partei ist zugelassen, um zur klassenlosen Gesellschaft zu führen.

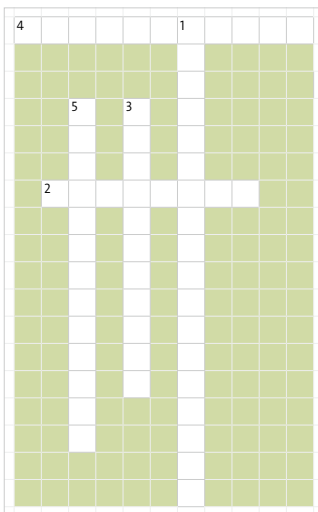
2. Welche Ziele wurden verfolgt?

- Not der Arbeiter lindern
- Schwächung der Sozialdemokratie
- Massenauswanderung aus Deutschland stoppen

3. Wählen Sie bei den Fragen zur Sozialgesetzgebung im Deutschen Kaiserreich die richtige(n) Antwort(e)n aus.



D



#### Waagrecht

- Oberbegriff für die Gesamtheit der durch die Industrialisierung entstandenen sozialen Probleme, z. B. Wohnungsnot, Kinderarbeit und mangelnde soziale Absicherung. (8 Buchstaben)
- Von Karl Marx und Friedrich Engels in der Frühindustrialisierung entwickelter philosophisch-politischer Ansatz, der das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft verfolgt und bei dem alle Produktionsmittel staatlich sind. (11 Buchstaben)

#### Senkrecht

- Von England ausgehende, tiefgreifende Veränderung der Arbeitsverhältnisse und der Gesellschaft durch den Einsatz von Maschinen im 19. Jh. (18 Buchstaben)
- Politische Strömung, welche von einer Klassengesellschaft ausgeht und diese v. a. durch eine gleichmäßigere Besitzverteilung, mitunter auch durch eine Verstaatlichung der Produktionsmittel, überwinden will. (11 Buchstaben)
- Konservativer preußischer Ministerpräsident, der 1871 die Reichsgründung unter preußischer Führung erreichte und in der Folge als erster Reichskanzler das Deutsche Kaiserreich maßgeblich mitprägte (Nachname). (13 Buchstaben)

4. Lösen Sie das Kreuzworträtsel.



Lösung

## 2.1 Modernisierungstheorien (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-170.



## 2.2 Gesellschaft und Partizipation im Kaiserreich

Mit der Niederschlagung der Revolution 1848/49 hatten der **Deutsche Bund** und die Herrschaft der einzelnen Fürsten weiter Bestand. Die **Deutsche Reichsgründung 1871** war das Ergebnis dreier Kriege. Die Nationalstaatsgründung erfolgte „von oben“ und nicht durch einen Umsturz „von unten“.

### Grundlegende Daten

#### und Begriffe

- ▶ Deutscher Bund
- ▶ 1871 Deutsche Reichsgründung
- ▶ Adel
- ▶ Bürgertum
- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Verfassung
- ▶ Volkssouveränität
- ▶ Bürger
- ▶ Menschenrechte
- ▶ Parlament
- ▶ Reichstag
- ▶ Gewaltenteilung
- ▶ Demokratie
- ▶ Nation
- ▶ Nationalismus
- ▶ Sozialismus
- ▶ 1914–1918 Erster Weltkrieg

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mithilfe der folgenden Arbeitsaufträge damit auseinander, wie sich die Gesellschaft des Deutschen Kaiserreiches entwickelte, und beurteilen Sie, welche Möglichkeiten verschiedene gesellschaftliche Gruppen hatten, den politischen Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Halten Sie Ihre **Ergebnisse** schriftlich fest.

#### ▶ Teil 1: Die sich ausdifferenzierende Gesellschaft

1. a) Ordnen Sie die Fotografien begründet im Rahmen der modernen, sich zunehmend ausdifferenzierenden Klassengesellschaft ein (**INFO 1, M1, M2**).
- b) Erschließen Sie sich, von welchen Faktoren die Zugehörigkeit zu einer Schicht abhing, sowie gemeinsame Kennzeichen einer Schicht bzw. eines Milieus.
- c) Überprüfen Sie die folgende Aussage: „Das Bürgertum grenzte sich scharf von der Arbeiterschaft ab“ (**INFO 1, M1, M2**).
2. Beurteilen Sie die Rolle von Adel und Bürgertum (**M10, M11: Z. 3–14, M12**).

#### ▶ Teil 2: Verfassung und Verfassungswirklichkeit

1. Charakterisieren Sie die Kompetenzen des Reichstags sowie das Verhältnis zu Kaiser, Reichskanzler und Bundesrat (**M4**).
2. Nehmen Sie begründet Stellung, ob es sich beim Reichstag um ein schwaches oder starkes Parlament handelte (**M4, M5**). Berücksichtigen Sie dabei auch die sich verändernde Verfassungspraxis.
3. Prüfen Sie, inwiefern es sich die Reichstagswahlen betreffend um ein fortschrittliches Wahlrecht handelte (**INFO 5** oder Online-Recherche, **M3**).

#### ▶ Teil 3: Politische Partizipation und der Einfluss von Parteien und Verbänden

1. Weisen Sie die These der Historikerin Hedwig Richter nach, dass die Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich hochpolitisiert war, indem Sie dazu eine Mindmap erstellen (**INFO 6, M7, M8, M12**). Berücksichtigen Sie dabei insbesondere auch die Rolle der Parteien und Verbände.
2. Beurteilen Sie auf Basis ihrer bisherigen Ergebnisse in einer Gesamtschau die Möglichkeiten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, auf den politischen Entscheidungsprozess Einfluss zu nehmen, und verfassen Sie hierzu einen kurzen Kommentar (rund 100 Wörter).

**INFO 1: Die Gesellschaft differenziert sich aus**

In den knapp fünfzig Jahren der Geschichte des Kaiserreiches veränderte sich die deutsche Gesellschaft grundlegend. Motor der Veränderung waren das enorme Bevölkerungswachstum von rund 40 Millionen im Jahr 1871 auf 67 Millionen im Jahr 1913 sowie die rasche und intensive Industrialisierung. In ihrer Folge wandelte sich die bis zur Reichsgründung immer noch ständisch geprägte Gesellschaft zu einer modernen Klassengesellschaft, in der sozialer Rang und Aufstiegschancen nicht mehr von der Herkunft, sondern wesentlich von Vermögen und Einkommen abhingen.

- Insbesondere der **Adel** genoss zwar immer noch hohes Ansehen. Er pflegte einen eigenen, exklusiven Lebensstil, übte als Gutsherr und Großgrundbesitzer eine enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht über die von ihm abhängige Landbevölkerung aus und hatte großen politischen Einfluss im monarchisch geprägten Kaiserreich, wo er in Politik und Militär nach wie vor das Gros der leitenden Positionen besetzte.
- Aber das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm durch das reiche **Größbürgertum** der Unternehmer und Bankiers eine spürbare Konkurrenz erwachsen war. Mit diesem musste er sich die Stellung in der schmalen Oberschicht teilen, die insgesamt nur wenige Prozent der Reichsbevölkerung ausmachte.
- Von dieser Oberschicht war der Übergang fließend zur oberen Mittelschicht der mittleren und niederen Adelsränge, der wohlhabenden Unternehmer und Kaufleute sowie der hohen Staatsbeamten, aber auch zum **Bildungsbürgertum** (z. B. angesehene Akademiker und Freiberufler wie Professoren, Ärzte, Rechtsanwälte). Zahlenmäßig dominierte jedoch bei weitem die untere Mittelschicht: Beamte, Bauern mit eigenem Land sowie das Kleinbürgertum. Dieses setzte sich zusammen aus dem schrumpfenden „alten Mittelstand“ der in Handwerk und Kleingewerbe Tätigen sowie aus dem stetig wachsenden „neuen Mittelstand“ der Angestellten. Die einen definierten sich dadurch, entweder einen (kleinen) Betrieb oder einen Laden zu besitzen oder dort zu arbeiten, die anderen dadurch, keine körperliche Arbeit verrichten zu müssen. Beide grenzten sich damit ganz bewusst von der Unterschicht ab, die die breite Mehrheit der Bevölkerung ausmachte.
- Zur Unterschicht gehörte die Industriearbeiterschaft in Fabriken und Bergbau. Hierbei handelte es sich um eine gänzlich neue Berufs- und Bevölkerungsgruppe, die im Gefolge der raschen Industrialisierung rasant zunahm, sodass sie nach der Jahrhundertwende zusammen mit ihren Familien mehr als 40 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Die lohnabhängige ländliche Bevölkerung – Landarbeiterinnen und -arbeiter, Tagelöhner und Gesinde – bildete mit insgesamt etwa 30 Prozent der Bevölkerung die zweitgrößte Gruppe der Unterschicht. Gemeinsam war diesen beiden Gruppen, dass ihre große Mehrheit wie auch die sogenannten Dienstmädchen, städtische Tagelöhner und andere Hilfsarbeiter sowie ungelernete Arbeiter etwa im Straßen- und Eisenbahnbau, Straßenkehrer oder Kanalarbeiter am Existenzminimum lebte.

Die Aufstiegschancen zwischen diesen Schichten waren gering. Am häufigsten waren – eher bescheidene – berufliche und soziale Aufstiege innerhalb der Mittelschicht,

**M1 Der Gutsbesitzer Otto von Bismarck**

Foto von 1897. Auf dem Bild ist zu sehen, wie Otto von Bismarck die Bauern während der Ernte auf seinem Gut Friedrichsruh kontrolliert. Die Gutsbesitzer stammten aus dem Adel oder dem gehobenen Bürgertum.



Wissenschaftliche Artikel zu den Begriffen „Moderne“ und „Modernisierung“ finden Sie unter dem Mediencode 32072-172.

während Angehörigen der Unterschicht ein Aufstieg in die untere Mittelschicht nur in Ausnahmefällen gelang. Zu diesen Ausnahmen gehörte der Schritt vom einfachen Arbeiter oder Arbeiterkind zum Facharbeiter. Thomas Meißner und Dieter Brückner 50



**M2 Wohnküche einer Arbeiterfamilie**

Foto von 1916.

**INFO 2: Gesellschaftliche Bruchlinien**

Die Schichten entwickelten charakteristische Milieus, Lebensräume und Beziehungen, die gekennzeichnet waren durch Einkommen und Vermögen, ähnliche Wohnverhältnisse, die Art der Lebensführung, aber auch durch ähnliche Werthaltungen und Mentalitäten, ein gemeinsames Selbstbild und eine ähnliche Sicht auf andere gesellschaftliche Gruppen. In den jeweiligen Milieus entstand ein relativ stabiles Zusammengehörigkeitsgefühl und es wurden Interessen formuliert, die man im politischen Prozess durchzusetzen versuchte. 10

Die Trennlinien zwischen den Milieus waren mitunter scharf und konfliktträchtig:

- Das adlige Milieu beklagte den Verlust seiner unbestrittenen Führungsrolle in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik durch eine fortschreitende „Verbürgerlichung“.
- Arbeitgeber betrachteten die organisierte Arbeitnehmerschaft als ihre „natürlichen Feinde“, während letztere sich ausgebeutet sahen. 15
- In der Regel war die Industriearbeiterschaft der adlig-bürgerlichen Mittel- und Oberschicht verdächtig, Unruhe zu verbreiten, vielleicht sogar einen Umsturz der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinn zu haben, mit dem Ziel, das Vermögen der Besitzenden auf die Besitzlosen umzuverteilen. 20
- Ländlich-agrarisch geprägte Milieus kritisierten die durch die „Landflucht“ und Urbanisierung heranwachsenden Großstädte und setzten ihnen die angeblich „gute alte Zeit“ der Agrargesellschaft entgegen.
- Katholisch geprägte Milieus sahen sich durch die evangelische Mehrheit im Reich an den Rand gedrängt oder gar unterdrückt, während Protestanten und Katholiken gemeinsam vor einer zunehmenden Abkehr vom Glauben und Säkularisierung der Gesellschaft warnten. 25

Jenseits der Milieus durchzogen die Gesellschaft klare Trenn- und Bruchlinien zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und gesellschaftlichen Minderheiten, insbesondere Angehörigen anderer Nationen wie Dänen, Franzosen und Polen sowie Jüdinnen und Juden. Die (nationalen) Minderheiten und ihre kulturellen und sprachlichen Besonderheiten wurden im Kaiserreich nur sehr eingeschränkt toleriert. Nach der Jahrhundertwende, als Nationalismus und Militarismus in beinahe allen gesellschaftlichen Schichten Eingang fanden, sank die Toleranz noch weiter. 30

Thomas Meißner und Dieter Brückner

► Setzen Sie die sich ausdifferenzierende Gesellschaft des Deutschen Kaiserreichs grafisch um. Berücksichtigen Sie dabei auch insbesondere die gesellschaftlichen Bruchlinien.



Eine Vorlage für die Umsetzung des Arbeitsauftrags finden Sie unter Mediacode 32072-173.

**INFO 3: Die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches**

Die deutsche Reichsgründung 1871 „von oben“ wirkte sich auch auf die am 1. Juli 1871 in Kraft getretene Verfassung des Deutschen Kaiserreiches aus. Diese Verfassung be-

ruhte weitgehend auf der des Norddeutschen Bundes, wurde nicht von einer Nationalversammlung erarbeitet und verabschiedet, sondern zwischen den Regierungen  
 5 der Mitgliedstaaten, Reichstag und Bundesrat des Norddeutschen Bundes sowie dem im März 1871 gewählten Reichstag des **Deutschen Kaiserreiches** ausgehandelt.

Der Tatsache, dass das Kaiserreich aus souveränen Fürstentümern und Freien Städten hervorging, trug die hervorgehobene Stellung des Bundesrates Rechnung. Der Bundesrat war der eigentliche Souverän.

- 10 **Bismarck** hatte sich wie auch Wilhelm I. und andere Monarchen während der Arbeit an der **Verfassung** strikt gegen das Prinzip der **Volkssouveränität** ausgesprochen. Vielmehr kommt in der Verfassung immer wieder das monarchische Prinzip zum Tragen. Das **Deutsche Kaiserreich** war eine konstitutionelle Monarchie, in der der preußische König als Deutscher Kaiser erbliches und niemandem zur Rechenschaft verpflichtetes  
 15 Staatsoberhaupt und Spitze der Exekutive war.

Die **Verfassung** garantierte den **Bürgern** keine Grund- und **Menschenrechte**. Dem **Parlament**, dem Reichstag, war nur eine nachgeordnete Stellung zugeordnet. Lediglich über das Budgetrecht oder die Möglichkeit, von der Regierung vorgelegte Gesetze zu blockieren, hatte er nennenswerten Einfluss auf die Exekutive. Bei allen erkennbaren  
 20 Ansätzen zur **Gewaltenteilung** dominierte die Exekutive jedoch erkennbar. Das Bemühen der Konservativen, liberale Bestrebungen, die zu einer **Demokratie** hätten führen können, einzudämmen, ist unübersehbar.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Begründen Sie die folgenden Aussagen:  
 Das Deutsche Kaiserreich
  - a) ... war eine konstitutionelle Monarchie.
  - b) ... war vom monarchischen Prinzip geprägt.
  - c) ... wies Elemente der Gewaltenteilung auf.
  - d) ... trug dem Prinzip der Volkssouveränität nur ansatzweise Rechnung.
2. Diskutieren Sie, inwieweit sich in der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches konservativ-behaltende Kräfte sowie fortschrittlich-moderne Elemente widerspiegeln.



#### INFO 4: Verfassungswirklichkeit im Wandel

Die Verfassungswirklichkeit entwickelte sich allerdings anders, als Bismarck und die anderen „Väter der Reichsverfassung“ sich das vorgestellt hatten. Beschränkte sich die Exekutive auf Reichsebene anfangs auf die Personen von Kaiser und Kanzler, so entstanden allmählich Reichsämter, da die in der Verfassung definierten Zuständigkeiten  
 5 des Reiches vor allem im Bereich der Wirtschafts-, Steuer-, Rechts-, Sozial-, Außen- und Militärpolitik allmählich durch konkrete Maßnahmen mit Leben gefüllt werden mussten. Da dies aber nur auf der Grundlage von Reichsgesetzen möglich war, gewann der Reichstag als Diskussions- und Beschlussorgan zunehmend an Bedeutung, während der Bundesrat in den Hintergrund trat. Da das **Parlament** öffentlich tagte  
 10 und die Presse ohne Einschränkung aus seinen Debatten berichten durfte, fand es vor allem als Ort der politischen Diskussion und Auseinandersetzung in der Bevölkerung immer mehr Beachtung. Dies schlug sich auch in der deutlich und kontinuierlich wachsenden Wahlbeteiligung nieder. Sie bezeugt sowohl eine steigende Politisierung der Bevölkerung als auch die große Bedeutung von **Parlament** und Parlamentarismus für die Ausbildung eines „Reichsbewusstseins“ der Wähler. Bis zum Oktober 1918, also  
 15 bis in die letzten Tage des **Ersten Weltkrieges** und des **Deutschen Kaiserreiches** war jedoch der Kanzler nicht vom Vertrauen des Reichstages abhängig.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

**INFO 5: Wahlen**

Außerordentlich modern war im Gegensatz zur konservativ-monarchischen Grundhaltung der **Verfassung** das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Männerwahlrecht, nach dem die Abgeordneten des Reichstages bestimmt wurden. Dieses Zugeständnis an fortschrittliche Kräfte schien **Bismarck** unbedenklich, da er angesichts der konservativen Gesinnung der Landbevölkerung sowie der herrschenden „Reichsbegeisterung“ im **Bürgertum** regierungsfreundliche Mehrheiten erwartete und damit rechnen konnte, dass Arbeitgeber, Großgrundbesitzer, aber auch örtliche Honoratioren und Geistliche durch ihre Macht und ihren gesellschaftlichen Einfluss die Stimmabgabe beeinflussten.



Herkunft und Vermögen spielten für das aktive Wahlrecht keine Rolle mehr. Allen Wahlberechtigten stand auch das passive Wahlrecht zu. Da aber die Abgeordneten des Reichstages bis 1906 keine Diäten erhielten, konnte sich eine Kandidatur nur erlauben, wer wohlhabend war oder von einer politischen Partei finanziell unterstützt wurde.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

**M3 Freie und geheime Wahlen?**

Ein Wahlphilister, Karikatur in der Zeitschrift „Die Gartenlaube“ zur Reichstagswahl 1881.

Vor einem Wahllokal wollen Parteimänner einem Wähler ihre bereits ausgefüllten Stimmzettel aufdrängen, unter dem Auge der Polizei (linker Rand).

Vorgedruckte Wahlzettel gab es im Kaiserreich nicht. Gültig war jeder weiße Zettel, auf den bereits außerhalb des Wahllokals der Name des unterstützten Kandidaten geschrieben werden konnte.

Forschungen haben ergeben, dass derartige Wahlmanipulationen im Kaiserreich selten waren.

▶ Beurteilen Sie die Fortschrittlichkeit des Wahlrechts auf Reichsebene.



**INFO 6: Parteien**

Anfangs unterschieden sich die Parteien des Kaiserreiches kaum von den Honoratiorenparteien aus der Zeit des **Deutschen Bundes**. Dort hatten lose Netzwerke und die persönlichen Beziehungen der Honoratioren meist genügt, um in Wahlkampfzeiten die angesichts des herrschenden Zensuswahlrechts vergleichsweise wenigen Wahlberechtigten für sich zu gewinnen. Wenn Parteien nun aber Millionen Wahlberechtigte reichsweit mobilisieren wollten, mussten sie sich straffer organisieren, ein für sie charakteristisches Programm entwickeln und auch ihre Öffentlichkeitsarbeit, etwa durch parteieigene Zeitungen, intensivieren. Damit wurden sie zu einem wesentlichen Faktor für die politische Meinungsbildung und für die Politisierung der Massen. Wer keiner Partei angehörte, hatte im Laufe der Zeit immer geringere Chancen, zum Abgeordneten gewählt zu werden.

Die Parteienlandschaft wurde von fünf politischen Richtungen geprägt: Nationalliberale, Linksliberale, (Frei- und Deutsch-)Konservative, Zentrum und Sozialdemokratie. Jedes dieser großen politischen Lager rekrutierte seine Wählerschaft aus bestimmten sozialen Milieus.

Im Laufe der Zeit verloren Liberale und Konservative Wählerstimmen, während das Zentrum relativ konstant blieb und die Sozialdemokratie zur stärksten politischen Kraft heranwuchs. Das lag daran, dass Zentrum und Sozialdemokratie sich auf stabile Milieus stützen konnten und im Vergleich zu den beiden anderen Richtungen besser organisiert waren. Die Sozialdemokratie profitierte zusätzlich davon, dass aufgrund der Industrialisierung die Zahl der Fabrikarbeiter stark anstieg, die sich von der Arbeiterpartei eine Verbesserung ihrer materiellen Situation erhofften. Die Zahl ihrer Abgeordneten entsprach jedoch nicht ihrem Stimmenanteil. Wenn in einem Wahlkreis kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten hatte und eine Stichwahl



25 erforderlich wurde, an der ein Sozialdemokrat beteiligt war, taten sich beinahe regelmäßig alle anderen Parteien gegen den Kandidaten der Sozialdemokratie zusammen, da sie die Umsetzung sozialdemokratischer politischer Ziele verhindern wollten.

Neben den fünf parteipolitischen Hauptrichtungen gab es Parteien nationaler Minderheiten. Ab 1887 errangen auch dezidiert antiliberalen, antikapitalistische, aber auch  
30 antisemitisch-völkische Splitterparteien jeweils um die 20 Sitze im Reichstag.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Gestalten Sie ein Cluster zur Parteienlandschaft im Deutschen Kaiserreich.
2. Trotz der Urbanisierung wurden die Wahlkreise nicht angepasst. Beurteilen Sie die Auswirkungen auf das Gewicht der einzelnen Stimmen.



### INFO 7: Verbände und Vereine

Neben den Parteien entstand eine große Zahl von Verbänden und Vereinen, die über eigene Druckerzeugnisse wie auch über die in diesen Jahrzehnten kräftig expandierende Presse sowohl die öffentliche Meinung, die Stimmung in der Bevölkerung und damit auch deren Wahlverhalten beeinflussten. Darüber hinaus bemühten sie sich  
5 hinter verschlossenen Türen gegenüber Abgeordneten, Parteiführern, Beamten der Reichsämtler und leitenden Politikern bis hin zum Kaiser den Interessen ihrer Mitglieder Gehör zu verschaffen. So gut wie jeder Wirtschaftszweig gründete für diese Lobbyarbeit einen Interessenverband. Gleichgesinnte Verbände schlossen sich zur Bündelung ihres Einflusses zu Dachverbänden wie dem „Bund Deutscher Industriellen“  
10 (BdI), dem „Bund Deutscher Arbeitgeber“ (BDA) oder dem „Bund der Landwirte“ (BdL) zusammen. Gewerkschaften versuchten als Massenorganisationen eine Verbesserung der Einkommen und der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, und griffen dazu auch zum damals noch illegalen Druckmittel des Streiks.

Ging es bei alledem primär um wirtschaftliche Interessen im engeren Sinne, verfolgten  
15 manche Verbände auch weitergehende Ziele. Der BDA agitierte für eine gegen die steten Wahlerfolge der SPD gerichtete Verfassungsreform, in der insbesondere die Kompetenzen des **Parlaments** und das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht beschritten bzw. abgeschafft werden sollten. Und der BdL zog in Wahlkampfzeiten gegen Kapitalismus, **Liberalismus**, **Sozialismus**, Urbanisierung wie überhaupt gegen die  
20 gesamte Moderne zu Felde und forderte eine Rückkehr zur vorindustriellen Agrarwirtschaft, nationale Gesinnung und „Wehrwillen“.

Damit traf er sich mit den Nationalen Kampfverbänden, die sich wachsender Popularität erfreuten und ab der Jahrhundertwende radikalisierten. Die Namen einiger Verbände waren Programm: „Deutscher Flottenverein“, „Deutsche Kolonialgesellschaft“,  
25 „Deutscher Wehrverein“, „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“.

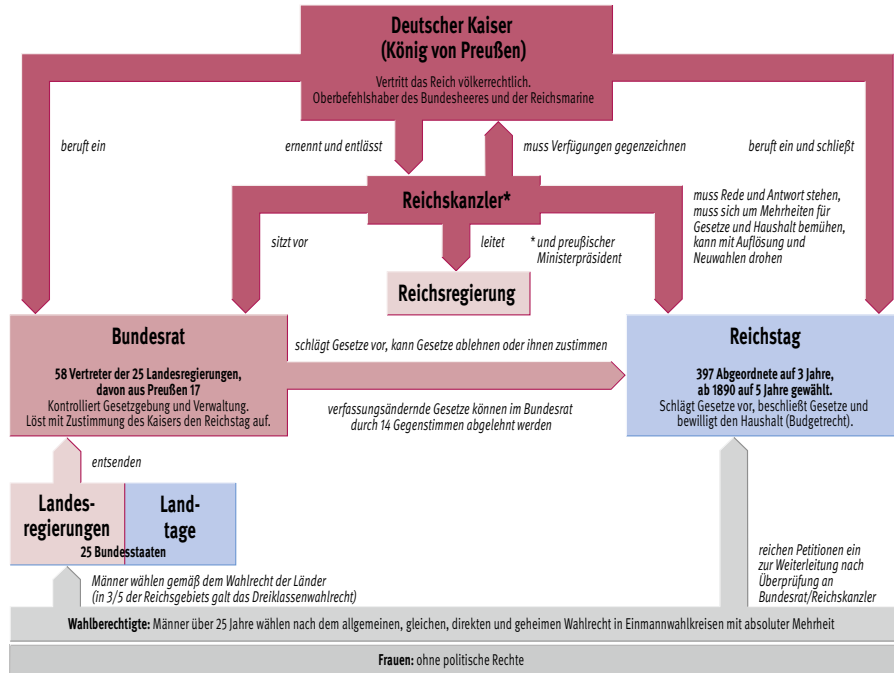
Überhaupt trug die Agitation vieler einflussreicher Verbände zu einer gesellschaftlichen Polarisierung bei und dazu, dass sich in der ausdifferenzierenden Gesellschaft des Kaiserreiches ein Freund-Feind-Denken etablieren konnte.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Erläutern Sie die Rolle von Vereinen und Verbänden für die gesellschaftliche Entwicklung im Deutschen Kaiserreich.
2. Beurteilen Sie die Einflussmöglichkeiten von Vereinen und Verbänden auf Politik und Staat.



M 4 Verfassung des Deutschen Kaiserreiches



1. Analysieren Sie das Verfassungsschema.
2. Weisen Sie das monarchische Prinzip nach, das in der Verfassung wiederholt zum Tragen kommt.
3. Beurteilen Sie begründet die Stellung des Reichstages.



M 5 Macht oder Ohnmacht des Reichstages?

a) August Bebel, einer der führenden Abgeordneten der SPD, sagt am 8. November 1871 im Reichstag:

Meine Herren, wie steht es nun aber mit der Macht dieser sogenannten Volksvertretung überhaupt? [...] Der Abgeordnete [der Nationalliberalen] von Treitschke sagte unter anderem, wenigstens dem Sinne nach: meine Herren, beharren wir bei unserer konservativen Politik, fassen wir nicht Beschlüsse, von denen wir im Voraus überzeugt sein können, dass sie nicht die Zustimmung des Bundesrates finden. Nun ja, das ist das ganze Geheimnis: das heißt deutlicher ausgedrückt: Tun wir dem Volke gegenüber, als hätten wir wer weiß

was für Macht, und leider Gottes gibt es Millionen und Millionen im Volke, die auf die Einflüsterungen der liberalen Presse hin glauben, eine solche parlamentarische Versammlung sei allmächtig, sie brauche nur zu beschließen, und dann sei es gemacht. [...] Meine Herren, das Volk ist nicht der Regierung wegen da, sondern die Regierung des Volkes wegen; die Regierung soll den Willen des Volkes ausführen, sie soll nichts weiter sein als die vollziehende Gewalt. [...] Sie [die liberalen Parteien] treten nicht mehr mit den Forderungen heraus, welche sie noch vor dem Jahr 1866 aufgestellt haben. Sie haben dem Reichskanzler eine Verfassung gegeben, die deutsche Reichsverfassung, wie sie reaktionärer gar nicht gedacht werden kann. (Geläch-

25 *ter*) Meine Herren, mit einer solchen Verfassung kann allerdings ein jeder Minister regieren, das ist keine Verfassung für das Volk, das ist weiter nichts als der Scheinkonstitutionalismus in rohester Form [...].

Hans Fenske (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich, Darmstadt 1978, S. 60–64

### b) Der Historiker Oliver Haardt urteilt über den Einfluss des Reichstages:

Die zweite große strukturelle Veränderung des Verfassungsgefüges, die in den vier Parlamentsauflösungen der Kaiserzeit zutage trat, war dementsprechend ein Aufstieg des Reichstages. Das Parlament gewann von einer Auflösung zur nächsten kontinuierlich mehr Einfluss auf die Regierung und damit auf die Gestaltung der Reichspolitik. Erkennbar ist das vor allem an der Art und dem Verlauf der Konflikte, die zu den vier Auflösungen des Reichstages führten. Jede dieser Krisensituationen entstand, weil der jeweils amtierende Kanzler seine Projekte nicht gegen den Reichstag durchsetzen konnte. Die Reichsregierung war in der Gestaltung ihrer Politik also abhängig von der Kooperation der Parlamentsmehrheit. Das war in der Verfassung durch die dort festgeschriebene gleichberechtigte Beteiligung des Reichstages an der Gesetzgebung so vorgesehen. Im Verlauf der Jahre versuchten die jeweils tonangebenden Fraktionen diese Abhängigkeit aber zunehmend dafür zu nutzen, um die Reichsregierung zur Übernahme ihrer eigenen Vorstellungen zu zwingen. Von Auflösungsverfahren zu Auflösungsverfahren lässt sich daher beobachten, wie der Reichstag die Reichsregierung unter immer größeren Druck setzte [...].

Oliver F.R. Haardt, Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreiches, Darmstadt, 2020, S. 515 f.

### c) In einem 2020 erschienenen Interview äußert sich die Historikerin Hedwig Richter folgendermaßen:

**SPIEGEL:** Der Reichstag galt lange als schwaches Parlament.

**Richter:** Lange hielt sich sogar die Behauptung, der Reichstag habe weder das Recht zu Gesetzesinitiativen noch das Budgetrecht gehabt, aber er hatte beides. Die Regierung musste vom Parlament nicht bestätigt werden, das war ganz klar eine Schwäche. Doch keine Regierung konnte auf Dauer gegen das Parlament regieren. Im Verfassungsalltag hat es im Laufe der Zeit einen immer größeren Raum eingenommen.

**SPIEGEL:** Den Reichstag wählen durfte allerdings nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung.

**Richter:** Das Kaiserreich hatte eines der modernsten Wahlrechte seiner Zeit: Für die Reichstagswahlen galt als allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer ab 25 Jah-

ren, immerhin 23 Prozent der Bevölkerung durften wählen. In Großbritannien, das wir ja immer als viel ältere Demokratie wahrnehmen, durften vor dem Ersten Weltkrieg gerade einmal 16 Prozent wählen. Auch die Wahlbeteiligung war in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg weit höher als in anderen Ländern. Die Menschen wollten ihr Wahlrecht ausüben, das war ihnen extrem wichtig [...].

Spiegel Geschichte 6 (2020), Leben im Kaiserreich. Zwischen Pickelhaube und Aufbruch: Deutschland unter den Hohenzollern, S. 36 f.



1. Arbeiten Sie Position und Argumentation August Bebels heraus. Wie beurteilt er die Verfassung des Deutschen Kaiserreiches?
2. Vergleichen Sie mit den Urteilen der Historiker Oliver Haardt und Hedwig Richter und versuchen Sie die unterschiedlichen Einschätzungen zu erklären.

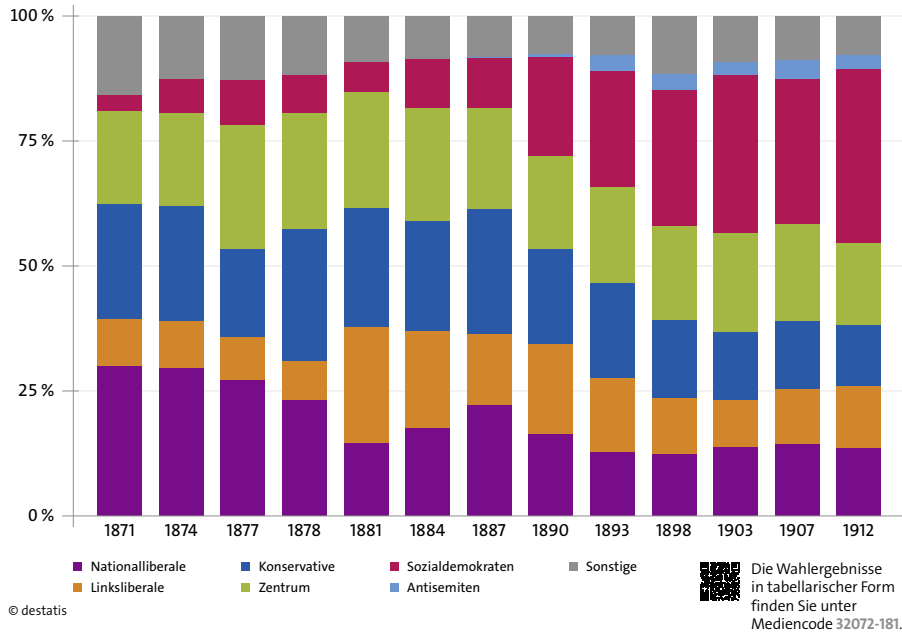
## M6 Bismarck im Reichstag

Karikatur von 1879.



1. Beurteilen Sie mithilfe von M4 und M5, ob das dargestellte Verhältnis zwischen Reichskanzler und Reichstag den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten entspricht.
2. Diskutieren Sie, gegen wen sich die Kritik des Karikaturisten richtet: gegen Bismarck, die Parlamentarier oder beide.

M7 Ergebnisse der Reichstagswahlen im Deutschen Kaiserreich 1871–1912



1. Arbeiten Sie thesenartig Veränderungen der Stimmergebnisse bei den Reichstagswahlen heraus.
2. Ziehen Sie davon ausgehend Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Entwicklung im Deutschen Kaiserreich.

M8 Politisierung der Bevölkerung

a) Der Historiker Thomas Nipperdey schreibt über das politische Interesse der deutschen Bürger im Kaiserreich:

1871 lag die Wahlbeteiligung [bei Reichstagswahlen] bei 51%, 1912 bei 85%. [...] 1907/12 schätzt man, dass nur noch 5 bis 7% Nichtwähler aus Willen und Entschluss waren. Die Wahlbeteiligung war mindestens seit der 5. Jahrhundertwende auch im internationalen Vergleich ganz außerordentlich hoch; die angeblich unpolitischen Deutschen waren offenbar begeisterte Wähler. Nach den Wachstumsschüben stabilisierte sich die Wahlbeteiligung, sie wurde sozusagen einigermaßen habituell; die

Wahlbeteiligten sind nicht vorübergehend, sondern dauerhaft Wähler geworden. Generell zeigt diese Entwicklung eine Politisierung der Massen durch die Parteien – trotz aller Vorbehalte gegenüber den Parteien. Die wachsende Parteikonkurrenz in Haupt- und Stichwahlen, die Intensivierung der Wahlkämpfe und der Ausbau der Partei – Verbändeorganisationen, die Verbreitung der Zeitungslektüre, die Mobilisierung der Interessen und die zunehmende Verteilungsbedeutung staatlicher Entscheidungen –, das macht den einen Großkomplex dieser Politisierung aus.

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 504f.

2.2 Gesellschaft und Partizipation im Kaiserreich

**b) Andreas Biefang schreibt über das Verhältnis von Wahlvolk und Reichstag:**

Mit seinem umfangreichen legislatorischen Programm wuchs der Reichstag zu einem Akteur heran, der die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung des Reiches in vielen Bereichen spürbar beeinflusste. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung, die zunehmende Konflikthaftigkeit der Wahlauseinandersetzungen und die wachsende Zahl der an das Parlament gerichteten Petitionen belegen, dass die Bevölkerung dies erkannte. Öffentlichkeit bedeutete für den Reichstag zunächst mediale Öffentlichkeit, und das hieß damals: Presseöffentlichkeit. Gemessen am Verhalten der übrigen zeitgenössischen Akteure, namentlich der Exekutive, pflegte der Reichstag einen offenen Umgang mit der Presse.

Darin schlug sich die enge Symbiose nieder, die Parlament und Presse in Deutschland seit dem Vormärz theoretisch und praktisch eingegangen waren, wie etwa der gemeinsame Kampf um die Freiheit parlamentarischer Berichterstattung zeigte.

Andreas Biefang, Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im „System Bismarck“ 1871–1890, Düsseldorf 2009, S. 308

1. Arbeiten Sie heraus, welches Bild die Historiker Thomas Nipperdey und Andreas Biefang vom politischen Leben im Deutschen Kaiserreich zeichnen.
2. Die ältere Forschung schreibt dem Bürgertum im Deutschen Kaiserreich im Allgemeinen politische Schwäche und Untertanenmentalität zu. Nehmen Sie dazu Stellung.



**M9 Parteien im Deutschen Kaiserreich**

Partei	Wählerschaft/soziale Milieus	Ziele/Grundpositionen
(gemäßigt liberale) Nationalliberale Partei	(evangelisches) städtisches Bildungs- und Besitzbürgertum	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsgleichheit, individuelle Freiheit, freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung</li> <li>• Begrüßt Reichsgründung</li> </ul>
(linksliberale) Fortschrittspartei	(evangelisches) städtisches Bildungs- und Besitzbürgertum	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Rechtsgleichheit, individuelle Freiheit, freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung</li> <li>• Akzeptiert Reichsgründung, strebt aber Stärkung des Parlaments an</li> </ul>
Freikonservative Reichspartei	(evangelischer) Adel, industrielles Großbürgertum, Beamte, Militär, Landbevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Monarchisches Prinzip, Erhalt der tradierten Werte- und Sozialordnung, Landwirtschaft als Fundament der Gesellschaft</li> <li>• Unterstützt Reichsgründung</li> </ul>
Deutsch-Konservative Partei	(evangelische) ostelbische Gutsbesitzer und Landbevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Monarchisches Prinzip, Erhalt der tradierten Werte- und Sozialordnung, Landwirtschaft als Fundament der Gesellschaft</li> <li>• Unterstützt Reichsgründung erst ab 1876</li> </ul>
Zentrumspartei	Gläubige Katholiken aller gesellschaftlichen Schichten und Regionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unabhängigkeit der katholischen Kirche neben dem Staat, Stärkung des Einflusses der Kirche und ihrer Werteordnung in der Gesellschaft gegen Säkularisierung und Liberalisierung</li> <li>• Akzeptiert kleindeutsche Reichsgründung, tritt aber für Rechte der Bundesstaaten ein</li> </ul>
Arbeiterparteien (1875 Zusammenschluss zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands; seit 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands)	(städtische) Arbeiterschaft aller Regionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sozialistische Wirtschafts- und Sozialordnung, Volksherrschaft</li> <li>• Mehrheit: Erreichen des revolutionären Ziels mit friedlichen Mitteln (Gothaer Programm 1875)</li> <li>• Minderheit: Erreichen des revolutionären Ziels mit revolutionären Mitteln</li> <li>• Fundamentalopposition zur vorherrschenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung</li> </ul>

Dieter Brückner



1. Beschreiben Sie die Positionen der Parteien gegenüber dem Deutschen Kaiserreich bzw. seiner Verfassung und ordnen Sie sie begründet auf einer Achse von konservativ-bewahrend bis modern-fortschrittlich ein.
2. Erläutern Sie, warum es sich bei den Parteien um keine Volksparteien (das sind Parteien, die alle Wählergruppen ansprechen wollen) handelt.

**M10 Ostelbien**

Karikatur aus der Satirezeitschrift „Simplicissimus“ von Eduard Thöny, 1912.



1. Ordnen Sie die in der Karikatur dargestellten Personen begründet in die Gesellschaft des Deutschen Kaiserreiches ein.
2. Arbeiten Sie die Kritik des Karikaturisten an Politik und Gesellschaft des Deutschen Kaiserreiches heraus.

Informationen zur Karikatur finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-186.

**M11 „Der Industriestaat“**

Der Liberale Friedrich Naumann im Jahr 1909 über die wirtschaftlich-politische Lage und die Vision eines Industriestaats:

In dieser Zeit [gemeint ist die Kanzlerschaft Bismarcks bis 1890] entstand die große deutsche Industrie. Dieselben Männer, die politisch so wenig fertigbrachten, verrieten wirtschaftliche Wunderwerke. [...] Dieses neue Deutschland ist ein Erzeugnis menschlichen Den-

kens und Wollens. [...] Sicherlich haben das die Unternehmer und Kaufleute nicht allein getan. Ohne ihre Angestellten und Arbeiter sind sie nichts, aber wer erzog dieses Heer von Angestellten, wer musste trotz aller Schwierigkeiten des Klassenkampfes mit der Arbeiterschaft sich einzurichten wissen, wer organisierte das Ganze? [...]

Es ergab sich auf diese Weise ein wunderliches Staatsgebilde, das einigermaßen dem Ausgleichsideal Bismarcks entsprach, das aber nicht auf die Dauer so bestehen kann, es ergab sich nämlich das Industrievolk im politischen Kleide des Agrarstaates. Unser politischer Zustand ist in etwa so, wie wenn in alte Landwirtschaftsgebäude eine täglich sich ausdehnende Fabrik hineingebaut wird. Da steht die modernste Maschine unter einem alten Dachbalken und eiserne Träger werden durch Lehmwände hindurchgezogen. Wir haben einen Staat, der vom Geld der Industrie ernährt, aber von den Söhnen der Rittergüter und von den Kaplänen<sup>1</sup> regiert wird. Diejenigen, die sich im besonderen Sinne die Staatserhaltenden nennen, sind es nicht, die die Staatskassen füllen. [...] Es gab noch keine Unternehmerverbände, Syndikate oder sonstige starken Organisationen der aufsteigenden Erwerbsschicht.

Bis jetzt trägt die Verbandsgesinnung innerhalb der Industrie einen unpolitischen Charakter. Das ist nicht naturnotwendig, denn sowohl die Arbeitergewerkschaften wie der Bund der Landwirte zeigen, wie leicht und vollständig sich Erwerbverband und Politik verbinden können.

Der Agrarstaat hat sich [...] in Deutschland und vor allem in Preußen in der Klasse des Grundadels eine Aristokratie geschaffen, die solange auf die industrielle Oberschicht magnetisch wirkt, als kein fester Klassengegensatz empfunden wird. Durch „Erhebung in den Adelsstand“ vollzieht sich beständig eine Angliederung, die dem Bürgertum Kräfte nimmt. [...] Jetzt erst, wo die Organisation des Unternehmertums begonnen hat, entsteht ein Klassegeist der industriellen Aristokratie, der sich dem Klassegeist der Agrararistokratie gegenüberstellt. [...]

Walter Steitz (Hrsg.), Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg, Darmstadt 1985, S. 374–380

- Fassen Sie die Position und Argumentation Friedrich Naumanns zusammen. Welche Kritik übt er am Adel und welche gesellschaftliche Schicht hält er für politisch benachteiligt?

<sup>1</sup> Kaplan: katholischer Geistlicher




## M12 Mitgliederstärkste Vereine und Verbände

Vereine und Verbände, Gründungsjahr	Höchststand an Mitgliedern
<b>wirtschaftlich, sozial</b>	
Bund der Landwirte, 1893 (dominiert von den Großagrariern)	330 000 (1914)
Centralverband Deutscher Industrieller, 1876 (Interessenverband vor allem für die Montan- und Schwerindustrie*)	k. A.
Bund der Industriellen, 1895*	k. A.
Freie (sozialdemokratische) Gewerkschaften, 1890	2 076 000 (1912)
Christliche (katholische) Gewerkschaften, 1894	343 000 (1913)
Hirsch-Dunkersche (liberale) Gewerkschaften, 1896	122 000 (1910)
Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, 1893	160 513 (1914)
<b>politisch-religiös</b>	
Evangelischer Bund, 1886	510 000 (1913)
Deutscher Protestantenverein, 1863	25 000 (1904)
Central-Verein dt. Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1893	36 000 (1913)
Volkverein für das katholische Deutschland, 1890	805 000 (1914)
<b>national</b>	
Alldeutscher Verband, 1894 (nationalistisch, antisemitisch)	21 361 (1900)
Deutsche Kolonialgesellschaft, 1887	43 152 (1914)
Deutscher Flottenverein, 1898 (Agitation für Ausbau der Kriegsmarine)	320 464 (1912)
Deutscher Ostmarkenverein, 1899 (Verein zur „Förderung des Deutschtums in den östlichen Provinzen des Kaiserreiches“)	53 000 (1914)
Deutscher Wehrverein, 1912	360 000 (1914)
Kyffhäuser Bund der Deutschen Landeskriegerverbände, 1900	2 800 000 (1913)
Deutsche Turnerschaft, 1868	1 123 000 (1913)
Deutscher Sängerbund, 1862	205 494 (1914)
Verein für das Deutschtum im Ausland, 1908	45 272 (1910)

Mit Ausnahme der mit \* gekennzeichneten Vereinigungen zusammengestellt nach: Helmut Walser Smith (Hrsg.), The Oxford Handbook of modern German History, Oxford 2011, S. 318. Tabelle aus dem Englischen übersetzt von Martin Fendt

Zitiert nach: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/das-deutsche-kaiserreich-1871-1918-329/224753/autoritaerer-staat-und-demokratisierung-1890-1914/>


- 
1. Recherchieren Sie exemplarisch die Ziele von rund zwei bis drei aufgelisteten Vereinen.
  2. Ziehen Sie Rückschlüsse auf die Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich und ihre Partizipation an Politik und Gesellschaft.

## M13 „Verbürgerlichung“ der Armee

Dazu schreibt der Historiker Christoph Nonn:

Für die Vertreter der auf innenpolitische Funktionen der Armee fokussierten konservativen Militärpolitik stellten nicht nur sozialdemokratische Soldaten, sondern auch bürgerliche Offiziere eine Gefahr für die aristokratische Machtstellung dar. In den 1860er Jahren waren im preußischen Heer noch fast zwei Drittel aller Offiziere Adlige gewesen. Während der 1880er Jahre sank dieser Anteil auf unter die Hälfte; am Vorabend des Ersten Weltkriegs betrug er nur noch ein knappes Drittel. Allerdings konzentrierten die Offiziere bürgerlicher Herkunft sich vor allem auf die Marine und technische Waffengattungen wie die Artillerie. In Garderegimentern überwogen die Aristokraten nach wie vor genauso wie in den höheren Offiziersrängen. Bei den Generälen etwa ging der Adelsanteil kaum zurück. Dennoch verunsicherte das Vordringen bürgerlicher Offiziere um die Jahrhundertwende die konservativen Eliten zunehmend.

Christoph Nonn, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020, S. 456

- 
- Erläutern Sie den gesellschaftlichen Wandel im Deutschen Kaiserreich am Beispiel des Militärs.



## 2.3 Stabilisieren sozialstaatliche Maßnahmen das Kaiserreich?

Bevölkerungswachstum und Industrialisierung haben Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands seit der **Deutschen Reichsgründung** im Jahr **1871** in wenigen Jahrzehnten grundlegend verändert. Die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Unterschichten werden u. a. mit den Begriffen Urbanisierung und **Soziale Frage** charakterisiert. Sie lösten im konservativ-monarchischen System des **Deutschen Kaiserreiches** einen Modernisierungsdruck aus, auf den die Politik reagieren musste. Eine ihrer Antworten auf die kritische Lage der Bevölkerungsmehrheit waren sozialstaatliche Maßnahmen.

### Lernaufgabe



Im Folgenden setzen Sie sich mit sozialstaatlichen Maßnahmen vor dem Hintergrund der veränderten Lebensbedingungen in der Industriegesellschaft des Kaiserreiches auseinander. Verfassen Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse einen **Kommentar** (rund 200 Wörter), in dem Sie bewerten, ob bzw. inwieweit die sozialstaatlichen Maßnahmen das Deutsche Kaiserreich stabilisiert haben.

1. Beschreiben Sie die im Zuge der Industrialisierung entstandenen sozialen Probleme, die auch zusammengefasst als Soziale Frage bezeichnet werden (**M1, M3**).
2. Erläutern Sie zentrale Forderungen der Arbeiterbewegung bzw. der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, die vor dem Hintergrund der Sozialen Frage entstanden (**M2, M4**).
3. Vergleichen Sie mit Motiven und Maßnahmen der staatlichen Sozialgesetzgebung (**INFO 5, M6, M7, M9**).
4. Beurteilen Sie den Erfolg der Sozialgesetzgebung im Deutschen Kaiserreich (**M8, M10**).

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1871 Deutsche Reichsgründung
- ▶ Soziale Frage
- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Industrialisierung
- ▶ Kommunismus
- ▶ Sozialgesetzgebung

#### INFO 1: Urbanisierung ...

Nach der Reichsgründung wuchs die deutsche Bevölkerung von rund 40 Millionen auf etwa 65 Millionen im Jahr 1914, während das **Deutsche Kaiserreich** als Folge einer sich beschleunigenden **Industrialisierung** zur führenden Industrienation in Europa aufstieg. Da im Reichsgebiet Freizügigkeit herrschte, wanderten gleichzeitig immer mehr Männer und Frauen aus ländlichen Regionen in die Städte, da sie sich dort in Fabriken und im Dienstleistungsbereich mehr und attraktivere Arbeitsplätze erhofften. Im Zuge dieser Binnenwanderung entstanden aus Dörfern neue Städte, alte Städte wuchsen durch die Entstehung völlig neuer Stadtviertel zu Großstädten heran. Berlin, die Hauptstadt des Kaiserreiches, wurde zur Millionenstadt und im Ruhrgebiet ballten sich Großstädte auf engem Raum zur wohl wichtigsten Industrieregion Deutschlands.

Mit dieser raschen Urbanisierung hielt der Ausbau einer städtischen Infrastruktur mit Wasserversorgung, Kanalisation, Straßen, ganz zu schweigen von Gas- und Elektrizität sowie Massenverkehrsmitteln, kaum Schritt.

Dieter Brückner und Thomas Meißner

#### INFO 2: ... und Wohnungselend

Wo und wie die Menschen wohnten, war ein Indikator für ihren sozialen Status. So gab es insbesondere in den Großstädten neben den flächenmäßig bald dominierenden Stadtvierteln, wo untere Mittelschicht und Unterschicht zur Miete wohnten, die

Gebiete mit hohem Anteil an Wohneigentum der vermögenden oberen Mittelschicht sowie die Villenviertel der Reichen. Die neu hochgezogenen Wohnblöcke und „Mietskasernen“ der Großstädte spiegelten die gesellschaftliche Hierarchie: Dort staffelte sich das Prestige der Wohnungen und ihrer Bewohner danach, wie weit der Wohnblock vom politischen und gesellschaftlichen Zentrum der Stadt entfernt war, ob die Wohnungen in den hellen Vorderhäusern und oberen Stockwerken lagen und mehrere Zimmer, womöglich sogar Bad und eigene Toilette hatten, oder ob es sich um Behausungen in den dunklen Hinterhöfen, zur ebenen Erde oder sogar im Keller handelte. In sie drang kaum Sonnenlicht, oft waren sie feucht, von Schimmel befallen, mehrere Familien teilten sich die Etagentoilette. Hier war es keine Seltenheit, dass eine mehrköpfige Familie in ein und demselben Raum kochte, Wäsche wusch, wohnte und schlief. Wohnungsnot und -elend gefährdeten die Gesundheit der Unterschichten: Dementsprechend war deren durchschnittliche Lebenserwartung niedriger als die der Mittel- und Oberschicht.

Dieter Brückner und Thomas Meißner

1. Nennen Sie Kennzeichen der Urbanisierung.
2. Erläutern Sie, wie sich die soziale Differenzierung in der Stadtentwicklung zeigte.



### INFO 3: Entwurzelung und Entfremdung

Die zunehmende Urbanisierung bedeutete auch Anonymität in der Masse der Menschen und Fremdheit in ihrer neuen Lebenswelt. Immerhin lebte nach 1900 knapp die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr an ihrem Geburtsort. Da in der Regel nur die Arbeitsfähigen und Jungen – in der Mehrzahl junge Männer – in die Stadt zogen, wurden Familien getrennt. Die Wegziehenden verloren ihr soziales Umfeld, das nicht nur ein Gefühl der Heimat vermittelte, sondern auch in sozialen Notlagen aushalf. Die im ländlich-kleinstädtischen Raum übliche soziale Kontrolle entfiel zwar, doch man war nun umgekehrt auf sich allein gestellt.

Hinzu kamen Millionen Saisonarbeiterinnen und -arbeiter, die zwischen ländlich-kleinstädtischer Heimat und zeitlich befristeten Arbeitsplätzen in den urbanisierten Zentren hin und her pendelten.

Dieter Brückner und Thomas Meißner

- ▶ Arbeiten Sie die Belastungen für diejenigen heraus, die für die Arbeit in die Städte zogen.



### INFO 4: Industriearbeit und Proletarisierung

Radikal gewandelt hat sich aber nicht nur die Lebenswelt, sondern auch die Arbeitswelt. Industrialisierung bedeutete für immer mehr Menschen Arbeit in der Fabrik, wo Fabrikordnungen, Stechuhr, strenge Arbeitsdisziplin und der Takt der Maschinen die auf höchstmöglichen Profit und damit Effizienz und Effektivität ausgerichteten Produktionsabläufe im Akkord- und Schichtbetrieb rund um die Uhr bestimmten. Hier erlebten sich viele Arbeiterinnen und Arbeiter, anders als in den familienähnlich strukturierten traditionellen Betrieben in Handwerk und Landwirtschaft, nur noch als „kleines Rädchen“ in einer großen, unpersönlichen Maschinerie, in der auf sie oft weniger Rücksicht genommen zu werden schien als auf die Maschinen. Zu den Belastungen durch die ohnehin schwere körperliche Arbeit kamen in vielen Fabriken Gesundheitsrisiken wie Lärm, Hitze, Schmutz, Gestank, Mangel an Frischluft sowie hohe Unfallrisiken.

**M1 Fabrikarbeit**

Foto, um 1900  
Das Foto zeigt eine Montagehalle der Berliner Kleinmotorenfabrik der AEG.

- ▶ Arbeiten Sie heraus, welche Kennzeichen der Industrialisierung daraus ersichtlich sind.
- ▶ Erläutern Sie, welche sozialen Probleme mit der Arbeitswelt während der Industrialisierung verbunden waren.



Aufgrund der wachsenden Bevölkerung gab es tendenziell immer genug Arbeitskräfte. Arbeiterinnen und Arbeiter waren daher gezwungen, diese Rahmenbedingungen, aber auch hohe Arbeitszeiten und geringe Löhne ebenso hinzunehmen wie die Tatsache, dass ihnen kein Urlaub zustand und dass manche Arbeitgeber sogar das (erst 1891 eingeführte) gesetzliche Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit missachteten. Die geringen Löhne reichten in vielen Arbeiterhaushalten nicht, um die notwendigen Lebenshaltungskosten zu decken. Die Folge waren Frauen- und Kinderarbeit oder aber die Aufnahme von Untermietern oder „Schlafgängern“<sup>1</sup> in den ohnehin schon beengten Wohnungen. Und selbst dann konnte nur selten für Notfälle gespart werden. Bei Arbeitslosigkeit durch Krankheit, Unfall oder altersbedingte Arbeitsunfähigkeit drohte den Betroffenen und ihren Familien der finanzielle Ruin, man fiel Angehörigen oder der Armenfürsorge zur Last. Versicherungen oder staatliche Sozialleistungen gab es nicht. Die kontinuierlich wachsende Schicht von unselbstständigen lohnabhängigen Arbeitskräften wurde häufig als Proletariat bezeichnet.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

**INFO 5: Soziale Frage und Arbeiterbewegung**

All diese Probleme und Missstände addierten sich zu dem, was man die „Soziale Frage“ nannte, aber erst dann wirklich ernst nahm, als die Industriearbeiterschaft zur am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe und die Zahl der am oder nur knapp über dem Existenzminimum lebenden Arbeiterfamilien immer größer wurde. Nach Arbeitgebern und christlichen Kirchen nahm sich der Staat in der Person Bismarcks<sup>5</sup> des Problems erst spät an, und auch dann nicht in erster Linie aus sozialen oder humanitären Gründen, sondern aus politischem Kalkül.

Zwischenzeitlich hatte sich nämlich die Arbeiterschaft selbst organisiert, um eine Verbesserung ihrer Situation herbeizuführen. Dabei konnte man auf der Organisationsform und Tradition lokaler Arbeitervereine und Hilfskassen aufbauen, die bereits in der ersten Jahrhunderthälfte entstanden waren und aus denen 1863 unter der Führung von Ferdinand Lassalle der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) hervorgegangen war. Um der Arbeiterschaft auch politisches Gewicht zu verleihen, hatten August Bebel und Wilhelm Liebknecht 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Deutsche Ar-

<sup>1</sup> „Schlafgänger“: siehe M3d.

15 beiterpartei (SDAP) begründet. Große Teile dieser beiden Organisationen vereinigten sich 1875 in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Sie erhielt bei der Reichstagswahl 1877 erstmals 12 Mandate und wurde damit in den Augen Bismarcks zu einer ernst zu nehmenden Gefahr, da sie nicht nur Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse forderte, sondern darüber hinaus „einen freien Staat“ und eine „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut“ propagierte.  
 20 was nichts anderes als Demokratie und Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung von Rohstoffen, Fabriken und Banken bedeutet hätte. Auch wenn all das „mit allen gesetzlichen Mitteln“, also ohne Gewalt erreicht werden sollte und die Partei sich damit vom revolutionären **Kommunismus** abgrenzte, wäre das Ergebnis einer politischen und gesellschaftlichen Revolution gleichgekommen. Damit war die SAP zusammen mit den  
 25 ihr nahestehenden Gewerkschaften und angesichts ihrer effizienten Organisation, der ihr angeschlossenen Vereine und Genossenschaften sowie der ihr zur Verfügung stehenden Publikationsorgane für Bismarck eine „Umsturzpartei“.

Dieter Brückner

#### INFO 6: Staatliche Sozialgesetzgebung

Diese „Umsturzpartei“, der er „gemeingefährliche Bestrebungen“ unterstellte, versuchte Bismarck durch eine Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ auszuschalten: Das 1878 erstmals verabschiedete und bis 1890 immer wieder verlängerte sogenannte „Sozialistengesetz“ sollte die SAP an ihrer politischen Tätigkeit hindern. Gleichzeitig  
 5 wollte er durch „Sozialgesetze“ der SAP ihre Wähler abspenstig machen und diese mit dem Staat „versöhnen“, um den von Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie ausgehenden Modernisierungsdruck abzuwehren.

Am Anfang stand 1883 die Krankenversicherung, 1884 folgte die Unfallversicherung und 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung. Bismarck schwebte ein stark staatlich  
 10 gelenktes, durch Steuern finanziertes Versicherungswesen vor, die Reichstagsmehrheit setzte in einem zähen Ringen jedoch ein überwiegend beitragsfinanziertes System durch, das von den Sozialpartnern kontrolliert und verwaltet wurde.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Erstellen Sie eine Tabelle, in die Sie die Aspekte der Sozialen Frage eintragen, getrennt nach körperlichen und seelischen Belastungen.
2. Erklären Sie, warum auch konservativ eingestellte Gruppen der Bevölkerung die Soziale Frage nicht mehr ignorieren konnten.



32072-194

#### INFO 7: Weitere staatliche Schritte

Dieser Grundstock der **Sozialgesetzgebung** wurde nach Bismarcks Rücktritt ab den 1890er-Jahren durch weitere Maßnahmen ergänzt: 1891 legten Gesetze die Sonntagsruhe staatlich fest und bestimmten, dass eine Arbeitsordnung in Betrieben mit mehr  
 5 als 20 Arbeitern nicht nur deren Pflichten, sondern auch Arbeitszeit und Arbeitspausen berücksichtigten. Hinzu kamen ein Verbot der Fabrikarbeit für Kinder, ein Arbeitsverbot für Kinder unter 13 Jahren und die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für 14- bis 16-Jährige auf zehn Stunden. Eine Ausweitung der staatlichen Fabrikinspektion  
 10 ermöglichte eine behördliche Überprüfung der Zustände vor Ort. Es folgten branchenspezifische Regelungen zum Gesundheitsschutz oder die Festlegung von Höchst-arbeitszeiten.

Auch das Versicherungssystem **Bismarcks** wurde ergänzt, 1892 z. B. durch die Möglichkeit, auch Familienangehörige in die Krankenversicherung aufzunehmen. Bei der Zusammenfassung der Sozialversicherungen in der „Reichsversicherungsordnung“

	1890/1891*	1900	1910
Unfallversicherung	13,68	18,89	27,55
Rentenversicherung*	0,12	0,59	1,03
Krankenversicherung	6,58	9,52	13,07

**Versicherte der Sozialversicherungen (in Mio.)**

Nach: Gerd Hohorst u. a. (Hrsg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch II. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1870–1914, München 1978, S. 154–156

(RVO) im Jahr 1911 wurden nun auch Dienstboten und in der Landwirtschaft Beschäftigte in die Krankenversicherung einbezogen und die Invaliditätsrente durch eine – wenn auch äußerst schmale

– Hinterbliebenenrente ergänzt. Im selben Jahr erhielten Angestellte eigene Sozialversicherungen. Eine Versicherung, die bei konjunkturell verursachter Arbeitslosigkeit eingesparten und insbesondere die Saisonarbeitskräfte abgesichert hätte, wurde zwar diskutiert, jedoch nicht eingeführt.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

**INFO 8: Aufschwung der Arbeiterbewegung**

Dass der Stimmenanteil der SAP bei den Reichstagswahlen trotz des Sozialistengesetzes und der Sozialgesetzgebung stieg, war ein Indiz dafür, dass sich in der Arbeiterschaft ein Zusammengehörigkeitsgefühl herausgebildet hatte, das durch die staatlichen Attacken noch verstärkt wurde. Als sich für die Verlängerung des Sozialistengesetzes 1890 keine Mehrheit im Reichstag mehr fand, konnten SAP, Arbeitervereine und der SAP nahestehende Gewerkschaften wieder frei agieren, sich neu organisieren und ein dichtes Netz von Vereinen etablieren, in dessen Zentrum die Partei stand, die sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte. Sie verzeichnete 1913 mehr als 1 Million Mitglieder und hatte 1912 bei den Reichstagswahlen rund ein Drittel der Wählerstimmen erhalten. Die 1890 neu gegründeten SPD-nahen Freien Gewerkschaften überrundeten zu diesem Zeitpunkt die christlichen und liberalen Gewerkschaften und wuchsen bis 1913 auf rund 2,5 Millionen Mitglieder an.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

- Der Umgang von Reichskanzler Bismarck mit der Arbeiterbewegung wird oft mit „Zuckerbrot und Peitsche“ umschrieben. Erklären Sie, warum.
- Arbeiten Sie heraus, warum durch diese Politik die Arbeiterbewegung nicht geschwächt wurde.

**INFO 9: Bilanz**

Durch die staatlich eingeführten Versicherungen waren lediglich die elementarsten Risiken abgesichert und überhaupt waren die Versicherungsleistungen niedrig, die Zahl der Erfassten gering. Letzteres änderte sich im Laufe der Zeit aber und viele begannen sich mit der zunächst ungeliebten Idee einer Pflichtversicherung anzufreunden. Die Arbeitgeber waren gezwungen, Verantwortung für ihre Arbeiterinnen und Arbeiter zu übernehmen und für sie in die Versicherungen einzuzahlen, und die Arbeiter waren nicht mehr vom guten Willen eines patriarchalischen Arbeitgebers abhängig, sondern hatten einen Rechtsanspruch auf Leistung. Verrechtlichung und Institutionalisierung traten an die Stelle von Freiwilligkeit und Willkür. Darüber hinaus bewirkte die gesetzliche Unfallversicherung enorme Fortschritte im Arbeitsschutz. Die Versicherungen hatten ein Eigeninteresse daran, die Zahl der Fabrikunfälle und damit die zu zahlenden Versicherungsleistungen möglichst gering zu halten, und mahnten Verbesserungen vor Ort an. Und auch die weiteren Schutzmaßnahmen sowie das stete Wirtschaftswachstum in Verbindung mit einem Reallohnzuwachs aller Schichten führten bei vielen zu einer positiven Grundeinstellung zum Staat und dessen System.

Im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg konnten die Gewerkschaften mehr als 207000 Arbeiterinnen und Arbeiter zu mehr als 22000 teils mehrwöchigen Streiks mobilisieren, die von der großen Mehrheit als Erfolg oder wenigstens als Teilerfolg be-

- 20 wertet wurden. Das macht deutlich, dass es soziales Konfliktpotenzial gab, und erklärt sich auch mit der Tatsache, dass trotz eines unverkennbaren Anstiegs der Real-löhne immer noch rund 70 Prozent der Deutschen regelmäßig am oder knapp über dem Existenzminimum lebten. Daran änderte auch nichts, dass vom wachsenden Wohlstand in geringem Maße auch die Unterschichten profitierten.
- 25 SPD-Anhänger und Gewerkschaftler wurden von konservativen und nationalen Kreisen auch nach der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes immer noch als „Ums-türzler“ und „vaterlandslose Gesellen“ verdächtigt und ausgegrenzt, von der Polizei und von Staatsanwaltschaften bespitzelt und schikaniert. Politisch Verantwortliche gaben der Polizei Anweisungen, bei Streiks rücksichtslos einzuschreiten, obwohl die
- 30 Gewerkschaften das Instrument des Streiks ausschließlich zur Durchsetzung von Ar-beiterinteressen, nicht aber zur Erreichung politischer Ziele einsetzten.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Arbeiten Sie heraus, wie sich durch die Sozialgesetze die Einstellungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verändert haben.
2. Fassen Sie zusammen, warum SPD-Anhänger und Gewerkschafter (weiterhin) zum Teil als Staatsfeinde angesehen wurden.



## M2 Zur Erinnerung 1863–1913

Diese Jubiläumspostkarte zum 50. Gründungsjahr des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) wurde zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 1913 herausgegeben.

Der 1863 von Ferdinand Lassalle (Porträt oben) gegründete ADAV schloss sich mit 1875 mit der SDAP („Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“), die von Wilhelm Liebknecht und August Bebel (Porträts unten), gegründet worden war, zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ zusammen, die seit 1890 „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) heißt.

Das Zitat „Wissen ist Macht. Macht ist Wissen“ bezieht sich auf zwei Reden Wilhelm Liebknechts im Jahr 1872; der Satz „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg“ stammt aus dem „Sozialistenmarsch“ von Max Kegel (1891). „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird“ nimmt Bezug auf das Matthäus-Evangelium (16,18) im Neuen Testament der Bibel.

### M3 Urbanisierung und Wohnungselend

#### a) Gemeindegrößenklassen 1855 bis 1925

Gemeindegrößen	Bayern 1855	Bayern 1905	Bayern 1925	Reich 1925
weniger als 2000	79,5%	57,7%	51,7%	35,6%
2000 bis unter 5000	6,9%	10,2%	10,6%	10,9%
5000 bis unter 20 000	6,8%	8,0%	8,2%	13,4%
20 000 bis unter 100 000	3,9%	11,4%	11,3%	13,4%
100 000 und mehr	2,9%	12,8%	18,2%	26,7%
Gesamtbevölkerung in 1000	4507	6524	7379	62 348

#### b) Entwicklung der Einwohnerzahlen in den vier größten bayerischen Städten

	1840	1871	1880	1890	1910
München	96 000	170 000	230 000	351 000	596 000
Nürnberg	47 000	83 000	100 000	143 000	333 000
Augsburg	37 000	51 000	61 000	76 000	123 000
Würzburg	27 000	40 000	51 000	61 000	84 000

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

#### c) Gasse im Hamburger Gängeviertel

Foto um 1900.



Die rasant wachsenden Arbeiterviertel in den Großstädten waren aufgrund der katastrophalen hygienischen Zustände Brutstätten für Krankheit und Tod. In den meisten Wohnungen gab es weder Klosetts noch Trinkwasserleitungen. Das Gängeviertel entstand im 17. Jahrhundert und wurde immer enger bebaut, bevor es ab 1893 kontinuierlich abgerissen wurde. Dies geschah jedoch erst, nachdem eine Cholera-Epidemie mehr als 8600 Menschen dahingerafft hatte.

#### d) „Der späte Schlafbursche“

Zeichnung von Heinrich Zille, 1902.



In ihrer Not vermieteten Familien in ihren kleinen Wohnungen für bestimmte Tageszeiten Schlafplätze an sogenannte Schlafgänger. Die sehr beengte Raumsituation in Arbeiterwohnungen ließ keine Privatsphäre.

1. Analysieren Sie die Materialien a) bis d) im Hinblick auf Arbeits- und Wohnbedingungen in der Industriegesellschaft des Deutschen Kaiserreiches.
2. Verfassen Sie auf Basis Ihrer Ergebnisse einen kurzen informierenden Text zu den sozialen Problemen. Verwenden Sie dabei auch die Begriffe Soziale Frage, Industrialisierung und Urbanisierung.





## M4 Das Gothaer Programm

Auszug aus dem 1875 beschlossenen Programm der SAPD:

I. [...] In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse, die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

5 Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages. Die Befreiung der Arbeit muss das  
10 Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische  
15 Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes<sup>1</sup> durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit. [...] Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert,  
20 um die Lösung der Sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften<sup>2</sup> mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes.

Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und  
25 Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, dass aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe  
30 aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muss ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung  
35 über Krieg und Frieden durch das Volk. [...]

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit, Volkswehr anstelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt  
40 aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Forschen und Denken beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

<sup>1</sup> **Ehernes Gesetz:** Nach Ferdinand Lassalle, dem ersten Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, war der durchschnittliche Arbeitslohn auf ein Minimum beschränkt, das es dem Arbeiter gerade noch erlaubte, seine Existenz zu erhalten.

<sup>2</sup> **Produktivgenossenschaft:** wirtschaftliche Vereinigung von Handwerkern, Bauern oder Arbeitern ohne unternehmerische Selbstständigkeit

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. 45

Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft: 50

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde anstatt aller bestehenden, insbesondere die das Volk belastenden indirekten Steuern. 55

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit. 60

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. [...] Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

Zitiert nach: Günter Schönbrunn (Bearb.), Das bürgerliche Zeitalter 1815–1914. Geschichte in Quellen, München 1980, S. 878 f.

1. Fassen Sie die Forderungen der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammen.

2. Diskutieren Sie Motive Bismarcks für das Sozialistengesetz, mit dem Arbeiterorganisationen wie etwa die SAP und deren Druckschriften verboten wurden.



32072-198

## M5 Aufruf zur Gründung einer „Gewerksgenossenschaft“

Der Aufruf stammt vom 10. April 1869 und ist vom Organisationskomitee zum Gründungskongress der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaft formuliert worden. Darin heißt es unter anderem:

Im Auftrag von mehr als 800 Köpfen der benannten Berufsarten am hiesigen Ort wenden wir uns an Euch in einer für uns alle hochwichtigen Sache.

Die moderne kapitalistische Produktion macht sich von Jahr zu Jahr in einer für uns immer fühlbareren Weise 5 geltend. Die stets zunehmende Konkurrenz, die immer großartiger sich entwickelnde Großproduktion, verbunden mit Krisen, welche durch den das Mark der Völker aussaugenden Militarismus noch verschärft werden, haben unsere soziale Stellung immer schlimmer gemacht und sie auf einen Punkt herabgedrückt, wo Abhilfe auf das Dringendste nottut. 10

Rings um uns sehen wir die Berufsgenossen der verschiedensten Industriezweige, die unter gleichen Ursachen wie wir leiden, sich zusammenscharen, um den Kampf gegen ein System aufzunehmen, das in seinen Konsequenzen die ständige Unterdrückung und Aus-  
 15 saugung des arbeitenden Volkes herbeiführen muss. Vereinigung! Organisation! ist der Ruf und die Losung der Unterdrückten aller Völker. Auch wir wollen ein-  
 20 stimmen in diesen Ruf und handeln, wie es Leuten geziemt, die gestählt sind im täglichen Kampf um das nackte Dasein. Organisieren wir uns, bilden wir eine internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-,  
 25 Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts!

Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 8: Kaiserreich und Erster Weltkrieg, Stuttgart 2002, S. 180f.

1. Erklären Sie den Zusammenhang, der in den Zeilen 4–12 genannt wird.
2. Beurteilen Sie, welche zusätzlichen Schwierigkeiten sich bei einem Zusammenschluss auf internationaler Ebene stellen.



## M 6 Gründe und Ziele staatlicher Sozialpolitik

### a) Reichskanzler Otto von Bismarck in der Beratung des ersten Unfallversicherungsgesetzes im Reichstag am 2. April 1881:

Seit fünfzig Jahren sprechen wir von einer Sozialen Frage. [...] Ich halte es für meinen Beruf, diese Fragen ohne Parteilichkeit [...] in Angriff zu nehmen, weil ich nicht weiß, wer sie mit Erfolg in Angriff nehmen  
 5 soll, wenn es die Reichsregierung nicht tut. [...] Ich bin nicht der Meinung, dass das „laissez faire, laissez aller“, „das reine Manchesterium<sup>2</sup> in der Politik“, „Jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe“, „Wer nicht stark genug ist zu stehen, wird niedergerannt und  
 10 zu Boden getreten“, „Wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“, dass das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne. [...] Aber umsonst ist der Tod! Wenn Sie nicht in die Tasche greifen wollen und in die Staatskasse, dann werden Sie  
 15 nichts fertig bekommen. Die ganze Sache der Industrie aufzubürden – das weiß ich nicht, ob sie das ertragen kann. Schwerlich geht es bei allen Industrien. Bei eini-

gen ginge es allerdings; es sind das diejenigen Industriezweige, bei welchen der Arbeitslohn nur ein minimaler Betrag der Gesamtproduktionskosten ist. [...] Ob man den Beitrag auf die Arbeiter oder auf die Unternehmer legt, das halte ich für ganz gleichgültig. Die Industrie hat ihn in beiden Fällen zu tragen, und was der Arbeiter be-  
 20 trägt, das ist doch notwendig schließlich zulasten des ganzen Geschäfts. Es wird allgemein geklagt, dass der Lohn der Arbeiter im Ganzen keinen Überschuss und keine Ersparnis gestatte. Will man also dem Arbeiter zu dem eben noch ausreichenden Lohn noch eine Last auf-  
 25 erlegen, ja, dann muss der Unternehmer diese Mittel zu- legen, damit der Arbeiter die Last tragen kann.

Otto von Bismarck, Werke in Auswahl, hrsg. von Alfred Milatz, Bd. 6, Darmstadt 1973, S. 515–521

### b) Zur Eröffnung des Reichstags am 17. November 1881 verliert Reichskanzler Bismarck die von ihm selbst bearbeitete Botschaft von Kaiser Wilhelm I.:

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung aussprechen lassen, dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Weg der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohls der  
 5 Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von Neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit umso größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott  
 10 Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewusstsein mitzunehmen, dem Vaterland neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen  
 15 größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. [...] Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.

Zitiert nach: <https://quellen-sozialpolitik-kaiserreich.de> [Zugriff: 08.11.2023]

1. Analysieren Sie Motive und Ziele Bismarcks für die Sozialgesetzgebung.
2. Nehmen Sie begründet Stellung, inwieweit der Staat Fürsorge für die Bürgerinnen und Bürger leisten sollte.



<sup>1</sup> **laissez faire, laissez aller** (franz.): tun, gehen lassen; hier etwa: Treibenlassen aller Dinge

<sup>2</sup> **Manchesterium**: Bezeichnung für einen extremen Wirtschaftsliberalismus ohne staatliche Eingriffe, benannt nach dem britischen Manchester, dem damaligen Zentrum der Textilindustrie

### M7 Entwicklung der Unfallversicherung 1887–1910

	1887	1890	1895	1900	1905	1910
Versicherungspflichtige Betriebe (in Mio.)	0,269	5,234	5,279	5,190	5,296	6,159
Versicherte Personen (in Mio.)	3,822	13,620	18,389	18,893	20,243	27,554
Verletzte	177	58 213	242 841	487 235	892 901	1 017 570
Erstattete Unfallanzeigen	–	200 001	310 139	454 341	609 160	672 961
Gesamteinnahmen (in Mio. Mark)	20,656	52,528	73,764	105,453	178,966	235,829
Gesamtausgaben (in Mio. Mark)	9,797	26,623	60,498	100,877	157,540	206,223

Johannes Frerich und Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 1: Von der vorindustriellen Zeit bis zum Ende des Dritten Reiches, München/Wien 1993, S. 104

▶ Arbeiten Sie die Entwicklung der Unfallversicherung aus und beurteilen Sie davon ausgehend deren Erfolg.



### M8 Sozialgesetzgebung und die Arbeiter

Der evangelische Theologe Paul Göhre gibt eine Diskussion der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung 1891 in Chemnitz wieder:

Hier trug an diesem Abend der damalige, jetzt auch abgedruckte Redakteur der Chemnitzer sozialdemokratischen „Presse“, wie ich glaube eine ehrliche Seele, über die damals noch nicht in Kraft getretene Alters- und Invaliditätsversicherung vor, zunächst hauptsächlich zur Orientierung der Genossen. Es war eine im Großen und Ganzen durchaus sachlich gehaltene Rede. Sie gipfelte in der doppelten Behauptung, dass das neue Gesetz in der Tat vielfach noch mangelhaft sein, und dass es jedenfalls nicht die durchgreifende Hilfe für die Arbeiterschaft und die Lösung der sozialen Probleme sei, dass man sich aber dennoch nicht abschrecken lassen dürfte, sondern nun zunächst einmal das Angebotene annehmen, aber zugleich wacker an der allmählichen Verbesserung dieses Gesetzes mitarbeiten sollte. Man sollte, so schloss er, endlich einmal mit dem ganz überflüssigen Räsonieren<sup>3</sup> und Schnauzen aufhören. Trotz allem stecke in der Arbeiterversicherung ein guter Kern, den immer mehr herauszuschälen die Hauptaufgabe wäre. Er gab damit mutvoll wohl einer Meinung Ausdruck, die vielfach unter den Arbeitsgenossen verbreitet war, sich aber nur selten und schüchtern ans Tageslicht wagte, nachdem die offizielle Sozialdemokratie ihr Verdikt<sup>4</sup> über die heutige Versicherungsgesetzgebung ausge-

sprochen hat. Denn man empfindet heute schon dankbar, wenn auch als etwas Selbstverständliches die bereits deutlich spürbaren Wohltaten des Gesetzes. Wenn man irgendwie über sie klagte, so betraf das nach meiner Beobachtung immer nur einzelne Mängel, wie die dreitägige Karenzzeit<sup>5</sup> zu Anfang einer jeden Krankheit, oder Missstände, die sich in der Verwaltung herausstellen, und an denen oft nur die an ihrer Spitze stehenden Personen die Schuld hatten. [...]

Genau dieselbe freundliche Gesinnung zu den Versicherungsgesetzen kam nun auch in jener Sitzung unsers Wahlvereins unter den zahlreichen Anwesenden zum erfreulichen Ausdruck. Zwar – ich wiederhole das nachdrücklich – fehlten auch gegnerische Stimmen nicht, die sich ganz in den offiziellen Urteilen der sozialdemokratischen Fraktion über die Gesetze ergingen. Aber die Meinung des Vortragenden war doch auch die der Majorität<sup>6</sup>.

Paul Göhre, Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche, Leipzig 1906, S. 130–133, zitiert nach: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1914. Ein historisches Lesebuch, hrsg. von Gerhard A. Ritter, Göttingen <sup>5</sup>1992, S. 246

1. Stellen Sie Vor- und Nachteile der Sozialgesetzgebung aus zeitgenössischer Perspektive tabellarisch gegenüber.
2. Beurteilen Sie, ob die Ziele Bismarcks, die er mit der Sozialgesetzgebung verfolgte, erreicht wurden.

<sup>3</sup> räsonieren: sich ausführlich dazu äußern, sich beschweren

<sup>4</sup> Verdikt: (negatives) Urteil

<sup>5</sup> Karenzzeit: Wartezeit, Sperrfrist

<sup>6</sup> Majorität: Mehrheit

M9 Leistungsübersicht der deutschen Sozialversicherung von 1885 bis 1913

Druck aus dem Jahr 1913.



1. Entwickeln Sie eine These, wer eine solche Übersicht mit welcher Absicht veröffentlicht haben könnte.
2. Diskutieren Sie, inwiefern die Sozialgesetzgebung das Deutsche Kaiserreich stabilisieren konnte.

M10 Sozialgesetzgebung und die Modernisierung des Staates

a) Die Historikerin Hedwig Richter bewertet die Sozialversicherungen im Kaiserreich folgendermaßen:

Im Deutschen Reich war man besonders stolz auf den hohen sozialen Standard. Die Sozialversicherungen, die in den achtziger Jahren von der Regierung und dem Reichstag auf den Weg gebracht wurden, waren eine Reaktion auf die immer stärker als Bedrohung empfundenen Sozialisten. Sie müssen also als ein Ergebnis sozialistischer Politik und Revolutionsrhetorik verstanden werden. Doch sie

gehören auch in den Kontext der wachsenden Forderungen nach einer guten Sozialpolitik, die sich nicht zuletzt aus den langen religiösen und bürgerlichen Traditionslinien der Armenhilfe ergaben. In einer parlamentarischen Begründung für ein Arbeiter-Versicherungsgesetz vom März 1881 wird zunächst auf die kritische Lebenslage in der Arbeiterschaft hingewiesen: die „Unsicherheit des lediglich auf der Verwertung der persönlichen Arbeitskraft beruhenden Erwerbes.“ Darauf folgte in bemerkenswertes Bekenntnis zum Sozialstaat: Es gehöre zur „modernen Staatsidee“, dass dem Staat die Aufgabe obliege, „das Wohlergehen aller seiner Mitglieder und namentlich der schwachen und hilfsbedürftigen positiv zu fördern“. Im

2.3 Stabilisieren sozialstaatliche Maßnahmen das Kaiserreich?

„Gegensatz zu dem des Alterthums und des Mittelalters“ anerkenne der „moderne Staat“ die „Armenpflege“ als „eine ihm obliegende Aufgabe“.

[...] Die Versicherungen waren hochumstritten, zunächst bei vielen unbeliebt, um schließlich von den meisten als eine positive Selbstverständlichkeit betrachtet zu werden, die man nicht mehr missen wollte. [...] Die Gesetze hatten ihre Defizite, die Zahlungen boten oft zu wenig zum Leben, und die Situation von Frauen blieb weitgehend unberücksichtigt – und doch waren sie Ausdruck eines Paradigmenwechsels: Nicht nur fielen die Zahlungen höher aus als die Armenhilfe, sie waren in erster Linie ein erworbener Rechtsanspruch. Sie bestärkten vor allem die Männer in ihrem politischen Selbstbewusstsein.

Hedwig Richter, Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisation im Kaiserreich, Berlin 2021, S. 64 f.

**b) Die Historiker Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde haben die Einführung der Sozialversicherungen auf deren lang- und kurzfristigen Wirkung untersucht:**

Man muss zwischen den kurz- und den langfristigen Wirkungen der Sozialpolitik unterscheiden. Nicht in Erfüllung gingen die Hoffnungen und Erwartungen Bismarcks und Wilhelms II., dass sich die Arbeiter aufgrund der in der Sozialversicherung und der Gesetzgebung des „Neuen Kurses“ bewiesenen Fürsorge des Staates von den sozialistischen Organisationen und ihren Führern abwenden würden. Langfristig hat die staatliche und kommunale Sozialpolitik Massenloyalität auch zum Staat, und sei es in verdeckter Weise, geschaffen und damit die Integration der Arbeiter in Staat und Gesellschaft wesentlich gefördert. Das bezog sich auch auf die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter, denen sich durch die Mitarbeit in den Einrichtungen der Sozialversicherung, in Gewerbegerichten, Einigungsämtern und kommunalen Arbeitsnachweisen ein neues, stets auf Reform des Bestehenden gerichtetes Arbeitsfeld eröffnete. Die dadurch geschaffenen Kontakte mit Vertretern der Arbeitgeber und vor allem den unteren Ebenen der staatlichen und kommunalen Bürokratie haben zum Abbau der Klassenspannungen und der politischen und gesellschaftlichen Isolation der Arbeiter beigetragen. Allerdings gab es darin erhebliche regionale Unterschiede. Man kann deshalb sagen, dass langfristig gesehen, in einigen wichtigen Ansätzen das

ursprüngliche Integrationsziel der Sozialpolitik sehr wohl erreicht wurde – freilich nicht gegen, sondern gerade über die Organisationen der Arbeiterbewegung.

Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 715

**c) Zu den Auswirkungen der Sozialgesetze auf die Einstellung der Arbeiterschaft schreibt der Historiker Hans-Ulrich Wehler:**



Zu einem Ausbau der Sozialversicherung ist es erst gekommen, als Bismarcks Widerstand nach 1890 entfiel, die Integration der sozialdemokratischen Arbeiterschaft aber zunehmend pressierende Probleme aufwarf. Bismarck war 1890 mit der Auffassung enttäuscht aus dem Amt geschieden, „dass es ihm nicht gelungen sei“, wie der dem bayerischen Gesandten v. Lerchenfeld anvertraute, „die Arbeiter zu einer staatsloyalen Haltung“ zu bringen. Das war ohnehin eine voreilig genährte Hoffnung gewesen, denn die Repressionspolitik des „eiserernen Kanzlers“ hatte die Anerkennung seiner Sozialpolitik, deren Leistungen nicht in Windeseile alle Opposition aus dem Weg räumen konnten, enorm erschwert. Außerdem verband sich mit ihr zunächst der dezidierte Verzicht auf den Ausbau des Arbeiterschutzes. [...] Trotzdem: Die Bismarcksche Sozialversicherung hat den Grundstein für eine ausbaufähige, immens differenzierbare und weltweit nachgeahmte Daseinsvorsorge gelegt. [...] Man wird sogar anerkennen müssen, dass Bismarcks politisches Kalkül, auf lange Sicht betrachtet, aufgegangen ist. Zusammen mit dem Reallohnanstieg und den Arbeiterschutzgesetzen seit 1890 hat die Sozialversicherung einen ganz entscheidenden Anteil daran gehabt, die systemkritische Distanz der organisierten Arbeiterschaft aufzuweichen und ihre Staatsloyalität zu gewinnen.

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, München 1995, S. 914 f.

1. Arbeiten Sie jeweils Position und Argumentation der Forscherinnen und Forscher zum Erfolg der Sozialgesetzgebung in einer tabellarischen Übersicht heraus.

2. Bewerten Sie davon ausgehend, inwieweit sich die Sozialgesetzgebung stabilisierend auf das Deutsche Kaiserreich auswirkte.



## Vorwissen aktivieren: Weimarer Republik

**A**

1910      1915      1920      1925      1930      1935

**a** August: Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung

**b** Machtübernahme der Nationalsozialisten; Ende der Weimarer Republik

**c** Beginn der Weltwirtschaftskrise

**d** Erster Weltkrieg

**e** Juni: Vertrag von Versailles

**f** Novemberrevolution in Deutschland

**g** Abdankung des Kaisers und Ausrufung der Republik

**h** Krisenjahr der Weimarer Republik, u. a. Hitler-Putsch; Hyperinflation

1. Ordnen Sie die Ereignisse den Jahreszahlen zu.

**B**

Demokratische Grundrechte: Frauenwahlrecht • konstitutionelle Monarchie • Reichsverfassung

Soziale Errungenschaften: Arbeitslosenversicherung • Achtstundentag • Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der abhängig Beschäftigten

Politik und Verwaltung: Gründung der KPD • Bündnis mit dem Militär • Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund • Beibehaltung des Justiz- und Beamtenapparates

2. Benennen Sie jeweils die wesentlichen Aspekte der Jahre 1918/19 in Deutschland.

**C**

Heinrich Brüning • Adolf Hitler • Paul von Hindenburg

Sperrklausel • Verhältniswahlrecht • Frauenwahlrecht

direkte Demokratie • parlamentarische Demokratie • repräsentative Demokratie

3. Welcher Begriff passt in Bezug auf die Weimarer Republik jeweils nicht in die Reihe? Begründen Sie Ihre Auswahl.

Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.



D



#### Europa nach dem Vertrag von Versailles

max. 15 000 Marinesoldaten • Verlust einiger Kolonien •  
 max. 30 000 Marinesoldaten • Mitverantwortung Deutschlands und seiner  
 Verbündeten für den Krieg • max. 200 000 Heeressoldaten • Reparationen •  
 Verlust aller Kolonien • Gebietsabtretungen (u. a. Elsass-Lothringen, Westpreußen  
 und Posen) • max. 100 000 Heeressoldaten • Mitgliedschaft im Völkerbund •  
 Verbot von Luftstreitkräften • Alleinige Verantwortung Deutschlands und seiner  
 Verbündeten für den Krieg



#### Animierte Karten

Eine animierte Karte zum  
 Thema „Deutschland und  
 der Vertrag von Versailles“  
 können Sie unter dem  
 Mediencode 32072-208.

4. Suchen Sie aus dem Wortspeicher die zentralen Bestimmungen des Versailler Vertrags für das Deutsche Reich heraus.



Lösung



## 2.4 Die Novemberrevolution und Bedrohungen der jungen Republik

Die Weimarer Republik war seit ihrer Gründung durch das Erbe, das sie antreten musste, stark belastet. Die Demokratisierung des Deutschen Reiches wurde angesichts der Niederlage im **Ersten Weltkrieg** u. a. dadurch ermöglicht, dass die militärische Führung die Verantwortung für ihr Versagen an eine neue Zivilregierung abschob. Diese neue Regierung hatte damit ungewollt die Folgen der Kriegsniederlage zu tragen.



Hinweise zur Arbeitstechnik Sketchnote siehe Mediacode 32072-211.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1918 Novemberrevolution
- ▶ Vertrag von Versailles
- ▶ 1923 Krisenjahr in der Weimarer Republik

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mithilfe der folgenden Aufgaben mit der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung im Zuge der Novemberrevolution 1918 auseinander. Halten Sie Ihre Ergebnisse in einer **Sketchnote** fest.

1. Informieren Sie sich über Ursachen, den groben Verlauf und zentrale Ereignisse der Novemberrevolution von 1918 (Online-Recherche oder **INFO 1** und **2**). Berücksichtigen Sie dabei auch die Rolle des Ersten Weltkrieges.
2. Analysieren Sie arbeitsteilig jeweils Position und Ziele der gesellschaftlichen Gruppen bzw. Kräfte, die 1918 um eine neue politische Ordnung rangen. Tauschen Sie Ihre Ergebnisse untereinander aus:
  - ▶ sog. Weimarer Koalition (**M2, M7**)
  - ▶ Spartakusbund bzw. KPD (**M4 a, INFO 2**)
  - ▶ „alte Eliten“ (**M1, M3, M6, M7**)
  - ▶ Militär und Wehrverbände (**M1, M4 b, M5**)
3. Beurteilen Sie ausgehend von **M8** und **M9 a**, welche prägenden Folgen das Ringen um eine neue politische Ordnung in der Novemberrevolution 1918 für die Weimarer Republik hatte.
4. Überprüfen Sie Ihre These(n) aus 3. anhand des Krisenjahres 1923 (Online-Recherche, **M9 b**).

### INFO 1: Große Aufgaben

Die unter Soldaten wie Zivilbevölkerung um sich greifende Kriegsmüdigkeit und die völlig überraschende Forderung der Obersten Heeresleitung (OHL), die bis vor Kurzem noch Siegesgewissheit verbreitet hatte, nach sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen, lösten im Herbst 1918 die **Novemberrevolution** aus. Die Monarchen in Deutschland und seinen Ländern sahen sich zur Abdankung gezwungen, Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen vielerorts die Macht, und auf Reichsebene amtierte seit dem 10. November der von SPD und USPD<sup>1</sup> gebildete „Rat der Volksbeauftragten“ als vorläufige Revolutionsregierung. Auf sie wartete eine Fülle von Aufgaben: insbesondere die Herstellung von Ruhe und Ordnung und die Erarbeitung einer neuen Verfassung, die Überführung der Kriegswirtschaft in eine Friedenswirtschaft, um zivile Arbeitsplätze für die Millionen von der Front zurückkehrenden Soldaten zu schaffen, die hohe Inflation in den Griff zu bekommen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen sowie die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens und eines künftigen Friedensvertrags. In Bezug auf Grundentscheidungen lagen die Positionen der Revolutionäre weit auseinander: Die Radikalen unter ihnen

<sup>1</sup> **Erläuterung:** Aus Protest gegen die durch die SPD mehrheitlich gebilligten Kriegskredite spaltete sich 1917 eine Minderheit der SPD als USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) von dieser ab.

forderten nach dem Vorbild der kommunistischen Revolution von 1917 in Russland eine direkte Ausübung von Legislative und Exekutive durch das Volk in Form von Räten sowie die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. von Industrie, Bergbau und Banken. Im Gegensatz dazu trat die SPD-Führung sowohl für eine parlamentarische Republik ein als auch für soziale Reformen. Eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel lehnte sie ab. Diese war hingegen für die Mehrheit der USPD das erklärte Ziel.

Petra Nerreter und Dieter Brückner

### INFO 2: Die Spaltung der Arbeiterschaft

Schnell wurde erkennbar, dass die Forderungen der radikalen Linken keine Chance auf Verwirklichung hatten. Sogar der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 20. Dezember in Berlin tagte, erteilte einer Räterepublik eine klare Absage. Als aber die SPD-Führung keinerlei Anstalten machte, Beschlüsse des Rätekongresses zügig umzusetzen, die z. B. eine „Sozialisierung aller dazu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus“ und eine „Zertrümmerung des Militarismus“ durch eine Wahl der Offiziere durch die Soldaten vorsahen, radikalisierte sich die Linke: Der linke Flügel der USPD erzwang am 28. Dezember den Austritt ihrer Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten, und die äußerste Linke, deren Kern in Berlin der „Spartakus-Bund“ bildete, schloss sich am 1. Januar 1919 zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zusammen. Mit dem sogenannten „Spartakus-Aufstand“ versuchte sie dem Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung zuvorzukommen. Den Einsatz von Reichswehr und sogenannten Freikorps<sup>2</sup> zu dessen Niederschlagung, bei der auch das Führungsduo der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet wurde, verurteilten sowohl KPD als auch USPD, die sich jetzt für eine Räterepublik<sup>3</sup> einsetzte, als „Verrat an der Arbeiterklasse“. Er besiegelte die Spaltung der Arbeiterparteien und eine grundsätzliche Gegnerschaft der Kommunisten nicht nur zur SPD, sondern auch zur sich neu formierenden „konterrevolutionären“ Republik.

Petra Nerreter und Dieter Brückner

1. Erläutern Sie, warum das Militär ein wichtiger Faktor auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war.
2. Skizzieren Sie, welche unterschiedlichen Ziele die Arbeiterparteien hatten.



### INFO 3: Umgang mit den „alten Eliten“

Die SPD-Führung hingegen sah sich durch den „Spartakus-Aufstand“ in ihrer Furcht vor einem kommunistischen Umsturz bestätigt. Um diesen zu unterbinden und um sich als führende Kraft der politischen Arbeiterbewegung zu behaupten, hatte sie sich bereits am 10. November der Unterstützung der Reichswehrrführung versichert, und dieser dafür zugesagt, ihre Kommandobefugnis nicht anzutasten. Dadurch vergab sie die Chance, das Militär einer Kontrolle durch die Politik zu unterstellen, und ermöglichte es ihm, wie im Kaiserreich eine Art „Staat im Staate“ zu bleiben. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, aber auch um die Wiedereingliederung der Soldaten und die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, suchte die SPD auch das „Zweckbündnis“ mit Bürokratie und Justiz des Kaiserreiches. Wesentliche Schaltstellen staatlicher Autorität und Einflussmöglichkeiten blieben damit in der Hand der „alten Eli-

<sup>2</sup> **Freikorps:** als Ersatz für die sich nach ihrer Rückkehr von der Front rasch auflösenden Verbände des Heeres durch die Reichswehr im Auftrag des Rats der Volksbeauftragten gebildete oder von ehemaligen Offizieren eigenmächtig gegründete paramilitärische Verbände von Freiwilligen

<sup>3</sup> Bei einer **Räterepublik** wählen Gruppen von Menschen (z. B. Arbeiter oder Soldaten) Vertreter aus ihrer Mitte, die sie in einem Rat vertreten. Eine Gewaltenteilung findet nicht statt, weil die Räte die gesetzgebende, die ausführende und die rechtsprechende Gewalt auf sich vereinen.



Ein Schema zur Funktionsweise des Räteystems finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-212.



**Geschichte In Clips**  
Zur Ausrufung der Republik siehe Medien-code 32072-213.

ten“, die, mehrheitlich konservativ und national gesinnt, autoritären Staats- und Gesellschaftsmodellen anhängen oder die Rückkehr zur Monarchie anstrebten. Sie bildeten auf der rechten Seite des Parteienspektrums die Stammwählerschaft für die neu gegründete Deutschnationale Volkspartei (DNVP). Agitatorisch hielten sie sich anfangs noch abwartend zurück. Aber schon im Wahlkampf vor der Wahl zur Nationalversammlung wurde ihre latente bis offene Republik- und Demokratiefindlichkeit spürbar.

Petra Nerretter und Dieter Brückner



### M1 „An die Kurzsichtigen“

Karikatur vom 30. November 1919. Sie erschien, nachdem Paul von Hindenburg, Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, vor dem Untersuchungsausschuss zur Ermittlung der Schuldfragen des Weltkrieges gesprochen hatte. Dabei propagierte er die Dolchstoßlegende: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen.“ Tatsächlich war das deutsche Heer militärisch besiegt worden.

- ▶ Erklären Sie, warum als Mörderin eine Frau mit Schlangen auf dem Kopf dargestellt ist.
- ▶ Arbeiten Sie heraus, wie der Karikaturist die Aussage Hindenburgs als falsch brandmarkt.



sondern durch die Inflation noch verschlechterte und die Integration der Soldaten nach dem **Ersten Weltkrieg** in das Zivilleben nur zögerlich gelang. Hinzu kam die außenpolitische Entwicklung. Am 11. November 1918 hatten die politischen Vertreter der neuen Republik das Waffenstillstandsabkommen und am 28. Juni 1919 den **Vertrag von Versailles** unterzeichnen müssen. Wurden dessen militärische, wirtschaftliche und territoriale Bestimmungen schon als demütigend und belastend genug wahrgenommen, empfanden viele die Behauptung einer alleinigen Kriegsschuld Deutschlands und seiner Verbündeter, den Verlust der Kolonien und die außenpolitische Isolierung des Deutschen Reiches als nationale „Schmach“. Anstatt diese aber als Folge einer falschen Politik des Kaiserreiches zu verstehen, die man mitbetrieben oder befürwortet hatte, schoben insbesondere nationalistisch-monarchistische Kreise in Politik, Militär und Gesellschaft die Verantwortung für die Niederlage und ihre Folgen der Revolution und ihren republikanisch-demokratischen Erben zu. Charakteristisch dafür ist die von den Generälen Ludendorff und Hindenburg in Umlauf gebrachte Dolchstoßlüge, mit der die ehemalige OHL von ihrer eigenen Verantwortung ablenken wollte: Das deutsche Heer sei von den Revolutionären aus der Heimat von hinten erdolcht und damit um den Sieg gebracht worden. Ebenso bezeichnend für die politische Kultur ist auch, dass von den rechten Republikgegnern eine von DDP, Deutscher Volkspartei (DVP) und DNVP 1919 abgegebene Erklärung verschwiegen wurde, in der diese den Abgeordneten, die für die angesichts der militärischen Drohungen der Siegermächte unabweisliche Annahme des **Versailler Vertrags** gestimmt hatten, ehrenhaftes Handeln attestiert hatten.

Petra Nerretter und Dieter Brückner

1. Erklären Sie, warum die „alten Eliten“ weiterhin großen Einfluss ausübten.
2. Erläutern Sie, inwiefern es bei der Reichstagswahl von 1920 zu einer „Zersplitterung“ der Wählerschaft kam.



### INFO 5: Krisenjahre

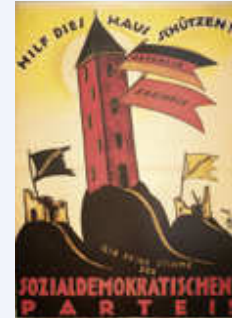
Republik und Parlamentarismus wurden von Nationalisten und Monarchisten als dem „deutschen Geist“ nicht entsprechend abgelehnt und deren Repräsentanten als „Novemberverbrecher“ und „Erfüllungspolitiker“, also als Verräter diffamiert. Die Folge dieser Radikalisierung von rechts war eine seit dem Herbst 1919 wachsende und von der SPD-Führung immer noch unterschätzte Gewaltbereitschaft, die sich in Attentaten auf Amtsträger der Republik und anderen Anschlägen äußerten und die Gewalttaten von links – Streiks, lokale separatistische Aufstände, die ab der Mitte des Jahres 1919 abflauten – zahlenmäßig und in ihrer Brutalität bei Weitem überstiegen. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch des Jahres 1920 und der Hitlerputsch im November des **Krisenjahres 1923** bildeten Höhepunkte staatsgefährdender Aktivitäten gegen die politische Ordnung der Weimarer Republik. Sie schlugen zwar fehl, zeigten aber eindrucksvoll, dass Republik und Demokratie jederzeit attackiert werden konnten und dass die gefährlichsten Angriffe von rechts kamen. Sie zeigten auch die Verletzlichkeit der Republik, die sich auf die Unterstützung durch die Reichswehr nur bedingt verlassen konnte, deren Justiz „auf dem rechten Auge blind“ war und die auch der an vielen Orten seit dem Kriegsende gegründeten paramilitärischen Verbände, Wehrverbände und ähnlicher Gruppen nicht Herr wurde. Diese stellten das staatliche Gewaltmonopol mehr oder weniger offen infrage und hielten vorerst nur still, da sich die Lage der Republik nach der Währungsreform ab dem Jahr 1924 deutlich stabilisierte. Bezeichnend war allerdings, dass trotz wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung und außenpolitischer Entspannung in den sogenannten „Goldenen Zwanzigern“ die Parolen der Republikfeinde von links und rechts nicht verstummten und dass die Parteien der Weimarer Koalition nie mehr über eine Mehrheit im Reichstag verfügten. Und weder die Kampfansagen der Kommunisten gegen das „ausbeuterische System“ der „Pseudodemokratie“, in der in Wahrheit die Kapitalisten das Sagen hätten, noch die Polemik der nationalistischen Rechten gegen die Parteien, die nur ihren eigenen Nutzen suchten und nutzlose „Quasselbuden“ seien, verstummten. Ein Umstand, der schon Zeitgenossen etwas pointiert von einer „Republik ohne Republikaner“ sprechen ließ.

Petra Nerretter und Dieter Brückner

1. Charakterisieren Sie die Situation in den Krisenjahren.
2. Beurteilen Sie, für welche Widerstände staatliche Institutionen (mit)verantwortlich sind.



### M2 Wahlplakate (um 1920) von Parteien der „Weimarer Koalition“



- ▶ Arbeiten Sie jeweils die zentrale Botschaft und die Gemeinsamkeiten der Wahlplakate heraus.

**M3 Welche Staatsform?**

In seinen Memoiren schreibt der damalige Reichskanzler Max von Baden über seine Überlegungen am 9. November 1918:

Ich sagte mir: Die Revolution ist im Begriff, siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersticken. Jetzt heraus mit der Abdankung [des Kaisers], mit der Berufung Eberts, mit dem Appell an das Volk, durch die verfassungsgebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform zu bestimmen; wird Ebert mir als Volkstribun von der Straße präsentiert, dann

kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus. Aber wenn der abdankende Kaiser Ebert zum Reichskanzler ernannt, dann besteht noch eine schmale Hoffnung für die Monarchie. Vielleicht gelingt es, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zu lenken.

Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1968, S. 597

▶ Erläutern Sie die Motivation Max von Badens für sein Handeln und die von ihm eigenmächtig verkündete Abdankung des Kaisers.

**M4 Plakate 1919**

a) „Was will Spartakus“



**M5 Welche Staatsform?**

Am 10. November 1918 treffen Friedrich Ebert und der Vertreter der Obersten Heeresleitung, Wilhelm Groener, eine Vereinbarung. Groener schreibt dazu im Rückblick in seinen 1957 erscheinenden Memoiren:

Die Aufgabe der Heeresleitung musste es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor

b) „Arbeiter, Bürger!“



Das Plakat links entstand, nachdem der „Spartakus-Bund“ in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aufgegangen war. Der Aufruf rechts wurde zuvor im Dezember 1918 veröffentlicht. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, führende Vertreter des „Spartakus-Bundes“, wurden am 15. Januar 1919 von Freikorps-Soldaten ermordet.

- Erläutern Sie die Gründe für den Konflikt zwischen „Spartakus“ und den ehemaligen Soldaten.
- Begründen Sie, warum die Verantwortlichen von Mordaufrufen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft musste in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden. Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und



Ausrichtepunkt. Es musste ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es musste das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe bei den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näher liegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten?

[...] Am Abend rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, dass das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, dass dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Zitiert nach: Heinz Hürten (Hrsg.), Weimarer Republik und Drittes Reich 1918–1945 (Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 9), Stuttgart 2000, S. 35

1. Arbeiten Sie heraus, welche Gründe Groener für das Abschließen des Bündnisses angibt.

2. Beurteilen Sie die Auswirkungen dieses Bündnisses auf den Charakter der Revolution.



32072-220

### M6 „So ist der deutsche Parlamentarismus“

Oswald Spengler (1880–1936), ein im deutschen Bürgertum nach dem verlorenen Krieg gern gelesener Autor über Parlamentarismus und Parteien:

Über den Trümmern der deutschen Weltmacht, über zwei Millionen Leichen umsonst gefallener Helden, über dem in Elend und Seelenqual vergehenden Volke wird nun in Weimar mit lächelndem Behagen die Diktatur des Parteiklüngels aufgerichtet, derselben Gemeinschaft beschränktester und schmutzigster Interessen, welche seit 1917 unsere Stellung untergraben und jede

Art von Verrat begangen hatte [...].

Aus der Angst um den Beuteanteil entstand auf den großherzoglichen Samtsesseln und in den Kneipen von Weimar die deutsche Republik, keine Staatsform, sondern eine Firma. In ihren Satzungen ist nicht vom Volk die Rede, sondern von Parteien; nicht von Macht, von Ehre und Größe, sondern von Parteien. Wir haben kein Vaterland mehr, sondern Parteien; keine Rechte, sondern Parteien; kein Ziel, keine Zukunft mehr, sondern Interessen von Parteien. Und diese Parteien [...] entschlossen sich, dem Feinde, alles was er wünschte, auszuliefern, jede Forderung zu unterschreiben, den Mut zu immer weitergehenden Ansprüchen in ihm aufzuwecken, nur um im Inneren ihren eigenen Zielen nachgehen zu können. Sie waren entschlossen, jeden Grundsatz, jede Idee, jeden Paragraphen der eben beschworenen Verfassung für ein Linsengericht<sup>1</sup> von Ministersitzen preiszugeben. Sie hatten diese Verfassung für sich und ihre Gefolgschaft gemacht, nicht für die Nation. [...] So ist der deutsche Parlamentarismus.

Oswald Spengler, Neubau des Deutschen Reiches, München 1924, S. 8 f.



32072-221

1. Beschreiben Sie, was Spengler unter „Diktatur des Parteiklüngels“ versteht, und bewerten Sie seine Wortwahl.
2. Beurteilen Sie seine Aussage, die deutsche Republik sei keine „Staatsform, sondern eine Firma“.

### M7 Gerichtsurteil gegen den Erzberger-Attentäter

Der Realgymnasiast Oltwig von Hirschfeld hat den Finanzminister Matthias Erzberger am 26.1.1920 durch zwei Schüsse schwer verletzt. Am 21. Februar 1920 verkündet das Berliner Gericht den Urteilsspruch:

Das Gericht hat berücksichtigt, dass der Angeklagte ein junger Mensch ist, der unmittelbar aus einer Gerichtsverhandlung<sup>2</sup> kam und dann auf den Reichsfinanzminister geschossen hat. Er ist dazu bewogen worden durch die Lektüre von Zeitungen und Broschüren und den persönlichen Eindruck, den er in der Gerichtsverhandlung gewonnen hatte, und der dahin ging, dass der Minister ein Schädling sei, den er unfähig machen müsste, seines Amtes zu walten. Auch im gegenwärtigen Staatsleben kann es nicht eingeführt werden, dass man einen politischen Gegner mit einer Schusswaffe beseitigt. Das ist als strafverschärfend erwogen; als strafmildernd auf

<sup>1</sup> Linsengericht: Redewendung, nach der ein hochwertiges Gut für ein minderwertiges hergegeben wird

<sup>2</sup> Gemeint ist der Beleidigungsprozess Erzbergers gegen den DNVP-Politiker Helfferich.

der anderen Seite, dass die Schüsse nachteilige Folgen nicht gehabt haben und dass der Angeklagte jugendlich, von idealer Gesinnung und unbestraft ist. Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft in Höhe von 26 Tagen erkannt.

Zitiert nach: Schulthess' Europäischer Gerichtskalender, N. F. 36. Jahrgang, 1920, S. 24

► Bewerten Sie das Urteil.

### M7 Wahlergebnisse Januar 1919–April 1924

Angaben in Prozent. Hinweis: 1919 wurde die Nationalversammlung gewählt. Im Dezember 1924 fand nach dem Zerbrechen der Regierungskoalition eine weitere Reichstagswahl statt.

	1919	1920	April 1924
<b>Wahlbeteiligung</b>	83,0	79,2	77,4
<b>KPD</b>	–	2,1	12,6
<b>USPD</b>	7,6	17,6	0,8
<b>SPD</b>	37,9	21,9	20,5
<b>DDP</b>	18,6	8,3	5,7
<b>Zentrum</b>	15,9	13,6	13,4
<b>BVP<sup>1</sup></b>	3,8	4,4	3,2
<b>DVP</b>	4,4	13,9	9,2
<b>DNVP</b>	10,3	15,1	19,5
<b>NSDAP</b>	–	–	6,5
<b>Sonstige</b>	1,6	3,3	8,6

Quelle: Jürgen Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 25

- Beschreiben Sie die Entwicklung der Wahlergebnisse für die „Weimarer Koalition“.
- Analysieren Sie, welche Parteien die größten Zuwächse erzielten, und diskutieren Sie Folgen.

<sup>1</sup> Die BVP war eine weitere Partei des politischen Katholizismus und spaltete sich 1918 vom Zentrum ab.

### M8 Fachwissenschaft und Novemberrevolution

#### a) Handlungsspielraum der Regierungen 1918/19

Die Historiker Eberhard Kolb und Dirk Schumann fassen zusammen:

Seit den 1960er Jahren setzte sich indes eine andere Interpretation der Novemberereignisse durch, die heute in der Forschung unumstritten ist. Die Wissenschaft geht inzwischen davon aus, dass der Handlungsspielraum der Akteure 1918/19 deutlich größer gewesen ist als zuvor angenommen: Dieser Handlungsspielraum hätte es der Revolutionsregierung u. a. erlaubt, gegenüber der Führung der alten kaiserlichen Armee mit Selbstbewusstsein und Entschiedenheit aufzutreten, vorbereitende Schritte zu einer Sozialisierung wenigstens des Bergbaus zu unternehmen, das Potenzial der Arbeiter- und Soldatenräte zugunsten einer sozialdemokratischen Reformpolitik einzusetzen. Aber insbesondere die SPD-Führung versagte sich strikt einem solchen politischen Kurs, nicht ausschließlich unter dem Diktat übermächtiger Sachzwänge, sondern einerseits im Vertrauen auf eine dauerhafte Loyalität der alten Machteliten gegenüber den neuen Machthabern, andererseits aus grundsätzlichem Misstrauen gegenüber einer spontanen Massenbewegung, die zwar teilweise gewiss ein amorphes Gepräge<sup>2</sup> aufwies, die aber im November und Dezember weitestgehend von den Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie getragen wurde und sich in ihren politischen Forderungen innerhalb des Spektrums sozialdemokratischer Programmatik bewegte. Nicht zuletzt aufgrund der von der SPD-Führung verfolgten politischen Linie endete so, was im November 1918 als demokratische Volksbewegung begonnen hatte, im Frühjahr 1919 in Radikalisierung bei den einen und Resignation bei den anderen.

Eberhard Kolb und Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, München ©2013, S. 173

#### b) Gewinner und Verlierer

Die Historikerin Ursula Büttner zu den Folgen der Novemberrevolution für gesellschaftliche Gruppen:

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches mussten die Arbeiterorganisationen die führende Rolle im Staat übernehmen. Sie waren gespalten zwischen den linksradikalen Anhängern der Räterediktatur und den sozialdemokratischen Anhängern der parlamentarischen De-

<sup>2</sup> amorphes Gepräge: ungeformt, gestaltlos



## 2.4 Die Novemberrevolution und Bedrohungen der jungen Republik

mokratie und dadurch geschwächt. Trotzdem waren sie die einzigen, die bei den aufgewühlten Massen genügend Autorität besaßen, um mithilfe der Arbeiter- und Soldatenräte die elementaren öffentlichen Leistungen einigermaßen sicherzustellen: [...] Allerdings war die Arbeiterbewegung dabei auf die Mitwirkung des alten Beamten- und Militärapparats, der Wirtschaftsführer und Großagrarien angewiesen, und das ermöglichte diesen, ihre gesellschaftliche Stellung weitgehend zu behaupten. [...] Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik brachte zunächst der Arbeiterschaft den größten Gewinn: volle politische Partizipation und eine deutliche Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position. Gleichzeitig konnten die Oberklasse und obere Mittelklasse dank ihrer Unentbehrlichkeit für das Funktionieren von Staat und Wirtschaft ihren Einfluss zu einem guten Teil bewahren. Dagegen erlebte der selbständige Mittelstand in Stadt und Land den Umbruch von 1918 vor allem als schweren politischen und gesellschaftlichen Rückschlag. Durch die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts verlor er sein Wahlprivileg, das in vielen Ländern und Gemeinden das Gewicht der Stimme an die Einkommenshöhe gebunden und außer-

dem oft Grundeigentümern eine zusätzliche Stimme verliehen hatte. Die erhoffte Kompensation für die im Krieg erbrachten Opfer, als viele nicht kriegswichtige Betriebe geschlossen oder eines Großteils ihrer Arbeitskräfte und Zugtiere beraubt worden waren, fiel aus. Der Mittelstand wurde nicht mehr wie früher als staatstragende Schicht geehrt, sondern wegen der Warenverknappung und bereits einsetzenden Preissteigerungen gescholten.

Diese Erfahrung der Benachteiligung setzte sich in der Inflationszeit verstärkt fort. [...]

Ursula Büttner, Weimar – Überforderte Republik und überforderte Bürger, in: Michael Dreyer und Andreas Braune (Hrsg.), Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016, S. 81–102, hier S. 87 f.



32072-225

1. Fassen Sie mit eigenen Worten zusammen, wie in Text a) Haltung und Strategie der SPD beurteilt werden.
2. Überprüfen Sie, ob die Aussage von Kolb/Schumann (M7 a) durch Ursula Büttner (M7 b) bestätigt wird.
3. Stellen Sie Gewinner und Verlierer der Novemberrevolution einander gegenüber (M7 b).

### M9 Regierungsübernahme?

#### a) „Wer will regieren?“

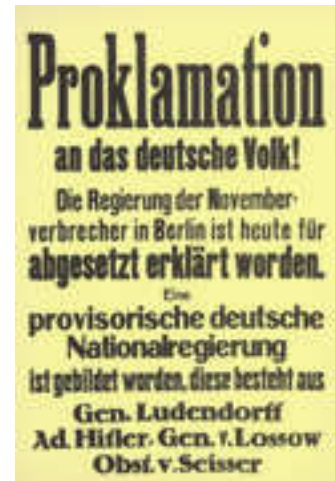
Karikatur von Erich Schilling, 1920.

Der Karikatur war folgender Text beigelegt: „Ich würde Ihnen gern helfen, aber ich kann doch meinen Standpunkt nicht verlassen.“



#### b) „Proklamation an das deutsche Volk“

Dieses Plakat wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. November 1923 in München angeschlagen.



32072-226

1. Diskutieren Sie Gründe, die die Parteien zu der in der Karikatur gezeigten Einstellung brachten.
2. Erläutern Sie, wer mit den „Novemberverbrechern“ gemeint ist.

## 2.5 Die Weimarer Reichsverfassung – Wert und Wirkung für die Demokratie

Um Antworten auf die Frage, welche Regierungsform die neue Republik haben sollte, rang die Verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar mehr als ein halbes Jahr.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Weimarer Reichsverfassung
- ▶ Demokratie
- ▶ Volkssouveränität
- ▶ Menschenrechte
- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Republik
- ▶ Verfassung

### Lernaufgabe

Führen Sie eine **Pro- und Contra-Debatte** zur Leitfrage „Die Weimarer Reichsverfassung – Ausdruck gesellschaftlicher und politischer Modernisierung?“ durch. Erarbeiten Sie hierzu arbeitsteilig die Ihnen zufallende Position und Argumentationsstruktur.

Zu besetzende Rollen:

- Moderation: Leitung der Diskussion, Einführung in die historischen Hintergründe (**INFO 1, M2, M3**)
- die Verfassung befürwortender Standpunkt: Verfassung als Ausdruck gesellschaftlicher und politischer Modernisierung (**M2, M4, M5, M8 b**)
- die Verfassung kritisierender Standpunkt: Verfassung als Ausdruck konservativ-behaltender Kräfte (**M2, M6 a, M8 a**)



Zur Entstehung der Weimarer Verfassung siehe Mediencode 32072-228.

### INFO 1: Demokratie und Volkssouveränität

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919, an denen erstmals auch Frauen teilnehmen durften, brachten einen überwältigenden Wahlerfolg für die gemäßigten Parteien. In der Nationalversammlung diskutierten die Abgeordneten ausführlich darüber, wie eine neue Verfassung für das Deutsche Reich aussehen sollte. Die letztlich beschlossene **Weimarer Reichsverfassung** stellte das Ergebnis dieser Beratungen dar und war der Versuch, einen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Ansichten der Abgeordneten zu finden.

Die **Weimarer Reichsverfassung** trat am 11. August in Kraft und beruhte nicht mehr auf dem monarchischen Prinzip, sondern – wie die Verfassung der USA oder Frankreichs – auf den modernen Grundsätzen von **Demokratie** und **Volkssouveränität**.

Ihnen wird in mehrfacher Hinsicht Rechnung getragen: Durch das Wahlrecht und die Wahlbefugnisse des Volkes, aber auch durch sogenannte plebiszitäre Elemente, also Volksentscheide, die als Elemente der direkten Demokratie die parlamentarische Demokratie ergänzen.

Ein weiteres Indiz für die Modernität der **Weimarer Reichsverfassung** ist ihr Grundrecht katalog, der neben den klassischen Bürger- und **Menschenrechten** auch soziale Grundrechte enthält.

Und schließlich stärkte die Verfassung die Stellung des **Parlaments** als nun zentralem demokratischem Organ der Gesetzgebung und zur Kontrolle der Exekutive im Vergleich zu den Verhältnissen im **Deutschen Kaiserreich**.

Petra Nerretter und Dieter Brückner 20

- ▶ Erläutern Sie, worin die Modernität der Reichsverfassung besteht.



**INFO 2: Gewaltenteilung und Machtgefüge**

Als Gegengewicht zum Reichstag erhielt das Amt des Reichspräsidenten – legitimiert durch die direkte Wahl durch das Volk auf sieben Jahre – weitreichende und weder durch den Reichstag noch durch ein oberstes Gericht kontrollierbare Machtbefugnisse. Die Mehrheit der Nationalversammlung sah darin keine potenzielle Gefahr für die Demokratie, sondern eine konsequente Anwendung des Prinzips der horizontalen Gewaltenteilung.

Die Reichsregierung hingegen hatte, da sie sowohl auf das Vertrauen des Reichstages als auch auf das des Reichspräsidenten angewiesen war, eine eher schwache Position.

Eine noch schwächere Position hatte die Vertretung der Länder auf Reichsebene, der Reichsrat. Dies trug der Tatsache Rechnung, dass die Länder in allen wichtigen Politikbereichen dem Reich untergeordnet waren und dass im Zweifelsfall der Grundsatz „Reichsrecht bricht Länderrecht“ galt.

Petra Nerreter und Dieter Brückner

- ▶ Charakterisieren Sie, wie der Grundsatz der Gewaltenteilung in der Reichsverfassung umgesetzt wurde.



**INFO 3: Strukturelle Defizite?**

Während die Forschung lange Zeit vor allem Konstruktionsfehler und Schwächen der Weimarer Verfassung in Krisenzeiten betonte, beurteilt die neuere Forschung eher die Elemente der Modernisierung. Doch auch sie verkennt nicht Herausforderungen, etwaige Probleme und Unwägbarkeiten zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung:

- Wie greift eine bislang von Nationalismus und Militarismus geprägte Gesellschaft die neuen Möglichkeiten der Demokratie auf? Kann eine Identifikation mit dieser gelingen?
- Was passiert, wenn – insbesondere in Krisenzeiten – **Republik** und **Demokratie** ablehnende Parteien (Verbot dieser nur zeitweise möglich) gewählt werden?
- Sind die Parteien zu Kompromissen, die im parlamentarischen System für eine Mehrheitsbildung notwendig sind, bereit? Gelingt ihnen die Entwicklung von polarisierenden Weltanschauungsparteien hin zu integrierenden Volksparteien?
- Wird der Reichspräsident in Krisenzeiten ein „Hüter der **Verfassung**“ sein und seine Amtsbefugnisse nicht missbrauchen?

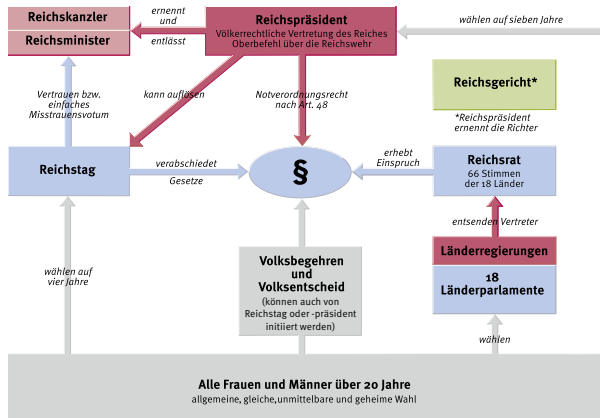
Petra Nerreter und Dieter Brückner

- ▶ Erklären Sie anhand geeigneter Bestimmungen der Reichsverfassung, warum der Politologe Otto Kirchheimer die Weimarer Verfassung als „Verfassung ohne Entscheidung“ bezeichnete.



M1 Erste Seite der Verfassungsurkunde

M2 Schaubild der Weimarer Reichsverfassung, 1919



1. Analysieren Sie das Verfassungsschaubild. Ordnen Sie die Organe den drei Gewalten zu.
2. Beurteilen Sie die Stellung des Reichspräsidenten.
3. Vergleichen Sie mit der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches. Diskutieren Sie davon ausgehend, inwieweit sich in der Verfassung der Weimarer Republik Elemente der gesellschaftlichen und politischen Modernisierung widerspiegeln.

M3 Auszüge aus der Weimarer Reichsverfassung

Erster Hauptteil. Aufbau und Aufgaben des Reichs

Art. 1. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. [...]

Art. 5. Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs auf Grund der Reichsverfassung, in Landesangelegenheiten durch die Organe der Länder auf Grund der Länderverfassungen ausgeübt [...]

Art. 13. Reichsrecht bricht Landrecht. [...]

10 [...]

Art. 21. Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.

Art. 22. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. [...]

[...]

Zweiter Hauptteil. Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen

20

Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben. [...]

25

Art. 114. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig. [...]

Art. 118. Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.


Art. 119. Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besonderen Schutz der Verfassung. Sie beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter. [...]


Art. 123. Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis zu versammeln. [...]

Art. 135. Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. Die allgemeinen Staatsgesetze bleiben hiervon unberührt. [...]

Art. 142. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Der Staat gewährt ihnen Schutz und nimmt an ihrer Pflege teil.

[https://www.jura.uniwuertzburg.de/fileadmin/02160100muenkler/Verfassungstexte/Die\\_Weimarer\\_Reichsverfassung\\_2017ge.pdf](https://www.jura.uniwuertzburg.de/fileadmin/02160100muenkler/Verfassungstexte/Die_Weimarer_Reichsverfassung_2017ge.pdf)  
[Zugriff: 27.10.2023]

- 
1. Charakterisieren Sie das Verhältnis von Reich und Ländern und vergleichen Sie mit heute.
  2. Erläutern Sie, inwiefern die Grundrechte Veränderungsprozesse in Politik und Gesellschaft seit dem 19. Jahrhundert aufgreifen.
  3. Bewerten Sie mittels eines Vergleichs mit dem Grundgesetz die Stellung der „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ innerhalb der Weimarer Reichsverfassung.

 Den vollständigen Text der Weimarer Reichsverfassung finden Sie unter dem Mediencode **32072-234**.

#### M 4 „Meine Herren und Damen!“


Unter den 421 Abgeordneten der 1919 gewählten Nationalversammlung sind 41 Frauen. Erst auf der 11. Sitzung vom 19. Februar 1920 kommt die Sozialdemokratin Marie Juchacz zu Wort:

Meine Herren und Damen! (*Heiterkeit.*) Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten

Vorurteile überwunden hat. (*Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.*)

Die Frauen besitzen heute das ihnen zustehende Recht der Staatsbürgerinnen. [...] Wollte die Regierung eine demokratische Verfassung vorbereiten, dann gehörte zu dieser Vorbereitung das Volk, das ganze Volk in seiner Vertretung. [...] Durch die politische Gleichstellung ist nun meinem Geschlecht die Möglichkeit gegeben zur vollen Entfaltung seiner Kräfte. [...] Ich möchte hier sagen, dass die Frauenfrage, so wie es jetzt ist in Deutschland, in ihrem alten Sinne nicht mehr besteht (*sehr richtig! bei den Sozialdemokraten*), dass sie gelöst ist. Wir werden es nicht mehr nötig haben, mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit Eingaben um unser Recht zu kämpfen. Der politische Kampf [...] wird sich von nun an in anderen Formen abspielen.

Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Session 1919/20, Bd. 326, S. 178 f.


- 
1. Erklären Sie, wie Marie Juchacz das Wahlrecht für Frauen begründete.
  2. Erläutern Sie, was laut Juchacz „weibliche“ Politik ausmache.
  3. Nehmen Sie Stellung zu Juchacz' Beurteilung der Frauenfrage in Deutschland.

#### M 5 Weibliche Abgeordnete 1919–1930

Gesamtübersicht über die Frauen in den Fraktionen der deutschen Reichstages. Die kleineren Parteien sind nicht aufgeführt, jedoch in der Gesamtzahl eingeschlossen:

Partei	Zahl der Abgeordneten						davon Frauen					
	1919	1920	1924 a <sup>1</sup>	1924 b <sup>2</sup>	1928	1930	1919	1920	1924a	1924b	1928	1930
KPD	–	2	68	45	54	76	–	1	4	3	3	13
SPD	165	113	100	131	152	143	22	13	11	16	20	16
USPD	22	81	–	–	–	–	3	9	–	–	–	–
DDP	74	45	28	32	25	14	6	6	2	2	2	1
DVP	22	62	44	51	45	29	1	3	2	2	2	1
Zentrum	89	68	65	69	61	68	6	3	3	4	3	4
BVP	–	19	16	19	17	19	–	1	1	1	–	–
DNVP	41	65	106	111	78	41	3	3	4	5	2	3
Zusammen	423	463	472	493	490	575	41	37	27	33	35	41

Nach: Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluss der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament, Göttingen 1956, S. 124, Tabelle 39

- 
- Erläutern Sie den Anteil der weiblichen Abgeordneten in den Parteien im jeweiligen zeitlichen Kontext.

<sup>1</sup> Reichstagswahlen am 4. Mai 1924

<sup>2</sup> Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924

## M 6 Kontroverse Meinungen

### a) Rede von Hugo Haase (USPD) in der Nationalversammlung im Rahmen einer Debatte über das Amt des Reichspräsidenten in der neuen Verfassung, 4. Juli 1919:

Der Herr Abgeordnete Philipp hat [...] klar ausgedrückt, was er will. Er will eine Persönlichkeit, in der sich die Überfülle von Macht – wie er sich selbst ausdrückte – konzentriert. Er will einen Staat mit einer persönlichen Spitze. Dass der Staat eine Spitze haben muss – wie er ausführte – bestreitet ihm kein Mensch. Es kommt nur darauf an, ob eine Einzelpersonlichkeit oder ob – wie wir beantragen – das Gesamtministerium unter Kontrolle der Volksvertretung diese Spitze bildet.

Nun hat der Herr Abgeordnete Philipp für seine Auffassung mehrere Gründe angegeben. Er hat zunächst gesagt, das Volk wolle regiert werden. Darin liegt die Auffassung, dass das Volk unmündig ist und unmündig bleiben soll. Darin ist die Auffassung enthalten, dass das Volk eine Herde bildet und weiter als Herde behandelt werden muss. Genau in demselben Sinne und aus demselben Geist heraus hat er gefordert, dass die Persönlichkeit, die an die Spitze trete, dazu berufen sein solle, den Autoritätsglauben im Volke zu stützen. [...] Was Sie wollen, [...], das deutet darauf hin, dass Sie den Präsidenten nur aus dem alten Adel, vielleicht aus dem urältesten Adel holen wollen, und dass Sie deswegen diesen Weg einschlagen, um von neuem die Monarchie in Deutschland einzuschmuggeln. Wer allerdings solche Gedanken in sich trägt, der tut Recht daran, wenn er für das Institut eines Reichspräsidenten kämpft. Wir dagegen wollen dieser Entwicklung von vorneherein Schranken entgegensetzen. [...] Wir haben [...] die Sorge, dass sich ein Präsident zum persönlichen Regiment ausbilden könnte. [...] Alle diese Gründe führen dazu, dass wir gegen die Einrichtung des Reichspräsidenten sind. Wir wollen eine demokratische Leitung.

Aus: Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung Band 327 Stenographische Berichte, Berlin 1929, S. 1308.  
Aufgerufen über: [https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2\\_vw\\_bsb0000001\\_00001.html](https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_vw_bsb0000001_00001.html)

1. Arbeiten Sie die verschiedenen Positionen der beiden Abgeordneten Haase und Philipp zur Stellung des Reichspräsidenten und ihre Argumente heraus.
2. Beurteilen Sie das Demokratieverständnis des Abgeordneten Haase.

### b) Der Verfassungsexperte der SPD, der Jurist Max Quarck, schreibt 1919 über die Stellung des Reichspräsidenten in der neuen Verfassung:

Ernster ist vielleicht der Einwand zu nehmen, dass die Einrichtung eines Reichspräsidenten uns wieder in die alte Obrigkeitsherrschaft, in die alte Autoritätsherrschaft zurückführen könnte. [...] Das unabhängige Mitglied im Verfassungsausschuss, Abg. Dr. Cohn, muss doch wohl bezeugen, dass wir von den Mehrheitssozialisten sorgfältig und eifrig bemüht gewesen sind, in dieser Verfassung jede Spur von Machtbefugnissen für den Präsidenten zu tilgen, die etwa an die alte Monarchie und den alten Despotismus erinnern würden, unter dem wir so lange gelitten haben.

Die Hauptfunktion für den neuen Präsidenten wird sein die Zusammenstellung des Ministerkollegiums. Dazu braucht die neue Republik im Reichspräsidenten eine Persönlichkeit, die nicht direkt gebunden ist an Parteienzusammenhänge, die einen Überblick hat über die politischen Köpfe des ganzen Reichs, die die Eignung dieser Köpfe zu Ministerämtern unabhängig von Parteikoterien<sup>1</sup> geltend machen kann. Ich denke, dass diese Funktion in der Geschichte unseres Landes noch eine entscheidende Rolle spielen wird.

Die Vertretung eines großen Wirtschaftsstaats, der hoffentlich bald wieder in engen Beziehungen zu den verschiedenen Ländern der Welt stehen wird, durch eine ausgeprägte Person ist weiter durchaus wünschenswert. [...] Nun wird dieser Reichspräsident genau wie das Parlament aus der Volksabstimmung hervorgehen. Er wird also von vornherein kraft seiner politischen Geburt den Zusammenhang mit denselben Kräften haben, die das Parlament in sich verkörpert. So wird ein Dualismus zwischen Präsident und Parlament von Anfang an so gut wie ausgeschlossen; die Gleichheit der Herkunft wird die Gleichheit der Ziele und Zwecke bestimmen.

Max Quarck, Der Geist der neuen Reichsverfassung, Berlin 1919, S. 13 f.

1. Erläutern Sie, warum Quarck einen „Dualismus zwischen Präsident und Parlament“ für ausgeschlossen hält.
2. Bewerten Sie seine Argumentation.

<sup>1</sup> Koterie (von franz. coterie) bezeichnet abwertend eine abgeschlossene Gruppe, Clique.



### M7 „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“

Plakat der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932.



1. Analysieren Sie, wie jeweils der Reichspräsident Hindenburg und das Parlament dargestellt werden.
2. Bewerten Sie die Annahme einer „Alleinherrschaft der Parlamente“.

Hinweis: Artikel 54 der Weimarer Reichsverfassung lautet: „Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muss zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beischluss sein Vertrauen entzieht.“



32072-239

### M8 Die Verfassung als politische Momentaufnahme?

#### a) Zum Verhältnis von Reichspräsident und Parlament äußert sich der Historiker Peter Longerich folgendermaßen:

Dabei ergab sich der Wunsch nach einem starken Mann an der Spitze des Reiches nicht nur im Hinblick auf einen möglichen Notstand, sondern er stand in der deutschen monarchisch-autokratischen Tradition: Immer noch herrschte die Vorstellung vor, eine überparteiliche Staatsspitze vom schädlichen Parteienhader freihalten zu müssen, im Grunde genommen also ein tiefes Misstrauen gegen dem Parlamentarismus.

Peter Longerich, Deutschland 1918–1933. Die Weimarer Republik, Hannover 1995, S. 95

#### b) Die Historikerin Hedwig Richter erläutert:

„Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein, Freiheit für alle Volksgenossen“, erklärte [Reichspräsident] Friedrich Ebert. Die Trennung von Kirche und Staat gehörte dazu. Tatsächlich war es eine Verfassung, die stark durch den Liberalismus geprägt war: Von dem Linksliberalen Hugo Preuß stammte der erste und grundlegende Entwurf, der Württembergische Liberale Conrad Haußmann fungiert als Vorsitzender des Verfassungsausschusses, auch Männer wie Friedrich Naumann oder Max Weber waren maßgeblich beteiligt. Als einzige Frau gehörte Marie Juchacz von der USPD dem Verfassungsausschuss an. Die erfahrende Sozialpolitikerin, die im Dezember 1919 zu den Gründungsmitgliedern der Arbeiterwohlfahrt zählte, trug mit zur Installation eines starken Sozialstaates bei. Als Friedrich Ebert am 21. August 1919 vereidigt wurde, brachte er in seiner kurzen Ansprache die neue Regierungsform prägnant auf den Punkt: „für Freiheit, Recht und soziale Wohlfahrt“.

Hedwig Richter, Demokratie. Eine deutsche Affäre, München 2021, S. 196

- ▶ Diskutieren Sie ausgehend von den beiden Forschertexten die Frage, wie modern die Weimarer Reichsverfassung war.



32072-240





Eine Darstellung und Materialien zum Thema „Die Französische Revolution und die Frauen“ (eA) finden Sie unter dem Medien-code 32072-241.

Die Aufgaben bei den Materialien geben bei Bedarf Hilfestellung und Tipps bei der Auswertung dieser.



Hilfreiche Internet-adressen zu den Themen a) bis e) sind über den Mediencode 32072-243 zu finden.

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Revolution von 1848/49
- ▶ 1914–1918 Erster Weltkrieg
- ▶ Weimarer Reichsverfassung

## 2.6 Wandel von Geschlechterrollen

Die Einführung des Frauenwahlrechts während der **Novemberrevolution 1918** war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Abkehr von patriarchalischen Strukturen und Vorstellungen. Die Forschung hat herausgearbeitet, dass der Vormärz und die Revolution 1848/49 gewissermaßen eine Initialzündung für mehr Rechte und bessere Chancen für Frauen waren.

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mithilfe der folgenden Arbeitsaufträge mit der Infragestellung tradierter Geschlechterrollen insbesondere auch im Rahmen der Frauenbewegung auseinander. Halten Sie Ihre Ergebnisse mittels einer **Mindmap** fest.

1. Charakterisieren Sie die der Frau und dem Mann im 19. Jahrhundert im Allgemeinen zugeordneten, tradierten Geschlechterrollen (**M3 a** und **b**).
2. Erschließen Sie sich arbeitsteilig (z. B. im Rahmen eines Gruppenpuzzles) die nachfolgenden thematischen Teilaspekte in Hinblick auf die Frage, inwiefern tradierte Geschlechterrollen infrage gestellt wurden:
  - a) bürgerliche Frauenbewegung nach 1848 (**M4, M6, Internetrecherche**)
  - b) proletarische Frauenbewegung (**M5, M6, Internetrecherche**)
  - c) Bildung und Erwerbstätigkeit (**INFO 3** und **4, M8, M10, M11**)
  - d) rechtliche Stellung der Frauen in Kaiserreich und Weimarer Republik (u. a. Wahlrecht) (**INFO 4, M7, Internetrecherche**)
  - e) „Entdeckung der modernen Frau“ in der Weimarer Republik (**INFO 5, M9, Internetrecherche**)
3. Kontinuität oder Wandel der tradierten Geschlechterrollen? – Beurteilen Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse insgesamt die Infragestellung tradierter Geschlechterrollen zwischen der Revolution in Deutschland 1848/1849 und der Weimarer Republik. Halten Sie Ihr Urteil schriftlich fest (rund zehn Sätze).

### INFO 1: Die Stellung von Frauen um die Mitte des 19. Jahrhunderts

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Mann – trotz der Gleichheitspostulate der Aufklärung – in allen sozialen Schichten das alleinige Oberhaupt einer Familie. Er entschied über die Erziehung der Kinder, musste einer Berufstätigkeit der Frau ebenso zustimmen wie Verträgen, die sie abschließen wollte, und verfügte über das Vermögen, das sie in die Ehe eingebracht hatte. Und bei Scheidung und Ehebruch hatte der Mann stets den besseren Rechtsstand. Vor allem im Bürgertum herrschte die Vorstellung, die eher „schwache“ und „emotionale“ Frau finde ihre Erfüllung in Mutterschaft und Sorge um die Familie, während dem „rationalen“, „starken Geschlecht“ die Rolle des „Ernährers“ zukomme. Dieses Familien- und Frauenbild konnte sich allerdings nicht jeder leisten. In der Unterschicht und in weiten Teilen der Mittelschicht der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden war es selbstverständlich, dass die Ehefrau zum Familieneinkommen beitrug. Trotzdem wurde die bürgerliche Vorstellung auch für Kleinbürger- und Arbeiterfamilien zum angestrebten Ideal.

Im öffentlich-politischen Raum traten Frauen kaum in Erscheinung. Sie hatten kein Wahlrecht, Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft trafen Männer. Frauen blieb das Engagement in wohlthätigen Einrichtungen der Armenpflege und in den Kirchengemeinden.

Im Vormärz wurden die Rufe nach Gleichberechtigung und Emanzipation lauter. Es entstanden z. B. Vereine für Mädchenbildung und die ökumenisch ausgerichtete Kindergartenbewegung, die nicht-autoritäre Erziehungsmethoden propagierte, um patriarchalisch-autoritären Denk- und Handlungsmustern entgegenzuwirken. Und während der **Reolution von 1848/49** setzten sich Frauen wie Emma Herwegh und Amelie Struve auch für mehr Rechte der Frauen in Politik, Ehe und Familie ein. Umso größer war ihre Enttäuschung, als ihnen die Paulskirchen-Verfassung von 1849 kein

20 Wahlrecht zubilligte.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

► Beschreiben Sie die Stellung der Frau um das Jahr 1850.



### INFO 2: Die Frauenbewegung formiert sich

Dennoch liegen in dieser Zeit die Wurzeln der deutschen Frauenbewegung. Eine ihrer ersten Leitfiguren, die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Louise Otto-Peters, gründete 1848 eine Frauen-Zeitung, die allerdings, wie andere Frauen-Zeitungen auch, behördlich verboten wurde. Und auch im Kommunistischen Manifest aus demselben Jahr ist, wenn auch vage und ohne Akzent auf eine Emanzipation, von der

25 „Frauenfrage“ die Rede.

Die auf Louise Otto-Peters zurückgehende bürgerliche Frauenbewegung organisierte sich 1865 im Allgemeinen Frauenverein und 1894 im Bund der Frauenvereine und kämpfte für bessere Bildungschancen von Mädchen und jungen Frauen sowie für das

10 Recht von Frauen auf Erwerbsarbeit als Voraussetzung für eine künftige politische Mitsprache. Den dafür nötigen Freiraum wollte sie den Frauen z. B. durch die Einrichtung von Volksküchen und durch Hauswirtschaftsunterricht verschaffen.

Die sozialistische Frauenbewegung, deren prominenteste Führungspersönlichkeit seit 1889 Clara Zetkin war, verstand sich hingegen als Teil der sozialistischen Arbeiter-

15 bewegung. Sie wollte Verbesserungen für Frauen in einem neuen gesellschaftlichen System erreichen. Ihre vorrangigen Themen waren gleiche Rechte und Löhne für Männer und Frauen, deren Aufklärung über ihre „Klassenlage“, die Abschaffung von Kinderarbeit sowie der Schutz der Arbeiterinnen am Arbeitsplatz.

Um 1900, auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte, zählte die deutsche Frauenbewegung immerhin rund eine Million organisierte Mitglieder. Politisches Engagement und die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen und Parteien waren Frauen allerdings noch bis 1908 verboten. Die – nur von einer Minderheit der Frauenbewegung erhobene – Forderung nach einem Frauenwahlrecht unterstützte lediglich die SPD, der dann 1914 auch etwa 175 000 Frauen angehörten. Das Bürgerliche Gesetzbuch verbesserte 1900

25 die Rechtsstellung der Frauen in Bezug auf ihre Geschäftsfähigkeit nur unwesentlich; am Ehe- und Familienrecht änderte sich nichts.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

► Vergleichen Sie die Ziele der bürgerlichen und sozialistischen Frauenbewegung.



### INFO 3: Fortschritte um 1900: Erwerbs- und Bildungswege

Die starken Wandlungs- und Modernisierungsprozesse um 1900 führten zu einer starken Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen. Um 1900 waren mehr als sechs Millionen Frauen in Deutschland erwerbstätig. Die Erwerbsquote, in die die Mitarbeit von Frauen in bäuerlichen, handwerklichen und gewerblichen Familienbetrieben

5 nicht eingerechnet ist, lag bei über 30 Prozent. Sehr viele Arbeiterfamilien waren auf



**Louise Otto-Peters (1819–1895):** Die Frauenpolitikerin und Schriftstellerin, Initiatorin und langjährige Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins setzte sich für das Recht von Frauen auf Erwerbsarbeit und die dafür notwendige Kinderbetreuung ein.



**Clara Zetkin (1857–1933):** Sozialistin, Kommunistin, Feministin und Pazifistin, Herausgeberin der sozialdemokratischen Frauenzeitung „Die Gleichheit“.



Zu einer Tabelle mit der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern zwischen 1907 und 1933 gelangen Sie mithilfe von Mediencode 32072-246.



### M1 Großraumbüro der Berliner Post

Foto, um 1930.

Durch die Expansion und die zunehmende Spezialisierung in Industrie, Handel, Verwaltung und Gesundheitswesen kamen neue Berufsbilder auf, die vor allem Frauen berufliche Möglichkeiten boten. Auf dem Bild sitzen Frauen unter der Aufsicht eines männlichen Vorgesetzten an Rechenmaschinen.

das Zweiteinkommen der Frauen angewiesen, deren Doppelbelastung durch Arbeit – in der Regel Fabrikarbeit – und Haushalt immens war. Besonders rasch stieg der Frauenanteil in der neuen Gruppe der Angestellten. Dort entstanden regelrechte „Frauenberufe“ wie Telefonistin, Stenotypistin, Sekretärin oder Hausangestellte. In bürgerlichen Kreisen endete die berufliche Tätigkeit der Frau hingegen nach wie vor meist mit der Heirat. Eine schichtenübergreifende Gemeinsamkeit ist, dass Frauenarbeit schlechter bezahlt und weniger angesehen war und dass es sich meist um untergeordnete Tätigkeiten handelte, während Leitungs- oder Vorgesetztenpositionen von Männern eingenommen wurden.

Die achtjährige Volksschule genügte nach landläufiger Meinung, um Mädchen auf ihre traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter vorzubereiten. Helene Lange erreichte 1889 die Einrichtung von Realkursen für Mädchen, die 1893 in Gymnasialkurse umgewandelt wurden. Die damit mögliche höhere Frauenbildung blieb freilich gehobenen Schichten vorbehalten. 1896 bestanden die ersten Absolventinnen das Abitur. Die preußische Mädchenschulreform von 1908 etwa ermöglichte Frauen die reguläre Zulassung zur Universität. 1914 studierten 4000 Frauen in Deutschland und machten damit immerhin 7 Prozent aller Studierenden aus.

Thomas Meißner und Petra Nerretter

► Bewerten Sie, inwiefern man für die Zeit um 1900 von Fortschritten in den Erwerbs- und Bildungswegen von Frauen sprechen kann.



### INFO 4: Weltkrieg und Weimarer Republik – eine Zäsur?

Der **Erste Weltkrieg** stärkte die Stellung und die Autorität der Frauen in Öffentlichkeit und Familie, da viele von ihnen nun Aufgaben und Arbeiten bewältigten, die bisher als „typisch männlich“ gegolten hatten.

In der Novemberrevolution ließen die Sozialdemokraten ihren Forderungen Taten folgen und führten das aktive und passive Frauenwahlrecht ein, das ebenso wie der Grundsatz der „Gleichbehandlung der Geschlechter“ in Ehe und Familie Eingang in die **Weimarer Reichsverfassung** fand (Art. 119).

Das alltägliche Leben war trotzdem nach wie vor stark von konservativen Strukturen geprägt. So blockierte der Zusatz „grundsätzlich“ in der Formulierung, Männer und Frauen hätten „grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, einen Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichbehandlung z.B. im Ehe- und Scheidungsrecht. Daneben hielt das Bürgerliche Gesetzbuch patriarchalische Strukturen in der Ehe nach wie vor aufrecht. So mussten Frauen etwa für die Erlaubnis, berufliche Tätigkeiten ausüben zu dürfen, die Zustimmung des Ehemanns einholen. Weibliche Beamte wurden – entgegen der Festlegung in der Verfassung – bei Heirat meist entlassen, offiziell dann beispielsweise auf der Grundlage von Personalabbauverordnungen, bis solche Entlassungen 1932 vom Reichstag sowieso erneut als rechtmäßig erklärt wurden.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen steigerte sich prozentual gegenüber dem Kaiserreich nur geringfügig, und zwar vor allem in den Dienstleistungsberufen. Die Zahl der Studentinnen verdoppelte sich zwischen den Jahren 1921 und 1931 von 9,5 auf 18,9 Pro-

- zent. Im Jahr 1922 wurden Frauen zudem als Rechtsanwältinnen und Richterinnen zugelassen. Dennoch stellten Frauen in akademischen Berufen eine verschwindend kleine Minderheit dar. Frauen wurden zudem weiterhin schlechter ausgebildet und bezahlt. Die Berufstätigkeit vieler Frauen wurde meist nur als Notbehelf gesehen, um die Familie finanziell zu unterstützen, und endete meist, sobald es die finanzielle Lage gestattete. Sie wurde mit der sozialen Lage begründet und die nicht arbeitende Ehefrau war nach wie vor das gesellschaftliche Ideal. Die Hausarbeit dagegen blieb auch bei Berufstätigkeit der Frau stets deren Aufgabe.
- 30 Führungspositionen in Politik und Wirtschaft waren ausschließlich von Männern besetzt und der ohnehin schon geringe Anteil der weiblichen Abgeordneten im Reichstag sank von anfangs ca. 10 auf unter 7 Prozent.

Thomas Meißner und Petra Nerreter

- Diskutieren Sie, inwieweit sich die veränderte rechtliche Stellung in der Lebenswirklichkeit der Frauen widerspiegelt.



#### INFO 5: Frauen in der öffentlichen Wahrnehmung – die Entdeckung der „modernen Frau“

- Die eigentliche Neuerung in der Weimarer Republik betraf die sogenannte „Entdeckung der modernen Frau“ (Ute Frevert) und bezeichnet einen Wandel im Verhältnis der Geschlechter, der eher in den Köpfen als in den realen Gegebenheiten stattfand. So eröffneten sich für eine kleine Gruppe lediger Frauen der höheren sozialen Schichten neue Möglichkeiten der Lebensplanung, fernab von herkömmlichen Moralvorstellungen, Lebensstilen und tradierten Auffassungen der Ehe. Diese vor allen in den Großstädten ansässigen „modernen Frauen“ definierten sich nun vielmehr über ihre Leistungen im Beruf, ihre Freizeit sowie ein neues selbstbewusstes Auftreten. Bubikopf, Zigarette im Spitz<sup>1</sup>, knielange Röcke sowie generell ein moderner Kleidungsstil prägten ihr typisches Erscheinungsbild. Hinzu kam ein weitgehend uneingeschränkter Konsum an Unterhaltung, Kultur und Freizeitangeboten, etwa durch den Besuch von Tanzveranstaltungen oder das Ausüben moderner Sportarten wie Tennis und Golf. Zu beachten bleibt jedoch, dass dieser Frauentypus zwar medial große Aufmerksamkeit genoss, ihm de facto aber nur ein sehr kleiner Teil der Frauen entsprach. Der Großteil der Frauen – insbesondere auf dem Land – blieb konservativen Rollenbildern, allen voran dem Leitbild der Frau als Hausfrau und Mutter, verhaftet. Aktionen wie der neu eingeführte Muttertag unterstützten ein solches Verständnis einer natürlichen Differenz der Geschlechter zusätzlich. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise und ihrer ökonomischen Folgen verschwand das stark konsumorientierte Phänomen der „neuen Frau“ dann wieder weitgehend aus dem Alltag.

Petra Nerreter und Dieter Brückner



#### M2 Fensterputzerinnen in Berlin

Foto von 1914. Auch wenn Frauen in Männerkleidern immer noch als anstößig galten, förderten manche Berufe den langsamen Wandel der Kleiderordnung.

1. Beschreiben Sie Wesen und Auftreten der sogenannten „modernen Frau“ in der Weimarer Republik.
2. Erörtern Sie die gesamtgesellschaftliche Relevanz dieses neuen Frauentypus.



<sup>1</sup> **Spitz:** Abkürzung für Zigarettenspitze, eine Halterung zwischen Zigarette und Mund des Rauchers/der Raucherin

### M3 Tradiertere Geschlechterrollen

#### a) „Das Weib ist eben Weib“

Der Arzt Rudolf Virchow schreibt 1848:

Das Weib ist eben Weib nur durch seine Generationsdrüse; alle Eigentümlichkeiten seines Körpers und Geistes oder seiner Ernährung und Nerventätigkeit: die süße Zartheit und Rundung der Glieder bei der eigentümlichen Ausbildung des Beckens, die Entwicklung der Brüste bei dem Stehenbleiben der Stimmorgane, jener schöne Schmuck des Kopfhaares bei dem kaum merkwürdigen, weichen Flaum der übrigen Haut, und dann wiederum diese Tiefe des Gefühls, diese Wahrheit der unmitttelbaren Anschauung, diese Sanftmut, Hingebung und Treue – kurz, alles was wir an dem wahren Weibe Weibliches bewundern und verehren, ist nur eine Dependenz des Eierstocks. Man nehme den Eierstock hinweg, und das Mannweib in seiner hässlichsten Halblei-  
15 heit steht vor uns.

Rudolf Virchow, Über die puerperalen Krankheiten. I. Einleitung. Der puerperale Zustand. Das Weib und die Zelle. Verh. 3 (1848), S. 151–196, hier S. 169

### M4 Programm der Frauen-Zeitschrift

Louise Otto-Peters ist eine Journalistin und Schriftstellerin, die sich ihr Leben lang für mehr Bildung und wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen engagiert. Als Mitgründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins (1865) wird sie zur Leitfigur der bürgerlichen Frauenbewegung. Bereits 1849 veröffentlicht sie die erste politische Frauenzeitschrift. In der ersten Ausgabe schreibt sie:

Mitten in den großen Umwälzungen, in denen wir uns alle befinden, werden sich die Frauen vergessen sehen, wenn sie selbst an sich zu denken vergessen! Wohl auf denn, meine Schwestern, vereinigt euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo alle und alles um uns und neben uns vorwärtsdrängt und kämpft. Wir wollen auch unser Teil fordern und verdienen an der großen Welt Erlösung, welche der ganzen Menschheit, deren eine Hälfte wir sind, endlich werden muss. Wir wollen  
10 unser Teil fordern: das Recht, das Rein-Menschliche in uns in freier Entwicklung aller unserer Kräfte auszubilden, und das Recht der Mündigkeit und Selbständigkeit im Staat.

Wir wollen unser Teil verdienen: wir wollen unsere Kräfte aufbieten, das Werk der Welt-Erlösung zu fördern, zunächst dadurch, dass wir den großen Gedanken der Zukunft: Freiheit und Humanität (was im Grunde zwei gleichbedeutende Worte sind) auszubreiten suchen in allen Kreisen, welche uns zugänglich sind, in  
20 den weiteren des größeren Lebens durch die Presse, in

### b) Familienideal im Kaiserreich



► Prüfen Sie, inwiefern sich die Ansicht Rudolf Virchows in der Fotografie widerspiegelt.

den engeren der Familie durch Beispiel, Belehrung und Erziehung. Wir wollen unser Teil aber auch dadurch verdienen, dass wir nicht vereinzelt streben nur jede für sich, sondern vielmehr jede für alle, und dass wir vor allem derer zumeist uns annehmen, welche in Armut,  
25 Elend und Unwissenheit vergessen und vernachlässigt schmachten.

Wohl auf, meine Schwestern, helft mir zu diesem Werke! Helft mir für die hier angedeuteten Ideen zunächst durch diese Zeitung wirken! [...] Ich berufe mich  
30 auf mein Leben, auf mein schriftstellerisches Wirken seit 1843 – wer etwas davon kennt, wird wissen, dass ich nicht zu den sogenannten „Emanzipierten“ gehöre, zu denen, welche das Wort „Frauen-Emanzipation“ in Misskredit gebracht haben, indem sie das Weib zur Karikatur des Mannes herabwürdigten. [...] Man wird also weder mich noch meine mitarbeitenden Schwestern zu diesen „Emanzipierten“ werfen können. [...] So fordere ich denn hiermit alle gleichgesinnten Schriftstellerinnen und Schriftsteller, welche für die Rechte der Frauen in die Schranken traten, auf, mich bei diesem Unternehmen durch Beiträge zu unterstützen.  
40

Frauen-Zeitung, redigiert von Louise Otto, No. 1, Leipzig, 21. April 1849, S. 1 und 2.


1. Skizzieren Sie das weibliche Rollenverständnis von Louise Otto-Peters.
2. Beurteilen Sie dabei die Rolle der Revolution von 1848/49.

## M5 Frauenrechte und Arbeiterbewegung

Die sozialdemokratische, später kommunistische Politikerin Clara Zetkin (1857–1933) schreibt 1894 in der von ihr herausgegebenen Zeitschrift „Die Gleichheit“:

Umsonst war also die Liebesmüh der Frauenrechtlerinnen, den neuen Verband jungfräulich rein zu halten von jeder Berührung mit „offenkundig sozialdemokratischen Vereinen“. Die Damen können Gift darauf nehmen, dass auch ohne ihre Erklärungen es nicht einer einzigen zielbewussten proletarischen Frauenorganisation auch nur im Traume eingefallen wäre, Anschluss an den Verband zu suchen. Die deutsche Arbeiterinnenbewegung ist über die Zeit frauenrechtlerischer Harmonieduselei längst hinaus. Jede klare proletarische Frauenorganisation ist sich bewusst, dass sie sich durch einen solchen Anschluss eines Verrats an ihren Grundsätzen schuldig machen würde. Denn die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erstreben nur durch einen Kampf von Geschlecht zu Geschlecht, im Gegensatz zu den Männern ihrer eigenen Klasse, Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, sie tasten den Bestand dieser Gesellschaft selbst nicht an. Die proletarischen Frauen dagegen erstreben durch einen Kampf von Klasse zu Klasse, in enger Ideen- und Waffengemeinschaft mit den Männern ihrer Klasse, – die ihre Gleichberechtigung voll und ganz anerkennen – zugunsten des gesamten Proletariats die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft. Reformen zugunsten des weiblichen Geschlechts, zugunsten der Arbeiterklasse sind ihnen nur Mittel zum Zweck, den bürgerlichen Frauen sind Reformen der ersten Art Endziel. Die bürgerliche Frauenrechtelei ist nicht mehr als Reformbewegung, die proletarische Frauenbewegung ist revolutionär und muss revolutionär sein.

Ute Gerhard, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek 1996, S. 180


- 
1. Arbeiten Sie den Unterschied zwischen Reform und Revolution heraus. Warum muss im Sinne Clara Zetkins die proletarische Frauenbewegung revolutionär sein?
  2. Analysieren Sie die Sprache des Artikels. Inwiefern drückt der Begriff „Frauenrechtlerin“ den Vorwurf der Systemtreue aus?
  3. Kommentieren Sie die Behauptung, dass die proletarischen Männer die Gleichberechtigung der Frauen ganz und gar anerkennen würden.
  4. Nehmen Sie jeweils die Position Clara Zetkins und einer bürgerlichen Frauenrechtlerin ein und führen Sie ein Streitgespräch.

## M6 Frauenvereine in Deutschland

Der „Bund Deutscher Frauenvereine“ umfasst 1913 unter anderem folgende Mitgliedsverbände:

Name	Gründungsjahr	Mitgliederzahl
Allgemeiner Deutscher Frauenverein	1865	14 000
Deutscher Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke	1883	39 000
Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte	1889	34 000
Allgemeiner Deutscher Lehrerinnenverein	1890	32 000
Landesverein Preußischer Volksschullehrerinnen	1894	4 600
Verband fortschrittlicher Frauenvereine	1899	1 500
Deutsch-Evangelischer Frauenbund	1899	13 650
Verband zur Hebung hauswirtschaftlicher Frauenbildung	1902	12 000
Verband akademisch gebildeter und studierender Lehrerinnen	1903	688
Deutscher Verband für Frauenstimmrecht	1904	8 000
Allgemeiner Deutscher Pensionsbesitzerinnen-Verband	1906	350
Deutscher Verband für neue Frauenkleidung und Frauenkultur	1907	4 205
Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft	1907	15 000
Preußischer Landesverein für Frauenstimmrecht	1907	3 700
Bund der Hebammenvereine im Königreich Sachsen	1909	1 300
Hauptverband Bayerischer Frauenvereine	1909	18 945

Ute Frevert, Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt am Main 1993, S. 110 f.

- 
1. Arbeiten Sie die unterschiedlichen gesellschaftlichen Felder und Interessengruppen heraus, denen die Verbände entsprechen. Welche Gruppen fehlen?
  2. Diskutieren Sie, welche Interessenkonflikte es zwischen den Mitgliedsverbänden gegeben haben könnte.



**M7 „Frage des Frauenstimmrechts“**

Als die SPD am 13. Februar 1895 im Reichstag einen Antrag zum Frauenwahlrecht einbringt, sagt dazu ihr Vorsitzender August Bebel u. a. Folgendes:

„Das ist ja ungeheuerlich, das ist verrückt“ – hat man mir gesagt. [...] Keine neue Idee, kein großes Ziel, in der menschheitlichen Entwicklung, das nicht bei seiner ersten Geltendmachung in ähnlicher Weise beurteilt, verurteilt und dementsprechend bekämpft worden wäre. [...] Ist aber eine Forderung vernünftig, ist sie gerecht, ist sie natürlich, dann kann man auch sicher darauf rechnen, dass sie schließlich zum Durchbruch, zur Verwirklichung kommen wird.

- 10 Wir fordern das Frauenstimmrecht im Namen der Rechtsgleichheit der Geschlechter. Wir erkennen kein Recht an für das männliche Geschlecht, irgendwie und irgendwo berufen zu sein, die Frauen zu bevormunden. [...] Da, wo Männer über Frauen die Gesetze zu machen haben, tritt dieselbe Erscheinung zutage wie dort, wo eine herrschende Männerklasse über eine unterdrückte Männerklasse Gesetze macht: Immer werden zuungunsten der gesetzlich Unmündigen Gesetze gemacht. [...]

Zitiert nach: [https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/bebel\\_recht\\_1912?p=1](https://www.deutschestextarchiv.de/book/view/bebel_recht_1912?p=1) [Zugriff: 24.09.2022]

1. Arbeiten Sie heraus, welche Argumente für das Frauenwahlrecht Bebel anführt.
2. Erläutern Sie, inwiefern in der Rede – abgesehen von der Einstellung zum Frauenwahlrecht – charakteristische sozialdemokratische Überzeugungen deutlich werden.

**M8 Studierende 1907–1933**

Wintersemester	Studierende		
	gesamt abs.	davon weiblich	
		abs.	in %
1907/08	46189	322	0,7
1913/14	59263	3649	6,2
1917/18	68641	6543	9,5
1919/20	89346	8040	9,0
1925/26	58867	6767	11,5

Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1922 ff.

1. Beschreiben Sie die Entwicklung der Zahl der Studentinnen.
2. Beurteilen Sie die Chancen für Frauen auf eine akademische Laufbahn. Ziehen Sie dafür auch die Zahlendifferenz zwischen männlichen und weiblichen Studierenden heran.

**M9 Andere Rollenbilder von Frauen**

**a) „Sonja“ (1928)**

Das Gemälde von Christian Schad soll „Sonja“, eine Sekretärin, im Romanischen Cafe in Berlin zeigen.



**b) Frauen beim Zelten (um 1928)**



1. Beschreiben Sie, wie der Künstler „Sonja“ in Szene setzt.
2. Charakterisieren Sie die Dargestellte.
3. Erklären, was an den Bildern für Befürworter herkömmlicher Rollenbilder das Anstößige war.



### M10 Die Eroberung der Universität

Hedwig Dohm (1833–1919) engagiert sich bereits seit den 1870er-Jahren für das Frauenwahlrecht und die unbeschränkte Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium. Sie gehört damit zum radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. 1908, im Jahr der endgültigen Öffnung der Universitäten für Frauen, zieht sie Bilanz:

Unentbehrlich auch für des Weibes zukünftige Stellung in der Gesellschaft ist ihre Eroberung der Universität. [...] Wissen, Erkenntnisse sind die vornehmsten Faktoren in der Erziehung zum Stimmrecht. Die freien Vorträge, wie sie besonders in der freien Studentenschaft üblich sind – die Diskussionen, die rhetorische Begabungen erwecken und entwickeln, sie bilden recht eigentlich eine Vorschule für parlamentarische Tätigkeit. Aus den Reihen der akademisch gebildeten Frauen werden uns vielleicht die ersten Volksvertreterinnen erstehen. [...]


Wie muss das männliche Geschlecht seine Begriffe vom Weibe korrigieren, wenn der Jüngling auf der Universität das Mädchen, das bis dahin für ihn nur eine Mitliebende war, als eine Mitdenkende, Mitstrebende, Mitarbeitende kennenlernt.

Und das studierende junge Mädchen? Man befrage sie um die Eindrücke ihrer Universitätszeit. [...] Es ist, als wollte die Studentin alle Lebensinhalte, die den früheren Frauengenerationen vorenthalten wurden, konzentriert in sich aufnehmen. Ich habe nie beglücktere weibliche Geschöpfe gesehen als unter den studierenden Jungfrauen.

Und in dem wetteifernden Arbeiten und Streben mit den Studenten wandeln sich allmählich ihre Gewohnheiten und Sitten, mag immerhin dabei eine gewisse Absichtlichkeit in der Betonung ihrer neuen jungen Würde, die Drolligkeiten nicht ausschließt, mit unterlaufen. [...]

In der Tat – schön ist ihr feuriger Wille zur Erkenntnis, zur Eigenkraft. Und bis jetzt nicht das leiseste Symptom einer Abirrung in wüste Studenterei.

Hedwig Dohm, Erziehung zum Stimmrecht der Frau [1908], hrsg. vom Preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht, Berlin 1914, S. 9 ff.

- 
1. Analysieren und bewerten Sie das Verhältnis von Ausbildung und politischen Rechten, das Hedwig Dohm beschreibt.
  2. Erläutern Sie, welche sozialen und gesellschaftlichen Folgen die akademische Bildung von Frauen hat. Wie verändert sich das Geschlechterverhältnis?

### M11 Über berufstätige verheiratete Frauen

Die sozialistische Politikerin und Journalistin Anna Geyer (1893–1973) schreibt dazu im Jahr 1930:

Bei der außerhalb des Hauses erwerbstätigen Frau wird das Familienleben nicht mehr so unbedingt das Lebenszentrum bilden. Das Quantum an Ehe und Familienleben wird kleiner sein für die Warenhausverkäuferin, die abends um 8 nach Hause kommt [...]


Die neben der Berufsarbeit zu leistende Arbeit im Haushalt und in der Pflege und Erziehung der Kinder stellt jede außerhäuslich erwerbstätige Frau vor ganz besondere Schwierigkeiten. Die Hausarbeit muß notgedrungen flüchtiger gemacht, was für die Familie oft ein Minus an Reinlichkeit und fast immer ein Minus an Ernährung bedeutet. Die Pflege und Beaufsichtigung der Kinder muss zu einem guten Teil anderen überlassen werden [...]

Die Abwesenheit der Frau während des Tages während des Tages, die hastige Erledigung der Hausarbeit in den Abendstunden und die in der Regel bestehende Überanstrengung der Frau bedeutet für die Familie immer eine Einbuße an „Gemütlichkeit“. [...]

Zu dem Umstand, dass die außerhalb des Hauses erwerbstätige Frau während ihrer Berufsarbeit oft andere Ansichten hört als die ihres Mannes und darin ihm gegenüber kritischer wird, tritt die Tatsache, dass mit dem eigenen Einkommen meistens eine Steigerung des Selbstgefühls für die Frau verknüpft ist. Die berühmte weibliche Anpassungsfähigkeit wird bei einer solchen Entwicklung meist etwas zurückgehen und es wird seitens des Mannes der nicht immer ganz bequeme Weg der Anpassung beschritten werden müssen. [...]

Man muss das aber in der richtigen Beleuchtung sehen. Zerstörender als alle diese Umstände wirkt die Not auf das Familienleben. Ein Teil der Not kann gelindert werden und wird gelindert durch die Berufsarbeit der Ehefrauen. [...] Nur wird sich mit zunehmender Erwerbsarbeit der Ehefrauen eine gewisse Wandlung im Frauenleben in der Richtung vollziehen, [...] dass sich in der Stellung zur Familie, die heute bei Mann und Frau noch sehr verschieden ist, ein gewisser Ausgleich vollzieht.

Arbeiterwohlfahrt, 20. Heft, 1930, S. 609 ff.; zitiert nach: [https://library.fes.de/cgi-bin/arbwo\\_mktiff.pl?year=1930&pdfs=1930-609x1930-610x1930-611x1930-612x1930-613](https://library.fes.de/cgi-bin/arbwo_mktiff.pl?year=1930&pdfs=1930-609x1930-610x1930-611x1930-612x1930-613) [Zugriff: 09.08.2023]

- 
1. Arbeiten Sie Argumente für und gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen aus damaliger Sicht heraus.
  2. Beurteilen Sie, inwieweit oben genannte Aspekte bezüglich der Rolle der Frau noch heute Gültigkeit haben.

## 2.7 Die Sozialgesetzgebung der Weimarer Republik – Erfolge und Grenzen

Die Republik stand von Anfang an vor großen sozialpolitischen Aufgaben: Eine profitable Wirtschaft sollte möglichst vielen Menschen eine sichere Existenz ermöglichen sowie Staat und Sozialsystemen die nötigen Einnahmen bescheren. Das war angesichts der Belastungen der Nachkriegszeit, der Krisen wie im Jahr 1923 und der zahlreichen politischen Gegner existentiell wichtig.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Weimarer Republik
- ▶ Weimarer Reichsverfassung

### Lernaufgabe



Bewerten Sie mithilfe der folgenden Aufgaben die Leistung sozialstaatlicher Maßnahmen in der Weimarer hinsichtlich ihrer systemstabilisierenden Funktion und bereiten Sie Ihre Ergebnisse im Rahmen eines **kurzen Statements** auf.

1. Arbeiten Sie den Anspruch der Weimarer Reichsverfassung in Hinblick auf die Sozialpolitik heraus. Inwiefern lässt sich dieser als fortschrittlich-modern charakterisieren? (M1)
2. Überprüfen Sie arbeitsteilig den Anspruch anhand der realpolitischen Umsetzung (M2–M5; INFO 1/letzter Absatz). Tauschen Sie Ihre Ergebnisse untereinander aus.
3. Bewerten Sie den Erfolg der staatlichen Sozialpolitik insgesamt auf einer Skala von 1 („überhaupt nicht erfolgreich“) bis 10 („sehr erfolgreich“) und begründen Sie Ihre Wertung, indem Sie ein kurzes Statement (Dauer von rund einer Minute) vorbereiten.
4. Tragen Sie ausgewählte Statements im Plenum vor. Diskutieren Sie davon ausgehend Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und staatlicher Stabilität.

### INFO 1: Die Weimarer Republik als Sozialstaat

Der Erste Weltkrieg und dessen soziale Folgekosten machten einen Aus- und Umbau der Sozialpolitik dringend erforderlich. Sozialpolitische Maßnahmen waren aber zugleich auch ein Mittel, um radikalen Forderungen der revolutionären Linken nach mehr sozialer Gerechtigkeit entgegenzukommen. Da die im **Deutschen Kaiserreich** eingeführte Sozialversicherung mit der Versorgung der großen Zahl der Kriegsinvali- 5 den, Witwen und Waisen überfordert war, richtete bereits der Rat der Volksbeauftragten für sie, aber auch für all diejenigen, die durch den Abbau der Kriegswirtschaft arbeitslos wurden, eine staatliche Erwerbslosenfürsorge ein. Staatliche Fürsorge oder Sozialhilfe blieb auch während der gesamten **Weimarer Republik** neben den Sozialversicherungen ein wichtiges Element der Existenzsicherung für Millionen. Denn die Zahl der Arbeitslosen, für die es noch keine Versicherung gab, blieb selbst in den „Goldenen Zwanzigern“ hoch und die Sozialversicherungen deckten nicht in jedem Fall das Existenzminimum und zahlten auch nur zeitlich begrenzt. Neu war allerdings, dass Menschen in Not, nach einer Bedürftigkeitsprüfung, nun einen rechtlichen Anspruch auf Sozialhilfe hatten. Denn gemäß der **Weimarer Reichsverfassung** war das Deutsche Reich ein Sozialstaat. 15

Sobald sich die Wirtschaft nach der Währungsreform ab 1924 erholte, steigerte der Staat seine sozialpolitischen Aktivitäten. Leistungen der Sozialversicherungen wurden erhöht und bezogen nun auch Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge, der Schadensvorbeugung und der Sicherheit am Arbeitsplatz mit ein. Vor allem aber wurde der 20

**Sozialstaatlichkeit als Verfassungsprinzip: Artikel 151**

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern.“



Kreis der Leistungsempfänger auf Kinder und Ehefrauen bzw. Witwen erweitert. Besonders wichtig war die Einführung einer Arbeitslosenversicherung 1927. Aus der Sozialversicherung wurde durch all diese Neuerungen eine „Volks- und Familienversicherung“.

Bereits seit den Revolutionswochen und auf der Grundlage der Verfassung wurde die Bildung von Gewerkschaften (Koalitionsfreiheit) legalisiert und die Autonomie von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen garantiert, in die der Staat nur als Schlichter eingreifen sollte. Als demokratisches Element mussten in Betrieben ab einer gewissen Größe Betriebsräte gewählt werden, die die Interessen der dort Arbeitenden gegenüber Eigentümern und Geschäftsleitung vertraten. Sie verbesserten die Arbeitsbedingungen ebenso wie Maßnahmen des Arbeitsschutzes, die Einführung des Achtstunden-Arbeitstags oder der gesetzliche Mutterschutz wenigstens tendenziell. Weitere sozialpolitische Arbeitsfelder waren der Jugendschutz und der soziale Wohnungsbau.

Petra Nerretter und Dieter Brückner

- Stellen Sie anhand von Beispielen sozialpolitische Grundsätze und Leistungen der Weimarer Republik dar. Ziehen Sie die Grafik ergänzend heran.



#### INFO 2: Probleme und Grenzen der Sozialpolitik

Aus der historischen Rückschau betrachtet wurde die Sozialpolitik der Weimarer Republik durch zwei Faktoren geschwächt: Sie war zu teuer und es gab keinen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass und – vor allem – in welchem Umfang der Staat Sozialpolitik betreiben sollte. Beide Faktoren traten insbesondere in Krisenjahre zu tage. Nach dem Weltkrieg machten insbesondere Kriegsinvaliden, Soldatenwitwen und -waisen, aber auch Frauen und Jugendliche, die ihre Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie verloren, laut und mitunter auch gewaltsam ihrem Unmut darüber Luft, dass der Staat sie zu wenig unterstütze. Und viele Arbeitgeber waren zu sozialpolitischen Zugeständnissen nur bereit, da sie einen kommunistischen Umsturz befürchteten.

Danach stiegen die Kosten für Sozialhilfe und Beiträge zur Sozialversicherung rascher als die Produktivität der Wirtschaft. Obwohl die Leistungen sich nach oben bewegten, lebten doch viele Empfängerinnen und Empfänger in ärmlichsten Verhältnissen, während Unternehmergewinne stagnierten. Die Folge war Unzufriedenheit auf allen Seiten, die sich in den Jahren der Weltwirtschaftskrise noch steigerte, als das Sozialsystem angesichts der Massenarbeitslosigkeit kollabierte. Über dem Streit „Leistungsabbau oder Beitragserhöhungen?“ zerbrach nicht nur die zu dieser Zeit regierende große Koalition. Er bot auch Republikgegnern Munition für deren propagandistische Aktionen. Die Menschen indes fühlten sich vielfach vom politischen System im Stich gelassen. In ihren Augen „versagte“ der Sozialstaat gerade dann, als er am dringendsten gebraucht wurde.

Petra Nerretter und Dieter Brückner

1. Erarbeiten Sie aus dem Text Gründe dafür, dass es nur sehr bedingt gelang, die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Weimarer Republik durch die Sozialpolitik zu stärken.
2. Bewerten Sie die Sozialpolitik der Weimarer Republik aus heutiger Sicht.



### M1 Soziale Ziele der Weimarer Reichsverfassung (Auszüge)

Art. 151. Die Ordnung des Wirtschaftslebens muss den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen zu sichern. [...]

[...]

Art. 157. Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs.

Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. [...]

Art. 161. Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten. [...]

[...]

Art. 165. Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.

Zitiert nach: [https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100-muenkler/Verfassungstexte/Die\\_Weimarer\\_Reichsverfassung\\_2017ge.pdf](https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100-muenkler/Verfassungstexte/Die_Weimarer_Reichsverfassung_2017ge.pdf).

1. Analysieren Sie, welche sozialen Ziele die Verfassung formuliert.
2. Beurteilen Sie, welche Aufgaben sich daraus für die Regierung ergeben. Prüfen Sie unter Einbezug der Informationen aus INFO 1, inwieweit die Regierung diesen nachgekommen ist.



32072-265

### M2 Zentralarbeitsgemeinschafts-abkommen (1919)

Auszüge aus der am 15. November zwischen Gewerkschaften und Unternehmern geschlossenen Vereinbarung, nach den Verhandlungsführern auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.
  2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
- 5 [...]
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung der Arbeitsnachweise.

6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierfür sind ohne Verzüge aufzunehmen und schleunigst zum Abschluss zu bringen.

7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeitsausschuss einzusetzen, der diese zu vertreten und in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu wachen hat, dass die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse respektive Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlass dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung wie zur Regelung der Demobilisierung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmer, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuss auf paritätischer<sup>1</sup> Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuss obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der infrage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.

12. [...] Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und Angestelltenverbänden gelten.

Protokoll der Verhandlungen des 10. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu Nürnberg vom 30. Juni bis 05. Juli 1919, Berlin 1919, S. 454 f.; zitiert nach: Jan Trützscher, Die Weimarer Republik (Fundus. Quellen für den Geschichtsunterricht), Schwalbach 2011, S. 65

1. Nennen Sie zentrale Bestimmungen des Abkommens.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung dieses Abkommens für die (staatliche) Sozialpolitik in der Weimarer Republik.

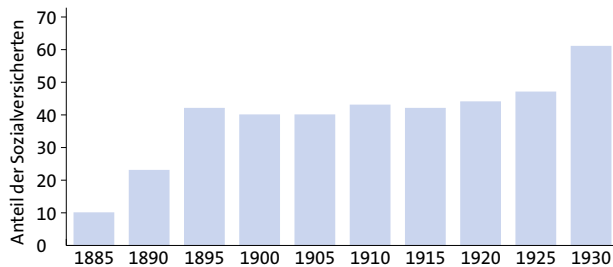


32072-265

<sup>1</sup> paritätisch: gleichberechtigt, zahlenmäßig gleich

**M3 Statistiken zur Sozialpolitik der Weimarer Republik**

**a) Anteil der von den Sozialversicherungen erfassten Erwerbsbevölkerung im Durchschnitt 1885–1930 (in Prozent):**



Nach: Manfred G. Schmidt und Tobias Ostheim, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, in: Manfred G. Schmidt, Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden 2007, S. 131–143, hier S. 135

**b) Öffentliche Ausgaben (Reich, Länder, Gemeinden) nach Aufgabenbereichen je Einwohner (in Preisen von 1900, Angaben Mark und Reichsmark in Millionen; Indexzahlen: 1913 = 100):**

Aufgabenbereiche	1913		1925		1929		1932	
	Mark	Index	RM	Index	RM	Index	RM	Index
Sozialer Bereich	20,5	100	64,7	316	101,6	496	106,3	519
davon								
Sozialversicherung	12,2	100	23,2	190	49,2	403	50,0	410
Gesundheitswesen u. Sozialhilfe	7,9	100	31,4	388	39,2	496	51,8	656
Öffentlicher Wohnungsbau	0,4	100	10,1	2525	13,2	3300	4,5	1125
Erziehung	17,5	100	20,5	117	27,8	159	24,4	139
Schuldendienst	5,8	100	0,9	16	4,1	71	6,7	116
<b>Zusammen</b>	<b>103,2</b>	<b>100</b>	<b>150,2</b>	<b>146</b>	<b>211,9</b>	<b>205</b>	<b>199,9</b>	<b>194</b>

Nach: Dietmar Petzina u. a. (Hrsg.), Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914–1945, München 1978, S. 147

1. Charakterisieren Sie die Entwicklung der Sozialversicherung in der Weimarer Republik und erklären Sie, welche Probleme sich erkennen lassen.
2. Beurteilen Sie unter Einbezug der Statistiken, inwieweit die Sozialversicherung zur Stabilisierung des demokratischen Staates beigetragen hat. Beziehen Sie hierzu auch INFO 1 und 2 mit ein.



**M4 Nöte eines Heranwachsenden**

Aus dem Bericht eines damals 16-jährigen Schriftsetzers:

Als Lehrling bin ich leider bis zu meinem 19. Lebensjahr auf meine Mutter angewiesen. Diese hat vor 14 ½ Jahren, als ich 2 Jahre alt war, meinen Vater verlassen, da dieser die Familie zu sehr tyrannisierte. Meine beiden Schwestern haben sich vor einigen Jahren verheiratet, können uns beiden aber nicht viel zukommen lassen, da sie in erster Linie an sich selbst denken müssen. Meine Schwager können uns auch nicht unterstützen; denn sie

haben ihre Familie und ihre Mütter, und außerdem ist das Gehalt nicht so glänzend. Bedauerlicherweise näh meine Mutter Konfektionsmäntel, die sehr schlecht bezahlt werden, was doch bekannt ist. Um einigermaßen zu verdienen, das heißt 25–30 M. [Mark] wöchentlich, muss meine Mutter von morgens früh bis abends spät, manchmal bis in die Nacht hinein sitzen und nähen. Zu diesem Gehalt kommt mein Entgelt von 11,14 M., das ich aber nicht vollkommen abgeben kann, weil das Fahr-geld schon einen großen Teil verbraucht. Nun rechne man sich aus, wie viel Geld für 2 Personen zum Leben

20 vorhanden ist. Wahrhaftig beträgt es nicht mehr als 33 Mark. Außer dem täglichen Essen und Trinken soll aber noch Kleidung angeschafft, Miete, Gas und Elektrisch, Feuerung und Sonstiges bezahlt werden. Konfektionsarbeit ist nur saisonweise vorhanden. Zu Weih-

25 nachten, Mitte Oktober bis spät nach Neujahr, zum Sommer und zum Frühjahr ist meine Mutter erwerbslos. Dann beträgt die Unterstützung vom Staat etwas über 10 Mark; für mich bekommt sie nichts, da ich angeblich „zu viel verdiene“, um für mich etwas zu verlan-

30 gen. Sehr großes Entgegenkommen meiner Mutter ist, dass sie mich einen Beruf erlernen lässt. Wie viel Tage der Arbeit, Entbehrung und des Kummers sind damit verbunden und dann in einer so schweren Zeit, wie wir sie gerade jetzt erleben.

Günter Krolzig, Der Jugendliche in der Großstadtfamilie: Auf Grund von Niederschriften Berliner Berufsschüler und -schülerinnen, Berlin 1930, S.26 f.

1. Erläutern Sie, wie der Lehrling die Notwendigkeit staatlicher Fürsorge beurteilt.
2. Beurteilen Sie, inwieweit der Bericht das Scheitern der Regierungen der Weimarer Republik, die Zufriedenheit der Bevölkerung mittels sozialstaatlicher Maßnahmen anzuhellen, offenbart. Ergänzen Sie weitere Gründe mittels der Inhalte aus INFO 2.



32072-267

### M5 Systemstabilisierende Wirkung?

Der Wirtschaftshistoriker Volker Hentschel charakterisiert die Sozialpolitik der Weimarer Republik folgendermaßen:

[In der Weimarer Republik] wurde das hergebrachte System der sozialen Sicherung prinzipiell und faktisch bemerkenswert erweitert und verdichtet. [...]

Bedauerlicherweise ist das kein Grund für historische

5 Genugtuung. Der erfreuliche sozialpolitische Fortschritt hatte nämlich eine höchst unerfreuliche und bedrückende Kehrseite: Sie bestand darin, dass sich die ungefestigte parlamentarische Demokratie von Weimar jenen Fortschritt eigentlich nicht leisten konnte, weil er

10 weder von anhaltender wirtschaftlicher Prosperität noch von einem gefestigten sozialen Konsens getragen wurde. Es ist nun ein allgemeines Dilemma, dass eine Sozialpolitik, die nicht genügend Rückhalt in der Wirtschaft hat und nicht auf hinreichend soziales Einvernehmen rechnen kann, [...] die Konsensfähigkeit der sozialen Gruppen weiter untergräbt und durch beides zu einem fragwürdigen Segen wird. Das allgemeine Dilemma wurde in der Weimarer Republik auf besondere Weise akut und zog die parlamentarische Demokratie in schwere Mitlei-

20 denschaft. [...]

[Die bereits vor der Weltwirtschaftskrise erfolgte Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung hatte] zwei verhängnisvoll miteinander verquickte Folgen. Die eine Folge war politischer, die andere wirtschaftlicher Art: Erstens brachte es die Unternehmer gegen die soziale

25 Sicherung, das Tarif- und Schlichtungswesen und das gesamte politische System auf. Und zweitens schwächte es die Erholungs- und Wachstumskräfte der erschütterten Wirtschaft und begünstigte den Einbruch der Großen Depression im Sommer 1929. Womöglich hätten die Un-

30 ternehmer auf die Länge ihren Frieden mit der demokratischen Republik und ihrer Sozialpolitik gemacht, wenn die Depression ausgeblieben wäre. Und womöglich hätte die demokratische Republik die Depression verkräftet, wenn die Unternehmer und die Gewerk-

35 schaften gemeinsam gewillt gewesen wären, diese Republik zu erhalten. So aber aktualisierte die Depression, die von der Sozialpolitik mitverursacht war, die Uneinigkeit über die wirtschaftlich-soziale Ordnung, und diese Uneinigkeit über die wirtschaftlich-soziale Ordnung fand ih-

40 ren dramatischen Ausdruck in einer verheerenden Auseinandersetzung über die politische Verfassung der Weimarer Republik. Die Unternehmer ergriffen dabei die Initiative und gewannen die Oberhand.

Aus: Volker Hentschel, Die Sozialpolitik der Weimarer Republik. In: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, Bonn 1987 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 251), S. 197–217, hier S. 198 f. und 215

- ▶ Erläutern Sie, was der Autor mit der These meint, der „erfreuliche sozialpolitische Fortschritt“ (Z. 4/5) der Weimarer Republik sei „kein Grund für historische Genugtuung“, und analysieren, wie er die These begründet.



32072-268



## 2.8 Mediale und kulturelle Neuerungen

Bereits im Kaiserreich setzte die Modernisierung von Medien, Kultur und Konsum ein, die in den „Goldenen Zwanzigern“ der Weimarer Republik ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Neue technische Möglichkeiten revolutionierten auch Kommunikation und Mobilität. Welche Wechselwirkungen es zwischen den Neuerungen und dem gesellschaftlichen Klima gab, ist Gegenstand der folgenden Seiten.

### Lernaufgabe



- Erstellen Sie arbeitsteilig eine **digitale Pinnwand** zu Medien und zur Massenkultur im Kaiserreich und zur Zeit der Weimarer Republik:
  - ▶ Gruppe 1: **INFO 1, M1, M5–M7**
  - ▶ Gruppe 2: **INFO 1** und **2, M8**
  - ▶ Gruppe 3: **INFO 3, M3, M4, M9**
  - ▶ Gruppe 4: **INFO 4, M3, M10**
  - ▶ Gruppe 5 (nur **eA**): **M11–M13** (Mediencode auf S. 127)
- Beurteilen Sie ausgehend von **M10**, inwieweit das Kaiserreich und die Weimarer Republik innovativ und modern in Hinblick auf Medien und Massenkultur waren.

### M1 „Laubfrosch“

Foto von 2009.  
Besucher können sich im Verkehrszentrum des Deutschen Museums in München das Modell Opel 4/12 PS „Laubfrosch“ aus dem Jahre 1924 ansehen. Ein von Pulverraketen angetriebenes Fahrzeug der Firma Opel beschleunigte in acht Sekunden von 0 auf 100 km/h. Neben einem solchen Weltrekord konnte Opel aber auch durch Fließbandproduktion den Preis für seinen „Laubfrosch“ von 45 000 Reichsmark auf 1930 Reichsmark senken; damit wurde er für größere Käuferschichten erschwinglich.

### INFO 1: Großstadt und Mobilität

Schon im Kaiserreich entstanden als Folge der Urbanisierung immer mehr Großstädte. Sie boten früher als viele Kleinstädte und deutlich früher als das flache Land den Luxus von Elektrifizierung und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie ein Angebot an Konsum-, Vergnügungs- und Freizeitmöglichkeiten wie Warenhäuser, Theater, Kinos, Kunst- und Technikmuseen, Zoos, Parks, Stadtbäder oder Sportstadien. Und sie wurden zu Zentren wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Neuerungen,



von Trends und Moden, eines freien, kreativen und produktiven Kulturlebens sowie eines neuen, beschleunigten und pulsierenden Lebensstils. Die Kultur der Weimarer Republik war deshalb großstädtisch geprägt. Ihr alles beherrschendes Zentrum Berlin – die damals drittgrößte Stadt der Welt – stieg zur europäischen Kultur-, Film-, Presse- und Vergnügungsmetropole auf und bot der entstehenden künstlerischen Avantgarde der 1920er-Jahre den geeigneten Nährboden.

Zur Modernisierung und Beschleunigung trugen auch Neuerungen im Verkehrswesen bei. Mit dem Ausbau des damals dichtesten Eisenbahnnetzes in Europa war das Zurücklegen weiterer Strecken jetzt auch für die unteren Volksklassen erschwinglich, der persönliche Radius weitete sich aus und die Reisegeschwindigkeit nahm zu. In den Städten fuhren Straßenbahnen. Das um 1900 neu aufkommende Automobil blieb zwar ein Luxusobjekt, aber die Zahl der Automobilisten aus dem wohlhabenden Bürgertum stieg, zumal Ford 1923 die ersten Automobile in Deutschland auf dem Fließband und damit preisgünstiger als bisher produzierte. Zum populären Massenprodukt entwickelte sich das leichter erschwingliche Fahrrad als „Automobil des Kleinen Mannes“.

Hunderttausende nahmen begeistert ebenso Anteil an der spektakulären Atlantiküberquerung (1924) und Weltumrundung (1929) des Zeppelins wie am Geschwindigkeitsrekord des deutschen Schnelldampfers „Bremen“ auf seiner Fahrt von Europa nach New York.

Dieter Brückner und Thomas Meißner

1. Erklären Sie die Bedeutung moderner Großstädte im Kaiserreich und der Weimarer Republik für das gesellschaftliche Leben.
2. Im Zusammenhang mit den Neuerungen im Verkehrswesen fallen in der Fachliteratur die Begriffe „Dynamisierung“ und „Demokratisierung“. Erläutern Sie diese.



32072-271

#### INFO 2: Neue Kommunikationswege und Massenmedien

Dass viele Menschen solche spektakulären Ereignisse mitverfolgen konnten, verdanken sie neuen Kommunikationstechniken: Telegrafie und Telefon, nationalen und internationalen Nachrichtenbüros und Presseagenturen sowie nicht zuletzt den zum neuen Massenmedium aufsteigenden Presseerzeugnissen. 1914 erschienen in Deutschland über 4000 verschiedene Zeitungen, die Spitzenaufgabe einzelner Organe lag bei über 300 000. Manche Zeitungen erschienen sogar mehrmals am Tag, etwa als Morgen- und Abendblatt. Neben den Tageszeitungen gewannen Boulevardblätter, zahlreiche neue Zeitschriften und vor allem Illustrierte, die den Wunsch nach „visueller Erfahrung“ (Kolb/Schumann) befriedigten, das Interesse der Leserinnen und Leser.

Um das Jahr 1900 begann der Siegeszug des Films und des Kinos. Am Ende der 1920er-Jahre war Deutschland der europäische Staat mit den meisten Kinos und produzierte mehr Filme als alle anderen europäischen Staaten zusammen. Einen ähnlichen Siegeszug als Massenmedium trat ab 1923 der Rundfunk an: 1932 stand bereits in jedem vierten – überwiegend städtischen – Haushalt ein Radioempfänger.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

- ▶ Skizzieren Sie mediale Neuerungen im Kaiserreich und der Zeit der Weimarer Republik.



32072-272



**Geschichte In Clips**  
Informative Artikel über Kultur, Kunst, Musik und Mode der „Goldenen Zwanziger finden Sie unter Mediacode 32072-270.

### INFO 3: Massenkultur und Bildung für die Massen

Die neuen Massenmedien waren Teil einer entstehenden Massenkultur, die sich signifikant von der bisher dominanten elitären bürgerlichen Kultur unterschied. Ein Anstieg der Löhne und die Verringerung der Arbeitszeiten schufen finanzielle und zeitliche Spielräume. Massenkonsum und Freizeitgestaltung gewannen an Bedeutung. Zahlreiche Vereinsgründungen im Sport- und Freizeitbereich um 1900 spiegeln diesen neuen Trend ebenso wider wie große Warenhäuser in den Städten, die sowohl Luxus- als auch Massenartikel boten und das Einkaufen zum Erlebnis machten. Vergnü-  
gungsstätten, Jahrmärkte, Varietés und Tanzsäle erfreuten sich immer größerer Be-  
liebtheit. Radrennen, Boxkämpfe, Turnveranstaltungen und vor allem der Fußball  
wurden – auch in der Mittel- und Unterschicht – immer populärer. So hatte der Deut-  
sche Fußballbund im Jahr 1931 bereits mehr als eine Million Mitglieder.

Ein innovativer Bereich der Massenkultur waren auch die von SPD und Gewerkschaften zur Hebung der „Volksbildung“ gegründeten Einrichtungen. Sie boten Arbeiterinnen und Arbeitern Abwechslung in Gesangs- und Sportvereinen, in Bibliotheken, Theatergruppen und Volksbühnen. Auch ein Vorlesungs- und Fortbildungsprogramm bot den Menschen eine „proletarische“ Alternative zum traditionellen und für die Arbeiterschaft oft nicht erschwinglichen kulturellen Angebot. In der Weimarer Republik nahm sich auch der Staat der „Volksbildung“ an, indem er ab 1918 die „Volkshochschulen“ ins Leben rief und finanzierte.

Dieter Brückner und Petra Nerretter

1. Erläutern Sie, was unter dem Begriff „Massenkultur“ zu verstehen ist, und stellen Sie deren Ausprägungen dar.
2. Beurteilen Sie, inwieweit der Begriff „Massenkultur“ für die oben genannten Erscheinungen angebracht ist.



### M2 Berliner Straßencafé in den 1920er-Jahre



**INFO 4: Neue Wege gegen die Tradition**

In der „Hochkultur“ der Literatur, Malerei, bildenden Kunst und Musik verweigerten sich immer mehr Künstlerinnen und Künstler der Forderung, Kunst solle „schön“ sein, das „Gute, Wahre und Schöne“ darstellen und der „Erbaue-  
 5 „ung“ dienen oder dabei helfen, die Menschen zu brauchbaren Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Sie sahen darin eine idealisierende Beschönigung und ungerechtfertigte  
 10 Stabilisierung der bestehenden Zustände. Daher thematisierten sie, wie seit etwa 1890 der sogenannte Naturalismus, mehr oder weniger ungeschönt die sozialen und politischen Probleme und übten damit Kritik an den herr-  
 15 schenden Besitz- und Machtverhältnissen. Die Künstlerinnen und Künstler wehrten sich dagegen, dass ihnen von staatlich beeinflussten Akademien und Geldgebern vorgeschrieben wurde, welche Themen sie auf welche Weise  
 20 zu behandeln hätten. Sie zeigten die Welt, wie sie wirklich war bzw. wie sie auf sie wirkte. Der subjektive Eindruck und die individuellen Ausdrucksmöglichkeiten zählten mehr als Tradition und Konvention. So verzichteten Kompo-  
 25 nisten auf Wohlklang und in der Malerei entstanden abstrakte Kompositionen. Diese oppositionelle und provokante Haltung war in Literatur und Malerei ab 1910 insbesondere charakteristisch für den bis weit in die Weimarer  
 30 Zeit hineinwirkenden Expressionismus. Er verband die Ablehnung des Bürgerlichen und die Abkehr von konventionellen Ausdrucksformen mit der Suche nach dem „neuen Menschen“ und der Freude am Experimentieren. Hauptthemen waren die Orientierungslosigkeit und Sinnsuche des Menschen in der modernen Welt. Der Sozialist Bertolt Brecht brachte seine Ablehnung der  
 35 herrschenden kapitalistisch-obrigkeitsstaatlichen Verhältnisse in seinem sogenannten epischen Theater zu Ausdruck, mit dem er das Publikum aufrütteln und zum Handeln gegen Ausbeutung und Unterdrückung motivieren wollte.

Architektur und Design, für die seit 1919 das „Staatliche Bauhaus“ repräsentativ stand, propagierten in bewusster Abkehr vom schwülstigen, ornamentbeladenen und bombastischen Stilmix des Kaiserreichs einen bewusst sachlichen und funktionalen Stil  
 40 mit klaren, geometrischen Formen.

Petra Nerreter und Dieter Brückner

**M3 „Dada siegt“**

Collage von Raoul Hausmann, 1920.

Im Jahr 1919 schlossen sich einige Künstler zusammen und propagierten ihren neuen Kunststil Dada. Er war die Absage an überkommene autoritäre Strukturen in Kunst und Politik, ein Stück praktizierter Anarchie. Die Künstler bedienten sich alltäglicher Gegenstände und nutzten das relativ neue Medium der Fotografie für ihre Collagen.

- ▶ Hausmann wollte den Zeitgeist abbilden. Erläutern Sie anhand der Collage, was für ihn dazu gehörte.



▶ Beschreiben Sie, was mit dem „Einbruch der Moderne in der Kunst“ gemeint ist.



#### M4 Das Neue nach 1900

Dazu schreibt der Kulturwissenschaftler Kaspar Maase:

[Vieles] spricht dafür, die endgültige Etablierung der eigentlich modernen Massenkultur im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg anzusetzen. [...]

Damals bildeten sich Strukturen heraus, die heute noch wirken. Im Mittelpunkt standen ein neues Publikum mit Freizeiterwartungen, die von städtischem Leben und moderner Lohnarbeit geprägt wurden, sowie ein neues System kommerzieller Populärkünste. [...]

- 10 Die Anbieter schöpften aus einem internationalen Fundus an Erfolgsrezepten, und ihre Produkte wurden über moderne Medien und Transportmittel weltweit verbreitet. Man konnte die neuen Kunst-Waren einzeln konsumieren (Groschenhefte) oder kollektiv (Schausport) –  
 15 jedenfalls waren sie für breite Schichten erschwinglich und für Menschen mit einfacher Bildung verständlich. Das Angebot war profitorientiert und standardisiert, und es wurde zugeschnitten auf Geschmack und Lebenssituation der großen Mehrheit. Massenkünste waren bestimmt durch das Bemühen, im modernen Alltag die Aufmerksamkeit vieler zu gewinnen und ihnen eine befriedigende ästhetische Erfahrung zu ermöglichen. Systematisch stellten sie sich ein auf Schnellebigkeit und Konkurrenz kräftiger Reize, auf ein abgespanntes und zerstreutes Publikum, auf das starke Bedürfnis nach  
 25 Unterhaltung.

Kaspar Maase, Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850–1970, Frankfurt am Main 1997, S. 20 f.

1. Nennen Sie die Gründe für den kulturellen Wandel.
2. Charakterisieren Sie die Massenkultur, wie sie Maase darstellt.
3. Prüfen Sie, ob die Analyse auch auf die Gegenwart zutrifft.



33.072-216

#### M5 Ästhetik

Karikatur von Thomas Theodor Heine, 1897.

Dem Mann links legte der Karikaturist folgende Worte in den Mund: „So sittlich und edel, lieber Herr Kollege, diese Leibesübung dem Manne ansteht, so sehr ist der Anblick eines radfahrenden Weibes geeignet, unseren im klassischen Geist geläuterten Schönheitssinn in seiner vollen und ganzen Tiefe zu empören.“



1. Erläutern Sie, weshalb das Radfahren bei Frauen zur damaligen Zeit Anstoß erregte.
2. Analysieren Sie, wie der Karikaturist die Behauptung des Mannes widerlegt.



33.072-217

### M6 Über die Welt der Zwanziger Jahre

Kurt Pinthus (1886–1975) ist Journalist und Schriftsteller. Während der 1920er-Jahre arbeitet er als Rundfunksprecher und Dramaturg in Berlin. Im Jahre 1925 schreibt er:

Welch ein Trommelfeuer von bisher ungeahnten Ungeheuerlichkeiten prasselt seit einem Jahrzehnt auf unsere Nerven nieder! Trotz sicherlich erhöhter Reizbarkeit sind durch diese täglichen Sensationen unsere Nerven  
 5 trainiert und abgehärtet wie die Muskulatur eines Boxers gegen die schärfsten Schläge. [...] Man male sich zum Vergleich nur aus, wie ein Zeitgenosse Goethes oder ein Mensch des Biedermeier seinen Tag in Stille  
 10 verbrachte, und durch welche Mengen von Lärm, Erregungen, Anregungen heute jeder Durchschnittsmensch täglich sich durchzukämpfen hat, mit der Hin- und Rückfahrt zur Arbeitsstätte, mit dem gefährlichen Tumult der von Verkehrsmitteln wimmelnden Straßen, mit Telefon, Lichtreklame, tausendfachen Geräuschen  
 15 und Aufmerksamkeitsablenkungen. Wer heute zwischen dreißig und vierzig Jahre alt ist, hat noch gesehen, wie die ersten elektrischen Bahnen zu fahren begannen, hat die ersten Autos erblickt, hat die jahrtausendlang für unmöglich gehaltene Eroberung der Luft in rascher  
 20 Folge mitgemacht, hat die sich rapid übersteigenden Schnelligkeitsrekorde all dieser Entfernungsüberwinder, Eisenbahnen, Riesendampfer, Luftschiffe, Aeroplane miterlebt [...]. Wie ungeheuer hat sich der Bewusstseinskreis jedes einzelnen erweitert durch die  
 25 Erschließung der Erdoberfläche und die neuen Mitteilungsmöglichkeiten: Schnellpresse, Kino, Radio, Gramophon, Funktelegraphie. [...] Länder, die wir kaum dem Namen nach kennen, rauschen an uns vorbei, als ob wir selbst sie durchschweiften. [...]
   
 30 Zusammengeballt in zwei Jahrzehnte erlebten wir mehr als zwei Jahrtausende vor uns. Was haben wir noch zu erwarten, zu erleben? Vermögen wir uns noch zu wundern?

Zitiert nach: Silvio Vietta und Hans-Georg Kemper, Expressionismus, München 1975, S. 11f.

1. Charakterisieren Sie die Moderne, wie Kurt Pinthus sie beschreibt.
2. Erläutern Sie die nach Kurt Pinthus damit verbundenen Auswirkungen auf das Individuum und das Lebensgefühl der Menschen in den 1920er-Jahren.



### M7 „Städter“ (1920)

Gedicht von Alfred Wolkenstein:

Nah wie Löcher eines Siebes stehn  
 Fenster beieinander, drängend fassen  
 Häuser sich so dicht an, daß die Straßen  
 Grau geschwollen wie Gewürge sehn.

Ineinander dicht hineingehakt  
 Sitzen in den Trams die zwei Fassaden  
 Leute, wo die Blicke eng ausladen  
 Und Begierde ineinander ragt.

Unsre Wände sind so dünn wie Haut,  
 Dass ein jeder teilnimmt, wenn ich weine,  
 Flüstern dringt hinüber wie Gegröhle:

Und wie stumm in abgeschlossener Höhle  
 Unberührt und ungeschaut  
 Steht doch jeder fern und fühlt: alleine.

Zitiert nach: <https://www.deutschelyrik.de/staedter.html>  
 [Zugriff: 06.09.2023]

- ▶ Arbeiten Sie die Haltung gegenüber Großstadt und Moderne aus dem Gedicht heraus.



### M8 Kultur- und Konsumtempel

#### a) Kino „Universum“ (1928)

Die Reklame wirbt für den Film „Geld, Geld, Geld“.





**b) „Der blaue Engel“**

Filmplakat, 1930.

„Der blaue Engel“ war der erste deutsche Tonfilm. Mit dem Erfolg dieses Films wurde die Hauptdarstellerin Marlene Dietrich zum Star.



**c) Kaufhaus Wertheim in Berlin**

Nach seiner Eröffnung im Jahr 1897 wurde es viermal erweitert, das letzte Mal 1927. Das Foto (Datierung unbekannt) zeigt den Brunnen-Lichthof.



1. Analysieren Sie die Fotografien sowie das Plakat und arbeiten Sie Kennzeichen der Modernisierung bzw. Moderne heraus.

2. Beurteilen Sie, welches Publikum von den „Tempeln“ bzw. dem Film jeweils angesprochen wurde (und welches nicht).

**M9 Unterschiedliche kulturelle Interessen**

**a) Ein junger Mann, der in der sozialistischen Arbeiterjugend engagiert ist, schreibt über seine Erfahrungen in Berlin während der Weimarer Republik:**

Von der kulturellen Metropole Europas merkten wir im Norden Berlins wenig. Die „goldenen zwanziger Jahre“ fanden in den Theaterzentren, Galerien und feinen Restaurants statt, waren eine Angelegenheit sensationeller

Bälle und Galas der Neureichen, der Nachtlokale und Künstler-Cafés der Bohème [...]. Die große Masse verstand die Avantgardisten<sup>1</sup> nicht, die anklagen, aufrütteln wollten. Eine intellektuelle Isolierung hatte begonnen, die nie völlig überbrückt werden konnte. [...] Den Kulturbedarf der breiten Massen befriedigten das Radio, der neue Unterhaltungsfilm, die Trivilliteratur sowie Revuen und Tanzlokale. Die Schlager und die Melodien

<sup>1</sup> Avantgardist: Vorkämpfer einer neuen Kunstrichtung



## 2.8 Mediale und kulturelle Neuerungen

der Operetten-Renaissance [...] halfen Luftschlösser bauen, erleichterten die Flucht aus dem grauen Alltag. Wir betrachteten sie alle, so gut sie auch sangen, als Ausdruck bürgerlicher Verlogenheit, kennzeichneten sie als ausschweifend und kitschig [...].

Heinrich August Winkler und Alexander Cammann (Hrsg.), Weimar. Ein Lesebuch zur deutschen Geschichte 1918–1933, München 1997, S. 146 f.

### b) Zu Demokratisierungstendenzen in der sich entwickelnden Vergnügungskultur der Kaiserzeit schreibt die Historikerin Hedwig Richter:

Die alphabetisierten Massen lasen: Zeitungen, Groschenromane, Pamphlete, Werbung. In den proletarischen Schichten entwickelte sich eine eigenwillige Freude am preisgünstigen Luxus, der sich als antibürgerliches Statement verstehen lässt: Schmuck, ein feines Tuch über der schlichten Kleidung, Alkohol – für all das gaben Arbeiter und Arbeiterinnen oft mehr aus als kleinbürgerliche Schichten. Der Alltag bestand nicht länger nur aus Arbeit, und das Feiern blieb nicht auf den Sonntag beschränkt. Durch den Zehnstudentag wurde der freie Abend vielfach zur Norm. Anders als die bürgerlichen Reformer hofften, nutzten viele Proletarier die freie Zeit nicht zur Gartenarbeit und Besinnung. Sie gingen stattdessen lieber aus.

Hedwig Richter, Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich, Berlin 2021, S. 73

1. Arbeiten Sie heraus, wie die Moderne das Leben des Kleinbürgertums und der Arbeiterschicht veränderte.
2. Beurteilen Sie dabei die Bedeutung der neuen (Massen-)Medien.



32072-282

## M10 Kultur und Republik

Zu diesem Thema schreiben die Historiker Eberhard Kolb und Dirk Schumann:

Erstens: Die kulturelle Szene und das politische Leben in Weimar-Deutschland stehen in einem seltsamen unvermittelten Verhältnis zueinander und sind kaum aufeinander bezogen. Lebendigkeit und schöpferische Leistungen im kulturellen Sektor haben wenig dazu beigetragen, das Ansehen der Republik als einer politischen Ordnung zu mehren und eine Stabilisierung der Demokratie zu bewirken. Dass die Rahmenbedingungen für eine freie Entfaltung der künstlerischen und geistigen Energien nicht zuletzt durch die spezifische Gestaltung des politischen Systems garantiert wurden, ist damals nicht ausreichend gewürdigt worden. [...]

Zweitens: Der Kultursektor der Weimarer Zeit darf nicht reduziert werden auf die künstlerische Avantgarde und das Aufkommen einer Massenkultur. Jene Namen, Titel, Hervorbringungen, die den Begriffen „Weimarer Kultur“ und „goldene zwanziger Jahre“ assoziiert werden, sind nicht uneingeschränkt repräsentativ für das damalige kulturelle und geistige Leben in seiner Gesamtheit. Die „Moderne“ beherrschte nicht unangefochten die Kulturszene, die neue Kunst war keineswegs populär und allgemein akzeptiert; traditionelle Kunstrichtungen und die hergebrachte Formensprache blieben weiterhin einflussreich, und eine mächtige kulturpessimistische und zivilisationskritische Strömung setzte dem Vordringen der Moderne entschiedenen Widerstand entgegen. Die deutsche Kultur in der Zeit der Weimarer Republik war daher eine tief gesplante Kultur, zugespitzt gesagt: Es gab in Weimar-Deutschland zwei Kulturen, die sich gegenseitig kaum etwas zu sagen hatten und sich mit tiefer Fremdheit und Feindseligkeit gegenüberstanden, jeder der anderen – wenn auch mit unterschiedlicher Berechtigung – die „Kultur“-Qualität absprechend.

Eberhard Kolb und Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, München 2013, S. 96 f.

1. Arbeiten Sie die Thesen der beiden Historiker Kolb und Schumann zum Verhältnis von Kultur und Weimarer Republik heraus sowie zur Bedeutung der Moderne im Kulturbereich.
2. Nehmen Sie begründet Stellung, inwiefern sich die Kultur der Weimarer Republik in einem Spannungsfeld zwischen Innovation, Beharrung und Politisierung befand.



32072-282



Materialien zum Thema „**Lebenserfahrungen in der Großstadt**“ (eA) finden Sie mithilfe des Mediacodes 32072-283.

## 2.9 Jüdische Bürgerinnen und Bürger im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Judentum
- ▶ Verfassung
- ▶ Nationalismus
- ▶ Antisemitismus
- ▶ Industrialisierung
- ▶ 1914–1918 Erster Weltkrieg
- ▶ 1918 Novemberrevolution
- ▶ Vertrag von Versailles
- ▶ Weimarer Reichsverfassung
- ▶ 1923 Krisenjahr der Weimarer Republik
- ▶ 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise

Die tief greifenden Entwicklungen während des 19. Jahrhunderts bedeuteten für Jüdinnen und Juden Chancen, aber auch Gefahren. Denn einerseits erreichte ein Großteil von ihnen durch Einsatz und große Bildungsanstrengungen den Aufstieg ins Bürgertum. Zudem wuchs im Zuge der Emanzipationsbewegungen die Hoffnung auf Gleichberechtigung und volle gesellschaftliche Akzeptanz. Aber gleichzeitig wandten sich trotz des oft bewiesenen Patriotismus der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger übersteigerter Nationalismus und aggressiver Antisemitismus gegen diese.

### Lernaufgabe

Charakterisieren Sie die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland seit 1871 bis in die 1920er-Jahre, indem Sie die mit \* gekennzeichneten Quellen und weiteren Materialien in diesem Kapitel sowie im Vertiefungskapitel (ab Seite 138) arbeitsteilig auswerten. Erstellen Sie eine **Mindmap** und weisen Sie mittels dieser nach, dass es sich in Hinblick auf die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern um ein Beispiel eines ungleichmäßigen Modernisierungsprozesses handelt.



### INFO 1: Neue Verhältnisse

Sowohl die **Verfassung des Deutschen Kaiserreichs** als auch die **Weimarer Reichsverfassung** garantierten den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern die volle rechtliche Gleichstellung. Viele zogen nun in die Stadt, allein die Hälfte der rund 600 000 Jüdinnen und Juden lebte um 1900 in Berlin.

Ihre Erfahrungen in Handel und Finanzwesen, ihre transnationalen, familiär gestützten Netzwerke, ihre räumliche und berufliche Mobilität sowie ihr Streben nach Bildung befähigten insbesondere die jüdische Ober- und Mittelschicht, innerhalb von zwei Generationen vom Rand in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft aufzusteigen.

### M1 Bad Kissingen

Postkarte von 1907.

Im 19. Jahrhundert entwickelten sich Postkarten zu einem der beliebtesten Kommunikationsmittel. Nicht selten waren Synagogen als selbstverständlicher Teil des Stadtbildes und als Sehenswürdigkeit darauf abgebildet. Die abgebildete Synagoge in Bad Kissingen wurde ab 1900 erbaut, 1938 in der Reichspogromnacht in Brand gesetzt und ein Jahr später abgerissen.

- ▶ Analysieren Sie die Postkarte. Was sagt diese über die Stellung von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern um die Jahrhundertwende aus?



Ein ungewöhnlich hoher Anteil ihrer Söhne besuchte Realschulen und Gymnasien und studierte. Viele von ihnen ergriffen die für die Moderne typischen freien Berufe und wurden Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten oder gingen in die Forschung. Gut die Hälfte der Jüdinnen und Juden war im Handel tätig. Und auch im Bank- und Finanzwesen waren Juden weiterhin eine Größe. Um 1900 waren rund 37 Prozent der Inhaber und Direktoren privater Banken Juden. Viele Juden stiegen als „leitende Angestellte“ in die Vorstände und Aufsichtsräte großer Aktienbanken und Industriekonzerne auf.

Die endlich erlangte rechtliche Gleichstellung ließ jüdisches Leben aufblühen. Überall entstanden jüdische Sport-, Gesang- und Kulturvereine ebenso wie jüdische Zeitungen und Zeitschriften, Verlage, Schulen und Bibliotheken. Die Leistungen vieler Jüdinnen und Juden im Bereich von Bildender Kunst, Literatur, Publizistik, Musik, Theater und Wissenschaft war nicht zu übersehen. An oft repräsentativen Orten entstanden in den Städten mitunter monumentale Synagogen-Neubauten, die zeigten, wie sehr jüdisches Leben zum Alltag in Deutschland gehörte.

Denn die überwältigende Mehrheit der Jüdinnen und Juden verstand sich als deutsche Bürgerinnen und Bürger jüdischen Bekenntnisses und damit als Teil der deutschen Nation. Nicht wenige passten sich der Mehrheitsgesellschaft in einem Prozess der „Akkulturation“<sup>1</sup> an.

Thomas Meißner und Dieter Brückner



Hinweise auf Webseiten über den bedeutsamen Beitrag von Jüdinnen und Juden in Wissenschaft, Kultur und Politik finden Sie unter Mediacode 32072-287.

1. Charakterisieren Sie die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern um 1900 mithilfe eines Clusters.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung der rechtlichen Gleichstellung von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern.



### INFO 2: Moderner Antisemitismus in Kaiserreich und Weimarer Republik

Doch die Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft hatte deutliche Grenzen. Nationale Vereinigungen wie studentische Corps und Turnvereine verweigerten Jüdinnen und Juden die Mitgliedschaft. Zudem wurden ihnen Karrieren in Staatsdienst und Militär weiterhin erschwert. Überhaupt waren traditionelle antijüdische Vorurteile und Stereotypen sowie Konkurrenzneid immer noch wirksam.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts radikalisierte sich der traditionelle Antijudaismus. Der moderne **Antisemitismus** stellte die falsche Behauptung auf, es gebe eine jüdische „Rasse“ mit angeblich angeborenen und vererbten negativen Kollektiveigenschaften. Sozialdarwinistische<sup>2</sup> Vorstellungen nährten zusätzlich die Überzeugung, dass sich „im Kampf ums Dasein“ nur die überlegene, wertvollere „Rasse“ durchsetzen könne und als „Herrenrasse“ zum Herrschen bestimmt sei. Die Juden als angeblich minderwertige „Rasse“ wurden zur „Wurzel allen Übels“ erklärt, die es „auszurotten“ gelte. Schon um das Jahr 1880 entstand die erste offen antisemitische Partei. In akademischen Kreisen, in gesellschaftlichen Organisationen, in den mittelständischen Interessenverbänden und in den im Kyffhäuserverband zusammengeschlossenen nationalen Studentenverbindungen gewann der moderne **Antisemitismus** an Einfluss. Auch Kaiser Wilhelm II. und seine Umgebung äußerten sich offen

<sup>1</sup> „Akkulturation“: Heutige Historiker bevorzugen anstelle des früher üblichen Begriffs der „Assimilation“ den Begriff „Akkulturation“ und betonen damit, dass es eine Balance zwischen Anpassung und Bewahrung der eigenen Identität gab.

<sup>2</sup> **Sozialdarwinismus**: Der Begriff bezeichnet die Übertragung der von Charles Darwins (1809–1882) aus dem Tier- und Pflanzenreich gewonnenen Evolutionstheorie auf die Gesellschaft, wonach sich „im Kampf ums Dasein“ angeblich der Stärkere durchsetzt.

M2 Flugblatt des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ von 1924 \*

- ▶ Erschließen Sie sich Ursachen und Motive dieses Flugblatts. Überprüfen Sie Ihre Thesen mittels INFO 2.
- ▶ Recherchieren Sie zum „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“. Welche Ziele verfolgte dieser?



abschätzig über das **Judentum**. In der Bevölkerung gab es indes nur eine Minderheit, die einen reinen Rassenantisemitismus vertrat. Vielmehr mischten sich in der Regel alte religiös geprägte antijüdische Vorurteile, die eng mit dem christlichen Glauben verbunden waren, mit Elementen des modernen rassistisch geprägten **Antisemitismus**.

Verbunden waren antisemitische Einstellungen zudem häufig mit einer generellen Ablehnung der Moderne, mit Antiliberalismus, Demokratiefeindlichkeit, extremem **Nationalismus** und völkischem Denken. Sie fanden vor allem in Krisen- und Umbruchszeiten Anklang: Als im **Ersten Weltkrieg (1914–1918)** die Hoffnung auf einen schnellen Sieg schwand, kursierte die falsche Behauptung, Juden würden sich vor dem Kriegsdienst drücken und ihren nationalen Pflichten entziehen. Kriegsniederlage, **Novemberrevolution 1918** und **Vertrag von Versailles** wurden u. a. in der Dolchstoßlüge als das Werk einer jüdisch-bolschewistischen „Weltverschwörung“ erklärt und die Weimarer Republik als „Judenrepublik“ diffamiert. Und kurz nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 suchte man die Schuld für die wirtschaftliche Stagnation in der sogenannten „Gründerkrise“ ebenso bei den Juden wie im **Krisenjahr 1923 der Weimarer Republik** und nach dem **Beginn der Wirtschaftskrise 1929**. Dabei übersah man geflissentlich, dass die jüdische Bevölkerung nur eine verschwindend kleine Minderheit war, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung trotz der Zuwanderung von knapp 80 000 ausländischen Jüdinnen und Juden von 1,25 Prozent im Jahr 1871 (512 000 Personen) auf 0,77 Prozent (499 700 Personen) im Jahr 1933 sank.

Thomas Meißner und Dieter Brückner

1. Vergleichen Sie den modernen Antisemitismus mit Antijudaismus.
2. Erläutern Sie Folgen der antisemitischen Einstellungen und ergänzen Sie Ihr oben begonnenes Cluster.



### M3 Strömungen des modernen Judentums \*

siehe Kapitel 3, Seite 151, M4 b

### M4 Antisemitische Äußerungen

#### a) In dem Pamphlet „Unsere Aussichten“ schreibt der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke 1879:

siehe Kapitel 3, Seite 153, M8

#### b) Der Vorsitzende des nationalistischen und antisemitischen Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, schreibt 1914: \*

Und dem Gesetze seines Wesens entsprechend – keiner kann aus seiner Haut, das gilt auch für alles rassenmäßig Ererbte – ist der Jude in allem, was er angreift, Jude. Treibt er Politik, so kann er sie nur als Jude betreiben, d. h. ohne Sinn und Verständnis für das Sich-Einfügen, für Unterordnung, ohne Liebe für das geschichtlich und organisch Gewordene; wird er Anwalt, so wirkt er zersetzend, weil seine angeborenen Rechtsbegriffe im Widerspruch stehen zu denen, die dem geschriebenen deutschen Rechte innewohnen, und es kommt zu jenen talmudischen Praktiken, die Recht zu Unrecht verdrehen wollen und umgekehrt; wirft er sich auf die Kunst, so fehlt ihm die Innerlichkeit, die doch der Mutterboden jeder selbstschöpferischen Leistung ist. [...] Nirgends ist der Jude selbstschöpferisch – in dem was man sich gewöhnt hat, Politik zu nennen, ist er unbedingt und völlig negativ; das weltgeschichtliche Examen in der Politik hat er nicht bestanden, denn er hat eine dauernde Staaten Gründung nicht zu Wege gebracht.

Zitiert nach: Nils Freytag, Das Wilhelminische Kaiserreich 1890–1914, Paderborn 2018, S. 106

1. Charakterisieren Sie den hier zum Ausdruck kommenden Antisemitismus.
2. Erörtern Sie – ggf. mithilfe von INFO 2 – , inwiefern es sich um sogenannten modernen Antisemitismus handelt.



### M6 Antisemitismus im Kaiserreich

Der Historiker Thomas Nipperdey ordnet die Ausprägung des Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich folgendermaßen ein:

Deutschland war zwar vor 1914 nicht das klassische Land des Antisemitismus – das waren Frankreich und dann Österreich-Ungarn – oder gar der Diskriminierung und Verfolgung von Juden – das war Russland; anti-jüdische Stimmungen gab es in der ganzen europä-<sup>5</sup> isch-amerikanischen Welt. Aber in Deutschland ist der Begriff 1879 entstanden, sind die Anti-Haltungen besonders stark, waren die sozialen, kulturellen, ja auch die (halb)politischen Ausstrahlungen nicht gering – und die Folgen wurden, nach 1918/19 schon, nahezu katastro-<sup>10</sup> phal. [...]

Dennoch: Man muss sich hüten, diese wie jede Geschichte nur vom Ergebnis her, nur als Vorgeschichte zu schreiben. Die Juden in Deutschland sahen die Lage 1914 keineswegs als katastrophal an, sondern durchaus posi-<sup>15</sup> tiv; der Antisemitismus erschien als Relikt, im Rückgang, überwindbar; die Assimilation und eine deutsch-jüdische Symbiose schienen möglich, ja rückten näher. Man muss auch die Unterschiede sehen und betonen – das Schema von Vorläufern Hitlers verdunkelt die Wirk-<sup>20</sup> lichkeit vor 1914 und relativiert das epochal Neue nach 1918. Man muss die Maßstäbe der unterschiedlichen Zeiten vergegenwärtigen.

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie, München 2013, S. 289 f.

1. Ordnen Sie die Ausprägungen der antijüdischen Stimmungen in Deutschland international ein.
2. Bewerten Sie die Einschätzung von Nipperdey, dass die nationalsozialistischen Verbrechen an Jüdinnen und Juden den Blick auf frühere Zeiten prägen.



### M5 Gründungsaufwurf des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C. V.) \*

siehe Kapitel 3, Seite 152, M6

### M7 Emil und Walther Rathenau \*

#### a) Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG)

Das 1883 von Emil Rathenau in Berlin als „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität“ gegründete und im Jahr 1888 in „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ (AEG) umgewandelte Unternehmen stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur Elektrogebäudeheizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie in einem Tochterunternehmen auch Kraftfahrzeuge her.

Illustration des AEG-Werks in Berlin, 1887.



**b) Sozialer Makel**

Walther Rathenau (1867–1922), in der Weimarer Republik Außenminister und 1922 von Rechtsradikalen ermordet, übernimmt vor dem Ersten Weltkrieg eine Position im Vorstand der von seinem Vater in Berlin gegründeten „Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft“ (AEG), nachdem ihm die Aufnahme im Preußischen Offizierskorps und eine Position im höheren Staatsdienst versagt worden ist. 1911 beschreibt er in seiner Schrift „Staat und Judentum. Eine Polemik“ die verweigerte Integration der Juden in die gesellschaftliche Elite:

Den Juden trifft ein sozialer Makel. In die Vereinigungen und den Verkehr des besseren christlichen Mittelstandes wird er nicht aufgenommen. Zahlreiche Geschäftsunternehmungen schließen ihn als Beamten aus. Die Universitätsprofessur ist ihm durch stille Vereinbarung gesperrt, die Regierungs- und Militärlaufbahn, der höhere Richterstand durch offizielle Maßnahmen. In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Mal voll bewusst wird, dass er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist und dass keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.

Zitiert nach: Jens Flemming u. a. (Hrsg.), Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1877–1914, Darmstadt 1997, S. 84 f.

**c) Brief Walther Rathenaus vom 23. Januar 1916 an den mit ihm befreundeten Wilhelm Schwaner, einen völkischen Nationalisten:**

Meine Vorfahren und ich selbst haben sich von deutschem Boden und deutschem Geist genährt und unserm, dem deutschen Volk erstattet, was in unseren Kräften stand. Mein Vater und ich haben keinen Gedanken gehabt, der nicht für Deutschland und deutsch war; soweit ich meinen Stamm verfolgen kann, war es das Gleiche. [...]

Ich bin in der Kultgemeinschaft der Juden geblieben, weil ich keinem Vorwurf und keiner Beschwerde mich entziehen wollte, und habe von beidem bis auf den heutigen Tag genug erlebt. Nie hat eine Kränkung dieser Art mich unwillig gemacht. Nie habe ich meinem, dem deutschen Volk, mit einem Wort oder einem Gedanken derlei vergolten. Mein Volk und jeder meiner Freunde hat das Recht und die Pflicht, mich zurechtzuweisen, wo er mich unzulänglich findet. [...]

Ich bin der Überzeugung, dass Glaube, Sprache, Geschichte und Kultur hoch über den physiologischen Dingen der Blutmischung schwebt und sie ausgleicht. Ich glaube, dass die göttliche Seele in jedem menschlichen Geiste schwebt und ihn emporträgt zu einer Schicht, in der das Materielle zum Staub wird. Ich glaube an eine Gottheit, der wir alle mit gleichen Kräften zustreben.

Franz Kobler (Hrsg.), Juden und Judentum in deutschen Briefen aus drei Jahrhunderten, Königstein/Ts. 1984, S. 386 f.

► Charakterisieren Sie und bewerten Sie am biografischen Beispiel Walther Rathenau die Situation, in der sich viele jüdische Bürgerinnen und Bürger befanden.

**M8 Glaubens- und Gewissensfreiheit**

Die folgenden Auszüge aus der Weimarer Reichsverfassung regeln auch die Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden und der jüdischen Bürgerinnen und Bürger:

Art. 109. Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. [...]

Art. 135. Alle Bewohner des Reichs genießen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsübung wird durch die Verfassung gewährleistet und steht unter staatlichem Schutz. [...]

Art. 136. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt.

Der Genuss bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis.

Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben nur soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert.

Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen



oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

Art. 137. Es besteht keine Staatskirche.

Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen.


Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.

Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes. [...]

35

[https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100muenkler/Verfassungstexte/Die\\_Weimarer\\_Reichsverfassung\\_2017ge.pdf](https://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100muenkler/Verfassungstexte/Die_Weimarer_Reichsverfassung_2017ge.pdf)  
[Zugriff: 27.10.2023]

▶ Arbeiten Sie die rechtliche Stellung von Jüdinnen und Juden in der Weimarer Republik heraus.



M9 Antijüdische Stimmung

a) Plakat der Ortsgruppe München des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens von 1919: \*




b) Antijüdische Demonstration vor dem Kaufhaus Isidor Bach in München

Foto von 1922. Isidor Bach betrieb ein großes Geschäft für Herrenbekleidung. Wie auch andere jüdische Kaufhäuser wurde er vor allem von Kleingewerbetreibenden als unliebsame Konkurrenz angesehen. 1923 wurde er während des Hitlerputsches als jüdische Geisel genommen.



- Erläutern Sie, mit welchen antisemitischen Anschuldigungen und Aktionen jüdische Bürgerinnen und Bürger im Alltag konfrontiert waren.
- Zeigen Sie anhand von M8 und M9 den ungleichmäßigen Modernisierungsprozess in Hinblick auf die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in der Weimarer Republik auf.

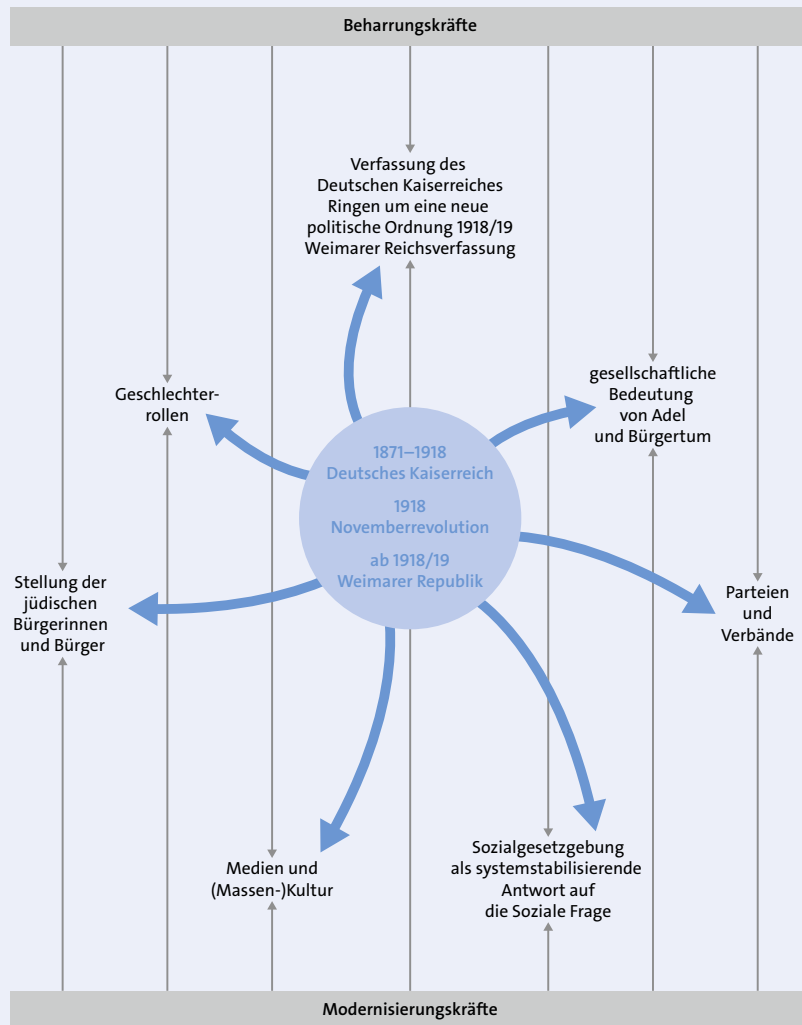


2.10 Reaktionen auf Modernisierungsprozesse (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-295.



## Modernisierung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik



A

1. Bilden Sie für jeden der sieben Sachbereiche eine Arbeitsgruppe und diskutieren Sie, ob und in welchem Maße sich in der Zeit von 1871 bis 1929 im jeweiligen Sachbereich Modernisierungskräfte gegen Beharrungskräfte durchgesetzt haben. Berücksichtigen Sie dabei auch die jeweils relevanten Grundlegenden Daten und Begriffe.
2. Ordnen Sie Ihr Ergebnis auf einer Skala von -5 (überhaupt nicht) bis +5 (vollständig) ein und begründen Sie Ihre Einschätzung im Plenum.



32072-429

B

### M1 Traditional and Modern

Der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler hat 1995 folgenden Katalog von Begriffen zusammengestellt, um seine modernisierungstheoretischen Vorstellungen anschaulich zu machen:

	traditional	modern
Alphabetismus <sup>1</sup>	gering	hoch
Berufe	einfach, stabil	ausdifferenziert, wechselnd
soziale Bewegung	stabil	mobil
soziale Differenzierung	gering	hoch
Einkommen	niedrig, große Unterschiede	hoch, tendenzielle Angleichung
Familie	Dominanz großer Primärgruppen	Kernfamilie, konkurrierender Gruppeneinfluss
Herrschaft	lokal, personal	zentralistisch, anonym
Kommunikation	personal	Medien
Konflikte	offen, disruptiv <sup>2</sup>	institutionalisiert, eingehegt
soziale Kontrolle	direkt, personal	indirekt, bürokratisch
Lebenserwartung	gering	hoch
Mobilität	gering	hoch
politische Partizipation <sup>3</sup>	gering	groß
Produktivität	gering	hoch
Recht	religiös, personalistisch	abstrakt, formelle Verträge
Religion	Dogmatik, Staatsbeistand	Säkularisierung, Trennung von Staat und Kirche
Siedlungsweise	ländlich	städtisch
Sozialstruktur	homogen, stabile lokale Gruppen	heterogen, hohe Mobilität
Technik	gering	hoch
Wirtschaft	agrarisches Subsistenzweise <sup>4</sup>	Technologie

<sup>1</sup> **Alphabetismus:** Fähigkeit, lesen und schreiben zu können

<sup>2</sup> **disruptiv:** störend

<sup>3</sup> **Partizipation:** Teilhabe

<sup>4</sup> **agrarische Subsistenzweise:** bäuerliche Wirtschaft für den Eigenbedarf

Zitiert nach: Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Gesellschaftsgeschichte, in: Ders., Die Gegenwart als Geschichte, München 1995, S. 20 (gekürzt)

3. Erklären Sie einzelne Begriffspaare. Hier ein kurzes Beispiel: „Recht: In traditionellen Gesellschaften ist das Rechtswesen oft an religiösen Werten orientiert und ein Urteil wird nicht unabhängig von Macht und Einfluss der Prozessbeteiligten gesprochen. In modernen Gesellschaften ...“
4. Diskutieren Sie an Beispielen, inwiefern Modernisierung nicht nur positiv verstanden werden kann.



32072-429

C

**M2 Die Ambivalenz<sup>1</sup> der Moderne**

In der Einleitung zum fünften Band einer „Weltgeschichte“ thematisiert der Historiker Walter Demel die Vielschichtigkeit des Begriffes „Moderne“:

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts begann nämlich eine Epoche globaler revolutionärer Umbrüche auf vielen Gebieten: Demographie, Wirtschaft, Technik, Kultur, Politik. Natürlich bedeutete auf jedem dieser Gebiete „Revolution“ konkret etwas anderes. [...] Da derartige Revolutionen sich jedoch bis heute fortsetzen beziehungsweise immer noch global ausbreiten, ist die Zäsur von 1880/1914 nicht so leicht zu rechtfertigen. [...] Zumindes<sup>10</sup>t aber wird man sagen dürfen, dass im „langen 19. Jahrhundert“ die (westliche) Moderne entstand. [...] Das schloss eine zunehmende interne, funktionale Komplexität moderner Gesellschaften keineswegs aus, war aber das Ergebnis eines Prozesses des „Nacheifers“. Denn Modernität heißt eben zunächst einmal, sich – wie


<sup>1</sup> **Ambivalenz:** Zwiespältigkeit, Zerrissenheit der Gefühle und Bestrebungen, Spannungszustand

<sup>2</sup> **dialektisch:** gegensätzlich

<sup>3</sup> **Antinomien:** Widersprüche

Europa beziehungsweise der „Westen“ – für modern zu halten beziehungsweise [...] diesen Zustand im eigenen Land anzustreben. Inhaltlich lässt sich Modernität mit Schlagworten wie Individualisierung, Fortschritts-optimismus, Rationalisierung, Säkularisierung, Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikation umreißen. [...] Partizipation und Emanzipation, aber auch Nationalismus, Rassismus und Disziplinierung kennzeichnen ebenfalls die Moderne. Dies macht deutlich, dass Moderne ein widersprüchliches, dialektisches<sup>2</sup>, von Antinomien<sup>3</sup> geprägtes Phänomen ist, gehörte zu ihr doch auch, sozusagen systemimmanent, die Sehnsucht nach einer überschaubaren Welt, die antimodernistische Kritik, ja der Anarchismus. Von daher kann man den Ersten Weltkrieg als einen Höhepunkt der Krise der Moderne betrachten.

Walter Demel, Einleitung, in: WBG Weltgeschichte, Bd. 5, Darmstadt 2010, S.1f.

- 
5. Fassen Sie den Text in zwei Sätzen zusammen.
6. Überprüfen Sie die genannten Merkmale der Moderne anhand des Kapitels.

D

**M3 Das Kaiserreich – ein Obrigkeitsstaat?**

Dazu schreibt der kanadische Historiker James Retallack:

Der Begriff „Obrigkeitsstaat“ wird immer noch verwendet, um das Wesen des kaiserlichen Deutschland im Ganzen zu beschreiben, obwohl er selbst so offensichtlich auf den Staat bezogen ist. Die größte Annäherung an eine „autoritäre Gesellschaft“, die man in der Literatur findet, sind Verweise auf die „Untertanengesellschaft“ oder den

„Untertanengeist“. Doch die Stoßrichtung der gesamten jüngeren Forschung zielt in die entgegengesetzte Richtung. Sie zeichnet das Bild einer pluralistischen bürgerlichen Gesellschaft, in der der „Staatsbürger“ den „Untertanen“ ersetzt hat, in der bürgerliche Freiheiten, die Rechte des Individuums und das Gesetz geschützt waren, in der professionelle, unternehmerische und intellektuelle Verdienst genau wie in anderen modernen Gesellschaften anerkannt wurden, und in der die Deutschen die Gelegenheit hatten, ihre Gesellschaft nicht nur zu „reformieren“

D

und sie den neuen Umständen anzupassen, sondern sie fundamental zu „transformieren“ – in einer Weise, wie der Obrigkeitsstaat und seine Institutionen nicht transformiert werden konnten.

James Retallack, Obrigkeitsstaat und politischer Massenmarkt, in: Sven Oliver Müller/Cornelius Torp, Das Deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen 2009, S. 121–135, hier S. 134

7. Analysieren Sie, wie Retallack den Begriff „Obrigkeitsstaat“ bewertet.

8. Nehmen Sie begründet Stellung zur Position Retallacks.



32072-239

E

#### M4 „Arbeiter/Bürger/Bauern/Soldaten aller Stämme Deutschlands vereint Euch zur Nationalversammlung“

Das Plakat zur Wahl der Nationalversammlung 1918/19 wurde von dem expressionistischen Künstler César Klein (1876–1954) gestaltet. In Auftrag gegeben wurde es vom Werbedienst der deutschen Republik, den die provisorische Regierung bereits im November 1918 gründete.



9. Analysieren Sie das Plakat.

10. Prüfen Sie, ob das Plakat dem intendierten Anspruch der Überparteilichkeit gerecht wird.



32072-240



#### Vor einer Synagoge in Fürth

Kolorierter Kupferstich, um 1800.  
Um 1800 lebten die meisten Jüdinnen und Juden im heutigen Bayern in ländlichen Siedlungen. Fürth war eine urbane Ausnahme. Dort hatte sich die größte jüdische Gemeinde auf dem Gebiet des heutigen Bayern entwickelt. Mit weit über 2000 Mitgliedern, mehreren Synagogen und Betstuben sowie eigenen religiösen Traditionen galt Fürth als „fränkisches Jerusalem“ und bildete ein geistiges Zentrum für die Jüdinnen und Juden im Süden des Reichs. Die hier wartenden Jüdinnen sind ebenso gekleidet wie die christlichen Frauen der damaligen Zeit.

#### „Der Drahtzieher.“

Wahlplakat, 1924.

Der „völkische“ oder „völkisch-soziale Block“ war ein Wahlbündnis Rechtsextremer in der Weimarer Republik, das nach dem zeitweiligen Verbot der NSDAP wegen des Hitlerputsches 1923 gebildet wurde.



#### Jüdischer Feldgottesdienst

Wandteppich, um 1900.

Während des deutsch-französischen Krieges fanden zum Festtag Jom Kippur Anfang Oktober 1870 auch Feldgottesdienste für deutsch-jüdische Soldaten statt. Für Jüdinnen und Juden waren sie ein Beleg für ihre Integration in die deutsche Gesellschaft gab es davon zahlreiche Darstellungen (die meist nicht das reale Geschehen wiedergeben). Sie finden sich u. a. auf Gemälden, Tüchern oder Postkarten.





# 3 Jüdisches Leben zwischen Emanzipation und Ausgrenzung (eA)

Jüdinnen und Juden lebten seit der Antike auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands. Dass sie schon immer dazugehörten, zeigen u. a. Synagogen, Friedhöfe und Ritualbäder, auch wenn diese Orte heute teilweise nicht mehr als solche genutzt werden. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug zwar kaum mehr als ein Prozent, dennoch haben sie das Land und seine Kultur mitgestaltet, ganz besonders seit dem 19. Jahrhundert.

Der jüdische Teil der Bevölkerung war immer existenziell bedroht, sei es wegen religiöser Vorurteile und falscher Verdächtigungen oder ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert wegen des rassistischen Antisemitismus. Daran konnte auch der Einsatz von Jüdinnen und Juden für das eigene Land und ihre volle gesellschaftliche Integration oft kaum etwas ändern.

Im Zuge der Emanzipationsbewegungen im 19. Jahrhundert strebten Jüdinnen und Juden nach Abschaffung der sie einschränkenden Sondergesetze und danach, in das Bürgertum aufzusteigen. Doch selbst nach der völligen Gleichberechtigung in der Weimarer Republik dienten die immer selben Stereotype zur Diffamierung – vor allem in Krisen.

- ▶ Recherchieren Sie Spuren jüdischen Lebens in Ihrer Umgebung.
- ▶ Nennen Sie mögliche Gründe dafür, warum der jüdische Gottesdienst auf dem Wandteppich so gestaltet wurde.
- ▶ Analysieren Sie die antisemitischen Stereotype des Wahlplakats. Erläutern Sie, welche Funktion solche Vorurteile haben.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und rechtlich-politischen Emanzipation von Jüdinnen und Juden in Bayern und anderen europäischen Ländern vergleichen.

... die Situation von jüdischen Mitbürgerinnen und -bürgern in Deutschland seit 1871 zwischen zunehmender Gleichberechtigung und wachsendem Antisemitismus charakterisieren.

... dabei unterschiedliche Ausprägungen des jüdischen Selbstverständnisses vergleichen.

... die Leistungen von Jüdinnen und Juden während des Kaiserreiches und der Weimarer Republik in Hinblick auf Modernisierungsprozesse erfassen.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

Das „lange 19. Jahrhundert“ brachte für Christinnen und Christen wie für Jüdinnen und Juden einschneidende Veränderungen. Aufklärung, Französische Revolution und Industrialisierung stießen einen tief greifenden Modernisierungsprozess an. Das Bürgertum emanzipierte sich von der adeligen Ständegesellschaft, Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sowie für politische Mitsprache, Frauen begehrt für ihre Gleichberechtigung auf. Auch Jüdinnen und Juden strebten nach Emanzipation. Denn noch durften sie nicht dort leben, wo sie wollten, konnten ihren Beruf nicht frei wählen, weil sie zu den Zünften und Gilden nicht zugelassen waren. Auch der Erwerb von Land war ihnen verboten.

Während in den USA Juden zumindest formal gleichberechtigte Staatsbürger wurden, auch wenn sie unter gesellschaftlicher Diskriminierung litten, dauerte der Kampf um die Gleichberechtigung von Jüdinnen und Juden im Gebiet des heutigen Deutschlands bis zur Reichsgründung 1871 an. Letzte Benachteiligungen wurden formal in der Weimarer Reichsverfassung beseitigt. Gleichwohl wurden Jüdinnen und Juden auch weiterhin benachteiligt, beispielsweise bei der Besetzung von Arbeitsstellen. Ihr erwiensenermaßen bedeutender Beitrag in Kultur, Wissenschaft und Politik fiel dabei sehr oft weniger ins Gewicht als Vorurteile, die sich jahrhundertlang verfestigt hatten.

Untersuchen Sie die Situation von Jüdinnen und Juden seit dem 18. Jahrhundert in Bayern und anderen europäischen Ländern, indem Sie u. a. auch jüdische Selbstzeugnisse berücksichtigen:

- ▶ Was kennzeichnete die Situation der Jüdinnen und Juden im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Bayern?
- ▶ Welche Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und rechtlich-politischen Emanzipation gab es in Bayern?
- ▶ Welche Stellung hatten jüdische Bürgerinnen und Bürger seit der Französischen Revolution etwa in Frankreich, Russland und Preußen im Vergleich zu Bayern?

Charakterisieren Sie auch unter Berücksichtigung unterschiedlicher Ausprägungen des jüdischen Selbstverständnisses die Situation von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zwischen 1871 und dem beginnenden 20. Jahrhundert:

- ▶ In welchen Etappen verbesserte sich die rechtliche Lage von Jüdinnen und Juden?
- ▶ Was kennzeichnete den Antisemitismus?
- ▶ Warum kann hinsichtlich des Umgangs mit Jüdinnen und Juden von einem ungleichmäßigen Modernisierungsprozess gesprochen werden?
- ▶ Wie reagierten Jüdinnen und Juden auf den zunehmenden Antisemitismus?

Belegen Sie, dass Jüdinnen und Juden in Kultur, Wissenschaft und Politik bedeutende Leistungen erbracht und Modernisierungsprozesse in Deutschland vorangetrieben haben:

- ▶ Was waren die Gründe für den – gemessen am Anteil der Gesamtbevölkerung – überdurchschnittlich großen Erfolg der jüdischen Bürgerinnen und Bürger?
- ▶ Welche konkreten Beispiele hervorragender wissenschaftlicher Leistungen gibt es?
- ▶ Inwiefern ist die Weimarer Reichsverfassung ein Beleg für den Beitrag von Jüdinnen und Juden zur politischen Modernisierung Deutschlands?
- ▶ Welche Weiterentwicklungen im kulturellen Bereich haben Jüdinnen und Juden mitgeprägt?

Nun können Sie nachvollziehen, wie sich die Situation von Jüdinnen und Juden im Spannungsfeld zwischen zunehmender politisch-rechtlicher Gleichberechtigung, eingeschränkter gesellschaftlicher Akzeptanz und antisemitischer Ausgrenzung seit dem 18. Jh. bis in die Zeit der Weimarer Republik entwickelte.

### 3.1 Möglichkeiten und Grenzen der Emanzipation seit dem 18. Jh.

Vielfältige Spuren einstigen jüdischen Lebens in Bayern zeigen, dass Jüdinnen und Juden das Land und seine Kultur mitgestaltet haben. Doch sie unterlagen hier wie in allen Staaten diskriminierenden Sondergesetzen, die sie in eine soziale Außenseiterrolle drängten. Im Gefolge von **Aufklärung**, **Französischer Revolution** und **Industrialisierung** strebten auch Jüdinnen und Juden nach Gleichberechtigung. In Deutschland hatten sie als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens“ allerdings erst seit der Reichsgründung 1871 die gleichen Rechte und Pflichten wie die christliche Mehrheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Vorurteile und Vorbehalte ihnen gegenüber waren damit jedoch nicht ausgeräumt. Besonders in wirtschaftlichen und politischen Krisen trat der Juden Hass immer wieder hervor.

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1806 Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation
- ▶ Napoleon
- ▶ Ghetto
- ▶ Aufklärung
- ▶ Bürger
- ▶ Revolution von 1848/49
- ▶ 1871 Deutsche Reichsgründung
- ▶ Bismarck
- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Menschenrechte



Hinweise zu Merkmalen von Essays finden Sie unter Mediencode 32072-311.



Tipps zur Internetrecherche zum Thema „jüdische Aufklärung“ unter Mediencode 32072-312.

#### Lernaufgabe



Vergleichen Sie mithilfe der folgenden Aufgaben Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und rechtlich-politischen Emanzipation von Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen Bayern einerseits und in Frankreich, Russland und dem Deutschen Bund andererseits. Verfassen Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse einen **Essay** hierzu.

1. Skizzieren Sie arbeitsteilig die Situation der Jüdinnen und Juden im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Bayern und tauschen Sie Ihre Ergebnisse anschließend in Expertenteams aus:
  - ▶ Landjudentum in Franken und Schwaben: **INFO 1, M1–M3, M7**
  - ▶ jüdische Aufklärung „Haskala“ und ihre Auswirkungen: **INFO 2, M8, M9**
  - ▶ bayerisches Judenedikt von 1813 und seine Folgen: **INFO 4, M11, M13, M17**
2. Vergleichen Sie mit der Stellung von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Frankreich, Russland und im Deutschen Bund (**INFO 5** und **6, M12, M14, M15, M16**).
3. Diskutieren Sie auf Grundlage Ihrer bisherigen Ergebnisse Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und rechtlich-politischen Emanzipation im Gebiet des heutigen Bayern und den anderen o.g. europäischen Ländern.



Weitere Informationen zu „Judendörfern“ in Schwaben und Franken finden Sie unter Mediencode 32072-313.

#### INFO 1: Landjudentum in Franken und Schwaben

In den bayerischen Herzogtümern und im späteren Kurfürstentum Bayern durften ab der Mitte des 15. Jahrhunderts bis zum **Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1806** keine Jüdinnen und Juden mehr leben. Die meisten fanden Zuflucht in den Dörfern und Märkten der kleinen Territorien im heutigen Franken und Schwaben. In der Regel lebten in diesen Gemeinden nur wenige Jüdinnen und Juden. Nur in den „Judendörfern“ Schwabens und Frankens stellten sie 25 bis 30 Prozent der Einwohnerschaft. Die dortigen Territorialherren regelten die Existenzbedingungen „ihrer“ Jüdinnen und Juden in zeitlich begrenzten „Schutzbriefen“ und „Judenordnungen“. Ihre internen Angelegenheiten durften die jüdischen Gemeinden aber selbst regeln. Wer keinen „Schutzbrief“ besaß, war als wandernder „Betteljude“ auf die Wohltätigkeit seiner Glaubensgenossen angewiesen. In Vorstadtgemeinden wie Veitshöchheim bei Würzburg oder Kriegshaber bei Augsburg war die Situation für Jüdinnen und Juden besser als in kleinen Orten fernab der Zentren. Ihren Lebensunterhalt verdienten Jüdinnen und Juden meist als Händler mit Vieh und Wein oder als mo-



- 15 bile Kleinhändler (Hausierer) mit Stoffen, Häuten oder Altkleidern. Die ökonomischen Unterschiede zeigten sich in der Architektur und Ausstattung der Synagogen.

In den Gemeinden mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil entwickelten sich sogenannte „Doppelgemeinden“, in denen jüdische Gemeindevorsteher ähnliche Funktionen wie die christlichen hatten. Zunehmend selbstbewusst handelten sie mit ihren

20 Schutzherrn die Auflagen der „Schutzbriefe“ aus, weshalb in der Forschung von einem möglichen „pragmatischen Weg zur Emanzipation“ gesprochen wird.

- Ghettos** gab es nicht, vielmehr ein Nebeneinander von jüdischen Händlerfamilien und christlichen Bauern oder Handwerkern, die in vielem aufeinander angewiesen waren. Christliche „Schabbatmägde“ übernahmen Arbeiten, die Juden aus religiösen
- 25 Gründen am Schabbat<sup>1</sup> nicht ausüben durften. Zwar nutzten Juden und Christen unterschiedliche Kalender, eine andere Schrift und feierten nicht dieselben Feiertage, aber sie teilten auch Gemeinsamkeiten wie die Familienform, die Währung, den Markt, das Wirtshaus und insbesondere die Allmende<sup>2</sup>. Das schuf zwar kein Miteinander, aber oft für lange Zeit ein konfliktfreies Nebeneinander trotz aller religiösen
- 30 Feindbilder. Solange aber die jüdischen Gemeinden von ihren jeweiligen „Schutzherrn“ abhängig waren, blieb ihre Situation labil.

### M1–M3 Spuren des Landjudentums

Am Ende des Mittelalters waren Juden weitestgehend aus allen großen Territorien und Reichsstädten vertrieben worden. In Ober- und Niederbayern durften sie bis Anfang des 19. Jahrhunderts nur mit wenigen Ausnahmen siedeln. In dieser Zeit waren ländliche Siedlungen vor allem in Schwaben und Franken, vereinzelt in der Oberpfalz, Zentren jüdischen Lebens in Bayern. Die Fotos dokumentieren Beispiele von Spuren aus dieser Zeit:

(von links:) ehemalige Synagoge Ichenhausen (Inneneinrichtung 1938 zerstört), Mikwe (rituelles Bad) in Mönchsdeggingen, jüdischer Friedhof in Hagenbach

eA

1. Erklären Sie die Entstehung des Landjudentums in Franken und Schwaben.
2. Erläutern Sie differenziert die ökonomische und soziale Situation von Jüdinnen und Juden. Welche Rolle spielten die ausgeübten Berufe?



### INFO 2: Aufklärung und Haskala

- Insbesondere in den städtischen Judengemeinden im westlichen Europa wurde das Gedankengut der **Aufklärung** aufgegriffen. In Berlin, wo um die Mitte des 18. Jahrhunderts an die 4000 „Schutzjuden“ lebten, wurde Moses Mendelssohn (1729–1786) zum Wegbereiter der Haskala, der Aufklärung von Juden für Juden. Er wollte Jüdinnen und
- 5 Juden durch Bildung in die Gesellschaft integrieren. Mit seiner Forderung nach Religionsfreiheit und nach der Trennung von Staat und Religion wurde er zum Inbegriff aufgeklärter Humanität und religiöser Toleranz. Sein Freund Gotthold Ephraim Lessing (1729–1781) setzte ihm mit dem Drama „Nathan der Weise“ 1779 ein literarisches Denkmal.

<sup>1</sup> **Schabbat:** In Erinnerung an die Schöpfung wird der siebte Wochentag als Ruhetag begangen. Schwere körperliche Arbeit und jede Tätigkeit, die Neues erschafft, sollen am Schabbat unterbleiben.

<sup>2</sup> **Allmende:** gemeinschaftliches Eigentum eines Dorfes



**Moses Mendelssohn (1729–1786):** deutsch-jüdischer Philosoph und einer der bedeutendsten Gelehrten der Aufklärung



Nähere Ausführungen zur Haskala finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-315.



**Henriette Herz (1864–1847):** deutsch-jüdische Schriftstellerin. Sie war mit dem Arzt Markus Herz verheiratet, der in seinem Haus regelmäßig namhafte Naturwissenschaftler und Philosophen einlud. Selbst umfassend gebildet, gründete sie um 1780 den ersten Salon in Berlin; dieser war für viele Jahre Treffpunkt für die bedeutendsten Intellektuellen der Stadt.



Die Webseite „Jüdische Geschichte und Kultur“ bietet zahlreiche Informationen zum Judentum und Zusatzmaterialien; siehe Mediencode 32072-317.



Weitere Erläuterungen zum preußischen „Emanzipationsedikt“ von 1812 finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-318.

#### M4 Lavater und Lessing bei Moses Mendelssohn

Ölgemälde von Moritz Daniel Oppenheim, 1856.

Das Gemälde zeigt ein imaginäres Treffen des jüdischen Philosophen und politischen Publizisten Moses Mendelssohn (sitzend links), des bekannten Dramatikers und Philosophen Gotthold Ephraim Lessing (stehend) und des Schweizer Theologen Johann Caspar Lavater (sitzend rechts). Mendelssohn, der in Dessau geboren wurde und nach einer rabbinischen Ausbildung 1742 nach Berlin ging, war seit 1753 eng mit Lessing befreundet. Er gilt bis heute als Pionier, der unter den deutschen Juden den Gedanken der Aufklärung und Emanzipation verbreitete.



Mendelssohns Freunde und Schüler, die Maskilim, führten seine Bemühungen um eine Modernisierung des Judentums und eine Annäherung zwischen Judentum und Christentum fort. Jüdische und christliche Schriftsteller, Künstler und Diplomaten diskutierten in privaten Treffen und in literarischen Salons die neuen Ideen von Freiheit und Gleichheit.

1. Erläutern Sie Ziele und Motive der Haskala.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung Mendelssohns.



#### INFO 3: Anfänge einer „Emanzipation“

Dem Gedankengut der Aufklärung folgend setzten sich seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts auch fortschrittlich und liberal gesinnte nichtjüdische Intellektuelle, Staatsmänner und Beamte für eine Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Jüdinnen und Juden ein. Doch auch sie nahmen die Jüdinnen und Juden wahr als besondere Bevölkerungsgruppe mit einer von der christlichen Lehre abweichenden Religion und mit fremdartigen Bräuchen. Eine Denkrichtung wollte den Jüdinnen und Juden die Gleichstellung daher nur schrittweise zubilligen und sie erst dann völlig gleichstellen, wenn sie sich als zuverlässige Bürger integriert hätten. Andere plädierten für die sofortige Gleichstellung, erwarteten aber auch, dass die Jüdinnen und Juden sich dann gesellschaftlich und kulturell anglichen. Diese liberale Richtung setzte sich im revolutionären Frankreich in Form der „Emanzipationsproklamation“ vom September 1791 durch, die den Jüdinnen und Juden erstmals in einem europäischen Staat die völlige Gleichstellung mit allen anderen Bürgern brachte. Auch in den von französischen Armeen in der napoleonischen Zeit beherrschten Regionen verbesserte sich die Lage der Juden tendenziell. Ein wichtiger Schritt hin zu einer Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden in Preußen war das dort 1812 im Rahmen der Reformen erlassene „Emanzipationsedikt“.

- Beschreiben Sie, wie sich die Ansätze nichtjüdischer Intellektueller, Staatsmänner und Beamte des 18. Jahrhunderts in Bezug auf die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Jüdinnen und Juden unterschieden.





**INFO 4: Das „Judenedikt“ in Bayern**

Franken und Schwaben wurden im Zuge der territorialen Neuordnung Europas unter Napoleon dem Königreich Bayern zugeschlagen. Die unterschiedlichen Rechtsverhältnisse der dortigen Judengemeinden vereinheitlichte 1813 ein „Judenedikt“ – eines der rückständigsten Emanzipationsgesetze im Reich. Es verlieh Jüdinnen und Juden zwar das Bürgerrecht und schuf Verbesserungen auf wirtschaftlicher Ebene, strebte gleichzeitig aber deren zahlenmäßige Reduzierung an. Der „Matrikelparagraph“ schrieb die Zahl von Jüdinnen und Juden in einem Ort nach dem aktuellen Stand fest. Nur je ein Sohn einer Familie konnte die Zulassung erben und damit auch heiraten. Ausnahmen wurden nur gestattet, wenn der Bewerber wirtschaftliche Impulse versprach. Ab den 1830er-Jahren flohen viele Jüdinnen und Juden aus ihrer bedrängten Lage und suchten sich außerhalb Bayerns eine neue Heimat.

In den Staaten des Deutschen Bundes eröffnete die Reformpolitik mit der Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit Jüdinnen und Juden die Möglichkeit, Ladengeschäfte und sogar Fabriken zu gründen und in den Mittelstand aufzusteigen. Die christlichen Handwerker und Gewerbetreibenden empfanden diese ungewohnte Konkurrenz als existentielle Bedrohung. Angesichts von Missernten und Hungersnot entlud sich die Angst der nichtjüdischen Bevölkerung bereits 1816 an zahlreichen Orten in jüdenfeindlichen Krawallen. Von Würzburg ausgehend versetzten die sogenannten „Hep-Hep-Unruhen“ Jüdinnen und Juden im gesamten Deutschen Bund mehrere Tage lang in Angst und Schrecken. Während der 1848er-Revolution kam es erneut zu Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden.

1. Skizzieren Sie Absicht und Folgen des „Judenedikts“ von 1813.
2. Erläutern Sie, welche Möglichkeiten und Gefahren die Reformpolitik für Jüdinnen und Juden hatte.

**INFO 5: Auf dem Weg zur Gleichstellung**

In der Restaurationszeit nach dem Wiener Kongress wurden Revolution und liberales Gedankengut unterdrückt und auch Emanzipationsfortschritte blockiert oder gar rückgängig gemacht. Im Zeitalter der „Heiligen Allianz“ der wichtigsten europäischen Monarchen gewannen wieder auf christlichen Werten beruhende Staats- und Gesellschaftskonzepte die Oberhand, und die im Deutschen Bund aufkommende Wiederentdeckung „des Germanischen“ und der „Deutschen Nation“ ließ immer weniger Platz für tatsächlich oder scheinbar Fremdes. Erst im Gefolge der beiden revolutionären Wellen um die Jahre 1830 und 1848/49 verbesserte sich die Lage der Jüdinnen und Juden wieder schrittweise. Ab den 1830er-Jahren war Frankreich, ab den 1850er-Jahren England Vorreiter der Gleichstellung der Juden, auch wenn in beiden Staaten – wie im Deutschen Kaiserreich – die Judenfeindschaft im ausgehenden 19. Jahrhundert wieder deutlich zunahm. In den Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und des späteren Deutschen Bundes gingen die Obrigkeiten unterschiedlich vor. Doch die Mehrzahl der Herrscher und Beamten stand der Judenemanzipation nach wie vor eher zögerlich bis ablehnend gegenüber. Die vollständige Gleichheit der Jüdinnen und Juden in der Reichsverfassung von 1849 blieb angesichts des Scheiterns der Revolution von 1848/49 Makulatur. Erst um die Mitte der 1860er-Jahre hoben die meisten Staaten des Deutschen Bundes rechtliche Beschränkungen auf. 1869 wurde die vollständige „Gleichberechtigung der Konfessionen“ im Norddeutschen Bund so-

<sup>1</sup> **Hep-Hep-Unruhen:** Angeblich benannt nach der Kreuzfahrerparole „Hep-Hep“, was als „Hierosolyma est perdita/Jerusalem ist verloren“ gedeutet wird. Der Ruf wurde aber auch zum Antreiben von Vieh gebraucht.



**Rahel Levin Varnhagen (1771–1833):**

Schriftstellerin und Intellektuelle. Ihr Salon in Berlin galt um 1800 als der einflussreichste der Stadt; in ihm verkehrten die bedeutendsten Philosophen und Dichter, u. a. Heinrich Heine.



**Aron Elias Seligmann (1747–1824):**

Er entstammte einer wohlhabenden und einflussreichen jüdischen Bankiersfamilie in Leimen (heute Baden-Württemberg). 1799 wurde er mit einem besonderen Privileg nach München gerufen, um die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Für seine Verdienste erhielt Aron Seligmann den erblichen Adelstitel eines Freiherrn von Eichthal. Die Familie gehörte für Generationen zum regierungsnahen wirtschaftlichen Establishment Bayerns.

eA



Informationen und Biographien, u. a. zu Samson Wolf Rosenfeld, finden Sie in der Rubrik „Jüdisches Leben in Bayern“ auf der Webseite des Hauses der Bayerischen Geschichte; siehe Mediencode 32072-321.

eA

**M5 Jüdische Niederlassungen in Bayern um 1822**

Hinweis: Bis 1918 gehörte die Pfalz zum Königreich Bayern.

- ▶ Analysieren Sie die Karte. Welche Schlussfolgerungen lassen sich zur Situation der Jüdinnen und Juden in Bayern um 1800 ziehen?
- ▶ Überprüfen Sie Ihre Thesen mithilfe des INFO-Textes 1.



Darüber, wo sich in Bayern bis zu Beginn des 19. Jh. jüdische Siedlungen befanden, informiert sie Mediencode 32072-324.

wie im April 1871 auch für das **Deutsche Kaiserreich** gesetzlich festgelegt. Jüdinnen und Juden waren damit erstmals formal in rechtlicher Hinsicht gleichgestellt, doch litten sie weiterhin unter gesellschaftlicher Diskriminierung.

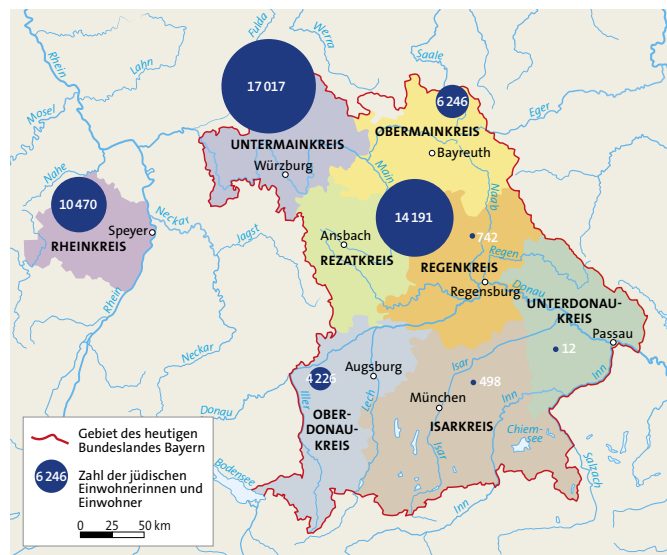
Etwa um dieselbe Zeit schlossen auch die übrigen mittel- und westeuropäischen Staaten den langwierigen Prozess der Emanzipation ab – ganz im Gegensatz zu Russland, wo beinahe zwei Drittel der europäischen Jüdinnen und Juden lebten. Dort hatte es ab den späten 1850er-Jahren zwar auch erste vorsichtige Ansätze einer Judenemanzipation gegeben. Doch ab den 1880er-Jahren bekamen antijüdische Strömungen in einer erneuten restaurativen Ära Auftrieb und führte zu teilweise blutigen Pogromen.



1. Begründen Sie, warum die Politik in der Restaurationszeit auch gegen Jüdinnen und Juden gerichtet war.
2. Erklären Sie, inwiefern sich die Entwicklung der Judenemanzipation im Russischen Reich von jener in den mittel- und westeuropäischen Staaten unterschied.

**INFO 6: Jüdische Reaktionen**

Die rechtliche Gleichstellung verhinderte nicht, dass antijüdische Vorurteile, alltägliche Diskriminierung und Ablehnung von Jüdinnen und Juden bis hin zum offenen Pogrom weiter existierten. Sie zeigten, dass die Existenz der jüdischen Minderheit in einer für Vorurteile und Neiddebatten anfälligen Mehrheitsgesellschaft trotz rechtlicher Emanzipation alles andere als sicher war. Die Mehrheitsgesellschaft drängte beständig darauf, dass sich Jüdinnen und Juden als Minderheit in ihrem Verhalten anpassen müssten, um als „wertvolles Element“ der Gesellschaft zu gelten. Das und die Tatsache, dass die Emanzipation von vielen Obrigkeiten nur zögerlich und wie eine



„Gnade gewährt“ und nicht als Menschenrecht betrachtet wurde, ließ viele Jüdinnen und Juden die Frage nach der eigenen Haltung stellen. Eine wachsende Gruppe akkulturierte sich, ließ sich – mehr oder weniger pro forma – überwiegend evangelisch taufen und sagte sich von ihrer Religion und ihren kulturellen Traditionen völlig los – sei es, um gesellschaftlich aufsteigen zu können, sei es, weil für sie wie für manche Christen in einer ohnehin immer säkularer werdenden Welt Religion zunehmend unwichtiger wurde. Andere forderten eine eigenständige, aktive jüdische Emanzipation. Sie plädierten für eine Reform des Judentums, dafür, sich zwar nicht vollständig zu akkulturieren, aber die religiösen Riten der sich ändernden Zeit anzupassen, indem man z. B. den Schabbat auf den Sonntag verlegte, eine Predigt in der jeweiligen Landessprache hielt oder auf die Beschneidung verzichtete. Dagegen wandten sich vehement orthodoxe Juden, die ganz überwiegend nicht starr an Traditionen festhalten wollten, sondern forderten, das Judentum dürfe sich nicht selbst aufgeben, sondern müsse sich auf der Grundlage der Thora neu definieren. Der Streit zwischen den beiden zuletzt genannten Richtungen führte im Gefolge der Emanzipation zu einer Spaltung des Judentums mit jeweils eigenen Gemeinden, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen sowie Rabbinerseminaren. Gleichzeitig erlebte aber auch die wissenschaftliche Erforschung des **Judentums** eine Blüte, da jede der beiden Richtungen Rechtfertigungen und Grundlagen für ihr Handeln in der Geschichte des Judentums suchte.

► Begründen Sie, warum Jüdinnen und Juden auch nach der rechtlichen Emanzipation in mehrerlei Hinsicht gesellschaftlich unter Druck standen.



Zum Levi Strauss Museum in Buttenheim führt Medien-code 32072-326.



## M6 Levi Strauss & Company Store, San Francisco

Foto, um 1880.

Levi Strauss, im oberfränkischen Buttenheim geboren, ist ein Beispiel dafür, dass viele Jüdinnen und Juden wegen ihrer prekären Erwerbs- und Wohnverhältnisse (in die USA) auswanderten.

Nachdem sein Vater, ein Hausierer, bereits früh verstorben war, emigrierte seine Mutter mit drei Kindern in die USA. Dort lebten bereits zwei ältere Söhne von ihr. Levi entwickelte während des Goldrauschs strapazierfähige Arbeitshosen für die Goldgräber im Westen. Die Idee, sie mit Nieten zu verstärken, steuerte Jacob Davis zu. Zusammen meldeten sie 1873 das Patent für die Nietenhosen an und gründeten in San Francisco die bald weltweit agierende Firma „Levi Strauss & Company“.

**M7 „Judendörfer“**

Der Rabbiner von Binswangen beschreibt um 1850 das Zusammenleben in den „Judendörfern“ Schwabens:

„In Schwaben finden wir die Eigentümlichkeit, dass dort die Israeliten nicht wie in Franken oder der Rheingegend in kleinen Verbänden oder gar vereinzelt wohnen, sondern dass sie stärkere Gemeinschaften bilden, die alle kulturellen Gemeindeeinrichtungen mit den nötigen Kultusbeamten besitzen.

Da sind jüdische Gemeinden mit hundert bis zweihundert Familien nichts Seltenes, was in den vorgenannten Provinzen, mit Ausnahme der Stadt, zu den Seltenheiten gehört. [...] der Schwabe betrachtet sie [die Juden] nicht im Gegensatz zu seinem feststehenden Glauben, sondern ist sie gewohnt als Handelsleute, als Vermittler in Geschäften und wohl auch bei Heiraten, weil sie jeden Bauern und Söldner, sogar Gürtler<sup>1</sup> in allen Orten und den zahlreichen Einzelhöfen kennen. Sodann sind sie die unvermeidlichen Käufer seines Viehs und aller sonstigen Produkte.

In Schwaben ist die jüdische Bevölkerung auf dem Lande mehr vertreten als in den Städten. Daher diese auffällige Erscheinung, dass zwischen Hunderten von Bauernhöfen [...] ein Ort erscheint, von dem dir nicht ganz klar wird, ob du ihn für eine Stadt oder einen Flecken ansehen sollst. In seiner Mitte ragt noch ein eigentümliches Gebäude hervor, dem man wohl den öffentlichen Charakter ansieht, das aber gleichwohl des Turmes entbehrt, der es zu einer Kirche stempeln könnte. Es ist dies aber die Synagoge, für welche bisher kein bestimmter Baustil gefunden ist, und die sich daher überall anders präsentiert. [...]“

Erinnerungen von Hirsch Fürth, Rabbiner in Binswangen, Mitte 19. Jh., in: Monika Richarz (Hg.) Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, Bd. 1: 1780–1871 (Veröffentlichungen des Leo Baeck Institut), Stuttgart 1979, S. 360–366

1. Arbeiten Sie die besondere Situation von Jüdinnen und Juden in Schwaben heraus.
2. Bewerten Sie die Lage der Synagoge.



**M8 Haskala und Bayern**

Zur Verbreitung des Reformjudentums seit Entstehung der Entwicklung der Haskala im 18. Jh. schreibt der Historiker Rolf Kießling:

Auch wenn die Verbindungslinien zur norddeutschen Haskala [...] nicht zu unterschätzen sind, und sich erste

<sup>1</sup> Gürtler: Kleinbauer

Anzeichen einer Akkulturation auf der Ebene der Hofjuden einstellten, so kann doch für die Zeit bis zur politischen und territorialen Neuordnung 1803/06 in Franken und Schwaben nur von ersten Anzeichen einer Rezeption gesprochen werden. Die Ursachen sind zweifellos in den strukturellen Voraussetzungen zu suchen: Die trotz erster Reurbanisierungsansätze nach wie vor dominante Struktur kleinstädtisch-ländlicher Siedlungen hemmte den intellektuellen Austausch und sorgten dafür, dass selbst die inzwischen wieder selbstständig gewordenen Gemeinden vorwiegend im lokalen und kleinregionalen Kontext leben – und dort in ihrem Festhalten an der „volkstümlichen Orthodoxie“ ihre innere Sicherheit aufrechtzuerhalten suchten.

[...] So hing es an einzelnen Gemeinden und nicht zuletzt ihren Rabbinern und Lehrern, ob und inwieweit sie sich den Reformvorstellungen öffnen wollten. Die nach dem Edikt vorgesehene Überprüfung der akademischen Ausbildung zukünftiger Rabbiner durch die Kreisschulräte (seit 1825 unter Beteiligung auch eines Rabbiners) wurde zwar sehr verschieden gehandhabt und nicht selten zu Gesinnungsprüfungen im Sinne der Staatsauffassung benützt; dennoch blieben die Unterschiede auch nach der Einführung eines „Konkurses“ erheblich. [...] Vor allem in Franken erhielt die Reformbewegung in einigen Rabbinerpersönlichkeiten Gewicht: Herausragend war etwa Samsen Wolf Rosenfeld aus Uehlfeld (1783–1862). Er amtierte seit 1808 und wurde 1821 zum Distriktsrabbiner mit 15 Gemeinden ernannt, führte bereits Reformen für den Gottesdienst ein, veranlasste einen neuen Synagogenbau – der nun repräsentative Formen annahm [...] und machte sich auf Landesebene mit Denkschriften zum Wortführer der „bürgerlichen“ Verbesserung. Als er 1826 als Stadt- und Distriktsrabbiner nach Bamberg wechselte, setzte er sein Programm fort: Er predigte als erster Rabbiner Bayerns regelmäßig auf Deutsch, gründete einen „Israelitischen Leseverein“ und mit seiner Zeitschrift „Das Füllhorn“ das erste jüdische Wochenblatt in Deutschland (1835–1837); innergemeindlich führte er eine Feiertagsschule und gab Religionsunterricht am Gymnasium.

Rolf Kießling, Jüdische Geschichte in Bayern. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin/Boston 2019, S. 356 und 414 f.

- ▶ Fassen Sie thesenartig die Auswirkungen der Haskala auf das Gebiet des heutigen Bayern zusammen.



### M9 Eine Denkschrift

Elkan Henle entstammt einer Kaufmanns- und Bankiersfamilie in Fürth. Er setzt sich für die jüdische Emanzipation in Bayern ein. In seiner Schrift „Über die Verbesserung des Judentums im Königreich Bayern“, die wegen ihrer kritischen Haltung zur jüdischen Orthodoxie anonym erscheint, heißt es u. a.:

Der Jude muss als Mensch behandelt werden; er handle gut oder böse, so muss nur der Mensch belohnt oder bestraft werden; Fehler oder Verbrechen eines Einzelnen aus der Nation müssen nie der Nation zugeschrieben werden [...]. Man nenne den Juden, so wie den Christen Staatsbürger, fordere von ihm nicht mehr und nicht weniger, als was dieser leisten muss, befreie ihn dagegen von den Beiträgen zur jüdischen Gemeinde, indem er aufhört, ein Glied derselben zu sein, verpflichte ihn zu allen und jeden Bürgerpflichten durch Eidesleistung und Bedrohung der Verbannung im Contraventionsfall<sup>2</sup>, sodass er nie, am wenigsten unter einem Religionsvorwand sich derselben entziehe. Tut er dies, so ist er ein ehrlicher rechtschaffener Staatsbürger, wengleich er im Stillen über Religion anders denkt, und in Fällen, wo es keinen nachteiligen Einfluss aufs allgemeine Wohl hat, auch anders handelt.

Diese Gattung neu aufgenommenen jüdischer Bürger verdienen alsdann kaum als eine Sekte betrachtet zu werden; denn sie müssten sodann notwendig eine reine, von schädlichen Gebräuchen entledigte Religion üben, welche sich mit allen anderen Religionen verträglich und vereinbaren lässt. [...]

Zu dieser Verbesserung ist kein Zwang anzuwenden nötig oder ratsam, da doch der durchaus orthodoxe Jude die erwähnten Bedingungen nicht eingehen möchte, die Aufgeklärten hingegen sie dankbar annehmen werden: nur möchte vonseiten des Staats die einzige Vorsichtsmaßregel anzuwenden nötig sein, diese jüdischen Bürger, insofern sie noch in Familien oder anderen Verbindungen mit den übrigen standen, vor Schimpf, Verachtung und Schaden zu sichern.

Dadurch würde der Staat einen ziemlichen und wahrscheinlich den besseren Teil der Nation beglücken und der Menschheit wohlthätig werden. Höchstwahrscheinlich wird sich dieser Teil, besonders in den nächsten Generationen immer mehr und mehr vergrößern.

Elkan Henle, Über die Verbesserung des Judentums [im Königreich Baiern], in Sulamith. Zeitschrift zur Beförderung der Kultur und Humanität unter der jüdischen Nation, 2. Jg. 1. Bd. 6. Heft (Dessau 1808), S. 361–382. Universitätsbibliothek J. C. Senckenberg Frankfurt am Main – Compact Memory. Online: [https://hdbg.eu/juedisches\\_leben/quellen/19-jahrhundert/1808-denkchrift-von-elkan-henle](https://hdbg.eu/juedisches_leben/quellen/19-jahrhundert/1808-denkchrift-von-elkan-henle)

<sup>2</sup> **Contravention** (lat.): Zuwiderhandlung

1. Arbeiten Sie Position und Argumentation Elkan Henles heraus. Welches jüdische Selbstbild kommt zum Ausdruck?
2. Prüfen Sie, inwiefern Elkan Henle der jüdischen Haskala zuzuordnen ist.

### M10 Rabbiner Samson Wolf Rosenfeld (1780–1860)

In einer Online-Biografie heißt es:

Parallel zur traditionellen Rabbinerausbildung an einer Jeschiwa eignete sich Samson Wolf Rosenfeld autodidaktisch eine umfangreiche Allgemeinbildung an. 1808 wurde er Rabbiner in Uehlfeld. Als erster bayerischer Rabbiner reformierte er im Geiste der jüdischen Aufklärung (Haskala) die Liturgie und führte 1819 die Predigt in deutscher Sprache ein. Mit seiner „Denkschrift an die Hohe Stände-Versammlung des Königreiches Baiern, die Lage der Israeliten und ihre bürgerliche Verfassung betreffend“ (1819) forderte er öffentlich die rechtliche Emanzipation der Juden als bayerische Staatsbürger. Ab 1826 wirkte er als Stadt- und Distriktsrabbiner in Bamberg und setzte in seinem Bezirk ein gemäßigt-liberales Reformjudentum durch. Er gründete zudem die erste deutsch-jüdische Wochenschrift „Das Füllhorn“, die es jedoch nur auf zwei Jahrgänge brachte (1835–1836). Rabbiner Rosenfeld ist einer der wichtigsten Vertreter des Reformjudentums in Bayern und der Autor zahlreicher Bücher, Artikel und Predigten.

Jüdisches Leben in Bayern, <https://hdbg.eu/biografien/detail/samson-wolf-rosenfeld/5210> [Zugriff: 16.12.2023]

1. Erklären Sie in eigenen Worten, warum es sich bei Rabbiner Rosenfeld um einen bedeutenden Reformler handelt.
2. Vergleichen Sie mit der Position Elkan Henles (M9).

### M11 Edikt in Bayern 1813

In dem „Edikt über die Verhältnisse der jüdischen Glaubensgenossen im Königreiche Baiern“ heißt es u. a.:

Art. 12. Die Zahl der Judenfamilien an den Orten, wo sie dermal bestehen, darf in der Regel nicht vermehrt werden, sie soll vielmehr nach und nach vermindert werden, wenn sie zu groß ist.

Art. 13. Die Ansässigmachung über die Zahl an denselben Orten, wo sich bereits Juden befinden oder die Ansässigmachung in Orten, wo noch keine Juden sind, kann nur von der allerhöchsten Stelle und auch von der

selben nur unter den nachstehenden Voraussetzungen bewilligt werden:

1. wegen Errichtung von Fabriken oder großen Handelsunternehmungen;
2. bei Ergreifung eines ordentlichen Handwerks [...];
3. wenn sie so viel an Grund und Boden zur eigenen Bearbeitung erkaufen, worauf eine Familie vom Feldbau, ohne daneben Handel zu treiben, sich gut ernähren kann. [...]

Art. 15. Um die Juden von ihrem bisherigen ebenso unzureichenden als gemeinschädlichen Erwerbsarten abzuleiten und ihnen jede erlaubte in ihrem gegenwärtigen Zustand vereinbarte Erwerbsquelle zu eröffnen, sollen dieselben zu allen bürgerlichen Nahrungszweigen, als: Feldbau, Handwerken, Treibung von Fabriken und Manufakturen und des ordentlichen Handels unter den nachfolgenden Bestimmungen zugelassen, dagegen der gegenwärtig bestehende Schacherhandel allmäh-

lich, jedoch so bald als immer möglich, ganz abgestellt werden. [...]

Art. 20. Aller Hausier-, Not- und Schacherhandel soll in Zukunft gänzlich verboten und eine Ansässigmachung hierauf durchaus untersagt bleiben.

Zitiert nach: Stefan Schwarz, Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten, München 1980, S. 328–338

1. Arbeiten Sie die Bestimmungen des bayerischen Judenedikts von 1813 in eigenen Worten heraus.
2. Bewerten Sie diese und überprüfen Sie Ihre These(n) mit Hilfe von INFO 4.
3. Erschließen Sie sich Folgen des Judenedikts und vergleichen Sie mit M12.

Das vollständige Edikt finden Sie unter Mediacode 32072-333.

### M12 „Die Heimkehr eines jüdischen Freiwilligen aus den Befreiungskriegen zu den nach alter Sitte lebenden Seinen“

Ölgemälde von Moritz Daniel Oppenheim, 1833/34.

Das Ölgemälde hält den Wandel fest, den das deutsche Judentum am Anfang des 19. Jahrhunderts durchlief. Der aus dem Krieg gegen Napoleons Truppen heimkehrende Sohn durchbricht die Sabbatruhe der Eltern. Als Freiwilliger hat er gezeigt, dass Juden der Gleichberechtigung würdig sind. An seiner Uniform eines Husaren hängt das Eiserne Kreuz, die der Preußische König 1813 für besondere Verdienste in den Befreiungskriegen stiftete.



1. Informieren Sie sich über den Maler.
2. Analysieren Sie das Bild. Welches jüdische Selbstverständnis kommt darin zum Ausdruck?



### M13 Folgen des Judenedikts

Klage des Fellheimer Kultusvorstehers über die Auswirkung der Judenmatrikel, 1832:

Gewährt man der sofort vermehrten Anzahl von Menschen keine Aufnahme, so ist damit für den Staat nichts gewonnen, weil die Menschen dann doch da sind, sodass am Ende der Nachteil entsteht, dass viele Juden in dem unbedeutenden Fellheim in elende Wohnungen <sup>5</sup> zusammengedrängt leben, und ohne einen genügenden Erwerbszweig zu haben noch zu loben sind, wenn sie nicht gänzlich demoralisiert werden. Durch dieses Zusammendrängen an einem Ort – durch die Unmöglichkeit <sup>10</sup> ohne Erledigung einer Matrikelnummer irgendwo unterzukommen sind die Juden gezwungen, alle Bedingungen einzugehen, die man ihnen hinsichtlich ihrer Wohnung vorschreibt.

Zitiert nach Claudia Ried, Jüdisches Leben auf dem Land im Wandel. Auswirkungen des Bayerischen Judenedikt von 1813, in: Michael Brenner/Sabine Ullmann (Hg.), Die Juden in Schwaben, München 2013, S.155–174, hier S. 158

► Analysieren und erklären Sie die Folgen des Judenedikts.



### M14 Gleichberechtigung der Juden in der Französischen Revolution

In Frankreich haben die Protestanten am 24. Dezember 1789 die vollen Bürgerrechte erhalten, während den Juden spanisch-portugiesischer Herkunft in Bordeaux am 28. Januar 1790 die staatsbürgerlichen Rechte zuerkannt werden.<sup>1</sup> Die elsässischen Juden müssen darauf bis zum 28. September 1791 warten.

Allerdings hat die Gleichstellung der Jüdinnen und Juden nicht lange Bestand. Ein napoleonisches Dekret von 1808 hebt Gewerbefreiheit und Freizügigkeit für Jüdinnen und Juden wieder auf, wird aber seinerseits 1815 wieder außer Kraft gesetzt. Der diskriminierende sogenannte Eid, den Jüdinnen und Juden in Gerichtsverfahren mit christlichen Parteien zu leisten hatten, wird erst 1846 abgeschafft.

#### a) Im Emanzipationsdekret von 1791 heißt es:

In der Erwägung, dass die notwendigen Voraussetzungen dafür, ein französischer Bürger zu sein, durch die Verfassung festgelegt sind und dass jeder, der diese Vor-

aussetzungen erfüllt und sich durch die Leistung des Bürgereides zur Erfüllung aller von der Verfassung ihm <sup>5</sup> auferlegten Pflichten bereit erklärt, ein Recht auf sämtliche Vorteile hat, die sie zusichert, widerruft die Nationalversammlung alle in ihre früheren Dekrete aufgenommenen Benachteiligungen, Vorbehalte und Ausnahmebestimmungen bezüglich der jüdischen Personen, die den Bürgereid leisten; dieser gilt als Verzicht <sup>10</sup> auf alle in der Vergangenheit zu ihren Gunsten beschlossenen Privilegien und Befreiungen<sup>2</sup>.

Walter Grab (Hrsg.), Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1973, S. 93f.

#### b) Ein Leipziger Zeitungsartikel berichtet im Oktober 1791 aus Straßburg:

Am Sonntage haben die christlichen und jüdischen Einwohner zu Bischheim die Vollendung der Constitution gemeinschaftlich gefeiert. In der jüdischen Synagoge wurde die Constitutionsakte von den vier ältesten Juden des Ortes auf einem roten seidenen Kissen getragen <sup>5</sup> und auf den hohen Altar gelegt, wo gewöhnlich die heil. Schrift abgelesen wird. Dann wurden in der Synagoge verschiedene Lob- und Dankpsalme gesungen, und zuletzt auch das bekannte Revolutionslied: „Ah, ça ira“<sup>3</sup>. Darauf zogen Juden und Christen, Arm in Arm <sup>10</sup> geschlungen, nach der Gemeindestube, wo sie der katholische konstitutionelle Priester des Ortes also anredete: „Mitbürger ohne Unterschied! Heute ist der Tag der Verbrüderung, atmet Menschen- und Bruderliebe, vereinigt euch innigst miteinander durch den Bürgereid. <sup>15</sup> Hier legt eure Hand auf die Constitutionsakte!“ Der erste, der den Bürgereid schwor, war ein Jude von etlichen 70 Jahren; ihm folgten alle anwesenden Christen und Juden nach.

Walter Markov, Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789–1799, Band 1: Aussagen und Analysen, Leipzig 1986, S. 182f.

1. Erarbeiten Sie aus dem Gesetz die gesellschaftliche und politische Stellung der Juden vor und nach 1791.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung des Emanzipationsdekrets von 1791. Berücksichtigen Sie dabei auch die Rezeption des Dekrets durch Jüdinnen und Juden.
3. Diskutieren Sie, welche Zukunftschancen sich die jüdische Bevölkerung erhoffte.

<sup>1</sup> Jüdinnen und Juden wurden im 14. Jhd. aus Frankreich vertrieben und konnten dort nur in wenigen Regionen weiterhin leben (Bordeaux, Avignon). Erst im 17. Jahrhundert führte die Eroberung des Elsass dazu, dass eine größere Anzahl von Jüdinnen und Juden in Frankreich lebte.

<sup>2</sup> Juden waren u. a. vom Militär ausgeschlossen und unterlagen nicht der allgemeinen Gerichtsbarkeit.

<sup>3</sup> Ah, ça ira: Ah, es wird gehen (Ah, wir werden es schaffen); populäres Lied gegen alle Revolutionskritiker; es entstand auf dem Förderationsfest vom 14. Juli 1790.

### M15 Judentum im Russland des 19. Jh.



Im Online-Artikel des Historikers Friedrich Battenberg heißt es zu Russland:

Die von Zarin Katharina II. (1729–1796) im Herbst 1772 den nach der ersten polnischen Teilung nunmehr russischen Juden gewährte Gleichstellung mit den urbanen Ständen hatte in einer aufgeklärt-merkantilistischen Staatsdoktrin ihre Ursache, blieb aber ohne längerfristige Wirkung. Und als die Gleichstellung der Juden schließlich 1917 verordnet wurde, war sie nicht Ergebnis einer Öffnung der traditionell verbliebenen Shtetl-Kultur.<sup>2</sup> [...]

10 Im Russland des Zaren Nikolaus I. (1796–1855) kam es zu den gravierendsten Repressionen, von denen die sogenannten „Kantonistendekrete“<sup>3</sup> mit ihrem offensichtlichen Zweck der Zwangskonversion aller Juden die einschneidendsten waren. [...]

15 Eine Änderung bahnte sich in den „Frühlingstagen“ unter dem als liberal bekannten, ab 1855 regierenden Zaren Alexander II. (1818–1881) an. Er setzte gleich zu Beginn seiner Regierung eine Kommission mit dem Ziel ein, „sämtliche in Bezug auf die Juden bestehenden Bestimmungen [zu überprüfen], um sie dem allgemeinen

20 Zweck anzupassen, dieses Volk in die angestammte Bevölkerung einzugliedern, soweit der sittliche Zustand der Juden dies erlaubt“. Ergebnis der Bemühungen war namentlich die Aufhebung der diskriminierenden „Kantonistendekrete“<sup>3</sup> von 1856. Sukzessive wurde danach

25 den Juden die Zulassung zu staatlichen Ämtern, die weitgehende Niederlassungsfreiheit sowie freie gewerbliche Betätigung erlaubt. Im zu Russland gehörenden „Kongresspolen“ erhielten die Juden 1862 weitergehende Rechte wie das zum Grundstückserwerb und zur Niederlassung in den Städten. Nach dem polnischen Aufstand von 1863 wurden diese Rechte aber wieder obsolet. Die Ermordung des „Zarbefreiers“ Alexander<sup>4</sup> im Jahre 1881 setzte der liberalen Ära ein abruptes Ende:

35 Die nun folgenden antisemitischen Pogrome führten zu einem vorläufigen Abbruch aller Emanzipationsbestrebungen und gleichzeitig zur Entstehung des langfristig wirkungsmächtigeren Zionismus.

<sup>1</sup> Dabei sollten die Juden gemäß dem System des Merkantilismus durch ihre Tätigkeit, vor allem als Händler, zur Steigerung der staatlichen Einnahmen beitragen.

<sup>2</sup> **Shtetl**: jiddisches Wort für Städtchen. In kleinen Markorten in Osteuropa entwickelte die dortige jüdische Bevölkerung eine eigene Kultur.

<sup>3</sup> **Kantonistendekrete**: Mit ihnen sollten letztendlich Juden auf eine Zwangstaufe vorbereitet werden. Vor einem fünfundzwanzigjährigen Militärdienst wurden acht- bis zwölfjährige Jungen ihren Eltern weggenommen und in Speziallagern ausgebildet.

<sup>4</sup> „**Zarenbefreier**“: Zar Alexander II. wurde so vor allem deshalb bezeichnet, weil er die Leibeigenschaft in Russland abgeschafft hat.

<http://ieg-ego.eu/de/threads/europaeische-netzwerke/juedische-netzwerke/friedrich-battenberg-judenemanzipation-im-18-und-19-jahrhundert> [Zugriff: 16.12.2024]

▶ Arbeiten Sie am Beispiel Russlands Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und rechtlich-politischen Emanzipation von Jüdinnen und Juden heraus.



### M16 Gabriel Riesser – Vorkämpfer der Emanzipation

Der 1806 in Hamburg geborene Gabriel Riesser (1806–1863) wurde nach seinem Jura-Studium weder als Dozent noch als Anwalt zugelassen, weil er Jude war. Daraufhin widmete er sich als Journalist und Politiker dem Kampf für die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden. 1831 publizierte er die Abhandlung „Über die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland“. 1848 wird Riesser als Abgeordneter für das Herzogtum Lauenburg in das erste gesamtdeutsche Parlament entsandt und dort zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung in der Paulskirche gewählt. Nach der Niederschlagung der Revolution zieht sich Riesser enttäuscht aus der Politik zurück, 1860 wird er in Hamburg zum ersten jüdischen Richter in Deutschland ernannt.



Auf die emanzipationskritischen Äußerungen des Heidelberger Theologieprofessor H. E. Gottlob Paulus (1761–1851), der die Emanzipation von der Taufe abhängig machen wollte, antwortet Riesser 1831 mit einer scharfen Replik, aus der der folgende Text stammt:

Uns vorzuhalten, dass unsere Väter vor Jahrhunderten oder Jahrtausenden eingewandert sind, ist so unmenschlich, als es unsinnig ist. Wir sind nicht eingewandert, wir sind eingeboren, und, weil wir es sind, haben wir keinen Anspruch anderswo auf eine Heimat, wir sind entweder Deutsche oder wir sind heimatlos. Oder will man im Ernste die ursprünglich fremde Abkunft gegen uns geltend machen? Will man zivilisierte Staaten auf das barbarische Prinzip der Autochthonenschaft<sup>5</sup> zurückführen? [...]

<sup>5</sup> **Autochthonenschaft**: Abstammungsrecht



Die kräftigen Klänge der deutschen Sprache, die Gesänge deutscher Dichter haben in unserer Brust das heilige Feuer der Freiheit entzündet und genährt, der Hauch der Freiheit, der über die deutschen Gaue<sup>6</sup> zog, hat unsere schlummernde Freiheitshoffnung geweckt, und manche frohe Aussicht ist ihnen seitdem schon geworden. Wir wollen dem deutschen Vaterlande angehören; wir werden ihm allerorten angehören. Es kann und darf und mag von uns alles fordern, was es von seinen Bürgern zu fordern berechtigt ist; willig werden wir ihm alles opfern, – nur Glaube und Treue, Wahrheit und Ehre nicht; denn Deutschlands Helden und Deutschlands Weise haben uns nicht gelehrt, dass man durch solche Opfer ein Deutscher wird.

Julius Höxter, Quellenbuch zur deutschen Geschichte und Literatur, Teil V, Frankfurt am Main 1927/8-1932, S.29 f.

- Analysieren Sie das im vorliegenden Selbstzeugnis zum Ausdruck kommende jüdische Selbstverständnis.



32072-341

### M17 Eintreten für die Gleichberechtigung der bayerischen Juden

Mit der Revolution von 1848 erhalten Juden das Wahlrecht zur Ständeversammlung. Gegen weitere Maßnahmen zur Umsetzung der jüdischen Emanzipation richtet sich der „Adressensturm“ 1849 – eine Unterschriftenaktion, die maßgeblich von konservativen katholischen Vereinen betrieben wird: In ganz Bayern kommen so 627 vorgefertigte Adressen mit insgesamt 79 000 Unterschriften gegen die gesetzliche Verankerung der jüdischen Emanzipation zusammen. Die meisten stammen aus überwiegend katholischen Regionen mit keiner oder einer nur sehr kleinen jüdischen Bevölkerung stammten. Einige christliche Einwohner der Gemeinde Hürben verfassten im Zuge dieses Adressensturms jedoch folgende Adresse:

Wir haben uns aus Auftrag der christlichen Einwohnerschaft der Gemeinde Hürben, die mit Israeliten seit Jahrhunderten friedlich, einig und zufrieden zusammenwohnt, es für unsere Pflicht gehalten, in die vielen unlauteren Stimmen jener Adressen gegen die Emanzipation der Israeliten eine lautere Stimme für dieselbe zu mischen. [...] Seit der Promulgation<sup>7</sup> der Verfassung von 1818 wurden die Israeliten in Hürben von den christlichen Gemeindegliedern daselbst mit Gemeinde- und Ehren-Ämtern betraut [...]. Hieraus wird unzweideutig das gegenseitige Vertrauen und die wechselseitige

Abhängigkeit der Christen und Israeliten hervorgehoben. Die Gleichberechtigung der Israeliten mit den Christen ist hiernach ein Gebot der Gerechtigkeit und christlichen Humanität, aber auch ein Gebot der Nationalwirtschaft.

Zitiert nach: Sonja Völk, Die versuchte, staatsbürgerliche und bürgerliche Gleichstellung der israelitischen Glaubensgenossen' 1848/49 – eine Etappe des Emanzipationsprozesses in ihrem schwäbischen Kontext, Augsburg 1999, S. 81f.

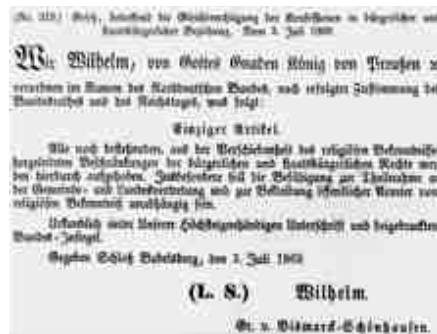
- Arbeiten Sie Position und Argumentation der christlichen Bürger Hürbens heraus.
- Ordnen Sie die Adresse historisch ein.



32072-341

### M18 Die endlich erreichte Gleichberechtigung – im Norddeutschen Bund

Der folgende Artikel wurde in die Reichsverfassung von 1871 übernommen. Er bestimmte die formalrechtliche Gleichstellung. De facto wurden Jüdinnen und Juden auch im Kaiserreich privat und beruflich diskriminiert.



- Beurteilen Sie begründet die Bedeutung des Gesetzes des Norddeutschen Bundes.
- Vergleichen Sie mit dem bayerischen „Judenedik“ von 1813.



Eine Transkription des Textes finden Sie unter MedieneCode 32072-342.



<sup>6</sup> Gau: Gegend, Region oder Landschaft

<sup>7</sup> Promulgation: Veröffentlichung, Bekanntmachung

## 3.2 Jüdisches Leben in Kaiserreich und Weimarer Republik

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ 1914–1918 Erster Weltkrieg
- ▶ Weimarer Republik
- ▶ Parlament
- ▶ Reichstag
- ▶ Bürger
- ▶ Bürgertum
- ▶ 1923 Krisenjahr der Weimarer Republik
- ▶ 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise
- ▶ Judentum
- ▶ Antisemitismus
- ▶ Migration

Auch wenn sich die rechtliche Situation im Kaiserreich im Zuge des Modernisierungsprozesses wesentlich verbesserte und letzte Beschränkungen der Gleichberechtigung in der **Weimarer Republik** fielen, mussten Jüdinnen und Juden weiterhin starken sozialen Druck bestehen. Denn weite Teile der Gesellschaft verweigerten nicht nur eine Integration, sondern pflegten antisemitische Ressentiments. Auch unter den jüdischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger entwickelten sich Spannungen und verschiedene Strömungen.

### Lernaufgabe

Charakterisieren Sie die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland seit 1871, indem Sie die mit \* gekennzeichneten Quellen und weiteren Materialien arbeitsteilig auswerten. Erstellen Sie eine **Mindmap** und weisen Sie mittels dieser nach, dass es sich in Hinblick auf die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern um ein Beispiel eines ungleichmäßigen Modernisierungsprozesses handelt.



Zu Ostjuden siehe  
Mediencode 32072-344.



Zu den verschiedenen  
Strömungen des Judentums,  
u. a. die Orthodoxie, finden Sie  
Informationen unter Mediencode  
32072-345.

### INFO 1: Neue Verhältnisse und jüdisches Selbstverständnis

Durch die Verankerung der Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden in der **Verfassung** des **Deutschen Kaiserreiches** von 1871 stabilisierte sich die Situation der jüdischen Gemeinschaft. Sobald sie durften, verließen viele ihre Landgemeinde und zogen in nahe Städte. Andere versuchten ihr Glück in den Großstädten, wo sich ihnen mehr Chancen für ihr Auskommen und bessere Bildungsmöglichkeiten für ihre Kinder boten. Zum Zentrum der deutschen Judenheit entwickelte sich Berlin. Dort lebte um 1900 mehr als der Hälfte der rund 600 000 deutschen Jüdinnen und Juden, ein Fünftel lebte in Bayern. Auch die Zuwanderung von rund 80 000 Juden, die in den 1880er-Jahren vor Pogromen<sup>1</sup> aus Osteuropa flüchteten, trug zu dem Zuwachs bei. Mit ihrer traditionellen „Schtetl“-Lebensweise<sup>2</sup> stießen die „Ostjuden“ bei Nichtjuden ebenso wie bei emanzipierten Jüdinnen und Juden auf Ablehnung. Doch nicht wenigen gelang innerhalb nur einer Generation die Integration in den unteren Mittelstand. Auch religiös gab es nun ein breites Spektrum – von Orthodoxen über Liberale bis hin zu Jüdinnen und Juden mit säkularer Identität.

Für die gesellschaftliche Integration der Jüdinnen und Juden spielten ihr wirtschaftlicher Erfolg und ihre Bildung eine wesentliche Rolle. Die endlich erlangte rechtliche Gleichstellung ließ jüdisches Leben aufblühen. Überall entstanden jüdische Sport-, Gesangs- und Kulturvereine ebenso wie jüdische Zeitungen und Zeitschriften, Schulen und Bibliotheken. Dabei übernahmen Jüdinnen und Juden nicht nur bürgerliche Lebensformen, sondern prägten und entwickelten sie auch weiter. Das neue jüdische Selbstverständnis als Teil der deutschen Gesellschaft drückte sich auch in nun oft monumentalen Synagogen-Neubauten an repräsentativen Orten aus.

<sup>1</sup> **Pogrom** ist das russische Wort für „Sturm“, „Verwüstung“. So wurden die gewalttätigen Übergriffe auf Jüdinnen und Juden bezeichnet, die nach dem Attentat auf Zar Alexander II. 1881 begannen.

<sup>2</sup> **Schetl**: Osteuropäische Kleinstädte und Dörfer mit hohem jüdischen Bevölkerungsanteil. Der Schriftsteller Scholem Alejchem (1859–1916) hat dem „Schtetl“ u. a. mit „Tewje, der Milchmann“, der Vorlage für den Film „Anatevka“, ein literarisches Denkmal gesetzt.

Der gesamte Transformationsprozess wurde von der Mehrzahl der Jüdinnen und Juden als „Verbürgerlichung“ erlebt. Aus „bürgerlicher Verbesserung“ war, so der im Kaiserreich gebräuchliche Begriff, „Assimilation“ geworden. Heutige Historiker bevorzugen den Begriff „Akkulturation“. Damit wollen sie betonen, dass es eine Balance zwischen Anpassung und Bewahrung der eigenen Identität gab.

1. Skizzieren Sie unterschiedliche Ausprägungen jüdischen Selbstverständnisses.
2. Erläutern Sie den Begriff der Akkulturation.



### INFO 2: Moderner Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich

Dass die Integrationsbereitschaft der Mehrheitsgesellschaft Grenzen hatte, lässt sich schon daran erkennen, dass Jüdinnen und Juden zwar in überkonfessionelle Gesangsvereine, Freiwillige Feuerwehren oder Sanitätsvereine aufgenommen wurden, meist aber nicht in nationale Vereinigungen wie studentische Corps und Turnvereine. Offener Judenhass verbreitete sich bereits in der auf den „Gründerkrach“ 1873 folgenden Zeit wirtschaftlicher Flaute. Für die Mischung aus stereotypen Feindbildern, Ressentiments und Konkurrenzneid brachte der Journalist Wilhelm Marr (1819–1904) den Begriff „Antisemitismus“ in Umlauf, der rasch in viele Sprachen der Welt übernommen wurde. Den Kern des modernen Antisemitismus bildete im Unterschied zum traditionellen Antijudaismus nicht mehr die vor allem religiöse Differenz, sondern der Mythos einer vermeintlich jüdischen „Rasse“, womit Jüdinnen und Juden als Kollektiv negative Eigenschaften zugeschrieben wurden.

Der evangelische Theologe und Berliner Hofprediger Adolf Stoecker und der preussische Historiker Heinrich von Treitschke propagierten die Ideologie höchst wirksam. Stoecker gründete 1878/81 mit der Christlich-Sozialen (Arbeiter-)Partei eine erste antisemitische Partei, die indes nur wenig Anhänger gewinnen konnte, aber andere Parteien mit ihrer Ideologie beeinflusste. Treitschke machte den Antisemitismus in akademischen Kreisen salonfähig. Mit dem polemischen Satz „Die Juden sind unser Unglück“ prägte er ein Schlagwort, das später das nationalsozialistische Hetzblatt „Der Stürmer“ übernahm.

Auch in gesellschaftlichen Organisationen und mittelständischen Interessenverbänden wie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Bund der Landwirte, dem Alldeutschen Verband und den im Kyffhäuserverband zusammengeschlossenen nationalen Studentenverbindungen gewann der moderne Antisemitismus an Einfluss. Sie alle verknüpften jüdenfeindliche Einstellungen mit einer gene-



### M1 Kommentar zur Akkulturation

Karikatur aus der zionistischen Satirezeitschrift Schlemiel, 1904

- ▶ Arbeiten Sie die Kritik des Karikaturisten heraus.
- ▶ Beurteilen Sie – ggf. mithilfe von INFO 1 –, inwiefern diese gerechtfertigt ist.



Zu Artikeln über Antisemitismus führt Medien-code 32072-348.

**M2 Erinnerung an Gefallene**

Diese Gedenktafel erinnert an Schüler der damaligen israelitischen Realschule in Fürth.

eA



rellen Ablehnung der Moderne, mit Antiliberalismus, Demokratiefindlichkeit, extremem Nationalismus und völkischem Denken. Sozialdarwinistische<sup>1</sup> Vorstellungen führten zusätzlich zu der Überzeugung, dass im „Kampf ums Dasein“ nur die überlegene, wertvollere „Rasse“ sich durchsetzen könne, während die Juden als angeblich minderwertige „Rasse“ zur „Wurzel allen Übels“ erklärt wurden. Geprägt wurde die deutsche und europäische Debatte zum Rassenantisemitismus dabei insbesondere durch die Schriften des Franzosen Arthur de Gobineau und des Briten Houston Stewart Chamberlain. Nur zwei Jahrzehnte nach der Reichsgründung war der rassistische **Antisemitismus** in der deutschen Gesellschaft angekommen. Dies lässt sich etwa am Schriftsteller und Historiker Ernst Moritz Arndt (1769–1860) erkennen, wenn dieser vom angeblich unveränderlichen „Volkscharakter“ der Juden spricht, der nicht durch die Taufe „abgewaschen“ werden könne. In der Bevölkerung gab es indes nur eine Minderheit, die einen Rassenantisemitismus vertrat. Vielmehr mischten sich in der Regel alte religiös geprägte antijüdische Vorurteile, die eng mit dem christlichen Glauben verbunden waren, mit Elementen des modernen rassistisch geprägten **Antisemitismus**.

1. Definieren Sie, was man unter dem modernen Antisemitismus versteht.
2. Beurteilen Sie dessen Bedeutung.

**INFO 3: Erster Weltkrieg und „Juden-zählung“**

Gleich zu Beginn des **Ersten Weltkrieges (1914–1918)** meldeten sich 12 000 Juden als Freiwillige, um ihre Loyalität zum Vaterland unter Beweis zu stellen. Insgesamt dienten ca. 100 000 Juden während des **Ersten Weltkrieges** im deutschen Heer, das entsprach 17 Prozent aller deutschen Juden jeden Alters. 12 000 Juden bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben.

Doch als die Hoffnung auf den erwarteten schnellen Sieg schwand, streuten antisemitische Agitatoren das Gerücht, Juden würden sich vor dem Kriegsdienst drücken. Daraufhin ordnete der Preußische Kriegsminister 1916 eine Erhebung über die Dienstverhältnisse aller deutschen Juden an, das dieses Gerücht aber widerlegte. Das Ergebnis dieser amtlichen „Juden-zählung“ wurde indes nie veröffentlicht, das falsche Gerücht damit nicht aus der Welt geschafft. Die Betroffenen erlebten die einseitige Erhebung als Demütigung und Stigmatisierung, wie in Frontbriefen und Tagebüchern nachzulesen ist. Weil ihnen die Mitgliedschaft im „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten“ nach dem Krieg verwehrt wurde, schlossen sich die jüdischen Veteranen 1919 im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ (RJF) zusammen.

<sup>1</sup> **Sozialdarwinismus:** Der Begriff bezeichnet die Übertragung der von Charles Darwins (1809–1882) aus dem Tier- und Pflanzenreich gewonnenen Evolutionstheorie auf die Gesellschaft, wonach sich „im Kampf ums Dasein“ der Stärkere durchsetzt.



- ▶ Setzen Sie sich mit dem Gerücht der „Drückebergerei“ auseinander. Was intendierten die antisemitischen Agitatoren damit? Welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf die gesellschaftliche Stellung der jüdischen Bürgerinnen und Bürger ziehen?



#### INFO 4: Radikalisierung des Antisemitismus und verstärkte Abwehr

Ambivalenz bestimmte das Leben der Jüdinnen und Juden in der **Weimarer Republik**. Einerseits hatten sie so viele Möglichkeiten wie noch nie in Deutschland, konnten etwa erstmals höchste gesellschaftliche Stellungen einnehmen. Andererseits sahen sie sich weiterhin von Judenfeindschaft bedroht. Völkische Vereine und Verbände wie der nach dem Krieg entstandene „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ diffamierten die Republik als „Judenrepublik“, obwohl der Anteil der Jüdinnen und Juden an der deutschen Bevölkerung nie mehr als ein Prozent betrug und sogar sank.

Anfangs nutzten völkische Kreise die Beteiligung jüdischer Politiker an der **Novemberrevolution**, um vor dem Hintergrund der Dolchstoßlegende hemmungslos gegen „jüdische Bolschewisten“ zu hetzen. Pogrome und politische Morde waren die Folge: 1919 wurde der jüdische Ministerpräsident des gerade gegründeten Freistaats Bayern, Kurt Eisner (1867–1919), ermordet, 1921 Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, der als Judenfreund galt, 1922 der jüdische Reichsaußenminister Walther Rathenau (1867–1922). 1923 kam es im Berliner Scheunenviertel, einem sozialen Brennpunkt mit mehrheitlich ostjüdischen Flüchtlingen, zu einem Pogrom, ebenfalls mit Todesfolgen.

Der Freistaat Bayern, unter dem republikfeindlichen Ministerpräsidenten Gustav von Kahr ein Sammelbecken für Rechtsextreme, gipfelte die Hetze gegen eine angebliche „Überfremdung durch Ostjuden“ im Spätherbst des **Krisenjahrs 1923** in der Ausweisung von Ostjuden, die nur massive Interventionen aus dem Ausland stoppen konnten. Kurz darauf versuchte der radikale Antisemit Adolf Hitler mit dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“<sup>2</sup> seine erste Machtübernahme.

- ▶ Belegen Sie mittels einer tabellarischen Gegenüberstellung die These, dass Ambivalenz das Leben der Jüdinnen und Juden in der Weimarer Republik bestimmte.



#### INFO 5: Jüdische Reaktionen auf den Antisemitismus

Auf die verweigerte gesellschaftliche Gleichberechtigung reagierten die deutschen Jüdinnen und Juden auf zwei höchst unterschiedliche Arten. Die überwiegende Mehrheit wurde Mitglied im „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.“ (C.V.). In der 1893 in Berlin zur Abwehr des **Antisemitismus** für alle Juden, unabhängig ihrer politischen und religiösen Orientierung gegründeten Organisation war 1924 ca. ein Viertel der deutschen Jüdinnen und Juden organisiert. Bis zu seiner Auflösung im November 1938 blieb er die mitgliederstärkste jüdische Organisation im Reich.

Mithilfe eigener Juristen brachte der Verein antisemitische Vorfälle im gesamten Reich vor Gericht, um die permanenten Angriffe auf die verfassungsmäßigen Rechte abzuwehren und die jüdische Identität zu stärken. Daneben betrieb er Aufklärungs-

<sup>2</sup> Putschversuch von Adolf Hitler zusammen mit rechtsradikalen Kräften am 8./9. November 1923, den die Polizei stoppte. Es gab 20 Tote.



**Kurt Eisner (1867–1919):**

Journalist und sozialdemokratischer Politiker; 1917 Vorsitzender der USPD in Bayern; wurde im November 1918 Ministerpräsident und Außenminister in Bayern; Ermordung im Januar 1919

eA

Die Hoffnung auf eine Rückkehr nach Palästina, ins „Land Israel“ (Eretz Israel), wird schon in der Bibel besungen. Sie entsteht im Babylonischen Exil und ist seitdem ein Bestandteil jüdischer Identität. Der biblische Psalm 137 ist ein Klagelied des jüdischen Volkes nach der Vertreibung aus Jerusalem durch die Babylonier 586 v. Chr. Der Text wurde oft vertont. In der Version der Deutschen Disco-Gruppe Boney M. 1978 gehörte er lange zu den meistverkauften Produktionen der deutschen Musikindustrie.



arbeit. Mit seiner Vereinszeitschrift („Im deutschen Reich“, ab 1922 „CV-Zeitung. Blätter für Deutschtum und Judentum“), in Veröffentlichungen und Vortragskampagnen vermittelte er Wissen über das Judentum.

Der Name des Vereins brachte das Selbstverständnis der meisten Jüdinnen und Juden zum Ausdruck: Sie fühlten sich als Deutsche, betrachteten ihren Glauben als eine Konfession unter anderen und mehrheitlich vertrauten sie weiterhin auf den Rechtsstaat, obwohl viele Richter „auf dem rechten Auge blind“ waren. Unter dem Eindruck der in der Zeit der **1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise** durch NSDAP und andere völkisch-nationale Kräfte geschürten neuen Welle des **Antisemitismus** bewegte allerdings viele Jüdinnen und Juden die Frage, ob die Emanzipation und Integration eine Illusion gewesen war oder, wie es der Maler Max Liebermann formulierte, „ein Traum“.

Die Entwicklung schien der sehr viel kleineren Gruppe der meist jüngeren deutschen Jüdinnen und Juden Recht zu geben, die die Hoffnung auf Integration in Deutschland aufgegeben hatten und die Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für Jüdinnen und Juden in „Zion“, d. h. in Palästina anstrebten.

Die Geburtsstunde des politischen „Zionismus“ schlug 1896 mit dem Erscheinen von Theodor Herzls Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Der akkulturierte Wiener Journalist verfasste das Manifest unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre<sup>1</sup>, die in Frankreich zu einem heftigen Ausbruch von **Antisemitismus** geführt hatte.

Die große Mehrzahl der deutschen Jüdinnen und Juden lehnte den Zionismus allerdings ebenso ab wie den kulturellen Zionismus, der bemüht war, in Abgrenzung zur Akkulturation durch die Pflege jüdischer Literatur, Tradition und ethischer Werte ein neues jüdisches Selbstbewusstsein zu schaffen. Sie sahen eine Neubesinnung auf das „Wesen des Judentums“ kritisch, bei der das osteuropäische Judentum zum „authentischen Judentum“ idealisiert wurde.

1. Nehmen Sie begründet Stellung zur Bedeutung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.“
2. Erläutern Sie den politischen und kulturellen Zionismus.



<sup>1</sup> **Dreyfus-Affäre:** 1893 war der französisch-jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus (1859–1935) zu Unrecht wegen Landesverrats verurteilt, degradiert und auf eine Insel verbannt worden.

### M3 Statistiken zu Jüdinnen und Juden im Kaiserreich

#### a) Anteil an Gesamtbevölkerung:

Jahr	Gesamtbevölkerung in Millionen	Juden	Relativer Anteil (in %)
1871	41,06	512153	1,25
1880	45,23	561612	1,24
1890	49,42	567884	1,15
1900	56,32	586833	1,04
1910	64,92	615021	0,95

#### b) Verteilung auf Wirtschaftssektoren:

	1895		1907	
	Gesamtbev.	Juden	Gesamtbev.	Juden
Landwirtschaft	37,5	1,6	35,2	1,6
Handwerk und Industrie	37,5	22,5	40,0	26,5
Handel u. Verkehr	10,6	65,2	12,4	61,4
Öff. Dienste, freie Berufe	6,4	7,1	6,2	7,9
Häusliche Dienste	8,0	3,6	6,2	2,6

Nach: Monika Richarz, Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, in: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 3, München 1997, S. 13–38, hier S. 13

1. Stellen Sie Thesen auf zur Stellung von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern im Deutschen Kaiserreich.
2. Überprüfen Sie Ihre Thesen anschließend mittels INFO 1.

### M4 „Akkulturation“?

#### a) Der deutsch-jüdische Historiker Michael Brenner betont mit dem Begriff „Akkulturation“ eine Neudefinition des Judentums unter dem Einfluss der Emanzipation:

Der Preis für die Erlangung der Emanzipation war die Aufgabe aller als national empfundenen Charakteristika der Juden. Dies hatte keineswegs die Selbstauflösung des Judentums zur Folge, sondern seine Neudefinition als bloße Konfession, analog zu den christlichen Konfessionen. [...] In der neueren Forschung werden diese einschneidenden Veränderungen zwar nicht bestritten, doch herrscht nun eine Tendenz vor, auch die Kontinuitäten stärker zu berücksichtigen. [...] Auch in der Terminologie zeigt sich in der modernen Geschichtswissenschaft ein verändertes Bild des deutschen Judentums. Der Begriff „Assimilation“, mit dem Historiker traditi-

nell diese Periode kennzeichneten, wird mit zunehmender Vorsicht gebraucht. Stellt man die Neudefinition des Judentums und nicht seine Selbstaufgabe in den Mittelpunkt, so scheint für die Mehrzahl der deutschen Juden in der Tat der Begriff „Akkulturation“ eher angebracht.

Michael Brenner, Stefi Jersch-Wenzel und Michael A. Meyer, Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit. Band II: Emanzipation und Akkulturation 1780–1871, München 1996, S. 10

#### b) Zu unterschiedlichen Strömungen des modernen Judentums schreibt der Historiker Andreas Brämer:

Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts bildeten sich unterschiedliche religiöse Strömungen des modernen Judentums heraus, als die deutschen Juden im Zuge ihrer zunehmenden Emanzipation und Akkulturation nach einer Konfessionalität strebten, die im Einklang mit einem bürgerlichen Wertekanon stand. Neben der „Neo-Orthodoxie“, die trotz ihrer zustimmenden Haltung zur europäischen Bildung streng an den religiösen Vorschriften des Judentums festhielt, entfalteten sich unterschiedliche Spielarten des Reformjudentums. Die Reformer verschafften der deutschen Predigt, Chorgesang und Orgelspiel Einzug in die Synagoge, deren Liturgie und Innenraumgestaltung sie zugleich veränderten, um einerseits jüdische Eigenart zu bewahren und andererseits ihrem Wunsch nach Integration in die nichtjüdische Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Zwischen Reform und Orthodoxie positionierte sich zudem eine ‚positiv-historische‘ Strömung, die für eine zurückhaltende Modernisierung der religiösen Institutionen eintrat. Von Deutschland aus verbreiteten sich diese Strömungen im aschkenasischen Judentum nahezu weltweit. [...]

Nach der Reichsgründung etablierte sich der Begriff „Liberales Judentum“, der neben der Reform auch die positiv-historische Schule einschloss und zu dem sich inzwischen bei weitem die Mehrheit der jüdischen Gläubigen bekannte. In den allermeisten Gemeinden zumal in den Städten verlor die Orthodoxie langfristig den innergemeindlichen Konkurrenzkampf um die religiöse Deutungshoheit über die organisierte Religionspraxis, in der aber insgesamt keine radikale Erneuerung erfolgte, sondern sich überwiegend gemäßigte Reformen des Kultus durchsetzten.

<https://www.ieg-ego.eu/de/threads/crossroads/religionsraume-und-konfessionsraume/andreas-braemer-reformjudentum-positiv-historische-schule-orthodoxie> [Zugriff: 12.01.2024]

- ▶ Erstellen Sie ein Cluster zu den verschiedenen Ausprägungen jüdischen Selbstverständnisses.



**M5 Synagogenarchitektur der Emanzipationszeit**



Die Münchner Hauptsynagoge (oben) wurde dank der Fürsprache des Königs im Zentrum der Stadt gleich neben dem Künstlerhaus errichtet und 1887 eingeweiht. Der Architekt Albert Schmidt errichtete sie im neoromanischen Stil, angelehnt an die romanische Architektur des Kaiserdoms in Worms. Auf Befehl Adolf Hitlers wurde die Synagoge im Sommer 1938 abgerissen und durch einen Parkplatz ersetzt.



Zwischen 1914 und 1917 ließ die Israelitische Kultusgemeinde Augsburg ihre Synagoge (unten) in der Nähe des Hauptbahnhofs nach den Plänen von Fritz Landauer und Heinrich Lömpel errichten. In Abkehr von den Kirchenbauimitationen früherer Synagogen entwarfen die beiden Architekten einen neuen Synagogentypus nach dem Vorbild des Salomonischen Tempels. Während der Novemberpogrome 1938 wurde die Synagoge verwüstet und angezündet, der Brand aber wegen einer gegenüberliegenden Tankstelle wieder gelöscht. Die Schäden wurden erst 30 Jahre nach Kriegsende beseitigt.



1. Untersuchen Sie die Synagogenbauten und deren Lage.
2. Diskutieren Sie, inwieweit sich hieraus Rückschlüsse auf das jüdische Selbstverständnis einerseits und die Integration von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern durch die Mehrheitsgesellschaft andererseits ziehen lassen.



**M6 Gründungsaufwurf des Centralvereins (C.V.)**

Der Centralverein entwickelt sich zum bedeutendsten Verein für Jüdinnen und Juden in Deutschland der unterschiedlichsten religiösen und politischen Orientierung. Im Gründungsaufwurf vom Mai 1893 heißt es:

Seit nahezu zwei Jahrzehnten wird unser Vaterland von einer Bewegung beunruhigt, deren letztes Ziel unsere gesellschaftliche Ächtung und die Einschränkungen unserer verfassungsmäßigen Rechte ist. Wir haben gehofft, der Rechtssinn, der den größeren Teil unserer Mitbürger erfüllt, und die Gemeinsamkeit der Kulturarbeit würden eine genügende Schutzwehr sein gegen die Umtriebe einer Minderheit, die für jedes Übel der Zeit ihre jüdischen Mitbürger verantwortlich macht und sie zu vaterlandslosen Fremdlingen erniedrigen will. Das Wesen einer Nation beruht auf der Gleichheit des Denkens und Fühlens; ihr äußeres, aber entscheidendes

Merkmal ist die gemeinsame Muttersprache. Menschen verschiedenster Abstammung und verschiedenster religiöser Bekenntnisse werden durch gemeinsame Geschicke zu einer einheitlichen Nation. Auch die Einheit des deutschen Volkes hat sich über der Verschiedenheit der Abstammung und des Glaubens aufgebaut. Wir Juden haben, seitdem uns der Anteil an dem Gesamtleben des deutschen Volkes vergönnt ist, mit Herzensfreudigkeit und Begeisterung unsere ganze Kraft an unser Vaterland hingegeben. Wir haben an allen Kriegstaten und geistigen Kämpfen teilgenommen, die das zersplitterte Reich geeinigt und ihm unter der Oberhoheit eines Kaisers neuen Glanz verliehen haben. [...] Unser Verhältnis zu unserem Vaterlande ist kein anderes als das der Protestanten und Katholiken. In allen Glaubensgemeinschaften gibt es die mannigfaltigsten religiösen Richtungen, gibt es Vertreter der verschiedensten politischen Parteibestrebungen. Alle aber sind einig in

ihrem nationalen Denken und stehen zusammen wie ein Mann, gilt es die Wohlfahrt des Reiches. [...] Der Verein will alle Kräfte zur Selbstverteidigung aufrufen, in dem Einzelnen das Bewusstsein unserer unbedingten Gleichberechtigung stärken und ihm das Gefühl unserer Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Volke durch die Anfeindungen unserer Gegner nicht verkümmern lassen.

Gründungsaufruf des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893, zitiert nach: Andreas Reinke, Geschichte der Juden in Deutschland 1781–1933, Darmstadt: 2007, S. 100f.

1. Arbeiten Sie die Motive für die Gründung des Centralvereins heraus.
2. Untersuchen Sie das hier zum Ausdruck gebrachte jüdische Selbstverständnis.
3. Setzen Sie beides, Motive für die Gründung sowie jüdisches Selbstverständnis, in Beziehung zueinander.

### M7 Fortbestand judenfeindlicher Klischees

Mit der Figur des Schmulchen Schievelbeiner in der Geschichte „Plisch und Plum“ (1882) greift Wilhelm Busch (1832–1908), Erfolgsautor von Bildergeschichten wie „Max und Moritz“, das alte Klischee des „jüdischen Wucherers“ auf.



Der Illustration ist in der Erzählung folgender Text hinzugefügt:

Kurz die Hose, lang der Rock,  
Krumm die Nase und der Stock,  
Augen schwarz und Seele grau,  
Hut nach hinten, Miene schlau –  
So ist Schmulchen Schievelbeiner.  
(Schöner ist doch unsereiner!)

1. Analysieren Sie die physischen und charakterlichen Zuschreibungen Wilhelm Buschs zu seiner Figur.
2. Zeigen Sie die „Modernisierung“ des antijüdischen Stereotyps auf.
3. Ordnen Sie den in der Figur zum Ausdruck gebrachten Antisemitismus ein.

### M8 Antisemitische Äußerungen

In dem Pamphlet „Unsere Aussichten“ schreibt der Berliner Historiker Heinrich von Treitschke 1879:

Die Zahl der Juden in Westeuropa ist so gering, dass sie einen fühlbaren Einfluss auf die nationale Gesittung nicht ausüben können; über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde- 5 dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volkstum mit dem unseren verschmelzen können. [...] 10

Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, 15 dass auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischkultur folge. [...] Es bleibt aber ebenso unleugbar, dass zahlreiche und mächtige Kreise unseres Judentums den guten Willen, schlechtweg Deutsche zu werden, durchaus nicht he- 20 gen. [...]

Keine deutsche Handelsstadt, die nicht viele ehrenhafte, achtungswerte jüdische Firmen zählte; aber unbestreitbar hat das Semitentum an dem Lug und Trug, an der frechen Gier des Gründer-Unwesens einen großen 25 Anteil, eine schwere Mitschuld an jenem schnöden Materialismus unserer Tage, der jede Arbeit nur noch als Geschäft betrachtet und die alte gemütliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken droht; in tausenden

30 deutscher Dörfer sitzt der Jude, der seine Nachbarn wu-  
chernd auskauft. [...]

Am gefährlichsten aber wirkt das unbillige Übergewicht  
des Judentums in der Tagespresse – eine verhängnis-  
volle Folge unserer engherzigen alten Gesetze, die den  
35 Israeliten den Zutritt zu den meisten gelehrten Berufen  
versagten. Zehn Jahre lang wurde die öffentliche Mei-  
nung in vielen deutschen Städten zumeist durch jüdi-  
sche Federn „gemacht“; es war ein Unglück für die libe-  
rale Partei und einer der Gründe ihres Verfalls, dass  
40 grade ihre Presse dem Judentum einen viel zu großen  
Spielraum gewährte. Der notwendige Rückschlag gegen  
diesen unnatürlichen Zustand ist die gegenwärtige  
Ohnmacht der Presse; der kleine Mann lässt sich nicht  
mehr ausreden, dass die Juden die Zeitungen schreiben,

darum will er ihnen nichts mehr glauben. Unser Zei- 45  
tungswesen verdankt jüdischen Talenten sehr viel;  
grade auf diesem Gebiet fand die schlagfertige Ge-  
wandtheit und Schärfe des jüdischen Geistes von jeher  
ein dankbares Feld. Aber auch hier war die Wirkung  
zweischneidig. [...]

Heinrich von Treitschke, Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher 44,  
Heft 5, November 1879, S. 559–576; zitiert nach: Deutsche Geschichte in  
Quellen und Darstellung, Bd. 8: Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871–1918,  
hrsg. von Rüdiger von Bruch und Björn Hofmeister, Stuttgart 2002

1. Arbeiten Sie die antisemitischen Unterstel-  
lungen heraus.
2. Widerlegen Sie diese auf Basis Ihres Wissens und unter  
Berücksichtigung von M10.

### M 9 „Gruß aus Borkum“

Postkarte, um 1905.

In Kurbädern war Antisemitismus, wie diese Postkarte von der Insel Borkum zeigt, besonders verbreitet. Man spricht deshalb von „Bäderantisemitismus“.



Eine Transkription des „Borkum-  
Lieds“ finden Sie unter Medien-  
code 32072-359.

1. Analysieren und interpretieren Sie die Postkarte.
2. Ordnen Sie diese in den historischen Gesamtzusammenhang ein.



**M10 Erklärung gegen Antisemitismus**

75 angesehene Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker lassen am 12. November 1880 in der Presse die folgende Erklärung veröffentlichen:

In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Rassenhass und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet. Vergessen wird, wie viele derselben durch Fleiß und Begabung und Gewerbe und Handel, in Kunst und Wissenschaften dem Vaterlande Nutzen und Ehre gebracht haben. Gebrochen wird die Vorschrift des Gesetzes wie die Vorschrift der Ehre, dass alle Deutschen in Rechten und Pflichten gleich sind. [...]

Wie eine ansteckende Seuche droht die Wiederbelebung eines alten Wahnes die Verhältnisse zu vergiften, die in Staat und Gemeinde, in Gesellschaft und Familie Christen und Juden auf dem Boden der Toleranz verbunden haben. Wenn jetzt von den Führern dieser Bewegung der Neid und die Missgunst nur abstrakt gepredigt werden, so wird die Masse nicht säumen, aus jenem Gerede praktische Konsequenzen zu ziehen. [...]

Noch ist es Zeit, der Verwirrung entgegenzutreten und nationale Schmach abzuwenden; noch kann die künstlich angefachte Leidenschaft der Menge gebrochen werden durch den Widerstand besonnener Männer. [...] [U]nser Ruf ergeht an alle Deutschen [...]. Verteidigt in öffentlicher Erklärung und ruhiger Belehrung den Boden unseres gemeinsamen Lebens: Achtung jedes Bekenntnisses, gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf, gleiche Anerkennung tüchtigen Strebens für Christen und Juden.

Hans Fenske (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich 1871–1890, Darmstadt 1978, S. 260f.

► Erörtern Sie mögliche Gründe, warum die vorliegende Erklärung dem zunehmenden Antisemitismus nicht erfolgreich entgegenwirken konnte.

**M11 Verweigte Integration von Jüdinnen und Juden****a) Fremdlinge im Vaterland**

Theodor Herzl stammt aus Budapest, lebt aber seit 1878 in Wien und Paris, wo er als Auslandskorrespondent arbeitet. Herzl ist als liberaler Jude aufgewachsen, d. h. in seiner Familie werden zwar die



jüdischen Bräuche und Festtage geachtet, jedoch zugleich ein bürgerliches Leben geführt. Seit den 1880er-Jahren nimmt der Antisemitismus in Wien zu, nicht zuletzt durch den Zustrom von Ostjuden, die nach den Pogromen von 1881 aus Russland geflohen sind. Herzl wird 1897 Präsident des von ihm initiierten Zionistischen Weltkongresses. Im Kaiserreich und während der Weimarer Republik ist der Zionismus keine Mehrheitsposition unter Jüdinnen und Juden. In seinem 1896 erschienenen Buch „Der Judenstaat“ schreibt Herzl u. a.:

Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. [...] Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger, vergebens bemühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaften, ihren Reichtum durch Handel und Verkehr zu erhöhen. In unseren Vaterländern, in denen wir ja auch schon seit Jahrhunderten wohnen, werden wir als Fremdlinge ausgeschrien ... Wenn man uns in Ruhe ließe [...] Aber ich glaube, man wird uns nicht in Ruhe lassen.

Theodor Herzl, Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage. Leipzig und Wien 1896, zitiert nach Martin Brenner, Die Entwicklung des politischen Zionismus: <https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/44945/politischer-zionismus-und-kulturzionismus> [Zugriff: 06.12.2023]

**b) Sozialer Makel**

Walther Rathenau (1867–1922), der in der Weimarer Republik Außenminister wird und 1922 von Rechtsradikalen ermordet wird, übernimmt vor dem Ersten Weltkrieg eine Position im Vorstand der von seinem Vater in Berlin gegründeten „Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft“ (AEG), nachdem ihm die Aufnahme im Preußischen Offizierskorps und eine Position im höheren Staatsdienst versagt worden ist. 1911 beschreibt er in seiner Schrift „Staat und Judentum. Eine Polemik“ die verweigte Integration der Juden in die gesellschaftliche Elite:

Den Juden trifft ein sozialer Makel. In die Vereinigungen und den Verkehr des besseren christlichen Mittelstandes wird er nicht aufgenommen. Zahlreiche Geschäftsunternehmungen schließen ihn als Beamten aus. Die Universitätsprofessur ist ihm durch stille Vereinbarung gesperrt, die Regierungs- und Militärlaufbahn, der höhere



Richterstand durch offizielle Maßnahmen. In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Mal voll bewusst wird, dass er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist und dass keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.

Zitiert nach: Jens Flemming u. a. (Hrsg.), Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1877–1914, Darmstadt 1997, S. 84 f.

**c) Plakat der Ortsgruppe München des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens von 1919:**



1. Charakterisieren Sie mittels der Quellen die Situation, in der sich viele jüdische Bürgerinnen und Bürger befanden.
2. Versuchen Sie diese in einem aussagekräftigen Standbild nachzubauen.

Eine Transkription des Textes finden Sie unter Mediacode 32072-363.

**M12 Erklärung für den aufkommenden Antisemitismus**

Dazu schreibt der deutsch-jüdische Historiker Martin Brenner:

Wie kann man sich die Entstehung all dieser irrationalen Angstszenerien erklären? Die europäische Gesellschaft durchlief in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine rapide Transformation, die für viele Menschen Unsicherheiten und Ängste mit sich brachte. Ihr angestammter Platz in der Gesellschaft wurde durch Verlust des Arbeitsplatzes oder Umzug in die Städte infrage gestellt. Große Teile der Bevölkerung wurden proletarianisiert. In diesem fundamentalen Wandel der europäischen Gesellschaft gehörten die Juden zu den Aufsteigern. Ihnen war traditionell der unterste Platz in einer christlich definierten Gesellschaft zugeordnet gewesen; nun wurden sie zu gleichberechtigten Bürgern. Die Berufe, in die sie seit dem Mittelalter zwangsweise gedrängt wurden, wie Handel und Geldverleih, erwiesen sich als Vehikel des wirtschaftlichen Aufstiegs. Innerhalb kurzer Zeit war der jüdische Nachbar nicht mehr jemand, auf den selbst ein Mensch aus der untersten Schicht der christlichen Gesellschaft herabblicken konnte. Dass die weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung zählende jüdische Gemeinschaft weder in Deutschland noch in Frankreich eine kollektive Bedrohung darstellte, ja, dass sie sich in keiner Weise als geschlossene Gesellschaft definierte, zählte nicht. Sie brauchten keinen neuen Sündenbock für wirtschaftliche Probleme und soziale Ungerechtigkeiten zu finden, sondern konnten die alten religiösen Vorurteile auf eine neue pseudowissenschaftliche Grundlage stellen, für die der im 19. Jahrhundert entstandene Rassismus die Schlagworte lieferte. Nicht der Glaube, sondern das Blut zählte nun. Wie sehr man sich auch an die deutsche oder französische Umgebung assimilierte oder sogar die Religion wechselte – wenn die Juden einmal zur Rasse erklärt wurden, machte all dies keinen Unterschied mehr.

Michael Brenner, Kleine jüdische Geschichte, München 2019, S. 231f.

- ▶ Arbeiten Sie die Argumentation Brenners heraus. Wie erklärt der Geschichtswissenschaftler den zunehmenden Antisemitismus?

Über den hohen Stellenwert des Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich für die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland finden Sie eine Darstellung mithilfe von Mediacode 32072-365.

**M13 Patriotischer Aufbruch**

Unabhängig von ihrer Haltung zu Fragen der jüdischen Identität teilen die deutschen Juden das „Augusterlebnis“. Die Zeitungen der nationaldeutschen Juden (C.V.) wie der Zionisten und weitere jüdische Verbände rufen dazu auf, sich freiwillig zu melden.

**a) Aufruf des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in seiner Zeitschrift „Im deutschen Reich“ vom 7. August 1914:**

Aufruf! An die deutschen Juden! In schicksalsernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich. Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellet Euch durch persönliche Hilfeleis-

tung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!

Online verfügbar unter: <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical> [Zugriff: 28.12.2024]

**b) Enttäuschter Patriotismus**

Aus einem Tagebucheintrag des Unteroffiziers Julius Marx am 8. Oktober 1914:

Seit einiger Zeit kann ich es ja mit Händen greifen, dass man mich als Juden scheel ansieht. Bei Kriegsbeginn schien jedes Vorurteil verschwunden, es gab nur noch Deutsche. Nun hört man wieder die alten verhalten Redensarten. Und plötzlich ist man einsam inmitten von Kameraden, deren Not man teilt, die einem ans Herz gewachsen sind, mit denen man für die gemeinsame Sache marschiert.

Zitiert nach: Rolf Kießling, Jüdische Geschichte in Bayern 2019, S. 487

**c) Jüdische Rundschau, 7. August 1914:**

**Deutsche Juden!**

Wir rufen Euch auf, im Sinne des alten jüdischen Pflichtgebots mit ganzem Herzen, ganzer Seele und ganzem Vermögen Euch dem Dienste des Vaterlandes hinzugeben.

Der Reichsverein der Deutschen Juden      Zionistische Vereinigung für Deutschland

- Zeigen Sie den ungleichmäßigen Modernisierungsprozess in Hinblick auf die Situation von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern anhand des Ersten Weltkrieges auf.



366

### 3.3 Beiträge von Jüdinnen und Juden zu Modernisierungsprozessen

Von 1900 bis 1932 war ein Viertel der deutschen Nobelpreisträger Juden, was deren Anteil an der Bevölkerung bei weitem übersteigt. Auch die Mitwirkung von Jüdinnen und Juden in Politik und Kultur verdeutlicht das Bestreben, sich eifrig und nützlich in die Gesellschaft einzubringen und Modernisierungsprozesse mitzugestalten.

Alternativ zum Verfassen eines informierenden Textes durch eine jede Schülerin/einen jeden Schüler können Sie im Kurs auch einen **kleinen Sammelband** erstellen. Teilen Sie sich hierzu ausgewählte biografische Beispiele untereinander auf.

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Deutsches Kaiserreich
- ▶ Weimarer Republik
- ▶ Industrialisierung
- ▶ 1918 Novemberrevolution
- ▶ Weimarer Reichsverfassung

#### Lernaufgabe

Analysieren Sie mittels der folgenden Aufgaben den Beitrag von Jüdinnen und Juden zu Modernisierungsprozessen im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik und verfassen Sie hierzu einen **informierenden Text** unter besonderer Berücksichtigung von biografischen Beispielen.

1. Recherchieren Sie arbeitsteilig zu ausgewählten Biografien von in den INFO-Texten namentlich genannten Jüdinnen und Juden. Stellen Sie sich Ihre Ergebnisse gegenseitig vor.
2. Beurteilen Sie davon ausgehend die Bedeutung von Jüdinnen und Juden für die Entwicklungen in Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur.
3. Überprüfen und ergänzen Sie Ihr Urteil mit den geschichtswissenschaftlichen Texten **M5**.



#### INFO 1: Wissenschaften

Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sank trotz der Zuwanderung von knapp 80 000 ausländischen Jüdinnen und Juden von 1,25 Prozent im Jahr 1871 (512 000) auf 0,77 Prozent (499 700 Personen) im Jahr 1933. Dennoch war der Beitrag der eigentlich verschwindend kleinen jüdischen Minderheit zu den in dieser Zeit stattfindenden Modernisierungsprozessen beachtlich. Ihre Erfahrungen in Handel und Finanzwesen, ihre transnationalen, familiär gestützten Netzwerke, ihre räumliche und berufliche Mobilität sowie ihr Streben nach Bildung befähigten insbesondere die jüdische Ober- und Mittelschicht, innerhalb von zwei Generationen vom Rand in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft aufzusteigen. Ein ungewöhnlich hoher Anteil ihrer Söhne besuchte Realschulen oder Gymnasien und studierte. Da ihnen Karrieren in Staatsdienst und Militär weiterhin erschwert wurden, ergriffen viele von ihnen die für die Moderne typischen freien Berufe und wurden Ärzte, Rechtsanwälte und Journalisten oder gingen in die Forschung.

Bereits die Tatsache, dass etwa ein Drittel aller deutschen Nobelpreisträger bis 1933 Juden waren, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf ihre Bedeutung in der modernen Forschung und Wissenschaft. Albert Einstein (1879–1955) und Max Born (1882–1970) revolutionierten beispielsweise die Physik, Otto Meyerhof und Otto H. Warburg leisteten in der modernen Medizin Herausragendes.

Auch in den neu aufkommenden und für die Moderne charakteristischen neuen Sozialwissenschaften waren Jüdinnen und Juden innovativ. Sigmund Freud forschte und lehrte zwar in Österreich, beeinflusste aber auch die Wissenschaft der Psychoanalyse

in Deutschland. Der in Heidelberg und Frankfurt lehrende Soziologe Karl Mannheim untersuchte, ob und wie „Weltsichten“ von gesellschaftlichen Verhältnissen abhängig sind. Der aus einer Fabrikantenfamilie stammende Sozialphilosoph Max Horkheimer analysierte den Zusammenhang von bürgerlich-kapitalistischer Wirtschaftsordnung und dem nach dem Ersten Weltkrieg in Europa aufkeimenden Faschismus.

### INFO 2: Wirtschaft und Industrialisierung

Gut die Hälfte der Jüdinnen und Juden war im Handel tätig. Jüdische Firmen wie Tietz, Wertheim oder Schocken revolutionierten den Einzelhandel mit Kauf- und Warenhäusern, die alle Waren unter einem Dach anboten und zu einem wichtigen Element des modernen Massenkonsums wurden.

Einzelnen gelang die Gründung von Fabriken und damit der Einstieg in den Industriesektor. Jüdische Unternehmer wie Emil Rathenau, der Gründer der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“, AEG, und jüdische Erfinder wie der Chemiker Fritz Haber, der die Grundlagen für die Massenproduktion des künstlichen Stickstoffdüngers und damit für eine bis dahin undenkbare Steigerung der Agrarerträge gelegt hatte, waren als Pioniere führend am Aufstieg Deutschlands zur drittgrößten Industrienation beteiligt. Und auch im Bank- und Finanzwesen, das unerlässlich war, wenn es darum ging, große Geldmengen für Investitionen in innovative Betriebe zu beschaffen, waren Juden weiterhin eine Größe. Um 1900 waren rund 37 Prozent der Inhaber und Direktoren privater Banken Juden. Viele Juden stiegen auch als „leitende Angestellte“ in die Vorstände und Aufsichtsräte großer Aktienbanken und Industriekonzerne auf und förderten mit ihren finanz- und kreditpolitischen Entscheidungen den Weg der deutschen Wirtschaft in die Moderne.

### INFO 3: Politik

Nicht zu übersehen war auch der jüdische Beitrag zum modernen politischen Leben. Viele Jüdinnen und Juden waren in der SPD heimisch geworden, die jede Form von Antisemitismus verurteilte. Jüdische Politikerinnen und Politiker wie Rosa Luxemburg, Kurt Eisner oder Walther Rathenau wirkten an prominenter Stelle mit beim Übergang vom Deutschen Kaiserreich zur Weimarer Republik im Umfeld der Novemberrevolution 1918 und übernahmen politische Verantwortung für die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens und des Versailler Vertrages. Der Staatsrechtler Hugo Preuß wurde zum prägenden „Vater“ der Weimarer Reichsverfassung, mit der sich die Weimarer Republik in die Reihe der modernen westlichen Republiken USA, Großbritannien und Frankreich eingliederte.

Nicht zu vergessen ist der Anteil jüdischer Frauen wie Fanny Lewald, Bertha Pappenheim, Alice Bensheimer, Alice Salomon und Henriette Fürth (geb. Katzenstein) an der Frauenbewegung, die sich für mehr Rechte ihrer Geschlechtsgenossinnen in Familie, Beruf, Gesellschaft und Politik einsetzten, aber auch Friederike Kempner, die sich für die Abschaffung der Einzelhaft für zu lebenslanger Haft Verurteilte engagierte.



### M1 Werbeplakat für die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ (AEG)

Illustration von Louis Schmidt, 1888.

Das Unternehmen AEG wurde von dem deutsch-jüdischen Industriellen Emil Rathenau gegründet. Es baute die ersten Elektrizitätswerke und Hochspannungsleitungen in Deutschland.

- ▶ Beschreiben Sie das Plakat.
- ▶ Interpretieren Sie die einzelnen Bildbestandteile.





Zu einer Webseite mit jüdischen Persönlichkeiten, die Deutschland geprägt haben, führt Mediencode 32072-369.

**INFO 4: Kunst, Literatur und Publizistik**

Insbesondere in der **Weimarer Republik**, deren Verfassung ihre lang ersehnte rechtliche Gleichstellung vollendete, beteiligten sich Jüdinnen und Juden am kulturellen Aufbruch in die weltoffene, experimentierfreudige und freizügige Moderne. Kulturschaffende wie die Schriftstellerin Else Lasker-Schüler und die Autoren Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger und Kurt Tucholsky, die Schauspielerinnen Elisabeth Bergner und Therese Giehse, der Architekt Erich Mendelsohn, der Regisseur Max Reinhardt und der österreichische Tenor Richard Tauber prägten das kulturelle Leben. Kurt Weill feierte mit der Musik zu Bertolt Brechts „Die Dreigroschenoper“ einen Welterfolg. Der Maler Max Lieberman ebnete der Malerei den Weg in die Moderne, der Regisseur Ernst Lubitsch dem deutschen Film. Fotomontagen wurden prominent durch John Heartfield als künstlerisches Ausdrucksmittel entdeckt.

Hervorzuheben ist auch der jüdische Beitrag zur Entwicklung der modernen Massenmedien in Gestalt jüdischer Zeitungsverlage wie Ullstein, Mosse oder der renommierten „Frankfurter Zeitung“, aber auch der Buch- und Zeitschriftenverlage wie Fischer und Ullstein-Propyläen.

15

- ▶ Gestalten Sie eine Mindmap zu den Beiträgen von Jüdinnen und Juden zu Modernisierungsprozessen im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik.



32072-370



**M2 „Deutschland, Deutschland über alles“**

Titelbild mit einer Illustration von John Heartfield, 1929.

Bei diesem Band arbeiteten die beiden deutsch-jüdischen Künstler Kurt Tucholsky und John Heartfield (der bis 1916 Helmut Herzfeld hieß) zusammen. Sie wollten im Jahr der beginnenden Weltwirtschaftskrise die Wählerinnen und Wähler auf die großen Missstände in der deutschen Gesellschaft und Politik, wie zum Beispiel Militarismus, Nationalismus, soziales Unrecht und Missstände in Politik und Justiz, hinweisen.

- ▶ Analysieren Sie die Gestaltung des Titelbildes.
- ▶ Beurteilen Sie seine Wirkung.



32072-371





### M3 Beispiel eines jüdischen Wissenschaftlers – Fritz Haber

Über den Chemiker Fritz Haber (1868–1934) schreibt die Wissenschaftshistorikerin Ute Deichmann:

- Habers Erfolge als auch sein Scheitern weisen bei allem, das ihn individuell auszeichnete, einige typische Charakteristika der Biographie sowie der Forschung jüdischer Wissenschaftler in Deutschland auf. Wie die meisten deutsch-jüdischen Wissenschaftler hatte Haber, politisch gesehen, eine deutsche Identität. Darüber hinaus war er wie viele [...] seiner jüdischen Kollegen deutscher Patriot, was in seinem Motto „Im Krieg dem Vaterland, im Frieden der Menschheit“ sowie seinem patriotischen Verhalten während des Ersten Weltkriegs und in der Weimarer Republik zum Ausdruck kommt. [...]
- In sozialer und wissenschaftlicher Hinsicht wiesen Habers Laufbahn und Arbeit dabei Eigenschaften auf, die insbesondere bei deutsch-jüdischen Wissenschaftlern seiner Zeit verbreitet waren. Dazu gehört ein kommerzieller sozialer Hintergrund – nichtjüdische Kollegen stammten überwiegend aus der gebildeten Mittelschicht. [Das] Chemiestudium [war] ein von jüdischen Studenten häufig gewählter Zugang zur akademischen Welt, und jüdische Chemiker arbeiteten auch in großer Zahl in der Industrie. [...] Habers breites Wissensspektrum über Disziplingrenzen hinweg, seine große Entschlossenheit und viele internationale und interdisziplinäre Kontakte waren ebenfalls typisch für jüdische Kollegen seiner Zeit. Natürlich waren die Charakteristika auch bei nichtjüdischen Kollegen anzutreffen, wenn auch in dieser Kombination seltener.

Ute Deichmann, Kultur und Identität in der Wissenschaft. Der Beitrag jüdischer Forscher zur internationalen Bedeutung deutscher Naturwissenschaft – ein jüdischer Beitrag?, in: Elke Kotowski (Hrsg.), Das Kulturerbe deutschsprachiger Juden. Eine Spurensuche in den Ursprungs-, Transit- und Emigrationsländern, Berlin 2014, S. 215

- Zeigen Sie auf, inwiefern Fritz Habers Werdegang typisch war für einen jüdischen Wissenschaftler.



### M4 „Einsteinturm“ in Potsdam

Auf Anregung des Physikers und Nobelpreisträgers Albert Einstein wurde dieser Turm 1919–1922 von Erich Mendelsohn, ebenfalls ein Deutsch-Jude, errichtet. Er diente als vertikales Teleskop zur Beobachtung der äußeren Sonnenatmosphäre und experimentellen Überprüfung der Relativitätstheorie. Gleichzeitig ist er mit seinem expressionistisch-organischen Baustil ein Beispiel für das kreative Schaffen des Architekten.



### M5 Leistungen von Jüdinnen und Juden

#### a) Wo deutsche Jüdinnen und Juden in Kultur und Wissenschaft Herausragendes geleistet haben, berichtet die Historikerin Centa Büttner:

Diese Einrichtungen zeugten von der verstärkten Besinnung, ja dem gewachsenen Stolz der Juden auf ihre eigene Kultur. Mit ihr wollten sie an der vielfältigen deutschen Kultur teilhaben, der sich die meisten, mit Ausnahme der kleinen Schar palästinazentrierter Zionisten, eng verbunden fühlten. Die jüdischen Schulen wurden bevorzugt von ostjüdischen Kindern besucht. Deutsch-jüdische Kinder gingen überwiegend in die allgemeinen Schulen. An den höheren Schulen, unter den Abiturienten und Studierenden waren junge Juden stark überrepräsentiert. In der Wissenschaft, besonders auch in den modernen Fächern wie Soziologie, Psychologie und Psychoanalyse, sowie im Kulturleben der Weimarer Republik spielten Juden eine hervorragende Rolle. Fünf der neun in dieser Zeit an deutsche Gelehrte verliehene Nobelpreise gingen an Juden: die Physiker Albert Einstein (1921), James Franck und Gustav Hertz (gemeinsam 1925), den Biochemiker Otto Meyerhof (1922) und den Physiologen Heinrich Warburg (1931).

20 Von den vielen namhaften jüdischen Künstlern können nur wenige stellvertretend genannt werden: die Dichter und Dichterrinnen Vicki Baum, Ferdinand Bruckner, Alfred Döblin, Lion Feuchtwanger, Else Lasker-Schüler, Carl Sternheim, Ernst Toller, Kurt Tucholsky, Friedrich Wolf, Arnold Zweig; die Regisseure Max Reinhardt, Leopold Jessner; die Schauspielerinnen und Schauspieler Elisabeth Bergner, Ernst Deutsch, Therese Giehse, Fritz Kortner, Fritzzi Massary, Max Pallenberg; die Komponisten Arnold Schönberg, Paul Dessau, Hanns Eisler, Kurt Weill; die Dirigenten Otto Klemperer und Bruno Walter; berühmte Solisten wie Fritz Kreisler (Violine), Arthur Schnabel (Klavier), Joseph Schmidt (Tenor) und Richard Tauber (Tenor). Auch als Verleger, Galeristen, Kritiker, Mäzene und kunstbegeisterte Besucher trugen 35 Juden viel zum kulturellen und intellektuellen Reichtum der Weimarer Republik bei. Eine herausragende Stellung hatten insbesondere der S. Fischer Verlag und der Ullstein-Verlag mit dem angeschlossenen Propyläen-Verlag inne, im Pressesektor neben Ullstein außerdem die Verlage von Rudolf Mosse und der Frankfurter Zeitung. Als Förderer des Expressionismus traten die Verlage von Paul Cassirer und Bruno Cassirer sowie Herwarth Walden mit seiner Zeitschrift *Der Sturm* und einer gleichnamigen Galerie hervor. Wichtige überregionale Tageszeitungen wurden von Juden herausgegeben oder von jüdischen Chefredakteuren geleitet. Von einer beherrschenden Stellung der Juden auf kulturellem Gebiet konnte dennoch keine Rede sein. Aber den Antisemiten reichten solche Listen, um ihre paranoiden 50 Vorstellungen über die „Überfremdung“ und „Zersetzung“ der deutschen Kultur bestätigt zu finden.

Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933, Stuttgart 2008, S. 291f.

**b) Über die dafür vorhandenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schreibt der Historiker Michael Wolffsohn:**

Juden und Innovation: Nicht nur in Deutschland und nicht nur damals ist die Verbindung auffallend. Zufall? Keineswegs. Lange Zeit waren alle Position, erst recht Spitzenpositionen, in etablierten Fachrichtungen und 5 Berufen „besetzt“. Nur dem traditionellen, sprich: nicht-jüdischen Nachwuchsreservoir war Aufstieg vorbehalten. Manchmal amtlich, manchmal informell, stets wirksam. Um aufzusteigen, mussten „die“ Juden neue Wissens- und Wirtschaftsbereiche entdecken oder entwickeln. Sie waren somit funktional unverzichtbar. Nur Leistung und „Lieferung“, nicht die Herkunft zählte auf dem neuen Gebiet. Ähnlich wie bei Musiksolisten. Wer

gute Musiker sucht, braucht gute Musiker, selbst wenn es Marsmenschen oder Juden wären.

Michael Wolffsohn, Eine andere jüdische Weltgeschichte, Freiburg im Breisgau 2022, S. 63

**c) Die Schriftstellerin Ruth Gay schreibt in ihrem Band „Geschichte der Juden in Deutschland“:**

Die meisten deutschen Juden blieben in den Jahren der Weimarer Republik weiterhin der westlichen Kultur ihrer Umgebung verpflichtet. Sie fanden auch neue 5 Betätigungsmöglichkeiten im Bereich der Kultur, die für ihre Väter so gut wie unvorstellbar, zumindest aber höchst ungewöhnlich gewesen wären. Albert Einstein (der 1914 aus dem selbstgewählten Exil nach Deutschland zurückgekehrt war) erhielt 1921 den Nobelpreis für Physik. Und die fähigsten und wagemutigsten unter den deutschen Juden besetzten schon bald führende Positionen 10 in den freien Berufen und im Bereich der Kunst. Im Kaiserreich waren zwölf Prozent aller Dozenten, die an den Universitäten lehrten und – im Allgemeinen aussichtslos – auf eine Professur warteten, Juden; der Anteil der Juden unter den ordentlichen Professoren betrug magere drei Prozent. Wenn man allerdings die getauften Juden hinzuzählt, erhöhen sich die Zahlen beträchtlich: neunzehn Prozent bei den Dozenten und sieben Prozent bei den Professoren.

All dies veränderte sich nun. Ernst Cassirer, Kulturhistoriker [...] jüdischer Herkunft, erhielt 1919, als er bereits 15 fünfundvierzig Jahre alt war, endlich einen Lehrstuhl an der neuen Universität Hamburg. [...] Andere kamen hinzu. Doch ein erheblicher Teil der ergiebigsten wissenschaftlichen Arbeit wurde außerhalb der Universitäten geleistet, besonders an den mit privaten Stiftungsgeldern geförderten Instituten, von denen mehrere von jüdischen Philanthropen<sup>1</sup> finanziert wurden und die unter ihren Mitarbeitern einige der brilliantesten Köpfe 20 hatten, die das Land aufbieten konnte.

Ruth Gay, Geschichte der Juden in Deutschland, Von der Römerzeit bis zum Zweiten Weltkrieg, München 1993, S. 233

► Beurteilen Sie die Bedeutung von Jüdinnen und Juden für die kulturelle, wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung insgesamt.



<sup>1</sup> Philanthrop (griech.: Menschenfreund): jmd., dessen Denken und Handeln auf individuelle Wohltätigkeit und (finanzielle) Unterstützung des Gemeinwohls ausgerichtet ist.

### M6 War die Integration eine Illusion?

Der Religionsphilosoph Martin Buber (1878–1965) kann 1938 nach Jerusalem entkommen. Dort verfasst er 1939 den Essay „Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose“. Darin heißt es:

In unserer Galuth-Geschichte [Geschichte des jüdischen Exils] trägt jede fest und dauerhaft scheinende Lage den Keim der Zerstörung und Zersetzung in sich. [...] Aber wir fallen immer wieder in die Illusion, diesmal sei es endgültig, eine Illusion, die man freilich nicht einfach mit der verächtlichen Bezeichnung „Assimilation“ abtun darf, denn neben äußerer Anpassung gibt es doch immer wieder die Erscheinung einer echten, gewachsenen Verbundenheit mit Erde und Kultur, einer zwar in sich problematischen, aber doch existentiellen, in die Tiefen unserer Existenz reichenden Synthese, deren Ende den Charakter der Zerreißung eines organischen Zusammenhangs hat. [...]

Der merkwürdigste und bedeutsamste Fall dieser Art war jene Entwicklung der deutschen Judenheit seit ihrer Emanzipation, die jetzt durch einen Eingriff des Wirtschaftes oder richtiger des Wirtschaftsstaates ihren Abschluss gefunden hat, – einen Eingriff, der sich freilich in der automatischen Gründlichkeit seiner Vernichtungstat, in seiner ausgerechneten Raserei seltsam genug in der Geschichte der abendländischen Menschheit im 20. christlichen Jahrhundert ausnimmt. Die kurze Produktivität der deutsch-jüdischen Begegnung [...], deren Blüte kaum ein halbes Jahrhundert dauerte, war eine echte und naturhafte. [...] Es gibt kein Gebiet deutscher Existenz, in dem in diesem Zeitalter nicht jüdische Menschen führend mitgewirkt hätten, wertend, ordnend, deutend, lehrend, gestaltend. Das war kein parasitäres Dasein; ganzes Menschentum wurde eingesetzt und trug seine Frucht.

Martin Buber, Das Ende der deutsch-jüdischen Symbiose, in: Deutschtum und Judentum. Ein Disput unter Juden aus Deutschland, hrsg. von Christoph Schulte, Stuttgart 1993, S. 150 ff.

1. Arbeiten Sie heraus, was Buber mit der „Zerreißung eines organischen Zusammenhangs“ (Z. 12/13) meint.
2. Beurteilen Sie mit dem Textauszug als Grundlage, ob die Integration eine Illusion war.



### M7 Heutige Relevanz

Unter der Fragestellung „Wie jüdisch waren Deutschlands Juden?“ schreibt der deutsch-jüdische Historiker Michael Brenner in einem Online-Artikel:

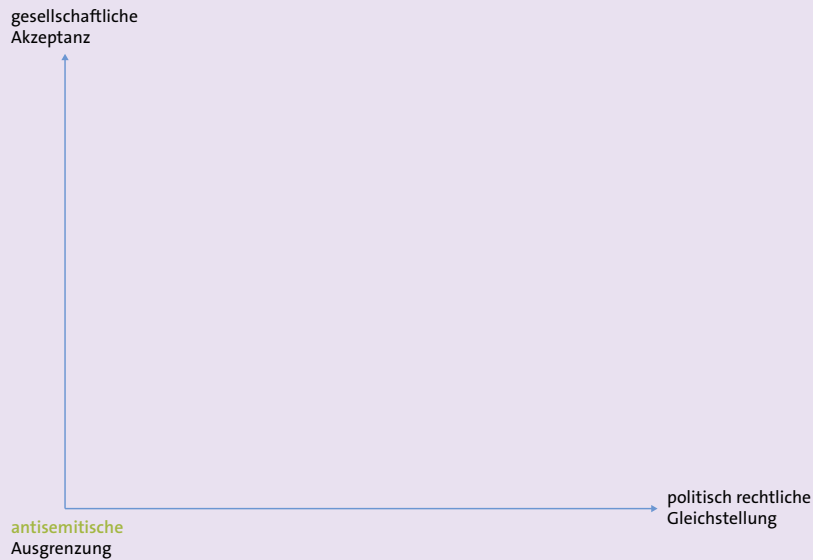
[...] Bei allen geschichtlichen Differenzen zur heutigen Zeit gibt es auch ganz entscheidende Parallelen zur heutigen Situation. Die Juden in der Diaspora haben sich, unter gewiss veränderten – und teilweise tragisch veränderten – Umständen, weiterhin mit der Frage auseinandergesetzt, [...] was es bedeutet, als Jude in einer modernen Welt zu leben. Mit anderen Worten: Wie kann ich meiner Herkunft mehr als nur nominell treu bleiben und dennoch ein völlig integraler Bestandteil einer Gesamtgesellschaft sein? Hier sei ein letztes Mal Franz Rosenzweig zitiert, der ganz bewusst unter Benutzung eines antisemitischen Terminus sagte: „Die Verjudung hat aus mir keinen schlechteren, sondern einen besseren Deutschen gemacht.“ Dies ist freilich in einer von vornherein bunt zusammengewürfelten Gesellschaft wie etwa der amerikanischen einfacher möglich als in den europäischen Nationalstaaten. Doch stellt sich die Frage heute auch für die deutsche Gesellschaft: Inwieweit kann und darf der Andere auch anders sein und dennoch Deutscher werden oder bleiben? Diese Herausforderung wurde zuletzt im Kontext der Neuregelung des Staatsbürgerrechts im vergangenen Jahr allzu deutlich. Viele der Fragen, die sich zu Beginn des vorigen Jahrhunderts in Bezug auf die Integration und Duldung einer jüdischen Minderheit ergaben, stellen sich heute für andere, größere Minderheiten, wie etwa die türkische bzw. muslimische. Darf auch diese, selbst wenn sie stark säkularisiert sein sollte, ihre kulturelle Identität nur aus einer religiösen Minderheitenposition beziehen oder sind heute auch andere Definitionsmuster legitim? Es bleibt zu hoffen, dass am Beginn eines neuen Jahrhunderts auch neue Antworten auf eine in der deutschen Geschichte alte Frage gefunden werden.

Michael Brenner, Wie jüdisch waren Deutschlands Juden? Die Renaissance jüdischer Kultur während der Weimarer Republik, veröffentlicht auf der Internetseite der Friedrich Ebert Stiftung 2000 [https://library.fes.de/fulltext/historiker/00805002.htm#E9E3, Zugriff: 28.12.2023]

1. Fassen Sie zusammen, welche Herausforderungen sich für Jüdinnen und Juden hinsichtlich ihrer kulturellen Identität stellen.
2. Beurteilen Sie, warum die Integration – wie Brenner schreibt – in den europäischen Nationalstaaten leichter ist als in der amerikanischen Gesellschaft.



## Jüdisches Leben zwischen Emanzipation und Ausgrenzung



A

Verwenden Sie bei der Bearbeitung von Aufgabe 2 – soweit relevant – die folgenden Grundlegenden Daten und Begriffe:

1789 Beginn der Französischen Revolution • 1806 Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation • 1848/49 Revolution in Deutschland • 1871 Deutsche Reichsgründung • 1914–1918 Erster Weltkrieg • 1918 Novemberrevolution • 1923 Krisenjahr der Weimarer Republik • 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise • Antisemitismus • Aufklärung • Bismarck • Bürger • Bürgertum • Deutsches Kaiserreich • Ghetto • Industrialisierung • Judentum • Menschenrechte • Migration • Napoleon • Parlament • Reichstag • Weimarer Republik • Weimarer Reichsverfassung



32072-316

1. Bilden Sie zu jedem der folgenden vier Themen eine Arbeitsgruppe:
  1. Jüdinnen und Juden in Bayern vom 18. Jahrhundert bis zur **Deutschen Reichsgründung 1871**
  2. Jüdinnen und Juden in einem europäischen Land seit dem 18. Jahrhundert
  3. Jüdinnen und Juden im **Deutschen Kaiserreich**
  4. Jüdinnen und Juden in der **Weimarer Republik**
2. Ordnen Sie die jeweilige Situation von Jüdinnen und Juden in das Koordinatensystem zwischen antisemitischer Ausgrenzung, gesellschaftlicher Akzeptanz und politisch-rechtlicher Gleichstellung begründet ein. Berücksichtigen Sie in ihrer differenzierten Argumentation insbesondere folgende Gesichtspunkte:
  - Thema 1 und 2: Möglichkeiten und Grenzen der gesellschaftlichen und politisch-rechtlichen Gleichstellung von Jüdinnen und Juden
  - Thema 3 und 4: Die Situation der Jüdinnen und Juden als Beispiel eines ungleichmäßigen Modernisierungsprozesses

B

**M1 „Napoleon stellt den Kult der Israeliten wieder her“**

Kolorierter Kupferstich von François Louis Couché, 1806.



3. Beschreiben Sie die Darstellung.

4. Ordnen Sie das Thema des Bildes in das Verhältnis von französischem Staat und Jüdinnen und Juden ein.



C

**M2 Vorbehalte gegen eine rechtliche Gleichstellung**

a) Der bayerische König Max II. Joseph beauftragt Anfang 1819 das Innenministerium mit Vorbereitungen zu einem Gesetz, das Jüdinnen und Juden Gleichberechtigung geben sollte. Danach entsteht eine hitzige, kontroverse öffentliche Diskussion. Neben Befürwortern melden sich auch solche zu Wort, die gegen das Vorhaben waren oder zumindest Vorbehalte haben. So äußert der Erlanger Volkswirtschaftler Michael Alexander Lips:

Ein Teil derselben [der Jüdinnen und Juden] wird vermöge seiner Kenntnisse und Bildung sogleich zu andern Geschäften überzugehen bereit und im-

stande sein, und diesem müsste das vollkommenste Staatsbürgerrecht offenstehen; bei einem andern wird nicht ohne politischen Zwang verfahren werden können; und bei noch andern würde politischer Zwang nicht ohne Ungerechtigkeit angewandt werden. [...] Diesen älteren Teil der lebenden Generation werden wir also größtenteils müssen treiben lassen, was er bisher getrieben, und dabei nur durch Vollziehung der vorhandenen Gesetze zu hindern haben, dass er bei diesem Geschäft so wenig als möglich schädlich wird.

Hannes Ludyga, Die Rechtsstellung der Juden in Bayern von 1819 bis 1918. Studie im Spiegel der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags. Berlin 2007, S. 91f.

C

## b) Hep-Hep-Unruhen

Nachkolorierte Radierung, 1819.

Nachdem der Landtag zwar eine rechtliche Besserstellung von Jüdinnen und Juden abgelehnt hatte, entzündeten sich in mehreren Städten im Deutschen Bund – ausgehend von Würzburg – antijüdische Krawalle, die sogenannten Hep-Hep-Unruhen. Woher sich der Ruf, nach dem die Angriffe benannt sind, ableitet, ist nicht sicher geklärt.



5. Ordnen Sie a) und b) in die Situation der Jüdinnen und Juden im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Bayern ein.
6. Bewerten Sie die Äußerung von Lips vor dem Hintergrund unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

D

## M3 „Rasse“ und Nation

Der deutsch-jüdische Philosoph Heymann Steinthal schreibt am 3. Oktober 1890 an seinen Kollegen Gustav Glogau:

Der Jude kann nicht Unteroffizier sein, sagt Treitschke, nun denn nicht. Was kann er denn sein? Nun niemand kann ihm wehren, ein tüchtiger Mensch zu sein. So mag er streben, ein solcher zu werden. Ich denke hierüber kühler als die meisten Juden. Berthold Auerbach, stolz darauf von Jakob Grimm als deutscher Dichter anerkannt zu sein, erträgt es sehr schmerzhaft, dass man ihn von antisemitischer Seite nicht als Deutschen, sondern als Semiten ansah. Mir kann das gleich sein. Welcher Rasse ich angehöre, und ob es Rassen gibt, das möchte [Rudolf] Virchow, Johannes Ranke<sup>1</sup> usw. entscheiden, welcher Nation ich angehöre, das ist ganz

und gar meine Sache. Und was mir leid tut, wenn man mich nicht als Deutschen anerkennen will, das ist bloß, dass sich darin völlig undeutsche Gesinnung kund gibt. Lessing war Christ, er selbst hätte sich entschieden als Christ bekannt. Mendelssohn war Jude, beide waren sie echt deutsch.

Zitiert nach: Franz Kobler (Hrsg.), Juden und Judentum in deutschen Briefen aus drei Jahrhunderten, Königstein/Ts. 1984, S. 351f.

7. Arbeiten Sie anhand des jüdischen Selbstzeugnisses exemplarisch die Stellung jüdischer Bürgerinnen und Bürger in Preußen heraus.
8. Erläutern Sie davon ausgehend Kennzeichen des modernen Antisemitismus, der angesprochen wird.

<sup>1</sup> Beide Ärzte und Anthropologen



## E

**M4 Jüdische Stimmen gegen den Antisemitismus**

**a) Der jüdische Deutsche Ludwig Victor schreibt 1895 in der Zeitschrift „Im deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens“:**

[...] Die Judenfrage<sup>2</sup> ist keine Parteifrage, sondern eine Rechtsfrage.

Jeder Bürger, der seine moralischen und materiellen Pflichten im Staate erfüllt, muss auch den Schutz der Gesetze genießen und muss die gleichen Anrechte auf die Wohltaten des Staates haben. Ein Bürger, der seine Pflichten verletzt, wird vom Staatsgesetze zur Rechenschaft gezogen. Dieser Grundsatz gilt für Alle. Jeder Versuch, diese Grundlage der Rechtsgleichheit zu erschüttern oder zu verletzen, ist ein Verrat an der Verfassung des deutschen Reiches. Die Verfassung aber hat nur dem Ausdruck gegeben, was dem Geiste des Jahrhunderts, der Höhe unserer Bildung entspricht.

Der Antisemitismus aber und seine Anhänger begehen diesen Verrat täglich; sie haben es zu Wege gebracht, das bürgerliche Pflichtgefühl vieler deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu beunruhigen, und das ist das verhängnisvollste Ergebnis ihrer Agitation, der beklagenswerteste Erfolg dieser traurigen Bewegung.

Wir dürfen uns die Freude an unserm deutschen Vaterlande durch den brutalen Gegner nicht verkümmern lassen; wir dürfen uns das Glück, das uns durch den Anteil an der nationalen Bildung eines großen Volkes geworden, nicht zerstören lassen.

Ludwig Victor, Unsere Stellung, in: Im deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens, 1895/1, S. 5f. online unter: <http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2317255>

<sup>2</sup> „Judenfrage“: Zur Kaiserzeit wurde dieser Begriff noch ohne negativen Beiklang verwendet, sondern erst von den Nationalsozialisten.

**b) Ludwig Bamberger, nationalliberaler Politiker und Bankier, schreibt in seiner Schrift „Deutschtum und Judentum“ 1880:**

Mit keinem Volk haben die Juden sich auch nur entfernt so eng zusammengelebt, man könnte sagen identifiziert, wie mit den Deutschen. Sie sind germanisiert, nicht bloß auf deutschem Boden, sondern weit über Deutschlands Grenzen hinaus. [...] Die europäischen Juden sind mit keiner Sprache so verwachsen wie mit der deutschen, und wer Sprache sagt, sagt Geist. [...] Bedenkt man, durch welche besonderen Härten den Juden das Leben in Deutschland schwer gemacht worden ist und zum Teil noch schwer gemacht wird, und wie sie dennoch zu allen Zeiten sich in Deutschland behaupteten, so wird man zu der Vermutung gedrängt, dass gemeinsame Berührungspunkte im Grundcharakter es bewirkt haben müssen, Deutschland und deutsches Wesen besonders anziehend für die Juden wie auch die Juden zur Ergänzung des deutschen Wesens besonders nützlich zu machen. [...] Die Gleichheit des Rechtes ist in Deutschland wohl für den Verstand, aber noch nicht für das unmittelbare Gefühl durchgedrungen, und man könnte, den Gedanken noch weiter verfolgend, leicht nachweisen, wie die kaum vollzogene Emanzipation der deutschen Nation selbst auch die Hindernisse erklärt, mit welchen die Emanzipation der Juden zu kämpfen hat.

Zitiert nach: Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1861–1945, hrsg. von Achim von Borries, mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer, Frankfurt am Main 1988, S. 24

9. Bei diesen beiden Texten werden sowohl der „aufgeklärt-etatistische“ als auch der „revolutionär-liberale“ Ansatz für eine Verbesserung der Stellung von Jüdinnen und Juden thematisiert. Erläutern Sie die jeweiligen Begriffe.

10. Vergleichen Sie die Äußerungen zum Verhältnis von „Deutschtum“ und Judentum.



3 2072-380



#### Provokation

Foto von Mary Evans von 1932. Schläger der SA auf dem Lastwagen provozieren Anhänger des republiktreuen „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“. Gegen die Gewalt der NSDAP erwies sich der 1924 von SPD, Zentrum und DDP gegründete Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik machtlos, obwohl dieser nach eigenen Angaben 1932 über drei Millionen Mitglieder zählte und damit weit größer war als die SA mit damals 220 000 Mitgliedern.

#### Szene einer Reichstagsitzung

Foto von 1935 aufgenommen nach einer Hitlerrede.



#### Am Pranger

Foto vom 27. Juli 1933 aus Cuxhaven. In Vorbereitung auf die 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetze“ organisierten die Nationalsozialisten eine umfangreiche Kampagne gegen jüdische Deutsche. In Cuxhaven wurden der jüdische Kino- und Ladenbesitzer Oskar Dankner und seine angebliche Geliebte Adele Edelman gezwungen, sich Schilder mit diffamierenden Aufschriften umzuhängen und sich so auf der Straße der Öffentlichkeit zu zeigen. Das Foto – vermutlich von einem SA-Mann oder einem örtlichen Polizisten aufgenommen – ist heute weltbekannt und ein Symbol des NS-Rassenwahns.



#### Publikumsandrang zu einer öffentlichen Versteigerung von Hausrat deportierter Jüdinnen und Juden

Foto einer Versteigerung in Lörrach vom Winter 1940. Offenbar herrschte dabei eine ausgelassene Stimmung. Die Beteiligten wussten, dass sie fotografiert werden. Einige schauen sogar direkt in die Kamera und lachen.



# 4 Scheitern der Weimarer Republik und NS-Diktatur

Bis heute ist das Interesse an der nationalsozialistischen Diktatur ungebrochen. Um aber diese Diktatur verstehen und sich gegen antidemokratische Kräfte wappnen zu können, müssen zentrale Fragen gestellt werden: Weshalb geriet die Weimarer Republik seit 1929 in eine grundlegende Krise und scheiterte schließlich? Wie war das NS-Regime strukturiert? Wie entwickelten sich die Verfolgungsmaßnahmen bis hin zu Massenverbrechen und Holocaust bzw. Shoa? Welche Haltung nahm die deutsche Bevölkerung hierzu ein?

- ▶ Ordnen Sie die nebenstehenden Bilder folgenden Themenbereichen zu:
  - a) Endphase der Weimarer Republik
  - b) nationalsozialistische Weltanschauung, Organisation des NS-Staates und Selbstdarstellung des Nationalsozialismus
  - c) Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden
  - d) Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an der Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden.
- ▶ Ordnen Sie den o.g. Themenbereichen folgende Grundlegenden Daten und Begriffe zu:  
1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise, 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler, 9. November 1938 Novemberpogrome, Antisemitismus, „Ermächtigungsgesetz“, Holocaust bzw. Shoa, Konzentrations- und Vernichtungslager, „Nürnberger Gesetze“, „Volksgemeinschaft“, Weimarer Reichsverfassung, Weimarer Republik.

## Kompetenzen



Kompetenzen zum eA finden Sie unter Medien-code 32072-400.

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... den Abbau von Demokratie und Menschenrechten in der Endphase der Weimarer Republik und den Aufbau des NS-Staates erfassen.

... die Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik diskutieren.

... die NS-Ideologie sowie die Organisation des NS-Staates und die Selbstdarstellung des Nationalsozialismus erfassen.

... die Ursachen für den Erfolg des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung erörtern.

... die Systematik der Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie die Dimension der NS-Massenverbrechen, insbesondere des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie Sinti und Roma, erkennen.

... sich differenziert mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung dieser Menschen wahrnahm und sich an ihr beteiligte.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

Die Erosion der ersten gesamtdeutschen Republik begann nicht erst mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933. Schon zuvor erstarkten republikfeindliche Kräfte, die sich zum Teil aggressiv für ein autoritäres Staatssystem einsetzten. In ihren Ideologien hatten Menschenrechte keinen Platz. Dabei wurde missliebigen Menschen zum Teil sogar das Existenzrecht abgesprochen. Die NS-Diktatur und der Völkermord an den Jüdinnen und Juden sowie die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma führt die katastrophalen Konsequenzen eines derartigen menschenverachtenden Weltbildes vor Augen.

In diesem Kapitel setzen Sie sich mit dem Scheitern der Weimarer Republik und der Errichtung des nationalsozialistischen Staates, seiner menschenverachtenden Ideologie sowie den Folgen der NS-Diktatur auseinander. Folgende übergeordnete Fragen werden Sie dabei begleiten:

- ▶ Wie wurde die Weimarer Republik zerstört und die NS-Diktatur errichtet?
- ▶ Was kennzeichnete die menschenverachtende NS-Ideologie?
- ▶ Welche katastrophalen Folgen hatte die NS-Diktatur?

Untersuchen Sie Krise und Ende der Weimarer Republik und diskutieren Sie Gründe für deren Scheitern:

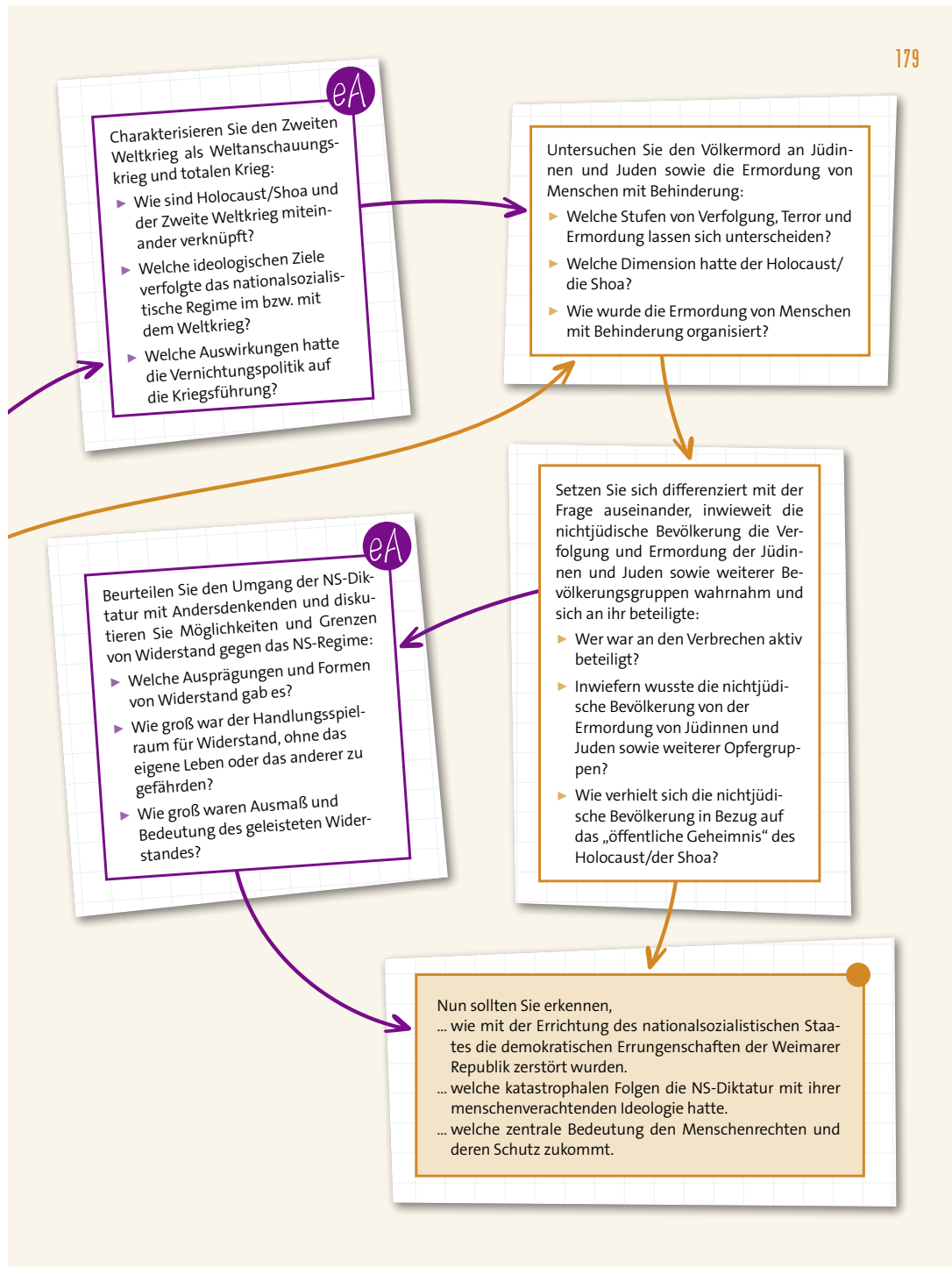
- ▶ In welchen Etappen wurden die Demokratie und Menschenrechte stufenweise abgebaut?
- ▶ Welche Bedeutung kam dabei den Präsidialkabinetten zu?
- ▶ Welche weiteren Gründe spielten für das Ende der Weimarer Demokratie eine Rolle?
- ▶ **eA: Welche verschiedenen Forschungsansätze gibt es in Hinblick auf das Scheitern der Weimarer Republik?**
- ▶ **eA: Inwiefern begünstigten die Moderne und der Erste Weltkrieg die Entstehung von Faschismus und Nationalsozialismus?**

Erschließen Sie sich die systematische Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden sowie weiterer Opfergruppen bis 1939:

- ▶ Mit welchen Maßnahmen grenzte das NS-Regime Jüdinnen und Juden von Anfang an aus und terrorisierte sie?
- ▶ **eA: Wie ging das Regime bei der Verfolgung von Sinti und Roma vor?**
- ▶ Wie nahm die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtungen und Verfolgungen wahr?
- ▶ Inwiefern beteiligte sie sich daran?

Analysieren Sie Aufbau und Struktur des NS-Staates und erörtern Sie davon ausgehend Ursachen für seinen Erfolg in der deutschen Bevölkerung:

- ▶ Wie gelang innerhalb kürzester Zeit die Errichtung der NS-Diktatur?
- ▶ Was kennzeichnete die nationalsozialistische Weltanschauung?
- ▶ Wie inszenierte sich das NS-Regime?
- ▶ Was waren die Ursachen für seinen Erfolg?





## Vorwissen aktivieren: Nationalsozialismus

A

a

NSDAP als einzig zugelassene politische Partei

b

Entlassung jüdischer und politisch anders denkender Beamter

c

Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers

d

(Selbst-)Entmachtung des Reichstages durch das „Ermächtigungsgesetz“

e

Einschränkung wichtiger Grundrechte (Meinungsfreiheit, Briefgeheimnis)

f

Auflösung der Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane

g

Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit („Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“)

h

„Gleichschaltung“ der Länder mit dem Reich

1. Bringen Sie die Maßnahmen zur Beseitigung der Demokratie in die richtige Reihenfolge.



31000-414

B

„Volksgemeinschaft“ • Antisemitismus • Führergedanke • Rassenlehre • „Lebensraum“

b

Rassistisch und nicht religiös bedingter Hass auf Jüdinnen und Juden. Diese werden im rassistischen Weltbild der Nationalsozialisten als „minderwertigste Rasse“ gesehen, die angeblich die Weltherrschaft an sich reißen und die „arische Rasse“ zerstören wollen. Juden wurden zudem für politische, soziale und wirtschaftliche Probleme verantwortlich gemacht.

d

Vorstellung, dass an der Spitze der „Volksgemeinschaft“ ein Mann mit alleiniger Befehlsgewalt stehen solle

a

Vorstellung, dass es von Natur aus unterschiedlich starke und wertvolle Menschenrassen gäbe, unter denen ein „Kampf ums Dasein“ herrsche. Die Nationalsozialisten sahen an der Spitze der Menschheit eine „Herrenrasse“, die „Arier“, die nach ihrer Ideologie das Recht hätte, angeblich minder wertvolle Rassen zu beherrschen und zu vernichten. Die Vorstellung beruht auf falschen Schlüssen aus der biologischen Evolutionstheorie.

c

Vorstellung, dass das deutsche Volk zu wenig Raum besitze und daher neue Siedlungsgebiete beschafft werden müssten – auch mit Gewalt.

e

Vorstellung von einer Gesellschaft ohne Klassen- und Standesunterschiede. Dieser wurden jedoch nur die „Arier“ zugerechnet, da die Nationalsozialisten ein Volk mit homogenem „Rassekern“ propagierten, sowie diejenigen, die Ideologie und Politik der NSDAP vorbehaltlos akzeptierten. Alle anderen Menschen galten als potenzielle oder tatsächliche „Volksschädlinge“ und wurden verfolgt.

2. Ordnen Sie die Begriffe aus der nationalsozialistischen Ideologie den Definitionen zu.



31000-415

Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.



C

Revision	Expansion

Protektorat Böhmen und Mähren • Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes • Wiedereinführung der Wehrpflicht • „Schutzvertrag“ mit der Slowakei • Annexion des Sudetenlandes • Missachtung der Rüstungsbeschränkungen • Wiedereingliederung des Saarlandes • „Anschluss“ Österreichs

3. Handelt es sich bei den Ereignissen um eine Revision des Versailler Vertrages oder um Etappen der expansiven Außenpolitik des NS-Regimes? Ordnen Sie zu.



D

N	S	G	X	O	L	P	H	O	U	I	L	M	V	Q	K	
L	H	E	S	H	O	A	A	S	C	F	T	V	F	M	M	Z
Y	G	I	I	U	R	S	T	A	L	I	N	G	H	U	H	V
G	E	R	S	C	H	I	E	S	S	U	N	G	E	N	M	T
V	J	K	E	K	K	X	K	U	J	W	I	U	O	M	W	D
E	O	S	P	Z	W	G	T	B	P	A	R	J	Z	A	Q	C
T	U	G	W	S	A	C	Y	G	D	C	C	E	Q	V	B	B
I	G	N	C	I	U	H	D	P	V	I	U	H	H	Z	M	B
T	A	U	H	T	O	I	M	C	N	Q	P	I	Z	L	X	I
S	B	T	I	P	T	I	B	G	O	B	F	E	L	Y	H	C
V	O	H	B	O	L	S	C	H	E	W	I	S	M	U	S	F
S	I	C	E	A	C	D	E	E	H	S	A	H	I	U	I	J
N	T	I	F	M	R	T	P	C	K	P	B	L	R	W	Z	I
G	D	N	L	Z	I	O	I	L	D	C	L	A	K	U	X	V
X	F	R	H	K	L	J	F	Z	K	W	L	T	I	A	G	B
Z	N	E	R	E	F	N	O	K	E	E	S	N	N	A	W	B
U	Z	V	N	I	H	T	M	K	B	F	N	I	I	Q	N	J

a. Dort wurde 1942 entschieden, wie die systematische Ermordung von Jüdinnen und Juden weiterhin organisiert werden soll und wie mit bestimmten Gruppen von „jüdischen Mischlingen“ umgegangen werden soll.

b. In diesen damals von Deutschland besetzten Ländern wurden die Vernichtungslager betrieben.

c. Der Zweite Weltkrieg wurde vom NS-Regime als ... gegen ideologische Feinde geführt.

d. Von Nationalsozialisten üblicherweise gebrauchte Bezeichnung für den Marxismus-Leninismus

e. Mit ihm schloss das NS-Regime den Nichtangriffspakt

f. Etwa zwei Millionen Jüdinnen und Juden in Osteuropa fielen Massen-... zum Opfer

g. Begriff, der oft synonym zu Holocaust verwendet wird

4. Finden Sie die Lösungswörter zu den folgenden Fragen in dem Buchstaben-Gitternetz.



## 4.1 Krise und Ende der Weimarer Republik

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Doch schon lange davor funktionierte die Weimarer Demokratie nicht mehr. Woran scheiterte die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland?



Zur Lernaufgabe des erweiterten Kursniveaus gelangen Sie unter Mediencode 32072-403.



Zum Erklärvideo gelangen Sie unter Mediencode 32072-404.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Weimarer Republik
- ▶ Weimarer Reichsverfassung
- ▶ 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise
- ▶ 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler

### Lernaufgabe



Erörtern Sie Gründe für ihr Scheitern, indem Sie die folgenden Arbeitsaufträge bearbeiten. Halten Sie Ihr **begründetes Sachurteil** schriftlich fest.

1. Charakterisieren Sie die Arbeit im Reichstag (M4). Erklären Sie davon ausgehend sowie mittels des Erklärvideos unter Mediencode 32072-XX Ursachen für die Krise des Parlamentarismus und seinen Beitrag zum Scheitern Weimars.
2. Erläutern Sie Funktionsweise und Bedeutung der Präsidialkabinette für das Scheitern der Weimarer Demokratie (M2, M3).
3. Maßgeblich zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen hat auch der Aufstieg der NSDAP. Analysieren Sie die Gründe für diesen. (M6).
4. Arbeiten Sie heraus, in welcher Weise die Einschränkung der Freiheit von Presse und Rundfunk Teil der Abschaffung der Demokratie von Weimar waren (M7).
5. Vergleichen Sie Ihr Sachurteil mit dem eines Historikers (M10 oder M11). Modifizieren und ergänzen Sie Ihre Argumentation ggf. nochmals!
6. Diskutieren Sie: Was können wir aus den „Weimarer Verhältnissen“ und dem Scheitern der Weimarer Demokratie lernen?

### INFO 1: Die Krise des Parlamentarismus

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war die junge **Weimarer Republik** letztlich auf einem Kompromiss zwischen den Interessen der unterschiedlichen Menschen in Deutschland aufgebaut worden. Radikale Lösungen, die eine Seite bevorzugt und andere benachteiligt hätten, wurden damals abgelehnt. Seit Ende der 1920er Jahre waren die Politikerinnen und Politiker der Parteien jedoch immer weniger geneigt, Kompromisse wie noch in der Gründungsphase der Republik einzugehen. Die Kompromissfähigkeit von Parteien, die moderne Demokratien ausmacht, war in Deutschland noch kaum verbreitet.

Die Gegensätze wurden vor allem seit 1928 sichtbar, als die SPD erstmals seit 1920 wieder den Reichskanzler stellte. Hermann Müller konnte nur mit Mühe eine Große Koalition bilden, in der u. a. die gewerkschaftsnahe SPD und die industrienahen DVP vertreten waren. Diese Regierungsbildung wurde jedoch von zentralen Akteuren in der **Weimarer Republik** nicht begrüßt. Nach dem Ausbruch der **Weltwirtschaftskrise 1929** schien für Reichspräsident Paul von Hindenburg schließlich die Zeit gekommen, die SPD vollständig aus der Regierung zu drängen, um eine konservativere Politik in Deutschland umzusetzen. Unterstützung erhielt er von Vertretern der Industrie, der Bauernverbände und der Reichswehr, die Hindenburg darin bestärkten, langfristig einen Reichskanzler zu ernennen, der notfalls ohne eine eigene Mehrheit im Parlament regiert. Dieser Reichskanzler sollte mit Hilfe des Notverordnungsartikel 48 der **Weimarer Reichsverfassung** in der Lage sein, Verordnungen am Parlament vorbei zu erlassen, die eine Wirkung wie reguläre Gesetze entfalteten.

Am 27. März 1930 trat Reichskanzler Müller schließlich zurück, nachdem sich das Kabinett nicht auf eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherung hatte einigen können. Da-

mit war für Hindenburg der Weg frei für die Ernennung des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning zum Reichskanzler.

Michael Mayer

► Erläutern Sie die Teilüberschrift „Die Krise des Parlamentarismus“.



### INFO 2: Das Parlament wird entmachtet

Anders als seine Nachfolger regierte Reichskanzler Heinrich Brüning ab 1930 zumindest noch in halbparlamentarischer Weise. Er konnte zwar mit Hilfe von Notverordnungen, die Reichspräsident Hindenburg unterzeichnet hatte, Verordnungen erlassen. Doch hatte der Reichstag die Möglichkeit, eine Notverordnung mit parlamentarischer Mehrheit aufzuheben. Dies geschah etwa am 18. Juli 1930, als der Reichstag es nicht hinnahm, dass Brüning ein umstrittenes Sparprogramm mit Hilfe einer Notverordnung durchsetzen wollte. Brüning reagierte auf die Aufhebung der Notverordnung mit einer Auflösung des Reichstags. Daraufhin mussten für den September 1930 Neuwahlen angesetzt werden, aus denen die bislang unbedeutende NSDAP mit 18,3% der Stimmen als zweitstärkste Kraft nach der SPD (24,5%) hervorging. Damit war die erneute Bildung einer Großen Koalition oder einer rein bürgerlichen Regierung nicht mehr möglich. Doch vorerst wollten selbst konservative Kreise keine Regierung mit der radikalen und unberechenbaren NSDAP bilden.

Brüning regierte auch nach Eröffnung des neuen Reichstags weiterhin auf Basis von Notverordnungen. Die SPD sah sich gezwungen, ihn darin teilweise zu unterstützen, um zu verhindern, dass eine neue Regierung unter Beteiligung der NSDAP gebildet würde, die der Arbeiterschaft noch feindlicher gegenüberstand als die Regierung Brüning. Doch im Verlauf der Zeit verlor Brüning immer mehr die Unterstützung von Hindenburg und den Vertretern aus Industrie, Landwirtschaft und Reichswehr. Sie kritisierten, dass Brüning im Reichstag von der SPD toleriert wurde. Sie wollten die halbparlamentarische Regierungsform Brünings deshalb beenden und den Reichstag komplett ausschalten. Ziel war es, eine autoritäre Elitendiktatur zu errichten, um unabhängig vom Parlament ihre Interessen durchsetzen zu können.

Michael Mayer

► Begründen Sie, inwiefern sich die politische Krise zunehmend verschärfte.



### INFO 3: Der politische Extremismus und die Weltwirtschaftskrise

Die **Weltwirtschaftskrise** ab 1929 führte für die Extremisten von links und rechts zu größeren Wahlerfolgen und wirkte wie ein Brandbeschleuniger bei der Zerstörung der **Weimarer Republik**. Das politische System, die Demokratie, schien unfähig, die wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern.

Die KPD wurde dabei in hohem Maße zur Partei der jungen, oft ungelerten Männer und Frauen, die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Hinzu kam, dass sich die KPD im Verlauf der 1920er Jahre immer stärker am Vorbild der kommunistischen Partei der UdSSR orientierte und die innerparteiliche Demokratie zugunsten einer straffen Führung durch das Zentralkomitee umbaute. Ihre Wählerschaft (etwa 12%) erwartete keine Verbesserung durch die parlamentarische Demokratie und hoffte auf eine Revolution, die die Not beseitigen sollte.

Die Rechtsextremen, hier sind vor allem die NSDAP, die Frontkämpferorganisation „Stahlhelm“ und die „Vaterländischen Verbände“ zu zählen, waren stark zersplittert und oftmals untereinander verfeindet. Ihre Positionen widersprachen sich regel-

**M1 „Notverordnung“**

Karikatur von Erich Schilling vom 16. Februar 1931, erschienen im „Simplicissimus“  
 Sie trägt die Unterschrift: „Nach den Erfahrungen der letzten Wochen ist verfügt worden, dass jeder Demonstrationszug seinen eigenen Leichenwagen mitzuführen hat.“

- ▶ Erläutern Sie Probleme in der Endphase der Weimarer Republik, auf welche die Karikatur anspielt.
- ▶ Beurteilen Sie das Gefahrenpotential für eine Demokratie, wenn das Gewaltmonopol nicht mehr ausschließlich beim Staat liegt.



mäßig und reichten von der Forderung nach Wiederbelebung der Monarchie, der Er-  
 richtung eines autoritären Elitenregimes bis hin zur Befürwortung einer Diktatur auf  
 Grundlage einer „Massenbewegung“. 1930 gelang es der NSDAP, zur wichtigsten  
 Gruppierung innerhalb der extremen Rechten zu werden. Dies lag vor allem daran,  
 dass Adolf Hitler im Verlauf der 1920er Jahre, die Partei unter seiner Führung einen  
 und nationale Bekanntheit erlangen konnte.

Die Wählerschaft der extremistischen Parteien, insbesondere der KPD und der NSDAP,  
 fluktuierten dennoch deutlich. Vielfach wurden diese Parteien eher aus einem Gefühl  
 des Protests gegen das politische System und einem Wunsch nach radikalen Lösun-  
 gen unterstützt. Gleichwohl war den Wählerinnen und Wähler der Extremisten ge-  
 meinsam, dass sie Schwierigkeiten damit hatten, dass moderne, komplexe Gesell-  
 schaften Kompromisse finden müssen, um die Interessen aller zu berücksichtigen.  
 Deshalb sahen sie mit Skepsis auf die parlamentarische Demokratie mit ihren Mehr-  
 heitsprinzipien, die einen Interessensausgleich anstrebt. Sie bevorzugten einfache  
 und oft radikale Lösungen.

Michael Mayer

- ▶ Stellen Sie Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik (INFO-Texte 1–3) mithilfe einer Mindmap dar.



**INFO 4: Die Abschaffung der Demokratie**

Am 1. Juni 1932 ernannte Reichspräsident Hindenburg den Zentrumspolitiker Franz von Papen zum Reichskanzler. Dies markiert einen deutlichen Einschnitt in der Geschichte der Weimarer Republik, da anders als noch in der Ära Brüning, der zumindest in halbparlamentarischer Weise regierte, nunmehr kaum mehr von einer parlamentarischen Demokratie gesprochen werden kann. Von Papen wurde auf Betreiben Kurt von Schleichers<sup>1</sup> ernannt, der ein antiparlamentarisch-autoritäres Präsidialregime errichten wollte. Die Macht im Staat sollte dabei nicht mehr von einem gewählten Parlament und einer von diesem kontrollierten Regierung ausgehen, sondern vom Reichspräsidenten. Dieser sollte weitreichende Befugnisse haben, um Reichskanzler zu ernennen und Gesetze sowie Verordnungen ohne parlamentarische Kontrolle zu erlassen. Langfristig sollte ein autoritär geprägter Staat errichtet werden, der insbesondere durch die Eliten in Reichswehr, Industrie und Großlandwirtschaft getragen würde. Da die Be-

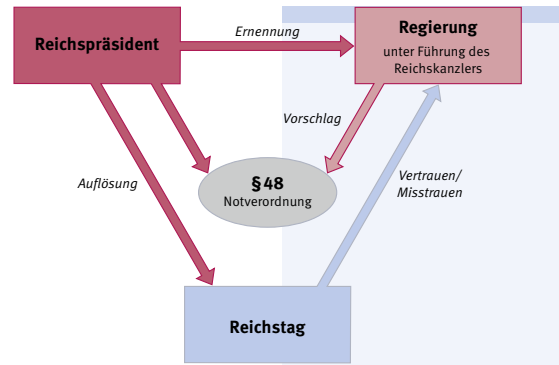
<sup>1</sup> Schleicher war Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium

völkerung inzwischen nicht mehr völlig aus der Macht im Staat ausgeschlossen werden konnte, überlegte von Schleicher, die Massenbasis der NSDAP als Feigenblatt für eine vermeintlich vom Volke legitimierte Herrschaft zu instrumentalisieren. Vor- erst jedoch wehrte sich Reichspräsident Hindenburg gegen eine Zusammenarbeit mit der NSDAP.

35 Darüber hinaus wurde am 20. Juli 1932 die amtierende SPD-Regierung in Preußen unter einem Vorwand abgesetzt. Die konservative Reichsregierung nutzte die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und behauptete, dass die preußische Regierung die „Ruhe und Ordnung“ nicht mehr aufrechterhalten könne.

Auf diese Weise wurde die bislang größte demokratische Bastion im Deutschen Reich, die den antiparlamentarischen Bestrebungen noch Einhalt gebieten konnte, beseitigt. 45 Zugleich war so auch die SPD als wichtigste demokratische Partei faktisch ausgeschaltet. Eine Rückkehr zu einer parlamentarischen Demokratie war damit kaum mehr möglich, da andere demokratische Parteien nicht machtvoll oder willens genug waren, der Entmachtung von Parlament und Parteien etwas entgegenzusetzen.

Michael Mayer



M2 Funktionsweise der Präsidentskabinette 1930–33

► Erläutern Sie anhand des Schaubildes die Funktionsweise der sogenannten Präsidentskabinette



#### INFO 5: Vom antiparlamentarischen Präsidentsregime zur Führerdiktatur

Bereits vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 kann von einer parlamentarischen Demokratie in der Weimarer Republik keine Rede mehr sein. Die Republik war nach und nach ausgehöhlt, die Demokratie immer stärker beschädigt worden. Hatte Reichskanzler Heinrich Brüning zwischen 1930 und 1932 zumindest noch in halbparlamentarischer Weise regiert, so wurde der Reichstag spätestens unter seinem Nachfolger, Franz von Papen, praktisch vollkommen ausgeschaltet. Die Weimarer Republik hatte sich in weiten Teilen zu einem antiparlamentarischen Präsidentsregime unter der Führung von Reichspräsident Hindenburg gewandelt. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 stellte damit für viele zeitgenössischen Beobachterinnen und Beobachter nur einen weiteren Schritt auf einem bereits lange beschrittenen Weg dar, der von einer Republik zu einem autoritären Regime führte.

Die NSDAP war seit den Reichstagswahlen im September 1930 zu einem wichtigen Faktor in der Innenpolitik geworden. Die Wahlen vom 31. Juli 1932 machten die Partei mit 37,4% der Stimmen sogar zur stärksten Partei im Reichstag, auch wenn sie bei den Wahlen am 6. November 1932 auf nurmehr 31,1% abgefallen war. Der Plan einer Elitendiktatur, die von der NSDAP toleriert und durch die NS-Massenbasis den Deckmantel einer Legitimität durch das Volk erhielt, wurde immer schwieriger durchzusetzen. Denn Hitler forderte nun die Kanzlerschaft für sich und war nicht mehr gewillt, die Regierung Papen weiterhin zu dulden.

In dieser Situation hätte sich Reichspräsident Hindenburg dafür entscheiden können, die Mehrheiten im Reichstag dauerhaft zu ignorieren. Doch scheute er sich, die **Weimarer Reichsverfassung** zu offensichtlich zu verletzen. Auch wenn die Reichswehr mögliche Proteste der Arbeiterbewegung gegen einen Verfassungsbruch gerne als Anlass zur Errichtung einer Militärdiktatur genutzt hätte, um „Ruhe und Ordnung“<sup>25</sup> wiederherzustellen, war Hindenburg nicht zu solch einem Schritt bereit.

Letztlich schien es nur noch eine Lösung zu geben, da in den folgenden Monaten ein erneutes Präsidialkabinett, diesmal unter der Führung von Kurt von Schleicher, gescheitert war: Am **30. Januar 1933** wurde unter Führung des **Reichskanzlers Hitler** eine neue parlamentarische Regierung eingesetzt, die aber über keine Mehrheit im Reichstag verfügte. Die Regierung Hitler beseitigte in den folgenden Monaten alle noch verbleibenden demokratischen Elemente der **Weimarer Republik**.  
 Michael Mayer

1. Skizzieren Sie die finalen Schritte der Beseitigung der Demokratie (INFO-Texte 4 und 5).
2. Beurteilen Sie die Bedeutung der sogenannten Präsidialkabinette für das Ende der Weimarer Republik.

### M1 „Der Reichstag wird eingesargt“

Collage von John Heartfield zum 30. August 1932

- ▶ Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur. Wofür steht der Reichstag?
- ▶ Beurteilen Sie die Bedeutung des Artikels 48 sowie der Verfassung insgesamt für das Scheitern der Weimarer Republik.



Hinweise zu den Bildelementen der Karikatur bietet Mediencode 31000-418





#### M4 „Nicht unser Staat“

Der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe berichtet in seinen Lebenserinnerungen von der parlamentarischen Arbeit nach den Reichstagswahlen von 1930:

Einige Jahre konnte der Reichstag wieder ordnungsgemäß arbeiten. Als aber 1930 das deutsche Volk 107 Nationalsozialisten neben 77 Kommunisten [...] entsandte und 40 deutschnationale Hugenbergianer<sup>1</sup> ihre schützende Hand über die Nazis hielten, brach der Sturm aufs Neue los. Äußerste Rechte und äußerste Linke warfen sich die Bälle zu, unterstützten gegenseitig ihre Obstruktionsanträge<sup>2</sup>, begleiteten die jeweiligen Schimpfkonzerte ihrer Antipoden<sup>3</sup> mit tosendem Beifall und versuchten durch unsinnige und demagogische Anträge die Arbeit des Parlaments und der Regierung lahmzulegen. [...]

Bei einer Reichshaushaltsberatung stellten die Kommunisten eine Reihe von Anträgen, unsympathische Steuern und Abgaben aufzuheben oder herabzusetzen, sodass bei Annahme dieser Anträge die Reichseinnahmen von zehn Milliarden auf sechs vermindert worden wären. Bei dem Ausgabenetat kamen dann so viel populäre Anträge auf Rentenerhöhungen, Wohnhausbauten, Erweiterung des Kreises der Versorgungsberechtigten, dass die Ausgaben des Etats von zehn auf 14 Milliarden steigen mussten. Als ich den kommunistischen Wortführer fragte, woher die Mittel für eine solche Wirtschaft kommen, wie das Defizit von acht Milliarden gedeckt werden sollte, erwiderte er kaltschnäuzig, darüber könne sich ja die Regierung den Kopf zerbrechen, „es ist ja nicht unser Staat, sondern der eure“. Genauso unehrlich war die Taktik der nationalsozialistischen Fraktion. Sie beantragte, dass niemand im Reich mehr als tausend Mark Monatseinkommen beziehen sollte, dachte aber gar nicht daran, selbst diesen Grundsatz zu befolgen, sondern wollte mit solch demagogischen Anträgen nur die anderen Parteien in Verlegenheit bringen [...].

Zitiert nach: Günter Schönbrunn (Bearb.): Weltkriege und Revolutionen 1914–1945, 5. Aufl., München: 1995, S. 249

1. Erläutern Sie, wie extreme Parteien die Arbeit im Reichstag beeinflussten, und bewerten Sie deren Auftreten.
2. Diskutieren Sie die Wirkung auf die Bürgerinnen und Bürger bzw. Wählerinnen und Wähler.



32072-415

<sup>1</sup> Alfred Hugenberg (1865–1951): Medienunternehmer, von 1928 bis 1933 Vorsitzender der DNVP

<sup>2</sup> Obstruktion: Verschleppung, Verhinderung

<sup>3</sup> Antipoden: Menschen entgegengesetzter Geisteshaltung

#### M5 Das Programm der Regierung von Papen

Reichskanzler Franz von Papen forderte in der Einleitung eines Werkes von Walther Schotte, einen „neuen Staat“, der im Widerspruch zum „liberalistischen Staat“ stehe. Durch seine Einleitung erhielt das Werk von Schotte einen halbamtlichen Charakter bezüglich des Programms der Papen-Regierung. Bei Schotte hieß es zum „autoritären Staat“, der von einer „Präsidialregierung“ geführt würde:

[...], dass eine solche Regierung allein aus dem Vertrauen des Reichspräsidenten gebildet und von parlamentarischen Mehrheiten als solchen unabhängig ist. Diese Unabhängigkeit von den Parteien galt es und gilt es auch nach außen zu erweisen. [...]

Der Kampf gegen die Parteien des alten Staates wird zum Kampf gegen diesen Staat selbst, zum Kampf für einen neuen Staat! Das „Grundsätzlich Neue“ dieser Regierung [Papen], nämlich ihre Unabhängigkeit von den Parteien, ihr Bestand allein durch die Staatsautorität, ihr Handeln aus der Verantwortung der eigenen Gewalt (potestas), dies „Grundsätzlich Neue“ erweist sich als ein neuer Staatswille, eine neue Staatsgesinnung, als Glaube und Kampf um den Staat selbst. [...] Der alte Staat – das ist der von Weimar: die parlamentarisch-parteilpolitische Demokratie. [...]

[In einem in dem Buch abgedruckten Interview fragt Walther Schotte den Reichsinnenminister der Regierung Papen, Wilhelm Freiherr von Gayl (DNVP):] „Und das richtige Prinzip, von dem aus die Parteienherrschaft gebrochen werden kann – das wäre demnach die bessere Teilung der Gewalten? Freimachung der Regierungsgewalt und Beschränkung des Reichstags auf das große Recht der Kontrolle?“

[Freiherr von Gayl:] „Man kann es so ausdrücken. Man kann sagen, dass das richtige Prinzip der Staatsbildung der Konstitutionalismus ist. Sie wissen, dass dieser Begriff des Konstitutionalismus entstanden ist in den ersten Freiheitskämpfen der europäischen Völker um das Verfassungsprinzip. Seitdem sprach man von konstitutioneller Monarchie, d. h. von einer durch die Verfassung beschränkten Monarchie. In Abwandlung dieses geschichtlichen Begriffs könnte und sollte man heute vom konstitutionellen Parlamentarismus sprechen, d. h. von einer durch die Verfassung beschränkten Macht des Parlaments. Die Weimarer Verfassung aber hat gerade diese Beschränkung unterlassen. Sie versuchte nur die Regierung des doch auch vom Volke gewählten Präsidenten zu beschränken.“ [...]

Die Regierung [des „neuen Staates“] kann nicht mehr parlamentarisch-parteilpolitisch abhängig, sondern muss präsidial-autoritativ sein Sie kann nicht mehr von den

wechselnden Fraktionen, von ihrer nur aus Triebssand gebildeten Mehrheit abhängig gemacht werden.

Zitiert nach: Walther Schotte, *Der neue Staat*, Berlin 1932, S. 16–18, S. 21 und S. 33 f.

▶ Arbeiten Sie aus dem Text heraus, was hier unter einem „konstitutionellen Parlamentarismus“ verstanden wird.



### M 6 Die Wählerschaft der NSDAP

Die Historiker Eberhard Kolb und Dirk Schumann führen aus:

Ohne Wahlen, d. h. ohne die nationalsozialistischen Wahlerfolge vor allem im Jahr 1932, wäre Hitler mit Sicherheit nicht an die Macht gekommen. [...]

Was das sozialstrukturelle Profil der NSDAP-Wählerschaft anbetrifft [...] so kann die landläufige Auffassung, das Kleinbürgertum habe mit seinen Stimmen Hitler zur Macht verholfen, in dieser Form nicht aufrechterhalten werden. Die soziale Basis des nationalsozialistischen Wählerverhaltens war weder so statisch noch so eng, wie lange vermutet und behauptet wurde. Die bis in die jüngste Zeit dominierende „Mittelstandstheorie“ ist nach zwei Richtungen hin zu revidieren – nach „oben“ und nach „unten“ in der sozialen Schichtungspyramide. [...]

Mit den Stimmen der Villenviertel konnte die NSDAP keine Massenbewegung werden und keine Wahlen gewinnen. Gleichwohl ist die Feststellung, dass sich beim besitzenden und gebildeten (nichtjüdischen) Bürgertum zumindest bei Wahlen eine erstaunliche Affinität zum Nationalsozialismus zeigte, von großer Bedeutung, liegt hier doch ein Schlüssel zum Verständnis des Verhaltens, das die meisten Angehörigen der Ober- und Mittelschichten nach dem 30. Januar 1933 an den Tag legten. [...]

Einbrüche in die Arbeiterschaft konnte die NSDAP vor allem dort erzielen, wo freie Gewerkschaften und Arbeiterparteien bis dahin wenig Erfolg gehabt hatten, bei

Landarbeitern, Heimarbeitern, unselbständigen Handwerkern und Arbeitern kleinerer Betriebe sowie bei den Arbeitern einiger Zweige des öffentlichen Dienstes (Post, Eisenbahn, kommunale Betriebe). Dagegen blieb die Industriearbeiterschaft, insbesondere der Großbetriebe, gegenüber der NSDAP nach wie vor weitgehend resistent. [...]

Als weiteres wichtiges Ergebnis der neueren Untersuchungen ist festzuhalten, dass es der NSDAP entgegen

<sup>1</sup> Lange wurde angenommen, die NSDAP sei in erster Linie von Angehörigen des Mittelstandes gewählt worden (d. h. von Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten, mittelständischen Bauern, Angestellten und Beamten), nicht aber von der oberen Mittelschicht bzw. der Oberschicht.

landläufiger Meinung nicht gelang, auf breiter Front in das Arbeitslosenheer einzubrechen. Die arbeitslosen Arbeiter (1932/33 etwa ein Drittel aller Arbeiter) stimmten eher für die KPD und (in geringerem Maße) für die SPD als für die NSDAP; lediglich bei den arbeitslosen Angestellten erzielte die NSDAP nennenswerte Stimmgewinne.

Zitiert nach: Eberhard Kolb und Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, 8. Aufl. München 2013, S. 267–273

1. Charakterisieren Sie die Wählerschaft der NSDAP.
  2. Beurteilen Sie die Bedeutung der Wahlergebnisse der NSDAP für den Aufstieg Hitlers und seine Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933.
- Tipp: Sie können INFO-Text 4 zu Hilfe nehmen.

### M 7 Die Einschränkung der Rundfunk- und Pressefreiheit

Die sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“ kritisiert am 14. Juni 1932, dass Reichskanzler Franz von Papen die Rundfunk- und Pressefreiheit beschränken will:

Die Regierung der Barone hat die Absicht, sich kräftig des Rundfunks zu bedienen, um für sich Reklame zu machen. Sie hat es auch nötig! Wenn man an die kommende Notverordnung, an den Abbau der Erwerbslosenhilfe, den Abbau der Sozialversicherung und die Renten der Kriegsoffer denkt, so versteht man, dass diese Regierung sich verteidigen möchte! Sie hat sich vor dem Reichstag gedrückt und will nun im Rundfunk reden. Das ist bequemer, da kann nicht geantwortet werden! [...]

Die Anordnung des Innenministers über die Inanspruchnahme des Rundfunks lautet:

„Die Reichsregierung behält sich vor, den Deutschen Rundfunk täglich eine halbe Stunde nach Bedarf in Anspruch zu nehmen, um die Öffentlichkeit über ihre Ziele und Absichten zu unterrichten. Für diese Sendungen, die vom Deutschlandsender ausgehen und von allen anderen Sendern übernommen werden müssen, kommt die Zeit zwischen 18.30 und 19.30 Uhr in Frage. [...]“.

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gajl hat ferner mitgeteilt, dass die Pressenotverordnung geändert werden soll. [...] Wenn bisher Zeitungen verboten werden konnten mit der Begründung, dass sie öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdeten, so soll dieser Verbotgrund für die Zukunft wegfallen. Dafür soll als neuer Verbotgrund gelten, wenn Zeitungen oder Zeitschriften lebenswichtige Interessen des Reiches durch Veröffentlichung oder Verbreitung unwahrer entstellter Nach-

## 4.1 Krise und Ende der Weimarer Republik

richten gefährden. [...] Hier soll eine außerordentlich gefährliche Kautschukbestimmung geschaffen werden!

Vorwärts vom 14. Juni 1932

1. Arbeiten Sie heraus, wie die Rundfunk- und Pressefreiheit eingeschränkt werden sollen.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung des Vorgangs.



32072-416

### M8 Uniformverbot der SA aufgehoben

Am 16. Juni 1932 erließ Reichspräsident Hindenburg eine Notverordnung, die das 1931 erlassene Verbot für Angehörige von Parteiformationen, eine Uniform zu tragen, aufhob. Der „Vorwärts“ schreibt dazu am selben Tag:

Von morgen ab darf also die SA. wieder marschieren. Von morgen ab darf sie wieder Uniform tragen! [...] Zum erstenmal in der Geschichte ereignet sich der Fall, dass eine Organisation, die unzählige blutige Gewalttaten auf dem Gewissen hat, mit dem Recht, Uniform zu tragen, ausgestattet wird. Dieser Vorgang ist so ungeheuerlich, dass ganz offenbar auch die gegenwärtigen Inhaber der Reichsgewalt ein gewisses Entsetzen vor sich empfinden. Auch ihnen fehlt offenbar nicht das Gefühl dafür, was angerichtet wurde, als man mit den Nationalsozialisten feste Bindungen einging.

So erklärt sich auch das Schreiben des Reichspräsidenten, das von den schwersten Besorgnissen diktiert ist und den ganzen Widersinn der neuen Notverordnung grell beleuchtet. Wenn man – mit gutem Grunde! – als Folge der neuen Verfügung Zustände befürchtet, die die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig machen, so ist das eigentlich schon die schärfste Kritik, die an dieser Verfügung geübt werden kann. [...]

Über die Aufhebung des Uniformverbots sagt die amtliche Begründung:

„Die Reichsregierung hat sich zu seiner Aufhebung nicht ohne Bedenken entschlossen. Sie erwartet, dass gerade die Wiederzulassung der Uniform die Führer in die Lage versetzen wird, unbedingte Disziplin unter den Mitgliedern der Verbände zu halten. Sollte sie sich darin getäuscht sehen und die Wiederzulassung der sogenannten Parteiuniformen Zusammenstöße zwischen den Anhängern der gegnerischen Verbände zur Folge haben, so würde sie genötigt sein, mit scharfen Bestimmungen ... gegen die schuldigen Verbände einzuschreiten.“

Die republikanisch gesinnte, verfassungstreue Bevölkerung ist entfernt von jedem Verdacht, Gewalttätigkeit zu wollen oder zu suchen. Aber sie wird sich auch keine gefallen lassen. Für sie heißt es, nicht provozieren und

sich nicht provozieren zu lassen, aber sich entschlossen selber zu helfen, wo die öffentliche Gewalt versagt.

Zitiert nach: Der Abend, Spätausgabe des Vorwärts vom 16. Juni 1932

1. Erläutern Sie die Haltung des Artikels zur Aufhebung des Uniformverbots und dessen offizieller Begründung.
2. Beurteilen Sie, ob die Aufhebung des Verbots einer weiteren Radikalisierung der politischen Gesamtlage Vorschub leistete.



32072-417

### M9 Freund und Feind der Republik

#### a) Hitler und die SA in München

Foto vom 3. Juli 1932



#### b) Aufmarsch des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Foto vom 18. Februar 1933



1. Analysieren Sie die beiden Fotografien.
2. Recherchieren Sie die Rolle der paramilitärischen Verbände in der Endphase der Weimarer Republik.



32072-418

**M10 „Weit entfernt von simplen Antworten“**

In einem Interview gibt der Historiker Andreas Wirsching Antworten auf die Fragen nach Defiziten und Scheitern der Weimarer Republik:

**SPIEGEL:** Professor Wirsching, vor 75 Jahren wurde Adolf Hitler Reichskanzler – das Ende der Weimarer Republik war besiegelt. Woran scheiterte die erste deutsche Demokratie?

**WIRSCHING:** Es gibt eine Vielzahl von Gründen, ein regelrechtes Bündel. [...] Heute sind wir weit entfernt von simplen Antworten. Aber eine der kurzen Antworten wäre: Hitler ist maßlos unterschätzt worden von den politischen Führungskräften, und der Versuch, ihn einzuspannen für ihre eigenen Zwecke, schlug bekanntlich grandios fehl.

**SPIEGEL:** Und die längere Fassung der Geschichte?

**WIRSCHING:** Der 30. Januar 1933 ist zuerst einmal ein politisches Datum, die Ernennung eines Reichskanzlers Hitlers, und damit wurden andere Möglichkeiten aus der Hand gegeben. Es gibt Gründe, die in der Wirtschaftsentwicklung liegen, es geht nicht nur um die Weltwirtschaftskrise, die Weimarer Republik insgesamt war geprägt von prekären wirtschaftlichen und konjunkturellen Abläufen. Es gibt vor allem Gründe, die in der politischen Kultur liegen, etwa die im Bürgertum verbreitete Vorstellung vom Staat, der alles richtet.

**SPIEGEL:** [...] Für wie gravierend halten Sie in diesem Zusammenhang die Reparationsforderungen der Siegermächte?

**WIRSCHING:** Man muss unterscheiden zwischen der materiell-ökonomischen Seite und der psychologischen. Eine Volkswirtschaft wie die Weimarer Republik hätte die Forderungen schultern können. Aber die psychologische Belastung war ziemlich verheerend, weil die Deutschen sich absolut ungerecht behandelt fühlten. Ich möchte aber ganz stark betonen, dass die Reparationsfrage ab 1930 bis eben zum 30. Januar 1933 nicht mehr im Mittelpunkt stand. [...] Entscheidend war die innenpolitische Polarisierung, die schon im Kaiserreich existierte, das Freund-Feind-Denken. Für viele war die Revolution 1918/19 als inneres Ereignis gravierender als der Komplex Kriegsniederlage/Reparationen. Jene, die der Weimarer Republik später skeptisch gegenüberstanden, empfanden die Revolution als Zäsur. Für sie war der Stachel der Revolution ein dauerhafter, er konnte auch nicht wirklich vergessen werden. Das sind mentale Dispositionen, die dann in der Krise nach 1930 der Einstellung Vorschub leisteten, das Rad könnte zurückgedreht werden auf eine vorparlamentarische, vielleicht sogar vordemokratische Lösung.

**SPIEGEL:** Und wenn die Sozialdemokratie unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg die alten Eliten abgelöst hätte?

**WIRSCHING:** Teilweise hat sie es ja getan, in Preußen etwa. Mir scheinen zwei andere Überlegungen wichtiger. Erstens: Es hat keine Sozialisierung der Großindustrie gegeben, im Gegensatz zum Programm der SPD. Und es gab keine durchgreifende Demokratisierung der neu aufgestellten Reichswehr. Das waren Defizite in der sozialdemokratischen Konzeption. Die SPD wollte, ganz wichtig, demokratisch legitimiert handeln, um entsprechend tiefe Einschnitte gerade im Wirtschaftsleben vornehmen zu können. Die notwendigen Mehrheiten dafür hat sie nie bekommen – und so war der Zug abgefahren.


**SPIEGEL:** Wie es scheint, hätte die SPD solche Pläne nur revolutionär, also mit Gewalt, durchsetzen können. Die Angst vor einem Bürgerkrieg, die ständig vorhanden war, wäre dadurch noch verstärkt worden.

**WIRSCHING:** Diese Angst, besser gesagt: die Perhorreszierung<sup>1</sup>, die dramatisierte Angst vor einem Bürgerkrieg, war damals ein gemeineuropäisches Phänomen. [...] Dieses Gegeneinanderstehen, links gegen rechts, war auch ein gefundenes Fressen für die Republikgegner hierzulande. Das Argument hieß: Der Staat ist zu schwach, er kann die Ordnung nicht garantieren. Insofern hat das Bürgermotiv auch bei den Politikern eine große Rolle gespielt.

**SPIEGEL:** Aber warum führte das gerade in Deutschland in die Katastrophe?

**WIRSCHING:** Einmal mehr gilt: Die Revolution 1918/19 ist entscheidend, sie hat die Dinge ins Rutschen gebracht und in hohem Maße zur politischen Mobilisierung geführt, das rechte Lager hat sie regelrecht traumatisiert. [...]

Zitiert nach: Spiegel Special Geschichte, 1/2008, S. 20–23

- 
1. Erläutern Sie, welche Rolle die Revolution von 1918/19 nach Meinung Wirschings für das Scheitern der Weimarer Republik spielte. Welche Möglichkeiten und Grenzen beschreibt er für das Handeln der Sozialdemokratie?
  2. Die Geschichtsforschung betont seit einigen Jahren, die Weimarer Republik nicht allein als „Vorgeschichte zum Nationalsozialismus“ zu betrachten. Nehmen Sie Stellung.

<sup>1</sup> Perhorreszierung: mit Abscheu zurückweisen

### M11 Woran ist Weimar gescheitert?



Der Historiker Hagen Schulze fasst die Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik zusammen:

Woran ist also Weimar gescheitert? Die Antwort ist nicht mit letzter wissenschaftlicher Präzision zu geben, aber einiges lässt sich doch ausmachen: Die wichtigsten Gründe liegen auf dem Feld der Mentalitäten, der Einstellungen und des Denkens. In der Mitte des Ursachenbündels finden sich eine Bevölkerungsmehrheit, die das politische System von Weimar auf die Dauer nicht zu akzeptieren bereit war, sowie Parteien und Verbände, die sich den Anforderungen des Parlamentarismus nicht gewachsen zeigten. Die Ursachen für diese Defekte dürften überwiegend in langfristigen, aus den besonderen Bedingungen der preußisch-deutschen Geschichte zu erklärenden Zusammenhängen zu suchen sein, verstärkt durch die Entstehungsbedingungen des Weimarer Staatswesens und seiner außenpolitischen Belastungen. Die Übertragung dieser ungünstigen Gruppenmentalitäten auf das Weimarer Regierungssystem wurde durch den Wahlrechtsmodus erheblich begünstigt; andere Merkmale der formalen Verfassungsordnung, wie ihr mangelnder normativer Charakter oder der Föderalismus, wirkten nur in zweiter Linie destabilisierend, während das starke präsidentiale Moment daneben auch stabilisierende Komponenten enthielt, die allerdings letzten Endes nicht zum Zuge kamen. Die antirepublikanischen Tendenzen in Armee, Bürokratie und Justiz waren grundsätzlich beherrschbar, eine Frage des Machtbewusstseins von Parteien und Regierung. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren hauptsächlich langfristig wirksam, indem sie auf die Mentalitäten von Bevölkerung und einzelnen Gruppen einwirkten; aktuelle ökonomische Krisen verstärkten die destabilisierenden Momente, verursachten sie aber nicht.

Lapidar lässt sich also schließen: Bevölkerung, Gruppen, Parteien und einzelne Verantwortliche haben das Experiment Weimar scheitern lassen, weil sie falsch dachten und deshalb falsch handelten. Auch auf dem Umweg über die Strukturanalyse gelangt man so zu dem Schluss, dass Weimar nicht schicksalhaft oder bedingt durch anonyme Sachzwänge scheitern musste – die Chance der Gruppen wie der Einzelnen, sich für Weimar zu entscheiden und dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie zu gehorchen, nach dem man angetreten war, hat immer bestanden.

Zitiert nach: Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, 4. Auflage, Berlin 1993, S. 425

- 
1. Arbeiten Sie die Gründe für das Scheitern der Republik heraus. Formulieren Sie knappe Thesen und diskutieren Sie deren Gewichtung für ein Gesamturteil.
  2. Stimmen Sie den Ansichten des Historikers zu? Ergänzen Sie ggf. weitere Gründe.

### M12 Gegenwärtiges „Weimar“?

Cover einer Publikation aus dem Jahr 2018



### Weimarer Verhältnisse?

Historische Lektionen für unsere Demokratie



- 
1. Begründen Sie, weshalb man sich auch heute noch im Geschichtsunterricht mit der Weimarer Demokratie und ihrem Scheitern auseinandersetzen sollte.
  2. Diskutieren Sie, was wir aus den „Weimarer Verhältnissen“ für unsere Demokratie und deren Schutz lernen können bzw. sollen.



## 4.2 Der NS-Staat, seine Ideologie und die Deutschen

In noch nicht einmal zwei Jahren bauten die Nationalsozialisten Staat und Gesellschaft grundlegend zu einer Führerdiktatur um. In welchen Schritten erfolgte dies und wie war die NS-Diktatur strukturiert? Worin begründete sich der Erfolg des NS-Staates in der deutschen Bevölkerung?



Zur Lernaufgabe des erweiterten Kursniveaus gelangen Sie unter Mediencode 32072-424



Hinweise zu den Kooperationsformen bietet Ihnen Mediencode 32072-425.



Links für die Recherche zur Errichtung des NS-Staats bietet Mediencode 32072-426

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Nationalsozialismus
- ▶ „Ermächtigungsgesetz“
- ▶ „Gleichschaltung“
- ▶ Antisemitismus
- ▶ „Volksgemeinschaft“
- ▶ Konzentrationslager

### Lernaufgabe



Gehen Sie diesen Fragen mittels der folgenden Arbeitsaufträge nach und halten Sie Ihre Ergebnisse **schriftlich in Stichpunkten** fest. Erörtern Sie anschließend in Kleingruppen, z. B. mithilfe der Placemat-Methode, Ursachen für den Erfolg des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung.

▶ Teil 1: Organisation und Ideologie des NS-Staates

1. Erstellen Sie mittels einer Online-Recherche oder mithilfe von **INFO 3** eine Chronologie der Errichtung der NS-Diktatur von der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bis zum Tod des Reichspräsidenten Hindenburg.
2. Begründen Sie, inwiefern die Organisation des NS-Staates (**M4, M6**) zu dessen Erfolg beitrug.
3. Fassen Sie – ggf. arbeitsteilig – mittels Ihrer Kenntnisse sowie **M5** und **M7** zentrale Elemente der NS-Ideologie (z. B. in einer Mindmap) zusammen. Berücksichtigen Sie dabei auch die entsprechenden Grundlegenden Daten und Begriffe. Bei Bedarf können Sie zudem **INFO 4** und **5** hinzuziehen.

▶ Teil 2: Inszenierte Lebenswirklichkeiten im totalitären Staat

1. a) Erläutern Sie exemplarisch anhand von **M10**, wie die „Volksgemeinschaft“ propagiert wurde. Welche Wirkung intendierte das NS-Regime damit?  
b) Nehmen Sie auch unter Berücksichtigung von **M11** begründet und differenziert Stellung, welche Bedeutung dem Konzept der „Volksgemeinschaft“ für den Erfolg des NS-Staats in der deutschen Bevölkerung zukam.
2. Erläutern Sie am biografischen Beispiel (**M12**) sowie anhand der propagandistischen Bildquellen (**M13**) weitere Gründe für die Zustimmung zum NS-Regime in der deutschen Bevölkerung.
3. Der Erfolg der NS-Diktatur beruhte nicht nur auf aktiver Zustimmung. Erschließen Sie sich aus **M10 b** und **M14** weitere Reaktionen in der deutschen Bevölkerung.

**INFO 1:** Die Entstehung des Nationalsozialismus im Gefolge des Ersten Weltkriegs

**INFO 2:** Der Aufstieg der Nationalsozialisten

**M1** Gemeinsam gegen Weimar

**M2** Was ist Faschismus?

**M3** Warum war München die Keimzelle der NS-Bewegung?

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-427







wurden massiv eingeschränkt. Daneben wurde das Deutsche Reich in einen Zentralstaat verwandelt, denn auch die Länder fielen der „Gleichschaltung“ anheim und man beraubte sie ihrer Rechte. Im Sommer 1933 war Deutschland zur Einparteiendiktatur geworden. Nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg im August 1934 wandelte sich das Land zur Führerdiktatur unter dem „Alleinherrscher“ Hitler, auch wenn dessen Führungsstil verschiedene miteinander konkurrierende Machtzentrum zuließ.

Trotz der insgesamt wohlwollenden Einstellung zum NS-Regime blieben viele Deutsche letztlich gespalten: Sie bewunderten Hitler als Führungsfigur, der Deutschland erfolgreich zu regieren schien, andererseits kritisierten sie häufig bestimmte alltägliche Maßnahmen des Regimes, während sie andere begrüßten. Dieser Dualismus zwischen dem Führermythos und der oftmals als in Teilen durchaus problematisch empfundenen Alltagspolitik war Teil des NS-Staats.

Michael Mayer 40

M5 Ideologie im Bild

a) „Gesunde Eltern – gesunde Kinder“

Werbeplakat für die „Aufklärungsschriften“ der NS-Volkswohlfahrt, Berlin um 1936. Ganz unten der Hinweis: „Die Broschüre „Gesunde Eltern – gesunde Kinder!“ enthält den Wortlaut des Gesetzes zur Bekämpfung erbkranken Nachwuchses und seiner Begründung.“



1. Skizzieren Sie den Um- bzw. Ausbau des Staates zur Diktatur.
2. Diskutieren Sie Gründe, warum der Aufbau der NS-Diktatur innerhalb kürzester Zeit erfolgen konnte.



INFO 4: Die „Gleichschaltung“ von Staat und Gesellschaft

Die Ideologie der Nationalsozialisten war ein Sammelsurium aus sich teilweise widersprechenden Ideen und Vorstellungen. Selbst innerhalb der NSDAP gab es viele widerstreitende Ansichten darüber, was unter der NS-Ideologie zu verstehen sei. Zugleich bot die oftmals sehr allgemein gehaltene Ideologie zahlreiche Anknüpfungspunkte,

so dass sich auch viele bürgerlich-konservative Menschen, ja selbst ehemalige Anhänger der parlamentarischen Demokratie zum NS-Staat hingezogen fühlten. Gleichwohl äußerten die meisten Deutschen auch Kritik am Nationalsozialismus. Doch dürfen solche in Einzelfällen abweichenden Meinungen nicht als eine generelle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus angesehen werden.

Im Mittelpunkt der NS-Ideologie stand das „Volk“, das angeblich durch gemeinsame Geschichte, Kultur und Herkunft („Rasse“) charakterisiert war. Nicht einzelne Individuen (wie im Liberalismus) oder unterschiedliche Klassen (wie im Marxismus) seien die Motoren der Geschichte, sondern allein die „Völker“. Vermeintlich „negative“ Entwicklungen in der Geschichte wurden dabei darauf zurückgeführt, dass die „biologischen“ Grundlagen des „Volkes“ gestört seien. Ursache hierfür sei eine „Rassenmischung“, d.h. wenn sich ein „Volk“ mit vermeintlich „Volksfremden“ verbinde. Als größte „Gefahr“ sahen die Nationalsozialisten dabei Mischehen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen. Daneben schien ein „Volk“ durch die moderne Zivilisation gefährdet, weshalb – so glaubten die Nationalsozialisten – sich Kriminalität, „Asozialität“ und Geisteskrankheiten ausbreiten würden. Durch die Erfahrungen im Ersten Weltkrieg und der Weimarer Republik hatten viele Menschen den Eindruck, dass diese ideologischen Erklärungsmuster durchaus eine Berechtigung hätten und sich so die vermeintlichen „Fehlentwicklungen“ der vergangenen Jahre verstehen ließen.

Die NSDAP war in erster Linie eine Anti-Partei. Sie hielt den Kommunismus für die größte Bedrohung. Doch auch die Demokratie und die kapitalistische Wirtschaftsform lehnten sie ab. Als Bindeglied für ihre Ideologie dienten Jüdinnen und Juden. Der **Antisemitismus** stand damit im Zentrum der NS-Ideologie. So glaubten die Nationalsozialisten, dass Jüdinnen und Juden einerseits den Kommunismus fördern würden, um so die Herrschaft in vielen Staaten zu erringen. Auf der anderen Seite nahmen die Nationalsozialisten an, dass jüdische Menschen gleichfalls auch die Wegbereiter des Kapitalismus seien. Durch die moderne Wirtschaft mit Banken und Börsen würden die Jüdinnen und Juden die „traditionellen Werte“ in einer Gesellschaft zerstören, um so den Staat dominieren zu können. Das Ziel von „jüdischen Kommunisten“ und „jüdischen Kapitalisten“ sei deshalb immer gleich: die Gesellschaft zu unterwandern und eine „jüdische Herrschaft“ zu errichten – sei es in Form des Kommunismus oder des Kapitalismus. Diese Verbindung von Antikommunismus (teilweise auch Antikapitalismus) und **Antisemitismus** führte dazu, dass die NSDAP sehr erfolgreich Anhängerinnen und Anhänger gewinnen konnte. Denn Vorurteile gegen Kommunistinnen und Kommunisten sowie Jüdinnen und Juden waren in Deutschland weit verbreitet. Zudem hatte Hitler mit „dem Juden“ einen Sündenbock gefunden, der für alle Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wurde. Dieses einfache Erklärungsmuster stieß auf viel Zustimmung in der Bevölkerung.

Michael Mayer

#### INFO 5: Die „Volksgemeinschaft“

„Die Nationalsozialisten nutzten für sich den Begriff der „**Volksgemeinschaft**“, der in Deutschland seit den 1880er Jahren immer größere Bedeutung erlangt hatte und von allen politischen Strömungen verwendet wurde. Allerdings verstand man darunter in der Regel eine einheitliche, friedlich miteinander lebende Gemeinschaft, in der jeder seinen ihm zugewiesenen Platz einnahm und zu der alle Menschen im Lande gehören sollten. Letzteres wurde vor allem von den Sozialdemokraten so gesehen.“ Für konservativ-nationalistische Kreise war die „**Volksgemeinschaft**“ hingegen ein idealisierter Gegenentwurf zu dem, wie sie die Gegenwart wahrzunehmen glaubten. Denn die moderne Industriegesellschaft, die sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte, wurde von den Feinden der Moderne als eine in sich zerrissene, von Konflikten geprägte soziale Gemeinschaft angesehen. Doch wollte die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu dem überkommenen System von Hierarchien und Untertanenverhältnissen (d.h. in die Zeit vor 1918) zurück. Die Menschen wehrten sich zunehmend dagegen, dass ihr Leben von außen bestimmt werden sollte. Doch zugleich sehnten sich viele nach einem überschaubaren Leben, das ihnen weniger Herausforderungen abverlangte und in dem die Gesellschaft scheinbar weniger komplex strukturiert war.

Bei der Eröffnung des neuen Reichstags am 21. März 1933 in Potsdam wurde die angebliche Idee der „**Volksgemeinschaft**“ als Propagandaspektakel inszeniert. Reichskanzler Hitler gab sich betont demütig und verneigte sich vor Reichspräsident Hindenburg und ließ die Menschen glauben, dass er sich vor dem alten Preußen verbeuge und es zu achten wisse. Damit wurde, nach der Bekämpfung der politischen Gegner, die neue „Einheit“ des deutschen Volkes gefeiert, der Beginn einer



b) „Der ewige Jude“  
Plakat für eine Propaganda-Ausstellung in München 1937

- ▶ Analysieren Sie die beiden Plakate.
- ▶ Arbeiten Sie zentrale Elemente der NS-Ideologie heraus, die sich darin jeweils widerspiegeln.



nun scheinbar friedvollen „Volksgemeinschaft“. Diese Bilder besänftigten viele Menschen.

Die NS-Propaganda versuchte den Menschen zudem die Idylle einer „Volksgemeinschaft“ vorzugaukeln, in der jeder die Möglichkeit zum Aufstieg hätte. Die vermeintliche Gleichheit im wirtschaftlichen Bereich etwa zwischen den „Führern der Betriebe“ und ihrer „Gefolgschaft“ entsprach jedoch nicht der Realität. Durch die Zerschlagung der Gewerkschaften war die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschwunden. Die soziale Ungleichheit bestand trotz einer egalitären Propaganda weiter fort. Doch sollte dies mit aufwendigen Feiern, etwa zum 1. Mai, wenn die gesamte Belegschaft der Betriebe mitsamt der Führung gemeinsam aufmarschierte, übertüncht werden. Gleichwohl gab es gewisse soziale Verbesserungen, die dazu beitrugen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem NS-Regime ambivalent bis positiv, seltener negativ gegenüberstanden.

Die Sozialleistungen des Regimes verfolgten jedoch einen politischen Zweck. So sollten die „rassisch wertvollen“ Teile der Bevölkerung gefördert und zur Gründung von Familien gebracht werden. Die Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen sollte dabei insbesondere die Geburtenrate erhöhen, wobei die Kinder nach den Vorstellungen der NS-Führung später als Soldaten für Deutschland zu kämpfen hatten. Auch sollte die Arbeitsproduktivität der Deutschen durch Sozialleistungen verbessert werden. Vermeintlich „minderwertige“ Menschen wurden hingegen aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und profitierten nicht von den Verbesserungen. Auch „Leistungsschwache“, die als „Arbeitsscheue“, „Bummelanten“ oder „Asoziale“ bezeichnet wurden, setzte das Regime unter Druck, um mehr Leistung zu bringen.

Somit verdeckte die vermeintliche „Einheit“ des deutschen Volkes, dass die neuen Machthaber bestimmten, wer Teil der „Volksgemeinschaft“ sein sollte und wer aus ihr ausgeschlossen wurde. Die politische Dimension der „Volksgemeinschafts-Ideologie“ grenzte dabei die politischen Gegner der Nationalsozialisten aus, allen voran Kommunistinnen und Kommunisten sowie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Noch fataler wirkte sich aber die soziale Dimension der „Volksgemeinschafts-Ideologie“ aus: Menschen, die nicht den „rassischen“ Vorstellungen der Nationalsozialisten entsprachen, sollten ebenfalls nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ sein. Während sich politische Gegnerinnen und Gegner der Nationalsozialisten im Einzelfall „bewähren“ konnten und die Möglichkeit hatten, in die „Volksgemeinschaft“ aufgenommen zu werden, war dies bei Personen, die aus rassistischen Gründen verfolgt wurden, nicht der Fall. Insbesondere Jüdinnen und Juden waren nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ und wurden in den Folgejahren auch immer weitergehender aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Der Antisemitismus definierte damit, wer zur „Volksgemeinschaft“ zugerechnet wurde.

Michael Mayer

1. Erstellen Sie auf Basis von INFO 4 und 5 eine Mindmap zur NS-Ideologie.
2. Beurteilen Sie die Bedeutung der „Volksgemeinschaft“.



401

## M6 Wie herrscht der NS-Staat?



32072-381

Der Historiker Jörg Echternkamp erläutert, wie die NS-Herrschaft in die Praxis umgesetzt wurde:

Der „Führerstaat“ war straff organisiert, so dass Hitlers Befehle effektiv umgesetzt wurden – diese Vorstellung, die auf den ersten Blick naheliegt, verkennt die Funktionsmechanismen des NS-Regimes. Tatsächlich ist es 5 Hitler und der NSDAP zu keiner Zeit gelungen, eine klare, überschaubare und einfach zu handhabende Ordnung der Regierung und Verwaltung herbeizuführen. Typisch für die NS-Herrschaft war stattdessen ein Neben-, Mit- und Gegeneinander der verschiedensten Instanzen und Personen. Das begann mit der Verquickung von Partei und Staat auf allen Ebenen: So war der Chef einer Gliederung der Partei, der SS, [Heinrich Himmler], Chef der Polizei im Reich, und der Berliner Gauleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, hatte das Amt eines 10 Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda inne. [...] Parteigenossen in hohen Ämtern gerieten immer wieder mit Amtsinhabern der überkommenen politischen und administrativen Strukturen aneinander. Gleichwohl wäre es falsch, dieses Nebeneinander als 20 Durcheinander zu verstehen und damit zu unterschätzen. Die vielen parallelen Herrschaftsstrukturen, die unscharfen, sich überlappenden Zuständigkeitsbereiche: In dieser Besonderheit des Herrschaftsgefüges lag keine Schwäche, sondern eine Stärke des NS-Staates. In dem Hitler, erstens, „Sonderstäbe“ schuf und „Kommissare“ beauftragte, konnte er die überkommenen Hierarchien unterlaufen, endlose Verwaltungswege abkürzen und fallweise Zusammenarbeit möglich machen, wo Ämter üblicherweise auf ihre jeweilige Zuständigkeit 30 gepocht hätten. Zweitens erwies sich das NS-Regime als ausgesprochen effizient darin, die unterschiedlichsten Instanzen und Personen zur Kooperation zu bewegen. Dazu war es nicht auf straffe Befehlsketten angewiesen, sondern nutzte die Bereitschaft möglicher Akteure, 35 „dem Führer entgegen zu arbeiten“ (Ian Kershaw). Möglich wurde dieses Engagement im Sinne des Systems nicht trotz, sondern wegen des Kompetenzgerangels. Wo Machtbereiche nicht klar definiert waren, taten sich jene Handlungsräume auf, in denen Menschen von sich aus Entscheidungen fällten, die – davon waren sie überzeugt – ganz im Sinne ihres „Führers“ lagen. Wer im Rahmen seiner Handlungsmöglichkeiten selbst aktiv wurde, trug seiner Meinung nach zum Wohl des Ganzen bei – was der eigenen Karriere nicht schaden 45 konnte.

Hitler stand im Mittelpunkt dieses polykratischen Herrschaftssystems. Der „Führer“ hielt die Fäden der Entwicklung von Staat und Gesellschaft in der Hand; er war

die unumstößliche Letztinstanz. Seine Entscheidungen unterlagen keiner Kontrolle mehr. [...] Was ihn nur auf den ersten Blick als schwach erscheinen lässt – das vermeintliche Chaos –, machte in Wirklichkeit Hitlers Stärke aus. Er hatte bis zum Schluss das letzte Wort bei Machtkämpfen im Staat, in der Partei oder im Militär.

Zitiert nach: Jörg Echternkamp, Das Dritte Reich. Diktatur, Volksgemeinschaft, Krieg, Berlin 2018, S. 47–49

- 
1. Arbeiten Sie aus dem geschichtswissenschaftlichen Text zentrale Thesen und Argumentation heraus.
  2. Erklären Sie in eigenen Worten, inwiefern Hitler als „Führer“ das „polykratische Herrschaftssystem“ nutzte.
  3. Beurteilen Sie die Struktur des NS-Staats für dessen Erfolg.

## M7 Der Antisemitismus der NSDAP

Der NSDAP-Parteichef Adolf Hitler spricht am 27. Februar 1925 auf einer Parteiversammlung darüber, dass Jüdinnen und Juden gleichermaßen für die Verbreitung von Kapitalismus und Kommunismus verantwortlich seien:

Derselbe Jude, der auf der einen Seite dem Bürgertum die übelsten Gewohnheiten als Morgengabe mitgebracht [hatte], der gleiche Jude war es nun, der auf der anderen Seite die Massen aufpeitschte und aufwiegelte und jeden Fehler, der dem einen unterlief, dem andren 5 in tausendfältig verzerrter Größe wieder zeigte.

Es war derselbe Jude, der auf der einen Seite als kapitalistischer Tyrann die Massen zur Verzweiflung treib, um auf der andren diese Verzweiflung so lange zu steigern, bis die Massen endlich reif wurden zum Instrument in 10 seiner Faust. [...]

Das Ziel [bei Gründung der NSDAP] war damals klar und einfach: Kampf der Teufelsmacht, die Deutschland in dieses Elend hineingestürzt [hat], Kampf dem Marxismus sowie dem geistigen Träger dieser Weltpest und 15 Seuche, dem Juden. Kampf nicht nach bürgerlichem Muster, „vorsichtig“, damit er nicht zu wehe tut. Nein und nochmals nein! Als wir uns damals zu dieser neuen Bewegung zusammenschlossen, waren wir uns klar, dass es in diesem Ringen nur zwei Möglichkeiten gibt: 20 Entweder der Feind geht über unsere Leiche oder wir über die seine.

Zitiert in: Clemens Vollnhals (Hrsg.), Hitler. Reden Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. 1, München 1992, S. 18, 20, 23

- 
1. Arbeiten Sie heraus, wofür Hitler Jüdinnen und Juden als Sündenböcke missbrauchte.
  2. Bewerten Sie Inhalt und „Ton“ der Quelle.

### M 8 „Unblutige Revolution“?

Der französische Botschafter in Deutschland, André François-Poncet<sup>1</sup>, berichtet am 30. März 1933, dem Tag, nachdem das „Ermächtigungsgesetz“ erlassen wurde, an das französische Außenministerium in Paris:

In den ersten Tagen der neuen Regierung ist wenig Blut geflossen. Es wird sogar eingeräumt, dass die Revolution Hitlers bis zum jetzigen Zeitpunkt eine der unblutigsten der modernen Geschichte sei. Es ist ebenso sicher, dass in Zusammenhang mit den Kommunisten und Sozialisten zahlreiche Juden verhaftet, eingesperrt, verprügelt und zum Teil ausgeraubt wurden. Genauso ist die Nazi-Bewegung vom Wesen her antisemitisch. Das Wort „völkisch“, d.h. „rassistisch“, bedeutet nichts anderes als „nicht-jüdisch“, „judenfeindlich“. Die Nationalsozialisten tendieren dazu, keinen Unterschied zwischen Kommunismus, Marxismus und dem Judentum zu machen. Der Hass gegenüber den Juden war von Beginn an eine der Haupttriebfedern für die Hitlerpropaganda. [...]

Zitiert in: Frank Bajohr und Christoph Strupp (Hrsg.), Fremde Blicke auf das „Dritte Reich“. Berichte ausländischer Diplomaten über Herrschaft und Gesellschaft in Deutschland 1933–1945, Göttingen 2011, S. 361 f.

- Charakterisieren Sie, welche Bedeutung dem Antisemitismus im Rahmen der NS-Ideologie zugeschrieben wird.



### M 9 Hitler über die „Volksgemeinschaft“

#### a) In einer Regierungserklärung erläutert Reichskanzler Hitler am 1. Februar 1933 seine Politik der Schaffung einer „Volksgemeinschaft“:

Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird über Stände und

<sup>1</sup> François-Poncet war 1931–1938 französischer Botschafter in Berlin. Während der deutschen Besatzung bemühte er sich ab Ende 1940 vergeblich, von der Vichy-Regierung erneut zum Botschafter in Berlin ernannt zu werden. 1949–1955 war er französischer Hoher Kommissar, d.h. der Vertreter Frankreichs der „Alliierten Hohen Kommission“ der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik.

Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewusstsein seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken. [...]

Zitiert nach: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Deutsche Geschichte 1933–1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt am Main 2002, S. 13 f.

#### b) Aus der Rede Hitlers zum Erntedankfest im niedersächsischen Bückeberg am 1. Oktober 1933:

Der Nationalsozialismus hat weder im Individuum noch in der Menschheit den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen, seiner Stellungnahmen und Entschlüsse. Er rückt bewusst in den Mittelpunkt seines ganzen Denkens das Volk. Dieses Volk ist für ihn eine blutmäßig bedingte Erscheinung. [...]

Das einzelne Individuum ist vergänglich, das Volk ist bleibend. Wenn die liberale Weltanschauung in ihrer Vergötterung des einzelnen Individuums zur Zerstörung des Volkes führen muss, so wünscht dagegen der Nationalsozialismus das Volk zu schützen, wenn nötig auf Kosten des Individuums. Es ist notwendig, dass der Einzelne sich langsam zur Erkenntnis durchringt, dass sein eigenes Ich unbedeutend ist, gemessen am Sein des ganzen Volkes [...].

Zitiert nach: Johannes Hampel, Der Nationalsozialismus, Bd. 2: 1935–1939. Friedenspropaganda und Kriegsvorbereitung, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, 2. Auflage, München 1993, S. 271

#### c) In seiner Rede anlässlich des Heldengedenktages am 10. März 1940 sagt Hitler über die „Volksgemeinschaft“:

[...] Über Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen und alle übrige Wirrnis des Lebens hinweg erhebt sich die soziale Einheit der deutschen Menschen ohne Ansehen des Standes und der Herkunft, im Blute fundiert, durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden. [...]

Zitiert nach: Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 21, Würzburg 1963, S. 1477 f.

1. Arbeiten Sie heraus, was die „Volksgemeinschaft“ gemäß der NS-Ideologie kennzeichnet.
2. Diskutieren Sie, inwiefern die Propaganda einer „Volksgemeinschaft“ für Deutsche ein attraktives Konzept war.



## M10 Die „Volksgemeinschaft“ im Rückblick



### a) „Volksgemeinschaft“ und NS-Ideologie

Der Historiker Michael Wildt beschreibt, wie die Nationalsozialisten die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ nutzten:

In der Propaganda einer „Volksgemeinschaft“, mit der die Weimarer Demokratie scharf abgelehnt wurde, [steckte] eine starke Futurisierung des Begriffs. „Volksgemeinschaft“ existierte demnach noch nicht, sondern musste erst noch hergestellt werden [...].

In der Kritik an den bestehenden Verhältnissen und dem „Willen zur Veränderung“, so der Historiker und ehemalige Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, Martin Broszat, entfaltete sich eine mächtige „soziale Schubkraft“ zugunsten der NSDAP. Bereits in der Frühzeit der Partei äußerte sich dies in der „unerhörten Betriebsamkeit, Improvisationsfähigkeit, Aufopferung und Energie ihrer Mitglieder und Anhänger. Sie erklärt aber vor allem die außerordentliche Leistungs- und Einsatzbereitschaft großer Teile der Nation während des Hitler-Regimes“. [...]

Unstrittig [ist heute in der wissenschaftlichen Forschung], dass es die „Volksgemeinschaft“, wie sie vom NS-Regime propagiert worden ist, als soziale Wirklichkeit nicht gegeben hat. Entgegen dem von Hitler und Goebbels immer wieder beschworenen Ende des Klassenkampfes und der Einheit aller „Arbeiter der Stirn und der Faust“ sowie der Unternehmer blieben die strukturellen Unterschiede und sozialen Asymmetrien zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Kleingewerbetreibenden und Großbetrieben, selbständigen Kleinbauern und Großgrundbesitzern auch im Nationalsozialismus erhalten.

Dass die Nationalsozialisten den Begriff propagandistisch nutzten, steht außer Zweifel. Aber es ist auch nicht zu übersehen, dass große Teile der deutschen Bevölkerung in der „Volksgemeinschaft“ ein erstrebenswertes soziales Ziel sahen, auch wenn sie mit diesem Begriff teilweise durchaus unterschiedliche Inhalte verbanden. Dennoch ergaben sich dadurch Anschlussmöglichkeiten, Übereinstimmungsmodi mit dem NS-Regime.

Zitiert nach: Michael Wildt, Im Sog der Verheißung. Die sogenannte Volksgemeinschaft. In: Warum Hitler? Hrsg. von Stefan Bergmann, Darmstadt 2021, S. 51–60, hier S. 52–54

### b) Die wissenschaftliche Debatte über „Volksgemeinschaft“

Der Historiker Jörg Echternkamp beschreibt die Debatte, die sich um den Begriff der „Volksgemeinschaft“ entzündete:

[In diesem Zusammenhang habe der britische Historiker Ian Kershaw auf zwei grundsätzliche Probleme hingewiesen:] Zum einen bleibe methodisch unklar, wie ein zeitgenössischer Begriff der Propaganda in eine Kategorie der Analyse umgemünzt wird. Wie lassen sich die Gefühle messen, die das „Zukunftsversprechen“ der Volksgemeinschaft auslösen soll? Zum anderen hält er die Grundannahme für problematisch, dass die große Mehrheit der Deutschen tatsächlich auf der Seite des NS-Regimes gestanden haben, womöglich bis zum bitteren Ende, und nicht erst, wie etwa [der britische Historiker Robert Gellately] argumentiert, durch Terror dazu gezwungen wurden. Auch wenn manche Programmpunkte wie etwa die Revision des Versailler Vertrages breite Zustimmung fanden, läuft die Rede von der Volksgemeinschaft doch Gefahr, die Bandbreite der Haltungen gegenüber dem NS-Regime zu ignorieren, wie sie selbst die Gestapo-Berichte widerspiegeln, und überhaupt auszublenden, dass die Kritiker längst mundtot gemacht worden waren. Die freiwillige, aktive Zustimmung, die in der verallgemeinernden Formel der Volksgemeinschaft unterstellt wird, ist jedenfalls nicht mit Anpassung und passiver Akzeptanz zu verwechseln.

Zitiert nach: Jörg Echternkamp, Das Dritte Reich. Diktatur, Volksgemeinschaft, Krieg, Berlin 2018, S.173

1. Erläutern Sie, wie die Nationalsozialisten den Begriff der „Volksgemeinschaft“ instrumentalisierten.
2. Diskutieren Sie die Bedeutung der propagierten „Volksgemeinschaft“ für den Erfolg des NS-Regimes.



### M11 Gesellschaftliche Inszenierungen

a) Von 1933 an organisierte das Propagandaministerium Feste wie das hier abgebildete „Reichserntedankfest“ am 30. September 1934 auf dem Bückeberg bei Hameln. Nach Angaben des Ministeriums sollen in diesem Jahr 700 000 Besucherinnen und Besucher aus dem gesamten Reich daran teilgenommen haben.

Hitler auf dem Weg zur Ehrentribüne



b) Die folgenden Fotos stammen vom „Reichsparteitag der Ehre“ in Nürnberg im September 1936. Das Zeppelinfeld in Nürnberg, eine Aufmarscharena mit Tribünen und Rednerkanzel, war Teil einer Reihe von Bauten, die für das elf Quadratkilometer große Reichsparteitagsgelände geplant worden waren. Der sogenannte „Lichtdom“ wurde von rings um das Gelände angebrachten Flakscheinwerfern erzeugt.

Die SS beim „Großen Appell“



Nächtlicher Appell der Politischen Leiter, aufgenommen vom NS-Fotografen Heinrich Hoffmann



- ▶ Analysieren Sie die Fotografien. Welche Wirkung und welche Ziele verfolgte das NS-Regime mit solchen Massenveranstaltungen? Wie wurde Hitler inszeniert?



### M12 Porträt einer überzeugten Nationalsozialistin

Der Historiker Dietmar Süß beschreibt den Fall der Hamburger Lehrerin Luise Solmitz, die 1933 voller Begeisterung für Hitler war:

Luise, geboren 1889, war keine Nationalsozialistin der ersten Stunde. Sie stammte aus einer konservativ-bürgerlichen Kaufmannsfamilie und war mit dem Maschinenbauingenieur und Berufssoldaten Friedrich Solmitz verheiratet. Ihr Bruder Werner engagierte sich während der Weimarer Republik für die linksliberale DDP, mit der auch Luise anfangs sympathisierte. Das Engagement aber blieb ein kurzes Intermezzo – ihr politisches Herz schlug schwarz-weiß-rot. So lebte das Hamburger Paar nicht reich, aber doch auskömmlich, auch nach der Pensionierung von Friedrich Solmitz, der als Major ein Ruhegehalt bezog und freiberuflich für Industrie und städtische Unternehmen arbeitete. Privat bewegte sich die Familie Solmitz in soldatischen und völkischen Zirkeln. Schon 1930 hatte Luise das erste Mal NSDAP gewählt, war dann aber wieder zur DNVP zurückgekehrt. Nun fühlte sie sich mitgerissen von Hitlers Aufruf, von diesem [wie sie in ihrem Tagebuch festhielt] „geniale[n] Mensche[n]“, dessen Programm ganz das ihre war: „Deutschland!“

20

## 4.2 Der NS-Staat, seine Ideologie und die Deutschen

Gefühle spielten dabei eine besondere Rolle: die betörende Atmosphäre der trommelnden Sammlungsbewegung, das gemeinsame Radiohören und Warten auf Hitlers Stimme, die Vergemeinschaftung mit den vielen Gleichgesinnten, die neuen stolzen Uniformen mit Hakenkreuzbinden und der Hitlergruß. [...]

Der Nationalsozialismus forderte ein offenes Bekenntnis. Streng urteilte Luise über alle, die im Frühling 1933 noch zögerten oder gar an Hitler zweifelten; schlimmer nur waren all diejenigen, die abseits gestanden hatten und sich nun im Sog des Erfolgs in die nationalsozialistische Bewegung einschlichen – solche Trittbrettfahrer und „Märzgefallenen“ wie ihr eigener Bruder Werner. Er hatte seit 1929 als Journalist für die Presseabteilung der Reichsregierung gearbeitet und war trotz seiner politischen Vergangenheit in Goebbels' Propagandaministerium weiterbeschäftigt worden – ein Skandal, wie Luise fand, den sie selbst, trotz einer gewissen Scham, der NSDAP-Auslandsabteilung zur Kenntnis brachte. Einen solchen „Gesinnungslump“ könne sie nicht mittragen, das würde schließlich Hitler hintergehen. [...] Nur der Zufall wollte es, dass ihre Briefabschriften an die Partei folgenlos blieben und Werner nichts von der Denunziation seiner Schwester erfuhr.

Gegenüber dem Schicksal der politischen Linken war sie wenig zimperlich. Die alten Demokraten waren für sie nur noch Lachnummern und die Kommunisten Feinde, die kein besonderes Mitleid verdienten. Die Gewalt der Straße schien für sie einzig von den „Roten“ inszeniert – die Nationalsozialisten und SA-Trupps waren in ihren Augen unschuldige Opfer, die sich allenfalls gegen die feigen Übergriffe zur Wehr setzten. Deutschland jedenfalls erlebte in ihren Augen gerade eine „Revolution, ein[en] Staatsstreich von rechts“ – und sie und ihr Mann empfanden „eine Riesenfreude“, als sie am 8. März auf dem Rückweg von einem Besuch am Rathaus vorbeikamen und aus dem „widerlichen“ Platz der Republik über Nacht der „Adolf-Hitler-Platz“ geworden war.

War Luise Solmitz eine überzeugte Nationalsozialistin? Die Antwort scheint auf den ersten Blick klar: Glaube an den „Erlöser“ Hitler, nationalistischer Chauvinismus, Kampf gegen die „Schmach von Versailles“ und die Verachtung der Demokratie. All das findet sich bei Luise Solmitz und vielen Deutschen in diesen Momenten des Jahres 1933. Doch schon die Geschichte ihres Bruders macht deutlich, dass die Mitarbeit für das Regime sehr unterschiedlich motiviert sein konnte. Im Frühjahr 1933 gab es auch ganz andere Stimmen, solche, die das neue Kabinett allenfalls als Übergangsphänomen betrachteten und keineswegs glauben wollten, dass eine neue Zeitrechnung begonnen habe. Und es gab die vielen Kommunisten und Sozialdemokraten, die im neuen Re-

gime vor allem einen, wie Kurt Schumacher es während einer hitzigen Redeschlacht im Reichstag 1932 nannte, „dauernden Appell an den inneren Schweinehund im Menschen“ sahen.<sup>1</sup>

Zitiert nach: Dietmar Süß, Die deutsche Gesellschaft im Dritten Reich, München 2017, S. 16–19



1. Arbeiten Sie anhand der skizzierten Biographien des Geschwisterpaars Luise und Werner Motive für die Unterstützung des NS-Regimes heraus.
2. Beurteilen Sie, inwiefern die NS-Propaganda bei Luise Solmitz offenbar verfiel.

## M13 Propaganda im Nationalsozialismus

## a) Plakate

Mitgliederwerbung der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (1934)



<sup>1</sup> Der Ehemann von Luise Solmitz hatte jüdische Vorfahren, weshalb die Familie bald von der antisemitischen Politik des NS-Regimes persönlich betroffen war. Gleichwohl blieb Somitz weiterhin eine glühende Anhängerin Hitlers.

NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (ca. 1934)  
 Untertitel: „Auch du kannst jetzt reisen!“



b) Veranstaltungen

„Eintopfsonntag“ in Berlin 1935, aufgenommen vom NS-Fotografen Heinrich Hoffmann



► Erklären Sie anhand der Bildquellen, warum der NS-Staat bei vielen Deutschen auf Zustimmung stieß.



M14 Die „Miesmacher-Aktion“: „Jetzt sollen sie uns kennenlernen!“

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels wendet sich am 12. Mai 1934 in einer Rede an die Bevölkerung, um gegen die Kritik an der NS-Politik anzugehen und den „Aufklärungskampf gegen Miesmachertum und Kritikasterei, gegen Gerüchtemacher und Hetzer aufzunehmen“:

Es gibt Menschen, die mögen sich selbst nicht leiden, und sie ärgern sich schon, wenn sie in den Spiegel schauen. Sie haben an allem etwas auszusetzen. Früher schimpften sie über die Parteien, jetzt schimpfen sie, dass keine Parteien mehr da sind; früher schimpften sie, dass die Regierungen so oft wechselten, heute schimpfen sie, dass diese Regierung solange bleibt. Früher waren ihnen die Zeitungen zu zweitönig, jetzt sind sie ihnen zu eintönig; früher schimpften sie [...]. Eine Zeitlang haben wir uns mit diesen Leuten nicht auseinandergesetzt, jetzt sollen sie uns kennenlernen! Wir tun das nicht, wie wir es wohl könnten, mit der Staatsgewalt, sondern wir appellieren an den Bundesgenossen Volk.

Wenn heute die Miesmacher glauben, sie könnten auf Grund unseres Schweigens nun ihrerseits das Wort ergreifen, so sollen sie sich in uns getäuscht haben. Denn die, die uns beim Aufbauwerk halfen, wissen wie schwer es war, und fällen darum auch ein gerechtes Urteil. Nur die, die keinen Anteil am Aufbau hatten, reden anders. Sie sind sich nicht im klaren über die Lage, die vorhanden war, als wir die Macht übernahmen. So werden wir uns nun mit ihnen auseinandersetzen. Es ist geradezu verbrecherisch, wenn Menschen im Lande umhergehen und Leuten, die ohnehin schwer zu kämpfen haben, auch noch den Mut nehmen. Wenn noch ein Teil des Auslandes uns mit dem anonymen Boykott begegnet und deutsche Waren nicht annehmen will, so wissen wir sehr wohl, dass das auf unsere jüdischen Mitbürger zurückzuführen ist. Ich kann aber nicht, weil die Juden im Ausland uns boykottieren, im Innern die Judengesetzgebung zurückziehen, sondern wir müssen diese Krise durchstehen. [...]

Zitiert in: Wolf Gruner (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 1: Deutsches Reich 1933–1937, München 2008, S. 337–339

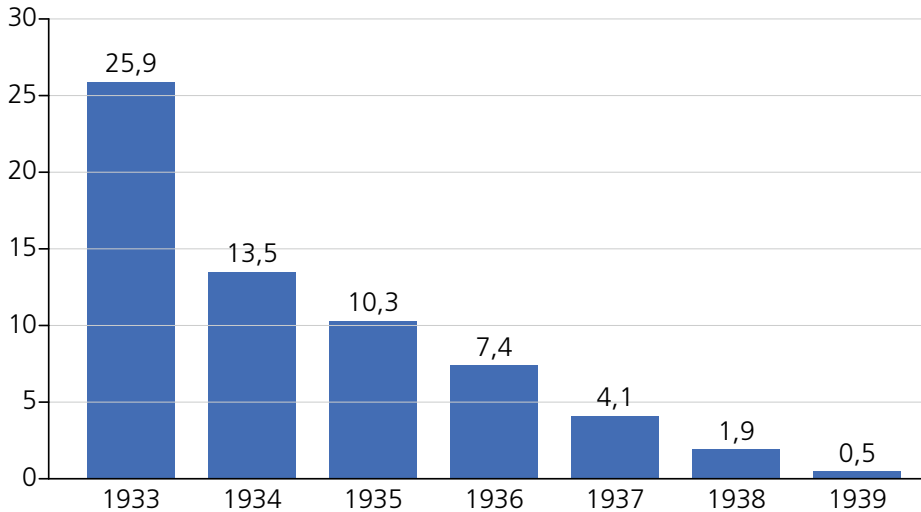
1. Erläutern Sie, was der „Aufklärungskampf gegen Miesmachertum“ bedeutete.
2. Diskutieren Sie, welche Ziele das NS-Regime damit verfolgte.



### M15 Ergebnisse nationalsozialistischer Politik in Zahlen

#### a) Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1939

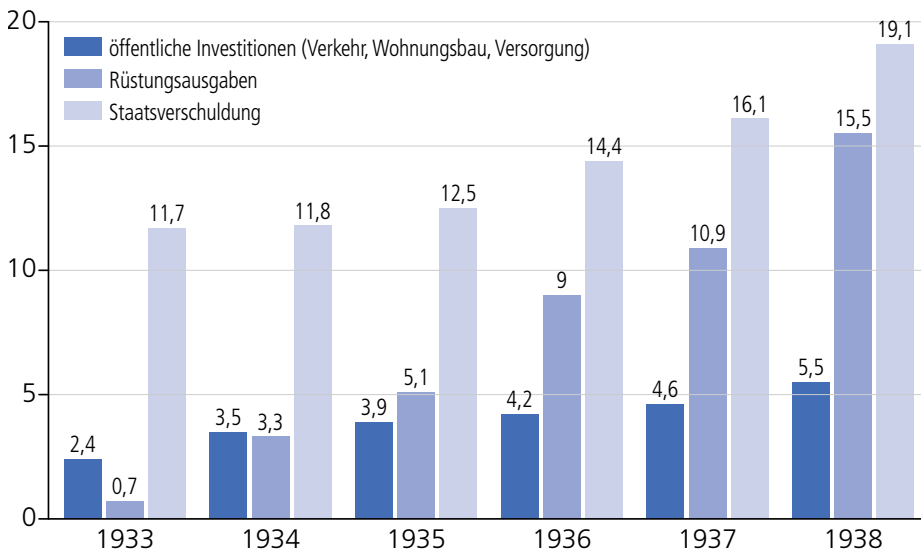
Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbstätigen



Säulendiagramm nach: Dietmar Petzina, Werner Abelshauer und Anselm Faust, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. 3, München 1978, S. 119

#### b) Entwicklung der jährlichen Staatsausgaben und Staatsverschuldung

Angaben in Mrd. Reichsmark für die Jahre 1933–1938



Daten nach: Udo Sautter (Hrsg.), Deutsche Geschichte seit 1915: Daten, Fakten, Dokumente, Bd. 1, Tübingen 2004, S.157 und 198

1. Werten Sie die Grafiken aus, indem Sie ihre zentralen Aussagen thesenartig formulieren.
2. Stellen Sie einen Zusammenhang zwischen den beiden Grafiken her und beurteilen Sie davon ausgehend den Rückgang der Arbeitslosigkeit kritisch.
3. Diskutieren Sie, inwiefern die in den Grafiken dargestellten Entwicklungen zum Erfolg des NS-Regimes beigetragen haben könnten.





## 4.3 Verfolgungen im NS-Staat bis 1939

Die Verfolgungen im Nationalsozialismus bis 1939 waren geprägt von rassistischer Ideologie und systematischer Diskriminierung. Jüdinnen und Juden, politisch Andersdenkende und Minderheiten wurden entrechtet und verfolgt. Wie entwickelten sich diese Verfolgungen? Welche Auswirkungen hatten sie auf die Betroffenen und die Gesellschaft? Und wie reagierte der nichtbetroffene Teil der Bevölkerung auf die Maßnahmen?



Zur Lernaufgabe des erweiterten Kursniveaus gelangen Sie unter Mediencode 32072-444



Links für die Recherche zur Verfolgung der Opfergruppen bietet Mediencode 32072-445

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Nationalsozialismus
- ▶ „Gleichschaltung“
- ▶ Antisemitismus
- ▶ „Nürnberger Gesetze“
- ▶ „Volksgemeinschaft“
- ▶ Konzentrationslager
- ▶ 9. November 1938 Novemberprogrome

### Lernaufgabe

Setzen Sie sich arbeitsteilig mit der Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden und weiterer Opfergruppen bis 1939 auseinander, um deren Systematik zu erkennen. Erstellen Sie eine **digitale Pinnwand**.

1. Tragen Sie Kenntnisse und Informationen zusammen, die Sie bereits über die systematische Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden sowie weitere Opfergruppen bis 1939 haben. Berücksichtigen Sie dabei auch die entsprechenden Grundlegenden Daten und Begriffe.
2. Erstellen Sie in Gruppen mithilfe der Materialien und einer Internetrecherche eine digitale Pinnwand zur Entrechtung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie weiterer Opfergruppen des NS-Regimes:
  - ▶ zu Jüdinnen und Juden: **M3, M5 b, M7, M8**
  - ▶ zu politischen Gegnern, insbes. Angehörigen der Arbeiterbewegung: **INFO 4, M4, M5 a, M13**
  - ▶ zu sog. „Asozialen“, insbes. Sinti und Roma: **INFO 5, M4, M14–15**
 Weisen Sie dabei jeweils nach, dass die Entrechtung und Verfolgung systematisch erfolgten. Stellen Sie sich Ihre Arbeitsergebnisse gegenseitig vor.
3. Nehmen Sie begründet Stellung, inwieweit die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden wahrnahm und sich an ihr beteiligte (**M9, M11 a** und **b**).
4. Als Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar zur Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärte, formulierte er 1996: „Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt.“ Diskutieren Sie geeignete Maßnahmen, wie sich die Erinnerung insbesondere auch bei jungen Menschen wachhalten lässt.

### INFO 1: Der Beginn der Verfolgung der Jüdinnen und Juden

Bereits direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurden nicht nur politische Gegnerinnen und Gegner der NSDAP, sondern auch Jüdinnen und Juden Opfer von Gewalt vor allem durch SA- und SS-Angehörige. Dies blieb im Ausland nicht un bemerkt. Seit Ende März 1933 fanden etwa in New York Protestveranstaltungen gegen die antisemitischen Ausschreitungen im Deutschen Reich statt. Die NS-Führung reagierte darauf, indem sie behauptete, das „Weltjudentum“ würde sich gegen die neue Regierung in Deutschland verbünden. Sie nahm die Proteste in den USA deshalb zum Anlass, um einen Boykott jüdischer Geschäfte in Deutschland durchzuführen. Vor allem SA-Angehörige patrouillierten am 1. April 1933 vor jüdischen Geschäften, Kaufhäusern oder Arztpraxen.

10



Gleichzeitig ergingen vielfache staatliche Anordnungen, um jüdische Menschen aus dem Verwaltungsdienst, aus bestimmten staatlich lizenzierten freien Berufen (z. B. Ärztinnen und Ärzte, Juristinnen und Juristen) und aus dem Bildungs- und Kulturbereich zu verdrängen. Ehemalige jüdische Frontkämpfer wurden bis 1935 aber noch von Entlassungen verschont, da diese ihre „nationale Gesinnung“ bewiesen hätten. Darüber hinaus führte die antisemitische Regierungspolitik dazu, dass zahllose Vereine und Verbände von sich aus dazu übergingen, Jüdinnen und Juden von der Mitgliedschaft auszuschließen. Die staatliche Politik, die von radikalen NS-Anhängerinnen und -Anhängern auf der Straße vorangetrieben wurde, hatte also weitgehende Auswirkungen auf viele Bereiche der Gesellschaft.

Insgesamt zeigt sich, dass ein antisemitisch motiviertes Vorpreschen von radikalen NS-Anhängerinnen und Anhängern im Zusammenhang mit dem staatlichen Handeln stand. Zwar wurden die von Einzelnen ergriffenen Maßnahmen von der staatlichen Verwaltung manchmal zurückgenommen oder abgemildert, doch löste dies zugleich einen Radikalisierungsprozess aus. Denn die vermeintlich moderateren höheren Regierungsstellen sanktionierten letztlich das Verhalten von radikalen NS-Anhängern. Auch nahm durch die vermeintliche „Legalisierung“ letztlich die Akzeptanz von antisemitischen Maßnahmen in der Bevölkerung nach und nach zu, da so scheinbare „Auswüchse“ beseitigt würden. Dies war jedoch ein Nährboden für weitere Radikalisierungsschritte in der Zukunft.

Die antisemitischen Maßnahmen führten zu einer Fluchtbewegung von Jüdinnen und Juden aus Deutschland. Vor allem jüdische Menschen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, waren die ersten Opfer von Gewalttaten, da sie nicht über das gleiche soziale Netzwerk verfügten wie deutsche Jüdinnen und Juden. Bereits 1933 verließen 37 000 Jüdinnen und Juden das Land. 1934 setzte eine scheinbare Beruhigung der Lage ein, nur noch 20 000 jüdische Menschen wanderten aus, zugleich kehrten 1934/35 etwa 10 000 Jüdinnen und Juden wieder nach Deutschland zurück, da sie im Ausland keine Lebensmöglichkeit für sich gefunden hatten. Die Hälfte dieser Menschen besaß eine deutsche Staatsangehörigkeit.

Michael Mayer

► Skizzieren Sie den Beginn der Verfolgung der Jüdinnen und Juden.



#### INFO 2: Die Wellen der Verfolgung von Jüdinnen und Juden

Betrachtet man die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich, so zeigten sich bis 1939 drei große Verfolgungswellen. Mit der Zeit radikalisierte sich die Verfolgung. Nachdem die erste Welle der Verfolgung von Jüdinnen und Juden 1934 abgeflaut war, nahmen vor allem im Frühsommer 1935 die Gewaltaktionen radikaler NSDAP-Anhänger gegen jüdische Menschen erneut zu.

#### M1 Aufruf zum Boykott jüdischer Geschäfte im April 1933

► Erläutern Sie die psychologische Zielsetzung des Anschlags.



**M2 Entwicklung jüdischer Emigration 1933–1945**

Deutsch-jüdische Emigration 1933–1945 (Schätzungen)	
1933	37000
1934	23000
1935	21000
1936	25000
1937	23000
1938	40000
1939	78000
1940	15000
1941	8000
1942–45	8500

▶ Setzen Sie die Zahlen der Statistik in Beziehung zu den in INFO 2 gegebenen Informationen.



Jüdinnen und Juden wurden als Sündenböcke verwendet, um von Schwierigkeiten im NS-Staat abzulenken. Die öffentlich sichtbare Gewalt stieß jedoch auf Widerspruch der Bevölkerung, die zwar eine scheinlegale Ausgrenzung der Jüdinnen und Juden aus der Gesellschaft befürwortete, jedoch Gewaltmaßnahmen in der Regel ablehnte. Der Erlass der „Nürnberger Gesetze“ im September 1935 wurde deshalb von vielen als Rückkehr zu einer scheinbar „legalen“ Ausgrenzung der jüdischen Menschen begrüßt.

Doch war die vermeintliche Beruhigung der Lage nicht von langer Dauer. Bald drängten radikale Nationalsozialisten auf eine weitere Verschärfung der antisemitischen Politik. Ziel war es, alle Jüdinnen und Juden zur Auswanderung aus Deutschland zu drängen. Dies gelang jedoch nur unzureichend, da viele Jüdinnen und Juden ihre Heimat trotz der Verfolgung nicht verlassen wollten. Zudem war kaum ein Land bereit, Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Ermordung eines deutschen Diplomaten in Paris bot im November 1938 den willkommenen Anlass, den „Volkszorn“ gegen die Jüdinnen und Juden anzustacheln. Vor allem SA- und SS-Angehörige zerstörten auf Anweisung der NSDAP-Parteiführung in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 jüdische Geschäfte, verprügelten Jüdinnen und Juden in ihren Wohnungen, zündeten Synagogen an. Etwa 1300 Jüdinnen und Juden starben im Zusammenhang mit den Novemberprogromen, ca. 27000 wurden in Konzentrationslager verbracht. Manche Deutschen beteiligten sich an den Ausschreitungen, die Mehrheit war hingegen entsetzt über die öffentlich sichtbare Gewalt. Doch fanden nur wenige den Mut, ihren jüdischen Nachbarn zur Hilfe zu kommen.

In den folgenden Tagen und Wochen wurden die Gewaltaktionen wiederum durch staatliche Anordnungen und Gesetze „legalisiert“. So wurden etwa wirtschaftliche Maßnahmen gegen Jüdinnen und Juden vorangetrieben. Seit Anfang 1939 wurden jüdische Unternehmen geschlossen. Jüdische Menschen erhielten Berufsverbot und wurden so vollends mittellos. Ziel des NS-Regimes war es, die Menschen zur Auswanderung zu zwingen. Jüdinnen und Juden mussten ihr Eigentum zu Spottpreisen verkaufen, um Mittel für die Auswanderung zu haben. Viele Deutsche profitierten dabei von diesen erzwungenen Verkäufen.

Michael Mayer 35

▶ Stellen Sie die Wellen der Verfolgung von Jüdinnen und Juden grafisch dar.

**INFO 3: Stimmungsberichte zur Haltung der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung zum NS-Regime**

Die wissenschaftliche Forschung nutzt Stimmungsberichte zur Analyse der Haltung der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung zur Verfolgung der Jüdinnen und Juden. Am bekanntesten sind die Berichte, die von der Exilorganisation der SPD in Prag bzw. Paris zwischen 1934 und 1940 verfasst wurden. Die „Deutschland-Berichte der Sopade“ basieren auf Beobachtungen von SPD-Anhängerinnen und -Anhängern, die an die Exil-SPD übergeben wurden und auf Befragungen von nach Prag oder Paris gereisten Personen. Aus diesen Informationen erstellte die Sopade-Redaktion monatlich Berichte über die Stimmung der deutschen Bevölkerung in NS-Deutschland sowie die Haltung bestimmter Gesellschaftsgruppen zu Einzelthemen. Dabei mussten die Berichte aber so verallgemeinert werden, dass die Polizeibehörden im Deutschen Reich keine Rückschlüsse auf die Informantinnen und Informanten ziehen konnten. Zugleich wusste die Redaktion, dass viele Berichte vor allem von Menschen aus dem so-

<sup>1</sup> Sopade steht für Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil.

- zialdemokratischen Milieu stammten, die dem NS-Regime kritisch gegenüberstanden. Diese schätzten deshalb auch die Gegnerschaft gegenüber dem Regime eher optimistisch ein, da es in ihrem Familien- und Bekanntenkreis weniger NS-Anhängerinnen und -Anhänger gab. Die Sopade-Redaktion versuchte den zu begegnen, indem viele unterschiedliche Sachverhalte in die Deutschland-Berichte aufgenommen und die Informantinnen und Informanten gezielt danach befragt wurden, wie sie die Haltung der Menschen einschätzten, die nicht dem sozialdemokratischen Milieu entstammten. Ziel war ein möglichst ausgewogener Monatsbericht.
- Die wissenschaftliche Forschung verwendet neben den Sopade-Berichten verschiedene Stimmungsberichte, die von staatlichen Akteuren des NS-Regimes stammen. Am bekanntesten sind die Stimmungsberichte des Sicherheitsdiensts (SD) der SS<sup>2</sup>. Im Juli 1934 führte das Reichsinnenministerium zudem die Erstellung von Berichten auf der Ebene der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, also auf mittlerer staatlicher Verwaltungsebene, ein. Die wurden zwei Jahre später vielerorts eingestellt und nur in Bayern bis 1945 fortgeführt. Ergänzt werden diese Stimmungsberichte aus der inneren Verwaltung durch die „Lageberichte der Justiz“, die auf Anordnung des Reichsjustizministeriums zwischen 1935 und 1944 von Generalstaatsanwälten und Präsidenten der Oberlandesgerichte erstellt wurden.



### M3 Ausschluss und Stigmatisierung

#### a) Hetze gegen Juden auf der Reichenau (oben)

Foto von 1937.  
Auf der angebrachten Plakette steht zu lesen: „Der Heilige Pirmin hat vor 1000 Jahren befreit von Ungeziefer unser Inselland. Drum, Jud, bleib weg sonst kommt der Pirmin wieder und jagt dich ins gelobte Land!“

#### b) Ausweis der Jüdin Susanne Blumenthal (links)

Ab dem 1. Januar 1939 mussten Jüdinnen und Juden die Zwangsnamen „Sara“ und „Israel“ als zweite Vornamen führen.

- ▶ Charakterisieren Sie die durch die Bilder illustrierten Maßnahmen gegen Jüdinnen und Juden.
- ▶ Nehmen Sie Stellung dazu, inwiefern es sich jeweils um systematische Verfolgung handelt.



<sup>2</sup> Sie erschien ab 1937 monatlich, ab 1939 unter dem Titel „Meldungen aus dem Reich“ und basierten auf Berichten von 3000 hauptamtlichen und 30 000 nebenamtlichen Informantinnen und Informanten. Im Juli 1944 wurden die Berichte eingestellt.



**M4 NS-Kennzeichen für Häftlinge**

- ▶ Analysieren Sie die NS-Kennzeichnung für Häftlinge.
- ▶ Überlegen Sie, inwiefern das Zeichen die Überlebenschancen bestimmte.



Letztere hatten vielfach das Ziel, Eingriffe von Parteiorganisationen in die staatliche Verwaltung zu dokumentieren und aufzuzeigen, dass „die Bevölkerung“ Gewaltmaßnahmen seitens radikaler NSDAP-Anhänger nicht gutheiße. Damit sollte Druck aufgebaut werden, um eine antisemitische Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu stärken, die vor allem auf Gesetzen und Verordnungen aufbaute. Stimmungsberichte von NSDAP-Parteiorganisationen behaupteten hingegen oftmals, „die Bevölkerung“ dränge zu möglichst radikalen, auch gewalttätigen Maßnahmen gegenüber Jüdinnen und Juden.

Michael Mayer

1. Geben Sie einen Überblick über Quellenarten zur Haltung der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung gegenüber der Verfolgung und Entrechtung von Jüdinnen und Juden.
2. Beurteilen Sie die Quellenlage insgesamt, indem Sie Probleme und Herausforderungen erläutern.



**INFO 4: Die Verfolgung politischer Gegner der Nationalsozialisten**

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stellte den Beginn der Verfolgung der politischen Gegnerinnen und Gegner der Nationalsozialisten, allen voran Kommunisten und Sozialdemokraten, dar. Bereits im Februar 1933 wurden Angehörige von SA und SS zu „Hilfspolizisten“ ernannt, die Menschen verhaften und dabei auch Schusswaffen gebrauchen durften. Der Brand im Reichstag in der Nacht zum 28. Februar 1933 wurde von den Nationalsozialisten zu einem kommunistischen Aufstandsversuch umgedeutet, um auf Basis der „Reichstagsbrandverordnung“ noch hemmungsloser politische Gegner verhaften zu können. Schon in der Nacht auf den 1. März wurden tausende kommunistische Parteifunktionäre festgenommen, die KPD-Parteibüros geschlossen und die Parteizeitungen verboten. Die Verhafteten wurden in „wilden“ Lagern, später in den neu errichteten **Konzentrationslagern** misshandelt. Insgesamt wurden im Jahr 1933 etwa 100 000 Menschen (für einen unterschiedlich langen Zeitraum) 25 verhaftet.

Das Vorgehen gegen politische Gegnerinnen und Gegner war Teil der „**Gleichschaltung**“ Deutschlands. So provozierten radikale NS-Anhänger Zusammenstöße mit ihren politischen Gegnern, die vom Reichsinnenminister Wilhelm Frick (NSDAP) zum Anlass dafür genommen wurden,

dass in einem Land des Deutschen Reichs ein Notstand bestehe. Der Reichsinnenminister setzte daraufhin Reichskommissare aus den Reihen der NSDAP ein, die anstelle der gewählten Landesregierung für die „Sicherung“ von „Ruhe und Ordnung“ zuständig waren. Auf diese Weise gelang es den Nationalsozialisten, ihre politischen Gegner einzuschüchtern und zu lähmen. In nur wenigen Wochen war die organisierte Arbeiterbewegung weitgehend zerschlagen, deren führende Angehörige verhaftet oder ins Exil getrieben. Die verbliebenen Anhängerinnen und Anhänger von KPD und SPD versuchten in der Folgezeit vielfach möglichst unauffällig zu leben, um weiteren Repressalien zu entgehen.

Michael Mayer

1. Fassen Sie die Verfolgung politischer Gegner durch die Nationalsozialisten zusammen.
2. Beurteilen Sie die Folgen.



#### INFO 5: Sinti und Roma<sup>1</sup> in NS-Deutschland bis 1939

Seit dem Mittelalter lebten „landfremde Wanderer“, darunter auch Sinti und Roma, im Gebiet des heutigen Deutschland. 1933 waren es etwa 15000 (hierunter fielen ca. 13000 Sinti und Roma). Diese Menschen wurden seit Jahrhunderten ausgegrenzt und litten unter massiven Diskriminierungen. Jedoch waren sie bis 1933 – wenn auch unter deutlichen Einschränkungen – im Deutschen Reich geduldet. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden sie jedoch immer massiver verfolgt und zur Auswanderung gezwungen. Anders als deutsche Jüdinnen und Juden, die bis 1933 an ihren Wohnorten weitestgehend integriert waren, litten Sinti und Roma darunter, dass sie in der Regel nicht sesshaft waren und als „arbeitsscheu“ und „kriminell“ galten. Die Bevölkerung brachte diesen Menschen keine Sympathien entgegen und begünstigte ein hartes Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen sie.

Sinti und Roma waren deshalb besonders von den Maßnahmen betroffen, die seit 1933 u. a. gegen sog. „Asoziale“ durchgeführt wurden. Dabei unterschieden die Nationalsozialisten nicht zwischen Personen, die sich selbst als Sinti oder Roma bezeichneten, und anderen, die keinen festen Wohnsitz hatten. Gleichwohl waren nicht alle Sinti und Roma wohnsitzlos. Letztlich waren es die Nationalsozialisten, die verschiedene Gruppen, darunter Sinti und Roma, als „Zigeuner“ oder „Asoziale“ etikettierten und verfolgten.

Tausende dieser Menschen wurden infolge des 1933 erlassenen „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ unfruchtbar gemacht. Als Grund galt oftmals, dass sie keine Schulbildung besaßen, keine feste Anstellung hatten oder ein „zigeunerhaftes Leben“ führten.

Im April und Juni 1938 wurden bspw. im Rahmen der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ in zwei Verhaftungswellen mehr als 40000 „Asoziale“ von den Polizeibehörden im Deutschen Reich (einschließlich Österreichs) verhaftet und vor allem in das **Konzentrationslager** Buchenwald verbracht. Unter ihnen befanden sich auch viele Sinti und Roma.

Michael Mayer

- Erklären und bewerten Sie, warum die Nationalsozialisten Sinti und Roma verfolgten.



<sup>1</sup> Aus Gründen der Lesbarkeit ist im Folgenden verkürzt von „Sinti und Roma“ die Rede. Gemeint sind damit aber sowohl Frauen (Sintitze und Romnja) als auch Männer (Sinti und Roma).

### M 5 Auftakt zur Verfolgung

#### a) Auftakt zur Verfolgung

Der Journalist Walter Gyssling beschreibt am 10. März 1933 (fünf Tage nach den Reichstagswahlen) in seinem Tagebuch, was er von Augenzeugen über die Ausschreitungen von SA-Männern in München gehört hat:

Hinter uns liegt eine Nacht des Grauens. [...] Die Arbeiterzeitungen zerstört, das Gewerkschaftshaus gestürmt, hunderte von kommunistischen und sozialdemokratischen Führern in Haft, es ist furchtbar, aber man ist daran schon irgendwie gewöhnt, zumal wenn man die Woche nach dem Reichstagsbrand in Berlin miterlebt hat. Aber dass blutgierige Verbrecher die Wohnungen friedlicher, unpolitischer Bürger stürmen, dass Menschen verschleppt, misshandelt werden, dass diesen Banden nichts, aber auch gar nichts heilig ist, das hat es bisher in Deutschland nicht gegeben.

Wir versuchen heute wenigstens einen Überblick über die Ereignisse der Nacht zu gewinnen. [...] Eine Verhaftung nach der anderen wird gemeldet. Nicht nur die Führer der Linksparteien, zahlreiche jüdische Kaufleute wurden einfach auf Grund irgendwelcher Proskriptions-Listen festgenommen. Wir begeben uns zu den Geschäftsräumen eines bekannten jüdischen Vereins. Was wir dort sehen, ist ein Bild sinnloser Verwüstung. Türen und Fenster zerschlagen, die Telefonapparate und Möbel mit Axthieben zertrümmert, alles durcheinander geworfen. Die dort beschäftigten Angestellten erzählen uns bleich und weinend von dem Überfalle. Was nicht niet- und nagelfest war, Akten, Bücher, Bureaumaschinen, Geld, alles war geraubt worden. Nicht einmal ein Telefonbuch und einen Fahrplan hatten die Plünderer zurückgelassen. [...]

Eine Schreckensmeldung jagt die andere. Ich kann es schließlich nicht mehr ertragen und gehe. Aber ich soll keine Ruhe haben. Auf der Straße ist es noch ärger. Vor meinen Augen, begehrt und bespioniert von hysterischen Bestien, treiben S.A.-Leute mit Peitschen am hellen Mittag einen Mann vor sich her. Er trägt weder Schuhe noch Strümpfe, keinen Rock, keine Hose, nur ein Hemd und zerrissene Unterbeinkleider. Um seinen Hals hängt ein Plakat mit der Inschrift „ich der Jude Siegel werde mich nie mehr über Nationalsozialisten beschweren“.<sup>1</sup>

Zitiert in: Wolf Gruner (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 1: Deutsches Reich 1933–1937, München 2008, S. 76 f.

<sup>1</sup> Dr. Michael Siegel (1882–1979), Rechtsanwalt in München. Er emigrierte 1940 nach Peru.

#### b) An den Pranger gestellt

Nachdem er bei der Polizei Anzeige wegen Sachbeschädigung aufgeben wollte, wird der jüdische Anwalt Dr. Michael Siegel von SA-Truppen durch die Münchner Innenstadt getrieben.



1. Charakterisieren Sie die Ereignisse in München kurz nach den Reichstagswahlen von 1933 und arbeiten Sie die Haltung des Journalisten dazu heraus.
2. Setzen Sie das Foto in Beziehung zu den Schilderungen in M4a.
3. Beurteilen Sie die Folgen dieser Ereignisse, wie sie nicht nur in München stattfanden. Berücksichtigen Sie dabei auch den Zeitpunkt.

### M 6 Pläne zur Radikalisierung der antisemitischen Politik

Der Sicherheitsdienst der SS schreibt im Januar 1937 zur „Lösung der Judenfrage“:

Auszugehen ist von der Tatsache, dass die bisherigen Maßnahmen zur Förderung der Auswanderung von Juden aus Deutschland, die durch die Zurückdrängung von Juden aus Teilen des öffentlichen Lebens – nicht aus der Wirtschaft – und aus „jüdisch-ideellen Gründen“ (Zionismus) nicht ausreichend waren – oder zumindest zur Zeit nicht mehr ausreichen.

Dagegen hat sich – besonders in den letzten Monaten – eine starke „Auswanderungsmüdigkeit“ bemerkbar gemacht, die begründet ist durch die „große Befriedung der „Judenfrage“ (Äußerung zahlreicher Juden) in Deutschland. [...] Diesem Rückgang in der Auswanderung – die die einzige Möglichkeit einer „Entjudung“




## 4.3 Verfolgungen im NS-Staat bis 1939

Deutschlands darstellt – kann nur erfolgreich begegnet  
15 werden, wenn

1. eine weitgehende Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft erfolgt,
2. wenn der politische und gesetzliche Druck wesentlich verstärkt wird [...]

20 Das wirksamste Mittel, um den Juden das Sicherheitsgefühl zu nehmen, ist der Volkszorn, der sich in Ausschreitungen ergeht. Trotzdem diese Methode illegal ist, hat sie, wie der „Kurfürstendamm-Krawall“ zeigte, langanhaltend gewirkt, so stark, dass selbst Juden in Palästina  
25 es nicht mehr wagten, nach Deutschland zu fahren. Psychologisch ist dieses umso verständlicher, als der Jude durch Pogrome der letzten Jahrhunderte viel gelernt hat und nichts so fürchtet als eine feindliche Stimmung, die sich jederzeit spontan gegen ihn wenden kann.

Zitiert in: Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, S. 214 f. und 217


- 
1. Arbeiten Sie die Ziele des SS-Sicherheitsdienstes heraus und erläutern Sie die Mittel, mit welchen erstere erreicht werden sollen.
  2. Bewerten Sie die Quelle.

### M7 Fernschreiben mit Folgen

Am 7. November 1938 erschießt der 17-jährige Herschel Grynszpan, dessen Eltern von den deutschen Behörden aus Hannover nach Polen abgeschoben worden sind, in Paris den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath. Folgendes Fernschreiben (FS) des Geheimen Staatspolizeiamtes geht an alle Leiter oder Stellvertreter der Staatspolizeistellen:

1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen,  
5 dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dieses durch eine sofortige Maßnahme sicherzustellen.
- 10 3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. [...]
4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtkaktionen können herangezogen werden Verfügungsgruppen der SS sowie Allgemeine SS. [...] Dieses FS ist geheim.

Zitiert nach: Susanne Heim (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München 2009, S. 366 f.


- 
1. Untersuchen Sie die Rechtsgrundlagen der Aktionen.
  2. Erläutern Sie, warum die Geheimhaltung des Fernschreibens wichtig war.

### M8 „Sie lachen und spotten“

Der Rabbiner Arthur Bluhm<sup>1</sup> schildert in einem Bericht für die Harvard University 1940, wie in der Nacht des 9. November 1938 ein Mitarbeiter der Synagoge bei ihm klingelte:

Herr Kober junior war nur unvollständig bekleidet. Der Angestellte war barfuß und hatte nur seinen Schlafanzug an. Er blutete aus Mund und Nase. Sie schilderten uns, wie das Haus zuerst verwüstet und dann angezündet worden war. Die Bewohner des Hauses hatten die  
5 SA und SS nicht hereinkommen gehört. Gegen vier Uhr morgens wurden plötzlich die Türen der Schlafzimmer im zweiten Stock brutal aufgebrochen. Das Licht wurde eingeschaltet, und Herr Kober<sup>2</sup> und Frau Kober, Herr Kober junior und der Angestellte erblickten entsetzt in  
10 ihren jeweiligen Räumen Männer, die Revolver in den Händen hielten und sie anschrien: „Verlasst sofort das Zimmer!“ Die Hausbewohner wurden in ein Zimmer getrieben, dessen Tür die Bande versperrete. Die Bande drohte ständig, sie zu erschießen. Sie konnten hören,  
15 wie die SA und SS unter Johlen und Jubeln das Mobiliar zerstörte.

Zitiert nach: Susanne Heim (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, München 2009, S. 377–379

- 
1. Charakterisieren und bewerten Sie das Vorgehen von SA und SS.
  2. Ordnen Sie die Quelle in den historischen Kontext ein.

<sup>1</sup> Arthur Bluhm (1899–1962): Rabbiner in Krefeld, wurde am 10. November 1938 verhaftet und im Konzentrationslager Dachau interniert. Er wurde schließlich unter der Bedingung freigelassen, Deutschland zu verlassen. 1939 emigrierte er in die USA.

<sup>2</sup> Julius Erwin Kober (\*1887) und Emilie Kober (\*1891) waren für die Verwaltung des jüdischen Gemeindehauses in Krefeld zuständig. Sie wurden 1942 nach Izbica (Polen) deportiert und dort ermordet. Ihr Sohn Walter (\*1917) emigrierte über Großbritannien nach Kanada.

### M9 Unter Zeugen

#### a) Boykott-Aktion der SA am Geschäftshaus Bamberger & Hertz in München

Foto vom 1. April 1933



#### b) Eine SS-Truppe zerstört eine Synagoge in Hof

Foto von 10. November 1938



#### c) Bewachter Zug verhafteter Juden in Baden-Baden

Foto vom 10. November 1938



1. Beschreiben Sie die auf den Fotos erkennbaren Situationen.
2. Ordnen Sie sie in ihren historischen Zusammenhang ein.
3. Nehmen Sie Stellung dazu, inwiefern man jeweils von einer Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung am Geschehen sprechen kann.



31072  
460

### M10 Stimmungsberichte als Quelle

Der Historiker Peter Longerich erläutert, wie sich Stimmungsberichte als historische Quelle zur Untersuchung der Geschichte der Judenverfolgung in Deutschland nutzen lassen:

[Etwa seit 1935 trauten sich immer weniger Menschen,] in Gesprächen mit Unbekannten Risiken einzugehen. Die Meinungsbildung zog sich ins Private zurück. Wo Kritik noch laut wurde, wurde sie in eine Form gekleidet, die aus der Sicht des Regimes noch gerade akzeptabel schien. Es schien den Menschen offensichtlich gefahrloser zu sein, jüdenfeindliche Maßnahmen wegen ihrer volkswirtschaftlich destruktiven Wirkung oder wegen der befürchteten negativen Wirkungen auf Auslandsdeutsche zu kritisieren, als etwa Grundsätze der nationalsozialistischen Rassenlehre infrage zu stellen oder offen Mitleid oder Sympathie mit den Verfolgten zu bekunden. Mit anderen Worten: Eine Meinungsäußerung in einer halböffentlichen Situation, bei der der Sprecher sich nicht absolut sicher sein konnte, dass die Vertraulichkeit gesichert war, bringt in erster Linie eine Verhaltensweise, nicht eine Einstellung zum Ausdruck. Der Sprecher verhält sich so, dass das Gesagte nicht als Fundamentalopposition gegen das Regime verstanden werden kann. [...]

[Zu berücksichtigen ist, dass die Verfasser der Stimmungsberichte] ein erhebliches Eigeninteresse daran hatten, das Material zu manipulieren. Partei, staatliche Bürokratie, Polizei und Geheimpolizei waren ja nicht reine Beobachter der „Stimmung“, sondern sie waren als Teile des Herrschaftsapparates auch für die „gute Stimmung“ zuständig. Berichteten sie vorgesetzten Dienststellen Negatives, so hatten sie damit implizit die Frage aufgeworfen, was sie denn dagegen zu tun gedächten. [...]

Es konnte allerdings auch im Interesse der berichterstattenden Organisationen liegen, bestimmte negative Tendenzen in der Volksstimmung besonders pointiert herauszustellen. Auf diese Weise ließ sich die Vorgehensweise politischer Kontrahenten wirkungsvoll kritisieren, ohne selbst als Gegenpart auftreten zu müssen. So hatten staatliche und Polizeiorgane beispielsweise



31072  
460

## 4.3 Verfolgungen im NS-Staat bis 1939

ein ureigenes Interesse daran, die negativen Wirkungen ungesetzlicher „Aktionen“ der Parteibasis auf die Stimmung der Bevölkerung zu betonen, während Parteidienststellen dazu neigten, eine weitere Radikalisierung der Judenverfolgung als Forderung „des Volkes“ auszugeben. [...]

Nach nationalsozialistischer Auffassung war der Prozess, in dem sich das deutsche Volk seiner eigenen Identität und „Ganzheit“ bewusst wurde, vor allem auch ein Befreiungsprozess von „fremdrassigen“ Einflüssen, namentlich von dem der Juden. So wurde in der Berichterstattung selbstverständlich vorausgesetzt, dass es eine „Judenfrage“ gebe und dass Juden sich entsprechend antisemitischer Stereotypen verhielten. [...] [Die Stimmungsberichte lassen sich als Quellen verwenden, wenn man Folgendes beachtet:] Erstens: Wenn die Berichte nichts über kritische Stimmungen berichten, heißt dies nicht, dass diese nicht doch vorhanden gewesen sein könnten. Hier gilt die methodische Grundregel, dass man aus dem Schweigen der Quellen nicht einfach weitreichende Schlussfolgerungen ziehen kann. Zweitens: Dort, wo die Berichte kontinuierlich eine negative Stimmung melden, erscheint zumindest der Anfangsverdacht gerechtfertigt, dass in der betreffenden Region zu dem betreffenden Zeitpunkt tatsächlich so etwas wie Unzufriedenheit oder gar Oppositionsgeist herrschte. [...] Drittens: Die Tatsache, dass eine Stimmung als „positiv“ und regimetreu wahrgenommen wurde, bedeutet wohl in erster Linie, dass das Regime in der Lage war, kritische Stimmen wirksam zu unterdrücken und Teile der Bevölkerung zu Manifestationen ihrer Zustimmung zum Regime zu veranlassen: durch Besuch von Parteiveranstaltungen, großzügiges Spendenverhalten, Flaggenhissen et cetera, also durch vom Regime erwünschte, öffentlich geäußerte Gesten der Zustimmung.

Zitiert nach: Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 41–48 und S. 51f.

1. Arbeiten Sie heraus, was bei der Nutzung von Stimmungsberichten als historische Quellen zu beachten ist.
2. Beurteilen Sie, inwieweit sich Stimmungsberichte grundsätzlich für die Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung und Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an der Verfolgung und Entrechtung von Jüdinnen und Juden eignen.



## M11 Stimmungsberichte 1935

## a) „Pfuirufe“

Ein Stimmungsbericht der sozialistischen Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ gibt die Aussage eines Augenzeugen der antisemitischen Ausschreitungen vor dem Kino Gloria-Palast auf dem Berliner Kurfürstendamm am 15. Juli 1935 wider:

Die „spontane“ Demonstration gegen die „Provokationen jüdischer Kinobesucher“ spielte sich so ab: Gegen 8 Uhr abends zog ein kleiner Haufen von etwa 20 recht finsternen Gestalten unter Chorrufen wie: „Unserem Führer Julius Streicher ein dreifaches Sieg Heil“ und „Juda verrecke“ über den Kurfürstendamm. Es hatte sich bald eine Menge Neugieriger gesammelt. Die z. T. sehr jugendlichen Demonstranten zogen dann nacheinander in verschiedene Cafés, warfen Tische und Stühle um und zertrümmerten Fensterscheiben. Schließlich griffen sie eine Reihe von Caféhausbesuchern an, schlugen sie nieder und verletzten sie teilweise schwer. Inzwischen hörte man von weitem Signale der herannahenden Polizeiwagen. Hierdurch ermutigt, äußerten sich Stimmen aus dem Publikum, die durch Pfuirufe ihre Ablehnung der Nazibrutalitäten zum Ausdruck brachten. Als die Polizei erschien, nahm sie sofort einen SA-Mann als Haupttätersführer fest. Hierauf wurde die Polizei von den Nazis mit den wütendsten Beschimpfungen überschüttet, wie: „Ihr reaktionären Schweine“, „Ihr wollt wohl euren Isi Weiss<sup>1</sup> wieder haben“, dann im Sprechchor: „Gebt unseren SA-Kameraden heraus“ und „Wir gehen zum Führer“. Die Situation wurde sehr bedrohlich. Die Polizei hatte inzwischen blank gezogen und die Revolver schussbereit gemacht. In diesem Moment erschien ein höherer Polizeioffizier, der die Herausgabe des verhafteten SA-Mannes anordnete und den Befehl gab, die Waffen wieder einzustecken. Unter den Augen der Polizei setzten nun die Demonstranten ihren Terror fort, verjagten die Caféhausbesucher usw. [...] Die Stimmung des Publikums war einheitlich ablehnend. Inmitten eines lautlosen Publikums, das durch seine äußerliche Reserviertheit seine Ablehnung ausdrückte, zogen die Demonstranten ununterbrochen mit ihren „Sieg Heil“-Rufen und „Juda verrecke“ durch die Straßen.

Zitiert nach: Bernd Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lage-meldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996, S. 574


<sup>1</sup> Bernhard Weiß stammte aus einer liberalen jüdischen Familie und war zwischen 1927 und 1932 stellvertretender Polizeipräsident von Berlin.

**b) „Unerfreuliche Vorkommnisse“**


In einem Stimmungsbericht des Regierungspräsidenten von Oberbayern heißt es am 9. Oktober 1935 in Hinblick auf die Haltung der Bevölkerung zur antisemitischen Gewalt im Sommer 1935 bzw. zum Erlass der Nürnberger Gesetze am 15. September 1935:

Besonderen Nachhall hatten die auf dem Reichstag in Nürnberg verkündeten neuen Gesetze, wovon besonders das Gesetz betreffend die Judenfrage lebhafteste Besprechung und Zustimmung fand. [...] Im August und September musste leider eine Reihe von recht unerfreulichen Vorkommnissen, bei denen insbesondere Angehörige der SA. und SS. beteiligt waren, festgestellt werden. So kam es verschiedentlich zu Misshandlungen und Freiheitsberaubungen, wodurch in die Bevölkerung vielfach Unruhe getragen wurde. Solche eigenmächtigen Strafmaßnahmen finden, auch wenn sie nicht unläuteren Motiven entspringen, in den seltensten Fällen die Zustimmung der Bevölkerung.

Bundesarchiv, R 1501/1567, Bl. 147



1. Beschreiben Sie die antisemitischen Taten und benennen Sie jeweils die Tätergruppe.
2. Arbeiten Sie jeweils die Reaktion und Haltung der Bevölkerung heraus, die nicht direkt der NSDAP zuzuordnen sind.
3. Beurteilen Sie jeweils die Glaubwürdigkeit der Quelle. Inwiefern lassen sich daraus Rückschlüsse auf die Wahrnehmung und Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an der Verfolgung und Entrechtung von Jüdinnen und Juden ziehen?

 Weitere Auszüge aus Stimmungsberichten bietet Mediencode 32072-463


**M12 „Gegen Mordbuben, Mordbrenner und Giftmischer“**

Die konservative katholische Zeitung „Miesbacher Anzeiger“ begrüßt am 2. März 1933 unter der Überschrift „Schluss mit Moskau“ die „Reichstagsbrandverordnung“ und das gewaltsame Vorgehen der Nationalsozialisten gegen ihre politischen Gegner:

[Die „Reichstagsbrandverordnung“ trifft] endlich den Herd der deutschen Krankheit, das Geschwür, das das deutsche Blut jahrelang vergiftete und verseuchte, den Bolschewismus, den Todfeind Deutschlands. [...] Diese Notverordnung wird keinen Gegner finden, trotz der geradezu drakonischen Maßnahmen, die sie androht. Gegen Mordbuben, Mordbrenner und Giftmischer gibt es nur schärfste Abwehr, gegen Terror die Abrechnung

durch die Todesstrafe. Die Fanatiker, die aus Deutschland eine asiatische Räuberhöhle machen wollten, müssen unschädlich gemacht werden. [...] Es geht um mehr als Parteien, es geht um Deutschland, ja um die ganze, auf dem Christentum aufgebaute abendländische Kultur.

Zitiert in: Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, München 1980, S. 50




1. Recherchieren Sie die Inhalte der sogenannten Reichstagsbrandverordnung.
2. Arbeiten Sie heraus, wie diese hier bewertet wird. Was lässt sich daraus auf die Unterstützung der Nationalsozialisten schließen?

**M13 Der Terror in der Praxis**

In einem Stimmungsbericht der sozialistischen Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ vom Januar 1934 berichtet ein Betroffener von seiner Inhaftierung durch die SA:

Nur selten verlief eine Nacht störungsfrei. Sehr häufig suchte die Wachmannschaft mit Gewalt einen Anlass, um uns zu schikanieren und zu prügeln. Die Schläge richteten sich fast immer gegen den Kopf, wohl deshalb, weil dort Striemen schwer feststellbar sind. Besonderen Schikanen waren die jüdischen Genossen ausgesetzt. Diese wurden sehr häufig geschlagen, misshandelt, mussten gröbste Beschimpfungen über sich ergehen lassen. Häufig mussten sie sich gegenseitig schlagen. Die Anreden von seiten der Wachmannschaft bestanden aus nicht wiederzugebenden Schweinereien und Beschimpfungen. Die jüdischen Genossen wurden auch mehrmals zu Handlungen genötigt, die sich der Wiedergabe entziehen. Man hatte häufig den Eindruck, Sadisten wehrlos ausgeliefert zu sein. Das Drückendste während des dortigen Aufenthaltes war weniger die erlittene Misshandlung, als das Gefühl der absoluten Wehrlosigkeit, der Notwendigkeit, sich ständig gegen die Rohlinge zur Wehr setzen zu müssen. Infolge der ständigen Beunruhigung und Spannung konnte man kaum einen klaren Gedanken fassen.

Zitiert in: Bernd Stöver, Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936, Bonn 1996, S. 37



1. Arbeiten Sie heraus, wie die SA charakterisiert wird und welche Folgen deren menschenverachtendes Vorgehen hatte.
2. Bewerten Sie deren Auftreten und Vorgehen.

## 4.3 Verfolgungen im NS-Staat bis 1939

## M14 „Bekämpfung der Zigeunerplage“

Im Jeverschen Wochenblatt hieß es am 3. September 1936 zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“:

Der Reichs- und Preußische Innenminister hat in diesen Tagen in einem Erlass auf das Zigeunerwesen hingewiesen und Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Zigeunerplage angeordnet. Neben dem Verbot des Übertritts ausländischer Zigeuner auf deutsches Reichsgebiet (ausländische Zigeuner werden künftig ausgewiesen) sollen inländische Zigeuner nach Möglichkeit sesshaft gemacht werden. Dabei ist vor allen Dingen geplant, größere Banden zu zerstreuen. Diese Maßnahmen, die gleichzeitig eine endgültige Bereinigung der ... Landstraßen von Zigeunern bedeutet, wird allerorts sehr begrüßt. [...]

Jahrelang führten die Behörden und besonders die Gendarmeriebeamten der Landbezirke ... einen erbitterten, aber oft vergeblichen Kampf gegen das Zigeunertum. Hier verwies man sie des Kreises oder der Gemeinde, dort nisteten sie sich wieder ein, stahlen, was ihnen in die Hände fiel, betrogen, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bot. So ziehen diese Zigeuner seit Jahrzehnten als Kesselflicker, Korbmacher, Holzschnitzer, Schirmflicker, Gaukler und oft auch als Pferdehändler durch das Land. Stets darauf bedacht, gutgläubige Menschen zu betrügen. Gelegenheitsdiebereien umherziehender Zigeuner sind noch immer an der Tagesordnung.

In einigen Gegenden Deutschlands hat man schon vor einiger Zeit große Lager eingerichtet und dort ganze Zigeunersippen untergebracht. Sie benahmen sich dort recht gesittet, weil man für sie sorgt, wenn es notwendig ist. Natürlich wird auch in diesen Menschen die Sehnsucht, immer wieder unterwegs zu sein, niemals aussterben. Jedenfalls besteht aber so die Aussicht, wenigstens die heranwachsende Zigeunerjugend sesshaft zu machen und deutsche Volksgenossen vor Schaden zu bewahren.

Jeversches Wochenblatt vom 3. September 1936

1. Arbeiten Sie heraus, wie im NS-Regime Sinti und Roma dargestellt wurden.
2. Bewerten Sie das Vorgehen und den Umgang mit Sinti und Roma.



32072-466

## M15 Erinnerungen von Zilli Schmidt

Im Rahmen des Münchner Projektes „LediZ“ (Lernen mit digitalen Zeugnissen) wurde auch die Sinteza Zilli Schmidt, damals 97 Jahre alt und Überlebende des NS-Völkermords an den Sinti und Roma, interviewt. Das entstandene Material steht heute als digitales Zeugnis zur Verfügung.



1. Entwerfen Sie Fragen an die digitale Zeitzeugin zur Systematik der Entrechtung, Ausgrenzung und dem Völkermord an den Sinti und Roma im NS-Staat.
2. Nutzen Sie LediZ über den Mediacode **32072-467** und stellen Sie der Zeitzeugin Ihre Fragen. Tipp: Mit der Aufforderung „Erzählen Sie mir Ihre Geschichte!“ bekommen Sie einen ersten Einblick in die Lebensgeschichte der Zeitzeugin.



32072-467



Über den Mediacode **32072-468** gelangen Sie zur LediZ-App. Bitte behandeln Sie das digitale Zeugnis mit großem Respekt.



Über den Mediacode **32072-469** gelangen Sie alternativ zur App zu einem Auszug aus Zilli Schmidts Lebenserinnerungen.



## 4.4 Der Zweite Weltkrieg (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-470.



## 4.5 Holocaust/Shoa und Euthanasie

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs mündete die Verfolgung der Jüdinnen und Juden sowie anderer aus der „Volksgemeinschaft“ ausgestoßener Gruppen in systematische Vernichtung. Wer beteiligte sich an den Morden? Welche Maßnahmen wurden im Zusammenhang mit den Massenverbrechen ergriffen? Und welche Systematik steckte hinter den diesbezüglich gefällten Entscheidungen?



Zur Lernaufgabe des erweiterten Kursniveaus gelangen Sie unter Mediencode 32072-472

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Antisemitismus
- ▶ „Volksgemeinschaft“
- ▶ Holocaust bzw. Shoa
- ▶ Konzentrations- und Vernichtungslager
- ▶ 1939–1945 Zweiter Weltkrieg

### Lernaufgabe

Setzen Sie sich mit der Dimension der NS-Massenverbrechen auseinander, indem Sie auf der Grundlage der folgenden Arbeitsaufträge einen **informierenden Text** verfassen.

1. Definieren Sie auf Grund Ihrer Kenntnisse den Begriff der Euthanasie sowie den Grundlegenden Begriff des Holocaust/der Shoa und stellen Sie jeweils einen Zusammenhang zur NS-Ideologie her. Berücksichtigen Sie dabei auch **M2**.
2. Arbeiten Sie anhand von **M1**, **M3** und **M5** die Stufen der Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden heraus. Benennen Sie dabei auch jeweils möglichst präzise Täter und Opfer.
3. a) Charakterisieren Sie am Beispiel von Ernst Putzki und ggf. weiteren Opfern den Umgang des NS-Regimes mit kranken Menschen bzw. Menschen mit Einschränkungen (**M14**).  
b) Weisen Sie nach, dass es sich um systematische und organisierte Massenverbrechen handelte (**M9**, **M12**).
4. a) Erschließen Sie sich auch mithilfe von **M1**, **M4**, **M5** und **M13** den Zusammenhang von NS-Massenverbrechen und Zweitem Weltkrieg. Welche Bedeutung kam dem Zweiten Weltkrieg für die Durchführbarkeit von Euthanasie und Judenvernichtung zu?  
b) Bewerten Sie die in **M4** getätigte Überlegung.



### INFO 1: Die Stufen der Verfolgung der europäischen Jüdinnen und Juden bis 1941

Im Rückblick scheint es so, als hätte 1933 bereits festgestanden, dass wenige Jahre darauf Millionen Jüdinnen und Juden von den Nationalsozialisten ermordet würden. Doch die Entwicklung verlief deutlich weniger linear.

1933 planten selbst radikale Nationalsozialisten „nur“ eine Vertreibung aller Jüdinnen und Juden aus Deutschland. Dieses Ziel sollte durch die Ausweisung der ausländischen und die erzwungene Auswanderung der deutschen Jüdinnen und Juden erreicht werden. In der Praxis zeigte sich aber bald, wie schwierig es war, diesen Plan umzusetzen. Denn die meisten Staaten waren aufgrund einer antisemitischen Grundstimmung ihrer Bevölkerung nicht gewillt, eine größere Anzahl jüdischer Flüchtlinge in ihrem Land aufzunehmen.

10



Durch die Besetzung Polens gerieten 1939 etwa zwei Millionen Jüdinnen und Juden in den deutschen Machtbereich. An eine Auswanderung einer solch großen Zahl von Menschen war während des Kriegs nicht zu denken. Die Deutschen setzten deshalb vorerst darauf, Jüdinnen und Juden in Ghettos in der Nähe von Eisenbahnknotenpunkten festzusetzen, um diese zu gegebener Zeit möglichst rasch „umsiedeln“ zu können. Die deutschen Besatzer erlegten den Menschen dabei unbeschreibliche Härten auf. Zugleich setzten sie sich bewusst selbst unter Zugzwang. Denn da die Verhältnisse etwa in den absichtlich nur provisorisch eingerichteten Ghettos im besetzten Polen katastrophal waren, musste möglichst bald eine Lösung gefunden werden. Die selbst geschaffenen „unhaltbaren Zustände“ dienten den Deutschen als Begründung für ein radikales Vorgehen gegen die jüdischen Menschen.

Michael Mayer

- ▶ Erläutern Sie, wie die Nationalsozialisten von den ursprünglich geplanten Massenvertreibungen der Jüdinnen und Juden auf deren menschenverachtenden Vernichtung „umschwenkten“.



### INFO 2: Vom Terror zum Völkermord: Die Entwicklung des Holocaust/der Shoa

Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veränderte die Dynamik der Verfolgung der Jüdinnen und Juden insgesamt deutlich. In den ersten Wochen des Einmarsches in die Sowjetunion erschossen vor allem die hinter den Frontlinien aktiven SS-Einsatzkommandos zahllose jüdische Männer im wehrfähigen Alter. Zugleich wurde die lokale Bevölkerung vor allem im Baltikum, in Weißrussland und der Ukraine zu antisemitischen Pogromen angestachelt. Vielfach stießen die deutschen Besatzer hier auf eine große Bereitschaft zu Übergriffen, denn Jüdinnen und Juden wurden oftmals als Träger der sowjetischen Herrschaft angesehen, auch wenn sie in der Praxis ebenfalls gelitten hatten.

Etwas seit August 1941 zeigte sich an verschiedenen Orten in der besetzten Sowjetunion, dass der deutsche Terror auch jüdische Alte, Frauen und Kinder in den Massenmord mit einbezog. Die Schwelle vom Terror zum Völkermord war überschritten. Die gegen jüdische Menschen ausgeübte Gewalt, zog immer neue Gewalt nach sich. Diese Radikalisierung hing auch eng mit der Frage der „Arbeitsfähigkeit“ der Menschen zusammen. Da die deutsche Kriegsführung in der Sowjetunion darauf basierte, dass die Wehrmacht aus dem Besatzungsgebiet mit Rohstoffen und Lebensmitteln versorgt würde, war von vornherein eingeplant, dass Millionen von Menschen an Hunger sterben würden (Stichwort „Hungerplan“). Die von Deutschland selbst verschuldete Lebensmittelknappheit war damit einer der Gründe, weshalb „unnütze Esser“, vor allem jüdische Frauen, Kinder und Alte keine Lebensberechtigung zu haben schien. Aber auch die zynische Überlegung, dass es vermeintlich „humaner“ sein könnte, Menschen zu ermorden, als sie verhungern zu lassen, spielte eine Rolle.

Ein weiterer Faktor für die Radikalisierung war auch, dass in Wehrmachtskreisen seit dem Spätsommer 1941 immer deutlicher registriert wurde, dass der deutsche Überfall auf die Sowjetunion faktisch gescheitert war. Nun wurde hastig eine gewaltsame „Lösung“ gesucht wurde und bis März 1942 wurden in der besetzten Sowjetunion mehr als 600 000 Jüdinnen und Juden ermordet. Unzählige weitere starben an Krankheiten oder Hunger. An der Ermordung beteiligten sich nicht nur SS-Einsatzgruppen, Bataillone der Sicherheitspolizei und andere Polizeieinheiten, sondern teilweise auch Angehörige der Wehrmacht. Die Taten wurden zudem vielfach von der lokalen Bevölkerung unterstützt, die versuchte, sich das Eigentum der Ermordeten anzueignen, soweit es nicht bereits von den Deutschen beschlagnahmt worden war.

### M1 Die Vernichtungs- und Konzentrationslager

In den Vernichtungslagern wurden 165 000 Juden aus Deutschland, 66 000 aus Österreich, 105 000 aus Frankreich und Belgien, mehr als 100 000 aus den Niederlanden, 60 000 aus Griechenland, ebenso viele aus Jugoslawien, über 140 000 aus der Tschechoslowakei, 550 000 aus Ungarn, 2 100 000 aus der Sowjetunion und 2 700 000 aus Polen umgebracht. Dazu fielen zwischen 200 000 und 500 000 Sinti und Roma dem Völkermord zum Opfer. Darüber hinaus wurden in den Konzentrationslagern im Reich weitere 500 000 Menschen umgebracht. Diese Werte gelten als „gesicherte Minimalzahlen“ (Wolfgang Benz).

- ▶ Analysieren Sie die Karte.
- ▶ Erklären Sie unter Berücksichtigung des historischen Hintergrunds die Standorte der Vernichtungslager.



Einen zusätzlichen INFO-Text zur Euthanasie in Bayern nach 1942 bietet Mediencode 32072-476.



Auf deutscher Seite wurden zudem Überlegungen angestellt, wie große Menschenmengen ermordet werden konnten, da Erschießungen als zu langwierig angesehen wurden. Seit Ende 1941 wurden deshalb **Vernichtungslager** im besetzten Polen errichtet. Am bekanntesten ist das Lager Auschwitz-Birkenau. Bis Ende 1943 wurden allein hier etwa 840 000 Jüdinnen und Juden aus allen Teilen Europas ermordet.

Etwa die Hälfte der während des **Holocaust**/der **Shoa** insgesamt etwa 5,7 Millionen ermordeten, vor allem aus Mitteleuropa stammenden Jüdinnen und Juden wurden erschossen oder erschlagen, verhungerten oder starben an Krankheiten. Die übrigen jüdischen Menschen (insbesondere aus Nord-, West- und Südeuropa) wurden meist aus ihren Heimatländern in die **Konzentrations- oder Vernichtungslager** vor allem im besetzten Polen deportiert und dort vielfach in Gaskammern ermordet. Diejenigen von ihnen, die nicht sogleich ermordet wurden, starben in der Regel innerhalb weniger Wochen aufgrund der brutalen Zustände in den Lagern.

Michael Mayer

1. Benennen Sie die an der Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden Beteiligten.
2. Arbeiten Sie das menschenverachtende Vorgehen gegen Jüdinnen und Juden nach dem Angriff auf die Sowjetunion heraus.
3. Beurteilen Sie die Rolle des Zweite Weltkriegs.



### INFO 3: Die Verfolgung und Ermordung von kranken und behinderten Menschen

Bereits seit vielen Jahrzehnten war im Deutschen Reich, wie auch in den „westlichen“ Demokratien darüber diskutiert worden, ob Menschen, die kein vermeintlich produktiver Teil der Gesellschaft waren, zum Beispiel mit einer Giftspritze getötet werden konnten („Euthanasie“ = griechisch für „schöner Tod“). Hintergrund für die Debatte waren die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, in dem sich „gesunde Männer“ für ihre Heimat geopfert hätten, während „Kranke“ nicht am Kampf beteiligt gewesen wären.

Dieses Programm wurde seit Herbst 1939 von einer Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 ausgearbeitet, weshalb es auch als „Aktion T4“ bekannt ist. Im Deut-

schen Reich wurden in der Folge sechs Tötungsanstalten eingerichtet, darunter Hadamar und Grafeneck. Im gesamten Reich wurden nun Menschen in den Heil- und Pflegeanstalten daraufhin überprüft, ob sie „arbeitsfähig“ waren. Eine Kommission entschied per Gutachten über Leben und Tod. Den Familien der für die Ermordung ausgewählten Menschen wurde mitgeteilt, dass ihre Angehörigen in eine andere Anstalt verlegt wurden. Innerhalb von weniger als zwei Jahren wurden hier etwa 70 000 Menschen in Gaskammern getötet. Die Familien erhielten in der Folge eine kurze Nachricht, dass ihre Angehörigen aufgrund einer natürlichen Krankheit verstorben und sogleich eingäschert worden seien.

Sehr rasch drangen aber – trotz aller Geheimhaltungsversuche – Informationen über die massenhaften Tötungen an die Öffentlichkeit. Das NS-Regime stoppte deshalb aufgrund der aufkommenden Unruhe in der Bevölkerung im August 1941 vordergründig die Maßnahmen, führte sie jedoch insgeheim weiter. Zugleich machte das Regime die Erfahrung, dass sich ein Massenmord im Deutschen Reich nicht längerfristig geheim halten lassen würde. Mitte September 1941 wurde wohl auch deshalb beschlossen, dass die deutschen Jüdinnen und Juden in den Osten deportiert werden sollten, wo sie unauffälliger ermordet werden konnten.

Die Bevölkerung in Deutschland war jedoch nicht grundsätzlich gegen jede Form der „Euthanasie“ eingestellt. Viele Menschen, selbst Angehörige von Opfern, befürworteten es, dass sich die Medizin vor allem auf „gesunde Volksgenossen“ konzentrieren sollte und notfalls „unnütze Esser“, d. h. Menschen, die nicht arbeiten konnten, beseitigt würden. Zugleich gab es aber auch viele, die Sorge hatten, dass sie in Schwierigkeiten geraten könnten, wenn sie sich für ihre Angehörigen in den Heil- und Pflegeanstalten einsetzten. Manche wurden von den Behörden sogar gezielt unter Druck gesetzt, ihre Zustimmung zu einer „Verlegung“ ihrer Angehörigen zu geben.

Michael Mayer

1. Skizzieren Sie die „Aktion T4“.
2. Arbeiten Sie die Haltung der Bevölkerung gegenüber der „Euthanasie“ heraus.
3. Bewerten Sie den Umgang des NS-Regimes mit kranken und behinderten Menschen.



## M2 Vergleich der täglichen Lebenshaltungskosten

Bild aus einer Dia-Serie von 1936, die zu Schulungszwecken eingesetzt wurde.

- ▶ Analysieren Sie die Bildquelle und ordnen Sie sie in die NS-Ideologie ein.
- ▶ Bewerten Sie deren Aussage.



### M3 „Konzentrierung der Juden“

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Reinhard Heydrich, gibt den SS-Einsatzgruppen im besetzten Polen am 21. September 1939 Anweisungen zum Umgang mit Jüdinnen und Juden, um so Vorbereitungen für das bislang noch nicht festgelegte „Endziel“ zu treffen:

Als erste Voraussetzung für das Endziel gilt zunächst die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte. Sie ist mit Beschleunigung durchzuführen. [...] Dabei ist zu beachten, dass nur solche Städte als Konzentrierungspunkte bestimmt werden, die entweder Eisenbahnknotenpunkte sind oder zum mindesten an Eisenbahnstrecken liegen.

Es gilt grundsätzlich, dass jüdische Gemeinden mit unter 500 Köpfen aufzulösen und der nächstliegenden Konzentrierungsstadt zuzuführen sind. [...]

Die Konzentrierung der Juden in Städten wird wahrscheinlich aus allgemein sicherheitspolizeilichen Gründen Anordnungen in diesen Städten bedingen, dass den Juden bestimmte Stadtviertel überhaupt verboten werden, dass sie – stets jedoch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten – z. B. das Ghetto nicht verlassen, zu einer bestimmten Abendstunde nicht mehr ausgehen dürfen usw.

Zitiert in: Klaus-Peter Friedrich (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 4: Polen, September 1939–Juli 1941, München 2011, S. 88–90

- Zeigen Sie anhand der Quelle auf, dass der Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden systematisch erfolgte.



### M4 Der Mord wird geplant

Am 16. Juli 1941 schlägt der Chef des Sicherheitsdienstes der SS in Posen, Rolf-Heinz Höppner, dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin folgendes vor:

Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.

Zitiert nach: Klaus-Peter Friedrich (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 4: Polen, September 1939–Juli 1941, München 2011, S. 681

- Bewerten Sie die Quelle.



### M5 Exekutionen

Die Höheren SS- und Polizeiführer erhalten am 2. Juli 1941 Anweisungen zu ihrem Aufgabenbereich in der besetzten Sowjetunion. Dabei heißt es u. a.:

Zu exekutieren sind alle Funktionäre der Komintern (wie überhaupt die kommunistischen Berufspolitiker schlechthin), die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees, Volkskommissare, Juden in Partei- und Staatsstellungen, [alle] sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandeaure, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.), soweit sie nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden, um Auskünfte in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht zu geben, die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Maßnahmen oder den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind. Insbesondere ist Bedacht zu nehmen, dass Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Handelsgremien nicht restlos liquidiert werden, so dass keine geeigneten Auskunftspersonen mehr vorhanden sind.

Den Selbstreinigungsversuchen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten sind keine Hindernisse zu bereiten, sie sind im Gegenteil, allerdings spurenlos, zu fördern, ohne dass sich diese örtlichen „Selbstschutz“-Kreise später auf Anordnungen oder gegebene politische Zusicherungen berufen können. [...] Besonders sorgfältig ist bei Erschießungen von Ärzten und sonstigen in der Heilkunde tätigen Personen vorzugehen. Da auf dem Lande auf etwa 10 000 Einwohner an sich nur ein Arzt fällt, würde bei etwa auftretenden Epidemien durch die Erschießung von zahlreichen Ärzten ein kaum auszufüllendes Vakuum entstehen. Wenn im Einzelfalle eine Exekution erforderlich ist, ist sie selbstverständlich durchzuführen, doch muss eine genaue Überprüfung des Falles vorausgehen.

Zitiert nach: Bert Hoppe (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 7: Sowjetunion mit annektierten Gebieten, München 2011, S. 146 f.

- Analysieren Sie die Textquelle in Hinblick auf Planung und Durchführung von Exekutionen.



## M6 Organisiert in den Tod

Die Erschießungsstätte IX. Fort in Kaunas, Litauen  
Foto von 1941.



1. Analysieren Sie die Fotografie unter besonderer Berücksichtigung der Organisation der Massenerschießungen.
2. Recherchieren Sie Informationen zu den Erschießungen in Litauen.



32072-482

## M7 Verfolgungen in Lemberg

Stanisław Różycki<sup>1</sup> beschreibt am 25. Juli 1941 in seinem Tagebuch, wie Jüdinnen und Juden in Lemberg aufgrund von Gerüchten verfolgt werden:

Dieses Mal veranstalteten also Gestapo und ukrainische Miliz gemeinsam systematische Judenrazzien. Weder Zahlen noch Fakten sind überprüft und auch nicht sicher, wir stellen nur Vermutungen an. Es heißt, 15 000  
5 Männer seien erschossen oder verschleppt worden.<sup>2</sup> Zu-

<sup>1</sup> Różycki war Assistent an der polytechnischen Hochschule in Lemberg. Seit Herbst 1941 lebte er in Warschau. Sein weiteres Schicksal ist nicht bekannt.

<sup>2</sup> Vom 25. bis 27. Juli 1941 ermordeten ukrainische Milizionäre gemeinsam mit Angehörigen eines deutschen Einsatzkommandos etwa 1700 Juden in der Nähe von Lemberg.

nächst [gab es] Verhaftungen, Schläge, Schikanen, Plünderungen, dann Verschleppungen, Lager, Erschießungen, dann anscheinend Geiselnahmen unter Angehörigen der Intelligenz und der Bourgeoisie. Da aber dieses Mal Flieger, Offiziere, Gestapo und Schupo aktiv  
10 zusammenarbeiteten, waren Gelage, Plünderungen und Tötungen an der Tagesordnung. Die Straße wütete drei Tage lang. Auf der Straße konnte ein Jude nur durch ein Wunder dem Tod, den Prügeln oder dem Lager ent-  
15 gehen. Die Razzien fanden aber nicht nur auf den Straßen statt, denn die ukrainische Miliz holte Tag und Nacht Männer aus den Wohnungen, die wir dann nie  
wiedersahen. Ich hatte Glück, meine rechtschaffenen polnischen Freunde versteckten mich und hielten Tag und Nacht Wache, das hat uns – drei Juden im ganzen  
20 Haus – vor dem Schicksal unserer Mitbrüder gerettet.

Was hatten diese Razzien, Erschießungen, Verhaftungen zu bedeuten?

Zitiert in: Bert Hoppe (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 7: Sowjetunion mit annektierten Gebieten, München 2011, S. 236 f.

► Noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hielt der Mythos, dass die Shoah von der SS ausgeführt, die Wehrmacht aber sauber sei. Weisen Sie anhand der Quelle nach, dass auch die Wehrmacht an dem Verbrechen systematisch beteiligt war.

### M 8 Die „Endlösung“ und ihre Umsetzung

#### a) Die Wannsee-Konferenz

Der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, informiert die Spitzen der Ministerien in Deutschland am 20. Januar 1942 über die geplante „Endlösung der Judenfrage“:

Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. [...]

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchgekämmt. [...] Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden.

Susanne Heim (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 6, München 2019, S. 261

#### b) Die Morde in Auschwitz-Birkenau

Lujza Salamon berichtet am 28. März 1945 über ihre Erlebnisse als Häftlingspflegerin im Lager Auschwitz-Birkenau:

Das eigentliche Krematorium befand sich unter der Erde in einem Bunker. Darin gab es einen sehr großen Raum, eine Gaskammer, und einen weiteren großen Raum, in dem sich die Menschen ausgezogen und ihre

Kleider auf nummerierte Haken gehängt hatten. Der Ausziehraum sah eigentlich wie ein Desinfektionsraum aus, so dass die Menschen annahmen, sie würden desinfiziert werden. [...]

1000 Menschen presste man in einer Gaskammer zusammen, und dann ließ ein SS-Mann das Gas über drei Öffnungen, die sich auf dem Dach des Bunkers befanden, hinein. Wenn er wohlwollend war, ließ er die ganze Menge auf einmal hinein – dann tötete es die Opfer innerhalb von zehn Minuten. Aber wenn er die Opfer quälen wollte, dann ließ er das Gas in kleinen Mengen ein, und die Unglückseligen mussten dann fruchtbare Quälen ertragen. [...]

Nachdem das Gas die Unglücklichen getötet hatte, wurden die Leichen mit einem Fahrstuhl zu den Öfen gebracht, die mit Kohle und Holz geheizt wurden. Wie die Verbrennung genau vor sich ging, weiß ich nicht, aber es wurde mir erzählt, dass die Leichen in die Öfen geschoben wurden wie das Brot beim Bäcker. Ich habe erfahren, dass die Goldzähne herausgebrochen und die Haare sortiert wurden.

Andrea Rudorff (Hrsg.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 16, München 2018, S. 519

1. Arbeiten Sie heraus, wie die Notwendigkeit der Vernichtung der Jüdinnen und Juden in a) begründet wird.
2. Ordnen Sie diese Begründung in der nationalsozialistische Ideologie ein.
3. Beurteilen Sie anhand der Quellen a) und b), inwiefern sich von systematischer Vernichtung sprechen lässt.

### M 9 Vorgehen nach Plan

#### a) „Verlegung von 120 Kranken“

Der Leiter der Gesundheitsabteilung im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Walter Schultze, informiert den Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen, Wilhelm Einsle, am 19. Oktober 1940 über die „Verlegung“ von Anstaltsinsassen<sup>1</sup>:

Die gegenwärtige Lage macht die Verlegung einer großen Anzahl von den in Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten Kranken notwendig. Im Auftrag des Reichsverteidigungskommissars ordne ich die Verlegung von 120 Kranken aus Ihrer Anstalt an. [...] Die Benachrichtigung der Angehörigen von der Verlegung erfolgt unver-

<sup>1</sup> Andere bayerische Heil- und Pflegeanstalten erhielten vergleichbare Schreiben.



## 4.5 Holocaust/Shoa und Euthanasie

zügig durch die Aufnahmeanstalt. Sollte in der Zwischenzeit ein Angehöriger bei der Abgabeanstalt anfragen, so antwortet ihm diese, falls ihr der Name der Aufnahmeanstalt noch nicht bekannt sein sollte, der Kranke sei im Auftrag des zuständigen Reichsverteidigungskommissars verlegt worden. Die neue Anstalt werde sich im übrigen alsbald mit den Angehörigen in Verbindung setzen.

Staatsarchiv Nürnberg, StAnw. LG Nbg. Fürth, KS 16/49

### b) „Beseitigung von Geisteskranken“


In einem Lagebericht der NSDAP-Kreisleitung Erlangen heißt es am 26. November 1940:

#### 2. Beseitigung von Geisteskranken

Bei der hiesigen Heil- und Pflegeanstalt erschien vor einiger Zeit im Auftrag des Ministeriums des Innern geiz. Schultz oder Schultze eine u. a. aus einem Norddeutschen Arzt und einer Anzahl Studenten bestehende Kommission. Sie prüfte die Akten der in der Anstalt untergebrachten Kranken durch.

Einige Zeit später erhielt der Anstaltsdirektor die Mitteilung, dass eine bestimmte Anzahl von Kranken im Auftrag des Reichsverteidigungskommissars in einer anderen Anstalt unterzubringen sei, dass eine Berliner Transportgesellschaft die Verlegung vorzunehmen und der Anstaltsleiter den Weisungen dieser Gesellschaft, die sich im Besitz einer Namensliste befinde, zu folgen habe. Auf diese Weise wurden inzwischen drei Transporte mit zusammen 370 Kranken nach Sonnenstein bei Pirna in Sachsen und in die Gegend von Linz gebracht. Ein weiterer Transport soll im Januar des nächsten Jahres abgehen.

Staatsarchiv Nürnberg, Rep. 502, KV-Anklage, Dok. Fotokopien D-906

- 
1. Erschließen Sie sich mithilfe von INFO 3 die Bedeutung der „Verlegung“ in a).
  2. Erläutern Sie anhand der Quellen, wie die „Euthanasie“ organisiert war.
  3. Diskutieren Sie Gründe für den Versuch, die „Euthanasie“ geheim zu halten.


### M10 Die Reaktion der Angehörigen

Ernst B. wurde aus Bremen in die Heil- und Pflegeanstalt Erlangen verlegt. Kurz darauf erhielt die Familie die Mitteilung, dass er „verstorben“ sei. Der Vater schreibt am 6. Oktober 1941 an den Direktor der Anstalt:

Nehme Bezug auf Ihr Schreiben, und das Telegramm und muss Ihnen mitteilen, das ich sehr erstaunt war, das

mein Sohn, nach so kurzer Einlieferung bei Ihnen schon gestorben ist ich möchte Sie bitten, mir doch nähere Auskunft zugeben ob mein Sohn, eine Krankheit gehabt hat. Dann das Telegramm hat mich sehr überrascht so das ich an der Beerdigung nicht teil nehmen konnte die Zeit war zu kurz ich möchte Sie bitten, mir doch den Totenschein zuschicken und die andern Papiere da ich die Papiere unbedingt haben muß um der Bremischen Behörde vorzulegen auch möchte ich mahl höflichst bei Ihnen anfragen, ob mein Sohn verbrant ist oder nicht und ob ich die Leiche, nicht unendgeltlich nach Bremen bekommen kann Da es doch für uns besser ist, dann nach dort hinkommen, hilft für uns sehr schwer. Dagegen ist die Reise zu teuer.

Staatsarchiv Nürnberg, Krankenakte, BKH – Erlangen, gestorben – B., E


- 
1. Analysieren Sie die Reaktion der Angehörigen.
  2. Stellen Sie unter Rückgriff auf INFO 3 einen Zusammenhang her zur vordergründigen Einstellung der „Euthanasie“ durch das NS-Regime.

### M11 Geheimer „Krankentransport“

Foto um 1940.

In den Bussen der Firma „Gemeinnützige Krankentransport GmbH“ (= Tarnfirma der Berliner Euthanasie-Zentrale) wurden die Kranken unter dem Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten mit Hilfe von Spritzen und Tabletten entweder direkt ermordet oder über den Bahnhof in Hattenheim zur Tötungsanstalt in Hadamar gebracht.



- 
1. Recherchieren Sie zu den sechs Tötungsanstalten im Rahmen der „Aktion T4“.
  2. Erschließen Sie sich, warum gegenüber Angehörigen oftmals behauptet wurde, dass die Getöteten unverzüglich eingeschert werden müssen hätten.

## M12 Kritik von Seiten der Kirche

### a) An das Reichskirchenministerium

Der evangelische Landesbischof von Württemberg, Theophil Wurm, schreibt am 19. Juli 1940 über die Reaktion der Bevölkerung auf die Tötungsanstalt Grafeneck:

Die Krankentransporte, die auf den kleinen Bahnhof Marbach a. L. ausgeladen wurden, die Autobusse mit undurchsichtigen Fenstern, die die Kranken von entfernteren Bahnhöfen oder unmittelbar von den Anstalten bringen, der aus dem Krematorium aufsteigende Rauch, der auch auf größere Entfernungen wahrgenommen werden kann, – dies alles erregt die Gemüter um so mehr, als niemand Zutritt zu dem Schloss [Grafeneck] bekommt. [...]

10 Ich kann nur mit Grausen daran denken, dass so, wie begonnen wurde, fortgefahren wird. [...] Auf dieser schiefen Ebene gibt es kein Halten mehr. Gott lässt sich nicht spotten, er kann das, was wir auf der einen Seite als Vorteil gewonnen zu haben glauben, auf anderen  
15 Seiten zum Schaden und Fluch werden lassen. Entweder erkennt auch der nationalsozialistische Staat die Grenzen an, die ihm von Gott gesetzt sind, oder er begünstigt einen Sittenverfall, der auch den Verfall des Staates nach sich ziehen würde. Ich kann mir denken,  
20 Herr Minister, dass dieser Einspruch als unbequem empfunden wird. Ich wage auch kaum die Hoffnung auszusprechen, daß meine Stimme gehört werden wird. Wenn ich trotzdem diese Darlegungen gemacht habe, so tat ich es in erster Linie deshalb, weil die Angehörigen  
25 der betroffenen Volksgenossen von der Leitung einer Kirche einen solchen Schritt erwarten.

Zitiert nach: Georg Denzler und Volker Fabricius (Hrsg.), Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente, Frankfurt am Main 2015, S. 325 f. und S. 330

### b) Öffentliche Kritik

Der Bischof von Münster, Clemens August von Galen, wendet sich am 3. August 1941 in einer Predigt gegen die Ermordung von behinderten Menschen:

Es handelt sich hier ja nicht um Maschinen, es handelt sich hier ja nicht um Pferd und Kuh, deren einzige Bestimmung ist, dem Menschen zu dienen, für den Menschen Güter zu produzieren. Man mag sie zerschlagen,  
5 man mag sie schlachten, sobald sie diese Bestimmung nicht mehr erfüllen. Nein, hier handelt es sich um Men-

schen, unsere Mitmenschen, unsere Brüder und Schwestern! Arme Menschen, kranke Menschen, unproduktive Menschen meinetwegen! Aber haben sie damit das Recht auf das Leben verwirkt? Hast du, habe ich nur so lange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von den anderen als produktiv anerkannt werden?

Zitiert nach: Georg Denzler und Volker Fabricius (Hrsg.), Christen und Nationalsozialisten. Darstellung und Dokumente, Frankfurt am Main 2015, S. 330–340, hier S. 335

1. Erläutern Sie die Motivation des Schreibens a).
2. Beurteilen Sie ggf. unter Rückgriff auf INFO 3 den Erfolg der kirchlichen Kritik.

## M13 Der „Hungerkost-Erlass“

Das Bayerische Staatsministerium des Inneren gibt den bayerischen Heil- und Pflegeanstalten am 30. November 1942 Anweisungen zum Umgang mit Patientinnen und Patienten, die nicht „arbeitsfähig“ sind:

Im Hinblick auf die kriegsbedingten Ernährungsverhältnisse und auf den Gesundheitszustand der arbeitenden Anstaltsinsassen lässt es sich nicht länger verantworten, dass sämtliche Insassen der Heil- und Pflegeanstalten unterschiedslos die gleiche Verpflegung  
5 erhalten ohne Rücksicht darauf, ob sie einerseits produktive Arbeit leisten oder in Therapie stehen oder ob sie andererseits lediglich zur Pflege in den Anstalten untergebracht sind, ohne eine nennenswerte nutzbringende Arbeit zu leisten.

Es wird daher angeordnet, dass mit sofortiger Wirkung sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht diejenigen Insassen der Heil- und Pflegeanstalten, die nutzbringende Arbeit leisten oder in therapeutischer Behandlung stehen, ferner die noch bildungsfähigen  
15 Kinder, die Kriegsbeschädigten und die an Alterspsychose Leidenden zu Lasten der übrigen Insassen besser gepflegt werden.

Zitiert nach: Hungerkosterlass des Bayerischen Innenministeriums, 30.11.1942, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hungerkost-Erlass,\\_Bayern,\\_30\\_November\\_1942.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hungerkost-Erlass,_Bayern,_30_November_1942.jpg) [Zugriff: 01.03.2024]

- Bewerten Sie die getroffene Maßnahme.

## M14 Der Fall Ernst Putzki

### a) Foto aus der Patientenakte Putzkis von 1943



### b) „Beschimpfungen des Führers“

Am 10. Dezember 1942 wurde Ernst Putzki verhaftet, da er sich kritisch gegenüber dem NS-Regime geäußert hatte. Hierzu hält die Gestapo Dienststelle in Hagen am 17. Dezember 1942 fest:

Der Hilfsarbeiter Ernst Putzki [...] wurde an 10.12.42 durch die Ortspolizeibehörde festgenommen, weil er Briefe u. Zettel staatsfeindlichen Inhalts verfasst u. an die Bevölkerung verteilt hat, wodurch eine große Beunruhigung hervorgerufen worden ist.

Über Putzki ist bekannt, dass er von 1933 bis zum 10.7.1935 in der Irrenanstalt Wunsdorf bei Hannover gewesen ist. Da keine ausgesprochene Gemeingefährlichkeit vorlag, wurde er der Obhut seiner Mutter anvertraut. Seitens des Gesundheitsamtes wurde er bis 1941 überwacht, und es lag keine Veranlassung vor, ihn erneut in einer Anstalt unterzubringen. Nach seinen eigenen Angaben ist er seit einem halben Jahre Mitglied des christlichen Vereins „Eben Ezer“. Von diesem Zeitpunkt an befasste er sich mit christlicher Literatur und glaubte er die heutige Regierung für sein bisheriges Schicksal verantwortlich machen zu können. Einer Beschäftigung ist er seit Jahren nicht nachgegangen und bezog eine Invalidenrente von RM 16.70 zuzüglich RM 5 Wohlfahrtszuschuss. Diese Unterstützung betrachtete er als ungenügend und verfasste daher Briefe und Zettel mit staatsfeindlichem Inhalt, die er in der Öffentlichkeit verbreitete, um sich dadurch interessant zu machen. Die verbreiteten Schriftstücke haben religiösen Inhalt und

strotzen von Beschimpfungen des Führers. Hierdurch ist bewiesen, dass Putzki geisteskrank ist und eine große Gefahr für die Öffentlichkeit bildet. Dieser Umstand macht die Überführung des P. in eine Nervenheilstätte dringend erforderlich<sup>1</sup>.

Patientenakte Ernst Putzki, Archiv des Landeswohlfahrtsverbands Hessen, Best. 12, K 2274

### c) Hungertod

In einer Sitzung des Bundestags wurde während einer Gedenkstunde zur Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 2017 ein Brief von Ernst Putzki vom 3. September 1943 an seine Mutter vorgelesen. Darin heißt es:

Die Menschen magern hier [d. h. in der psychiatrischen Anstalt Weilmünster] zum Skelett ab und sterben wie die Fliegen. Wöchentlich sterben rund 30 Personen. Man beerdigt die hautüberzogenen Knochen ohne Sarg. [...] Der Hungertot [sic] sitzt uns allen im Nacken, keiner weiß wer der Nächste ist. Früher ließ man in dieser Gegend die Leute schneller töten und in der Morgendämmerung zur Verbrennung fahren. Als man bei der Bevölkerung auf Widerstand traf, da ließ man uns einfach verhungern. Wir leben in verkommenen Räumen ohne Radio, Zeitung und Bücher, ja, ohne irgendeine Beschäftigung. Wie sehne ich mich nach meiner Bastellei. Wir essen aus kaputtem Essgeschirr und sind in dünnen Lumpen gekleidet in denen ich schon mehr gefroren [sic] habe wie einen ganzen Winter in Hagen. Vor 5 Wochen haben wir zuletzt gebadet und ob wir in diesem Jahre noch baden, wissen wir nicht. Alle 14 Tage gibt es ein reines Hemd u. Strümpfe.

Zitiert nach: [https://www.bundestag.de/resource/blob/490398/39ad376227dc915d504aa9b35d1fe77c/kw04\\_de\\_gedenkstunde\\_opferbrief\\_putzki-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/490398/39ad376227dc915d504aa9b35d1fe77c/kw04_de_gedenkstunde_opferbrief_putzki-data.pdf) (abgerufen am 7.5.2022)

1. Recherchieren Sie das Schicksal Ernst Putzkis.
2. Beurteilen Sie die Einstufung der Gestapo (in b), Ernst Putzki sei „geisteskrank“.
3. Beschreiben und bewerten Sie die in c geschilderte Situation in der sogenannten „Heilanstalt“.
4. Erläutern Sie Ziel und Hintergründe dafür, dass die Menschen gezielt massivem Hunger ausgesetzt werden.



32072-490

<sup>1</sup> Nach verschiedenen Zwischenstationen wurde Putzki schließlich am 29.9.1944 in die „Heilanstalt“ Hadamar bei Gießen verlegt. In dieser Anstalt wurden 1941 etwa 10 000 Menschen mit Kohlenmonoxid getötet. Nach dem Ende der „Aktion T4“ wurden dort ca. 4500 Menschen durch Nahrungsentzug, genereller Unterversorgung und Medikamentenüberdosis ermordet. Putzki starb am 9.1.1945.

## 4.6 Die nichtjüdische Bevölkerung und der Holocaust/die Shoa

Als nach dem Zweiten Weltkrieg das Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen nach und nach offenbar wurde, reagierte man in der deutschen Bevölkerung vielfach mit dem Satz „Davon haben wir nichts gewusst“. Aber war die Vernichtung der Jüdinnen und Juden im Alltag tatsächlich unsichtbar und gab es keinerlei Hinweise darauf, was sich in den Konzentrations- und Vernichtungslagern abspielte?

### Lernaufgabe



Inwieweit nahm die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg wahr und beteiligte sich daran? Setzen Sie sich differenziert mit dieser Frage auseinander und verfassen Sie auf Grundlage Ihrer Arbeitsergebnisse abschließend eine **Stellungnahme** dazu.

1. Werten Sie hierzu arbeitsteilig die Quellen dieses Teilkapitels unter der o. g. Fragestellung aus. Berücksichtigen Sie dabei insbesondere den Aspekt der Öffentlichkeit.

▶ Gruppe 1: **M2–M5**

▶ Gruppe 2: **M1** und **M6–M9**

Die Hinweise unter den Materialien helfen Ihnen bei Bedarf bei der Erschließung der Quellen. Tauschen Sie Ihre Arbeitsergebnisse anschließend untereinander in Expertengruppen aus.

2. Nehmen Sie differenziert schriftlich Stellung zur Frage der Wahrnehmung und Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung an der Entrechtung, Verfolgung und der Ermordung von Jüdinnen und Juden im Zweiten Weltkrieg.

3. Der Antisemitismus nahm in den letzten Jahren wieder zu. Diskutieren Sie Ideen, wie diesem noch besser vorgebeugt werden kann.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Holocaust bzw. Shoa
- ▶ Konzentrations- und Vernichtungslager
- ▶ 8./9. Mai 1945 bedingungslose Kapitulation Deutschlands



Formulierungshilfen zur Stellungnahme bietet  
Mediencode 32072-492

### INFO: Wie gelangten Informationen über die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden an die Öffentlichkeit?

Die Morde an den Jüdinnen und Juden im Osten sollten möglichst geheim gehalten werden. Den Tätern war es verboten, Fotografien anzufertigen, weshalb wir bis heute vor allem geheim aufgenommene Fotos von der Ermordung der Jüdinnen und Juden besitzen. Die Häftlinge, etwa des **Konzentrationslagers** Auschwitz, durften – soweit sie nicht sogleich ermordet wurden – zwar alle zwei Monate eine kurze Nachricht an ihre Angehörigen schreiben. Doch wurden diese Postkarten von der Lagerverwaltung zensuriert. Die Häftlinge mussten dabei auf Deutsch schreiben und Formulierungen wie „Mir geht es gut, ich bin gesund“ verwenden. Andernfalls wurde ihre Nachricht vernichtet. Doch auch diese Postkarten waren informativ. So analysierten etwa jüdische Organisationen in Antwerpen im September 1942 die eingegangenen Nachrichten und konnten so feststellen, dass nur Postkarten von jüngeren Menschen eintrafen, ältere hingegen nie schrieben.

Darüber hinaus gelang es vielfach, Briefe aus den Lagern zu schmuggeln, so dass auf diese Weise authentische Informationen über die dortigen Verhältnisse an die Öffentlichkeit kamen. Ebenso unterrichteten geflohene Häftlinge etwa die polnische Unter-

grundbewegung bzw. alliierte Geheimdienste. Deshalb wusste z. B. die amerikanische Regierung spätestens seit Herbst 1942, welche Dimensionen der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden angenommen hatte.

Doch regelmäßig berichteten auch etwa Soldaten der Wehrmacht in Feldpostbriefen an die Heimat von Massenerschießungen, an denen sie beteiligt waren oder die sie beobachtet hatten – dies war eigentlich verboten, jedoch gab es nur eine stichprobenartige Zensur. Auch erzählten viele Fronturlauber in der Heimat von ihren Erlebnissen oder Beobachtungen, so dass Gerüchte über den Massenmord an den Jüdinnen und Juden in der deutschen Bevölkerung kursierten.

Die wissenschaftliche Forschung geht heute davon aus, dass es zwischen 200 000 und 250 000 deutsche und österreichische Tatbeteiligte an den Verbrechen gab, die aus der Mitte der Gesellschaft stammten und oftmals Informationen an Angehörige und Bekannte weitergaben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erklärte in Umfragen deshalb mehr als die Hälfte der Deutschen, die schon vor der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8./9. Mai 1945 vom Holocaust/der Shoa gehört hatte, sie hätten über Familienangehörige, Freunde oder Bekannte von den Morden erfahren.

Insgesamt verfügte die deutsche Bevölkerung also über sehr viele Einzelinformationen zum Holocaust bzw. zur Shoa. Doch konnten oder wollten nur wenige Menschen Genaueres über die Verbrechen erfahren und verdrängten die unbedeuten Informationen. Als aber das Kriegsende näher rückte, wurde das schlechte Gewissen vieler Deutschen über die Massenmorde immer größer. Vielen wurde mehr und mehr bewusst, dass sie hierfür zur Verantwortung gezogen würden. Gleichwohl überblickten nur wenige Deutsche die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden in ihrer Gesamtheit.



Michael Mayer

1. Erläutern Sie, wie die nichtjüdische Bevölkerung, die nicht im Kriegseinsatz war, dennoch vom Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden erfahren konnte.
2. Begründen Sie, warum man davon ausgehen muss, dass die Kenntnisse über die massenhafte und systematisierte Ermordung von Jüdinnen und Juden in der deutschen Bevölkerung ziemlich weit verbreitet waren.
3. Diskutieren Sie Gründe, warum ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg nichts von der Shoa gewusst haben will.



32072-493

### M1 Selektion an der Rampe von Birkenau

Foto vom Mai/Juni 1944  
An der sogenannten Rampe im KZ-Auschwitz-Birkenau wurden Frauen, Männer und Kinder sofort nach ihrer Ankunft „selektiert“, d. h. aussortiert: Wer nicht als arbeitsfähig galt (Frauen, Kinder, alte und schwache Menschen) wurde sofort in die Gaskammern getrieben.

- Diskutieren Sie, inwieweit die Existenz solcher Fotos die Behauptung, die Verbrechen seien ein gut gehütetes Geheimnis der NS-Führung gewesen, widerlegen.



32072-494

## M2 Versteigerung

### Lörracher Bevölkerung bei einer Versteigerung von jüdischem Besitz, der bei der Deportation zurückgelassen werden musste

Foto aus einer Fotoserie im Winter 1940

Anmerkung: Einige der Anwesenden schauen direkt in die Kamera.



## M3 Der „Gerüchtebildung“ entgegenzutreten

Die NSDAP-Gauleiter erhalten am 9. Oktober 1942 von der NSDAP-Parteikanzlei vertrauliche Anweisungen darüber, wie mit Gerüchten über Massenmorde an Jüdinnen und Juden umzugehen sei:

Im Zuge der Arbeiten an der Endlösung der Judenfrage werden neuerdings innerhalb der Bevölkerung in verschiedenen Teilen des Reichsgebiets Erörterungen über „sehr scharfe Maßnahmen“ gegen die Juden besonders in den Ostgebieten angestellt. Die Feststellungen ergaben, dass solche Ausführungen – meist in entstellter und übertriebener Form – von Urlaubern der verschiedenen im Osten eingesetzten Verbände weitergegeben werden, die selbst Gelegenheit hatten, solche Maßnahmen zu beobachten. [...]

Um jeder Gerüchtebildung in diesem Zusammenhang, die oftmals bewusst tendenziösen Charakter trägt, entgegenzutreten zu können, werden die nachstehenden Aus-

führungen zur Unterrichtung über den derzeitigen Sachstand wiedergegeben:

[Erläuterung der antisemitischen Politik des NS-Regimes seit 1933]. [...] Beginnend mit dem Reichsgebiet und überleitend auf die übrigen in die Endlösung einbezogenen europäischen Länder werden die Juden laufend nach dem Osten in große, zum Teil vorhandene, zum Teil noch zu errichtende Lager transportiert, von wo aus sie entweder zur Arbeit eingesetzt oder noch weiter nach dem Osten verbracht werden. Die alten Juden sowie Juden mit hohen Kriegsauszeichnungen (E.K. I, Goldene Tapferkeitsmedaille usw.) werden laufend nach der im Protektorat Böhmen und Mähren gelegenen Stadt Theresienstadt umgesiedelt.

Zitiert nach: Susanne Heim (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 6: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, Oktober 1941–März 1943, München 2019, S. 490f.



## 4.6 Die nichtjüdische Bevölkerung und der Holocaust/die Shoa

**M4 Der „Gerüchtebildung“ entgegentreten**

In Stimmungsberichten des Sicherheitsdienstes (SD) der SS heißt es zur Haltung der Bevölkerung:

[Würzburg, 7. September 1943:] Die katholischen Kreise, insbesondere auf dem Lande, sind auch der Überzeugung, „dass der Nationalsozialismus an allem schuld sei und wenn dieser nicht gekommen wäre, wären die Feinde nicht so gehässig auf uns. Die Vertreibung der Juden hätte nicht erfolgen sollen, dann würden diese heute nicht so gegen uns arbeiten.“

Zitiert nach: Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, S. 528 und S. 530

**M5 Zum Tode verurteilt**

Am 15. September 1943 wurde der Zahntechniker Wilhelm Weber, ein NSDAP-Parteimitglied, wegen staatsfeindlicher Äußerungen in einem Gespräch mit einer Patientin vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Im Gerichtsurteil heißt es:

Vor allem am 6. August 1943 hatte er mit der Vorgeladenen Frau von Salz folgendes Gespräch: Er fragte sie, ob sie noch an den Sieg glaube; an den Sieg glaube doch heute kaum noch jemand. Die Zeugin konnte wegen der Zahnbehandlung nicht gleich antworten. Er sprach daher weiter und sagte, in unseren Konzentrationslagern herrschten mittelalterliche Foltermethoden ... [Weber ergänzte], wir hätten eine Million Juden „ermordet“ und dadurch eine schwere Schuld auf uns geladen, die wir jetzt verantworten müssten.

Zitiert nach: Lisa Hauff (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 11: Deutsches Reich und Protektorat Böhmen und Mähren, April 1943–1945, München 2020, S. 264

**M6 „1000 Juden ins Jenseits befördert“**

Ein Wehrmachtssoldat schreibt am 6. Juli 1941 an seine Eltern:

Soeben komme ich von der Aufbahrung unserer von den Russen gefangenen Kameraden der Luft- und Gebirgstruppen. Ich finde keine Worte, um so etwas zu schildern. Die Kameraden sind gefesselt, Ohren, Zungen, Nase und Geschlechtsteile sind abgeschnitten, so haben wir sie im Keller des Gerichtsgebäudes in Tarnopol gefunden, und außerdem haben wir 2000 Ukrainer und Volksdeutsche auch so zugerichtet gefunden. Das ist Russland und das Judentum, das Paradies der Arbeiter. [...] Die Rache folgte sofort auf dem Fuße. Gestern

waren wir mit der SS gnädig, denn jeder Jude, den wir erwischten, wurde sofort erschossen. Heute ist es anders, denn es wurden wieder 60 Kameraden verstümmelt gefunden. Jetzt müssen die Juden die Toten aus dem Keller herauftragen, schön hinlegen, und dann werden sie nach Besichtigung der Opfer erschlagen mit Knüppeln und Spaten. Bis jetzt haben wir 1000 Juden ins Jenseits befördert, aber das ist viel zu wenig für das, was die gemacht haben. Die Ukrainer haben gesagt, dass die Juden alle die führenden Stellen hatten und ein richtiges Volksfest mit den Sowjets hatten bei der Hinrichtung der Deutschen und Ukrainer. Ich bitte Euch, liebe Eltern, macht das bekannt, auch der Vater in der Ortsgruppe. Sollten Zweifel bestehen, wir bringen Fotos mit. Da gibt es kein Zweifeln.

Zitiert in: Bernward Dörner, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007, S. 97

**M7 Exekution unter Zeugen****Männer einer deutschen Einsatzgruppe erschießen einen sowjetischen Juden**

Foto undatiert, vermutlich aus Winniza (Ukraine)

Im Hintergrund: Wehrmachtssoldaten und Angehörige des Reichsarbeitsdienstes



### M 8 Postkarte aus Auschwitz-Birkenau

Die Ungarin Alice Balla<sup>1</sup>, die im Juni 1942 nach Auschwitz deportiert wurde, schreibt im Juli 1943 aus Auschwitz-Birkenau an ihre Familie:

[...] Die Frau Halál<sup>2</sup> ist hier sehr fleißig. Zu Hause habe ich sie nicht gerne gehabt, aber hier bin ich ständig mit ihr zusammen, so habe ich mich mit ihr befreundet. [...]

Zitiert nach: Andrea Rudorff (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 16: Das KZ Auschwitz 1942–1945 und die Zeit der Todesmärsche 1944/45, München 2018, S. 280

### M 9 Strenger Verweis

Der SS-Sturmmann Ludwig Damm<sup>3</sup> erhält am 5. Januar 1943 einen Verweis vom Kommandanten des Lagers Auschwitz, Rudolf Höß:

Ich bestrafe Sie gemäß [SS-Disziplinarordnung] mit einem strengen Verweis, weil Sie während Ihresurlaubes entgegen den bestehenden Befehlen und Vorschriften handelten.

5 Begründung: Während Ihresurlaubes im Dezember 1942 unterhielten Sie sich mit Soldaten und Parteigenossen über das Judenproblem und tätigten hierbei Äußerungen über die Lösung der Judenfrage in Auschwitz. Durch dieses Verhalten, welches unter Umständen ge-  
10 eignet war, Unruhe in die Bevölkerung zu bringen, handelten Sie entgegen den Ihnen bekannten Befehlen. Ich habe lediglich auf Grund Ihrer bisher einwandfreien Führung und einer anderweitigen guten Beurteilung von einer strengeren Bestrafung abgesehen und er-  
15 warte, dass Ihnen dieser Vorfall als Lehre für die Zukunft dienen wird.

Zitiert nach: Andrea Rudorff (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945, Bd. 16: Das KZ Auschwitz 1942–1945 und die Zeit der Todesmärsche 1944/45, München 2018, S. 212



Hinweise zur Auswertung der Bild- und Textquellen bietet Mediacode 32072-495

<sup>1</sup> Das weitere Schicksal von Alice Balla ist ungeklärt.

<sup>2</sup> Halál bedeutet „Tod“ auf Ungarisch.

<sup>3</sup> Ludwig Damm (1911–1978) trat 1933 der SS bei. 1936 wurde er Bürgermeister des Ortes Morlautern. Seit August 1942 war er im Konzentrationslager Auschwitz beschäftigt. 1945 wurde Damm von US-Truppen interniert. Seit 1952 war er erneut Bürgermeister von Morlautern, das heute Teil der Stadt Kaiserslautern ist.

1. Analysieren Sie die Bild- und Textquellen insbesondere in Hinblick auf die Fragestellung, inwieweit die nichtjüdische Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden wahrnahm und sich daran beteiligte. Hinweise zur Untersuchung finden Sie unter Mediacode 32072-496.
2. Erschließen Sie sich die Zielsetzung der Anweisung an die NSDAP-Gauleiter in M6 und beurteilen Sie diese Maßnahme.
3. Nehmen Sie begründet Stellung zu der These des Historikers Peter Longerich, dass
  - die Verfolgung der Jüdinnen und Juden ein öffentliches Ereignis und
  - die Shoa ein öffentliches Geheimnis gewesen sei.

### M10 Zivilisten in Auschwitz

Der österreichische kommunistische Widerstandskämpfer und Historiker Hermann Langbein, der in Dachau und Auschwitz inhaftiert war und dem während der Evakuierung 1945 die Flucht gelang, beschreibt 1980 in seinem Buch „Menschen in Auschwitz“:

Viele, die im Dritten Reich Rang und Namen hatten, bemühen sich nachträglich um den Nachweis, die Menschenvernichtung sei ein strengstens gehütetes Geheimnis der SS gewesen. Ihnen gab Kaduk<sup>4</sup> eine drastische Antwort, als er während des Frankfurter Auschwitz-  
5 Prozesses einmal lospolterte: „Wenn die Öfen gebrannt haben, dann war eine Stichflamme von fünf Meter Höhe, die hat man vom Bahnhof aus gesehen. Der ganze Bahnhof war voll von Zivilisten. Niemand hat et-  
10 was gesagt. Auch Urlauberzüge waren dort. Oft haben die Urlauberzüge Aufenthalt in Auschwitz gehabt und der ganze Bahnhof war vernebelt. Die Wehrmachtsoffiziere haben aus dem Fenster geguckt und haben gefragt, warum es so riecht, so süß. Aber keiner hat den Mut ge-  
15 habt zu fragen: Was ist denn los? Hier ist doch keine Zuckerfabrik. Wozu sind denn die Schornsteine da?“ [...] Die Tausende an den Vernichtungsstätten eingesetzten SS-Männer waren zwar zu Stillschweigen verpflichtet. Dass jedoch eine solche Verpflichtung nicht jahrelang  
20 von so vielen Menschen strikt eingehalten werden kann, liegt auf der Hand, noch dazu, wenn man die Demoralisierung dieser Truppe in Betracht zieht. [...] SSler in gehobenen Stellungen wohnten mit ihren Familien im Lagerbereich. Wer kann glauben, dass alle  
25 Frauen und Kinder – die in Auschwitz Vergasen gespielt

<sup>4</sup> Oswald Kaduk (1906–1997) war Aufseher im Konzentrationslager Auschwitz, wo er als einer der grausamsten und brutalsten SS-Männer galt.

haben – das Schweigegebot jahrelang eisern eingehalten haben? Eisenbahner kamen bis zur Rampe und sahen aus unmittelbarer Nähe, was vorging. Angestellte der Reichsbahn nahmen Monat für Monat viele Kilo schwere Sendungen von Zahngold in Empfang. In der Filzfabrik Alex Zink in Roth bei Nürnberg wurden Frauenhaare verarbeitet, die diese Firma laufend säckeweise von der Kommandantur in Auschwitz kaufte – eine halbe Mark pro Kilogramm. Das Räderwerk der Tötungsorganisation reichte weit über die Vernichtungsstätten hinaus. [...] Nicht wenige Deutsche, die keine SS-Uniform trugen, haben aber nicht nur von der Menschenvernichtung gehört; viele sind als Zivilangestellte mit Auschwitz in Berührung gekommen und haben selbst gesehen, was dort geschah. [...] Wenn man die Wahrheit nicht erfahren wollte, dann konnte man sich selbst im Bereich des Feuerscheins der Krematorien und des widerlichen Geruchs, den verbranntes Menschenfleisch verbreitet, blind stellen. [...]

Hermann Langbein, *Menschen in Auschwitz*, Frankfurt am Main u. a. 1980, S. 502-505

- ▶ Arbeiten Sie ergänzend zu den Materialien M1 bis M10 heraus, auf welchen Wegen die deutsche Bevölkerung noch Hinweise zu den Dimensionen des Verbrechens an der jüdischen Bevölkerung erlangen konnte.



32072-497

### M11 Die „Judenfrage“ als „öffentliches Geheimnis“

In seinem 2006 erschienen Buch „Davon haben wir nichts gewusst!“ beschäftigt sich der Historiker Peter Longerich auch mit dem Kenntnisstand zum Holocaust/zur Shoa in der deutschen Bevölkerung während des Zweiten Weltkriegs:

Ab Mitte 1942 begann das Regime auf die zunehmenden Gerüchte über die Ermordung der Juden offensiv zu reagieren. Im Oktober erließ die Partei-Kanzlei eine parteiinterne Sprachregelung, in der sie in einer Weise Stellung zu Gerüchten über die Erschießungen im Osten nahm, die als Bestätigung gelesen werden konnte. Gleichzeitig versuchte das Regime, die immer offener propagierte Vernichtung der Juden zu rechtfertigen: man komme damit der jüdischen Vernichtungsabsicht

zuvor. [...] dahinter stand offenkundig das Kalkül, die deutsche Bevölkerung zu Zeugen und Mitwissern des Massenmordes an den Juden zu machen. Die „Judenfrage“ wurde so zu einem öffentlichen Geheimnis; umgeben von der Aura des Unheimlichen, handelte es sich um etwas, worüber man besser nicht sprach, das im allgemeinen Bewusstsein jedoch deutlich präsent war. [...] 1943 versuchte das Regime [...] noch einmal, die von ihm gesteuerte Öffentlichkeit mithilfe der „Judenfrage“ neu auszurichten. Der Bevölkerung wurde klar gemacht, dass sie im Falle einer Niederlage für die Verbrechen des Regimes als dessen Mitwisser und Komplizen zur Rechenschaft gezogen werden würde; Angst vor Vergeltung sollte die letzten Reserven mobilisieren und den Durchhaltewillen der Bevölkerung steigern. [...] Die Botschaft des Regimes, an der „Judenfrage“ entscheide sich nicht nur die Existenz des „Dritten Reiches“, sondern auch die des deutschen Volkes, wurde in der Bevölkerung durchaus verstanden – und gleichzeitig sperrte man sich offenkundig gegen die Vorstellung einer kollektiven Haftung für die verübten Verbrechen. Je wahrscheinlicher diese Niederlage wurde, desto größer war das Bedürfnis, sich dem Wissen über das offensichtlich vor sich gehende Verbrechen zu entziehen. [...] Zwischen Wissen und Unwissen gab es also eine breite Grauzone, gekennzeichnet durch Gerüchte und Halbwahrheiten, Imagination, verordnete und selbst auferlegte Kommunikationsbeschränkungen, Nicht-Wissen-Wollen und Nicht-Begreifen-Können. [...] Die einfachste und vorherrschendste Haltung war daher sichtbar zur Schau getragene Indifferenz und Passivität gegenüber der „Judenfrage“ – eine Einstellung, die nicht mit bloßem Desinteresse an der Verfolgung der Juden verwechselt werden darf, sondern als Versuch gesehen werden muss, sich jeder Verantwortung für das Geschehen durch ostentative Ahnungslosigkeit zu entziehen.

Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945. München 2006. S. 324–326.

- ▶ Direkt nach 1945 lautet die Entgegnung auf die Frage nach der Verantwortung für den Holocaust/die Shoa häufig: „Davon haben wir nichts gewusst!“ – Fassen Sie zusammen, wie und warum sich diese Antwort im Laufe des Zweiten Weltkriegs herausbildete.



32072-498

## 4.7 Widerstand im Nationalsozialismus (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-499



## Scheitern der Weimarer Republik und NS-Diktatur



A

Verwenden Sie zur Bearbeitung der nebenstehenden Aufgabe die für die gewählte Fragestellung relevanten Grundlegenden Daten und Begriffe aus der folgenden Zusammenstellung:

- 1929 Beginn der Weltwirtschaftskrise • 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler •
- 9. November 1938 Novemberpogrome • 1939–1945 Zweiter Weltkrieg •
- 8./9. Mai 1945 bedingungslose Kapitulation Deutschlands •
- Antisemitismus • „Ermächtigungsgesetz“ • „Gleichschaltung“ •
- Holocaust bzw. Shoa • Konzentrations- und Vernichtungslager •
- Nationalsozialismus • „Nürnberger Gesetze“ • „Volksgemeinschaft“ •
- Weimarer Reichsverfassung • Weimarer Republik

1. Bearbeiten Sie eine der im Schaubild genannten Fragestellungen in einem Essay.



32072-159

B

### M1 Die NSDAP ist längst an der Macht in einzelnen Ländern

Bei den Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin gewann die NSDAP 1932 knapp 50 % der abgegebenen Stimmen. Seit dem 13. Juli 1932 wurde das Land von Ministerpräsident Walter Granzow und seinem NSDAP-Kabinett regiert. Die Vossische Zeitung schreibt zu dessen Politik am 15. Oktober 1932:


Ein Nationalsozialist, der Minister wird, hat die Wahl zwischen zwei Methoden: Er kann versuchen, die agitatorische Unbedenklichkeit in das Amt mitzunehmen und weiterhin nichts als Partei-  
5 funktionär zu bleiben, der er bis dahin war – das ist die Methode des [NSDAP-]Ministerpräsidenten Röver in Oldenburg –, oder er kann sich bemühen, soweit es das Werbebedürfnis seiner Partei trägt, seinen Posten sachgemäß zu verwalten – das ist der Fall Granzow in Schwerin. Beide Methoden  
10 bewähren sich nicht. Die Macht, nach der sich diese Partei so inbrünstig sehnt, dass sie ihr alle Hemmungen der Ritterlichkeit, alles Maß und alle Sitte opfert, wird ihr, sobald sie irgendwo erwor-  
15 ben wurde, zum Verderben.

In Schwerin, wo am 5. Juni dieses Jahres noch fast jeder Zweite nationalsozialistisch wählte, ist der Niedergang der Partei schon auf den Straßen zu beobachten, in denen man weit mehr Stahlhelm-  
20 abzeichen als Hakenkreuze sieht. Die Unzufriedenheit ist allgemein; dem Anhänger geschieht zu wenig, dem Gegner zu viel. Die Rentner, die sich hatten einreden lassen, dass mit dem Sieg der Nationalsozialisten ihre Renten erhöht würden, die  
25 Bauern, die trotz der nationalsozialistischen Regierung Steuern zahlen sollen, die S.A.-Leute, die glaubten, nun würde der Zukunftsstaat zur Gegenwart werden – sie alle sind tief enttäuscht. Die höhere Bürokratie, der noch kein Mensch ein Über-  
30 maß an republikanischem Eifer vorgeworfen hat, ist, wie man erzählt, infolge der dilettantischen Regierungsmethoden der neuen Vorgesetzten tief verstimmt und der passiven Resistenz nahe. Das Bürgertum ist verärgert durch unnötige Brutalität

ten in der Personalpolitik und sonstige Un-  
geschicklichkeiten, die in dem Miniaturstaat von 674000 Einwohnern natürlich ganz anders be-  
merkt und beredet werden als unter größeren Ver-  
hältnissen. [...]

Regieren kostet eben Lehrgeld; das hat noch jede  
40 Partei erfahren müssen, die aus der grundsätzlichen Opposition eines Tages an die Verantwortung kam. Aber die Sozialdemokraten hatten doch 1918 immerhin ihren Stamm von geschulten Funk-  
tionären, die im Verwalten und Verhandeln Übung  
45 besaßen, die durch ihre gründliche theoretische Ausbildung von den Gesetzen des Staates und der Wirtschaft Kenntnis hatten. Die Männer aber, die von der N.S.D.A.P. in Staatsstellen entsandt wer-  
den, brauchen keinen anderen Befähigungsnach-  
weis mitzubringen, als den Glauben an die messianischen Prophezeiungen ihres Führers. Schlimm,  
wenn sie Scharlatane sind, die sich nur in der Hoff-  
nung auf Gewinn von dem Sturmwind der Bewe-  
gung mittragen ließen; sie sind Sklaven ihrer Ver-  
55 heißungen, die sie selbst mit verkündet haben. Schlimm, wenn ihnen der Glaube ernst ist; denn dann fehlt ihnen der Sinn für die harten Wider-  
stände der Wirklichkeit und die eng begrenzte  
Zahl der Möglichkeiten – sonst wären sie ja nie-  
60 mals Hitler-Anhänger geworden. Nun stoßen sie bei jedem Schritt auf nie bedachte Schwierig-  
keiten, auf nie gekannte Gesetze, auf nie geahnte Zu-  
sammenhänge.

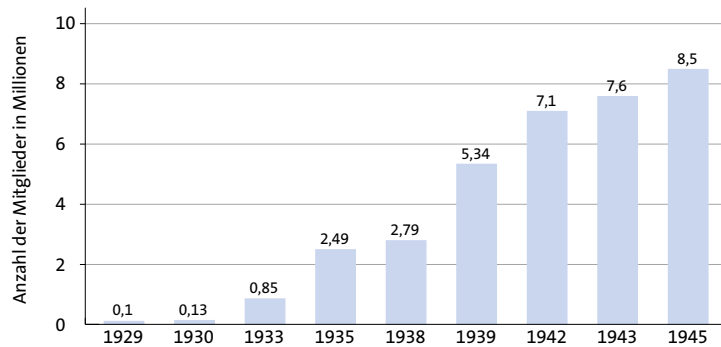
Vossische Zeitung vom 15. Oktober 1932 (Morgenausgabe)

- 
2. Analysieren Sie, wie die Tätigkeit einer NSDAP-Regierung vor 1933 durch eine freie Presse beleuchtet wird. Überlegen Sie, weshalb es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten so schwierig wird, die Haltung der Bevölkerung zu untersuchen.
  3. Erläutern Sie den stufenweisen Abbau von Demokratie und Menschenrechten in der Endphase der Weimarer Republik.
  4. Diskutieren Sie die Gründe des Scheiterns der Weimarer Republik.

C

**M2 Anzahl der Mitglieder der NSDAP**

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gab es eine Flut von Aufnahmeanträgen. Dem begegnete die Parteiführung mit einem Aufnahmestopp. Von diesem waren bestimmte Gruppen (u. a. HJ-Mitglieder mit einem Alter von mindestens 18 Jahren, SA und SS) von Anfang an ausgenommen. Vor seiner vollständigen Aufhebung 1939 wurde er immer wieder gelockert, vor allem 1937. In einigen Berufsgruppen war die Mitgliedschaft in der Partei Karrierevoraussetzung.

**Anzahl der Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in den Jahren 1929 bis 1945 (in Millionen)**

Quelle: Deutsches Pressemuseum © Statista 2022

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1111704/umfrage/mitglieder-der-nsdap/> [Zugriff: 10.11.2022]

- Beschreiben Sie die Entwicklung der Mitgliederzahlen.
- Erläutern Sie, warum aus der Statistik nicht die kontinuierlich steigende Beliebtheit der Partei herausgelesen werden kann.



32072-161

D

**M3 Gegen Ausschreitungen vorgehen**

In einem Stimmungsbericht des Regierungspräsidenten von Minden vom 9. September 1935 wird im Zusammenhang mit antisemitischen Ausschreitungen auf die Konflikte der staatlichen Behörden mit NS-Parteienstellen hingewiesen:

In der Berichtszeit hat der Kampf gegen Juden im Bezirk einen erheblichen Umfang angenommen. Dadurch, dass zunächst je-

der einzelnen Ortsgruppe und jeder einzelnen Formation Freiheit in der antijüdischen Propaganda gelassen wurde, glaubte jeder Teil den anderen übertrumpfen zu müssen, um damit seine nationalsozialistische Einstellung zu beweisen. In der Hauptsache ging die Propaganda von den Kreisen um den „Stürmer“ aus, Stürmerkästen in jedem Ort mit entsprechenden Inschriften waren der Beginn einer verstärkten Tätigkeit. Es folgten Transparente, die über Straßen und



D

15 Plätze gespannt waren mit den bekannten Inschriften „Wer den Juden sieht, sieht den Teufel“, u. a. Besucher von jüdischen Geschäften wurden fotografiert und auch persönlich angegriffen. In einer ganzen Anzahl von Orten wurden Satzungen beschlossen, die dem Juden alles mögliche verbieten und den Volksgenossen, die mit Juden verkehren, öffentliche Ächtung androhen. [Eine inzwischen erlassene Anordnung verbiete jedoch Ausschreitungen. Dies] ermöglicht es den Behörden, erfolgreich gegen Ausschreitungen vorzugehen, da die Parteiinstanzen sich ihrerseits auf den gleichen Standpunkt stellen. Ein früheres, längst als notwendig erkanntes Einschreiten der Staatsbehörden hatte diese notwendig in Gegensatz zu den einzelnen Parteigenossen und Parteistellen gebracht, und zwischen Staat und Partei unerwünschte und bedauerliche Differenzen geschaf-

fen. Im Einverständnis mit dem Gauleiter sind die mir unterstellten Behörden und die unteren Parteistellen von mir angewiesen, den Kampf einzustellen. Nachdem der Kampf gegen die Juden aber die derzeitigen Formen angenommen hat, kann er nur schrittweise abgebrochen werden, damit das Prestige der Partei nicht eine kaum wieder gut zu machende Einbuße erleidet. In krassen Fällen ist sofort mit aller Schärfe zugegriffen worden.

Bundesarchiv, R 1501/1566, Bl. 132

7. Arbeiten Sie heraus, in welchem Konflikt die staatlichen Behörden mit NS-Parteidienststellen bestanden.

8. Ordnen Sie die beschriebenen antisemitischen Ausschreitungen in die Systematik der Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden ein.

E

#### M4 Zur Haltung der Bevölkerung in Bayern

In Stimmungsberichten des Sicherheitsdienstes (SD) der SS heißt es zur Haltung der Bevölkerung:

[Würzburg, 7. September 1943:] Die katholischen Kreise, insbesondere auf dem Lande, sind auch der Überzeugung, „dass der Nationalsozialismus an allem schuld sei und wenn dieser nicht gekommen wäre, wären die Feinde nicht so gehässig auf uns. Die Vertreibung der Juden hätte nicht erfolgen sollen, dann würden diese heute nicht so gegen uns arbeiten.“

[Kitzingen, 13. September 1943:] Aus dem Kitzinger Gußwerk werden in steigendem Maße abträgliche Äußerungen ehemaliger Kommunisten gemeldet. Beispiele: [...] Angestellter: „Das Gemeine von unseren führenden Persönlichkeiten ist, dass sie, nachdem sie die Juden ausgerottet haben, sich in

deren Häusern breitmachen und ihren arischen Arsch in die jüdischen Betten legen. Man weiß es ja, wie sie die kostbaren Teppiche, Möbel und das Silber bei Nacht und Nebel aus den jüdischen Wohnungen geschleppt haben.“

Zitiert nach: Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004, S. 528 und S. 530

9. Stellen Sie dar, welches Wissen die Quellen über die NS-Massenverbrechen vermitteln.

10. Setzen Sie sich auf der Grundlage der von Ihnen im vorausgehenden Kapitel gewonnenen Erkenntnisse differenziert mit der Frage auseinander, inwieweit die nicht-jüdische Bevölkerung die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden wahrnahm und an ihr beteiligte.



#### Fackelzug anlässlich der Gründung der DDR.

Foto vom Oktober 1949.

Da nur wenige Fotografen den ursprünglichen Fackelzug vom 11.10.1949 fotografiert hatten, wurde dieser kurz darauf noch einmal nachgestellt. Das Foto zeigt diesen reinszenierten Fackelzug auf dem August-Bebel-Platz in Berlin.

#### Demonstration gegen die Notstandsgesetzgebung in Düsseldorf.

Foto vom 15. Mai 1968.

An diesem Tag fand im Bundestag in Bonn die zweite Lesung über die Notstandsgesetzgebung statt. Zuvor hatte der Deutsche Bundestag am 30.05.1968 trotz heftiger Proteste der Gewerkschaften und vor allem der Studentenbewegung die Notstandsgesetze verabschiedet, durch die das Grundgesetz geändert wurde. Die Notstandsgesetzgebung regelt, wie der Staat im Falle einer Notsituation reagieren soll und sieht unter anderem besondere Befugnisse hinsichtlich des Einsatzes der Streitkräfte vor, zudem konnten bestimmte Grundrechte im Notfall vorübergehend eingeschränkt werden.



#### Feier zur deutschen Einheit in Berlin.

Foto vom 3. Oktober 1990.

Rund eine Million Menschen feierten in der Nacht zum 3. Oktober 1990 in Berlin wie hier vor dem Reichstagsgebäude die deutsche Einheit. Die Deutschen sind mit dem 3. Oktober 1990 45 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges wieder in einem souveränen Staat vereint. Die DDR ist an diesem Tag dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten und existiert nicht mehr. Der 3. Oktober wird seither als nationaler Feiertag („Tag der Deutschen Einheit“) begangen.

# 5 Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa erschien es fraglich, ob auf deutschem Boden eine stabile freiheitlich-parlamentarische Demokratie mit einer pluralistischen Gesellschaft entstehen könnte. Die Bedingungen für den Neubeginn gaben die Alliierten vor. Die von ihnen in ihren Besatzungszonen durchgeführten Maßnahmen führten im beginnenden Kalten Krieg bald zu einer Auseinanderentwicklung, schließlich zur Teilung Deutschlands, und ließ zwei politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich unterschiedliche Systeme entstehen.

Die folgenden Jahre waren geprägt von ideologischen und politischen Auseinandersetzungen. Die beiden Teilstaaten Bundesrepublik und DDR beanspruchten jeder für sich seine Überlegenheit gegenüber dem anderen. Zu Beginn der 1980er-Jahre formierte sich in der DDR eine Oppositionsbewegung. Ihr Wirken mündete in die Friedliche Revolution von 1989, den Mauerfall, die Überwindung der SED-Diktatur und schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands.

- ▶ Tragen Sie Ihre Kenntnisse zu folgenden Grundlegenden Daten und Begriffen zusammen: Grundgesetz, 1949 Gründung der beiden deutschen Staaten, Deutsche Frage, Kalter Krieg, ab 1989/90 Umbruch im Ostblock, 9. November 1989 Öffnung der Berliner Mauer, 3. Oktober 1990 „Tag der Deutschen Einheit“.
- ▶ Analysieren Sie die Bilder. Welche zentralen Frage- und Problemstellungen der deutsch-deutschen Geschichte werden durch die Bilder deutlich?

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie können:

... zentrale Aspekte der Gründung beider deutscher Staaten erfassen und vergleichen.

... deren Selbstverständnis erfassen und jeweils dessen Verhältnis zur Verfassungswirklichkeit überprüfen.

... den repressiven Charakter der DDR sowie den freiheitlich-demokratischen Charakter der Bundesrepublik erkennen.

... die wirtschaftliche Entwicklung vergleichen und deren Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse untersuchen.

... den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Systemakzeptanz beurteilen.

... den Umgang mit gesellschaftlich-politischem Protest vergleichen und bewerten.

... die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für die friedliche Revolution in der DDR und für den Prozess der Wiedervereinigung beurteilen.

... sich mit der Verfassungsdiskussion zur Deutschen Einheit auseinandersetzen.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

So wie die westlichen Staaten unter Führung der USA und die Staaten des Warschauer Pakts unter Führung der Sowjetunion insgesamt waren die beiden deutschen Staaten von Anfang an erbitterte Konkurrenten. Beide bezeichneten sich als Demokratien und beide nahmen für sich in Anspruch, ein gleichermaßen leistungsfähiges wie gerechtes Wirtschafts- und Sozialsystem zu haben.

In diesem Kapitel setzen Sie sich mit wesentlichen Problemstellungen der deutsch-deutschen Geschichte auseinander. Folgende übergeordnete Fragen werden Sie dabei begleiten:

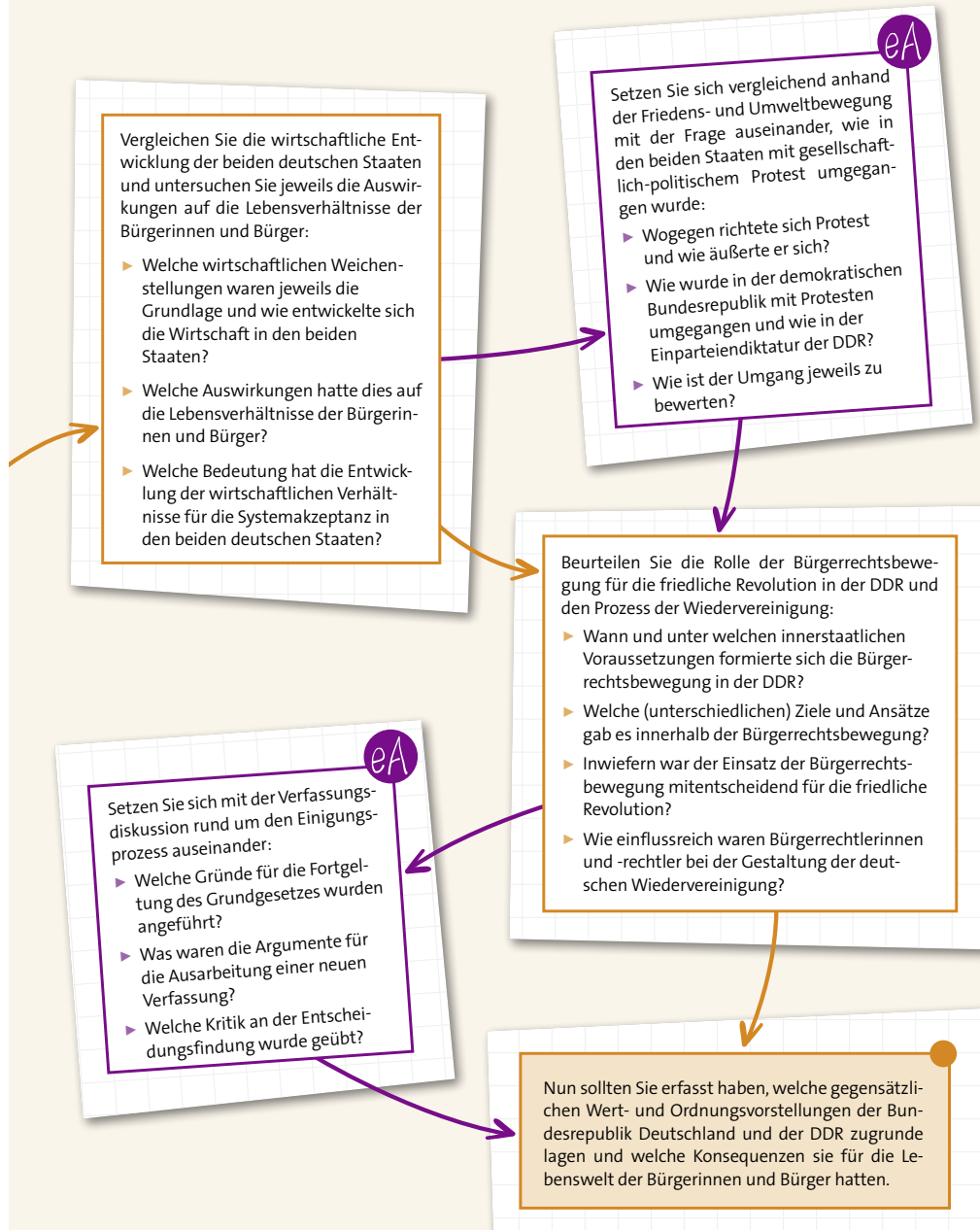
- ▶ Welche weltanschauliche Orientierung lag den jeweiligen politischen Systemen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zugrunde?
- ▶ Welche Auswirkungen hatte die jeweilige weltanschauliche Orientierung auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger?
- ▶ Wie kam es zur deutschen Wiedervereinigung?

Untersuchen Sie vergleichend zentrale Aspekte der Gründung beider deutscher Staaten sowie deren Selbstverständnis:

- ▶ Wie entwickelten sich die drei „westlichen“ Besatzungszonen und die sowjetische Besatzungszone bis 1949?
- ▶ Inwiefern wirkte sich der entstehende Ost-West-Gegensatz auf Deutschland aus?
- ▶ Wie verlief die Gründung der beiden deutschen Staaten?
- ▶ In welchem Verhältnis standen die Bundesrepublik Deutschland zu den westlichen Alliierten bzw. die DDR zur Sowjetunion?

Überprüfen Sie das jeweilige Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten anhand der Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR:

- ▶ Welche unterschiedlichen Konzepte und Prinzipien lagen den beiden Verfassungen zugrunde?
- ▶ Inwieweit entsprechen sich Verfassung und Verfassungswirklichkeit jeweils?
- ▶ Wie wurde in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR mit Kritik am Staat und mit Widerstand umgegangen?





## Vorwissen aktivieren: Deutsche Teilung

A

a

Revolution in vielen Staaten des sowjetischen Machtbereichs (Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien und der DDR) mit dem Ziel der Abschaffung von Einparteienherrschaft und Planwirtschaft zugunsten einer parlamentarischen Demokratie und einer Marktwirtschaft. Diese wurden durch die Reformpolitik Michail Gorbatschows in der UdSSR (vgl. Glasnost und Perestroika) begünstigt.

b

Einrichtung eines „Ministeriums für Staatssicherheit“ in der DDR

d

Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Rahmen der Politik einer konsequenten Westintegration durch deren ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer im Kalten Krieg

c

Ausbau der bestehenden Grenzbefestigungen zwischen DDR und der Bundesrepublik Deutschland sowie durch den Mauerbau in Berlin zu einer undurchdringbaren Grenzanlage durch die DDR-Führung mit dem Ziel, die Abwanderung ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Westen zu stoppen.

f

Gründung der beiden deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland (BRD) und Deutsche Demokratische Republik (DDR)

e

Vollzug der Deutschen Einheit durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, seither als „Tag der Deutschen Einheit“ deutscher Nationalfeiertag

g

Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik und einer sozialistischen Planwirtschaft in der DDR

h

Aufstand von Bürgerinnen und Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik gegen das SED-Regime am 17. Juni

i

Öffnung der innerdeutschen Grenze und Fall der Mauer

j

Anwerbung von „Gastarbeitern“ zur Behebung des Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik in der Phase des „Wirtschaftswunders“

k

Mitgliedschaft von Bundesrepublik und DDR in der UNO im Gefolge der Neuen Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Brandt

1. Bringen Sie die Ereignisse in die richtige chronologische Reihenfolge.



33000419

Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.



B

Weimarer Reichsverfassung	Grundgesetz

plebiszitäre Elemente • Verfassungsgericht • Wahl des Kanzlers durch das Parlament • Sperrklausel • destruktives Misstrauensvotum • konstruktives Misstrauensvotum • schwache Stellung des Kanzlers • Direktwahl des Staatsoberhauptes • Notverordnungen • wehrhafte Demokratie • Ewigkeitsklausel

2. Ordnen Sie der Weimarer Reichsverfassung bzw. dem Grundgesetz zu.



C

a

Die Protestaktionen konzentrierten sich weitestgehend auf das Jahr 1968.

b

Großen Widerstand gab es in der Bundesrepublik auch gegen die Notstandsgesetze. Diese sollten im Falle eines inneren und äußeren Notstandes die Handlungsfähigkeit der Regierung sichern, indem sie die Einschränkung von Grundrechten erlaubten.

c

Die Protestaktionen richteten sich gegen die bestehende sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt.

d

Bei Demonstrationen gegen den Besuch des Schahs von Persien wurde der Studentenführer Rudi Dutschke erschossen.

f

Die Proteste gegen den Vietnamkrieg richteten sich nicht nur grundlegend gegen die Beteiligung der USA, sondern auch gegen den Präsidenten des kommunistischen Nordvietnam, Ho Chi Minh mit dessen Ziel, den südlichen Landesteil unter seine Kontrolle zu bringen.

e

1968 beendeten Truppen des Warschauer Pakts die Reformregierung in Ungarn.

g

Eine der längerfristigen Folgen der „68er-Bewegung“ war die Entstehung der Friedens-, Emanzipations- und Umweltbewegung.

3. Sind die Aussagen zur „68er-Bewegung“ richtig oder falsch? Begründen Sie Ihre Auswahl der Antworten.



Lösung

## 5.1 Zwei Systeme – zwei Staaten im Kalten Krieg

Deutschland hatte unter dem menschenverachtenden NS-Regime den Zweiten Weltkrieg zu verantworten, der mit der bedingungslosen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 endete. Der Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland, das nach dem Krieg in vier Besatzungszonen aufgeteilt wurde, hatte die Siegermächte noch geeint. Doch die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den drei Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich nahmen zu. 1949 wurden dann zwei deutsche Staaten mit zwei unterschiedlichen Verfassungssystemen gegründet.



Eine Vorlage für die tabellarische Übersicht bietet Mediencode 32072-501



Links für die Recherche zu den Staatsgründungen bietet Mediencode 32072-502

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 8./9. Mai bedingungslose Kapitulation
- ▶ Kalter Krieg
- ▶ Grundgesetz
- ▶ Adenauer
- ▶ Deutsche Frage
- ▶ 1949 Gründung der beiden deutschen Staaten
- ▶ Soziale Marktwirtschaft
- ▶ „Staatssicherheit“
- ▶ 17. Juni Aufstand in der DDR gegen das SED-Regime
- ▶ NATO
- ▶ Westintegration

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mittels der folgenden Arbeitsaufträge mit der Gründung der beiden deutschen Staaten im Kontext des Kalten Kriegs, ihrer Verfassung sowie der jeweiligen Verfassungswirklichkeit auseinander. Halten Sie Ihre Ergebnisse im Rahmen einer **tabellarischen Gegenüberstellung** fest.

1. a) Recherchieren Sie arbeitsteilig mittels der **INFO 1–4** oder online zentrale Aspekte der Gründung der Bundesrepublik und der DDR. Berücksichtigen Sie dabei insbesondere auch folgende (Grundlegenden) Daten und Begriffe: Bizone/Trizone – Berlinblockade – Frankfurter Dokumente (s. auch **M3**) – Grundgesetz – Kalter Krieg – NATO – Westintegration
- b) Vergleichen Sie die beiden Staatsgründungen miteinander, indem Sie Ihre Ergebnisse austauschen und diese chronologisch geordnet einander gegenüberstellen.
- c) Beurteilen Sie die Rolle des Kalten Krieges für die Gründung der beiden deutschen Staaten.
2. Vergleichen Sie anhand von exemplarischen Auszügen die Verfassungen der beiden Staaten (**M6, M8**). Begründen Sie, um welche Staatsform es sich jeweils – zumindest in der Theorie – handelt.
3. Arbeiten Sie aus **M9** das jeweilige Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten heraus (Bundesrepublik: **M9 a**, DDR: **M9 b** oder **c**).
4. a) Überprüfen Sie das Selbstverständnis anhand der jeweiligen Verfassungswirklichkeit (Bundesrepublik: **M11 a** oder **b**, DDR: **M12 a** oder **b**).
- b) Bewerten Sie auf dieser Basis die tatsächlichen Wert- und Ordnungsvorstellungen, die den beiden deutschen Staaten zugrunde liegen.

### 5.1.1 Die „doppelte Staatsgründung“

#### INFO 1: Die Auseinanderentwicklung der Zonen

Als die Westmächte und die Sowjetunion in Deutschland nach dessen **bedingungsloser Kapitulation** am 8./9. Mai 1945 die Macht übernahmen, prallten nicht nur zwei gegensätzliche ideologische Systeme aufeinander – einerseits die repräsentative Demokratie, andererseits die kommunistische Diktatur –, sondern auch verschiedene Vorstellungen von der künftigen Machtverteilung in Europa.

Auf der Potsdamer Konferenz ab Juli 1945 gelang es den Alliierten, für die Verwaltung Deutschlands gemeinsame Besatzungsziele und Strukturen festzulegen. Auf diese Weise konnte der Alliierte Kontrollrat, das höchste Viermächte-Gremium, noch bis

1946 gemeinsame Entscheidungen fällen. Allerdings interpretierte man z. B. Schlag-  
 10 worte wie „Demokratisierung“ grundverschieden. Zudem behielten sich die „Großen  
 Drei“ und das später in den Kreis der Besatzungsmächte aufgenommene Frankreich  
 in ihrer Besatzungszone völlige Handlungsfreiheit vor, solange hiervon nicht die Vier-  
 mächteverantwortung für „Deutschland als Ganzes“ betroffen war.

Insbesondere die USA verfolgten das Ziel, die Deutschen durch eine schrittweise und  
 15 „von unten“ durchgeführte Wiederbelebung demokratischer Strukturen umzuerzie-  
 hen. Auf Kommunal- und Länderebene setzten sie vor allem in den ersten Monaten  
 Deutsche ein, die vor 1933 aktive Demokraten gewesen waren – und entließen sie  
 auch wieder, wenn sie Erwartungen der Besatzungsmächte nicht erfüllten.

Im Gegensatz dazu setzten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) schon vor  
 20 Kriessende aus dem Moskauer Exil zurückgekehrte Gruppen deutscher Kommunis-  
 ten, u. a. unter Führung Walter Ulbrichts, Stalins Ideologie und Deutschland-Vorstel-  
 lungen um, wobei sie konkrete Anweisungen von der Sowjetischen Militäradministra-  
 tion (SMAD) erhielten:

- Ausschaltung einer sozialdemokratischen oder bürgerlichen Opposition und Be-  
 25 setzung der Schaltstellen durch Kommunisten.
- Zusammenschluss der Parteien aller politischen Schattierungen zur „Einheitsfront  
 der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Antifa-Block) unter Führung der  
 KPD.
- Ausschaltung der SPD als stärkster Konkurrentin der kleinen Kaderpartei KPD  
 30 durch die Zwangsvereinigung zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“  
 (SED).
- Bodenreform und rigorose Entnazifizierung: nicht nur zur Linderung der Not  
 35 Besitz- und Gesellschaftsstrukturen zu zerschlagen und einflussreiche Anti-  
 Kommunisten zu entmachten.

Innerhalb von nur rund zwei Jahren gelang es so fast unauffällig, gegen den Willen  
 der Bevölkerungsmehrheit, aber gestützt auf die allmächtige Zwangsgewalt der so-  
 wjetischen Besatzungsmacht, den Boden für eine erneute Diktatur zu bereiten.

Birgitta Helmstetter

- Bereits im Mai 1945 sagte Walter Ulbricht: „Es muss demokratisch aussehen,  
 aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Erläutern Sie, inwiefern diese  
 Devise umgesetzt wurde.



### INFO 2: Der Beginn des Kalten Krieges und die Kehrtwende der USA

Der sich immer deutlicher abzeichnende **Kalte Krieg** führte 1947 zu einer deutsch-  
 landpolitischen Kehrtwende der USA. Die Besatzungszonen der drei Westmächte  
 sollten zu einem nach westlichem Vorbild demokratischen West-Deutschland zusam-  
 mengeschlossen und – ganz im Sinne der eingeschlagenen weltweiten Containment-  
 5 Politik – wirtschaftlich prosperieren und damit die Front gegen die aggressive Außen-  
 politik Stalins stärken. Schon im September 1946 stellte US-Außenminister James F.  
 Byrnes, die Wiederherstellung eines demokratischen deutschen Staates in Aussicht.  
 Die Sowjetunion wurde dabei zumindest formal eingeladen, sich an einem neuen  
 deutschen Staat zu beteiligen. Sie lehnte die vorgesehenen Schritte der Staatsgrün-  
 10 dung aber ab. Mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der Westzonen zur Bizone



**M1 „Die deutschen siamesischen Zwillinge“**

Karikatur von Ernst Maria Lang vom 24. Februar 1948, erschienen in der Süddeutschen Zeitung

- ▶ Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur.
- ▶ Arbeiten Sie heraus, wie sich das Agieren der Alliierten für den in München lebenden Karikaturisten darstellte.



Eine schematische Darstellung zur Entstehung der beiden deutschen Staaten bietet Medien-code 32072-504

(Januar 1947) und dann zur Trizone (März 1948), der Aufnahme der Trizone in den Marshallplan (April 1948) und der Währungsreform (Juni 1948) wurde ein einheitlicher Wirtschaftsraum geschaffen, der bereits die Gestalt der späteren Bundesrepublik Deutschland vorwegnahm.

Die elfmonatige Blockade Westberlins wurde zum ersten Höhepunkt des Kalten Krieges. Stalin wollte damit nicht nur die Währungsreform und die Gründung eines Weststaates verhindern, sondern auch die Annexion ganz Berlins sowie die weltweite Demütigung der Westalliierten erreichen. Die USA und Großbritannien erkannten die globale Herausforderung hinter dieser Provokation und versorgten die Stadt über die Luftbrücke. Sie wurde nicht nur zu einem logistischen, sondern auch propagandistischen Triumph der Westalliierten.

Birgitta Helmstetter

**INFO 3: Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland**

Als auch die fünfte Außenministerkonferenz der Siegermächte mit einer gemeinsamen Deutschlandpolitik scheiterte, fand im Februar und Juni 1948 in London die Sechs-Mächte-Konferenz der westlichen Besatzungsmächte sowie der Benelux-Staaten statt, auf der diese die Grundsätze für einen demokratischen deutschen Weststaat

diskutierten und festlegten. Die Sowjetunion war nicht mehr eingeladen. Die „Londoner Empfehlungen“ wurden am 1. Juli 1948 als „Frankfurter Dokumente“ den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder übergeben. Sie enthielten u. a. den Auftrag, eine Verfassung für einen zu gründenden westdeutschen Staat auszuarbeiten.

Dies erfolgte dann in zwei Phasen: Auf dem vorbereitenden Verfassungskonvent von Herrenchiemsee wurden von Experten die Verfassungsprinzipien diskutiert und skizziert. Der Parlamentarische Rat, bestehend aus 65 Landtagsabgeordneten, vollendete die Arbeit. Nach mehreren Schritten – Abstimmung, Ratifizierung, Genehmigung durch die Alliierten, Unterzeichnung – entstand mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes<sup>1</sup> am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland, das „neue Deutschland“, wie es der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad Adenauer, in einer Rede bezeichnete. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag am 14. August 1949 ergaben eine Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unter Adenauer als erstem Bundeskanzler. Regierungssitz – bewusst nicht Hauptstadt – wurde Bonn.

Souverän war der neue Staat allerdings noch nicht. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Bundeskanzlers war die Entgegennahme des Besatzungsstatuts, das u. a. die Vorbehaltsrechte der Alliierten festsetzte. Außerhalb der Befugnisse der Bundesregierung lagen z. B. die Außenpolitik und der Außenhandel, die Kontrolle des Ruhrgebiets, der Reparationen und der Entmilitarisierung.

<sup>1</sup> Grundgesetz: Bezeichnung für die seit 1949 gültige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Der Begriff sollte zunächst kenntlich machen, dass es sich nur um eine Übergangslösung bis zur Wiedervereinigung Deutschlands handelt, wurde aber nach 1990 beibehalten.

Der Prozess der Staatswerdung seit der Übergabe der Frankfurter Dokumente war ohne unmittelbare politische Beteiligung der Bevölkerung vonstattengegangen, die Schlagzeilen der Zeitungen beherrschte der zeitgleich stattfindende Kampf um das von der Sowjetunion eingeschlossene West-Berlin. Als Stalin die Blockade aufhob, hatte er weder die Staatsgründung verhindern noch die Westalliierten demütigen können. Sein offen menschenverachtendes Vorgehen hatte vielen Menschen die Augen geöffnet und die Westmächte von bevormundenden Besatzern zu beschützenden Alliierten auch der Deutschen werden lassen. Es gab allerdings auch Kritik und Enttäuschung über die nun vollzogene Teilung Deutschlands und die offene **Deutsche Frage**.

Birgitta Helmstetter

#### INFO 4: Die Entstehung der DDR

Stalin erlaubte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) erst Monate nach der Bundesrepublik, denn so konnte er die Schuld für die Teilung Deutschlands allein dem Westen anlasten. Vorbereitet war die Gründung der DDR allerdings schon seit längerer Zeit. So genannte Volkskongresse sollten ab Dezember 1947 die Rolle von „gesamtdeutschen Vorparlamenten“ spielen und ein Festhalten an der Einheit vortäuschen, da in ihnen rund ein Viertel der Delegierten aus den Westzonen kam. Gleichzeitig – und im Widerspruch zum erstrebten Eindruck – eröffnete der daraus hervorgehende Erste Deutsche Volksrat den Weg, bereits eine Verfassung zu erarbeiten, die Staatsstruktur und den Wahlmodus festzulegen – und damit die Staatsgründung vorzubereiten.

Die Präambel der Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“, aber auch schon der Wortbestandteil „Volk“ im Namen der vielen Kongresse und Gremien erhoben einen betont demokratischen Anspruch. Doch bestanden all diese Gremien zu etwa zwei Dritteln aus von Moskau instruierten und abhängigen Kommunistinnen und Kommunisten, und die Wahlen zum dritten Volkskongress – der einzigen Legitimation aller weiteren Staatsorgane und Ämter durch das Volk – waren unfrei, manipuliert und gefälscht. Als am 7. Oktober 1949 die Provisorische Volkskammer die Verfassung in Kraft setzte, was gleichzeitig die Gründung der DDR darstellte, war eine Scheindemokratie entstanden.

Die **Gründung der beiden deutschen Staaten** im Jahr 1949 war eine Folge des wachsenden Gegensatzes der westlichen Siegermächte unter Führung der USA und der Sowjetunion, der Entstehung zweier „Lebensweisen“ bzw. „Lager“ – nicht nur einfach mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Interessen, sondern mit der festen Überzeugung, die eigene Seite sei ausschließlich förderlich für die Welt und das Schicksal der Menschen, während der Gegenseite nur negative Absichten und schädliche Einflüsse zugeschrieben wurden. Diese Grundhaltung machte Kompromisse oder Kooperation nahezu unmöglich. Die Frontlinie dieses **Kalten Krieges** verlief mitten durch Deutschland, in Berlin mitten durch die Stadt.

Birgitta Helmstetter

- ▶ Die Sowjetunion und ostdeutsche Politiker gaben den Westmächten die Schuld am Auseinanderbrechen Deutschlands. Nehmen Sie dazu Stellung.



### M2 Ausdehnung des sowjetischen Herrschaftsbereichs

Die „Eingliederungen“ geschahen im Einvernehmen mit den westlichen Alliierten.

Die „Volksdemokratien“ entstanden, indem unter dem Druck der Sowjetunion nach dem Krieg als liberal-pluralistische Demokratien wiedergegründete Staaten zwangsweise kommunistisch umgestaltet und zu Satellitenstaaten wurden.



1. Beschreiben Sie die Entwicklung des sowjetischen Herrschafts- und Einflussbereichs.
2. Diskutieren Sie mögliche ideologische und strategische Ziele, die sich dahinter vermuten lassen.
3. Charakterisieren Sie die besondere Situation „Deutschlands“ nach 1945 und beurteilen Sie die Folgen dieser.





### M3 Der Anstoß zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland – die „Frankfurter Dokumente“ 1948

Nachdem im Frühjahr 1948 unter den Westalliierten die Entscheidung für einen westdeutschen Staat gefallen und auch von den Benelux-Staaten bestätigt worden war, gaben die am 1. Juli 1948 übergebenen „Frankfurter Dokumenten“ Auskunft darüber, wie der neue Staat errichtet werden sollte:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren<sup>1</sup> die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. [...]

Die verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wiederherzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassunggebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung<sup>2</sup> genehmigen. Die Verfassunggebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum<sup>3</sup>, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils zunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. [...]

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/de49/frankfurterdokumente48.htm> [Zugriff: 05.12.2023]

1. Arbeiten Sie die Prinzipien und Werte heraus, die für den neuen Staat gelten sollen.
2. Erschließen Sie sich die Haltung der Alliierten (Militärgouverneure) gegenüber den deutschen „Staatsgründern“.
3. Analysieren und interpretieren Sie M5 im Hinblick darauf, welche Haltung das neue Regierungsoberhaupt gegenüber den Alliierten einnahm.

<sup>1</sup> **autorisieren:** bevollmächtigen, Erlaubnis geben

<sup>2</sup> **Ratifizierung:** Unterzeichnung durch die Sie in Kraft tritt

<sup>3</sup> **Referendum:** Volksabstimmung

### M4 Antrittsbesuch des Bundeskanzlers

Konrad Adenauer trifft auf die Vertreter der Alliierten  
Foto vom 21. September 1949



▶ Interpretieren Sie das Foto.



Nähere Bildinformationen  
bietet Mediencode 31000-422



### M5 „Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf ...“

Das folgende Sitzungsprotokoll des Parteivorstands der SED vom 4. Oktober 1949 wurde erst 1989 zugänglich:

„Gerhart Eisler (Berlin): (empfiehlt die Durchführung einer gewaltigen Kundgebung anlässlich der Bildung einer provisorischen Regierung).

So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung der Massen stützen. Das sollten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: Wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.

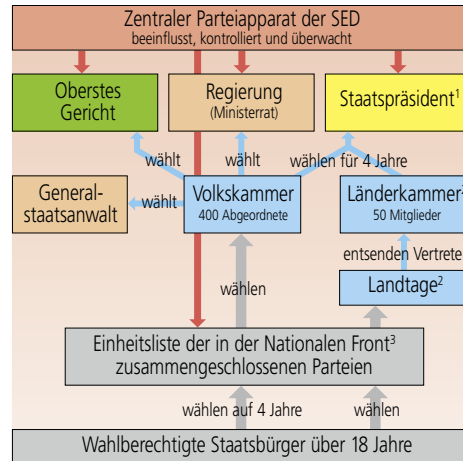
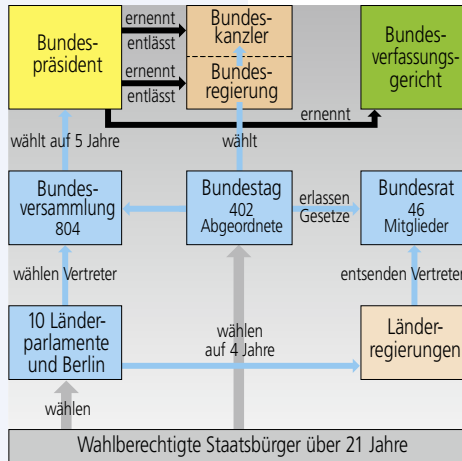
(Walter Ulbricht: Das haben einige noch nicht verstanden!) – Daher müssen wir ihnen zeigen, dass die Massen bei uns sind, wenn wir eine Regierung bilden, jene Massen, die wollen, dass sie an der Regierung sind, und die sehr ungehalten gegen jene Leute sind, die das verhindern wollen. (Beifall)“

Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39. Jahrgang 1991, Heft 1, S. 161

▶ Charakterisieren Sie das im Sitzungsprotokoll zum Ausdruck kommende Staatsverständnis.



### 5.1.2 Selbstverständnis und Verfassungswirklichkeit



**M 6 Die Verfassungsordnungen der Bundesrepublik und der DDR 1949**

links: Politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland 1949  
rechts: Politische Ordnung der DDR 1949

- ▶ Analysieren Sie die beiden Verfassungsschaubilder.
- ▶ Nehmen Sie davon ausgehend begründet Stellung, um welche Staatsform es sich jeweils handelt.

#### INFO 5: Verfassungen und Verfassungswirklichkeit

Fast alle deutschen Frauen und Männer, die ab 1945 die Geschicke der beiden entstehenden Staaten mitbestimmten, waren von ähnlichen Erfahrungen geprägt: dem „Scheitern der Weimarer Republik“ sowie der freiheits- und menschenverachtenden Diktatur der Nationalsozialisten, deren Opfer viele von ihnen geworden waren. Zusammen mit allen neu gegründeten Parteien – von der CDU bis zur KPD – teilten sie dieselbe Überzeugung: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Aufgrund gegensätzlicher Weltanschauungen zogen sie als Politiker daraus jedoch verschiedene Schlussfolgerungen. Als Demokraten verstanden sie sich alle.

Die Mütter und Väter des **Grundgesetzes** gehörten überwiegend Parteien an, deren Vorläufer die Weimarer Republik mitgetragen und mitgestaltet hatten. Aus diesem Geiste heraus interpretierten sie den Auftrag der Westalliierten zur Bildung eines demokratischen Teilstaates, indem sie die „gescheiterte“ parlamentarische Weimarer Demokratie zu verbessern suchten. Ihre Verfassungsideale waren nach dem Vorbild der westlichen Demokratien u. a.:

- Schutz der Menschenwürde als „unantastbar“ durch Grundrechte (Menschen- und Bürgerrechte), die als unmittelbares Recht gelten und deren Wesensgehalt auch durch Gesetze nicht verändert werden darf;
- Grundrecht auf Privateigentum und **soziale Marktwirtschaft**;
- absoluter Bestandsschutz der Grundprinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, Föderalismus, Gewaltenteilung, einschließlich Unabhängigkeit der Justiz;
- politischer wie gesellschaftlicher Pluralismus;

<sup>1</sup> 1960 ersetzt durch Staatsrat; dessen Vorsitzender war Vorsitzender der SED

<sup>2</sup> 1952 Länder und Landtage aufgelöst; 1958 Länderkammer aufgelöst

<sup>3</sup> erzwungener Zusammenschluss von Parteien und Massenorganisationen unter Führung der SED

- Aufwertung der Rolle der Parteien im politischen Willensbildungsprozess;
  - allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlen;
- 25 • wehrhafte Demokratie mit der Möglichkeit, Organisationen und Parteien zu verbieten, die die o.g. Grundprinzipien der Verfassung nicht akzeptieren und gefährden;
- Einschränkung der plebiszitären Mitwirkungsrechte;
  - Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung bzw. Kanzler durch Schwächung des Staatsoberhauptes.
- 30 Die Situation der DDR war entscheidend davon geprägt, dass sie ein Vasall der kommunistischen Sowjetunion unter Diktator Josef Stalin war. Hinzu kam jedoch die negative Erinnerung der deutschen Kommunisten an das als Verrat empfundene Bündnis der Sozialdemokratie mit Militär und Bürokratie des Kaiserreichs gegen die Kommunisten während und nach der Revolution von 1918. Sie wollten mit dreißigjähriger „Verspätung“ das „bessere Deutschland“ gestalten. Ziele und Methoden zu deren Erreichung waren:
- eine „Volksdemokratie“ der „Werktätigen“, der Arbeiter und Bauern; die Entmachtung des Bürgertums und der traditionellen Eliten;
  - sozialistische Chancen-, Leistungs- und egalitäre Gleichheit für alle Schichten und beide Geschlechter;
  - staatliche Planwirtschaft, Kollektivierung der Landwirtschaft, von Gewerbe, Industrie und Banken
  - Umerziehung der Bürger zum „sozialistischen Menschen“, der diese gesellschaftliche Umwälzung rückhaltlos bejaht;
- 45 • Sicherung des sozialistischen Systems durch unumstößlichen Vorrang der Kommunisten bzw. der SED in Staat und Gesellschaft in einer faktischen Einparteiendiktatur;
- Ablehnung von Meinungs- und Parteienpluralismus und einer vom Willen der SED unabhängigen Opposition;
- 50 • Lenkung von Wahlen durch Festlegung der Sitzverteilungen auf „Einheitslisten“ vor den Wahlen, Manipulation und Fälschung von Wahlen;
- Keine Aufteilung der Staatsgewalt, an Weisungen der SED gebundene Justiz;
  - Willkür von Polizei und „Staatssicherheit“.

In der Verfassung von 1968 erklärte sich die DDR unmissverständlich zur „politische[n] Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei [SED] den Sozialismus verwirklichen.“

Birgitta Helmstetter

1. Vergleichen und bewerten Sie die Verfassungsideale.
2. Überprüfen Sie, welche der genannten Grundsätze Sie im jeweiligen Verfassungsschema (M6) nachweisen können. Erläutern Sie auf der Grundlage ihrer Analyse die Begriffe „Verfassungsnorm“ und „Verfassungswirklichkeit“.
3. Das 1949 verabschiedete Verfassungskonzept der Bundesrepublik wurde in den Jahrzehnten danach zum Vorbild für viele Staaten, die nach Bürgerkrieg oder Diktatur eine stabile Demokratie aufbauen wollten. Erklären Sie dies.





Erläuterungen zur  
„Spiegel-Affäre“ bietet  
Mediencode 32072-512

### INFO 6: Verfassungen auf dem Prüfstand: Umgang mit Gegenmeinungen und Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik stellt an sich selbst den hohen Anspruch, ihren Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung alle Freiheiten uneingeschränkt zu gewähren und sie vor staatlicher Willkür zu schützen. In den ersten Jahrzehnten taten sich jedoch viele Entscheidungsträger – allen voran Bundeskanzler Konrad Adenauer – schwer damit, den seit dem Kaiserreich vorherrschenden autoritären Stil aufzugeben. Dass nach wenigen Jahren halbherziger Entnazifizierung viele ehemalige Nationalsozialisten in hohe Ämter zurückkehrten, tat ein Übriges.

Eine auch jenseits von Wahlen politisch aktive Zivilgesellschaft entstand erst langsam wieder – die meisten Menschen waren vorwiegend mit dem Wiederaufbau ihrer Existenz beschäftigt.

Zwei Auseinandersetzungen der Adenauer-Ära wurden jedoch gleichermaßen heftig im Bundestag wie in der Bevölkerung geführt: der Streit um die Wiederbewaffnung (ca. 1949–1955) und der Protest gegen die „Spiegel-Affäre“ 1962. Ersterer wurde im Nachkriegsdeutschland als zentrale Weichenstellung empfunden, das zweite als Angriff auf die Demokratie – und ein breites gesellschaftliches Bündnis mit hunderten Teilnehmenden wehrte sich mit Massendemonstrationen, Mahnwachen, öffentlichen Erklärungen und Diskussionen. Bei der Wiederbewaffnungs-Debatte setzte sich Bundeskanzler Adenauer noch durch – u. a. durch ein rigoroses Vorgehen gegen Kritiker. Doch die Spiegel-Affäre führte zur Regierungskrise, die erst durch den Rücktritt mehrerer Regierungsmitglieder und Adenauers Rückzug aus der Politik beendet wurde. Sie führte jedoch nicht zur Staatskrise, denn indem eine kritische Öffentlichkeit ihre Rechte im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung wahrnahm, stärkte sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit die Basis der Bundesrepublik auch gegen Übergriffe aus den höchsten Ämtern.

Birgitta Helmstetter

► Erläutern Sie, wie die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Verfassungsanspruch kämpfte – letztlich jedoch ihren Idealen gerecht wurde.



### INFO 7: Verfassungen auf dem Prüfstand: Umgang mit Gegenmeinungen und Widerstand in der DDR

In der DDR waren demokratische Freiheits- und Mitwirkungsrechte sowie der Schutz vor staatlicher Unterdrückung an die Zustimmung zur Ideologie des Sozialismus geknüpft, wobei die SED dies mit dem Ziel begründete, Arbeiter und Bauern aus ihrer historisch gewachsenen Abhängigkeit zu befreien.

Der landesweite **Aufstand gegen das SED-Regime** vom **17. Juni 1953**, der innerhalb weniger Stunden ca. eine Million Demonstrierende mobilisierte, zerstörte die bisherige Selbsttäuschung der SED: Diese hatte nach 1945 geglaubt, es sei primär nötig, die politische Konkurrenz z. B. bürgerlicher oder nationalkonservativer Parteien auszuschalten, z. B. indem sie diesen die Möglichkeit raubte, gesellschaftliche Alternativvorstellungen zu entwickeln oder eine effiziente Opposition aufzubauen. Die Aufständischen von 1953 waren jedoch mehrheitlich „Werktätige“, gehörten also zu der Bevölkerungsschicht, die die SED zu vertreten meinte – und ihre immer grundsätzlicheren Forderungen gipfelten im Ziel der Wiedervereinigung unter einem westlichen Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftssystem. Die Fassade der „kommunistischen Volksdemokratie“ DDR brach nicht nur dadurch zusammen – sondern auch, weil die SED-Führung die Sowjetunion zu Hilfe rief, die mit der Ausrufung des Kriegsrechts und durch Panzerreinsatz den Aufstand niederschlug. Zum Zwecke des reinen Machterhalts wendete

sich die SED gewaltsam gegen die eigenen Bürger, was sie vergeblich mit der Propagandalüge eines vom Westen unterstützten „faschistischen Putschversuchs“ zu verschleiern suchte.

Nach diesem Schock perfektionierte die SED den vorhandenen Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparat der „Staatsicherheit“ („Stasi“), um künftig jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Sie galt als „Schild und Schwert der Partei“, das sich nun proaktiv gegen alle DDR-Bürger richtete: Ein riesiges, engmaschiges Netz aus 90 000 festen Stasi-Mitarbeitern und doppelt so vielen Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) erfasste jedes Wohn- und Arbeitsumfeld, alle Vereine, Gruppen, Familien – und produzierte über 110 Kilometer Überwachungsakten. Niemand konnte ihm entgehen. Gejang es, Andersdenkende, Kritiker oder auch nur Ausreisewillige bzw. Unzufriedene zu identifizieren, wurden sie ausspioniert, diffamiert, unterwandert, erpresst, verhaftet und eingesperrt. Die Stasi – bezogen auf die Bevölkerungszahl der größte Geheimdienst der Welt – wurde zum brutalen Werkzeug des Machterhalts. Genau diese Unterdrückung machte die DDR jedoch für viele ihrer Bürger zu einem Staat, in dem sie nicht leben wollten. Sie „stimmten mit den Füßen ab“ und verließen ihre Heimat Richtung Westen. Aber auch diese Form der Meinungsäußerung und Kritik konnte die DDR-Führung nicht dulden, denn der „Brain drain“ wurde zur Bedrohung für die geschwächte Planwirtschaft und war eine anhaltende Demütigung im Kalten Krieg. Die SED-Führung erwirkte von der Sowjetunion die Zustimmung zum Bau einer Mauer um Westberlin sowie zwischen den beiden deutschen Staaten, die sie in bereits bekannter Weise als „antifaschistischen Schutzwall“ gegen angebliche westliche Angriffe zu rechtfertigen versuchte. Von 1961 bis zum 9. November 1989 hielten insgesamt 1539 Kilometern fast undurchdringliche Sperranlagen die Ostdeutschen in den wenigen Ländern des Ostblocks fest – und vergrößerten ihre Unzufriedenheit.

Birgitta Helmstetter

- Die Kommunistin Rosa Luxemburg kämpfte während der Novemberrevolution 1918 mit dem Satz „Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden“ für die Diktatur des Proletariats. Erörtern Sie am Beispiel der DDR, ob es sich dabei um einen Widerspruch in sich handelt.



### M7 Feierlichkeiten in Berlin zum 25. Jahrestag des Mauerbaus

Foto vom 13. August 1986  
Der Jahrestag des Mauerbaus wurde in regelmäßigen Abständen und unter Anwesenheit der Partei- und Staatsführung feierlich begangen.

- Erklären Sie, warum es die Staatsführung für notwendig hielt, so öffentlich an den Bau der Mauer zu erinnern.



### M 8 Verfassungsziele

#### a) Die Präambel des Grundgesetzes von 1949 (23. Mai 1949):

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk [...] kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/de49/gg49-55-i.htm> [22.11.2023]

#### b) Die Präambel der Verfassung der DDR von 1949 (07. Oktober 1949):

Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit anderen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben.

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/ddr/verf49-i.htm> [22.11.2023]

1. Vergleichen Sie die beiden Präambeln.
2. Beurteilen Sie begründet, um welche Staatsform es sich gemäß der Präambel jeweils handelt bzw. welche Staatsform suggeriert wird.



### M 9 Grundrechte im Grundgesetz und in der Verfassung der DDR

#### a) Auszüge aus den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Grundrechten:

##### Artikel 1

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

[...]

##### Artikel 2

(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. [...]

##### Artikel 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/gg/index.htm> [Zugriff: 01.12.2023]

#### b) Auszüge aus den Grundrechten und Grundpflichten in der Verfassung der DDR:

##### Artikel 19 a)

(1) Die Deutsche Demokratische Republik garantiert allen Bürgern die Ausübung ihrer Rechte und ihre Mitwirkung an der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie gewährleistet die sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit.

(2) Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit sind Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger.

[...]

##### Artikel 21

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. [...]

(2) Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ist dadurch gewährleistet, dass die Bürger alle Machtorgane demokratisch wählen, an ihrer Tätigkeit und an der Planung, Leitung und Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens mitwirken; [...]

##### Artikel 27

(1) Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. [...]

(2) Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/ddr/verf68-i.htm> [Zugriff: 01.12.2023]





1. Vergleichen Sie die beiden Auszüge. Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede lassen sich feststellen?
2. Erschließen Sie jeweils das dahinterstehende Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten.



### M10 Selbstverständnis von Bundesrepublik und DDR

#### a) Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer vor dem Deutschen Bundestag vom 20. September 1949:

Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des nationalsozialistischen Reichs, ist groß. Zwar müssen wir uns immer bewusst sein, dass Deutschland und das deutsche Volk noch nicht frei sind, dass es noch nicht gleichberechtigt neben den anderen Völkern steht, dass es – und das ist besonders schmerzlich – in zwei Teile zerrissen ist. Aber wir erfreuen uns doch einer wenigstens relativen staatlichen Freiheit. [...] Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit [...] sind so kostbar, dass wir [...] uns darüber freuen müssen, das wir diese Persönlichkeitsrechte wieder besitzen [...]

Wir sind entschlossen, alles zu tun, was in unserer Kraft steht, um den [...] Weg zur Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu gehen.

Zitiert nach: <https://www.konrad-adenauer.de/seite/20-september-1949-regierungserklaerung-des-bundeskanzlers-vor-dem-deutschen-bundestag/> [Zugriff: 01.12.2023]

#### b) „Warum gibt es in der DDR keine Opposition?“

Unter dieser Überschrift erscheint am 17. Mai 1957 in der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ der folgende Artikel mit dem Zusatz „Wähler fragen – wir antworten“:

Manche Bürger fragen, warum es bei uns keine Opposition gibt, und meinen, zu einer richtigen Demokratie gehöre doch auch eine Opposition. Demokratie herrscht aber nicht dort, wo verschiedene Parteien gegeneinander auftreten, wo die Kraft der Arbeiterklasse gespalten ist und eine Opposition besteht. Im Gegenteil, [...] Opposition ist nur der Beweis dafür, dass die Volksmassen gegen die herrschende Klasse für ihr Recht kämpfen

müssen. Die Bourgeoisie [in bürgerlich-kapitalistischen Staaten] kann die aus den unversöhnlichen Klassengegensätzen hervordachsende Opposition nicht leugnen. Deshalb versucht sie, diese zu einem „Charakteristikum wahrer Demokratie“ für jeden Staat umzufälschen. [...] Aus solchen Auffassungen wird dann die absurde Behauptung abgeleitet, dass unser sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern nicht demokratisch sei, weil es bei uns „keine Opposition gebe“.

In unserer Deutschen Demokratischen Republik [...] gehören die Fabriken und Banken dem Volk. Die Armee, Polizei und Justiz – die Machtmittel des Staates – sind Instrumente der Werktätigen. Es gibt keinen Gegensatz zwischen der Politik unserer Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung. Eine Opposition in der DDR könnte doch nur gegen die Politik unserer Regierung gerichtet sein. Sie müsste sich also gegen die Einführung der 45-Stunden-Woche, gegen den Bau von zusätzlich hunderttausend Wohnungen, [...] und gegen unsere Friedenspolitik richten. [...] Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.

Merith Niehuss und Ulrike Lindner (Hrsg.), Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 10: Besatzungszeit, Bundesrepublik und DDR 1945–1969, Stuttgart 1998, S. 400 ff.

#### c) Wahlplakat zur Volkskammerwahl in der DDR vom 15. Oktober 1950<sup>1</sup>



1. Arbeiten Sie das jeweils zum Ausdruck kommende staatliche Selbstverständnis heraus.
2. Charakterisieren Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse die beiden deutschen Staaten. Welche Unterschiede lassen sich feststellen.

<sup>1</sup> Die Nationale Front war dem sozialistischen Selbstverständnis nach ein „Bündnis aller patriotischen Kräfte unter Führung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei“.

### M11 Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

#### a) Proteste in der frühen Bundesrepublik



In München und Augsburg demonstrierte am 20. November 1954 die bayerische Gewerkschaftsjugend gegen die von der Regierung unter Adenauer geplante Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland.



Studenten demonstrieren in München anlässlich der „Spiegel-Affäre“.

- ▶ Analysieren Sie die Fotografien. Welche Rückschlüsse lassen sich darauf auf die Verfassungswirklichkeit ziehen?



#### b) Exemplarische Wahlplakate der Parteien CDU und SPD zur Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik



links: CDU/CSU-Plakat 1953

rechts: SPD-Plakat 1953

- ▶ In den 1950er Jahren wurde die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aktuell. Analysieren Sie hierzu die beiden exemplarischen Plakate der Parteien CDU und SPD. Welche Rückschlüsse lassen sich anhand der Wahlplakate auf die Verfassungswirklichkeit ziehen?



## M12 Verfassungswirklichkeit in der DDR

### a) Umgang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Am 17. Juni 1953 entwickelte sich aus einem Arbeiterprotest und Generalstreik ein Volksaufstand gegen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR.

Ost-Berliner Arbeiter attackieren mit Steinen einen sowjetischen Panzer, der gegen die Demonstranten in Berlin eingesetzt wird. Auf dem Zeitzeugen-Portal schildern Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erinnerungen an dieses Ereignis.



Den Link zu den Interviews des Zeitzeugenportals bietet Mediencode 32072-523

### b) Die Methoden der Staatssicherheit (Stasi) in Berichten der Opfer:

Die Stasi ist überall

Es gab keinen Quadratzentimeter in unserer Wohnung, den die Stasi nicht abgehört hatte. Darüber hinaus konnte sie belauschen, was in den Gemeinderäumen gesprochen wurde. Das bedeutete, dass die Stasi jedes seelsorgerische Gespräch – das auch in der DDR gesetzlich geschützt war – und jede Sekunde unseres Ehekonflikts bespitzelt hatte. Dass wir uns zum Vergnügen dieser Lauscher gestritten hatten, war eine schmerzliche Tatsache.

Rainer Eppelmann (evangelischer Pfarrer und Bürgerrechtler)

Ihr „Zersetzungsplan“ begann erst voll zu wirken, nachdem es der Staatssicherheit gelungen war, den Keil des Misstrauens in den Kern des Friedenskreises zu treiben. Als jeder jeden zu verdächtigen begann, war das der Anfang vom Ende. Der Staatssicherheit gelang es, die Freundschaft zwischen einigen von uns zu zerbrechen, uns zum Teil gegeneinanderzuhetzen.

Vera Lengsfeld (Bürgerrechtlerin)

### Gefangene der Stasi

Das Liegen auf der Pritsche war tagsüber verboten, und während des Nachtschlafes musste man sich so betten, dass das Gesicht zur Tür zeigte und die Hände auf der Decke lagen. In den ersten 14 Tagen war ich, wie fast alle politischen Häftlinge, einem permanenten Schlafentzug ausgesetzt. Das bedeutete, dass auch in der Nacht das Licht durchgehend an war. Circa alle zehn Minuten schaute ein Posten zur Kontrolle durch den Spion. Dieser Schlafentzug führte unweigerlich zu Konzentrationschwäche, und auf die hatten es die Vernehmer abgesehen. Am Ende war ich so ausgelaugt, dass ich alles unterschrieb, was mir vorgelegt wurde.

[...]

Einmal musste ich eine ... „Dunkelzelle“ von Blut und Kot reinigen. Zwei dieser Zellen befanden sich im Keller des neuen Zellentraktes. An den Wänden mit Gummiprofilen ausgekleidet, verfügten sie weder über eine Pritsche noch über einen Kübel. Es gab kein Fenster, keinen Hocker und kein helles Licht. Ich konnte mir jedenfalls vorstellen, welche schrecklichen Erlebnisse Häftlinge durch diese Form des verschärften Arrests erleiden mussten.

Sigrid Paul

Land der Spitzel. Collage zusammengestellt von Christine Beil, in: Geo Epoche, Nr. 64, Die DDR, S. 101–108



- Beschreiben Sie anhand der Fotografie in a) und der im Mediencode 32072-524 hinterlegten Zeitzeugenberichte den Umgang der DDR mit dem Volksaufstand.
- Arbeiten Sie in b) die Methoden der Staatssicherheit heraus. Welche Auswirkungen haben diese auf die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger der DDR?
- Vergleichen Sie die in a) und b) gezeigten Reaktionen des Staates gegenüber den Bürgern mit der Verfassung (M8 b). Was lässt sich zur Verfassungswirklichkeit feststellen?
- Bewerten Sie das Agieren des Staates vor dem Hintergrund unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.



Methodische Hinweise zur Auswertung von Zeitzeugengesprächen bietet Mediencode 32072-525



Weitere Berichte von Zeitzeugen zur Arbeit der Staatssicherheit bietet Mediencode 32072-526.

## 5.2 Wirtschaftsentwicklung und Lebensverhältnisse im Vergleich

Nicht nur politisch unterschieden sich die Bundesrepublik und die DDR fundamental, sondern beiden Staaten lagen auch völlig verschiedene Wirtschaftssysteme zugrunde. Wie in sozialistischen Staaten üblich, wurde in der DDR die Planwirtschaft eingeführt. In der Bundesrepublik hingegen entwickelte sich die soziale Marktwirtschaft. Welche Auswirkungen hatten die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen jeweils auf die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger? Wie wirkten sich diese wiederum jeweils auf die Akzeptanz des Staates aus?

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 1939–1945 Zweiter Weltkrieg
- ▶ 8./9. Mai bedingungslose Kapitulation
- ▶ Soziale Marktwirtschaft
- ▶ Planwirtschaft
- ▶ „Gastarbeiter“
- ▶ „68er-Bewegung“
- ▶ Reformen der sozial-liberalen Koalition
- ▶ 17. Juni Aufstand in der DDR gegen das SED-Regime
- ▶ Mauerbau



Einen Hinweis zur diesbezüglichen Nutzung des Forums auf mebis bietet Mediencode 32072-528



Mögliche Kriterien für Ihre Rückmeldung bietet Mediencode 32072-529

### Lernaufgabe



Untersuchen Sie mittels der folgenden Arbeitsaufträge vergleichend die wirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten, die Auswirkungen auf die jeweiligen Lebensverhältnisse sowie Zusammenhänge von Wirtschaft und Akzeptanz des politischen Systems. Halten Sie Ihre Ergebnisse abschließend in einem **Kommentar** fest.

1. Wiederholen Sie mittels der Grafiken **M5** die beiden Grundlegenden Begriffe Soziale Marktwirtschaft und Planwirtschaft. Was kennzeichnet beide Systeme jeweils?
2. a) Skizzieren Sie arbeitsteilig die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik und der DDR (**M7**).  
b) Tauschen Sie Ihre Ergebnisse aus und vergleichen Sie sie miteinander. Halten Sie die Ergebnisse des Vergleichs thesenartig fest.  
c) Erklären Sie die wirtschaftlichen Entwicklungen, indem Sie
  - ▶ neben der sozialen Marktwirtschaft weitere Erfolgsfaktoren des sog. Wirtschaftswunders recherchieren und
  - ▶ ausgehend von **M8** Nachteile der Planwirtschaft diskutieren.
- d) Erarbeiten Sie sich arbeitsteilig die Lebensverhältnisse der Deutschen in beiden Staaten und stellen Sie jeweils einen Bezug zur Wirtschaftsordnung her (**M10**).
3. a) Beurteilen Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse den Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Akzeptanz des politischen Systems bzw. des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern, indem Sie einen kurzen (digitalen) Kommentar verfassen (z. B. Blogbeitrag).  
b) Tauschen Sie Ihre Texte aus und geben Sie sich gegenseitig Rückmeldung. Vergleichen und diskutieren Sie Ihre Positionen.

### INFO 1: Beginn in Ruinen

Ab 1944 traf Deutschland die volle Wucht des Krieges, den es verursacht hatte: Zerbombte Städte, fehlende Arbeitskräfte, eine ruinierte Wirtschaft und Währung führten zu Massenelend – verschärft noch durch über 12 Millionen Heimatvertriebene. Im Hungerwinter 1946/47 schrieb eine Viertklässlerin in einem Aufsatz zum Thema „Mein schönster Tag“: „[Es] war der, an dem mein Bruder Friedrich starb. Seitdem habe ich einen Mantel und Schuhe und Strümpfe und eine gestrickte Weste.“<sup>5</sup> Ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg in Deutschland erschien auf lange Sicht unvorstellbar. Birgitta Helmstetter

<sup>5</sup> SPIEGEL Geschichte vom 20.02.2017, <https://www.spiegel.de/geschichte/hungerwinter-1946-47-in-deutschland-das-ueberleben-nach-dem-krieg-a-1133476.html> [Zugriff: 08.12.2023]

**INFO 2: Weichenstellungen und Wirtschaftsordnungen im Vergleich: Bundesrepublik**

Nach den Zerstörungen des **Zweiten Weltkriegs (1939–1945)** und nach der **bedingungslosen Kapitulation** Deutschlands am **8./9. Mai 1945** waren die Ausgangsbedingungen eines wirtschaftlichen Neubeginns in den Besatzungszonen zunächst vergleichbar: eher geringe Zerstörung industrieller Produktionskapazitäten, gute Ausbildung und Motivation der Arbeitskräfte, der kollektive Wunsch nach Wiederaufbau, deshalb zunächst staatliche Förderung der Schwerindustrie (z. B. Kohle, Stahl) auf Kosten der Konsumgüterindustrie. Doch die Weichen wurden – ideologisch bedingt – verschieden gestellt, und zeitigten sehr rasch große Unterschiede.

- 10 Die westlichen Besatzungsmächte setzten auf eine marktwirtschaftliche Ordnung. Als „Frontstaat“ im entstehenden Kalten Krieg wurde Westdeutschland wirtschaftlich nur anfangs ausgebeutet, doch ab 1948 bekam es US-Kredite im Rahmen des Marshall-Plans und die Hälfte seiner drückenden Auslandsschulden erlassen.
- 15 Die Währungsreform sowie die Aufhebung der Bezugsscheinwirtschaft und Preisbindung wirkten 1948 wie ein Befreiungsschlag für die Wirtschaft. Zunächst gab es angesichts eingefrorener Löhne und Gehälter zwar heftige Proteste, doch die soziale Lage stabilisierte sich. Und dass sich die Geschäfte über Nacht mit Waren füllten, erschien wie das Versprechen einer besseren Zukunft, sofern man nur hart arbeitete.

Die **Soziale Marktwirtschaft**, die Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister einführte, liegt dem langfristigen ökonomischen Erfolg der Bundesrepublik zugrunde. Ihre Grundidee ist es, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Gleichs zu verbinden“.

Birgitta Helmstetter

**INFO 3: Weichenstellungen und Wirtschaftsordnungen im Vergleich: DDR**

Die sowjetische Besatzungsmacht entnahm ihrer Zone erheblich mehr Reparationen: durch die Demontage von Industrieanlagen und Infrastruktur, die Abschöpfung von Waren und Gewinnen der Großbetriebe sowie durch die als „lebende Reparationen“ in die Sowjetunion verbrachten Facharbeiter. Ihre Wirtschaftspolitik zielte nach sowjetischem Vorbild auf eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel und auf eine Planwirtschaft. Auf die Enteignung der großen Landgüter 1945 folgte deshalb die Kollektivierung des bisher privaten Bauernlandes in „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ (LPG). Die Verstaatlichung der Industrie als „Volkseigene Betriebe“ (VEB) erfasste nach den großen Konzernen zunehmend auch mittelständische Unternehmen.

- Unflexible staatliche Fünfjahrespläne konnten aber nicht auf Veränderungen am Markt reagieren und auch die Bevorzugung der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie ging an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger vorbei. Da Löhne staatlich festgelegt waren und berufliche Aufstiegschancen von politischem Verhalten abhingen, gab es zu geringe Leistungsanreize, um das oft illusorisch hohe Plansoll zu erfüllen oder um eigenverantwortlich zu handeln.

Birgitta Helmstetter

- ▶ Stellen Sie die unterschiedlichen Weichenstellungen in West- und Ostdeutschland einander gegenüber.

**M1 Definitionen von Wohlstand****a) CDU-Plakat von 1957**

**ERHARD hält, was er verspricht:**  
Wohlstand für alle durch die  
**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

**b) Werbung für den Fünfjahresplan 1952**

- ▶ Analysieren Sie auf den Plakaten M1 a) und b) die unterschiedliche Verwendung des Begriffs „Wohlstand“.





## M2 Leben in der Bundesrepublik

### a) Modellwohnzimmer Foto ca. 1955



### b) Urlaub auf Büsum Foto ca. 1950



► Beschreiben Sie anhand der Fotos, wie sich der Lebensstandard in der Bundesrepublik der 1950er Jahre konkret veränderte.



### INFO 4: Wirtschaftsentwicklung, Lebensverhältnisse und Systemakzeptanz im Vergleich: Bundesrepublik

In der Bundesrepublik führten der Wiederaufbau und der erhöhte Bedarf an rüstungsrelevanten Gütern und Rohstoffen infolge des Korea-Kriegs ab 1950/51 rasch zu einer Hochkonjunktur. Denn in den Fabriken standen Produktionskapazitäten zur Verfügung, es gab – nicht zuletzt in Gestalt

von Millionen, zum Teil sehr gut ausgebildeter Flüchtlinge und Vertriebenen – genügend Arbeitskräfte. Darüber hinaus überzeugte die Qualität der Waren „Made in Germany“ ebenso wie deren konkurrenzfähige Preise. Der Binnenmarkt innerhalb der 1957 gegründeten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) verstärkte die positive Entwicklung: Bereits 1953 war Deutschland wieder die drittgrößte Exportnation der Welt und seit Mitte des Jahrzehnts deckte es – da faktisch Vollbeschäftigung herrschte – seinen wachsenden Arbeitskräftebedarf mit „Gastarbeitern“ aus südeuropäischen Ländern und der Türkei.

Allmählich steigende Löhne und Gehälter kurbelten den privaten Konsum an: Auf die „Fresswelle“ folgte nach den Jahren der Not und Entbehrung die Einrichtungs-, Auto- und Urlaubswelle. Die Adenauer-Regierung unterstützte den Traum vom „Häuschen im Grünen“ mit zinsgünstigen Baukrediten bzw. sozialem Wohnungsbau und beteiligte mit Sozialreformen alle Bevölkerungsschichten am Wohlstand – durch die als „Generationenvertrag“ konzipierte Rentenreform auch die alten Menschen. Bereits 1953 konnten 20% der Staatseinnahmen in sozialpolitische Maßnahmen investiert werden. Es entstand in der Bundesrepublik bereits ab den 50er Jahren ein bisher nie gekannter Lebensstandard und damit ein großes Vertrauen in das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche System.

Dieses überstand auch die Krisen der folgenden Jahre: die Proteste der „68er-Bewegung“ und den aufkommenden Terrorismus, die durch eine drastische Erhöhung der Rohölpreise ab 1970 hervorgerufenen „Ölkrise“, die nach dem Ende der Wiederaufbauphase eingetretene Sättigung der Märkte, die nach einem drastischen Rückgang der Nachfrage das Ende der Vollbeschäftigung und eine bislang unbekannt hohe Arbeitslosenquote zur Folge hatte. Die sozialliberale Regierungskoalition unter Kanzler Willy Brandt förderte ab 1969 unter dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ die Gleichbe-



50 rechtigung von Frauen, die betriebliche Mitsprache der Arbeitnehmer und gewährleistete durch Kindergeld, staatlich geförderte Vermögensbildung, Rentenanhebung etc. die soziale Sicherheit. Allerdings um den Preis einer wachsenden Staatsverschuldung.

Die christlich-liberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl entlastete in der  
55 Krise die Unternehmen steuerlich und schränkte soziale Leistungen ein. Damit gelang es, die Wirtschaft – auch wegen des gesunkenen Erdölpreises – wieder anzukurbeln und hunderttausende neue Arbeitsplätze vor allem im Dienstleistungssektor zu schaffen. Dennoch sanken die Arbeitslosenzahlen nicht. Die Jugendarbeitslosigkeit und die Quote der Langzeitarbeitslosen stiegen und die Zahlen der Geringverdienenden und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger erreichten einen Höchststand.  
60 Gleichzeitig öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr. Trotzdem blieb die Bundesrepublik stabil. Wenn Menschen für Veränderung kämpften, taten sie es mehrheitlich innerhalb des Systems: Sie engagierten sich in Interessenverbänden und Medien oder gründeten 1980 „Die Grünen“, wodurch sie die Parteien-Demokratie  
65 stärkten.

Birgitta Helmstetter

► Zeigen Sie, welcher Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung, Lebensverhältnissen und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik bestand.



### INFO 5: Wirtschaftsentwicklung, Lebensverhältnisse und Systemakzeptanz im Vergleich: DDR

Die SED versprach eine „echt demokratische“ Gesellschaft, in der sozialistische Umverteilung zu gleichen Lebensverhältnissen auf einem insgesamt höheren Niveau führen sollte, und propagierte den „sozialistischen Menschen“, der das Kollektiv über seine eigenen Interessen stellt. Mit diesen Zielen rechtfertigte sie die  
5 Unterdrückung jeglicher Opposition durch den Staat. Um die Akzeptanz dieser Vorstellung von Staat und Gesellschaft zu fördern, musste aber auch das materielle Versprechen eingelöst werden.

Doch die Demontagen der Sowjetunion, Enteignungen und Kollektivierungen und die Schwächen der staatlichen Planwirtschaft führten zu einer andauernden Mangelwirtschaft und in der Bevölkerung zu einem Gefühl von Verlust und Frustration. Insgesamt ging es kaum jemandem besser, aber vielen schlechter, und wer sich damit nicht abfinden wollte, siedelte in die Bundesrepublik über: Bürgerinnen und Bürger, aber auch Großunternehmen (z. B. Siemens, Zeiss, Auto-Union bzw. Audi) mitsamt Firmenkapital, Patenten und Knowhow.  
10

Im **Aufstand gegen das SED-Regime vom 17. Juni 1953** machte sich der Unmut über staatliche Bevormundung, Manipulation und stagnierende Wirtschaft bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitsnormen ohne Lohnausgleich Luft. Über eine Million Aufständische forderten nicht nur die Rücknahme der Normerhöhung, sondern auch die Abschaffung des Sozialismus und die Wiedervereinigung mit der besser gestellten „kapitalistischen“ Bundesrepublik. So war bei vielen die fehlende Identifikation mit dem ihnen aufgezwungenen System augenfällig.  
15

20 Offene Gewalt und taktische Zugeständnisse stabilisierten die Versorgungslage und auch die SED-Herrschaft. Auf die fortgeführte Verstaatlichung der Wirtschaft und die



### M3 Plattenbausiedlung in Schwedt 1971

Das Wohnungsbeuprogramm der DDR ließ ab den 1970er Jahren am Rand vielen Städte solche Plattenbausiedlungen entstehen.

verschärfte Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch die Staatssicherheit reagierte jedoch gerade junge und gut Ausgebildete mit einer Massen-Abwanderung in den Westen, die zu einer gefährlichen Bedrohung für die ohnehin geschwächte sozialistische Volkswirtschaft wurde und auch durch die gezielte Einbindung der Frauen ins Arbeitsleben nicht aufgefangen werden konnte.

Der Bau der Mauer 1961 löste nicht nur das wirtschaftliche Problem: Die Menschen mussten sich nun mit ihrem Staat arrangieren – und der bis 1965 errungene Aufstieg der DDR zur zweitstärksten Wirtschaftsnation im Ostblock war ein großer Erfolg angesichts der Ausgangssituation. Im Vergleich mit der Bundesrepublik fiel die DDR jedoch immer weiter zurück – und nur das zählte für viele. Das „Westfernsehen“ bildete, obwohl lange Zeit verboten, die Quelle für Information und damit den Maßstab bei Konsum und Lebensart.

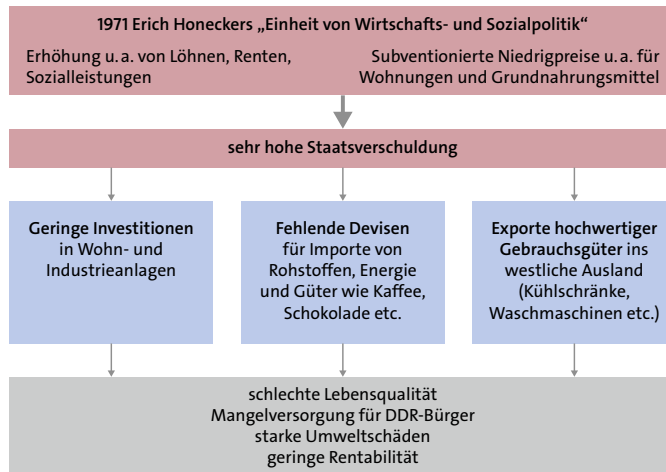
Das Konzept der „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, das der neue SED-Generalsekretär Erich Honecker 1971 einführt, versuchte, die Zufriedenheit der Menschen mit „der Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“, d. h. durch mehr preisgünstige Wohnungen, höhere Löhne und Renten, eine bessere Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, zu erkaufen. Doch diese sozialen „Geschenke“ waren nur durch staatliche Subventionen möglich. Diese ruinierten die Staatsfinanzen bis hin zum drohenden Bankrott und zwangen den Staat, sich im westlichen Ausland zu verschulden. Fehlender finanzieller Spielraum für Investitionen ließ die Städte sowie die Betriebe verfallen, was die produzierte Warenmenge und -vielfalt weiter reduzierte und den Niedergang der SED-Herrschaft einleitete bzw. beschleunigte: Die Menschen akzeptierten das System mehrheitlich nicht mehr und die generelle Unzufriedenheit wuchs.

Birgitta Helmstetter 50

► Zeigen Sie, welcher Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung, Lebensverhältnissen und Systemakzeptanz in der DDR bestand.

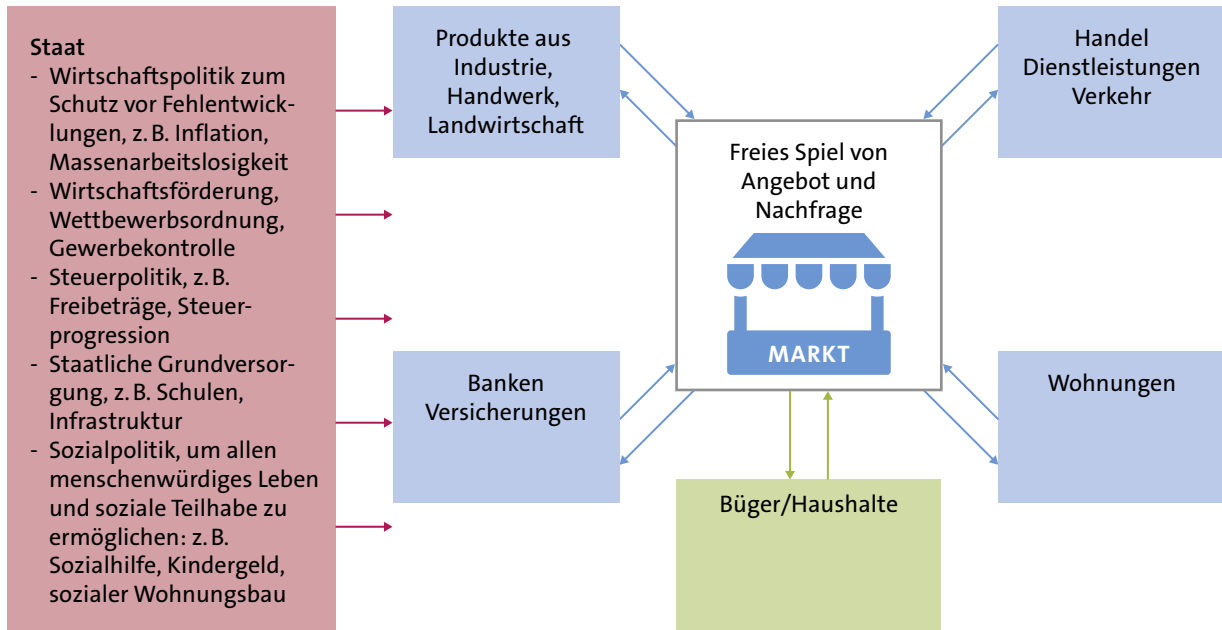
**M4 Wirtschaftliche Ursachen des Niedergangs der DDR**

► Analysieren Sie das Schema und ergänzen Sie den letzten Absatz in INFO 5 mit noch fehlenden Informationen aus M3.

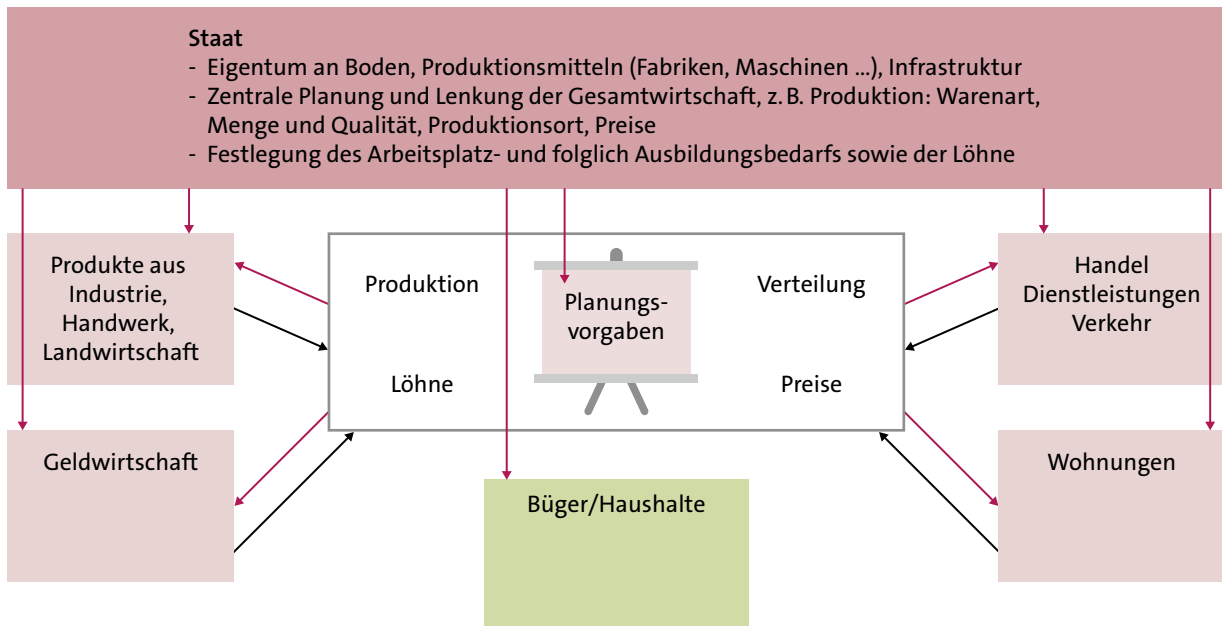


## M5 Unterschiedliche Wirtschaftssysteme

### a) Schema Soziale Marktwirtschaft



### b) Schema Sozialistische Planwirtschaft



1. Erläutern Sie ausgehend von Angebot und Nachfrage die Funktionsweise einer Marktwirtschaft. Wovon hängen Preise ab (z. B. für Erdbeeren oder die Miete einer Studentenwohnung)?
2. Vergleichen Sie mit der Sozialistischen Planwirtschaft. Welche Rolle kommt dem Staat in den beiden Systemen jeweils zu?
3. Diskutieren Sie die Stärken und Schwächen der jeweiligen Wirtschaftsordnung.



32072-536

**M 6 Gesichter der Wirtschaft in Ost und West**

**a) Feier für den einmillionsten „Käfer“ im Volkswagenwerk**

Foto vom 5. August 1955



► Erläutern Sie anhand der beiden Materialien, wie Marktwirtschaft und Planwirtschaft nach völlig verschiedenen Prinzipien und Mechanismen funktionieren.



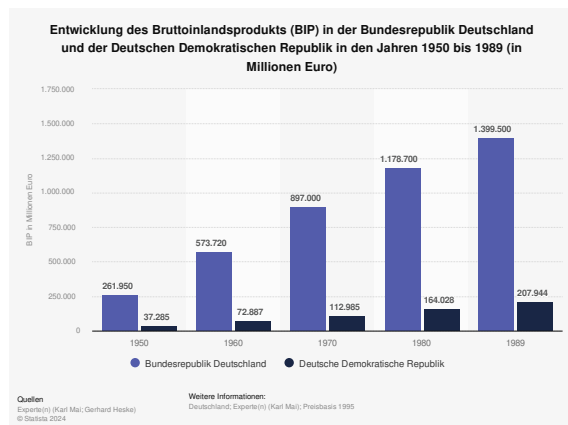
**b) Der erste Fünfjahresplan (1951–1955)**

Plakat von 1952



**M 7 Vergleich der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik und der DDR**

**a) Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in der Bundesrepublik und der DDR (1950–1989)**



Zur Orientierung: Die Erwerbstätigkeit lag in der Bundesrepublik im Zeitraum von 1970–1989 zwischen 44 % und 47,7%. In der DDR lag sie im selben Zeitraum zwischen 45,5 % und 52%.

Graphik nach Statista 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1055086/umfrage/einwicklung-des-bip-in-der-bundesrepublik-und-der-ddr/> [Zugriff: 09.12.2023]

**b) Konsum in der Bundesrepublik und in der DDR im Vergleich**

Einzelhandelspreise, Gebühren und Tarife in DM bzw. DDR-Mark sowie die dafür jeweils erforderliche Arbeitszeit in beiden deutschen Staaten (Stand: Anfang 1979):

	Preis		Arbeitszeit	
	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik	DDR
Herrenoberhemd	19,90	43,00	1,49	8,52
Herrenstraßenschuhe	32,00	58,00	2,55	11,58
Herrenanzug	175,00	357,00	15,55	73,36
Damenstrümpfe	3,45	4,00	0,19	0,49
Damenfeinstrumpfhose	3,95	18,00	0,22	3,43
Damenkleid	69,00	135,00	6,16	27,50
Kinderhalbschuhe	28,20	18,00	2,34	3,43
Staubsauger	165,00	195,00	15,00	40,12
Kühlschrank	338,00	1400,00	30,44	288,40
Waschautomat	498,00	1450,00	45,16	298,58
Fernsehapparat	530,00	2050,00	48,11	422,41
Pkw	9190,00	23500,00	835,27	4845,22
Benzin (l)	0,90	1,65	0,05	0,20
Elektrischer Strom (75 kWh)	21,60	8,00	1,58	1,39
Eisenbahnwochenkarte (15 km)	15,50	2,50	1,25	0,31
Straßenbahn-, Busfahrt	1,35	0,20	0,07	0,02
Roggen-Mischbrot (1 kg)	2,35	0,52	0,13	0,06
Weizenmehl (1 kg)	1,22	1,32	0,07	0,16
Zucker (1 kg)	1,65	1,64	0,09	0,20
Schweinekotelett (1 kg)	10,80	8,00	0,59	1,39
Zitronen (1 kg)	2,40	5,00	0,13	1,02
Schokolade (100 g)	1,18	3,85	0,06	0,48
Bohnenkaffee (1 kg)	21,80	70,00	1,59	14,26
Weinbrand (0,7 l)	12,10	17,30	1,06	3,34
Zigaretten (20 St.)	2,70	3,20	0,15	0,40

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Zahlenspiegel. Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik – Ein Vergleich, Bonn 1987, S. 57

Zur Orientierung: Im Zeitraum von 1975 und 1980 bewegte sich das monatliche Durchschnittseinkommen (brutto) in der Bundesrepublik zwischen 1817 und 2457 D-Mark und in der DDR zwischen 889 und 1021 Ost-Mark.

1. Erarbeiten Sie anhand von M 4 a) die wirtschaftliche Entwicklung der DDR von den 1950er bis zu den 1980er Jahren und vergleichen Sie sie mit der Situation bzw. Entwicklung in der Bundesrepublik.
2. Analysieren und erklären Sie M 4 b).
3. Diskutieren Sie, welche Schlüsse sich daraus auf den Alltag in der Bundesrepublik und der DDR ziehen lassen.



### M 8 Ludwig Erhards Blick auf das Modell der Planwirtschaft 1949

Am 25. Februar 1949 erläutert der spätere Bundesminister für Wirtschaft (1949/1963) Ludwig Erhard das Modell der Planwirtschaft:

Jede Planwirtschaft beruht auf der Vorstellung, dass irgendeine Behörde so weise sein kann und dass sie einen so großen Apparat hat mit Statistiken usw., dass es möglich ist, besser als das Volk selbst zu entscheiden, was dem Volke frommt. Auf Grundlage solcher Überlegungen muss dann notwendigerweise ein vorgefasster Produktionsplan entstehen. Der Produktionsplan kann nur so entstehen, dass die Behörde sich einbildet, annehmen zu können, der durchschnittliche Mensch will soundso viel sparen und soundso viel verbrauchen, und für den Normalverbraucher wird gewissermaßen eine optimale Verbrauchsregelung konstruiert. Und diese wird mit 45 Millionen multipliziert, und dann bildet sich die Planwirtschaft ein, dass das der Verbrauch des Volkes wäre und dass diese Methode die Harmonie der Gesellschaft verbürgen würde. Was da herauskommt, ist nicht der soziale Verbrauch eines Volkes, sondern das ist vollendeteter Unfug im wirtschaftlichen Sinn. Und was auf der soziologischen Ebene herauskommt, ist nicht die Harmonie, sondern das ist das Chaos und die Tyrannei. Wohl oder übel muss die Planwirtschaft sehr bald zur Aufhebung jeder menschlichen Freizügigkeit kommen.

Zitiert nach: Peter Bucher (Hrsg.), Nachkriegsdeutschland 1945–1949, Darmstadt 1990, S. 469

▶ Arbeiten Sie Erhards Kritik an der Planwirtschaft heraus.



32072-339

### M 9 Chancen und Probleme

#### a) In der Konsumgesellschaft der Bundesrepublik

Für den Besitz mancher Konsumgüter wie zum Beispiel für Fernsehgeräte, Musiktruhen oder Kühlschränke spielte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die soziale Stellung kaum noch eine bestimmende Rolle. Die „Demokratisierung des Konsums“ [...] setzte sich [...] durch. [...] Das private Automobil wurde in den fünfziger Jahren zum Schlüsselbegriff für soziales Wohlbefinden, bürgerliches Freiheitsgefühl, wirtschaftliche Erwerbschancen und gesellschaftliches Prestige. Die Konsequenzen, die sich daraus für Städtebau, Siedlungspolitik, Freizeitgestaltung, Kommunikationsverhalten, Wirtschaftsstruktur, Umwelt, ja nahezu für alle Bereiche des menschlichen Lebens ergaben, revolutionierten das Alltagsleben. [...]

In dem Maße, wie die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren zur Industriegesellschaft par excellence geworden ist, hat sie auch deren außerordentliche Probleme in Kauf nehmen müssen. Hohe Abhängigkeit vom Weltmarkt, von Energieimporten und knappen Rohstoffen, starke Umweltbelastungen durch industrielle Emissionen und Abfälle, Zersiedelung der Landschaft durch dezentrale Industrieansiedlung oder Beschäftigungskrisen durch wirtschaftlichen Strukturwandel waren noch keine dringenden Fragen der sechziger Jahre. Aber all diese Probleme, die die Bundesrepublik jenseits der „Grenzen des Wachstums“ besonders hart trafen, sind in den Langen Fünfziger Jahren entstanden.

Werner Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart, München 2011, S. 338–342 (stark gekürzt)

#### b) In der Arbeitergesellschaft der DDR

Der Erwerbsarbeit kam im ideologischen Gerüst der DDR-Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. Die Selbstbezeichnung der DDR als „Arbeiter- und Bauernstaat“ verdeutlicht dies eindrücklich. Erwerbsarbeit sollte in der DDR nicht nur der Existenzsicherung dienen, sondern im Sinne der marxistisch-leninistischen Theorie zur Entwicklung der „sozialistischen Persönlichkeit“ beitragen. Erwerbsarbeit war somit ein wichtiger Vergesellschaftungskern der Sozialordnung der DDR. [...] Die Sozialstruktur der DDR unterschied sich deutlich von derjenigen der Bundesrepublik, da sich soziale Positionierung in der DDR vorrangig aufgrund ökonomischer Macht und Loyalität und weniger aufgrund ökonomischen Kapitals, formaler Qualifikation oder fachlicher Leistung vollzog. [...]

Die DDR wollte ihre BürgerInnen umfassend versorgen. Dieser Anspruch war keineswegs altruistisch, sondern sollte einerseits die Parteiherrschaft der SED legitimieren und andererseits die Bevölkerung disziplinieren und kontrollieren, indem möglichst viele Lebensbereiche in staatlich-organisierte Strukturen eingebunden waren. Bei der Umsetzung sozialpolitischer Großprojekte kam den Betrieben eine zentrale Rolle zu. Soziale Einrichtungen in Betrieben sollten den Beschäftigten unnötige Wege abnehmen und – so zumindest in der Theorie gedacht – zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung führen. Zu den Feldern der betrieblichen Sozialpolitik zählten neben der Versorgung der MitarbeiterInnen im Betrieb (Kantinen, Werksverkauf) auch die gesundheitliche und soziale Betreuung durch Angebote zur Kinder- und Jugendbetreuung (Kita, Krippe, Hort) oder der Betriebssport. Betriebe organisierten darüber hinaus Urlaubsplätze, vermittelten Wohnungen an MitarbeiterInnen und kümmerten sich mit der so-



## 5.2 Wirtschaftsentwicklung und Lebensverhältnisse im Vergleich

35 nannten „Veteranenbetreuung“ auch um ehemalige MitarbeiterInnen, die aus Altersgründen aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden waren.

Jessica Lindner-Elsner und Ronny Grundig, Arbeitsbeziehungen und soziale Ungleichheit – Die Arbeitsgesellschaft der DDR, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/504568/arbeitsbeziehungen-und-soziale-ungleichheit-die-arbeitsgesellschaft-der-ddr/#node-content-title-1> [Zugriff: 20.12.2023]

### M10 Vergleich der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik und der DDR

#### a) Konsum


Blick in den Gang eines Supermarktes im Jahr 1988



#### b) Urlaub

Bundesbürger am Strand von Mallorca 1979




- 
1. Arbeiten Sie aus a) spezifische Kennzeichen der bundesdeutschen Konsumgesellschaft ab den Fünfzigerjahren heraus und erörtern Sie Zusammenhänge mit Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit.
  2. Diskutieren Sie auf Basis des Textausschnitts, ob die „Demokratisierung des Konsums“ (Z. 5) positiv oder negativ zu bewerten ist.
  3. Arbeiten Sie aus b) heraus, welche Ziele die DDR mit der Betonung der Erwerbsarbeit verfolgte und bewerten Sie diese.
  4. Staats- und Parteichef Erich Honecker postulierte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Erläutern Sie, was dies konkret für die Bürger bedeutete.

Warten vor dem Erfurter Lebensmittelgeschäft (1985)



FDGB-Heim Ostseebad Binz 1985



- 
1. Analysieren Sie vergleichend die Fotografien.
  2. Beurteilen Sie, inwiefern sich die jeweiligen Lebensverhältnisse auf die Akzeptanz des Staates und seines Systems auswirkten.

## 5.3 Gesellschaftlich-politischer Protest im Vergleich (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-543.



## 5.4 Friedliche Revolution und Wiedervereinigung

Gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisenerfahrungen führten in den 1980er Jahren dazu, dass sich in der DDR oppositionelle Gruppen formierten und Veränderungen der Umstände einforderten. 1989 – im sogenannten „Wendejahr“ – verbreiterte sich die Basis des Protests. Im Herbst kam es zur Öffnung der deutsch-deutschen Grenze, ein Jahr später zur Wiedervereinigung Deutschlands. – Inwieweit hatten die Bürgerrechtsbewegungen der DDR Einfluss auf die sich überstürzenden Ereignisse und wie stark konnten sie in der Gestaltung der (politischen) Zukunft ihres Landes wirkungsmächtig werden?

### Lernaufgabe

Untersuchen und beurteilen Sie mittels der folgenden Arbeitsaufträge die Rolle der Bürgerrechtsbewegung im Rahmen der friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung. Halten Sie Ihre Ergebnisse zur Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung abschließend auf einer **digitalen Pinnwand** (z. B. Tool „Board“ auf mebis) fest. Vergleichen und bewerten Sie Ihre Ergebnisse gegenseitig.



1. Erarbeiten Sie auch vor dem Hintergrund der bereits in 5.2 erworbenen Kenntnisse den Zusammenhang zwischen grundlegenden Fehlentwicklungen in der DDR und der Entstehung oppositioneller Bürgerrechtsbewegungen (**INFO 1, M1, M2**).
2. Arbeiten Sie exemplarisch zentrale Forderungen der Bürgerrechtsbewegung heraus und beurteilen Sie deren Bedeutung für die friedliche Revolution (**INFO 2 bis 4, M5, M6**).
3. Nehmen Sie auch insbesondere ausgehend von **M3, M7** und **M8** begründet Stellung, inwieweit der eingeschlagene Weg zur Wiedervereinigung den Willen der DDR-Bürger sowie die Leistung der Bürgerrechtsgruppen berücksichtigte.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Menschenrechte
- ▶ Volkssouveränität
- ▶ Verfassung
- ▶ 9. November 1989 Öffnung der Berliner Mauer
- ▶ 3. Oktober 1990 „Tag der Deutschen Einheit“
- ▶ Ab 1989/90 Umbruch im Ostblock



Weiterführende Informationen zur Helsinki-Schlussakte bietet Mediencode 32072-518.

### INFO 1: Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung

Ab den 1980er-Jahren formierten sich ganz unterschiedliche oppositionelle Gruppen, die – unter Berufung auf die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte<sup>1</sup> durch die DDR-Regierung – gegen die Bevormundung und Unterdrückung durch den SED-Staat aufbegehrten und eine Achtung der **Menschenrechte** einforderten. Dazu gehörten auch Gruppen, die sich gegen den bewusst herbeigeführten Zerfall ihrer Heimatstadt wehrten, Umweltgruppen, die z. B. die verschwiegene Verseuchung der Umwelt durch marode Industrieanlagen anprangerten, und Friedensgruppen, die sich unter dem

<sup>1</sup> 1975 unterzeichneten 35 Staaten, darunter die Bundesrepublik und die DDR, in Helsinki ein Abkommen, mit dem sie sich u. a. zur Wahrung der Menschenrechte verpflichteten.

Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ für Abrüstung, blockübergreifenden Dialog und für die Entmilitarisierung der DDR-Gesellschaft engagierten. Viele fanden einen Schutz- und Freiraum und eine Plattform für offenen Meinungs austausch in evangelischen Kirchengemeinden. So trafen sich ab 1982 in der Leipziger Nikolaikirche jeden Montagabend Gläubige, aber auch Oppositionelle zum Friedensgebet.

Michail Gorbatschows Politik von Glasnost („Offenheit“) und Perestroika („Umgestaltung“) ermutigte ab der Mitte der 1980er-Jahre immer mehr Menschen, sich trotz der staatlichen Drohkulisse zu engagieren, denn sie erkannten – im Gegensatz zur SED-Führung, die starr an ihrem bisherigen Kurs festhielt – dass die Sowjetunion als wichtigste Stütze des SED-Regimes wegbrach.

Verschiedene Friedens- und Umweltgruppen schlossen sich um die Jahreswende 1985/86 zur Bürgerrechtsbewegung „Initiative Frieden und Menschenrechte“ zusammen. Sie stellte die Grundsätze des Sozialismus nicht in Frage und kritisierte auch vermeintliche oder tatsächliche Missstände im Westen, forderte aber unmissverständlich die Durchsetzung und Wahrung von Demokratie und Grundrechten und die Beendigung des Wetttrüstens. Eine für damalige Verhältnisse neue Breitenwirkung erzielte sie mit ihrer Zeitschrift „grenzfall“.

Obwohl die Bürgerrechtsgruppen „nur“ Reformen anstrebten, wurden sie vom SED-Regime als illegitime Opposition bekämpft: Die Stasi unterwanderte sie, viele Aktivisten wurden jahrelang bespitzelt und auch verhaftet und abgeurteilt, manche wurden ausgebürgert und zur Ausreise gezwungen. Jedoch gelang es nicht, die oppositionellen Gruppen mundtot zu machen.

Birgitta Helmstetter



**M1 Demonstration für offene Grenzen**

Leipzig am 4. September 1989



Einen schematischen Überblick über die Entwicklungen des Wendjahres 1989 bietet Mediencode 32072-545

1. Charakterisieren Sie die Bürgerrechtsbewegung in der DDR.
2. Erklären Sie die Hintergründe bzw. Gründe deren Entstehung.



**M2 Forderung auf einer Montagsdemonstration**

Leipzig am 12. Februar 1990

#### INFO 2: Die friedliche Revolution 1989 – die Stunde der Bürgerbewegungen

Die jahrelang aufgebaute Spannung entlud sich in den sich ausweitenden Protesten nach der aufgedeckten Manipulation der Kommunalwahlen im Mai 1989. Zum einen stellten Zehntausende DDR-Bürger Ausreise-Anträge oder nutzten ihren Sommerurlaub zur Flucht in die bundesdeutschen Botschaften z. B. in Prag oder über die nur noch nachlässig bewachte ungarische Grenze. Zum anderen gab es die Gegenposition derjenigen, die nicht die DDR verlassen, sondern sie demokratisieren wollten. Im Sommer begannen gleichgesinnte Gruppen sich zu Bündnissen zusammenzuschließen, so etwa die im Juni bzw. September aus kirchlichen Oppositionsgruppen hervorgegangenen Bündnisse „Demokratischer Aufbruch“ und „Demokratie jetzt“. Am 1. September brachen erstmals nach dem Friedensgebet in Leipzig ca. 1000 Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zu einer Montagsdemonstration auf. Wenige Tage später wurde die Oppositionsbewegung „Neues Forum“ mit dem Ziel gegründet, die landesweiten Forderungen zu bündeln. In Diskussionsveranstaltungen, mit Friedensgebeten und Demonstrationen lehnten jetzt im ganzen Land Hunderttausende die Unterdrückung durch die SED offen ab und forderten echte **Volkssouveränität** ein.



**M3 Wahlplakate der ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990**

- ▶ Geben Sie mit eigenen Worten wieder, wofür die werbenden Parteien eintreten.



Da angesichts der Feiern zum vierzigsten Jahrestag der Staatsgründung am 4. Oktober die Augen der ganzen Welt auf die DDR gerichtet waren, schreckte die SED-Führung vor massivem Einsatz von Polizei und Volksarmee zurück. Wie sehr ihr die Kontrolle entglitt, zeigt auch, dass Zugeständnisse – etwa die Abberufung Erich Honeckers und anderer SED-Politikerinnen und -politiker, die Streichung der führenden Rolle der SED aus der **Verfassung**, die Auflösung der Stasi oder der geschlossene Rücktritt aller SED-Parteiorgane – die Bürgerrechtsbewegung nicht mehr zum Verstummen brachten. Im Gegenteil, an den Montagsdemonstrationen nahmen schließlich mehrere hunderttausend Menschen teil.

Birgitta Helmstetter 25

- ▶ Beurteilen Sie die Rolle und Leistung der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der friedlichen Revolution 1989. Berücksichtigen Sie hierzu auch das Schema unter dem Mediencode 32072-547.



**INFO 3: Neue Akteure, Zielsetzungen, und Allianzen**

Schon am 4. Oktober hatten mehrere Bürgerrechtsgruppen eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie demokratische Wahlen und die Wahrung der Menschenrechte forderten. Nach der **Öffnung der innerdeutschen Grenze** am **9. November 1989** setzten die Vertreter der Bürgerrechtsbewegung an den vielerorts eingerichteten „Runden Tischen“ weitere Reformen durch, die auf ein Weiterbestehen der DDR und auf deren Demokratisierung zielten und die bislang friedliche Revolution ebenso weiterführten. Gleichzeitig wurde aber immer deutlicher, dass die verschiedenen Bürgerrechtsgruppen uneins waren in Bezug auf die Frage, ob die DDR weiterhin ein sozialistischer Staat sein solle oder ob die Grundsätze der Marktwirtschaft gelten sollten. Vor allem aber wurden die Stimmen immer lauter, die unter der Parole „Deutschland einig Vaterland“ statt einer langwierigen Reform der DDR eine rasche Einführung von D-Mark und Marktwirtschaft, also Wohlstand nach westdeutschem Muster, und die Wiedervereinigung forderten.

Damit verlor die Bürgerrechtsbewegung ihre prägende Rolle im Veränderungsprozess. Nicht mehr sie, sondern die mit tatkräftiger Unterstützung ihrer Schwester-



parteien aus der Bundesrepublik reorganisierten politischen Parteien steuerten jetzt den politischen Prozess. Zunächst konnten noch diejenigen Gruppen Einfluss auf die Ereignisse nehmen, die eine demokratisch reformierte DDR anstrebten. Sie wurden im Dezember von der neu konstituierten und von der aus der SED hervorgegangenen PDS geführten DDR-Regierung an den zentralen „Runden Tisch“ in Ost-Berlin eingeladen. Dass dessen Konzept jedoch wenig Chancen auf Realisierung hatte, zeigte sich bald.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte bereits am 28. November 1989 im Deutschen Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vorgestellt, das die Forderungen nach einer raschen Wiedervereinigung noch lauter werden ließ. Und dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung keine Reform der DDR wünschte, verdeutlicht das Ergebnis der ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990: Hier erhielten die zum „Bündnis 90“ zusammengeschlossenen Bürgerrechtsvereinigungen<sup>1</sup> nur 2,9 Prozent der Stimmen, während 75 Prozent der Stimmen auf Parteien fielen, die die rasche Einheit verfochten.

Birgitta Helmstetter

- ▶ Erläutern Sie, wie es zur Weichenstellung für die Wiedervereinigung statt der Reformierung der DDR kam.



#### INFO 4: Auf dem Weg zur Einheit

Damit waren die innenpolitischen Weichen für eine zügige Wiedervereinigung gestellt. Denn im Deutschen Bundestag trat die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP geschlossen dafür ein. SPD und Grüne waren zwar eher geneigt, den Vorstellungen des Bündnis90 zu folgen, doch insbesondere in der SPD wuchs die Zustimmung zur Wiedervereinigung. Viele Anregungen aus der Bürgerrechtsbewegung, darunter die Forderung, für das wiedervereinigte Deutschland eine neue Verfassung auszuarbeiten, statt die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten zu lassen, blieben unberücksichtigt.

Zwischenzeitlich hatte Bundeskanzler Helmut Kohl auch Bedenken der vier Siegermächte und der europäischen Verbündeten der Bundesrepublik bezüglich der Entstehung eines Gesamtdeutschland mit rund 80 Millionen Einwohnern in der Mitte Europas ausräumen können. Somit stand sowohl der Währungsunion als auch der Herstellung der staatlichen Einheit am 3. Oktober 1990, dem „Tag der Deutschen Einheit“, nichts mehr im Wege.

Die Bürgerrechtsbewegung freilich sah sich trotz ihrer großen Verdienste um die friedliche Revolution ins Abseits manövriert. Ihre Organisationen gingen zum größten Teil in den politischen Parteien auf, so der Demokratische Aufbruch in der CDU. Das Bündnis90 trat zunächst bei Wahlen gemeinsam mit der Partei Die Grünen mit einer gemeinsamen Liste an, bevor es sich 1993 mit dieser zur Partei Bündnis90/die Grünen zusammenschloss. Lediglich das Neue Forum existiert noch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch als Splitterpartei, wenn auch nur auf lokaler Ebene.

Birgitta Helmstetter

- ▶ Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk thematisiert in seinem Werk „Die Übernahme“ die kollektive Enttäuschungserfahrung vieler DDR-Bürgerinnen und Bürger unmittelbar nach der „Wende“. Erörtern Sie, ob bzw. inwiefern sie ihre Wurzeln bereits im Wiedervereinigungsprozess hat.



<sup>1</sup> Im „Bündnis 90“ vereinigten sich die Initiative für Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie jetzt und Teile des Neuen Forums.



#### M4 Die DDR-Umweltbewegung und ihre Anfänge

Christian Halbrock, Aktivist der DDR-Umweltbewegung und Mitbegründer der Berliner Umwelt-Bibliothek berichtet in einem Zeitzeugenbericht:

#00:00:00# Die Grünen in West-Deutschland hatten eine große Vorbildfunktion. Aber es war klar, dass man unter diesem Vorzeichen „Umwelt“ relativ viel machen konnte, ohne gleich sozusagen in diesen strafelevanten Bereich so reinzurutschen, und auch die Polizei und das MfS [Ministerium für Staatssicherheit] in Erklärungsnot brachte. Gegen klar definierte Staatsfeinde vorzugehen, das ist ganz einfach, ne. Aber wenn jetzt Leute, die am Straßenrand stehen, sagen: „[...] Das ist doch was Gutes, dass die für die Umwelt sind ...“.

Das, haben wir sofort mitgekriegt, bringt uns eine wesentlich bessere Position. Dadurch kamen auch immer gut Kontakte zustande, mit der Bevölkerung. [...] Und was noch hinzukam, das war 1983 so in Berlin, wo relativ viele Leute aus verschiedensten Städten der DDR nach Berlin zogen. Und an sich alle so, oder also viele unter denselben Gedanken oder demselben Missstand litten, dass sie eben sagten: „ja, es wird immer diskutiert, diskutiert, aber es passiert nichts, keiner macht was“.

#00:01:18# [...] #00:01:53# [D]a haben wir einfach gesagt: Wir machen einfach dann Umweltgruppen auf, als Untergruppen oder selbstständige Umweltgruppen, und machen unsere eigenen Gruppen und ziehen das dann durch. Eine ganz eindeutige Idee war eben schon diese logistische Überlegung, strategische ne Basis schaffen, von der aus man handeln kann, ungehindert handeln kann. Sondern man muss auch die einzelnen Monopole dieses Staates, das wichtigste eben, dieses Informationsmonopol, schrittweise unterhöhlen, schrittweise aushöhlen. Erst dann wird es zu ner Veränderung in der DDR kommen. Und das war dann, sozusagen unser Konzept. Wir haben von Anfang an gesagt: Wir begreifen Umwelt als allumfassenden Begriff. Umwelt ist für uns auch die Wahrung der individuellen persönlichen Unverletztheit des einzelnen Bürgers, ist für uns die Reisefreiheit, ist für uns die Informationspolitik der DDR. Und somit ist Umwelt für uns ein ganzheitlicher Begriff. #00:03:00#

Transkript folgt dem Video auf: <https://www.jugendopposition.de/themen/145389/ddr-umweltbewegung> [Zugriff: 03.12.2023]

▶ Erläutern und beurteilen Sie die Bedeutung der DDR-Umweltbewegung.

Einen zusätzlichen Text zur Friedensbewegung in der DDR bietet Mediencode 32072-552.

#### M5 Gründungsaufruf des Neuen Forums

In einem maschinengeschriebenen Aufruf wird die Gründung des Neuen Forums angekündigt:

Aufbruch 89 – Neues Forum

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. [...]

Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. [...] Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. [...]

Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen

NEUES FORUM

Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. [...] Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an der Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des NEUEN FORUM zu werden.

Die Zeit ist reif!

Die Erstunterzeichner:

(Liste mit 30 Unterzeichnern: Name, Vorname, Beruf, Wohnort)

Zitiert nach: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/296711/ddr-buergerrechtsbewegungen-1989-aufbruch-in-eine-neue-zeit/> [Zugriff: 10.12.2023]

1. Erarbeiten Sie, wie die Gründer des Neuen Forums die Situation in der DDR generell wie auch während der Proteste 1989 einschätzten.
2. Erklären Sie anhand des Textes, warum die Gruppe sich „Neues Forum“ nannte und welche Ziele sie mit ihrer Gründung verfolgte.



### M6 Resolution der Rockmusiker, Liedermacher und Unterhaltungskünstler: „Wenn wir nichts unternehmen, arbeitet die Zeit gegen uns“



Die Resolution von Rockmusikern, Liedernachern und Unterhaltungskünstlern vom 18. September 1989 wurde in der Folgezeit bei zahlreichen Rock-Konzerten und anderen Veranstaltungen verlesen, weil ihre Veröffentlichung in der DDR-Presse verhindert wurde.

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, sind besorgt über den augenblicklichen Zustand unseres Landes, über den massenhaften Exodus vieler Altersgenossen, über die Sinnkrise dieser gesellschaftlichen Alternative und über die unerträgliche „Ignoranz“ der Staats- und Parteiführung, die vorhandene Widersprüche bagatellisiert und an einem starren Kurs festhält. Es geht nicht um „Reformen, die den Sozialismus abschaffen“, sondern um Reformen, die ihn weiterhin in diesem Land möglich machen. Denn jene momentane Haltung gegenüber den existierenden Widersprüchen gefährdet ihn.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Bürger sich in basisdemokratisch organisierten Gruppen finden, um die Lösung der anstehenden Probleme in die eigene Hand zu nehmen; dieses Land braucht die millionenfache Aktivierung von Individualität, die alten Strukturen sind offenbar kaum in der Lage dazu. So haben wir den Aufruf des Neuen Forums zur Kenntnis genommen und finden in dem Text vieles, was wir selber denken, und noch mehr, was der Diskussion und des Austausches wert ist. Wir halten es für überfällig, alte Feindschaften abzubauen und zu überwinden. Es ist nun wichtig, dass der politische Wille großer Teile der interessierten Bevölkerung eine positive Entsprechung „von oben“ findet. Das heißt auch, Anerkennung dieser Gruppen, ihre Tolerierung und Einbeziehung in das Gespräch und in die Gestaltung dieser Gesellschaft, wie es die Verfassung der DDR mit ihren Bestimmungen gebietet.

Dieses unser Land muss endlich lernen, mit andersdenkenden Minderheiten umzugehen, vor allem dann, wenn sie vielleicht gar keine Minderheit sind.

[...] Wir wollen in diesem Land leben, und es macht uns krank, tatenlos mit ansehen zu müssen, wie Versuche einer Demokratisierung, Versuche einer gesellschaftlichen Analyse kriminalisiert bzw. ignoriert werden. Wir fordern jetzt und hier sofort den öffentlichen Dialog mit allen Kräften. Wir fordern eine Öffnung der Medien für diese Probleme. Wir fordern Änderung der unaushaltbaren Zustände. Wir wollen uns den vorhandenen Widersprüchen stellen, weil nur durch ihre Lösung und nicht durch ihre Bagatellisierung ein Ausweg aus dieser Krise möglich sein wird.

Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen. Die Zeit ist reif. Wenn wir nichts unternehmen, arbeitet sie gegen uns.

45

Berlin, den 18. September 1989

Namentlich unterschrieben von 42 Künstlerinnen und Künstlern

Zitiert nach: Rein, Gerhard (Hg.): Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus. Berlin 1989, S. 150 f.

1. Arbeiten Sie aus dem Aufruf heraus, welche Haltung die Künstlerinnen und Künstler gegenüber dem Staat DDR sowie der DDR-Regierung haben.
2. Erklären Sie den Satz „Feiges Abwarten liefert gesamtdeutschen Denkern Argumente und Voraussetzungen“.
3. Beurteilen Sie, ob die Sorgen der zeichnenden Künstlerinnen und Künstler berechtigt waren.

### M7 Wahlergebnisse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990

Wahlbeteiligung: 93,4 %		Stimmen (%)	Mandate
CDU <sup>1</sup>	Christlich-Demokratische Union <sup>2</sup>	40,82	163
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	21,88	88
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus <sup>2</sup>	16,40	66
DSU <sup>1</sup>	Deutsche Soziale Union	6,31	25
BFD	Bund freier Demokraten: Deutsche Forumpartei, Liberaldemokratische Partei <sup>2</sup> , Freie Demokratische Partei	5,28	21
Bündnis 90	Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Freiheit und Menschenrechte	2,91	12
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands <sup>2</sup>	2,18	9
Grüne-UFV	Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband	1,97	8
DA <sup>1</sup>	Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch	0,92	4
Sonstige		0,89	4

Nach: Uwe Andersen und Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Berlin <sup>2</sup>1995, S. 676

<sup>1</sup> Allianz für Deutschland (CDU, DSU und DA)

<sup>2</sup> ehemalige Blockparteien

1. Ordnen Sie die programmatischen Aussagen der Parteien auf ihren Wahlplakaten (M3) deren Wahlergebnissen bei den Volkskammerwahlen zu. Erläutern Sie, welche Schlüsse sich auf die Ziele der Wählerinnen und Wähler daraus ziehen lassen.
2. Insbesondere Frankreich und Großbritannien standen der Wiedervereinigung zunächst sehr skeptisch gegenüber. Diskutieren Sie Gründe, warum sich der Widerstand verschiedener Staaten nach den Volkskammerwahlen verringerte.



32072-336

### M8 Die juristische Umsetzung der Wiedervereinigung

#### a) Zugrundeliegende Verfassungsbestimmungen

Die Verfassung der DDR hatte eine Wiedervereinigung nicht in Erwägung gezogen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik gab es zwei Artikel für diesen Fall – und sie widersprachen sich:

1. Variante 1: Artikel 23 GG: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der [Bundesrepublik Deutschland]. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“
2. Variante 2: Artikel 146 GG: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Zitiert nach: <https://www.verfassungen.de/gg49-i.htm> [Zugriff: 22.12.2013]

#### b) Tatsächliche Umsetzung

Deutsch-deutscher Staatsvertrag vom 1. Juli 1990:

##### Wirtschaftsunion

- Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR
- Übernahme von Regelungen des westdeutschen Wirtschafts- und Arbeitsrechts
- 5 – Finanzzuweisungen der Bundesrepublik zum Ausgleich des DDR-Haushalts

##### Währungsunion

- Bundesrepublik und DDR als einheitliches Währungsgebiet und DM als gemeinsame Währung
- 10 – Währungsumstellung Mark der DDR in DM: je Einwohner (abhängig vom Alter) 2000, 4000 oder 6000 Mark im Verhältnis 1 : 1
- Umwandlung sonstiger Guthaben und Schulden im Verhältnis 2 : 1
- 15 – Fortzahlung von Löhnen, Renten, Mieten usw. 1 : 1

### Sozialunion

- Einführung einer gegliederten Sozialversicherung (mit Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, und Unfallversicherung) in der DDR
- Anschubfinanzierung für die Renten- und Arbeitslosenversicherung der DDR durch die Bundesrepublik
- Anpassung an das westdeutsche Arbeitsrecht

Nach: Infografik Nr. 058290, © Bergmoser+Höllner

1. Formulieren Sie beide Verfahrenswege zur Wiedervereinigung in eigenen Worten und überprüfen Sie anhand des deutsch-deutschen Staatsvertrags, welcher umgesetzt wurde.
2. Diskutieren Sie Chancen und Herausforderungen, die der deutsch-deutsche Staatsvertrag für das wiedervereinigte Deutschland und seine (neuen) Bürgerinnen und Bürger mit sich brachte.



32072-337

### M9 Ein Bürgerrechtler zieht Bilanz

RBB-Interview mit DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz am 23.08.2015 (Foto von 2014)



Das Interview führte Sebastian Schneider, rbb|24:

**rbb | 24:** Herr Schulz, [...] Sie haben [am 23. August 1990, als die Volkskammer ihr eigenes Land abschaffte,] gegen den Beitritt zur Bundesrepublik gestimmt. Würden Sie wieder so entscheiden?

Ja, würde ich. Weil ich den Weg zur Einheit falsch fand. 5 Das bewahrheitet sich doch heute in mehrfacher Hinsicht: Hätten wir damals die Gelegenheit genutzt, einmal gründlich Inventur zu machen, hätte uns das vor vielen größeren Verwerfungen bewahrt. [Es folgen Ausführungen zu Beispielen aus dem Steuerrecht und dem 10 Länderfinanzausgleich]

*Sie waren enttäuscht von dem Abstimmungsergebnis. Warum wäre Ihr „dritter Weg“ zur Einheit denn gerechter gewesen?*

Wir wollten, dass der Hauptanspruch der friedlichen Revolution „Wir sind das Volk“ endlich in der Verfassung umgesetzt wird und es nach der Wiedervereinigung einen Volksentscheid gibt. Diese Möglichkeit ist ja auch im Artikel 146 festgehalten worden. Da steht: Das Grundgesetz gilt bis zu dem Tag, an dem sich das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung gibt. Genau dieser Moment war die deutsche Einheit doch, dafür wurde das Gesetz geschrieben. Ich finde, es ist ein historisches Versagen, dass das nicht erfüllt worden ist. Hätten wir abgestimmt, hätten wir eine vom Volk in beiden Ländern wirklich angenommene Verfassung gehabt – und eine Gründungslegende. [...] Aber bei Helmut Kohl war von historischem Bewusstsein, von Nationalbewusstsein nichts zu spüren. Er hat in diesem Punkt jämmerlich versagt. Es war das reine Klammern an der Macht.

*Trotz Ihres Engagements hat die Bürgerbewegung bei den Bundestagswahlen 1990 keine Rolle gespielt. Hat Sie das getroffen?*

Das war schon ein Schock, wobei ich befürchtet habe, dass wir weniger Stimmen bekommen könnten, als erwartet. Zum einen hatten wir kaum Erfahrung mit Wahlkämpfen und im Gegensatz zu SPD und CDU keine Unterstützung aus dem Westen. Zum anderen haben wir einen schweren Fehler gemacht: Wir haben uns umbenannt. Das „Neue Forum“ war vor der Wende ein Signal zum Aufbruch, alle wollten mitmachen. Wir hatten auf einen Schlag 200 000 Mitglieder. Mit dem Namen wäre es wahrscheinlich besser ausgegangen. [...] Auf der anderen Seite: Mit einem Bundeskanzler, der versprochen hat, im Sommer fahren die Ostdeutschen mit der D-Mark in den Urlaub, konnten wir nicht konkurrieren.

*Wenn Sie heute, 25 Jahre später, zurückblicken: Ist die ehemalige DDR heute mehr als nur ein Anhängsel der alten BRD geworden, wie Sie damals kritisiert haben?*

Ich ziehe da eine gemischte Bilanz. Es gibt Licht und Schatten.

*Reden Sie doch mal übers Licht.*

Durch den Fleiß und die Mühen der Ostdeutschen und die finanzielle und personelle Unterstützung der Westdeutschen haben wir den Aufbau Ost ganz gut hinbekommen. Ganze Stadtquartiere sind ja dem Tod von der Schippe gesprungen, architektonische Perlen aus dem Grau entstanden. Wir haben im Osten heute eine topmoderne Infrastruktur, da ist enorm viel passiert. Allerdings auch mit enormem finanziellen Aufwand, der Osten ist immer noch Transfergebiet. Es sind moderne, konkurrenzfähige Arbeitsplätze entstanden, wenn auch noch zu wenige. Das ist in der europäischen Industriegeschichte einmalig, was wir da geschafft haben.

*Das ist der technische Teil. Was ist in den Köpfen und Herzen der Menschen passiert?*

Ich habe immer gesagt: Die Mauer im Kopf existiert nicht, es ist manchmal nur das Brett davor. Es gibt sicherlich eine ostdeutsche Mentalität, von Sachsen, Thüringern oder Mecklenburgern. Schauen Sie, wir haben noch nicht diese gesamtdeutsche Identität erreicht, vieles mischt sich. Das ist jetzt seit 1871 der sechste Versuch einer Neugründung. Es gibt seitdem praktisch keinen Deutschen der von seiner Geburt bis zum Rentenalter in einem Staat gelebt hat. Für mich ist durch die Vereinigung ein neues Land entstanden. Ich merke das auch an den jungen Leuten, die haben heute ein entspanntes Verhältnis zu ihrer Nationalität, vielleicht so wie junge Schweden oder Franzosen. Diese Identität muss wachsen. Wir haben ja noch nicht allzu viel Zeit in einem Land miteinander verbracht.

Zitiert nach: „Wir waren für die Einheit Deutschlands, aber für einen anderen Weg dorthin“. Sebastian Schneider im Gespräch mit Werner Schulz, rbb|24 vom 23.08.2015, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/11/25-jahre-abstimmung-ddr-volkskammer-beitritt-zu-brd-interview-werner-schulz.html> [18.07.2023]



32072-558

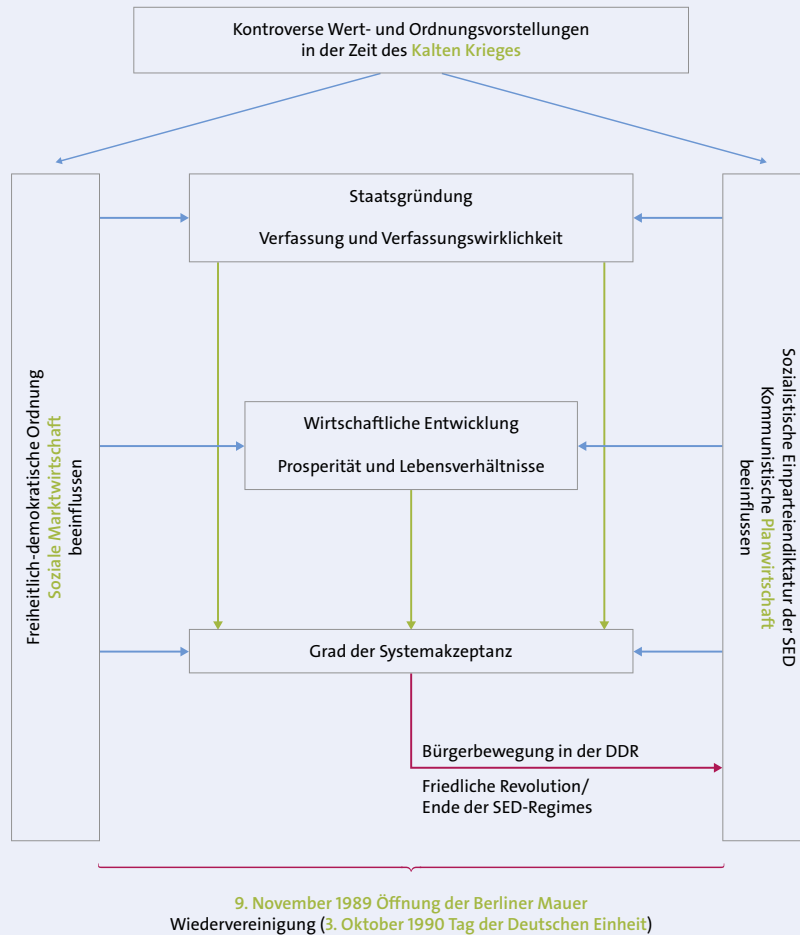
1. Arbeiten Sie aus dem Interview die Position und Argumentation des (ehemaligen) DDR-Bürgerrechtlers zur Rolle der Bürgerrechtsbewegung und zur Wiedervereinigung heraus.
2. Diskutieren und bewerten Sie seine Einschätzungen.

## 5.5 Verfassungsdiskussion zur Deutschen Einheit (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes 32072-559.



## Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik



A

Verwenden Sie bei der Bearbeitung der Aufgaben neben den im Schema genannten auch die folgenden Grundlegenden Daten und Begriffe, soweit diese in den Kontext der jeweiligen Aufgabe gehören:

- 1949 Gründung der beiden deutschen Staaten
- 17. Juni 1953 Aufstand gegen das SED-Regime
- ab 1989/90 Umbruch im „Ostblock“
- Adenauer
- Deutsche Frage
- „Gastarbeiter“
- Grundgesetz
- Mauerbau
- NATO
- Reformen der sozial-liberalen Koalition
- „Staatsicherheit“
- Westintegration
- „68er-Bewegung“

1. Beschreiben Sie mithilfe des Schemas die Auswirkungen der weltanschaulichen Orientierung von Staaten auf die Lebenswelt ihrer Bürgerinnen und Bürger und die Systemakzeptanz.
2. Erklären Sie auf Grundlage des Schemas das Ende des SED-Regimes. Berücksichtigen Sie dabei kurz- und langfristige Ursachen.



C

M1 Wahlzettel 1949

a) in der entstehenden DDR



b) in der Bundesrepublik Deutschland



3. Analysieren Sie die beiden Wahlzettel und vergleichen Sie sie jeweils mit dem Selbstverständnis der beiden Staaten DDR und Bundesrepublik.
4. 15 der 48 Abgeordneten gehörten der SED an, 17 einer der Blockparteien (der christlich orientierten CDU, der liberalen LPD, der konservativ-nationalen NDPD, der Bauernpartei). Erörtern Sie, welcher Eindruck entsteht bzw. erzeugt werden soll.



C

**M2 Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit?****a) Das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“**

Professor Carlo Schmid (SPD) war Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates und einer der Väter des Grundgesetzes. Am 8. September 1948 nahm er in einer Rede vor dem Plenum Stellung zum Prinzip der „wehrhaften Demokratie“:

Das Erste ist, dass das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muss. [...] Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: 10 Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? [...] Ich für meinen Teil bin der Meinung, dass es nicht zum Begriff 15 der Demokratie gehört, dass sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitseinscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muss man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber 20 aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.

Zitiert nach: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 9. Hrsg. vom Deutschen Bundestag und vom Bundesarchiv, München 1996, Dok. 2, S. 36


<sup>1</sup> Bourgeoisie: franz. für Bürgertum

**b) Das kommunistische Verständnis von Demokratie**

Hermann Matern, Spitzenfunktionär und Mitglied des SED-Politbüros, erläuterte der 7. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig (1958), wie sich die Kommunisten einen gesamtdeutschen Staat vorstellten, und offenbarte dabei das kommunistische Verständnis von Demokratie.

Wir denken nie daran, die Arbeiter- und Bauernmacht wieder aufzugeben. Bei uns lassen wir nicht zu, dass jemand bei den Wahlen kandidiert, der den Kapitalismus wieder aufbauen will. Es geht doch um die 5 Macht, und die Macht ist keine Kleinigkeit, versteht ihr? Ich kenne keinen Fall in der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo die Arbeiterklasse durch den Stimmzettel die Macht erobert hat. [...] Und wenn wir ein- 10 mal die Macht gemeinsam erobert haben, sollen wir dann vielleicht erlauben, dass uns die Bourgeoisie<sup>1</sup> und ihre Parteien mit dem Stimmzettel die Macht wieder wegnehmen könnten? Dann wären wir doch Trottel, 15 dann müssten uns die Arbeiter zum Teufel jagen! [...] Deshalb gibt es also auch keine Opposition nach bürgerlichen Vorstellungen.

Zitiert nach: Eckart Thurich, Die Teilung Deutschlands. 1955 bis zur Einheit, Informationen zur politischen Bildung Nr. 23, Bonn 1991, S. 3

- 
5. Beide deutsche Staaten machten Einschränkungen im Hinblick auf die universelle Gültigkeit der Freiheitsrechte. Arbeiten Sie die jeweilige Argumentation für einen solch gravierenden Schritt heraus und vergleichen Sie diese.
  6. Diskutieren Sie die generelle Berechtigung eines solchen Vorgehens in einer freiheitlichen Demokratie.

D

**M3 Stasi-Bericht über oppositionelle Gruppen**

In einem Bericht des MfS vom 1. Juni 1989 über oppositionelle Gruppen in der DDR in den 1980er-Jahren steht:

Seit Beginn der 80er-Jahre anhaltende Sammlungs- und Formierungsbestrebungen [...] führten zur Bildung entsprechender Gruppierungen [...]. Gegenwärtig bestehen in der DDR ca. 160 derartige 5



Zusammenschlüsse. [...] Sie gliedern sich in knapp 150 sog. kirchliche Basisgruppen, die sich selbst [...] bezeichnen als „Friedenskreise“ (35), „Ökologiegruppen“ (39), gemischte „Friedens- und Umweltgruppen“ (23), „Frauengruppen“ (7), „Ärztekreise“ (3); „Menschenrechtsgruppen“ (10) [...] und sog. Regionalgruppen von Wehrdienstverweigerern. [...]

Ableitend aus sog. Gründungserklärungen und 15 Strategiepapieren [...] bilden besonders folgende antisozialistische Inhalte [...] die Schwerpunkte im Wirksamwerden feindlicher, oppositioneller Kräfte:

1. Gegen die Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus gerichtete Angriffe finden ihren 20 konzentrierten Ausdruck in Forderungen nach Änderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung und nach „Erneuerung des Sozialismus“. Dabei berufen sich diese Kräfte immer stärker auf die Umgestaltungsprozesse und die damit verbundenen Entwicklungen in der UdSSR 25 und anderen sozialistischen Ländern. Demagogisch werden Begriffe wie Glasnost, Demokratisierung, Dialog, Bürgerrechte, Freiheit für „Andersdenkende“ oder Meinungspluralismus missbraucht [...].
2. Gegen die Sicherheits- und Verteidigungspolitik gerichtete Angriffe konzentrierten sich [...] auf

Forderungen nach Beseitigung der vormilitärischen Erziehung und Ausbildung der Jugend (u. a. Unterrichtsfach Wehrerziehung), Abschaffung der Wehrpflicht, Einrichtung des sozialen bzw. zivilen „Friedensdienstes“ als gleichwertiger Ersatz für den Wehrdienst und auf Gewährung des Rechts auf Wehrdiensttotalverweigerung aus Gewissensgründen.

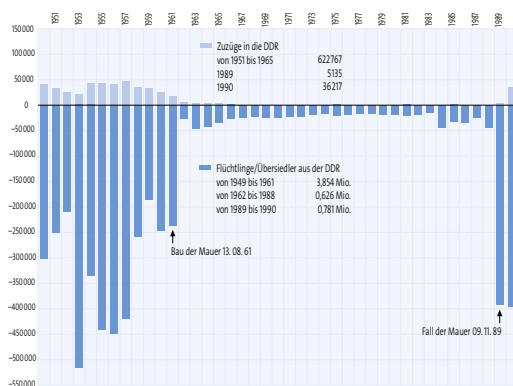
3. Gegen die kommunistische Erziehung der Jugend gerichtete Angriffe beinhalten u. a. Forderungen nach Aufgabe des „Totalitätsanspruches“ der marxistisch-leninistischen Weltanschauung [...].
4. Probleme des Umweltschutzes bilden ein breites 45 Feld zur Diskreditierung der Politik der Partei in Umweltfragen [...].

Zitiert nach: Volker Gransow und Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 54

7. Arbeiten Sie Anliegen der oppositionellen Gruppen aus Sicht des Stasi-Berichtes heraus und setzen Sie diese in Beziehung mit den von den Gruppen selbst formulierten Zielen.
8. Beurteilen Sie die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für die friedliche Revolution in der DDR und den Prozess der Wiedervereinigung.

E

M4 Übersiedler und Flüchtlinge zwischen DDR und Bundesrepublik



Nach: Hartmut Wendt, Wanderungen in Deutschland zwischen Ost und West [...], in: Paul Gans und Franz-Josef Kemper (Hrsg.), Mobilität und Migration in Deutschland, Erfurt 1995, S. 6–8, und Matthias Judt (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, Berlin 1998, S. 545 f.

9. Beschreiben und erklären Sie die Phasen der Zuwanderung und Abwanderung aus der DDR und verknüpfen Sie sie mit Ihnen bekannten Ereignissen und Prozessen.
10. Erörtern Sie, inwiefern die Fluchtbewegung für die DDR in vielerlei Hinsicht ein Problem darstellte – wirtschaftlich, aber auch innen- und außenpolitisch.
11. Erläutern Sie, warum diese Zahlen mehr über die Systemakzeptanz der Bürgerinnen und Bürger der DDR aussagen als die Wahlen.



#### Proteste gegen die Sozialreform „Hartz IV“

Foto vom 2. Juli 2005.  
Das Foto zeigt einen Protestzug in Jüterbog (Brandenburg). Mehrere hundert Menschen aus 29 Städten des Bundeslandes Brandenburg beteiligten sich an der Demo.

#### Blick auf das Straßenschild Halitplatz

Kassel, Foto vom 23. Februar 2015.  
Der Platz wurde nach dem Kasseleer NSU-Mordopfer Halit Yozgat benannt.



#### Die brennenden Zwillingstürme des World Trade Centers, New York

Foto vom 11. September 2001.  
Die bis dahin weitgehend unbekannte islamistische Terrorgruppe namens Al-Qaida (arab.: die Basis, das Fundament) steuerte zwei von Terroristen entführte Flugzeuge in die beiden Türme des Bürokomplexes und brachte diese zum Einsturz.



#### Bundeswehrsoldaten im Kosovo

Foto vom 18. Juni 1999.  
Deutsche Soldaten sammeln in Prizren im Kosovo beschlagnahmte Waffen ein.



# 6 Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei. Damit war Deutschland nach über 40 Jahren der Teilung wiedervereinigt. Das Zusammenwachsen von West- und Ostdeutschland gestaltete sich indes in der Folge schwieriger und langwieriger, als viele es erhofft hatten. Daneben stand die Bundesrepublik in den 1990er- und 2000er-Jahren vor großen innenpolitischen Herausforderungen wie der Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung. Zudem wurden Staat und Gesellschaft verstärkt mit rechtsextremem und islamistischem Terror konfrontiert. Auch schien es lange Zeit undenkbar, dass deutsche Soldaten wieder in einen Krieg ziehen würden. 1999 wurde dies jedoch im Kosovo-Krieg Realität. Überhaupt hat sich die außenpolitische Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013 deutlich verändert.

- ▶ Tragen Sie Ihre Kenntnisse zu folgenden Grundlegenden Daten und Begriffen zusammen:  
3. Oktober 1990 „Tag der Deutschen Einheit“,  
11. September 2001 Anschlag auf das World Trade Center in New York, NATO, Terrorismus.
- ▶ Bringen Sie die nebenstehenden Bilder in eine Reihenfolge. Von welchem der genannten Themen haben Sie bisher am meisten gehört? Welche spielen eine Rolle in den Gesprächen mit Familie und Freunden? Ordnen Sie die Bilder von häufig nach weniger häufig. Tauschen Sie sich erst darüber aus, wenn Ihre persönliche Reihenfolge feststeht.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf zentrale Herausforderungen der Zeit zwischen 1990 und 2009 beurteilen.

... die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf zentrale Herausforderungen der Zeit zwischen 1990 und 2013 beurteilen.

... sich an einem Beispiel mit der veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009 auseinandersetzen.

... sich an zwei Beispielen mit der veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013 auseinandersetzen.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

In der Bundesrepublik Deutschland galt es ab 1990, die Folgen der Wiedervereinigung zu bewältigen. Dazu gehörten die möglichst sozialverträgliche Transformation der Wirtschaft in den „neuen Bundesländern“ und die politische Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Erkenntnis, dass die massiv gestiegene Bedrohung durch Rechtsextremismus nicht auch eine „Folgelast“ der DDR ist, sondern auch die westlichen Bundesländer flächendeckend betrifft, setzte sich bei vielen erst spät durch. Kontroverse Diskussionen entfalteten sich im größer gewordenen Deutschland auch bezüglich einer veränderten außenpolitischen Rolle. Angestoßen wurden sie nicht nur durch Appelle aus dem Ausland, das größer gewordene Deutschland solle mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen, sondern auch durch die sich stark verändernde geopolitische Lage, u.a. durch den Zerfall des „Ostblocks“. Zu den Themen dieses Kapitels werden Sie folgende übergeordnete Fragen begleiten:

- ▶ Mit welchen wesentlichen innenpolitischen Herausforderungen war die wiedervereinigte Bundesrepublik zwischen 1990 und 2009/2013 konfrontiert?
- ▶ Wie begegneten Politik und Gesellschaft diesen und wie sind diese Reaktionen zu beurteilen?
- ▶ Wie änderten sich Deutschlands außenpolitische Leitlinien von der Wiedervereinigung bis 2009/2013?

Setzen Sie sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur auseinander:

- ▶ Inwiefern beeinflusste der – in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern oft kontroverse – Blick auf die DDR das Bemühen um Aufarbeitung der SED-Diktatur?
- ▶ Welche Möglichkeiten und Grenzen ergaben sich dabei, juristisch oder in anderer Form?
- ▶ Warum ist die Aufarbeitung des SED-Regimes für die Akzeptanz des politischen Systems der Bundesrepublik bedeutsam?

Beurteilen Sie die bundesdeutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik zur Bewältigung der Folgen der Wiedervereinigung und zur Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit:

- ▶ Welche kurz- und längerfristigen Herausforderungen stellten sich durch die Wiedervereinigung?
- ▶ Welche Entscheidungen wurden getroffen und mit welchen Folgen?
- ▶ Durch welche strukturellen Probleme war die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland bedroht?
- ▶ Was waren die Ansätze der Agenda 2010 und welche politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen hatte diese?
- ▶ Welche Reaktionen zeigte die Bevölkerung auf die einschneidenden sozialpolitischen Maßnahmen?

Analysieren Sie, welche Gefahren Extremismus und Terrorismus für die Demokratie bergen:

- ▶ Was kennzeichnete den Rechtsterrorismus in den 1990er- und 2000er-Jahren?
- ▶ Wie war die Bundesrepublik mit islamistischem Terrorismus konfrontiert?
- ▶ Welche politischen Maßnahmen wurden gegen Terrorismus ergriffen?
- ▶ Wie wurde und wird Terrorismus zivilgesellschaftlich begegnet?

Erläutern Sie am Beispiel des Krieges im Kosovo, inwiefern sich die Bundesrepublik Deutschland außenpolitisch neu ausrichtete:

- ▶ Wie beteiligte sich Deutschland am Kosovo-Krieg?
- ▶ Welche Motive und welche Kritik gab es an der Beteiligung im Kosovo-Krieg?
- ▶ Wie veränderten sich die Aufgaben der Bundeswehr?
- ▶ **eA: Weshalb führte 2003 eine Koalition unter Führung der USA gegen den irakischen Diktator Saddam Hussein Krieg? Wie entschied die damalige Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Beteiligung? Welche Gründe waren dafür ausschlaggebend?**

Damit haben Sie anhand der zentralen Herausforderungen für die Bundesrepublik im Zeitraum zwischen 1990 und 2009/2013 Motive, Prozesse und Folgen politischer Entscheidungen sowie die Bedeutung von demokratischem Konsens erfasst.



## Vorwissen aktivieren: Deutschland ab 1990

**A**

**a** Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zur Friedenssicherung beginnt.

**b** Weltfinanzkrise (u. a. verursacht durch Spekulationen auf dem Immobilienmarkt)

**c** Sturz Saddam Husseins im Irak durch eine Koalition, angeführt von den USA und Großbritannien

**d** Angriff Al-Quidas auf Ziele in den USA (u. a. World Trade Center)

**e** Erste freie Volkskammerwahl in der DDR

**f** EU-Osterweiterung

**g** Zerfall der Sowjetunion

**h** Der Krieg in Jugoslawien beginnt.

**i** Bildung der ersten rot-grünen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD

**j** Bildung der ersten Großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

**k** Erste Osterweiterung der NATO (Polen, Tschechien, Ungarn)

**l** Beitritt der „neuen“ Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland


1990–1995

1996–1999

2000–2004

2005–2009

1. Ordnen Sie die folgenden innen- und außenpolitischen Ereignisse den jeweiligen Zeiträumen in der richtigen chronologischen Reihenfolge zu.



**B**

1951                      1957                      1967                      1992                      2004

**a** Osterweiterung der EU


**b** Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EG)

**c** Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

**d** Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)

**e** Gründung der Europäischen Union (Vertrag von Maastricht)

2. Ergänzen Sie die Entwicklungsstufen der Europäischen Einigung.



Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.



C

1. Die UNO dient insbesondere der Friedenssicherung und der Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

2. Die Bundesrepublik Deutschland hat einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO.

3. Die Beschlüsse des Sicherheitsrates der UNO sind für alle Mitglieder der UNO verbindlich.

4. Die UNO verfügt über Streitkräfte, die zur Wiederherstellung des Friedens und der internationalen Sicherheit eingesetzt werden können.

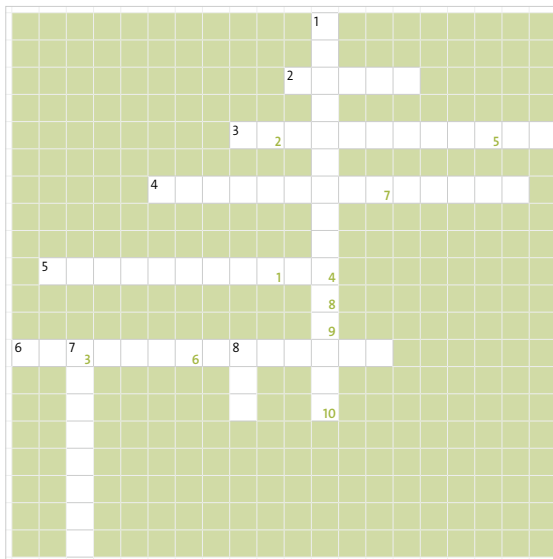
5. Die UNO hat ihren Sitz in Brüssel

3. Richtig oder falsch?



31000-423

D



4. Lösen Sie das Kreuzworträtsel.



31000-426

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

#### Waagerecht

- 2 Nach 1945 Bezeichnung für das Problem der Teilung Deutschlands: Deutsche ... (5 Buchstaben)
- 3 Missverständlicher Begriff für Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die ab 1955 von der Bundesrepublik aus anderen Ländern (u. a. aus Italien, Spanien und der Türkei) angeworben wurden, um den Arbeitskräftemangel der westdeutschen Wirtschaft auszugleichen. (12 Buchstaben)
- 4 Ursprünglich wirtschaftliche Verflechtung und Entstehung globaler Märkte und weltweiter Arbeitsteilung, heute auch ein politisches, gesellschaftliches und kommunikationstechnisches Phänomen. (14 Buchstaben)
- 5 Anwendung unvorhersehbarer Gewalt (z. B. Anschläge, Morde und Entführungen) durch extremistische

- Gruppierungen, um Angst und Schrecken zu verbreiten und politischen Druck auszuüben. (11 Buchstaben)
- 6 Typische Wirtschaftsordnung sozialistischer Staaten wie der DDR. (14 Buchstaben)

#### Senkrecht

- 1 Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik: Soziale ... (15 Buchstaben)
- 7 Nachname des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland. (8 Buchstaben)
- 8 „Mehr Demokratie wagen“ – innenpolitisches Leitmotiv der Koalition aus ... und FDP (3 Buchstaben)



32072-380

Lösung



Weiterführendes Material (eA) finden Sie unter Mediencode 32072-582.



Arbeitsblätter zum Stationenlernen finden Sie unter Mediencode 32072-583.

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ 9. November Öffnung der innerdeutschen Grenze
- ▶ Kalter Krieg
- ▶ ab 1989/90 Umbruch im „Ostblock“
- ▶ 3. Oktober 1990 „Tag der deutschen Einheit“
- ▶ Grundgesetz
- ▶ 1992 Gründung der Europäischen Union
- ▶ Europäische Integration
- ▶ Globalisierung
- ▶ 11. September 2001 Anschlag auf das World Trade Center in New York
- ▶ NATO
- ▶ Osterweiterung der EU
- ▶ Terrorismus
- ▶ UNO

## 6.1 Gesellschaftliche und politische Herausforderungen nach 1990

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die große und berechtigte Freude über die Wiedervereinigung schnell überlagert, mitunter sogar verdrängt von Problemen und Auseinandersetzungen, die auch für die „innere Einheit“ bedeutsam waren. Denn die Aufarbeitung der SED-Diktatur betraf nicht nur die Führungskader, sondern weite Teile der Bevölkerung. Schwere Vorwürfe, die sogenannten neuen Bundesländer rücksichtslos zu behandeln, wurden auch bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der DDR-Vergangenheit laut. Die anfängliche Behauptung, der Rechtsextremismus sei vor allem eine Erscheinung in den neuen Ländern, erwies sich sehr schnell als unwahr.

### Lernaufgabe



Setzen sich mittels des **Stationenlernens** mit zentralen Herausforderungen der Zeit zwischen 1990 und 2009 auseinander und beurteilen Sie jeweils die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen darauf. Halten Sie die **Ergebnisse der Stationen** schriftlich fest (z. B. im Rahmen einer Mindmap, eines Portfolios etc.).

- ▶ Station 1: Aufarbeitung der SED-Diktatur
- ▶ Station 2: Soziale und ökonomische Folgen der Wiedervereinigung
- ▶ Station 3: Die Reformen der Agenda 2010
- ▶ Station 4: Extremistische und terroristische Bedrohungen unserer Demokratie (I): Rechtsterrorismus
- ▶ Station 5: Extremistische und terroristische Bedrohungen unserer Demokratie (II): Umgang mit der Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus

### 6.1.1 Die Aufarbeitung der SED-Diktatur

„Wir sind das Volk!“ – In einer friedlichen Welle des Protests gegen die Führung erkämpften sich die Bürgerinnen und Bürger der DDR 1989 schrittweise ihre Freiheit, bis hin zur **Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9.11.1989**. Am Tag danach rief der Altbundeskanzler Willy Brandt aus: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“ Das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten machte aber auch die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit und insbesondere die Aufarbeitung der SED-Diktatur notwendig.

#### INFO 1: Verklärung der DDR – „Ostalgie“

Obwohl sich die überwältigende Mehrheit der Deutschen 1990 einig war, dass die SED den Staat ruiniert hatte und dass in der DDR Unfreiheit und rechtliche Willkür geherrscht hatten, verschob sich in den Jahren nach 1990 der Blick auf den untergegangenen Staat. Die Mehrheit der Ostdeutschen urteilte, als deutlicher wurde, dass der „Wiederaufbau Ost“ viele Jahre dauern würde und dass Vorstellungen und Gefühle der Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Wiedervereinigungsprozess immer wieder ignoriert wurden, nun milder über die vergangenen Zustände.

Nach der Jahrtausendwende prägten Aussagen wie „Wir waren alle gleich und hatten Arbeit. Darum war es eine schöne Zeit in der DDR“ zunehmend die Beurteilung. Be-

- 10 spitzelung und Hilflosigkeit gegenüber dem SED-Unrecht verblassten dagegen. Diese  
 verklärende Sicht der Vergangenheit zeigte sich nicht nur bei älteren ehemaligen  
 DDR-Bewohnerinnen und -Bewohnern, sondern auch bei vielen Jüngeren, deren Ge-  
 schichtsbild gerade aus privat überlieferten Erinnerungen an die DDR geprägt wurde.  
 Die Mehrheit wollte zwar nicht in die DDR zurück, fühlte sich aber im vereinten  
 15 Deutschland nicht angekommen. Sie war bereit, einen Schlusstrich unter die dunk-  
 len Seiten der DDR-Vergangenheit zu ziehen und negative Seiten weitgehend auszu-  
 blenden.

Markus Michel

► Erläutern Sie die Überschrift „Ostalgie“.



### INFO 2: Der rechtliche Umgang mit der SED-Diktatur

- Mehrere hunderttausend Bürgerinnen und Bürger der DDR waren Opfer des Un-  
 rechtsregimes der SED und hatten ein Recht sowohl auf Aufklärung als auch auf  
 Sühne. Für diese Opfer war es enttäuschend, erleben zu müssen, dass nur etwas mehr  
 als 1000 Personen von knapp 75000, gegen die ermittelt worden war, sich vor Gericht  
 5 wegen teilweise verbrecherischen Machtmissbrauchs verantworten mussten. Von  
 diesen erhielten wiederum nur 753 eine Strafe, die in den meisten Fällen entweder ge-  
 ring war, zur Bewährung ausgesetzt wurde oder nicht im vollen Umfang verbüßt wer-  
 den musste.

- Grund dafür war die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der letzten Re-  
 gierung der DDR, dass Rechtsvergehen auf der Grundlage von in der DDR gültigem  
 10 Recht beurteilt und geahndet werden sollten. Damit konnte den allermeisten der Be-  
 schuldigten kein Rechtsbruch zur Last gelegt werden. Angehörige von Polizei und Ar-  
 mee konnten sich darauf berufen, lediglich Befehle ausgeführt zu haben. Hohe Funk-  
 tionäre wie Erich Honecker und Erich Mielke waren nach rechtsstaatlichen Maßstäben  
 15 aufgrund von Krankheit oder Alter nicht verhandlungsfähig oder wurden wie der  
 letzte SED-Generalsekretär Egon Krenz zwar verurteilt, aber vorzeitig aus der Haft ent-  
 lassen. Ihm war wie anderen nicht nachzuweisen, dass sie ausdrücklich einen Schieß-  
 befehl gegen Flüchtende an der innerdeutschen Grenze gegeben hatten.

- Für die Opfer der staatlichen Gewalt und Diskriminierungen führte dies zu einer  
 20 schwierigen Ausgangssituation, um Entschädigung zu erlangen. Ein unschuldig In-  
 haftierter hatte zunächst einen Anspruch auf 153 Euro, später 307 Euro pro Inhaftie-  
 rungsmonat. Seit 2019 erhalten Opfer der politischen Verfolgung eine Opferrente in  
 Höhe von 330 Euro ab einer Mindesthaft von 90 Tagen.

- Die Reaktionen auf die rechtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur sind zwiespältig: An-  
 25 gesichts der eher moderaten, vielleicht sogar unzureichenden Aufarbeitung stellte  
 sich bei vielen auf der Täterseite kein Unrechtsbewusstsein ein. Vielmehr sah man  
 sich bestätigt, seine Pflicht getan und Gesetze eingehalten zu haben. Noch lebende  
 Opfer beklagen hingegen, dass erlittenes Unrecht ungesühnt blieb.

Markus Michel

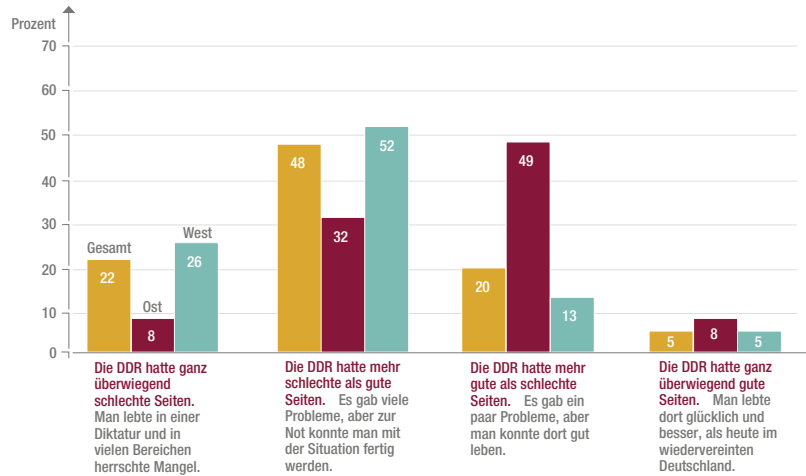
1. Skizzieren Sie die rechtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur.
2. Beurteilen Sie deren Erfolg.



Personen aus folgenden Gruppen  
 mussten sich nach der Wieder-  
 vereinigung wegen (verbrecheri-  
 schen) Machtmissbrauchs vor  
 Gericht verantworten:

- offizielle und inoffizielle Mit-  
 arbeiter der Stasi
- Richterinnen und Richter
- Angehörige der Volkspolizei
- Justizpersonal
- Ärztinnen und Ärzte
- Funktionärinnen und Funktio-  
 näre der SED
- vor allem die ehemals „Mächti-  
 gen“ wie Erich Honecker und  
 die andere Mitglieder des Polit-  
 büros der SED und des Staats-  
 rats der DDR

M1 Die DDR ein Unrechtsstaat? Beurteilung der Lebenssituation in der DDR



Quelle: Repräsentative Befragung in eigenem Auftrag durchgeführt von TNS Emnid 20.04.-23.04.2009  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, www.bpb.de

1. Analysieren Sie die Grafik M1 und arbeiten Sie insbesondere den Unterschied zwischen west- und ostdeutscher Beurteilung der Lebenssituation in der DDR heraus.
2. Erschließen Sie sich ausgehend von Ihren Ergebnissen den Begriff der sogenannten Ostalgie.
3. Diskutieren Sie, welchen Einfluss diese Beurteilung auf die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit haben kann.

M2 Ermittlungsverfahren und Strafverfolgung von DDR-Unrecht

a) Bundesländer insgesamt: Ermittlungsverfahren, Erledigungen und Anteil der Anklagen an Erledigungen

Bundesland	Ermittlungsverfahren	Erledigungen	
		Gesamt	Anklagen
Berlin	21553	21452	419 (2,0%)
Brandenburg	circa 23000	circa 23000	99 (circa 0,4%)
Mecklenburg-Vorpommern	4775	4775	60 (1,3%)
Sachsen	12606	12606	279 (2,2%)
Sachsen-Anhalt	6540	6540	79 (1,2%)
Thüringen	6420	6420	101 (1,6%)
Gesamt	circa 74894	circa 74793	1037 (circa 1,4%)

Aus: [https://werle.rewi.hu-berlin.de/strafverfolgung\\_faktenundzahlen.pdf](https://werle.rewi.hu-berlin.de/strafverfolgung_faktenundzahlen.pdf) [Zugriff: 23.09.2023]

Hilfreiche Links zur juristischen Aufarbeitung der SED-Diktatur finden Sie unter Mediencode 32072-587.

**b) Freisprüche und Urteile nach Deliktgruppen**

Deliktgruppe	Rechtskräftige				
	Aburteilungen	Freisprüche		Verurteilungen	
Gewalttaten an der Grenze	385	110	(28,6%)	275	(71,4%)
Rechtsbeugung	301	120	(39,9%)	181	(60,1%)
Wahlfälschung	103	4	(3,9%)	99	(96,1%)
Mfs <sup>1</sup> -Straftaten	131	62	(47,3%)	69	(52,7%)
Misshandlung Gefangener	57	15	(26,3%)	42	(73,7%)
Doping	47	0	(0,0%)	47	(100,0%)
Amtsmissbrauch/Korruption	32	10	(31,3%)	22	(68,8%)
Wirtschaftsstraftaten	18	5	(27,8%)	13	(72,2%)
Denunziation	9	4	(44,4%)	5	(55,6%)
Sonstiges	6	6	(100,0%)	0	(0,0%)
Gesamt	1089	336	(30,9%)	753	(69,1%)

Klaus Marxen, Gerhard Werle und Petra Schäfter, Die Strafverfolgung von DDR-Unrecht – Fakten und Zahlen, Berlin, 2007, S. 25 und 41

**c) Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den ostdeutschen Ländern**

Bundesland	Überprüfte Beschäftigte	Hinweise auf Stasi-Arbeit	Beendete Arbeitsverhältnisse	Nicht gekündigt*
Brandenburg	63 521	4342	1400	<b>68</b>
Sachsen-Anhalt	90 110	5446	1829	66
Meck.-Vorpommern	72 806	4931	1785	64
Berlin	52 459	3806	1899	50
Sachsen	180 740	8653	4311	50
Thüringen <sup>1</sup>	80 150	4220	2213	48
Insgesamt	<b>539 786</b>	<b>31398</b>	<b>13 437</b>	<b>57</b>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article4088964/Wie-aus-Stasi-Mitarbeitern-Staatsdiener-wurden.html> [Zugriff: 05.10.2023]



1. Analysieren Sie die Grafiken und halten Sie Ihre Ergebnisse thesenartig fest.
2. Überprüfen und ergänzen Sie Ihre Ergebnisse mittels INFO 2.
3. Beurteilen Sie den Erfolg der juristischen Aufarbeitung.

<sup>1</sup> Mfs: Abkürzung für Ministerium für Staatssicherheit

<sup>2</sup> Thüringen hat seine Zahlen nie richtig transparent gemacht, die Angaben sind daher leider wenig aussagekräftig.

**M3 „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“**

Insgesamt hat der Deutsche Bundestag zwei Enquête-Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ eingesetzt: 1992–1994 und 1995–1998. In einem 2017 erschienen Online-Artikel lässt der Autor Norbert Seitz unter anderem Mitglieder der Kommissionen zu Wort kommen. Eine Auswahl:

**a) Reiner Eppelmann (Bürgerrechtler und Verteidigungsminister in der letzten, demokratisch gewählten DDR-Regierung 1990, CDU):**

Für mich ist Aufarbeitung von DDR-Geschichte und DDR-Vergangenheit ein ungeheuer komplexes Problem, das man nicht einer bestimmten Berufsgruppe oder einer bestimmten Bevölkerungsschicht überlassen sollte, sondern da sollten möglichst alle beteiligt sein, die Juristen genauso wie die Historiker, die Politiker genauso wie die Kriminalisten.

[...] weil wir uns weder als eine Gruppe verstehen, die Erich Honecker verurteilen soll oder frei sprechen soll [...] oder – wen auch immer – mit einem Orden zu versehen hat. Uns geht es darum, deutlich zu machen: Wie sah das Leben dieser 16 Millionen Ostdeutschen aus?

**b) Markus Meckel (früherer Bürgerrechtler und letzter Außenminister der DDR, SPD):**

Die Arbeitsweise der Kommission war, dass wir viele Anhörungen machten, das heißt wir luden Betroffene ein. Betroffene heißt sowohl auf der Ebene der Täter bis hin aus dem Politbüro, aber auch Opfer. Wir luden Sachverständige aus der Wirtschaft ein, auch aus den oppositionellen Gruppen, aber eben auch aus Kirchenleitungen. Das Wichtige war, dass wir ein plurales Bild haben wollten, um uns ein eigenes Urteil zu bilden. Da die Anhörungen öffentlich waren, war dies gewissermaßen auch noch eine öffentliche Lehrstunde in Sachen kommunistischer Diktatur für Deutschland als Ganzes.

**c) Günter Schabowski (Mitglied des Zentralkomitees der SED und des Politbüros, Sekretär für Informationswesen):**

Es war verwirrt, das ist der Punkt! Und man muss sich die Frage stellen, wenn man mit einem solchen Anspruch angetreten ist und hatte soviel Zeit [...] Wodurch ist es dazu gekommen [...], dass wir so gestrandet sind. Die Frage muss man sich beantworten.


**d) Klaus Schroeder (Politikwissenschaftler und Historiker an der Freien Universität Berlin):**

Die juristische Aufarbeitung ist gescheitert. Sie musste scheitern, weil der Einigungsvertrag festgelegt hat, dass auf Grundlage des DDR-Rechts verhandelt werden müsse. Die Gerichte haben das zum Teil mit Rückgriff auf internationale Rechtsvorschriften oder auf die Radbruch-Formel versucht zu umgehen, sodass es wenigstens zumindest bei den Gewalttaten an der Grenze zu einigen Verurteilungen kam.


**e) Hubertus Knabe (Leiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen):**

Wir hatten ja gedacht, nachdem die Aufarbeitung des NS ziemlich schiefgelaufen war, dass wir aus diesen Erfahrungen lernten und es besser machen würden, d. h. die Opfer besser entschädigen, dafür Sorge tragen, dass nicht wieder alte Kader in Positionen kommen und vor allem die Verantwortlichen für Verbrechen vor Gericht gestellt werden. Das alles ist uns leider bei der SED-Diktatur auch nicht gelungen, jedenfalls zum größten Teil.

M3 a bis e zitiert nach: Norbert Seitz, Der SED-Diktatur droht das Vergessen, <https://www.deutschlandfunk.de/ddr-geschichte-der-sed-diktatur-droht-das-vergessen-100.html> [Zugriff: 05.03.2023]



1. Arbeiten Sie verschiedene Aufgabenfelder und Problemstellungen beim Umgang mit der SED-Diktatur heraus. Stellen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede strukturiert gegenüber.
2. Begründen Sie, welche der Aussagen für Sie am treffendsten ist.
3. Recherchieren Sie arbeitsteilig Museen bzw. Gedenkstätten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (z. B. Deutsches Museum Mödlareuth) und beschreiben Sie, wie dort die Erinnerungsarbeit und die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit konzipiert sind. Bewerten Sie die dort geleistete Aufarbeitung.
4. Nehmen Sie begründet Stellung, ob bzw. inwieweit die Aufarbeitung der SED-Diktatur gelungen ist.

 Mithilfe von Medieneocode 32072-590 gelangen Sie zu den Webseiten des Museums in Mödlareuth und die Gedenkstätte Hohenschönhausen.



### 6.1.2 Umgang mit sozialen und ökonomischen Herausforderungen

Im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007 hieß es: „Die neuen Bundesländer befinden sich auf einem guten wirtschaftlichen Entwicklungspfad.“ Welche Entwicklungen nach dem Ende der DDR waren aber seit 1990 bis zu diesem Moment notwendig, welche Verwerfungen gab es und welchen weiteren, neuen Herausforderungen musste sich das wiedervereinigte Deutschland stellen? In diesem Teilkapitel setzen Sie sich mit eben diesen sozialen und ökonomischen Entwicklung zwischen 1990 und 2009 auseinander.

#### INFO 1: Soziale und ökonomische Folgen der Wiedervereinigung

Die größte Herausforderung im wiedervereinigten Deutschland lag im wirtschaftlichen Angleichungsprozess zwischen Ost und West. Die marode DDR-Wirtschaft und eine zerschlossene Infrastruktur waren eine schwere Hypothek für die Zeit nach 1990. Eine entscheidende Rolle bei der wirtschaftlichen Transformation spielte die Treuhandanstalt, die die Wirtschaft von einer Planwirtschaft zu einer leistungs- und wettbewerbsfähigen Marktwirtschaft umbauen sollte. Von 1990 bis 1994 privatisierte sie rund 12 500 Betriebe. Noch heute ist die Treuhandanstalt umstritten, da im Zuge ihrer Tätigkeit auch ca. 3500 Betriebe stillgelegt wurden und Hunderttausende von Arbeitsplätzen insbesondere in der Industrie verloren gingen.

10 Doch der starke Einbruch der Industrie hatte seine Ursachen auch in der Binnennachfrage nur nach Westprodukten, veralteten Industrieanlagen, hohen Lohnkosten, der Währungsumstellung sowie im Wegbrechen der Absatzmärkte in den ehemals sozialistischen Staaten im Osten ab 1991.

15 Bis in die 2000er-Jahre blieb das Wirtschaftswachstum der neuen Länder hinter dem in Westdeutschland zurück. Zwar glich sich zwischen 1990 und 2006 die Wirtschaftsstruktur der neuen Länder an den Westen an, jedoch konnte der Abstand zum Westen nicht verkleinert oder gar ausgeglichen werden.

20 Dem Arbeitsplatzwandel und -abbau versuchte die staatliche Arbeitsmarktpolitik insbesondere durch Frühverrentung, Um- oder Weiterbildungsmaßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften mit Summen in Milliardenhöhe entgegenzuwirken. Eine ausgeprägte Abwanderungsbewegung der 18- bis 30-Jährigen nach Westen führte jedoch dazu, dass ältere, weniger mobile Arbeitslose zurückblieben und der Anteil sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigter im Osten in den 2000er-Jahren von etwa 27,8 Millionen auf 26 Millionen sank, während der Anteil geringfügig Beschäftigter von 4,1 Millionen auf 6,5 Millionen anwuchs.

25 Die Politik reagierte auf die sozioökonomischen Herausforderungen mit der umfassenden Förderung von Investitionen und der Infrastruktur (1991/1992: Aufbau Ost: 24 Mrd. DM; 1995 bis 2004: Solidarpaket I: 82 Mrd. Euro; 2005 bis 2019: Solidarpaket II: 156 Mrd. Euro). Finanziert wurde diese u. a. mit dem Solidaritätszuschlag auf die Einkommenssteuer. Mitte der 2000er-Jahre entspann sich eine öffentliche Diskussion um die Höhe und Ausrichtung der Subventionen. Finanzschwache westdeutsche Kommunen, die sich für ihre Finanzleistung am „Aufbau Ost“ zum Teil auch verschulden mussten und eigene Aufgaben für ihre Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wahrnehmen zu können glaubten, protestierten und forderten Unterstützung, was ostdeutsche Politiker zurückwiesen.

Markus Michel

▶ Erstellen Sie zu den sozialen und ökonomischen Folgen der Wiedervereinigung ein Schaubild.



Einen Link zum Solidarpaket finden Sie unter Mediacode 32072-591.

**INFO 2: Die Agenda 2010**

In den 1990er-Jahren bis Anfang der 2000er zeigte sich, dass das wiedervereinigte Deutschland im internationalen Vergleich ein geringeres Wirtschaftswachstum vorweisen konnte und an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt hatte. Hohe Steuern und Abgaben, Bürokratie und hohe Arbeitskosten verhinderten die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Als Folge der Globalisierung ließen sich nicht nur einfache Arbeitstätigkeiten, sondern auch hochwertige Waren und Dienstleistungen kostengünstiger im Ausland herstellen und immer komplexere Arbeitsschritte setzten eine immer höhere Bildung der Arbeitenden voraus. Dies führte zu einer relativ hohen Arbeitslosigkeit mit einer wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen. All diese Faktoren, zu denen noch der demografische Wandel hinzukam, gefährdeten darüber hinaus die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme und deren Finanzierung.

Mit einem großen Reformpaket wollte die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) die Sozialsysteme sanieren, den Arbeitsmarkt flexibilisieren und die öffentlichen Finanzen konsolidieren.

Die im März 2003 vorgeschlagene „Agenda 2010“ umfasste ein breites Spektrum an Reformmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Ausbildung, Sozialversicherung und Arbeitsmarkt. Ziel war es, Menschen durch konsequentes Fordern und Fördern möglichst rasch wieder in Arbeit zu bringen, dazu die Bundesagentur für Arbeit zu modernisieren und Vermittlungsprozesse zu dynamisieren sowie durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer „Grundsicherung“ die Ausgaben für (langjährige) Arbeitslosigkeit zu senken.

Mit Inkrafttreten der Gesetze zeigte sich in den Jahren ab 2005 ein deutlicher Aufschwung am Arbeitsmarkt, die Zahl der Arbeitslosen ging von knapp 5 Millionen (2005) auf etwa 2,3 Millionen (2019) zurück. Insbesondere auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wuchs deutlich an (2017: 44 Mio. sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse), was zu einer relativen, kurzfristigen Entlastung der Sozialversicherungen führte. Die noch in den frühen 2000er-Jahren angespannte Lage der öffentlichen Haushalte mit einer in Folge hohen Neuverschuldung Deutschlands stabilisierte sich positiv bis zum Jahr 2020.

Kehrseite der positiven Wirkung der Agenda 2010 auf die wirtschaftliche Entwicklung waren deren soziale Folgen:

- Durch die Einführung der Grundsicherung wurden zwar rund ein Drittel der Leistungsempfänger bessergestellt, mehr als die Hälfte jedoch schlechter, sodass die Armutsquote sich auf fast zwei Drittel erhöhte.
- Die Zahl der Arbeitslosen sank auch deshalb, weil Beschäftigung im Niedriglohnbereich und Zeitarbeit legalisiert wurden. Diese sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse haben oft zur Folge, dass man vom erwirtschafteten Lohn nicht leben kann.

Gegen die Reformen der Agenda 2010 und insbesondere „Hartz IV“ gab es zahlreiche Protestkundgebungen. Von der SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit waren viele Wählerinnen und Wähler enttäuscht, sodass diese bei den folgenden Landtags- und Bundestagswahlen Stimmen einbüßte.

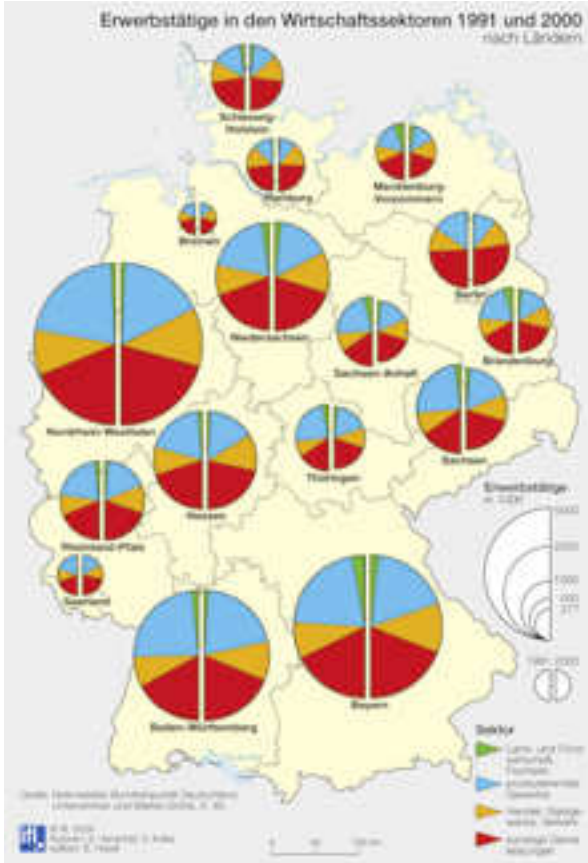
Markus Michel

1. Erläutern Sie Gründe und Ziele der Reformen der Agenda 2010.
2. Stellen Sie positive und negative Folgen tabellarisch gegenüber.
3. Nehmen Sie Stellung, ob die Reformen unter der Kanzlerschaft Schröders erfolgreich waren.



**M4 Wirtschaftliche Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung**

**a) Erwerbstätige in den Wirtschaftssektoren nach Ländern 1991 und 2000**



1. Arbeiten Sie zentrale wirtschaftliche Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung aus den Statistiken heraus, indem Sie die Entwicklungen in den westdeutschen und den sogenannten neuen Ländern vergleichen.
2. Diskutieren Sie auf Basis Ihrer Ergebnisse soziale Folgen.
3. Die Politik reagierte auch insbesondere mit einem Solidarpaket für Ostdeutschland auf die Herausforderungen. Recherchieren Sie online, worin dieser bestand und welche Zielsetzungen er hatte.



**b) Arbeitslosenquote**

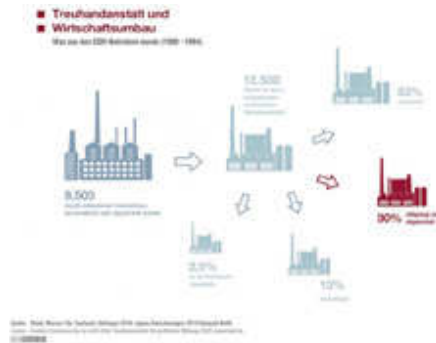
	Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, in Prozent		
	Deutschland	Westdt. <sup>1</sup>	Ostdt. <sup>2</sup>
1980	–	3,3	–
1981	–	4,8	–
1982	–	6,7	–
1983	–	8,1	–
1984	–	8,1	–
1985	–	8,2	–
1986	–	7,9	–
1987	–	7,9	–
1988	–	7,7	–
1989	–	7,1	–
1990	–	6,4	–
1991	–	–	–
1992	7,7	–	–
1993	8,9	–	–
1994	9,6	8,1	14,8
1995	9,4	8,1	13,9
1996	10,4	8,9	15,5
1997	11,4	9,6	17,7
1998	11,1	9,2	17,8
1999	10,5	8,6	17,3
2000	9,6	7,6	17,1
2001	9,4	7,2	17,3
2002	9,8	7,6	17,7
2003	10,5	8,4	18,5
2004	10,5	8,5	18,4
2005	11,7	9,9	18,7
2006	10,8	9,1	17,3
2007	9,0	7,4	15,0
2008	7,8	6,4	13,1
2009	8,1	6,9	13,0
2010	7,7	6,6	12,0
2011	7,1	6,0	11,3
2012	6,8	5,9	10,7
2013	6,9	6,0	10,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 02/2014

<sup>1</sup> bis 1990 mit Berlin-West, ab 1991 ohne Berlin

<sup>2</sup> mit Ostberlin

### M5 Treuhandanstalt



1. Analysieren Sie das Schaubild, indem Sie die Rolle und die Bilanz der Treuhandanstalt herausarbeiten.
2. Diskutieren Sie wirtschaftliche und soziale Folgen des Wirtschaftsumbaus.

### M6 Keine einfachen Erklärungen

Der Historiker Marcus Böick nimmt zur Bewertung der Treuhandanstalt folgendermaßen Stellung:

Neoliberale Abwicklungsorgie oder alternativloses Krisenmanagement? Bis heute stehen sich diese beiden Sichtweisen frontal wie feindselig gegenüber. Gerade seit 2015 hat sich diese lange zumindest auf nationaler Ebene abgeflaute Diskussion nochmal massiv im Kontext deutlicher Wahlerfolge rechtspopulistischer Kräfte vor allem im Osten wieder verstärkt. Der ewige Streit über „Erfolg“ oder „Scheitern“ von Treuhand und Wirtschaftsumbau ist dabei stets auch auf den „Wert“ des DDR-Volkvermögens bezogen. Es braucht dabei oft eindeutige Hauptschuldige: die sozialistische Planwirtschaft Ost hier, die neoliberalen Privatisierer<sup>1</sup> West da. Doch gerade mit Blick auf die sich nun allmählich im Bundesarchiv öffnenden Akten der Treuhandanstalt wird deutlich: einfache Erklärungen werden auch hier keine befriedigenden Antworten liefern können. Für zukünftige Diskussionen gilt es dabei vielmehr, das komplexe Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren aus unterschiedlichen Perspektiven in den Blick zu nehmen, der den wirtschaftlichen Umbau des Ostens zu ei-

<sup>1</sup> Privatisierer befürworten, dass möglichst alle Betriebe und Unternehmen privates Eigentum sind und nicht staatliches.

nem „perfekten Sturm“ werden ließ: die ohnehin schwierige Lage vieler Ostbetriebe nach vier Jahrzehnten übersteuerter Planwirtschaft dramatisierte sich nämlich nochmals erheblich nach der von vielen Ostdeutschen so sehnsüchtig herbeigesehnten und -gewählten Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990. Da war die Treuhand noch gar nicht richtig aktiv. Als diese dann aber kurze Zeit später mit ihrer Arbeit begann, setzte sie rigoros auf ein hohes Tempo und immense Beschleunigung in der ordnungspolitischen Überzeugung, so die besten Ergebnisse für die Unternehmen zu erzielen. Nur zusammengenommen – Krise der Planwirtschaft, Schock der Währungsunion, forcierte Massenprivatisierungen – erklärt sich das sich nach 1990 dann im Osten entfaltende wirtschaftliche Umbruchs- und Krisenszenario, das das vereinte Deutschland bis heute umtreibt. Die Betriebe, die hiermit verknüpften Traditionen sowie auch die tausendfachen Erwerbsbiografien im Osten gerieten dabei rasch ins Abseits und fielen oft einer gefühlten Entwertung anheim. Dass bei den Betroffenen rasch der Wunsch groß war, den (vermeintlich) „Schrott“ gegen westliche Übergriffe weiter trotzig zu verteidigen, kann genau wenig verwundern wie das gegenteilige Beharren auf marktwirtschaftlichen „Notwendigkeiten“.

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/fakten-meinung-mythen-die-ddr-als-projektionsflaeche/treuhand>  
[Zugriff: 05.12.2023]

1. Stellen Sie die beiden konträren Sichtweisen auf die Treuhandanstalt und die jeweils angeführten Argumente tabellarisch gegenüber.
2. Arbeiten Sie die Bewertung der Treuhandanstalt durch Marcus Böick und seine Argumentation heraus.

### M7 Notwendige Veränderungen?

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 14. März 2003 zur „Agenda 2010“:

[...] Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt die Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und der sozialen Entwicklung in Europa zu kommen. [...] Deutschland hat darüber hinaus – das gilt es ebenfalls zu sehen – mit einer Wachstumsschwäche zu kämpfen, die auch strukturelle Ursachen hat. Die Lohnnebenkosten haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmer zu einer kaum mehr tragbaren Belastung geworden ist und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, mehr Beschäftigung zu schaffen. Investitionen und Ausgaben für den Konsum sind drastisch zurückgegangen, [...] In

## 6.1 Gesellschaftliche und politische Herausforderungen nach 1990

dieser Situation muss die Politik handeln, um Vertrauen wieder herzustellen.

- 15 Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und für mehr Beschäftigung verbessern. Ich möchte Ihnen heute Punkt für Punkt darlegen, welche Maßnahmen nach Überzeugung der Bundesregierung vorrangig ergriffen und umgesetzt werden müssen – für Kon-
- 20 junktur und Haushalt, für Arbeit und Wirtschaft, für die soziale Absicherung im Alter und bei Krankheit. Wir

werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen. [...]

Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 32. Sitzung, Plenarprotokoll 15/32, S. 2479 bis 2493

- ▶ Arbeiten Sie Gründe und Zielsetzung der „Agenda 2010“ heraus.



32072-597

### M8 Reaktionen aus der Bevölkerung

#### a) „Montagsdemonstration“ 2004

Wie hier in Hamburg demonstrierten am 30. August 2004 insgesamt mehr als 200 000 Menschen in über 200 Städten gegen die Hartz-IV-Reformen.



#### b) Demonstant in Berlin (Oktober 2004)

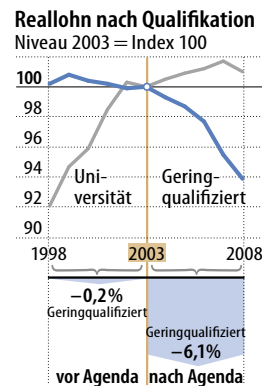
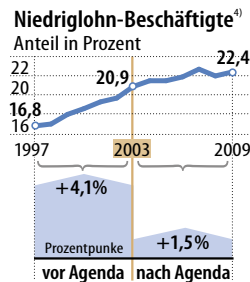
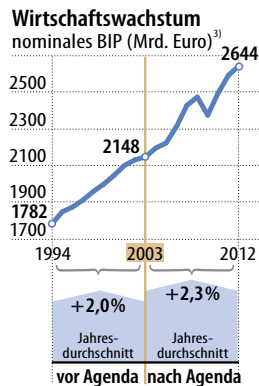
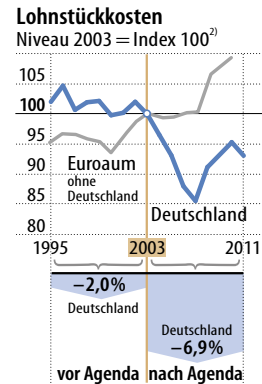
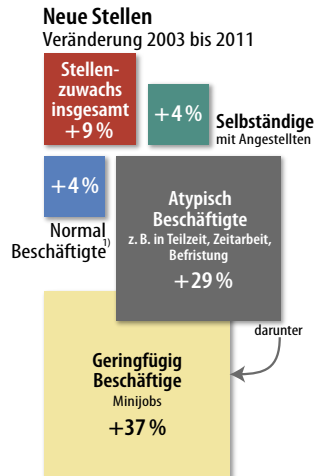
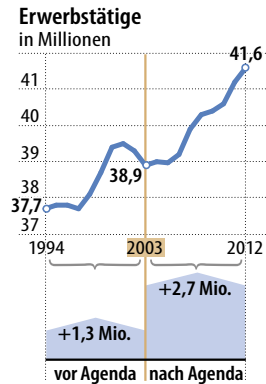


1. Beschreiben Sie die gesellschaftlichen Reaktionen.
2. Beurteilen Sie die geäußerte Kritik. Diskutieren Sie dabei, inwiefern sich Kritik an der „Agenda 2010“ und an der Wiedervereinigung verbunden haben.



32072-598

M 9 Bilanz zur Agenda 2010



1) In Vollzeit, unbefristet, sozialversichert. 2) Sondereffekt 2009 herausgerechnet. 3) BIP: Bruttoinlandsprodukt. 4) Bis zu 60 Prozent des Median-Einkommens. Quellen: Bundesagentur für Arbeit; IAB; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen F.A.Z.-Grafik Brocker

1. Arbeiten Sie die Entwicklungen heraus, die die „Agenda 2010“ zur Folge hatte.
2. Diskutieren Sie davon ausgehend den Erfolg der Reformen.

Weiterführendes Material mit einer Einschätzung zur „Agenda 2010“ (eA) finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-600.



### 6.1.3 Extremismus und Terrorismus als Gefahr für die Demokratie

Seit den 1990er-Jahren sahen sich Staat und Gesellschaft verstärkt mit dem Terror von Rechtsextremen und Islamisten konfrontiert. In diesem Teilkapitel informieren Sie sich über die rechtsextreme bzw. islamistische Bedrohung der 1990er und 2000er Jahre und setzen sich mit gesellschaftlichen und politischen Reaktionen darauf auseinander.

#### INFO 1: Rechtsterroristische Gewalt in den 1990er- und 2000er-Jahren

Gewaltbereite rechtsextremistische Gruppen oder Einzeltäter, die die Demokratie ablehnten, von einem Führer-Staat und einem „Großdeutschen-Reich“ träumten und rassistisch-antisemitisches Gedankengut verbreiteten, gab es in Deutschland seit den 1950er-Jahren. Seit den 1990er-Jahren kam es jedoch zu immer mehr Brand- und Bombenanschlägen gegen Migrantenwohnheime und -wohnungen, Gewaltandrohungen, Körperverletzungen und Morden. Betroffen waren Menschen mit Migrationshintergrund, muslimischer oder jüdischer Religionszugehörigkeit, Homosexuelle, politisch links Stehende, aber auch Angehörige der Polizei als Vertreterinnen und Vertreter der staatlichen Ordnung, die durch solche Terrorakte destabilisiert werden sollte.

- 10 Die Terrorwelle begann 1991 mit Ausschreitungen gegen Unterkünfte von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern und radikalisierte sich in Form von Brandanschlägen auf Aufnahmeeinrichtungen für Asylsuchende. Bald wurden auch private Wohnungen und Häuser von Familien mit Migrationshintergrund im ganzen Bundesgebiet zum Ziel der Anschläge. Dabei gab es Verletzte und Todesopfer. 1998 und 2002 wurden auch Sprengstoffanschläge auf jüdische Friedhöfe in Berlin verübt.

In den 2000er-Jahren nahm der Terror signifikant zu. Zwischen 2000 und 2006 verübte der sog. „Nationalsozialistische Untergrund“ („NSU“) Mordanschläge auf neun Menschen mit Migrationshintergrund sowie drei Sprengstoffanschläge. 2007 wurde dabei die Polizistin Michèle Kiesewetter im Dienst erschossen.

- 20 Charakteristisch für diesen Rechtsterrorismus waren die geringe Größe der Terrorgruppen, ihre Vernetzung und Unterstützung in der Neonazi-Szene, die zielgerichtete Gewaltintensität und die Tatsache, dass die Täterinnen und Täter ihre Gewalttaten nicht öffentlich für sich reklamierten. Die Folge war, dass Nachrichtendienste, Staatsanwaltschaften und Polizei für viele dieser Taten rechtsextreme Motive nicht einmal in Erwägung zogen. Im Fall des NSU verdächtigten sie anfangs sogar die Opfer und deren Angehörigen als Kriminelle.

Seit Mitte der 2010er Jahre nahmen auch Fälle zu, in denen ein – häufig über das Internet – radikalisierter Einzeltäter seine Tat verübte, so z. B. auf die Synagoge in Leipzig (2019) oder den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke, der 2019 wegen seiner liberalen Flüchtlingspolitik ermordet wurde.

Markus Michel

1. Recherchieren Sie arbeitsteilig nähere Informationen zu den genannten rechtsterroristischen Gewaltenakten in den 1990er- und 2000er-Jahren. Stellen Sie sich Ihre Ergebnisse gegenseitig vor.

2. Erläutern Sie die davon ausgehende Gefährdung für die freiheitliche Demokratie.

#### INFO 2: Islamistischer Terrorismus

Nach den Anschlägen islamistischer Terroristen der Al-Quaida in den USA am 11.9.2001 sah sich die Bundesrepublik direkt mit islamistischem Terror konfrontiert, dessen Ziel es ist, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung so stark zu destabilisieren, dass



Zur 2022 in Nürnberg eröffneten Ausstellung „Rechtsterrorismus – Verschwörung und Selbstermächtigung 1945 bis heute“ sowie auf die Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema „Rechtsextremismusprävention“ führt Mediencode 32072-601.



Webseiten über islamistischen Terrorismus finden Sie mithilfe von Mediencode 32072-603.

dort eine neue Ordnung auf der Grundlage des Koran eingeführt werden kann. Dies umso mehr, als die NATO die Anschläge als Bündnisfall wertete. Dabei nutzen Islamisten den ansteigenden Rechtsextremismus in der Gesellschaft als Mittel zur Mobilisierung von Anhängerinnen und Anhängern, ebenso wie auch Rechtsextreme auf den Islamismus verwiesen, um ihre Taten zu rechtfertigen. Beide Ideologien waren also deutlich aufeinander bezogen. Die Bundesrepublik unterstützte die US-Regierung im Rahmen der NATO-Mission ISAF darin, afghanische Al-Qaida-Stützpunkte in einer militärischen Operation zu zerschlagen. Dass die Bundeswehr an ISAF teilnahm, markierte die Abkehr von der Haltung der Bundesrepublik, ihre Soldaten nicht in Auslandskampfeinsätze zu entsenden. Obwohl Deutschland den Kampf gegen Al-Qaida in Afghanistan aktiv unterstützte, blieb es – im Gegensatz zu Frankreich oder Großbritannien – von schweren Terrorangriffen weitgehend verschont. Seit 2002 wurden mehr als ein Dutzend Attentate von Terroristen geplant, darunter Attentate beispielsweise auf jüdische Einrichtungen, Polizeibeamtinnen und -beamte oder Nahverkehrszüge. Sie wurden aber sämtlich verhindert oder misslungen.

Markus Michel

► Charakterisieren Sie das Gefahrenpotenzial, das von islamistischem Terror ausgeht.



**M10 Für Demokratie und Toleranz**

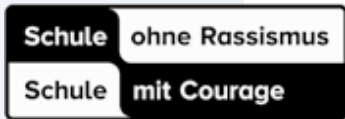
a) Zusammenschluss zahlreicher staatlicher, zivilgesellschaftlicher Akteure und Religionsgemeinschaften



**BAYERISCHES BÜNDNIS FÜR TOLERANZ**

Demokratie und Menschenwürde schützen

b) Schulnetzwerk in Deutschland



**INFO 3: Staat und Gesellschaft reagieren**

Weder dem rechtsextremen noch dem islamistischen Terror ist es gelungen, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik zu schwächen oder gar in eine Krise zu stürzen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit der Behörden wurde, trotz erkennbarer Fehler und immer wieder aufflammender Kritik, nicht nachhaltig beschädigt. Rechtsextreme Parteien konnten bis zum Ende der 2000er-Jahre nicht vom Terror profitieren. Der Staat zeigte sich aber auch abwehrbereit, was sich etwa in einer Reihe von Verboten von rechtsextremen und islamistischen Vereinigungen durch das Bundesministerium des Inneren sowie die Innenministerien der Länder seit 1992 widerspiegelt. Weiterhin verbesserten die deutschen

Sicherheitsbehörden – insbesondere Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Generalbundesanwaltschaft – seit dem 11. September 2001 ihre Methoden der Terrorbekämpfung. Sie arbeiteten enger zusammen und intensivierten ihre Kooperation mit Sicherheitsbehörden anderer Staaten. Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 verabschiedete der Bundestag am 14. Dezember 2001 das Terrorismusbekämpfungsgesetz mit neuen Befugnissen für die Sicherheitsbehörden. Infolge weiterer Terroranschläge in Europa wurde es immer wieder erweitert und angepasst. Die Gesellschaft reagierte auf den rechtsextremen und islamistischen Terror beispielsweise mit Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und religiösen Fanatismus sowie Gedenkveranstaltungen für die Opfer. Auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen wurden ins Leben gerufen wie etwa das 2005 auf Initiative der evangelischen und katholischen Kirche gegründete „Bayerische Bündnis für Toleranz“ gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Markus Michel

► Erklären Sie, in welchem Zusammenhang rechtsextremer und islamistischer Terrorismus standen und warum die Täter Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik nicht nachhaltig erschüttern konnten.

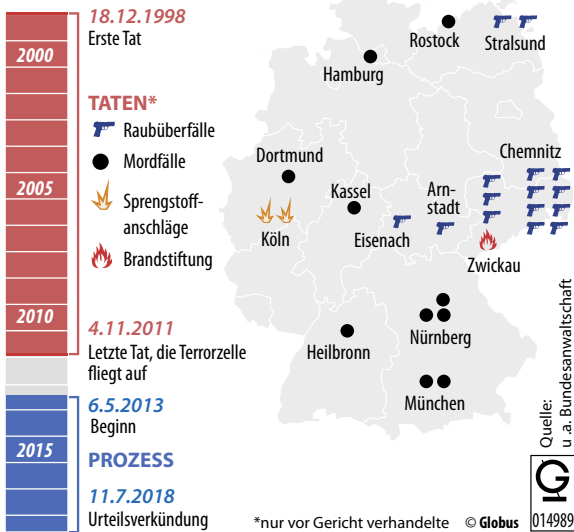


## M11 Der Nationalsozialistische Untergrund

## Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU)

Die rechtsextreme Terrorgruppe NSU ermordete zehn Menschen, verübte Sprengstoffanschläge und beging Raubüberfälle. Die Mitglieder waren Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. 2011 flogen sie auf. Die Männer begingen daraufhin Selbstmord, Zschäpe kam vor Gericht.

### Von den Taten zum Prozess



▶ Werten Sie das Schaubild aus.

32072-606

## M12 Was ist Rechtsterrorismus?

Der Politikwissenschaftler Gideon Botsch erläutert dazu:

[...] Rechtsextremistischer Terror fiel oft aus dem Raster der Sicherheitsbehörden, weil einige seiner Spezifika mithilfe der gängigen Terrorismusdefinitionen nicht adäquat zu fassen waren. Dies betraf den Charakter und die Organisationsformen der ausführenden Akteure, Besonderheiten des Tatmodus' und die Zusammensetzung der Opfergruppen. Eine elaborierte Zellen- und Untergrundstruktur [...] war im Rechtsextremismus allenfalls ausnahmsweise gegeben, und die Akteure entsprachen nicht dem Bild fanatischer, aber auch intellektueller Gesinnungstäter\*innen, das man sich [...] von Terrorist\*innen machte. Die Taten hatten in der Regel auch nicht denselben Signalcharakter wie Attentate auf prominente Angehörige der Eliten, und eine detaillierte, politisch-ideologische Kommandoerklärung gab es selten. [...] Für die Terrorismusforschung, die Terror-

akte in erster Linie als Formen der „Kommunikation“ betrachtet, war das Fehlen eines Bekenntnisses oft ein Ausschlussgrund, überhaupt von politisch motivierter Gewalt auszugehen [...].

Im Fall des NSU ging die Strategie auf: Die eigene Klientel verstand – zumindest teilweise – welche Logik hinter den Taten steckte; dafür spricht der Song „Döner-Killer“ der Rechtsrock-Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ von 2010, in dem die damals noch unaufgeklärte Mordserie verherrlicht wird. Die breite Öffentlichkeit [...] interpretierte sie – befördert durch die Richtung der Ermittlungen und die Informationspolitik der Behörden – als Taten krimineller Ausländer oder Ausdruck politischer Konflikte in den Herkunftsländern. [...] Viele Migrant\*innen waren sich klar darüber, dass die Gewalttaten rassistisch motiviert waren und sich gegen sie als Gruppe richteten; frühzeitig wiesen sie auf Neonazis als Täter\*innen hin. Gerade diese Zielauswahl wurde aber durch die in Deutschland gängigen Terrorismusdefinitionen nicht hinreichend berücksichtigt, die auf politisch angefeindete Repräsentant\*innen „des Systems“ orientiert waren. Übergriffe gegen eine gesellschaftliche Minderheit, eine rassistisch oder anderweitig ausgegrenzte Bevölkerungsgruppe, blieben in dieser Problembeschreibung weithin ausgeblendet.

[...] Zunächst bleibt festzuhalten, dass Gewalt im Rechtsextremismus einen zentralen Stellenwert hat. Dabei geht es allerdings nicht immer um die Anwendung von Gewalt durch den jeweiligen rechtsextremen Akteur. Dieser kann aus unterschiedlichen Gründen auf politische Gewalt verzichten: Häufig sind rechtsextreme Akteure Befürworter einer starken staatlichen Autorität, die exklusiv und stellvertretend ausführendes Organ der gesellschaftlich erwünschten Gewalt sein soll. Dem demokratischen Rechtsstaat und seinen Organen werfen sie ihre „Schwäche“ vor und fordern einen härter strafenden, abschreckenden und vergeltenden Staat – einen Staat, der „draufhaut“, „wegsperrt“ und „abschiebt“. [...] Insofern er einer radikalen „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ folgt und eine umfassende „Dominanzkultur“ anstrebt, sieht der Rechtsextremismus im „Prinzip der Stärke“ den zentralen Wirkmechanismus der Gesellschaft, dem zivile Formen gesellschaftlicher Kooperation und Konfliktlösung grundsätzlich unterlegen sind. [...]

[...] Zwischen Spontanat und durchorganisierter, geplanter, vorbereiteter und koordinierter Aktion findet sich ein breites Feld an verschiedenen Handlungen. Charakteristisch ist, dass die Zielgruppen vorab im rechtsextremen Diskurs benannt, ausgesondert, stigmatisiert und zu Feindgruppen erklärt worden sind.

[...] Bei terroristischen Gewaltstrategien bemächtigt sich eine kleine, nicht offen agierende Gruppe – im Grenzfalle auch ein Einzelner – systematisch dieses Mittels [gemeint ist der punktuelle Einsatz von Gewalt]. Primär geht es nicht darum, ein bestimmtes, begrenztes „taktisches“ Ziel zu treffen, sondern auf symbolische Weise mithilfe des Gewalteinsetzes eine Botschaft zu verbreiten: [...] Die eigenen Anhänger\*innen im Sinne der „Propaganda der Tat“; die breite Öffentlichkeit im Sinne einer „Strategie der Spannung“, die auf allgemeine Verunsicherung und die Verfestigung von Stereotypen über ausgegrenzte und angefeindete Gruppen setzt; schließlich diese Gruppen selbst, die terrorisiert, verunsichert und eingeschüchtert werden sollen. [...] Die Einzeltäterproblematik kompliziert die Angelegenheit. [...] „Der private Computer erlaubt den direkten Kontakt in die Medienwelt der Rechtsextremisten“, wo- 85 durch eine Politisierung ohne „personelle Verbindun-

gen“ möglich werde. Insbesondere in jüngerer Zeit [...] nehmen Täter in ihren Tatbekenntnissen explizit Bezug auf vorangegangene Fanal- und Vorbildtaten und bekunden ihren Wunsch, Nachahmer zu finden. [...] Das Beispiel der Einzeltäterproblematik zeigt, wie kompliziert es ist, eine griffige und präzise Definition in einem Feld zu finden, das ständig in Bewegung ist.

Gideon Botsch, Was ist Rechtsterrorismus?, aus: Politik und Zeitgeschichte APuZ 49–50/2019, S. 9–14

1. Arbeiten Sie Merkmale des Rechtsterrorismus heraus. Berücksichtigen Sie dabei auch insbesondere die Rolle von Gewalt.
2. Erklären Sie, was dazu beitrug, dass der NSU von den Sicherheitsbehörden unbehelligt agieren konnte.
3. Nehmen Sie begründet Stellung zur Gefährdung der Demokratie durch den Rechtsterrorismus.

### M13 Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus

Bayern hat 2009 – auch anlässlich des mutmaßlich rechtsextremistischen Attentats auf den bayerischen Polizeibeamten Alois Mannichl – ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus erstellt, das laufend fortgeschrieben wird:

The infographic consists of three vertical pillars representing the 'Three Pillars' of the Bavarian Action Concept against Right-Extremism:

- 1. SÄULE: VORBEUGEN (Prevention)**
  - 1. Allgemeine Demokratieverankerung und Wertevermittlung
    - 1.1. Schule und Bildung
    - 1.2. Medienbildung und Jugendberufshilfe
    - 1.3. Erwachsenenbildung
  - 2. Phänomenbezogene Interventionen und Prävention
    - 2.1. Öffentlichkeitsarbeit
    - 2.2. Ass. und Fortbildungen/ Sensibilisierung
    - 2.3. Präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen
    - 2.4. Jugendberufshilfe/ Gewerkschaft/ Personal/Parasportler
    - 2.5. Historische Aufarbeitung
    - 2.6. Internationale rechtliche/ politische/ gesellschaftliche Bildungsaustauschprojekte
    - 2.7. Wissenschaft und Forschung
    - 2.8. Antirassistische Arbeit
    - 2.9. Prävention im Fußballbereich
    - 2.10. Netzwerke/Initiativen
- 2. SÄULE: UNTERSTÜTZEN (Support)**
  - 1. Beratung
    - 1.1. Öffentlichkeitsarbeit
    - 1.2. Beratung von Angehörigen und Familien
    - 1.3. Beratung von Olig.
    - 1.4. Familienberatung
    - 1.5. Beratung der Schulsysteme
    - 1.6. Beratung von Verbänden
    - 1.7. Vermittlung von Beratungsangeboten und Akteuren
  - 2. Desradikalisierung
    - 2.1. Reparativer Ausmaßprogramm
- 3. SÄULE: EINGREIFEN (Intervention)**
  - 1. Bewusstheit durch Verfassungsschutz
    - 1.1. Politisches Einmischen
  - 2. Repression
    - 2.1. Politisches Einmischen
    - 2.2. Vereinigungs- und Parteiverbote/ Ausschluss von der Parteimitgliedschaft
    - 2.3. Strafverfolgung
    - 2.4. Justizvollzug
    - 2.5. Öffentlichkeitsarbeit

Aus: [https://www.justiz.bayern.de/media/pdf/projekte/broschueC3%BCre\\_handlungskonzept\\_gegen\\_rechtsextremismus\\_stand\\_oktober\\_2022.pdf](https://www.justiz.bayern.de/media/pdf/projekte/broschueC3%BCre_handlungskonzept_gegen_rechtsextremismus_stand_oktober_2022.pdf)

### M14 Politische Reaktionen auf die islamistische Bedrohung

Dazu äußert sich der Politikwissenschaftler Hendrik Hegemann wie folgt:

„9/11“ [Terroranschläge u. a. auf das World Trade Center am 11.9.2001] hat nicht nur politische und gesellschaftliche Denkweisen über Art und Ausmaß der Bedrohung durch terroristische Gewalt verändert, sondern auch Vorstellungen darüber, welche Schritte im Kampf gegen diese Gefahr als notwendig und angemessen erachtet werden. Wenige Tage nach den Anschlägen erklärte der US-Präsident George W. Bush dem transnationalen Terrorismus den Krieg und versprach, die USA und ihre Verbündeten in diesem Kampf mit aller Entschlossenheit zum Sieg zu führen. Das Narrativ des „Kriegs gegen den Terror“ etablierte sich in den Folgejahren als ein dominanter politischer und gesellschaftlicher Deutungsrahmen. Es prägte nicht nur die Außenpolitik vieler Staaten und ihre Beziehungen untereinander, sondern beeinflusste auch, wie liberale Demokratien nach innen im Umgang mit ihren eigenen Bürger\*innen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ausgestalten. Viele demokratische Staaten beschlossen mit dem Verweis auf die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus eine Vielzahl weitreichender Maßnahmen und griffen damit auf zuvor kaum denkbare Weise in Grund- und Freiheitsrechte ein.

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/nine-eleven-2021/336154/normalisierung-des-ausnahmestands/> [Zugriff: 07.03.2023]

- ▶ Erklären Sie, inwiefern es sich bei den Terroranschlägen vom 11. September 2001 um eine Zäsur handelt.



### M15 Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) vom 9. Januar 2002 – Auszüge daraus

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes

[...] (5) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben [...] erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren [...] vorliegen. [...]

(7) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben [...] erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren [...] vorliegen.

(8) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben [...] bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummer oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung [...],
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienstleistungen,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit. [...]

#### Änderung des Gesetzes über Personalausweise

[...] (4) Der Personalausweis darf neben dem Lichtbild und der Unterschrift auch weitere biometrische Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesicht des Personalausweisinhabers enthalten. Das Lichtbild, die Unterschrift und die weiteren biometrischen Merkmale dürfen auch in mit Sicherheitsverfahren verschlüsselter Form in den Personalausweis eingebracht werden. [...]

Aus: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/gesetzestexte/Terrorismusbekampfungsgesetz\\_pdf.pdf?jsessionid=79458CFC0600EF2EC27BB14AA96786071\\_cid322?\\_\\_blob=publicationFile&v=2, S. 361–367/](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/gesetzestexte/Terrorismusbekampfungsgesetz_pdf.pdf?jsessionid=79458CFC0600EF2EC27BB14AA96786071_cid322?__blob=publicationFile&v=2, S. 361–367/)

1. Erarbeiten Sie exemplarisch, welche Rechte die deutschen Ermittlungsbehörden in Folge von „9/11“ mit dem mehrmals geänderten und ergänzten Terrorismusbekämpfungsgesetz erhielten.
2. Beurteilen Sie, ob damit „auf zuvor kaum denkbare Weise in Grund- und Freiheitsrechte ein[gegriffen wurde]“ (Hendrik Hegemann).
3. Nehmen Sie begründet Stellung, ob das Gesetz zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein geeignetes Mittel darstellt, um islamistischem Terrorismus zu begegnen.



Zum Thema „Der Irakkrieg“ (eA) gelangen Sie mithilfe von Mediencode 32072-613.



Webseiten mit weiteren Informationen zum Kosovokrieg und der Rolle Deutschlands dabei finden Sie unter Mediencode 32072-614.

#### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Kalter Krieg
- ▶ ab 1989/90 Umbruch im „Ostblock“
- ▶ 1992 Gründung der Europäischen Union
- ▶ Globalisierung
- ▶ 11. September 2001 Anschlag auf das World Trade Center in New York
- ▶ NATO
- ▶ Osterweiterung der EU
- ▶ Terrorismus
- ▶ UNO

## 6.2 Neue Rolle in der Außenpolitik

Dass deutsche Soldaten wieder in einen Krieg ziehen würden, schien lange Zeit undenkbar. 1999 wurde dies im Kosovo-Krieg jedoch Realität. Wieso hat sich die deutsche Haltung verändert? Welche Rolle spielt Deutschland in internationalen Konflikten?

### Lernaufgabe



Bereiten Sie mithilfe der folgenden Aufgaben den Austausch zur veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik am Beispiel des Kosovo-Krieges im Rahmen eines „Sektempfangs“ vor. Fertigen Sie sich schriftliche Notizen in Stichpunkten an.

1. Recherchieren Sie grundlegende Informationen zum Kosovokrieg und zur Rolle Deutschlands (INFO 1, M1 und/oder Online-Recherche).
2. Der Einsatz der Bundeswehr war und ist umstritten. Stellen Sie Argumente dafür und dagegen tabellarisch gegenüber (M2, M3).
3. Nehmen Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse zum Kosovo-Krieg begründet Stellung zur veränderten außenpolitischen Rolle Deutschlands. Bewegen Sie sich nun frei durch den Kursraum und tauschen Sie Ihre Positionen begründet im Rahmen eines „Sektempfangs“ in mehreren kurzen Zweier- und Dreiergruppen aus, sobald sie Mitschülerinnen und Mitschüler treffen.

### INFO 1: Deutschland im Kosovo-Krieg

Mit dem Hinweis auf sogenannte „ethnische Säuberungen“ der serbisch-jugoslawischen Armee im Kosovo beschloss die NATO 1999, Luftangriffe gegen Serbien zu fliegen, obwohl es kein ausdrückliches Mandat der UN gab. Die rot-grüne Bundesregierung, die am 27. Oktober 1998 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, folgte der Empfehlung ihrer Vorgängerin aus CDU/CSU und FDP und stimmte einer deutschen Beteiligung am NATO-Einsatz zu, um „einen Völkermord zu verhindern“. Die deutsche Bevölkerung befürwortete die Regierungsentscheidung zunächst mehrheitlich. Die Regierungspartei Bündnis 90/Grüne, die sich als Anti-Kriegspartei verstand, blieb jedoch zwischen Befürwortung und Ablehnung des Kampfeinsatzes gespalten.

Die breite Zustimmung wurde dadurch erleichtert, dass Deutschland eine Führungsrolle bei der Entwicklung einer diplomatischen Lösung übernahm. Am 14. April 1999 präsentierte Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Grüne) die entscheidende Initiative für einen Friedensplan. Auf der Grundlage einer UN-Resolution rückte die NATO-KFOR (NATO-Kosovo Force) im Kosovo ein. Neben den USA, Großbritannien und Frankreich übernahm Deutschland zum ersten Mal gleichberechtigt Verantwortung im Rahmen einer UN-Mission.

In den Jahren nach dem Friedensschluss wurde allerdings die Frage nach der Rechtmäßigkeit des NATO-Luftangriffs auf zivile wie militärische Ziele in Jugoslawien ohne UN-Mandat zunehmend kontrovers diskutiert. Dies umso mehr, als nach und nach Indizien für Menschenrechtsverletzungen durch die kosovarische „Befreiungsarmee“ UCK ans Licht kamen.

Markus Michel

- ▶ Arbeiten Sie heraus, warum die Rechtmäßigkeit der Militäreinsätze gegen Jugoslawien umstritten ist.





**INFO 2: Eine neue außenpolitische Rolle?**

Der Kosovo-Konflikt zeigte das Dilemma deutscher Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und nach der Wiedervereinigung: Von der Bundesrepublik erwarteten die NATO-Verbündeten, allen voran die USA, angesichts der instabilen sicherheitspolitischen Lage nach dem Zerfall der UdSSR und in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ ein stärkeres aktives außenpolitisches Engagement. So beschloss die Bundesregierung die Beteiligung am Kosovokrieg und an den KFOR-Einsätzen auch, um Zweifel an der Zuverlässigkeit der Bundesrepublik auszuräumen.

Damit wandte sie sich aber von der bisherigen außenpolitischen Linie ab, nach der es nach der Kriegspolitik der Nationalsozialisten keine Auslandseinsätze der deutschen Verteidigungsarmee geben dürfe.

Schon wenig später war abzusehen, dass Bundesregierungen bei einem stärkeren militärischen Engagement der Bundesrepublik in den internationalen Bündnissystemen Gefahr liefen, den innenpolitischen Rückhalt zu verlieren. Um außenpolitisch nicht isoliert zu werden, wenn sie dem Willen der Bevölkerungsmehrheit folgte, setzte die rot-grüne Bundesregierung auf eine Ausweitung der bereits existierenden Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese umfasste zivile und militärische Maßnahmen der EU auf dem Gebiet des internationalen Krisenmanagements und der Konfliktverhütung ebenso wie eine „schnelle Eingreiftruppe“ von 60 000 Soldaten. Weiterhin wurden militärische Einsätze im Ausland, vor allem „out of area“, d. h. außerhalb des Territoriums der NATO-Mitgliedstaaten, strikt an ein Mandat der UN geknüpft.

Markus Michel

1. Erklären Sie, inwiefern sich die deutsche Außenpolitik in einem Dilemma befand.
2. Bewerten Sie die Entscheidung der Bundesregierung in diesem Dilemma.

**M1 Der Kosovo (Stand 2017)**

Nach dem Krieg 1999 wurde der Kosovo unter die Verwaltungshoheit der UN gestellt. Seine Unabhängigkeitserklärung von 2008 wurde bzw. wird von 78 UN-Mitgliedstaaten (Stand 2023), darunter die Volksrepublik China, Russland und fünf EU-Staaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien, Zypern) nicht anerkannt. Sie betrachten den Kosovo weiterhin als autonome, zu Serbien gehörende Region. Die Flaggen symbolisieren die Führungsnation der UN-Einheiten in den jeweiligen Sektoren (im Uhrzeigersinn von Westen): Italien und Deutschland (abwechselnd), Frankreich, Schweden, USA.

- ▶ Analysieren Sie die Karte und erklären Sie die Schwierigkeit, den Konflikt zwischen Serbien und der Kosovo-Regierung politisch zu lösen.
- ▶ Für serbische Nationalisten ist der Kosovo wegen der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 (nahe Pristina) sehr bedeutend. Recherchieren Sie zu dieser Schlacht und deren Bedeutung.



## M2 Standpunkte zur Intervention der NATO

### a) Der ungarische Schriftsteller György Konrad meint dazu 1999:

Die gutwillige Einmischung der NATO hat mit dem Anspruch, das Morden zu stoppen, noch mehr Morden bewirkt. Nachdem NATO-Bomben auf der Flucht befindliche albanische Zivilisten getötet hatten, brachten die  
5 zuständigen Sprecher ihr Bedauern darüber zum Ausdruck. Im Fall serbischer Zivilisten unterblieben diese Beileidsbekundungen oder erfolgten recht tonlos. Welcher Tote ist ein guter und welcher ein böser Toter? [...] Bomben sind das Mittel für einen Krieg zwischen den  
10 Staaten und nicht für die Rettung von Menschen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. April 1999, S. 31

### b) Der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer in einem Interview vom 19. Juli 1999:

Wir haben dort militärisch eingegriffen, weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passiert sind und dadurch die Sicherheit in Europa gefährdet war. [...] Aber was hätten wir im März tun sollen, als Milošević das Kosovo ethnisch säuberte? Hätten wir die Hände in den Schoß legen und den Kosovo-Albanern sagen sollen: Tut uns leid, wir würden euch ja gerne helfen, aber wir kriegen keinen Sicherheitsratsbeschluss? In was für  
10 einer Welt leben wir eigentlich?

„tageszeitung“ vom 19. Juli 1999 (Auszüge)

► Stellen Sie die beiden Positionen tabellarisch gegenüber und bewerten Sie diese.



## M3 Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Lage im Kosovo

In einer Erklärung vom 24. März 1999 sagt der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milošević führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz verschärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen

Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen  
15 Mitteln durchzusetzen.

Die Militäraktion richtet sich nicht gegen das serbische Volk. [...] Wir werden alles tun, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Noch Ende letzter Woche hat die jugoslawische Delegation auf der Pariser Konferenz selbst minimale Zugeständnisse abgelehnt. Dies ist umso weniger verständlich, als das ausgehandelte Friedensabkommen den Bestand Jugoslawiens nicht infrage stellt. Vielmehr hat die Europäische Union Belgrad eine Rückkehr in die internationalen Organisationen und eine schrittweise  
25 Aufhebung der Sanktionen für den Fall einer Friedenslösung in Aussicht gestellt.

Die Antwort Belgrads war der Bruch von Verträgen und die Entsendung weiterer Truppen in den Kosovo. Deshalb blieb als letztes Mittel nur die Anwendung von Gewalt. [...]

Mit der gemeinsam von allen Bündnispartnern getragenen Aktion verteidigen wir auch unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Werte, nur eine Flugstunde von uns entfernt, mit Füßen getreten werden.

An dem Einsatz der NATO sind auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt. So haben es Bundesregierung und der Deutsche Bundestag beschlossen – in Übereinstimmung  
40 mit dem Willen der großen Mehrheit des Deutschen Volkes.

Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leichtgemacht, schließlich stehen zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten im Kampfeinsatz.

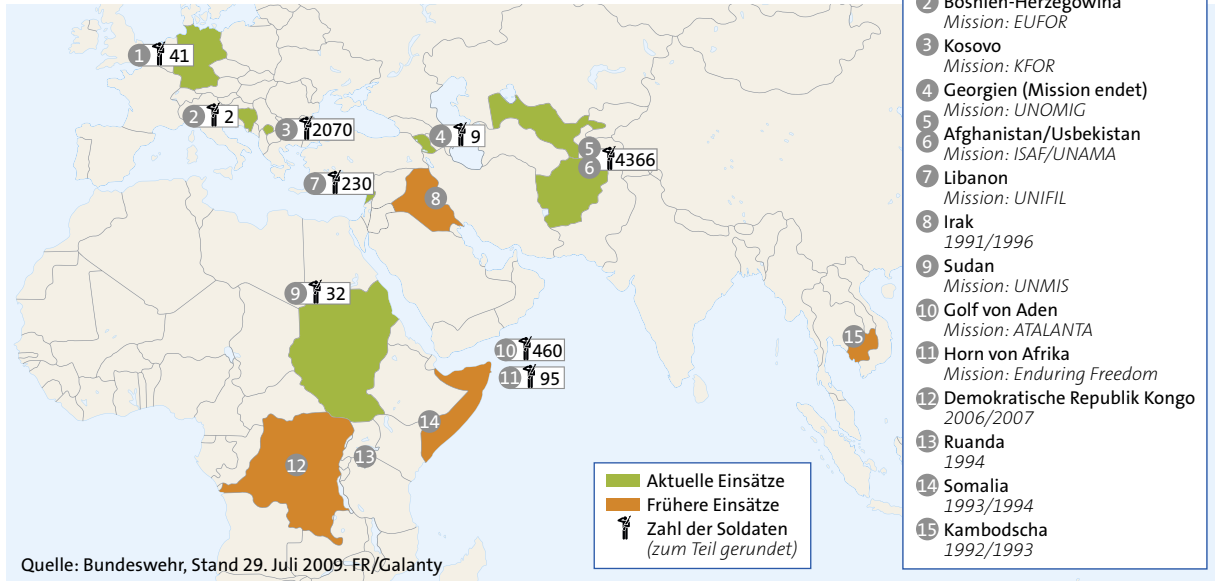
[...]

An unserer Entschlossenheit, das Morden im Kosovo zu beenden, besteht kein Zweifel. Die Belgrader Führung hat es allein in der Hand, den NATO-Einsatz zu beenden, indem sie sich für den Frieden entscheidet.

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/erklaerung-von-bundeskanzler-gerhard-schroeder-807814> [Zugriff: 17.07.2023]

1. Arbeiten Sie die Argumente zur Begründung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der NATO heraus.
2. Untersuchen Sie, wie Gerhard Schröder möglicher Kritik an der Kriegsbeteiligung in der Ansprache bereits versucht zu begegnen.
3. Beurteilen Sie die Entscheidung für den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt.

M4 Einsätze der Bundeswehr im Ausland bis 2009



1. Belegen Sie anhand der Karte die weiter oben aufgestellte Behauptung, dass die Bundesrepublik seit dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovo eine neue außenpolitische Rolle übernommen hat.
2. Informieren Sie sich über Verlauf und Stand des Kosovo-Einsatzes bis zum Jahr 2009.



M5 Ein Prinzip auf dem Prüfstand

Der Journalist Joachim Frank ordnet den außenpolitischen Kurswechsel der deutschen Politik in einem Artikel vom 5. September 2009 folgendermaßen ein:

Klar ist, dass militärische Formensprache, soldatisches Gepränge und patriotisch aufgeladenes Pathos nirgends auf so wenig Resonanz stoßen wie in Deutschland.

Nach dem verbrecherischen Weltkrieg liegt es nahe, die Aversion gegen das Militärische mit einer kollektiven Läuterung zu erklären, mit einem aus der Erfahrung genährten Misstrauen gegen den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Aber das ist zu optimistisch gedacht. Tatsächlich sind die Deutschen weniger kriegsmüde als kriegsentwöhnt. Das ist nicht vorwurfsvoll gemeint und erst recht nicht bedauernd, sondern beschreibt das historische Privileg einer Nation von Pazifisten umständehalber. Jedenfalls brauchten sich Generationen von Vätern und Müttern nur theoretisch – wenn überhaupt – mit dem Gedanken zu befassen, dass ihre Söhne aus der Fremde in Zinksärgen nach Deutschland zurückkehren könnten. Andere Völker da-

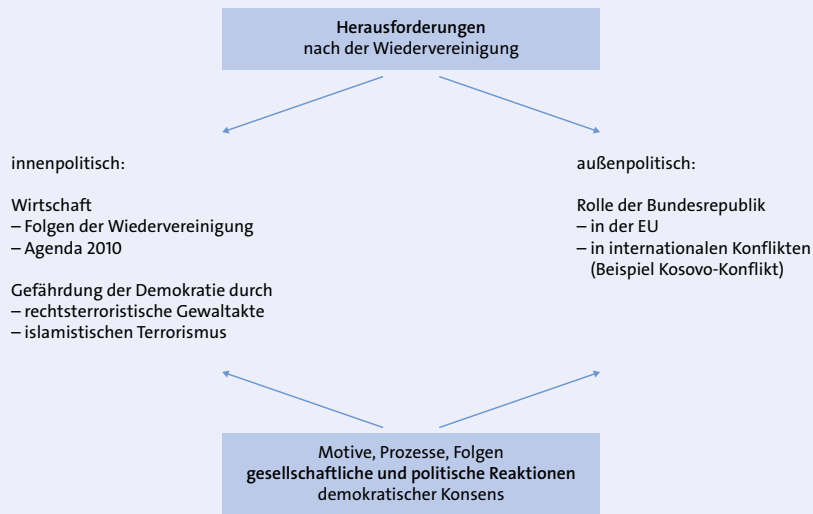
gegen, denen Hitlers Vernichtungskrieg nicht weniger Tod oder Verderben gebracht hatte als den deutschen Angreifern, haben auch nach 1945 immer wieder Soldaten in den Kampf geschickt und deren Tod als eine Art „Bürgerpflicht“ betrachtet – schmerzlich zwar, aber doch ehrenvoll. Ein Ende des deutschen Sonderwegs war nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung absehbar und im Rahmen internationaler Bündnisstrukturen wie UN, NATO und EU unvermeidbar. Angekommen in dieser neuen Realität sind die Deutschen noch nicht.

Joachim Frank, „Ende des Sonderwegs“, in: Frankfurter Rundschau vom 5./6. September 2009

1. Arbeiten Sie die Position des Autors zu Bundeswehreinsetzungen nach 1990 und der Haltung „der Deutschen“ dazu heraus.
2. Bewerten Sie seine Aussage, „in dieser neuen Realität [seien] die Deutschen noch nicht [angekommen].“ (Z. 27/28). Informieren Sie sich dazu auch über aktuelle Einsätze der Bundeswehr im Ausland.



## Die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2013



A

Verwenden Sie bei der Bearbeitung der nebenstehenden Aufgabe – soweit relevant – die folgenden Grundlegenden Daten und Begriffe:

- ab 1989/90 Umbruch im „Ostblock“ •
- 3. Oktober 1990 „Tag der Deutschen Einheit“ •
- 1992 Gründung der Europäischen Union •
- 11. September 2001 Anschlag auf das World Trade Center in New York •
- europäische Integration • Globalisierung •
- Grundgesetz, Kalter Krieg • NATO •
- Osterweiterung der EU •
- Terrorismus • UNO

1. Belegen Sie an selbst gewählten Beispielen die These, dass für tragfähige gesellschaftliche und politische Reaktionen auf Herausforderungen demokratischer Konsens notwendig ist.



32072-623

## B

## M1 Erinnerungen an die DDR

Über verschiedene Formen der Erinnerung an die DDR schreibt der Historiker Martin Sabrow im Vorwort eines 2022 erschienenen Sammelbandes:

Neben und vor der literarischen ist es die alltags-  
sprachliche Erinnerung, die in der Familie, im Ver-  
ein und am Arbeitsplatz die vergangene DDR in  
die Gegenwart überliefert und als kommunikativi-  
ves Gedächtnis an die nächste Generation weiter-  
gibt. [...] Das Bild von der DDR [...] ist nicht ge-  
schlossen; es ist vielmehr denkbar zerklüftet. [...] Ostdeutsche Ampelmännchen und Spreewaldgur-  
ken rufen andere Erinnerungen an die Vergangen-  
heit unter Hammer und Zirkel wach als die erhal-  
tenen Reste der ostdeutschen Grenzanlagen oder  
der sowjetischen Speziallager [...]. [...] Im Zen-  
trum vor allem des öffentlichen Gedenkens steht  
das Diktaturgedächtnis, das auf den Unterdrück-  
ungscharakter der SED-Herrschaft und ihre muti-  
ge Überwindung in der friedlich gebliebenen Re-  
volution von 1989/90 abhebt. Die diktaturzentrierte  
Erinnerung widmet ihre Aufmerksamkeit vorran-  
gig dem Macht- und Repressionsapparat des kom-  
munistischen Regimes, und sie pocht darauf, dass  
zum Verständnis der DDR die Stasi wichtiger sei  
als die Kinderkrippe. [...] Das Diktaturgedächtnis  
ist auf den Täter-Opfer-Gegensatz fokussiert. Es  
räumt Verbrechen, Verrat und Versagen unter der  
SED-Herrschaft hohen Stellenwert ein und sieht in  
der Erinnerung an Leid, Opfer und Widerstand die  
wichtigste Aufgabe einer Vergangenheitsbesin-  
nung, die im Dienst der Gegenwart Lehren aus der  
Geschichte ermöglichen und so vor historischer  
Wiederholung schützen soll [...], es zeichnet die  
DDR als negatives Kontrastbild vor der Folie  
rechtsstaatlicher Normen und Freiheitstraditionen,  
denen der Kommunismus an der Macht buch-  
stäblich von seiner ersten bis zur letzten Stunde  
Hohn sprach.

Während dieses staatlich approbierte<sup>1</sup> DDR-Bild  
den Raum der öffentlichen Erinnerung beherrscht,  
wirkt ein zweites Organisationsmuster der DDR-  
Erinnerung stärker in die gesellschaftliche Tiefe  
[...]. Dies ist ein in Ostdeutschland bis heute viel-  
fach dominantes Arrangementgedächtnis, das  
vom richtigen Leben im falschen weiß und die

<sup>1</sup> approbiert: anerkannt

Mühe des Auskommens mit einer mehrheitlich  
vielleicht nicht gewollten, aber doch als unabän-  
derlich anerkannten oder für selbstverständliche  
Normalität gehaltenen Parteiherrschaft in der Er-  
innerung hält. [...] Es erzählt von alltäglicher  
Selbstbehauptung unter widrigen Umständen,  
aber auch von eingeforderter oder williger Mit-  
machbereitschaft und vom Stolz auf das in der  
DDR Erreichte – kurz, es verweigert sich der säu-  
berlichen Trennung von Biographie und Herr-  
schaftssystem, die das Diktaturgedächtnis anbie-  
tet, und pflegt eine erinnerungsgestützte Skepsis  
gegenüber dem neuen Wertheimmel des vereinig-  
ten Deutschland [...].

Noch stärker im Schatten der öffentlichen Wahr-  
nehmung existiert schließlich ein weiteres Erin-  
nerungsmuster, das an der Idee einer legitimen Al-  
ternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung  
festhält. Dieses Fortschrittsgedächtnis denkt die  
DDR vor allem von ihrem Anfang her. Es baut  
seine Erinnerungen auf der vermeintlichen mora-  
lischen und politischen Gleichrangigkeit der bei-  
den deutschen Staaten auf, die zu friedlicher Ko-  
existenz und gegenseitiger Anerkennung geführt  
hätten, wenn die Fehler der DDR-Führung, die  
Ungunst der Umstände oder die Machinationen  
des Westens nicht zur endgültigen oder nur vor-  
läufigen Niederlage des sozialistischen Zukunfts-  
entwurfs geführt hätten. [...]

Seit der Wende zum 21. Jahrhundert aber geraten  
die drei kulturellen Deutungslager zunehmend in  
heftigen Disput. [...] Daraus erwachsende Ausein-  
andersetzungen kreisen etwa um die Frage, wel-  
chen Raum der DDR-Alltag in der öffentlichen Er-  
innerung an die DDR einnehmen dürfe und solle.

Martin Sabrow (Hrsg.), Erinnerungsorte der DDR, 2022, S. 11–27

3. Erklären Sie die Unterschiede zwischen Diktatur-, Arrangement- und Fortschrittsgedächtnis.
4. Erläutern Sie, welche Probleme sich bei der Anwendung der einzelnen Gedächtnisbegriffe im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur ergeben können.
5. Entwickeln Sie Ideen, wie der Herausforderung, die durch den Konflikt der unterschiedlichen Deutungslager, entsteht, begegnet werden kann.



32072-604

C

## M2 Die Agenda 2010 aus Sicht eines Sozialverbandes (Paritätischer Gesamtverband) 2018


[www.paritaet.org](http://www.paritaet.org)

32072-625

- Analysieren Sie die Grafik.
- Beurteilen Sie die Maßnahmen der Agenda 2010 im Hinblick auf die in der Grafik dargestellte Entwicklung bis 2018.

D

## M4 Rechtsterrorismus und islamistischer Terrorismus als gegenwärtige Bedrohung

Karikatur von Kostas Koufogiorgos aus dem Jahr 2019.



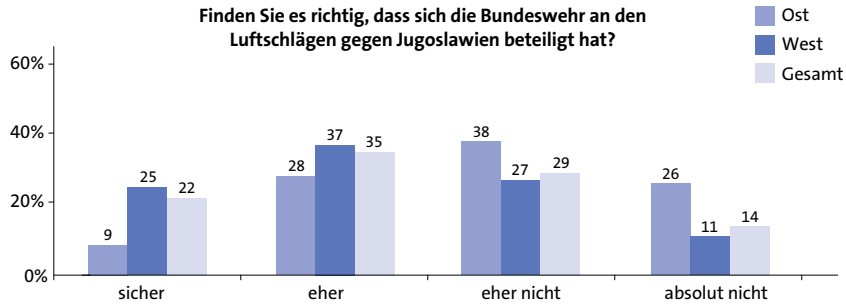
32072-626

- Analysieren und interpretieren Sie die Karikatur.
- Beurteilen Sie, ob die gesellschaftlichen und politischen Reaktionen auf Extremismus und Terrorismus in den 1990er- und 2000er-Jahren geeignet sind, um diese zu bekämpfen.

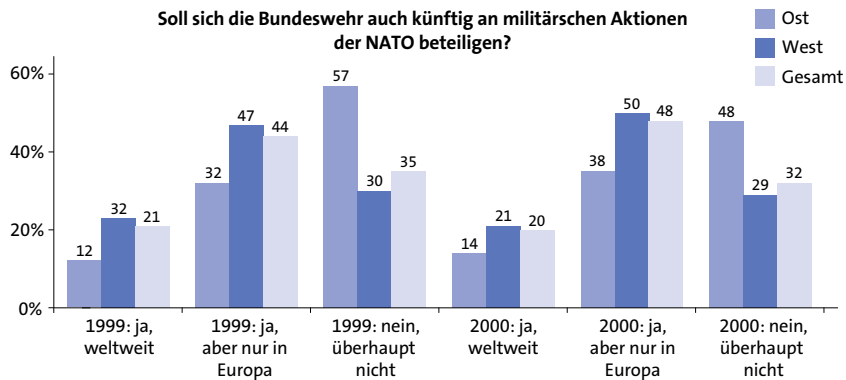


E

M6 Bevölkerungsumfragen zum Einsatz der Bundeswehr



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 2000. tau' b = .21\*\*<sup>6</sup>. 2696 Befragte insgesamt, davon 510 Ostdeutsche, 2186 Westdeutsche. Auswertung wurde gewichtet.



Quelle: SOWI-Bevölkerungsumfrage 1999 und 2000. tau' b (1999) = .20\*\*<sup>6</sup>; tau' b (2000) = .14\*\*<sup>6</sup>. Für 1999: 2672 Befragte insgesamt, davon 503 Ostdeutsche, 2169 Westdeutsche. Für 2000: 2401 Befragte insgesamt, davon 448 Ostdeutsche, 1953 Westdeutsche. Beide Auswertungen wurden gewichtet.

Aus: Heiko Biehl, Wendepunkt Kosovo? Sicherheitspolitische Einstellungen in den alten und neuen Ländern, SOWI-ARBEITSPAPIER Nr. 128, 2001, S. 14 und 20

10. Analysieren Sie die Ergebnisse der Bevölkerungsumfragen.
11. Setzen Sie die Ergebnisse in Bezug zur veränderten außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1990 und 2009.
12. Stellen Sie Hypothesen auf, worauf die unterschiedliche Einschätzung zwischen ost- und westdeutschen Befragten gründen könnte.





**Aufnahme aus der Erinnerungsstätte für Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Schloss Rastatt**

Foto von 2015.

Die Erinnerungsstätte wurde 1974 vom Bundesarchiv auf Initiative von Bundespräsident Gustav Heinemann im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren eingerichtet. Sie verfolgt die Geschichte organisierter Freiheitsbewegungen bis in das ausgehende Mittelalter zurück. Schwerpunkt der Darstellung sind die Freiheitskämpfe seit der Französischen Revolution. Außerdem wird die zentrale Rolle der Festung Rastatt in der Badischen Revolution von 1848/49 thematisiert.

**Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde**

Foto vom 19. Oktober 1968.

Die Gedenkstätte der Sozialisten ist Teil des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde in Berlin. Hier wurden 1919 die Opfer des sog. „Spartakusaufstandes“, darunter die KPD-Vorsitzenden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bestattet. Das Bild entstand im Rahmen einer mehrtägigen Veranstaltung mit dem Titel „Appell junger Revolutionäre von heute“ anlässlich des 50. Jahrestags der Revolution von 1918.



**Glockenturm und Figurengruppe in Buchenwald, der ersten Mahn- und Gedenkstätte der DDR**

Foto von 2011.

Die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte“ in Buchenwald wurde 1958 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwaldeingeweiht. Der „Turm der Freiheit“ symbolisiert gemeinsam mit der davor errichteten Figurengruppe das der Gedenkstätte zugrundeliegende Motto „Durch Sterben und Kämpfen zum Sieg“. Die Figurengruppe wurde von Fritz Cremer in Zusammenarbeit mit Bertolt Brecht zu Ehren des Widerstandskampfes im Konzentrationslager entworfen.



**Der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“**

Foto von 1953.

Nur wenige Wochen nach dem Aufstand gegen das SED-Regime in der DDR erklärte der Deutsche Bundestag den 17. Juni zum Tag der deutschen Einheit. Bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten am 3. Oktober 1990 war der 17. Juni ein arbeitsfreier Nationalfeiertag, an dem in der Bundesrepublik nicht nur der Opfer gedacht, sondern auch die brutale Realität diktatorischer Herrschaft in Erinnerung gerufen wurde. Das Foto zeigt, wie im Juni 1953 ein Abschnitt der Charlottenburger Chaussee in „Straße des 17. Juni“ umgewandelt wurde.

# 7 Deutsche Demokratie- geschichte in der öffent- lichen Erinnerung (eA)

Verschiedene Erinnerungsorte, Denkmäler und Gedenktage tragen dazu bei, dass zentrale Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte in der öffentlichen Erinnerung präsent bleiben. Damit bleibt das Wissen um die historischen Vorgänge erhalten und ihrer kann gedacht werden. Der öffentliche Umgang mit der Erinnerung ermöglicht zudem Rückschlüsse auf das Selbstverständnis des Staatswesens, das die Erinnerung pflegt. Im folgenden Kapitel werden die Erinnerung an die Revolutionen von 1848/49 und 1918 sowie an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR verglichen. Zudem bietet es einen Einblick in die Interpretation von Vergangenheit im Umgang mit Nationalfeiertagen und Gedenktagen in der Bundesrepublik Deutschland.

- ▶ Tragen Sie Ihre Kenntnisse zu folgenden Grundlegenden Daten und Begriffen zusammen: 1848/49 Revolution in Deutschland, 1918 Novemberrevolution, Widerstand gegen die NS-Herrschaft, 17. Juni Aufstand gegen das SED-Regime in der DDR.
- ▶ Ordnen Sie zu, welche der nebenstehenden Fotos die öffentliche Erinnerung in der Bundesrepublik Deutschland oder in der DDR thematisieren.
- ▶ Sammeln Sie ausgehend von den Beispielen auf den Fotos, welche verschiedenen Formen der öffentlichen Erinnerung Sie kennen.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... die Erinnerung an die Revolutionen von 1848/49 und 1918 sowie an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und der DDR vergleichen.

... die Interpretation von Vergangenheit im Umgang mit Nationalfeiertagen und Gedenktagen in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen.

... sowie dabei Formen und Ziele des jeweiligen kollektiven Erinnerns multikausal erklären, indem sie deren Ursachen und Folgen berücksichtigen.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

Kollektives Erinnern an vergangene Zeiträume und Ereignisse hat eine hohe politische Bedeutung. Darin kommt nämlich etwa auch das Selbstbild von Staaten zum Ausdruck. Bedeutsam ist dabei, in welcher Form und an welchen Orten sich diese kollektive Erinnerung ausdrückt. Egal, ob es sich um bewusste propagandistische Verzerrungen oder sorgfältig ausgewogene Darstellungen handelt, in jedem Fall sind es Konstruktionen, die kritisch untersucht werden müssen.

In diesem Kapitel vergleichen Sie die öffentliche Erinnerung an die deutsche Demokratiegeschichte in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und setzen sich mit dem Umgang mit Nationalfeiertagen und Gedenktagen in der Bundesrepublik auseinander. Dabei werden Sie folgende Leitfragen begleiten:

- ▶ Inwiefern lässt die Erinnerung an zentrale Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR Rückschlüsse auf das jeweilige Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten zu?
- ▶ Welche Formen und Ziele hat das nationale kollektive Erinnern?
- ▶ Wie wird Vergangenheit im Umgang mit Nationalfeiertagen und Gedenktagen in der Bundesrepublik Deutschland gedeutet?

Erfassen Sie Wesentliches zu den Begriffen „Erinnern“ und „Gedenken“:

- ▶ Welche Funktionen hat Erinnerungskultur?
- ▶ Welcher Formen bedient sie sich?
- ▶ Wie werden Erinnerungskultur, Erinnerungsort und Geschichtspolitik definiert?

Vergleichen Sie Formen und Ziele nationalen kollektiven Erinnerns in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR:

- ▶ Wie und mit welchen Zielsetzungen wurde in den beiden deutschen Staaten an
  - die Revolution von 1848/49
  - die Novemberrevolution 1918
  - den Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnert?
- ▶ Welche Unterschiede in der kollektiven Erinnerung gab es dabei in beiden deutschen Staaten?
- ▶ Welche Bedeutung hat dabei die Erinnerung an Persönlichkeiten?
- ▶ Welche Rückschlüsse auf das Selbstverständnis von Bundesrepublik Deutschland und DDR lassen sich aus dem öffentlichen Umgang mit den genannten historischen Ereignissen ziehen?

Analysieren Sie den Umgang mit Gedenk- und Nationalfeiertagen in der Bundesrepublik Deutschland:

- ▶ Welche Grundwerte der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung sollen durch das Begehen der Gedenk- und Nationalfeiertage 8./9. Mai, 17. Juni und 3. Oktober gestärkt werden?
- ▶ Welche Interpretationen der jeweiligen geschichtlichen Ereignisse bilden die Grundlage für die Gedenk- und Nationalfeiertage?
- ▶ Wie haben sich diese Interpretationen im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik verändert?

Diskutieren Sie Formen des Erinnerns an die deutsche Demokratiegeschichte:

- ▶ Warum ist die Erinnerung an historische Ereignisse der Demokratiegeschichte wichtig?
- ▶ Inwiefern sind nationale Gedenk- und Feiertage dazu geeignet, die Wertschätzung für die Errungenschaften der Demokratie zu erhalten oder zu fördern?
- ▶ Welche Ziele soll die Erinnerung an Ereignisse der Demokratiegeschichte heute haben?

Damit können Sie den öffentlichen Umgang mit der deutschen Demokratiegeschichte bewerten und mithilfe ihrer Erkenntnisse die Errungenschaften unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wertschätzen.

## 7.1 Einführung: Identität durch Erinnerung

Die Vergangenheit spielt für jedes Individuum eine bedeutende Rolle. Sie trägt maßgeblich dazu bei, wer man ist und wie man die Welt um sich herum wahrnimmt. Persönliche Erfahrungen, Erinnerungen und Begegnungen formen dabei die Identität des einzelnen Menschen und prägen Werte, Überzeugungen und Verhaltensweisen. Auch Gemeinschaften werden anhand ihres Blickes auf und ihr Verhältnis zur Vergangenheit geformt. Welche zentralen Überlegungen und Konzepte gilt es dabei in der Beschäftigung mit dem Thema „Demokratiegeschichte“ im Blick zu behalten?

### INFO: Erinnerungskultur, Erinnerungsorte und Geschichtspolitik

Jede Epoche und jede Gesellschaft vergewissert sich durch den Blick in ihre Vergangenheit, wie sie sich selbst sieht oder wie sie gesehen werden will. Ziel ist es, ihr Selbstbild zu konstruieren, zu stabilisieren oder zu vermitteln. Dazu greift sie auf historische Relikte verschiedenster Art wie Texte, Bilder und Traditionen, aber auch auf individuelle und kollektive Erinnerungen zurück und konstruiert sich in Form von wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen ‚Erzählungen‘ über die Vergangenheit, aber auch in Form von Denkmälern, Gedenkortern, Straßennamen, Gedenkfeiern mit charakteristischen Ritualen usw. materielle und immaterielle Erinnerungsorte. Eine solche Erinnerungskultur dient dazu, eine nationale Identität zu stiften, kann aber darüber hinaus dazu benützt werden, das eigene Existenzrecht zu legitimieren oder um Überlegenheits- oder Machtansprüche zu rechtfertigen. Daher wird sie stets auch von staatlicher Geschichtspolitik beeinflusst. In Demokratien muss sie allerdings immer wieder zwischen Staat und Gesellschaft neu diskutiert werden und unterliegt deshalb dem Wandel. Zentrale Begriffe in diesem Zusammenhang sind:

- **Erinnerungskultur:** Sie bezeichnet den Umgang gesellschaftlicher Gruppierungen mit vergangenen Ereignissen, Personen und Entwicklungen. An diesen Interpretationsprozessen sind zahlreiche Akteure beteiligt, die sich das jeweilige Bezugsereignis aneignen und ihre Sichtweise darauf in verschiedene Darstellungs- und Veranstaltungsformate (u. a. Filme, Denkmäler, Texte, Ausstellungen, Gedenkveranstaltungen) übersetzen.
- **Erinnerungsorte:** Das von dem französischen Historiker Pierre Nora erarbeitete Konzept geht davon aus, dass sich historische Entwicklungen an bestimmten Orten bündeln und dort besonders gut sichtbar gemacht werden können. Oft handelt es sich um Orte, an denen die historischen Ereignisse tatsächlich stattfanden und denen daher eine besondere Bedeutung für die jeweilige Gemeinschaft zugeschrieben wird.
- **Geschichtspolitik** bezeichnet die von politischen Interessen geleitete Darstellung und Deutung historischer Ereignisse, die darauf zielt, die Durchsetzung der eigenen Ziele und Interessen historisch zu rechtfertigen. Neben legitimatorischen oder manipulativen Absichten, wie sie vor allem in autoritären und diktatorischen Systemen verfolgt werden, können damit aber auch aufklärerische Ziele einhergehen.

Staaten und Gesellschaften mit verschiedenen ideologisch-weltanschaulichen Grundlagen und politischen Systemen entwickeln unterschiedliche Erinnerungskulturen und erinnern dasselbe historische Ereignis in der Regel unterschiedlich.

Dieter Brückner

► Stellen Sie die zentralen Inhalte und Zusammenhänge des INFO-Textes in einer Grafik dar.



3840  
8440



## 7.2 Vergleich des öffentlichen Erinnerns in Bundesrepublik und DDR

Am Ende des Zweiten Weltkriegs und nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8./9. Mai 1945 entstanden als Folge von Blockbildung und Kaltem Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches zwei Staaten: die Bundesrepublik als demokratischer Rechtsstaat westlicher Prägung und die Deutsche Demokratische Republik als sozialistische „Volksrepublik“ nach sowjetischem Vorbild. Beide Staaten und Gesellschaften bezeichneten sich als demokratisch, beide sprachen einander das Recht ab, sich demokratisch nennen zu dürfen, beide sahen sich als weltanschauliche Konkurrenten und beide reklamierten für sich, das „bessere Deutschland“ zu sein. Zur Rechtfertigung dieses Anspruchs beriefen sie sich auch auf Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte.

### Lernaufgabe

Ihre Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte, Formen und Ziele des jeweiligen nationalen kollektiven Erinnerns sowie dessen Ursachen und Folgen lernen Sie an drei repräsentativen Beispielen kennen: an der Revolution von 1848/49, der Revolution von 1918 und am Umgang mit dem Widerstand gegen die NS-Herrschaft.

- Vergleichen Sie die Formen und Zielsetzungen der öffentlichen Erinnerungen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR anhand der drei genannten Beispiele arbeitsteilig. Werten Sie hierzu die Materialien des jeweiligen Teilkapitels aus und beziehen Sie auch ausgewählte biografische Beispiele sowie einschlägige Grundlegende Daten und Begriffe ein.
  - ▶ Beispiel 1: Die Revolution von 1848/49
  - ▶ Beispiel 2: Die Revolution von 1918
  - ▶ Beispiel 3: Widerstand gegen den Nationalsozialismus
 Halten Sie ihre Ergebnisse in einer **Präsentation** fest, die als Grundlage für Ihren Gruppenvortrag im Plenum dienen soll.
- Präsentieren Sie sich Ihre Ergebnisse gegenseitig im Rahmen von Gruppenvorträgen.
- Diskutieren Sie, welche Rückschlüsse sich allgemein aus dem öffentlichen Umgang mit Vergangenheit auf das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ziehen lassen.



Die einschlägigen **Grundlegenden Daten und Begriffe** zu den jeweiligen Gruppen bietet Mediencode 32072-642.

eA

### 7.2.1 Die Revolution von 1848/49

#### M1 Im Zeichen der Teilung



Als sich die Revolution von 1848 zum hundertsten Mal jährte, zeichnete sich die Gründung der beiden deutschen Staaten bereits deutlich ab.

#### a) Auf dem „II. Volkstagskongress für Einheit und gerechten Frieden“ spricht der SED-Vorsitzende Otto Grotewohl über die Lehren aus 1848:

„Der Bürgerrevolution von 1848 blieb die reinigende Explosivkraft versagt, sie leitete ihre Energien vielmehr

auf preußisch-junkerliche Mühlen. [...] 1848 gelang es dem deutschen Volke nicht die Feudalherrschaft und die reaktionären Gewalten des Militarismus und der Monarchie von sich abzuschütteln. [...] Das gelang nicht, weil das Bürgertum sich nicht zu der Entschlossenheit aufraffen konnte, in Gemeinschaft mit dem ganzen Volke seine nationale Aufgabe zu erfüllen. Der Grund hierfür lag in der Tatsache, dass sich das fortschrittliche Bürgertum vor einem ehrlichen politischen Bündnis mit dem aufstrebenden jungen Proletariat in Deutschland fürchtete. Die wirklich fortschrittlichen politischen

Kräfte in Deutschland waren dadurch zersplittert, so dass schließlich die Reaktion wieder die Oberhand gewann und nach dreizehn Monaten die Nationalversammlung wieder auseinandergejagt wurde. Die Einheit Deutschlands ging wiederum verloren und eine große Chance war verspielt. Das deutsche Bürgertum konnte seine nationale Aufgabe 1848 nicht erfüllen, weil seine politische Kampffront durch Uneinigkeit geschwächt war und weil die nationale Kampffront durch den Verzicht auf ein Bündnis mit den Arbeitern und Bauern zu schmal war. [...] Die in der deutschen Arbeiterbewegung organisierten politischen und wirtschaftlichen Kräfte sind 1948 auf sich allein gestellt ebenso wenig fähig die Einheit Deutschlands zu verwirklichen wie es 1848 das auf sich allein gestellte Bürgertum war. Die Bereitwilligkeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer breiten fortschrittlichen Bündnispolitik entspringt darum tiefster politischer Einsicht, Ehrlichkeit und der Sorge um die Zukunft der ganzen deutschen Nation. Das ist aber auch zugleich die entscheidendste Lehre aus der Märzrevolution 1848. [...] Wenn Deutschland hierbei wie 1848 wieder auf halbem Wege stehenbleibt, läuft es unvermeidlich Gefahr alles endgültig zu verlieren.“

Deutsches Rundfunkarchiv



**b) Auf dem Platz der Republik warnte der sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, vor der Gefahr einer kommunistischen Herrschaft in Europa. In seiner abendlichen Rundfunkansprache über RIAS Berlin geht Reuter 1948 noch einmal auf die 1848er Revolution ein:**

„Die deutsche Märzrevolution von 1848 ist eines der großen wichtigen Ereignisse unserer Vergangenheit, die wir verstehen und begreifen müssen, wenn wir die Gegenwart meistern, unserer heutigen Nöte Herr werden und den Grund für ein Durchkommen zu besseren Zeiten legen wollen. Deutschland hat dem Fluge seiner Gedanken und Ideen, an denen es ihm nicht gefehlt hat, niemals die wirkliche, ein festes Gebäude errichtende dauerhafte Tat folgen lassen. Reformation und Gegenreformation haben nur einen unglückseligen Riss hinterlassen, der noch heute nach mehr als vier Jahrhunderten nicht ganz überwunden ist. Der begeisterte Schwung der Freiheitskriege verebbte in der Zeit des unpolitischen Biedermeiers und in der Reaktion der Metternich'schen Heiligen Allianz. Der Sieg der März-  
tage gab dem Volk von Berlin wohl den Triumph, dass der König die Toten der Revolution zu ehren gezwungen wurde, aber die befreiende Tat, die Schaffung eines freien deutschen Staates, die gelang der Revolution

nicht. Wohl hat Deutschland ein Ziel dieser Revolution, seine Einheit, später erreicht. Aber nur um den Preis seiner inneren Freiheit. Und gerade deshalb hat uns unser Weg direkt in die Katastrophe zweier Weltkriege hineingeführt, weil wir die Freiheit verloren und innerlich selber aufgaben, stehen wir heute am Ende vor der Gefahr, auch die Einheit noch dazu zu verlieren. Nichts tut uns heute am 18. März 1948 so Not wie wirkliche Besinnung, wirkliche Rechenschaft ablegen über unsere Vergangenheit und klare Erkenntnis, dass in den Fehlern, die wir gemacht haben, der Schlüssel zum Verständnis liegt, warum es so kommen musste. Geschichte bedeutet immer Besinnung und Überprüfung. Jede Generation muss sich um ihr Verständnis neu bemühen. Heute noch haben wir das Vermächtnis der Toten nicht erfüllt, zu deren Gedächtnis wir die Kränze auf ihren Friedhof niederlegen. Noch ist Europa nicht ein Kontinent freier, in Frieden zusammenarbeitender und lebender Völker, noch ist unsere eigene innere Freiheit nicht gesichert. Das Gespenst der Tyrannei, der Unfreiheit und der grausamen Unterdrückung geht mehr denn je in Europa um. Und in unserer eigenen Stadt wissen wir zur Genüge, welche finsternen Kräfte am Werke sind, um uns für immer in die Nacht der Unfreiheit zu stürzen. Jeder Berliner kennt die Mächte, die am Werke sind, um unsere Freiheit abzuwürgen, um uns endgültig zu Knechten und Sklaven zu machen. Jeder Berliner hat aber nun langsam gelernt, dass die Freiheit, für die die Toten des 18. März gefallen sind, das höchste aller Güter ist. Und jeder Berliner weiß darum, daß wir dieses Mal uns nicht mit unpolitischen Deklamationen und Bekenntnissen begnügen dürfen. Dieses Mal muß mit einem eisernen Willen unser freiheitlicher Behauptungswille so geführt und gelenkt werden, daß an ihm die Mächte der Finsternis zerschellen. Nach den bitteren Lehren einer tragischen geschichtlichen Entwicklung muss und wird unser Volk politisch handeln und denken lernen und aufhören nur ein Volk von Träumern auf der einen Seite und Untertanen auf der Seite zu sein und zu bleiben. [...] Dieser 18. März 1948 ist ein Tag, an dem die Augen der Welt wieder einmal auf Berlin gerichtet sind. Diesmal darf das Feuer, das uns durchglüht, kein Strohfeder sein, das bald erlischt. Dieses Mal muss die Einmütigkeit unseres festen und unerschütterlichen Willens sich nicht in einem sichtbaren Bekenntnis Berlins zu seinen Toten allein manifestieren. Heute muss von dieser Stadt eine Kraft ausstrahlen, die der Welt die Überzeugung gibt, dass hier die Wellen der Tyrannei sich brechen werden.“

Deutsches Rundfunkarchiv

**c) Die Frankfurter Paulskirche wurde im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bomben zerstört und zum 100. Jahrestag der Revolution als eines der ersten Bauwerke der Stadt wiederaufgebaut. Der damalige Frankfurt Oberbürgermeister Walter Kolb betont in seiner Ansprache:**

„An diesem 18. Mai 1948 wollen wir in der wiedererstandenen Frankfurter Paulskirche den Willen aller Deutschen bekunden, einen demokratischen Staat aufzubauen, in dem die Ideale der Einheit, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit ihre Verwirklichung finden. Wenn in der Frankfurter Paulskirche von 1848 der Beginn der deutschen Demokratie zu sehen ist, dann wollen wir in der Frankfurter Paulskirche von 1948 die Wiedergeburt des deutschen demokratischen Staates erblicken, der nun aber, nach der grauenvollen Episode von 1933 bis 1945, zum unverlierbaren Besitz der deutschen Nation werden soll.“

Walter Kolb, Lebenswille und Glaube. Zur Jahrhundertfeier in der Frankfurter Paulskirche, Frankfurter Rundschau vom 18. Mai 1948.

1. Vergleichen Sie, welche „Lehren“ die Redner aus der Erinnerung an die Revolution von 1848 ziehen.
2. Arbeiten Sie heraus, welches Selbstverständnis der politischen Systeme, die die Redner vertreten, in den Ansprüchen erkennbar wird.
3. Recherchieren Sie zu den Daten 18. März 1848 und 18. Mai 1848 und erläutern Sie, inwiefern die beiden Daten gleichsam symbolisch für eine völlig unterschiedliche Erinnerung an die Revolution von 1848/1849 in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR stehen.



3-3072-644

**M2 Wiedereröffnung der Frankfurter Paulskirche**

Foto vom 18.05.1948

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Wiederaufbau der Frankfurter Paulskirche rasch vorangetrieben. Zur Wiedereröffnung im Rahmen der Einhundertjahrfeier der Revolution von 1848/49 fand ein Sternstaffellauf aus sieben deutschen Städten statt. Hier überreicht der Berliner Sportler Werner Plath die Glückwünsche der Stadt Berlin an den Oberbürgermeister von Frankfurt.



1. Recherchieren Sie die Rolle Frankfurt am Mains in der Frage, welche Stadt die neue Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland werden sollte.
2. Analysieren Sie das Foto unter besonderer Berücksichtigung der Symbolwirkung, die es im Zusammenhang mit der Hauptstadtfrage hat.



3-3072-645



**M3 Konkurrierende Erinnerung**

Der Historiker Walter Schmidt, bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, analysiert 2008 das Revolutionsjubiläum im Jahr 1973:

Der 125. Jahrestag von 1973 fiel in die Hochzeit der deutschen Zweistaatlichkeit, in eine Zeit, in der auch zwei deutsche Geschichtswissenschaften existierten und miteinander konkurrierten. Der „Streit um das Erbe“ – ein treffender Begriff, den der Kölner Historiker Günter Wollstein damals prägte, war in vollem Gange, auch und gerade um das Jahr 1848. Denn beide deutsche Staaten suchten natürlich, auch wenn dies nicht selten bestritten wird, in dieser Revolution ihre jeweilige historische Legitimation. [Damals] zeichneten sich in der Forschung in Ost und West im Ansatz bereits höchst bedeutsame neue Tendenzen ab.

In der DDR feierte man wie eh und je den 18. März und ließ die Nationalversammlung offiziell noch immer mehr oder weniger links liegen. Dennoch kündigten sich Wandlungen in der Erinnerungskultur an. Es erfolgte eine stärkere Betonung der sozialen Verbindungsfäden zwischen der bürgerlichen Revolution von 1848 und dem – wie es hieß – siegreichen Sozialismus auf deutschem Boden. Das war verbunden mit einer Aufwertung der Revolution als Ganzem. Nicht mehr die Folgen der Niederlage, sondern auch die positiven mittel- und langfristigen Wirkungen der Revolution wurden jetzt hinterfragt. Auch begann man, nicht nur demokratische und proletarische Traditionen von 1848 zu pflegen, sondern auch die Bestrebungen des liberalen Bürgertums als ein – bei aller Kritik – positiv zu würdigendes Erbe der neuen Gesellschaft anzunehmen. Diese Tendenzen setzten sich freilich erst in den 1980er Jahren voll durch.

In der Bundesrepublik stand demgegenüber die Nationalversammlung nach wie vor hoch im Kurs und blieben die revolutionären Kämpfe des Volkes immer noch weitgehend unbeachtet. Und das, obwohl Gustav Heinemann als geschichtsbewusster Bundespräsident, der sich demokratischen Traditionen verpflichtet wusste, bereits an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren gefordert hatte, die revolutionären Traditionen nicht der DDR zu überlassen, sondern dieses Erbe in das Traditionsverständnis der Bundesrepublik einzubringen. Die seit 1969 regierende sozialliberale Koalition traute sich jedoch nicht, Heinemanns Forderung auch erinnerungspolitisch umzusetzen, mit dem Tabu Paulskirche zu brechen und stattdessen oder wenigstens zusammen mit dem Parlament auch die Revolution der Straße zu feiern. „Noch heute wirkt in der Bundesrepublik nach“, hieß es damals in der Frankfurter Rundschau, „dass einst das offizielle Deutschland von Kaiser Wilhelm II. bis Friedrich Ebert die Revolution wie die Sünde hasste. Während vor zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Reichsgründung mit offiziellem Pomp begangen wurde, wird die 125-Jahr-Feier der Revolution von 1848/49 ins Kulturprogramm abgeschoben“; man habe „bislang die Revolution als ‚Volksbewegung‘ kaum zur Kenntnis genommen und sie schon gar nicht als glücklichere Alternative zur tatsächlichen deutschen Geschichte anerkannt“. Eins setzte Heinemann allerdings durch, die Einrichtung eines Revolutionsmuseums in Rastatt, in der Stadt, dessen Festung die letzte Bastion der deutschen Revolution beherbergt hatte. Es wurde zum Jahrestag eröffnet.

In der Forschung der BRD begannen jüngere Historiker, den Anregungen Heinemanns folgend, die Parlamentsbarriere zu durchbrechen. Vor allem die nun aufkommende Aktions-, Konflikt- und Protestforschung nahm sich der radikalen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegungen an. Eine Hinwendung zur 1848er „Revolution der Straße“ und zu den demokratischen Organisationsbestrebungen setzte ein; und selbst Kritik am Versagen des Liberalismus kam erstmals zu Wort. [...] Und auch dies verdient festgehalten zu werden. Der politisch determinierte Erbschaftsstreit der beiden deutschen Staaten um 1848 zeitigte produktive Wirkungen für die Revolutionsforschung wie für die Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur. Wie Heinemanns Aufforderung zur Integration revolutionär-demokratischer Elemente ins Traditionsverständnis der Bundesrepublik, aber auch die Entdeckung der „Revolution der Straße“ durch die bundes-

deutsche Forschung wohl ohne den Druck der DDR-Traditionspflege nicht vollends zu verstehen sind, so war die Ausdehnung der DDR-Erbesicht auf die ganze 1848er Demokratie und vor allem auf den Liberalismus sowie die einsetzende Wertschätzung des Nationalparlaments fraglos auch eine Reaktion auf westdeutsche differenzierende Schwerpunktsetzungen. Man regte sich gegenseitig an und provozierte neue Fragestellungen. Von beiden Seiten wurden Beiträge zu einem tieferen Verständnis der Revolution geliefert.

Walter Schmidt: Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur. In: UTOPIE kreativ, H. 216 (Oktober 2008), S. 932–934

1. Arbeiten Sie heraus, wie sich gemäß Schmidt der Kalte Krieg und die Teilung Deutschlands auf die Rezeption und die Erinnerung an die Revolution von 1848/49 auswirkten.
2. Nehmen Sie begründet Stellung zu der These, dass „beide deutsche Staaten [...] in dieser Revolution [von 1848/49] ihre jeweilige historische Legitimation [suchten].“

#### M4 Geschichte für alle zugänglich

##### a) Am 26. Juni 1974 spricht Bundespräsident Gustav Heinemann anlässlich der Eröffnung der von ihm initiierten Erinnerungsstätte in Rastatt:

[...] Man sagt gelegentlich, und ich habe es auch getan, die Geschichte werde vom Sieger geschrieben. Wahr daran ist, dass die deutsche Erhebung von 1848/49 wie so manche andere Freiheitsbewegung niedergeschlagen wurde, und wahr ist auch, dass sich die Sieger mit den Fürstenkronen und ihre Diener nach Kräften darum bemüht haben, das Bild der Erinnerung daran bis in die Geschichtsbücher hinein zu schmähen, zu verdunkeln, ja nach Möglichkeit ganz zu tilgen. Genau dies hat meine Bemühungen um ein ausgeglichenes Geschichtsbild angetrieben.

Doch wer ist nun Sieger und wer Besiegter? Diese Frage stellt sich zumal in dieser Stadt und in diesem Schloss, im 125. Jahr der deutschen Revolution und im 25. der zweiten deutschen Republik: Sind wirklich jene die Sieger, die damals die deutsche Einheit verhindert und die demokratischen Freiheitsrechte niedergeschossen haben? Haben sie nicht letztlich unser Land in Schande und schreckliche Zusammenbrüche geführt? Sind nicht am Ende doch sie die Verlierer und Sieger jene, die einst für das kämpften, was wir heute unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nennen?

Solche Fragen zeigen die Notwendigkeit dieser Erinnerungsstätte. Meine manchmal hierzu gemachten Äußerungen sind bisweilen missverstanden, wohl auch von der einen oder anderen Seite bewusst missdeutet worden, so, als wollte ich in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung Tadel und Ratschläge erteilen.

Forschung und Lehre sind nach dem Grundgesetz frei. Sie bedürfen überdies, wie ihr gegenwärtiger Stand zeigt, keiner Bevormundung, zumal nicht von staatlicher Seite. Wir unterscheiden uns zum Glück auch in dieser Hinsicht von der DDR, wo die Staatspartei den Historikern von Zeit zu Zeit amtliche Richtlinien erteilt, was sie zu forschen und zu lehren haben. Der Bundespräsident ist nicht der Geschichtslehrer der Nation. Mir geht es darum, bestimmte Bewegungen in unserer Geschichte, die unsere heutige Demokratie vorbereitet haben, aus der Verdrängung hervorzuholen und mit unserer Gegenwart zu verknüpfen.

Um es positiv auszudrücken: Mir liegt daran, bewusst zu machen, dass unsere heutige Verfassung durchaus eigenständige Wurzeln hat und nicht nur eine Auflage der Sieger von 1945 ist. Andere Nationen tun sich da leichter. [...]

In der DDR pflegt man bewusst revolutionäre Überlieferungen. Manches Buch und manche Veranstaltung sind ihnen gewidmet. Sie werden aber in Entwicklungsstufen zum kommunistischen Zwangsstaat verfremdet. Unerträglich ist es, dass wir dem durch eigene Untätigkeit Vorschub leisten und uns so einen Teil unserer Geschichte entwenden lassen.

Wir stehen mit dem anderen deutschen Staat im Wettbewerb um die bessere Ordnung der öffentlichen Dinge, der Freiheit und der Gerechtigkeit. Dazu gehört auch die Frage, wer sich mit mehr Recht auf die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte berufen kann, und wer ihre Ziele besser verwirklicht hat oder verwirklichen wird.

Freilich, wer sich auf etwas berufen will, der muss es kennen. Dem dient diese Erinnerungsstätte. Sie dient allen Deutschen, weil deutsche Geschichte uns allen gleichermaßen gehört. Unser Land mag teilbar sein – unsere Geschichte ist es nicht. Wenn aber Geschichte allen gehört, dann muss sie auch allen zugänglich sein. Das soll hier ermöglicht werden. [...]

[https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Entdecken/Paedagogische-Angebote-Rastatt/Virtueller-Rundgang/rastatt\\_virtueller\\_rundgang\\_raum\\_h.html](https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Artikel/Entdecken/Paedagogische-Angebote-Rastatt/Virtueller-Rundgang/rastatt_virtueller_rundgang_raum_h.html) [Zugriff: 17.03.2024]

## b) Aufnahme aus der Erinnerungsstätte in Rastatt

Foto von 2006



1. Arbeiten Sie die Motive heraus, die Bundespräsident Heinemann dazu verlasst haben, die Einrichtung der Erinnerungsstätte Rastatt anzuregen.
2. Beschreiben Sie das Foto aus der Erinnerungsstätte und setzen Sie es zu den Gedanken Heinemanns in Beziehung.
3. Recherchieren Sie zur Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte Rastatt und bewerten Sie diesen Ort der Demokratiegeschichte.



32072-648

Informationen zur Erinnerungsstätte Rastatt finden Sie unter Mediencode 32072-648.

eA

## M5 Gesichter der Revolution von 1848/49

### a) Robert Blum (1807–1848)

- Politiker, Dichter und Verleger
- trat während der Revolution für eine deutsche Republik ein
- wurde als Aufstandsteilnehmer in Wien gefangengenommen, durch ein Standgericht verurteilt und hingerichtet



**b) Heinrich von Gagern (1799–1880)**

- liberaler Politiker
- ab Mai 1848 Präsident der Frankfurter Nationalversammlung
- setzte sich später für eine Reform des Deutschen Bundes ein



**c) Friedrich Hecker (1811–1881)**

- Rechtsanwalt und Politiker
- Radikaldemokrat, trat während der Revolution für eine deutsche Republik ein
- floh nach Aufstandsversuch in die Schweiz und wanderte später in die Vereinigten Staaten aus



1. Recherchieren Sie,  
 a) zu deren Leben und insbesondere Wirken im Rahmen der Revolution von 1848/49.  
 b) ob bzw. wie an diese in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland erinnert wurde/wird.

2. Diskutieren Sie, welcher der drei Persönlichkeiten Sie für ihre Verdienste um die Demokratie in Deutschland ein Denkmal setzen würden, und entwerfen Sie eine Inschrift für dieses Denkmal.



**7.2.2 Die Revolution von 1918**

**M 6 Keine sozialistische Revolution**

Die französische Historikerin Valérie Carré beschreibt 2023 in einem Aufsatz, welche Absichten die SED-Führung im Jahr 1958 mit der Erinnerung an die Revolution von 1918 verband:

Auch die Zeit der Revolution von 1918–1919, in der DDR oft als Novemberrevolution bezeichnet, wurde gern als unmittelbare Wegbereiterin der DDR gesehen. Insbesondere anlässlich des 40. Jubiläums der Revolution erschienen eine ganze Reihe von Veröffentlichungen zu dem Thema. Interessant dabei ist, dass Wert darauf gelegt wurde, persönliche Erinnerungen in den Vordergrund zu stellen. So erschien 1958 der Band Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisbericht aktiver Teilnehmer 10 der Novemberrevolution 1918/1919 [...]. Das Werk hat eine politische Legitimierungsfunktion, indem es die persönliche Erfahrung der revolutionären Zeit mit der Position der Autoren 1958 in Verbindung bringt. [...] So stammen die ersten beiden Beiträge von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck. Andere sind deutlich unbekannter [...] Im Vordergrund steht hierbei immer das ununterbrochene Engagement für den Sozialismus. [Der Band] versteht sich als Vorschrift, wie die Geschichtsschreibung der Revolution auszusehen hat. Der 15 Eröffnungstext stammt von Walter Ulbricht. Sein Titel

lautet: „Über den Charakter der Novemberrevolution“. Darin kritisiert Walter Ulbricht die Art und Weise, wie die Historiker an die Geschichte der Revolution herangegangen sind. Die Erklärung für diese Fehleinschätzung liefert er auch gleich mit: Sie hätten nicht die richtige Methode benutzt, sprich den historischen Materialismus<sup>1</sup>. [...] Ulbricht zufolge und im Gegensatz zu dem, was mancher Historiker behauptet habe, kann die Novemberrevolution nicht als sozialistisch bezeichnet werden, da „das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen [...] nicht durch die Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Partei [...] soweit gewachsen ist, daß die Arbeiterklasse ihre Hegemonie verwirklichen und das erforderliche Kräfteverhältnis für eine proletarische Revolution schaffen kann“. 35 Es geht ihm hier also darum, die Rolle der Partei in der Bildung des Klassenbewusstseins zu betonen. Deshalb schließt er seine Abhandlung wie folgt ab: „Zusammenfassend muss man die Novemberrevolution ihrem Charakter nach als eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde, bezeichnen“. 40

<sup>1</sup> **historischer Materialismus:** Theorie, die den Ablauf der Geschichte als eine durch ökonomische Prozesse gesetzmäßig bestimmte Entwicklung der menschlichen Gesellschaft beschreibt



Valérie Carré, „Die DDR und die Konstruktion der Subjektivität in der Erinnerung an die Revolution 1918–1919“, *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* <http://journals.openedition.org/allemande/3145> [Zugriff: 02.03.2024]

1. Arbeiten Sie differenziert die Bedeutung der Erinnerung an die Revolution von 1918 für die DDR heraus.
2. Erschließen Sie sich unter Rückgriff auf Ihr historisches Wissen, warum die Revolution von 1918 in der DDR oft als Novemberrevolution bezeichnet wurde.



### M7 Geschichte für alle zugänglich



Über die unterschiedlichen Rezeptionen der Revolution von 1918 in der DDR und der Bundesrepublik schreiben Eberhard Kolb und Dirk Schumann 2013:

#### DDR

Für die marxistisch-leninistischen Historiker insbesondere der DDR bildeten die Revolutionsmonate 1918/19 den Gegenstand einer umfassenden gegenwartsbezogenen Analyse, aus den grundsätzlichen „Lehren“ für die Führung des Kampfes gegen den „Imperialismus“ abgeleitet wurden, in der sich gleichzeitig aber auch aktuelle politische Strategieüberlegungen spiegelten. Insofern war es wohl kein Zufall, daß die SED-Führung schon in den fünfziger Jahren gerade die Einschätzung der Novemberrevolution zum Musterfall erkor, um den DDR-Historikern die führende Rolle der Partei bei der Interpretation geschichtlicher Vorgänge recht augenfällig zu demonstrieren. Im Jahre 1958 nämlich beschloß das Zentralkomitee der SED „Thesen“ über die Novemberrevolution [...]. Während ursprünglich manche kommunistischen Historiker die Auffassung vertreten hatten, bei der Novemberrevolution handele es sich um eine gescheiterte proletarische Revolution, wurde in den Thesen von 1958 der Charakter der Novemberrevolution folgendermaßen definiert: Die Novemberrevolution 1918 blieb „ihrem Charakter nach eine bürgerlich-demokratische Revolution, die in gewissem Umfange mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde“. Daß in Deutschland 1918/19 nicht eine „proletarische Revolution“ stattgefunden hatte, obwohl die objektiven Voraussetzungen dafür gegeben waren, wurde auf den ungenügenden Reifegrad des „subjektiven Faktors“ zurückgeführt: Die Massen waren nicht so organisiert, daß sie den Kampf um die ganze Macht mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen konnten; das heißt: Was damals in Deutschland (noch) fehlte, war eine „marxistisch-leninistische Kampfpartei“. Die Existenz einer aktionsfähigen „marxistisch-leninistische Kampfpartei“

bildete damit das entscheidende Kriterium für die Bestimmung des Charakters der Revolution, die wichtigste Bedingung für den Sieg der proletarischen Revolution; die Gründung der KPD erklärte man – folgerichtig im Kontext dieser Theorie – zum entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

Damit war für die marxistisch-leninistischen Historiker der Rahmen bei der Bewertung von Politik und Zielsetzung der einzelnen politischen Gruppierungen klar hervorgehoben: Während die SPD-Führer des „Verrats“ geziehen und die USPD-Führer der Unfähigkeit und Unklarheit beschuldigt wurden, fand nur der politische Kampf der Spartakisten-Kommunisten eine positive Beurteilung, wobei die Stärke des Spartakusbundes und sein Einfluß auf den Gang der Ereignisse stark übertrieben dargestellt und seine verfehlte Taktik beschönigt wurden. So erschienen in der marxistisch-leninistischen Historiographie die Spartakisten-Kommunisten als die einzigen wirklichen Revolutionäre, als revolutionäre Vorhut, welche dem Kampf des Proletariats Ziel und Richtung wies – und damit war zugleich eine positive Kontinuitätslinie prinzipiell „richtiger“ Politik der deutschen Kommunisten von ihren Anfängen an herausgestellt [...].

#### Bundesrepublik

Im Zusammenhang mit [der] Frage nach Triebkräften, Struktur, Aktionsformen und Zielsetzungen der revolutionären Bewegung rückten [in der Forschung ab 1960] die Arbeiter- und Soldatenräte in den Brennpunkt des Interesses, denn sie waren in den November- und Dezemberwochen 1918 und noch bis ins Jahr 1919 hinein die eigentlichen Repräsentanten der Revolutionsbewegung. Auf das Bild der Arbeiter- und Soldatenräte hatte sich in besonderem Maße der Umstand ausgewirkt, der für die „Nachgeschichte“ dieser deutschen Revolution von 1918/19 generell kennzeichnend ist: Die Zeitgenossen haben die Revolutionsereignisse schon sehr früh aus dem Bewußtsein verdrängt oder sie unter Gesichtspunkten politischer Opportunität und Apologetik massiv umgedeutet. Das auslösende Moment für diesen bereits im Jahr 1919 auf breiter Front einsetzenden Verdrängungs- und Umdeutungsprozeß war zweifellos die Tatsache, daß sich mit der Revolution von 1918/19, so wie sie verlief und endete, keines der großen politischen Lager zu identifizieren vermochte; für alle politischen Gruppierungen war diese Revolution, in unterschiedlicher Weise, ein „Ärgernis“. Dies wirkte zurück auf die Bewertung der Arbeiter- und Soldatenräte; sie gerieten nachträglich unter einen allgemeinen Bolschewismusverdacht und wurden als Herrschaftsinstru-





mente einer linksradikalen Minderheit abgestempelt; ihre Tätigkeit während der Revolutionsmonate bedachte man fast durchweg mit abfälligen Urteilen. Dieses handfeste Negativ-Bild erwies sich über die Jahre des  
 90 Dritten Reiches hinaus als außerordentlich zählebig. [...]  
 [Erst Untersuchungen auf breiterer Quellenbasis veränderten das Bild der Rätebewegung.] Durch Eruierung genauer Angaben über die Zusammensetzung sowohl  
 95 der Arbeiterräte wieder Soldatenräte konnte eindeutig nachgewiesen werden, daß weitaus die meisten Arbeiterräte von Mehrheitssozialdemokraten und gemäßigten Unabhängigen beherrscht wurden und in den Soldatenräten neben Sozialdemokraten auch bürgerliche  
 100 Elemente einen nicht geringen Einfluß ausübten. Hingegen verfügte die äußerste Linke (Spartakusbund, Bremer Linksradikale) – entgegen weitverbreiteter Annahme – nur in wenigen Arbeiterräten über einige Vertreter, über größeren Einfluß lediglich in zwei, drei  
 105 Großstädten. [...] – diese „Entdeckung“ bedeutete den eigentlichen Wendepunkt in der Beschäftigung mit der Räte- und Revolutionsbewegung von 1918/19.

Zitiert nach: Eberhard Kolb und Dirk Schumann: Die Weimarer Republik, 8. Aufl., München 2013. S. 167–170



► Stellen Sie die Erinnerung an die Revolution von 1918 in der Bundesrepublik und in der DDR einander gegenüber und zeigen Sie auf, inwiefern diese Erinnerung von zeitgeschichtlichen Umständen und weltanschaulichen Prämissen geprägt war.



### M 8 Bezugnahmen auf die 50 Jahre zurückliegende Revolution

#### a) Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Sozialisten

Foto vom 19. Oktober 1968  
 Die Gedenkstätte der Sozialisten ist Teil des Zentralfriedhofs Friedrichsfelde in Berlin. Hier wurden 1919 die Opfer des sog. „Spartakusaufstandes“, darunter die KPD-Vorsitzenden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, bestattet. – Das Bild entstand im Rahmen einer mehrtägigen Veranstaltung mit dem Titel „Appell junger Revolutionäre von heute“ anlässlich des 50. Jahrestags der Revolution von 1918. Die Kundgebung fand vom 18.–20. Oktober 1968 in Berlin statt und wurde von der DDR-Jugendorganisation

der Freien Deutschen Jugend (FDJ) veranstaltet. In diesem Rahmen hielt auch der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht eine Rede und reisten FDJ-Delegationen aus der gesamten DDR an.



#### b) Mai-Kundgebung in West-Berlin

Foto vom 1. Mai 1968  
 Die Außerparlamentarische Opposition demonstriert mit Bildern deutscher Revolutionäre wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.



1. Analysieren Sie die Fotografien.
2. Erläutern Sie, welche politischen Kräfte in der Bundesrepublik und in der DDR die Revolution von 1918 im Jahre 1968 für sich in Anspruch nahmen bzw. sich auf selbige bezogen.



### M9 Das (streitbare) Gesicht der Revolution von 1918

#### a) Rosa Luxemburg (1871–1919)



- geboren in Russisch-Polen
- Tochter eines jüdischen Kaufmanns
- gehörte der sozialistischen Arbeiterbewegung an
- 1898 Übersiedlung nach Berlin und Eintritt in die SPD
- führende Theoretikerin des linken Parteiflügels
- im Ersten Weltkrieg als Kriegsgegnerin mehrfach inhaftiert
- tritt 1918 nach dem Sturz der Monarchie für eine Räteregierung ein
- gemeinsam mit Karl Liebknecht Vorsitzende der neugegründeten KPD
- Befürworterin einer Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, hierbei aber von der Parteilichkeit überstimmt
- im Zuge der Januarunruhen 1919 von Freikorpsoffizieren ermordet

#### b) Skandal um eine Briefmarke

Sonderbriefmarke der Deutschen Post von 1974

Für die Veröffentlichung der Briefmarke wurde der damalige Bundespostminister Horst Ehmke stark kritisiert. Er erhielt damals etwa 400 Protestschreiben von Postkunden aus der Bundesrepublik.



1. Recherchieren Sie das Gedenken an Rosa Luxemburg in der DDR.
2. Sehen Sie sich den unter Mediacode 32072-000 verlinkten Fernsehbeitrag aus der Sendung Panorama von 1974 vollständig an.
3. Arbeiten Sie die unterschiedlichen Bilder von Rosa Luxemburg heraus, die im Beitrag gegenübergestellt werden.
4. Vergleichen sie das Gedenken in der Bundesrepublik mit dem in der DDR.
5. Beurteilen Sie, inwiefern das Gedenken an Luxemburg mit der jeweiligen (innen-)politischen Situation der beiden deutschen Staaten verknüpft war.



Weitere Informationen zum Leben von Rosa Luxemburg finden Sie unter Mediacode 32072-655.



Über den Mediacode 32072-656 gelangen Sie zum Fernsehbeitrag aus dem Jahr 1974.



### 7.2.3 Widerstand gegen den Nationalsozialismus

**INFO: Getrennte Erinnerungen**

Die Überzeugungen, Motive und Absichten derjenigen, die Widerstand gegen die Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus leisteten, waren vielfältig. Einzelne Personen und Gruppen handelten aus demokratischer Grundüberzeugung, doch nur wenige entwickelten Pläne für eine politische Ordnung nach dem Ende der NS-Herrschaft. Dennoch ist das Gedenken an diesen Widerstand heute ein selbstverständlicher Teil der Erinnerungskultur, und zwar unabhängig davon, ob sich die dabei gewürdigten Personen selbst als Demokraten verstanden, ihre Widerstandshandlungen demokratisch begründeten oder aber Umsturzpläne verfolgten, die auf die (Wieder-)Herstellung demokratischer Verhältnisse zielten. Das war nicht immer so. Nur zögerlich und selektiv wurde anfänglich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR an die Frauen und Männer des Widerstands erinnert.

In der Bundesrepublik wurde der Widerstand als Teil der unliebsamen Erinnerung an die NS-Zeit und im Bestreben, „einen Schlusstrich“ zu ziehen, überwiegend verdrängt und vergessen. Öffentliche Gedenkfeiern waren bis in die 1950er-Jahre die Ausnahme und wurden häufig von Überlebenden oder Familienangehörigen der Opfer angeregt jedoch in der Regel nicht von staatlicher Seite initiiert. Für viele Deutsche waren Widerstandskämpfer „Nestbeschmutzer“ oder gar „Verräter“. Noch 1956 sprachen sich

nur 18 Prozent der Befragten in einer demoskopischen Untersuchung dafür aus, eine Schule nach Claus Schenk von Stauffenberg zu benennen. Kommunistische Widerstandskämpfer wurden pauschal als antidemokratische und totalitäre „Handlanger Moskaus“ eingeordnet, viele andere, wie etwa die jungen Mitglieder der „Edelweißspiraten“, in die Nähe von Kriminellen gerückt. Dazu trug auch bei, dass Urteile von NS-Gerichten, sogar die des berühmtesten „Volksgerichtshofs“, bis in die 1990er-Jahre gültig blieben, Urteile wegen so genannten „Kriegsverrats“ teilweise sogar bis 2009.

Die DDR verstand sich von Anbeginn an als legitime Erbin des kommunistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Während bis 1949 noch ein breiteres Spektrum widerständischen Verhaltens berücksichtigt wurde, lenkte die zur Staatsdoktrin erhobene „antifaschistische“ Grundhaltung den Blick der Geschichtspolitik alsbald so gut wie ausschließlich auf den Widerstand der KPD. In kämpferischer Abgrenzung zum angeblich immer noch „faschistischen“ und „imperialistischen“ westdeutschen Selbstverständnis definierte sich die DDR als das „bessere Deutschland“ und beanspruchte, die richtigen Lehren aus der Geschichte bereits gezogen zu haben.

Diese spezifische Art des Schlusstriches führte zu einer ebenso heroisierenden wie selektiven Vergegenwärtigung der Geschichte des Widerstands. Andere Opfergruppen blieben im Hintergrund oder wurden ignoriert.

Der jahrzehntelange Gegensatz zwischen Ost und West konkretisierte sich also auch im Gedenken an den Widerstand und machte nach 1989/90 eine geschichtspolitische Um- und Neuorientierung im vereinigten Deutschland unumgänglich. Dieter Brückner



eA

**M10 Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

Foto vom 20. Juli 1952  
Das Foto zeigt die Witwe des am 20. Juli 1944 von den Nationalsozialisten erschossenen Generals Friedrich Olbricht, bei der Grundsteinlegung des Ehrenmals in Berlin am Ort der Hinrichtung im Hof des sogenannten Bendler-Blocks.

- ▶ Recherchieren Sie die Geschichte der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.
- ▶ Skizzieren Sie, wie sie sich zwischen 1952 und 1989 weiterentwickelt hat.



- ▶ Stellen Sie die Erinnerung an den Widerstand gegen das NS-Regime in der Bundesrepublik und der DDR vergleichend in tabellarischer Form gegenüber.



### M11 Den konservativen Widerstand im Fokus


In seinem Buch „Das umstrittene Gedächtnis“ widmet sich der Historiker Arnd Bauerkämper 2012 u.a. der Bedeutung, welche die Erinnerung an das Attentat des 20. Juli 1944 für die frühe Bundesrepublik besaß:

Obgleich die Angehörigen der Widerstandsgruppe, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübt hatten, noch in den fünfziger Jahren von vielen Westdeutschen als „Verräter“ betrachtet und denunziert wurden, galten sie nach der offiziellen Gedächtnispolitik der Regierung als Vorkämpfer der Demokratie. Jahrestage des Attentats wurden in der Bundesrepublik deshalb ab 1951 jeweils in Berlin (im Bendlerblock oder in der Gedenkstätte Plötzensee) und später auch in Bonn offiziell gefeiert. Mit dem Bekenntnis zum Gedenken, das im Oktober 1951 vom Bundeskabinett im Hinblick auf den konservativen Widerstand beschlossen worden war, sollte gegenüber der „antifaschistischen“ Legitimationsideologie des SED-Regimes, die in der DDR auf den Widerstand der Arbeiterklasse abhob, ein eigenes politisches Selbstverständnis begründet werden. Zugleich diente die Berufung auf den konservativen Widerstand und das Attentat vom 20. Juli der Außenpolitik der Bundesregierung, die in den frühen fünfziger Jahren die Westintegration vorantrieb und gegenüber den westlichen Mächten auf staatliche Souveränität drängte. Auch wertete das öffentliche Gedenken, mit dem der Umsturzversuch idealisiert wurde, das Militär auf. Damit sollte letztlich die – innenpolitisch zunächst überaus umstrittene – Wiederaufrüstung und die Integration der Bundesrepublik in die NATO legitimiert werden. Anstelle von Vergangenheitsrekursen prägten Zukunftsbezüge die Gedächtnispolitik zum 20. Juli 1944, die in der frühen Bundesrepublik in die NATO legitimiert werden. Anstelle von Vergangenheitsrekursen prägten Zukunftsbezüge die Gedächtnispolitik zum 20. Juli 1944, die in der frühen Bundesrepublik als „Deckerinnerung für den 8. Mai 1945“ fungierte.

Damit reduzierten verschiedene Politiker den Widerstand gegen die NS-Diktatur aber nicht nur auf die konservative Opposition, sondern diese wurde auch auf die Ereignisse des 20. Juli 1944 eingeschränkt. Überdies blendete die Fixierung auf den Attentatsversuch die Verwobenheit vielen Widerstandsakteure in den Nationalsozialismus weitgehend aus. Im Allgemeinen wurde die Opposition als „Aufstand des Gewissens“ moralisch überhöht und damit aus dem konkreten historischen Kontext gelöst. Damit einhergehend, betonten Regierungspolitiker in den sechziger Jahren weiterhin die diabolische Verführungskraft des Nationalsozialismus, deuteten ihn als Religionsersatz in einer säkularen Ge-

sellschaft oder führten den Aufstieg Hitlers auf die Herausbildung einer „Massengesellschaft“ zurück. [...] Letztlich verhinderte die Entkonkretisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit, dass sich in der frühen Bundesrepublik eine offene, selbstkritische Erinnerungskultur entwickelte. Zugleich ermöglichte sie aber einen Konsens über die unmittelbare Vergangenheit, der für unterschiedliche Gruppen anschlussfähig war und damit die neue westdeutsche Demokratie durchaus stabilisierte.

Arnd Bauerkämper: Das umstrittene Gedächtnis. Die Erinnerung an Nationalsozialismus, Faschismus und Krieg in Europa seit 1945. Paderborn: Schöningh 2012. S. 194 f.

- 
1. Erläutern Sie die Gründe dafür, warum sich die junge Bundesrepublik auf die Erinnerung an den 20. Juli 1944 beschränkte.
  2. Arbeiten Sie heraus, inwiefern diese zunächst einseitige Erinnerung im Hinblick auf die Aufarbeitung der Vergangenheit problematisch war.

### M12 Das Gedenken an die Attentäter des 20. Juli 1944 in der Bundesrepublik und der DDR

Nach Kriegsende war das Gedenken an die Attentäter des 20. Juli 1944 bis weit in die 1970er Jahre hinein umstritten.

#### a) Widerstand im Unrechtsstaat

Im März 1952 wird der für die Niederschlagung des Umsturzversuchs am 20. Juli 1944 mitverantwortliche und nach Kriegende in der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) agitierende Otto Ernst Remer vor dem Landgericht Braunschweig wegen Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener und übler Nachrede angeklagt. Remer hatte die Verschwörer des 20. Juli 1944 als Landes- und Hochverräter bezeichnet. In seinem Plädoyer führt Generalstaatsanwalt Fritz Bauer aus:

„Es ist Aufgabe der Staatsanwaltschaft, Aufgabe der Richter des demokratischen Rechtsstaates, die Helden des 20. Juli ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung zu rehabilitieren, auf Grund der Tatsachen, die uns heute bekannt sind, auf Grund des damals und heute, des ewig geltenden Rechts. [...] Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft hat diese Verhandlung den klaren Beweis erbracht, daß die Behauptung, die Widerstandskämpfer seinen Hoch- und Landesverräter gewesen unwahr ist. [...] Ein Unrechtsstaat – im Gegensatz zum heutigen Rechtsstaat –, ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig. Ein Unrechtsstaat, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt je-

dermann zur Notwehr gemäß § 53 StGB. Jedermann  
15 war berechtigt, den bedrohten Juden oder den bedrohten  
Intelligenzschichten des Auslandes Nothilfe zu ge-  
währen. Insoweit sind alle Widerstandshandlungen  
durch den § 53 StGB gedeckt.“

Zitiert nach: <https://braunschweig-spiegel.de/wp-content/uploads/2012/07/plaedoyer.pdf> [Zugriff: 10.03.2024]

#### b) Ehrenvolles Gedenken

In seiner Ansprache zum 25. Jahrestag erläutert der  
Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung,  
Karl-Günther von Hase, das Verhältnis der Bundeswehr zu  
den Attentätern des 20. Juli 1944:

„Wenn die Bundeswehr ehrenvoll der Männer des 20.  
Juli gedenkt und sie in die Reihe der besten Soldaten un-  
seres Volkes stellt, so bekennt sie sich in gleicher ehren-  
der Weise zu der opfervollen Pflichterfüllung aller Sol-  
daten der Wehrmacht, die gehorsam, treu und tapfer ihr  
5 Bestes, so wie sie es nur verstehen konnten, gegeben ha-  
ben. Nicht im Gegensatz zur Feldarmee, deren Kraft  
und Denken der Kampf band, sondern an ihrer Stelle  
und zu ihrer Ehre ist die Tat des 20. Juli unternommen  
10 worden. [...] Der Aufstand war ihnen nur in einer Aus-  
nahmesituation möglich. Einem Staat, der Rechtssicher-  
heit und Menschenwürde garantierte, würden sie die  
Gefolgschaft nicht aufgesagt haben. Ungehorsam allein  
war ihnen noch keine Tugend, Gehorsam auch in der  
15 Anfechtung noch kein Makel. Eine aus Missbehagen  
und bindungsloser Unlust geborene Verneinung von  
Pflicht und Gehorsam schlechthin, wie wir sie heute  
hier und da antreffen, kann sich auf ihr Beispiel nicht  
berufen. Nicht der politische Dissens, sondern die Un-  
vereinbarkeit des Dienstes mit der Verpflichtung des  
20 Menschen gegenüber Gott trieb sie zum Aufstand. Dar-  
an muss man denken, wenn von der „Unruhe des Ge-  
wissens“ gesprochen wird. [...] Dass wir dem Gewissen  
wieder einen Platz in der Rangordnung menschlicher  
25 Werte schaffen, auf dem es vor Missbrauch bewahrt ist,  
das ist der Auftrag des 20. Juli 1944. In diesem Sinne ver-  
neigt sich die Bundeswehr, heute hier vertreten durch  
vier junge Offiziere, in Dankbarkeit vor den Männern,  
die aufrecht und tapfer, unter Einsatz und Hingabe ihres  
30 Lebens, den Weg der Rückkehr zu einem unabänderli-  
chen Sittengesetz beschritten und damit dazu beigetra-  
gen haben, Deutschland wieder eine Zukunft zu si-  
chern.“

Zitiert nach: <https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/die-bundeswehr-hat-die-manner-des-20-juli-in-ihre-tradition-aufgenommen-karl-gunther-von-hase-20071969> [Zugriff: 05.02.2024]

#### c) „Der politische Sinn dieser Verschwörung“

In der Zeitschrift „Einheit“ erscheint 1954 ein Artikel des  
Staatssekretärs und späteren Außenministers der DDR,  
Otto Winzer. Darin heißt es gemäß der ideologischen Par-  
teilinie über den militärischen Widerstand:

„Im Unterschied zu allen anderen Parteien hat die Kom-  
munistische Partei Deutschlands gegenüber dem Hitler-  
regime nie eine Position des Abwartens bezogen, den  
Kampf gegen die Naziherrschaft, seine Kriegsvorberei-  
tungen und seinen verbrecherischen Eroberungskrieg 5  
niemals eingestellt. [...] Ihre Bedeutung tritt um so  
deutlicher zutage, wenn man bedenkt, wie durch die  
Propaganda der amerikanischen und westdeutschen  
Imperialisten diejenigen gefeiert werden, die angesichts  
der Niederlagen Hitlers mit der Verschwörung vom 20. 10  
Juli 1944 den Versuch unternahmen, den Krieg nicht  
etwa zu beenden, sondern ihm nur eine andere Wen-  
dung zu geben. [...] Bei solchen Zielen konnten die  
amerikanischen Imperialisten natürlich keine antifa-  
schistische Volkserhebung brauchen, wie sie die helden- 15  
haft kämpfenden illegalen Kommunisten anstrebten.  
Dafür konnten sie höchstens eine militärische Ver-  
schwörung gebrauchen, die zwar die Hitlerherrschaft  
beseitigt, aber die kapitalistische Klassenherrschaft nicht  
antastet. In dieser Zielsetzung waren sich die amerikani- 20  
schen Hintermänner und die reaktionären Spitzen der  
Verschwörung vom 20. Juli denn auch völlig einig. [...] Das  
politische Ziel der Verschwörung des 20. Juli be-  
stand denn auch nicht in der Beendigung des Krieges  
durch den Sturz Hitlers und die Errichtung einer wirkli- 25  
chen Volksmacht, sondern in der Beendigung des Mehr-  
frontenkrieges und der Weiterführung des Krieges an  
einer Front, nämlich gegen die Sowjetunion. [...] Der  
politische Sinn dieser Verschwörung war also der, Hitler  
so aus der Welt zu schaffen, dass es in Deutschland keine 30  
ernsthafte Volksbewegung gibt, dass das reaktionäre  
deutsche Monopolkapital im Bündnis mit der reaktionä-  
ren Generalität vielmehr die Möglichkeit erhält, ge-  
meinsam mit den reaktionären Kräften des englischen  
und amerikanischen Imperialismus den Krieg gegen die 35  
Sowjetunion, die erste Arbeiter- und Bauernmacht, wei-  
terzuführen.“

Zitiert nach: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus 9 (1954), Heft 7, S. 685 f.

#### d) Eine „reaktionäre Konzeption“

Der DDR-Historiker Wilhelm Ersil schreibt 1960 in seinem  
Aufsatz „Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 und die Lügen  
der Bonner Militaristen“:



„Der reaktionäre Kern der Verschwörung opponierte zwar gegen Hitler, aber er dachte nie daran, mit der aggressiven imperialistischen Politik überhaupt zu brechen und entschiedenen Kurs auf die Befreiung des Volkes von Faschismus, Militarismus und Krieg zu nehmen. Infolgedessen waren die ‚Oppositionellen‘ nicht imstande, eine Politik zu entwickeln, die sich in ihrer Zielsetzung und mit ihrer ganzen Konsequenz gegen die militaristischen Verderber der Nation richtete. [...] Weil die leitenden Kräfte der Verschwörung das Volk am meisten fürchteten, kämpften sie nicht aktiv für die Beendigung des imperialistischen Krieges, lehnten sie das Bündnis mit den antifaschistischen Widerstandskämpfern und besonders mit der KPD ab, versuchten sie, die Mobilisierung der Volkskräfte zu verhindern. Dabei wurden sie auch von einigen sozialdemokratischen Führern [...] unterstützt, die sich auf die Verschwörung vom 20. Juli 1944 orientierten und sich gegen die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse aussprachen. Dem lag das Bemühen zugrunde, den deutschen Imperialismus und Militarismus, ähnlich wie 1918, vor der endgültigen Vernichtung zu bewahren. [...] Jedoch weder der Mut einiger patriotischer Offiziere noch die beginnende Orientierung solcher Sozialdemokraten wie Leber und Reichwein auf den von der KPD geführten antifaschistisch-demokratischen Widerstandskampf bestimmten den Charakter und die Zielsetzung der Verschwörung, sondern die reaktionäre Konzeption der Goerdeler-Gruppe und anderer Kreise der Verschwörung.“

Wilhelm Ersil: Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 und die Lügen der Bonner Militaristen. In: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus 15 (1960), Heft 7, S.1085.

1. Stellen Sie die unterschiedliche Einordnung und Bewertung des Widerstands der Hitler-Attentäter in einer Mindmap dar.
2. Erschließen Sie sich, was die unterschiedliche Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus jeweils über das Selbstverständnis der Bundesrepublik und der DDR aussagt.

### M13 Buchenwald – Die erste Mahn- und Gedenkstätte der DDR

#### a) Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald

Am 9. Oktober 1950 beschließt das Zentralkomitee der SED, das ehemalige Haftlingslager Buchenwald bis auf das Krematorium als Ermordungsstätte des Kommunisten Ernst Thälmann, das Torgebäude und zwei Wachtürme abzureißen. Gerechtfertigt wird diese Maßnahme

mit der zentralen Bedeutung des antifaschistischen kommunistischen Widerstandskampfes. Am 14. September 1958 wird die erste der drei großen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR eingeweiht. DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl spricht in seiner Rede vom „heroischen Kampf“ der Antifaschisten:

„Zum ersten Mal schwingen heute die Glockentöne vom Turm der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte weit hinaus ins Land und künden vom Heldentum der europäischen Widerstandskämpfer. Sie trotzen der finsternen, grauenvollen Nacht des Hitler-Faschismus, sie haben ihr Blut und Leben, ihre Freude und ihr Glück, um die grausame faschistische Sklaverei zu beenden. Die Stimmen der Toten und der Lebendigen vereinigen sich in den Glockentönen zu dem mahnenden Ruf: Nie wieder Faschismus und Krieg, Friede sei ihr erst Geläute [...] Die Mahn- und Gedenkstätte beim Konzentrationslager Buchenwald kündigt von dem heroischen Kampf und dem unsagbaren Leiden der Antifaschisten in allen Lagern und in allen Ländern der Welt. Heute übergeben wir dem deutschen Volk und allen Menschen guten Willens in allen anderen Ländern diese Nationale Mahn- und Gedenkstätte auf dem Ettersberg, der mitten im Herzen Deutschlands liegt.“

Zitiert nach: Buchenwald mahnt! Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und Ansprachen der Vertreter der ausländischen Delegierten zur Weihe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald am 14. September 1958, Weimar 1961

#### b) Die Denkmalsanlage Buchenwald – ein antifaschistisches Narrativ



Zentrales Element der Gedenkanlage in Buchenwald ist die von dem deutschen Bildhauer Fritz Cremer geschaffene elfköpfige Figurengruppe der befreiten Häftlinge.





Eine Darstellung zur Geschichte der Gedenkstätte aus dem Jahr 1998 kommentiert die künstlerische Inszenierung des antifaschistischen Heldentums:

Am 14. September 1958 schließlich wurde die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“ eingeweiht. Errichtet worden war eine monumentale Denkmalsanlage, die dem Heroenkult des sozialistischen Realismus folgte, zugleich aber formsprachlich deutliche Bezüge zur nationalistisch-konservativen deutschen Memorialarchitektur in Folge des 1. Weltkrieges und NS-Deutschlands [...] erkennen ließ. Durch ein archaisierendes Tor betrat der Besucher eine hangabwärtsführende Treppe und stieg, begleitet von Reliefstelen, die nach dem bereits erwähnten Motto „durch Sterben und Kämpfen zum Sieg“ gegliedert waren, zu den Toten herab. An den mit Ringmauern im römischen Stil gefassten Massengräbern vorbei passierte der Besucher die pylongesäumte „Straße der Nationen“. Abstieg und Gräber sollten die „Nacht des Faschismus“ symbolisieren. Die „Straße der Nationen“ hingegen die kämpferische internationale Solidarität. Durch das dritte Ringgrab hindurch stieg der Besucher anschließend die „Treppe der Freiheit“ zur Plastik der befreiten Häftlinge und zum „Turm der Freiheit“ empor. Hier sollte er der „Selbstbefreiung“ der Häftlinge ebenso inne werden wie dem „befreiten Teil Deutschlands“, d. h. der DDR als seiner Heimat und seinem antifaschistischen Vaterland. Verinnerlicht werden sollte so die Geschichtsnotwendigkeit des Sieges des Kommunismus, wie auch der Umstand, dass er noch nicht überall durchgesetzt sei, man wachsam und kämpferisch bleiben müsse. Der Identifikation mit der DDR und dem Ostblock sollte die Ablehnung Westdeutschlands und der westlichen Allianz als potentiellen Nachfolgern des SS-Staates entsprechen. Gedenken bedeutete weniger Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, als vielmehr Selbstverpflichtung auf den SED-Staat.

Zitiert nach: Gedenkstätte Buchenwald (Hg.), Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945 – Speziallager Nr. 2 1945–1950. Zwei Lager an einem Ort Geschichte und Erinnerungskonstruktion. Bericht für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Weimar-Buchenwald 1998, S. 369.

1. Charakterisieren Sie, wem in welcher Form gedacht wird. Welche Rückschlüsse lassen sich hieraus auf das Selbstverständnis der DDR ziehen?
2. Bewerten Sie die vorliegenden Formen der Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Erläuterungen Fritz Cremers zur Gestaltung und Bildsprache seiner Figurengruppe bietet Mediencode 32072-663.

#### M14 Symbolfigur des Widerstands

Die Erinnerung an den Widerstand im Dritten Reich war in der DDR untrennbar mit der Person Ernst Thälmanns, einem ehemaligen KPD-Führer und Opfer der Nationalsozialisten, verbunden. Die Historikerin Annette Leo schildert, wie sich der Thälmann-Kult in der jungen DDR entwickelte:

In den Jahren 1949 und 1951 setzte ein Kult um Ernst Thälmann ein, bei dem dieser symbolisch für die führende Rolle der KPD im Widerstandskampf stehen sollte für die führende Rolle auch, die die SED in der neugegründeten DDR durchsetzte. Das Fundament dieses Kultes war eine verfälschte und umgewertete Geschichte der KPD der zwanziger und dreißiger Jahre. [...]

Der Mythos machte aus Ernst Thälmann den unfehlbaren, weitsichtigen Politiker, der die Partei zusammenschweißte und die Feinde der Partei entlarvte und entmachtete. Der Mythos machte aus der KPD „die einzige Partei, die dem Hitlerfaschismus vom ersten bis zum letzten Tag organisierten Widerstand entgegensetzte“. In dem Maße wie die Widerstandskämpfer aus dem bürgerlichen, dem sozialdemokratischen, dem christlichen Lager als Feinde und Verräter diffamiert wurden und ihren Platz im Kanon der offiziellen Erinnerung verloren, rückte die Person Ernst Thälmanns an ihre Stelle. Er wurde zum Symbol des Antifaschismus zum Symbol der Unfehlbarkeit der kommunistischen Partei. [...] Bis zum Ende der DDR waren Thälmann-Kult und Macht der Partei unauflöslich miteinander verbunden.

Hierzu einige Beispiele: Etwa bis 1951 wurden Entwürfe für ein internationales Mahnmal des Widerstands in Berlin diskutiert. [...] Diese Vorstellungen wurden rasch von den Plänen abgelöst auf dem damaligen Thälmann-Platz in Berlin Mitte ein würdiges Denkmal des KPD-Vorsitzenden zu erreichen. [...] Bei den alljährlich im September veranstalteten großen Gedenkkundgebungen für die Opfer des Faschismus trat 1950 an die Stelle der Fahnen der Nationen der Antihitlerkoalition ein großes Thälmann-Bild über der Tribüne. [...] 1951 griff der SED Parteivorstand in die Straßenumbenennungen lenkend ein, weil nach Meinung einiger führender Genossen zu viele Straßen nach den Geschwistern Scholl benannt wurden und zu wenige nach Ernst Thälmann. Tatsächlich setzte kurz darauf eine Welle von Straßenumbenennungen ein, in deren Verlauf jede große und kleine Stadt und fast jedes Dorf eine Thälmannstraße oder einen Thälmannplatz bekam.

In dieser Zeit entstanden auch die Entwürfe für die Gestaltung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald. Der Platz vor dem Krematorium, wo Thälmann erschossen worden war, wurde zu einem der wichtigsten Orte der künf-





45 tigen Gedenkstätte erklärt. Jahrzehntlang waren die jährlichen Gedenkfeiern in Buchenwald vor allem Feiern zu Ehren von Ernst Thälmann. Im Lagermuseum war ein ganzer Raum dem KPD-Vorsitzenden gewidmet. Die Erzählung von der heimlichen Gedenkfeier der Häftlinge der Desinfektionsbaracke wenige Tage nach seiner Ermordung wurde wie eine christliche Apostelgeschichte überliefert. Die Geschichte des Todes von Ernst Thälmann [...] verbunden mit der Geschichte der Selbstbefreiung, machten aus Buchenwald einen der bedeutsamsten Orte an dem Antifaschismus und Führungsanspruch der SED miteinander verschmolzen.

50 Mit Hilfe des Thälmann-Kultes gelang es, den Widerstand gegen das Nazi-Regime als Teil des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre Befreiung darzustellen, als dessen Krönung schließlich die DDR entstanden war. Indem Thälmann eine führende, eine überragende Rolle in der deutschen Geschichte zugeschrieben wurde, bescheinigte sich die SED diese Rolle in der damaligen Gegenwart selbst. Die Eigenschaften, mit denen Thälmann

65 [...] charakterisiert wurde, waren: Weisheit, Voraussicht, Autorität, Führungsqualitäten, Einblick in die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten – das waren eben die Eigenschaften, die die Partei für sich beanspruchte. Gleichzeitig wurden ihm auch andere Qualitäten zugeschrieben wie: Treue, Standhaftigkeit und Glaubensfestigkeit, die man sich von idealen Untertanen, vom Volk, [...] wünschte.

70 Thälmann wurde den Kindern und Jugendlichen des Landes als Vorbild präsentiert, dem sie nacheifern sollten. 1952 bekam die Pionierorganisation<sup>1</sup> Thälmanns Namen verliehen. [...]

Die [...] zitierten Beispiele stammen alle aus den Anfangsjahren, aber im wesentlichen blieben die Grundbestandteile des Kultes bis zum Ende der DDR erhalten, nur hier und da verfeinert und geglättet.

Annette Leo: „Stimme und Faust der Nation ...“ Thälmann Kult kontra Antifaschismus. In: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin 1995. S. 207–210.

1. Erläutern Sie, wie es gelang, durch den Fokus auf Ernst Thälmann, die führende Rolle der SED in der DDR zu untermauern.
2. Nehmen Sie am Beispiel des Thälmann-Kultes Stellung dazu, inwieweit die Bezugnahme auf konkrete Personen die mit Erinnerungskultur bezweckte Identitätsarbeit erleichtert.

<sup>1</sup> Die Pionierorganisation war die politische Massenorganisation der DDR für Kinder der 1.–7./8. Klasse. Sie untergliederte sich in die Jungpioniere (1.–3. Klasse) und die Thälmann-Pioniere (4.–7./8. Klasse). Ihr gehörten fast alle Kinder der DDR an.

## M15 Die erinnerten Gesichter des Widerstandes in Bundesrepublik und DDR

### a) Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944)

Begann er seine Offizierslaufbahn 1926. Wie viele andere faszinierte ihn zunächst der Nationalsozialismus, er trat aber nie in die NSDAP ein. Als Generalstabsoffizier erlebte er die militärischen Erfolge zu Beginn des Krieges. Im Mai 1940 wechselte er in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres (OKH). Dadurch erhielt er detaillierte Kenntnisse über die militärisch zunehmend aussichtslose Lage sowie über die verübten Verbrechen an und hinter den Fronten. Nach einer schweren Verwundung 1943 wurde er Chef des Stabes im Allgemeinen Heeresamt. Sein neuer Vorgesetzter war der bereits in Umsturzpläne involvierte General Friedrich Olbricht. Am 20. Juli 1944 verübte er im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ einen Sprengstoffanschlag. Der Staatsstreich schlug fehl. Noch in derselben Nacht wurden Stauffenberg und andere Verschwörer zum Tode verurteilt und im Hof des Bendlerblocks erschossen.



### b) Ernst Thälmann (1886–1944)

Vor dem Ersten Weltkrieg arbeitete er als Transport-, Hafen- und Werftarbeiter. 1903 trat er in die SPD ein. Am Ende des Ersten Weltkriegs beteiligte er sich aktiv an der Novemberrevolution 1918. Zwischen 1919 und 1933 vertrat er die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der Hamburger Bürgerschaft, ab 1924 war er Abgeordneter im Reichstag. Thälmann führte in den 1920er Jahren zudem den paramilitärischen Roten Frontkämpferbund und übernahm 1925 den Vorsitz der KPD, die er nach stalinistischem Vorbild ausrichtete. Er wurde von den Nationalsozialisten am 3. März 1933 verhaftet und verblieb bis 1944 in verschiedenen Gefängnissen und Haftstätten. Am 18. August 1944 wurde Thälmann vermutlich auf direkten Befehl Hitlers im KZ Buchenwald ermordet.



- ▶ Charakterisieren Sie auf der Grundlage der voranstehenden Materialien sowie eigener ergänzender Recherche, wie der beiden Personen jeweils in der Bundesrepublik und in der DDR gedacht wurde, und erläutern Sie die jeweiligen Beweggründe.



## 7.3 Gedenk- und Nationalfeiertage in der Bundesrepublik

Auf einer Internetseite der Bundesregierung heißt es:

„Offizielle Gedenk- und Feiertage gehören zu den Symbolen, durch die sich ein Staat öffentlich darstellt. Durch sie werden kollektiv erlebte Schlüsselereignisse oder -erfahrungen als für die Gegenwart bedeutsam und erinnerungswürdig hervorgehoben. In der gemeinsamen Erinnerung werden an konkreten historischen Erfahrungen die Grundwerte, welche die Staats- und Verfassungsordnung fundieren, anschaulich und erlebbar. Damit tragen Gedenk- und Feiertage auch zur Konsensbildung und Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei.

Für den Schutz einzelner Feiertage sind die Länder zuständig. [...] Aufgrund seiner Stellung als Staatssymbol bildet der nationale Feiertag jedoch eine Ausnahme [...]“<sup>1</sup>  
Nationalfeiertage und nationale Gedenktage beruhen auf einer Interpretation von Vergangenheit und haben folglich eine geschichtspolitische Dimension.



Die einschlägigen **Grundlegenden Daten und Begriffe** zu den jeweiligen Stationen bietet Medien-code 32072-667.

### Lernaufgabe

Im folgenden Kapitel untersuchen Sie mittels des **Stationenlernens** die Interpretation von Vergangenheit im Umgang mit Nationalfeiertagen und Gedenktagen in der Bundesrepublik Deutschland anhand der folgenden Nationalfeiertage bzw. Gedenktage:

- ▶ Station 1: **8./9. Mai 1945**
- ▶ Station 2: **17. Juni 1953**
- ▶ Station 3: **3. Oktober 1990**



eA

### 7.3.1 8./9. Mai 1945

STATION 1

#### M1 Bedingungslose Kapitulation

Die Fotografie zeigt, wie am 7. Mai 1945 Generaloberst Alfred Jodl im US-Hauptquartier in Reims die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht unterzeichnet. Zwei Tage später tut dies Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst noch einmal.

- ▶ Wiederholen Sie das Grundlegende Datum 8./9. Mai 1945. Recherchieren Sie ggf. Informationen zum Zweiten Weltkrieg und zur bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.



<sup>1</sup> <https://www.protokoll-inland.de/Webs/PI/DE/nationale-gedenk-feiertage/nationale-gedenk-und-feiertage-node.html> [Zugriff: 18.03.2023]

### M2 „... kaum mehr als ein Aufatmen“

Am 7. Mai 1965 gibt Bundeskanzler Ludwig Erhard in Rundfunk und Fernsehen eine Erklärung der Bundesregierung ab:

- [...] Was aber sagt uns Deutschen rückblickend der 8. Mai 1945? Es war ein Tag so grau und trostlos wie so viele vor oder auch noch nach ihm, und so wie wir die Meldung von der totalen Kapitulation überhaupt vermerkt haben, bedeutete sie uns in der Stumpfheit jener Zeit kaum mehr als ein Aufatmen, dass das Menschenmorden endlich aufhören werde. Wir fühlten damals nicht mehr als Nation, wir lebten dem Augenblick und wagten kaum an das hoffnungslose Morgen zu denken.
- 10 Unsere Rückbesinnung gilt also nicht einem Tag, sie dient dem Nacherleben der Trauer und des Leids, des Blutopfers von Millionen unschuldiger Menschen. Unter dieser seelischen Last blieb damals kein Raum für Politik.
- 15 Doch dann widerfuhr uns die Gnade, dass wir noch einmal die Kraft fanden, von Neuem zu beginnen, dass wir uns aus Schutt und Trümmern eine neue Welt bauen konnten, dass wir eine wirtschaftliche und soziale Ordnung errichteten, die, was Menschenwerk nur immer
- 20 vermag, Not zu lindern und Schuld zu sühnen versuchte. Wer nicht diese 20 mal 365 Tage bewusst miterlebt hat, würde nach dem äußeren Gesicht dieser Welt von heute kaum begreifen, dass Deutschland am 8. Mai 1945 geschlagen und gedemütigt am Boden lag. [...]
- 25 Jener unselige Krieg brachte der gequälten Menschheit nicht den Frieden, sondern an seinem Ende standen neues Unrecht und Gewalt, wurde die Freiheit von Menschen und Völkern wiederum mit Füßen getreten. Ja – wenn seit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands
- 30 Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wären, dann allerdings hätte die ganze Menschheit Grund genug, den 8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern. Wir alle wissen, wie weit die Wirklichkeit davon entfernt ist.
- 35 Es wäre indessen falsch und ungerecht, wollten gerade wir Deutschen, die wir in der Freiheit leben dürfen, nicht mit tiefer Genugtuung und Dankbarkeit anerkennen, dass seit dem Niederbruch unser ehrliches Mühen und das eigene Verdienst niemals ausgereicht hätten, in
- 40 kurzer Folge wieder ein vollwertiges und geachtetes Mitglied der freien Völkerfamilie sein zu dürfen, wenn nicht unsere heutigen Verbündeten uns gegenüber Einsicht und Großmut bezeugt hätten. [...]
- 45 Vielleicht hat die Welt nach dem 8. Mai 1945 allenthalben geglaubt, Deutschland hätte nun ein für alle Mal seine Zukunft verwirkt, es wäre schuldhaft untergegangen und dürfte nicht mehr hoffen, in der Weltpolitik

seine Stimme zu erheben. [...] Dass es anders kam, verzeichnen wir umso dankbarer, als alles, was wir im edlen Wettbewerb der Nationen zu leisten vermögen, ein Beitrag zu dem großen Werk des Friedens und der menschlichen Wohlfahrt sein soll. Deutschland kann nicht in einem politischen Niemandsland und minderen Ranges im Geschichtslosen versinken. Es hat der Mitwirkung an der Weltpolitik nicht entsagt und will auch weiterhin im positiven Sinne die Weltgeschichte mitgestalten helfen. Das deutsche Volk dankt an diesem Tag allen seinen Freunden und Verbündeten für ihre Bereitschaft, die gemeinsame Aufgabe von morgen und das schicksalhaft Verbindende über das Trennende von gestern zu stellen. Das deutsche Volk, das für die Menschheit Großes geleistet hat und die Kraft aufbrachte, sich selbst zu erneuern, darf seiner Zukunft gewiss sein. Wir wollen ihr vertrauen und mutig unser Werk fortsetzen.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr.81/  
S. 641f. vom 11.05.1965

### M3 Ein „Augenblick der Selbstprüfung“

Im Jahr 1975 hält der damalige Bundespräsident Walter Scheel eine viel beachtete Rede zum 8. Mai 1945:

Anfang Mai 1945, vor 30 Jahren, ging der 2. Weltkrieg für uns zu Ende. Unsere ehemaligen Gegner feiern diesen Tag. Die Opfer, die sie für den Sieg über das Unrecht gebracht hatten, geben ihnen das Recht dazu. Wir gedenken dieser Opfer und aller Toten des Krieges in Achtung und Ehrfurcht. Wir Deutsche erinnern uns in diesen Tagen: Unser Land war vor 30 Jahren zerschlagen, zerstört, verachtet, gehasst. Ein Krieg war zu Ende, durch den wir uns die ganze Welt zum Feind gemacht hatten. Sicher, am 8. Mai 1945 brach das nationalsozialistische Regime endgültig zusammen. Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Und wir atmeten auf, als dann das Ende da war. Aber wir vergessen nicht, dass diese Befreiung von außen kam, dass wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschüt- teln, dass erst die halbe Welt zerstört werden musste, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde. [...] Der 8. Mai 1945 ist ein widersprüchlicher Tag in der deutschen Geschichte. Aber unser Staat hat die Kraft, sich zur ganzen deutschen Geschichte zu bekennen, auch zu deren dunklen Tagen. Wir laufen vor unserer Geschichte nicht davon. Wir tun nicht so, als ob uns der Untergang des Deutschen Reiches und die daraus entspringende Amputation und Teilung unseres Landes nichts anginge. Auch der andere deutsche Staat kann diesem gemeinsamen Schicksal der Deut-



schen nicht davonlaufen, so sehr er sich auch mühen mag. Für uns ist die 30. Wiederkehr des Tages des Kriegsendes ein Augenblick der Selbstprüfung. Wir versuchen, uns an diesem Tage klar zu werden darüber, welche Lehren Diktatur, Krieg und Katastrophe und ihre Folgen uns, den Bürgern der Bundesrepublik, erteilen. [...] Adolf Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Er wurde gewählt. [...] Der Jugend meines Landes möchte ich heute sagen: die ältere Generation hat in einer entscheidenden Phase unserer Geschichte versagt. Dafür gibt es viele Gründe, und wenn man sich bemüht, wird man das Versagen wenn nicht entschuldigen, so doch verstehen. Aber sie hat auch dafür gelitten. Ihre Jugend verging im Krieg, Hunger, Unsicherheit, Tyrannei und wieder Krieg und wieder Hunger. Sie, die Jüngeren, sie haben es sehr viel leichter gehabt. Es ist viel leichter, ein guter Demokrat zu sein, wenn man in gesicherten demokratischen Verhältnissen aufwächst.

Archiv des Liberalismus, Bestand Walter Scheel, N82-409

#### M4 Ein „Tag der Befreiung“

Am 8. Mai 1985 spricht der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa:

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. [...] Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen. Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewusst erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, dass Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. [...] Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der

8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg. [...] Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung. Gerade deshalb müssen wir verstehen, dass es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben. ‚Das Vergessenwollen‘ verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.

[https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508\\_Red.html](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Red.html) [Zugriff: 18.03.2024]

#### M5 „Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben.“

Am 8. Mai 2020 hält der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier an der Neuen Wache in Berlin eine Rede zum 75. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa:

Heute vor 75 Jahren ist in Europa der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen.

Der 8. Mai 1945 war das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das Ende von Bombennächten und Todesmärschen, das Ende beispielloser deutscher Verbrechen und des Zivilisationsbruchs der Shoah. [...] Wir wollten erinnern – gemeinsam mit Vertretern der Alliierten aus dem Westen und aus dem Osten, die diesen Kontinent – unter größten Opfern – befreit haben. Gemeinsam mit unseren Partnern aus allen Teilen Europas, die unter deutscher Besatzung gelitten haben und



dennoch zur Versöhnung bereit waren. Gemeinsam mit den Überlebenden deutscher Verbrechen und den Nachfahren der Opfer, von denen so viele uns die Hand ausgestreckt haben. Gemeinsam mit all denen auf der Welt, die diesem Land die Chance gegeben haben, neu anzufangen.

Wir wollten erinnern – auch mit den Älteren in unserem Land, die jene Zeit selbst erlebt haben. [...] Und wir wollten mit den Jüngeren gedenken, die heute, drei Generationen später, fragen, was die Vergangenheit ihnen eigentlich noch zu sagen hat – und denen ich zurufe: Auf euch kommt es an! [...] Doch nun zwingt uns die Corona-Pandemie, allein zu gedenken [...]. Vielleicht versetzt uns dieses Alleinsein für einen kurzen Moment noch einmal zurück an jenen 8. Mai 1945. Denn damals waren die Deutschen tatsächlich allein. Deutschland war militärisch besiegt, politisch und wirtschaftlich am Boden, moralisch zerrüttet. Wir hatten uns die ganze Welt zum Feind gemacht.

Heute, 75 Jahre später, müssen wir allein gedenken – aber: Wir sind nicht allein! [...] Wir leben in einer starken, gefestigten Demokratie, im dreißigsten Jahr des wiedervereinigten Deutschlands, im Herzen eines friedlichen und vereinten Europa. Wir genießen Vertrauen und wir ernten die Früchte von Zusammenarbeit und Partnerschaft rund um die Welt. Ja, wir Deutsche dürfen heute sagen: Der Tag der Befreiung ist ein Tag der Dankbarkeit! [...]

Die Befreiung war 1945 von außen gekommen. Sie musste von außen kommen – so tief war dieses Land verstrickt in sein eigenes Unheil, in seine Schuld. [...] Doch auch wir selbst haben Anteil an der Befreiung. Es war die innere Befreiung. Sie geschah nicht am 8. Mai 1945 und nicht an einem einzigen Tag. Sondern sie war ein langer, schmerzhafter Weg. Aufarbeitung und Aufklärung über Mitwisserschaft und Mittäterschaft, quälende Fragen in den Familien und zwischen den Generationen, der Kampf gegen das Verschweigen und Verdrängen. [...]

Rabbi Nachman hat gesagt: Kein Herz ist so ganz wie ein gebrochenes Herz. Die deutsche Geschichte ist eine gebrochene Geschichte – mit der Verantwortung für millionenfachen Mord und millionenfaches Leid. Das bricht uns das Herz bis heute. Deshalb: Man kann dieses Land nur mit gebrochenem Herzen lieben. [...]

Nie wieder! – das haben wir uns nach dem Krieg geschworen. Doch dieses Nie wieder!, es bedeutet für uns Deutsche vor allem: Nie wieder allein! Und dieser Satz gilt nirgendwo so sehr wie in Europa. Wir müssen Europa zusammenhalten. [...] Der 8. Mai war ein Tag der

Befreiung. Ich glaube: Wir müssen Richard von Weizsäckers berühmten Satz heute neu und anders lesen. Damals war dieser Satz ein Meilenstein im Ringen mit unserer Vergangenheit. Heute aber muss er sich auch an unsere Zukunft richten. Befreiung ist nämlich niemals abgeschlossen, und sie ist nichts, was wir nur passiv erfahren, sondern sie fordert uns aktiv, jeden Tag aufs Neue.

Damals wurden wir befreit. Heute müssen wir uns selbst befreien!

Befreien von der Versuchung eines neuen Nationalismus. Von der Faszination des Autoritären. Von Misstrauen, Abschottung und Feindseligkeit zwischen den Nationen. Von Hass und Hetze, von Fremdenfeindlichkeit und Demokratieverachtung – denn sie sind doch nichts anderes als die alten bösen Geister in neuem Gewand. [...]

Ich bitte alle Deutschen: Gedenken Sie heute in Stille der Opfer des Krieges und des Nationalsozialismus! Befragen Sie – ganz gleich, wo Ihre Wurzeln liegen mögen – Ihre Erinnerungen, die Erinnerungen Ihrer Familien, die Geschichte unseres gemeinsamen Landes! Bedenken Sie, [...] was der 8. Mai für Ihr Leben und Ihr Handeln bedeutet!

[...] Der 8. Mai war nicht das Ende der Befreiung – Freiheit und Demokratie sind vielmehr sein bleibender Auftrag, unser Auftrag!

<https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/05/200508-75-Jahre-Ende-WKII.html> [Zugriff: 18.03.2024]

1. Wählen Sie aus M2–M5 drei Reden aus und arbeiten Sie heraus, wie der 8./9. Mai jeweils gedeutet wurde.
2. Beurteilen Sie die damit jeweils verbundene Intention.
3. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse aus M2–M5 und halten Sie Ihre Ergebnisse in Stichpunkten in einer Tabelle fest.
4. Erläutern Sie auf Grundlage Ihrer Ergebnisse, wie sich die Rezeption und Deutung des 8./9. Mai 1945 als Gedenktag über die Jahrzehnte hinweg verändert hat. Inwiefern lässt sich von einem „Kurswechsel“ sprechen?
5. In etlichen Bundesländern ist der 8. Mai 1945 bereits Gedenktag. Diskutieren Sie, ob der 8. Mai 1945 bundesweit zum Feiertag erklärt werden sollte, und skizzieren Sie, wie dieser „mit Leben gefüllt“ werden könnte.

<sup>1</sup> Historiker Bjoern Weigel, <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/kriegsende-8-mai-1945-historiker-zum-feiern-gedenken-und-zur-erinnerungskultur> [Zugriff: 18.03.2024]



**M 6 Die Straße des 17. Juni**

Foto von 1953.  
Am 22. Juni 1953 beschloss der Senat von Berlin (West), einen Abschnitt der Charlottenburger Chaussee in „Straße des 17. Juni“ umzubenennen.

- ▶ Wiederholen Sie das Grundlegende Datum 17. Juni 1953. Recherchieren Sie ggf. Informationen zum Volksaufstand sowie dessen Ursachen, Ziele und Ausgang.



eA



**7.3.2 Nationalfeiertag und Gedenktag 17. Juni 1953**

**STATION 2**

**INFO: Der 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“**

Nur wenige Wochen nach dem **Aufstand gegen das SED-Regime in der DDR** erklärte der Deutsche Bundestag den **17. Juni** zum Tag der deutschen Einheit. In dem beschlossenen Gesetz, gegen das nur die KPD stimmte, heißt es: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.“<sup>1</sup>

Bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten am **3. Oktober 1990** war der 17. Juni ein arbeitsfreier Nationalfeiertag, an dem in der Bundesrepublik nicht nur der Opfer gedacht, sondern auch die brutale Realität diktatorischer Herrschaft in Erinnerung gerufen wurde. Der „Volksaufstand“ symbolisierte in Westdeutschland fortan den Kampf für Freiheit, Einheit und Demokratie, verlor aber im Laufe der Jahrzehnte seine Überzeugungskraft. Mit der Verfestigung der deutschen Teilung vor allem nach dem

**Mauerbau** ab dem 13. August 1961 und dem damit einhergehenden Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze stand der 17. Juni allenfalls noch für die vage Hoffnung auf einen gemeinsamen deutschen Staat, wobei aber nur wenige glaubten, dass dies in absehbarer Zeit Wirklichkeit werden könnte. Politisch war der Gedenktag daher zunehmend umstritten. Seit der Etablierung des 3. Oktober zum Nationalfeiertag nach der Wiedervereinigung wird an den 17. Juni 1953 in Form eines Gedenktages erinnert. Dieter Brückner

- ▶ Skizzieren Sie die Entwicklung des Nationalfeiertags und Gedenktags anlässlich des 17. Juni 1953 und erläutern Sie jeweils die Gründe dafür.



<sup>1</sup> Bundesgesetzblatt Teil I, 1953, Nr. 45 vom 7.8.1953, S. 778



### M7 „Märtyrer der Freiheit“

Bundeskanzler Konrad Adenauer hält am 23. Juni 1953 in Berlin eine Gedenkrede auf die Opfer des Aufstandes vom 17. Juni:

Wie ein Orkan brach die aufgestaute Verzweiflung und Not los gegen Sklaverei und Unterdrückung, nicht achtend Tod und Gefahr. Wie ungeheuer der Druck ist, der nun seit Jahr und Tag auf diesem Teil Deutschlands lastet, das zeigt das Aufbäumen dieser Millionen gegen ihre kommunistischen und russischen Machthaber. Nicht russische Panzer und Maschinengewehre, nicht Maschinenpistolen der Kommunisten konnten sie schrecken, sie davon abhalten, ihr Leben zu wagen und zu opfern. In Ehrfurcht neigen wir uns vor ihnen und in Ehrfurcht grüßen wir sie: Sie alle, die Toten und die Lebenden, die vor der ganzen Welt Zeugnis dafür ablegten, dass sie keine Versklavung mehr ertragen konnten, vor diesen Märtyrern der Freiheit. Der ganzen Welt haben sie gezeigt, dass die Deutschen keine Sklaven sein wollen. Der ganzen Welt haben sie gezeigt, dass sie Tyrannie nicht mehr zu ertragen gewillt sind, dass die Zeit totalitärer Herrschaft für die Deutschen vorbei ist. Mit Waffen kann man ein unbewaffnetes, ein wehrloses Volk zu Boden schlagen, aber seinen Willen, seine Entschlossenheit, sich nicht zu beugen, kann man nicht aus seiner Brust reißen. Wie ein Fanal wird dieser Aufstand wirken bei uns in Deutschland und in der ganzen Welt, wie ein Fanal, das zeigt, dass Gewalt unseren Willen zur Freiheit nicht zu brechen vermag. Neben die Trauer, neben das Mitleid tritt der Stolz auf diese Helden der Freiheit, der Stolz auf alle, die sich auflehnten gegen diese seit nunmehr acht Jahren währende Sklaverei. Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm in dieser feierlichen Stunde: Wir werden seiner nicht vergessen. Wir werden nicht ruhen und wir werden nicht rasten - diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk -, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.

Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 116, 24. Juni 1953, S. 985

- Analysieren Sie Position und Argumentation Konrad Adenauers. Welche Intention verfolgte der damalige Bundeskanzler? Berücksichtigen Sie dabei auch zentrale rhetorische Mittel.

### M8 „Symbol für Einheit und Freiheit“


Der Historiker Manfred Hettling schreibt 2001 über den Nationalfeiertag des 17. Juni in einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Ein Picknick für die Freiheit“:

[...] Der Nationalfeiertag des 17. Juni mit seiner Möglichkeit, nationale Einheit als Wert zu bekunden, schuf eine verfassungspolitisch eingezäunte Bühne, um Verlorenes zu beklagen und zugleich den Verlust politisch zu akzeptieren. Deutlich wurde das Ende der achtziger Jahre in den Reden, die am 17. Juni während der jährlichen Feierstunden im Bundestag gehalten wurden. Zwar wurden Walter Scheel 1986 [Bundespräsident von 1974 bis 1979] und Fritz Stern 1987 [Historiker aus den USA mit deutschen Wurzeln] noch dafür kritisiert, sich in ihren Reden nicht dezidiert für die Wiedervereinigung ausgesprochen zu haben. Doch mutet das wie ein Nachhutgefecht an im Vergleich zur Rede Erhard Eppers [SPD-Politiker und Mitglied der Friedensbewegung] am 17. Juni 1989. [...] Er versöhnte die Westintegration der fünfziger Jahre mit der Ostpolitik der siebziger Jahre, indem er bekundete, dass ‚weder Adenauer die deutsche Einheit noch Brandt die deutschen Ostgebiete verraten‘ hätten. [...] Er verwarf den Begriff der ‚Wiedervereinigung‘, denn man müsse deutlich machen, dass man ‚nicht Vergangenes restaurieren, sondern Neues schaffen‘ wolle. [...] Als politisches Symbol deutete der 17. Juni immer auch das Verhältnis von ‚Freiheit‘ und ‚Einheit‘. Seit dem neunzehnten Jahrhundert wurde mit diesem Begriffspaar ein Dilemma der deutschen Geschichte formuliert. [...] In der frühen Bundesrepublik, als Demokratie ohne Tradition und als politisches System von den Westmächten etabliert, in den Eliten bestimmt durch eine hohe Kontinuität seit der Zeit des Nationalsozialismus, war die Relation von ‚Einheit‘ und ‚Freiheit‘ durchaus nicht geklärt. Die Formel, wie sie in Bezug auf den 17. Juni gebräuchlich war, die Forderung nach ‚Einheit in Freiheit‘, blieb zunächst offen. Der 17. Juni symbolisierte damit auch die politische Ambivalenz der Nachkriegsjahre. [...] Indem der 17. Juni immer auch in einem Atemzug mit dem 20. Juli genannt wurde, konnten zwei historische Ereignisse als Symbole antitotalitärer Gesinnung und Handlungsbereitschaft erinnert werden. Die Bundesrepublik als Staat, der auf der militärischen Niederlage fußte und wegen des Nationalsozialismus nur eine gebrochene Traditionslinie zur früheren deutschen Vergangenheit ziehen konnte, suchte hier nach einer Gründungssaga demokratischer Freiheit. Das gelang nicht – der 17. Juni wurde in der



45 Bundesrepublik nicht zum politischen Mythos. Doch der Streit um den Feiertag trug mit dazu bei, Freiheit als primären politischen Wert zu etablieren, gerade in national gesinnten Kreisen. In paradoxer Weise lag der Erfolg des Nationalfeiertages in seiner Umstrittenheit.

Manfred Hettling, Ein Picknick für die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 137/2001 vom 16.06.2001, S.III

- 
1. Arbeiten Sie heraus, wie nach Manfred Hettling der Nationalfeiertag zum 17. Juni 1953 genutzt wurde.
  2. Bewerten Sie die häufig parallele Erinnerung an den 20. Juli 1944 und den 17. Juni 1953.
  3. „[...] bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und Freiheit.“ – Diskutieren Sie, ob aus dem Willen zur Freiheit vieler Bürgerinnen und Bürger der DDR auf einen Willen zur Einheit geschlossen werden kann, oder ob sich hinter diesem Gedanken ein geschichtspolitisches Konstrukt verbirgt.


### M9 „Tag der lebendigen Demokratie“

Der DDR-Bürgerrechtler und ehemaliger Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde Roland Jahn äußerte sich in einem Interview mit Andreas Herholz im Jahr 2020 wie folgt:



Für mich ist der 17. Juni 1953 immer noch einer der wichtigsten Gedenktage in Deutschland. [...] Die Ereignisse dieses Tages, die Niederschlagung des Volksaufstandes, machen deutlich, dass Freiheit und Demokratie 5 keine Selbstverständlichkeiten sind. Wir sollten auch heute immer noch neu daran erinnern. Menschen haben das errungen, dass wir heute in einem freien und geeinten Deutschland leben. 1953 wurde der Ruf nach Freiheit und Selbstbestimmung laut. Diese Bewegung 10 führte dann zum Volksaufstand. Damals am 17. Juni 1953 hat begonnen, was 1989 mit der Friedlichen Revolution vollendet worden ist. Die Friedliche Revolution steht in der Tradition des 17. Juni. [...] Der 17. Juni sollte ein Tag der lebendigen Demokratie werden. Er sollte 15 genutzt werden, um offene Debatten über unsere Demokratie zu führen. Man könnte ihn auch wieder zu einem Feiertag machen.

Roland Jahn im Interview mit Andreas Herholz, „Der 17. Juni ist als Gedenktag wichtiger als der 3. Oktober“, in: Rhein-Neckar-Zeitung 137/2020 vom 17.06.2020, S. 19


- 
- ▶ Setzen Sie sich mit der Deutung des 17. Juni durch Roland Jahn auseinander und diskutieren Sie, ob der 17. Juni 1953 wieder zum bundesweiten Feiertag erklärt werden sollte.

### M10 „Der Bogen ... spannt sich“

Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin Ernst Reuter nimmt am 19. Juli 1953 bei der Einweihung des Denkmals für die Opfer des 20. Juli 1944 im Ehrenhof des Bendlerblocks in seine Rede Bezug zu den Ereignissen am 17. Juni:

Der Bogen vom 20. Juli 1944 spannt sich heute, ob wir wollen oder nicht, zu dem großen Tage des 17. Juni 1953, zu jenem Tag, an dem sich ein gepeinigtes und gemartertes Volk in Aufruhr gegen seine Unterdrücker und gegen seine Bedränger erhob und der Welt den festen Willen zeigte, dass wir Deutschen frei sein und als ein freies Volk unser Haupt zum Himmel erheben wollen. Wir wissen, dass dieser 17. Juni wie einst der 20. Juli nur ein Anfang war. Aber ich glaube, es ist gut, es ist richtig, wenn wir auch an diesem Tage den Bogen vom 20. Juli zu den Ereignissen schlagen, die uns heute innerlich bewegen. Das Verbindende dieser Ereignisse ist der feste Wille, nicht unterzugehen als Volk, ist der feste Wille, frei zu werden, so wie Gott uns geschaffen hat, ist der feste Wille, unser Volk über alle Nöte und Hindernisse 15 hinweg zu dem Tag zu führen, an dem über unseren Häuptern die schwarz-rot-goldene Fahne der Freiheit wehen wird und an dem wir einmal werden sagen können: Wir haben vollendet, was diese Männer uns aufgetragen haben; wir haben geschaffen, was zu schaffen die Geschichte uns verpflichtet hat. Wir haben ein freies Leben und ein freies Volk geschaffen, und wir haben damit den Tag herbeigeführt, an dem der Weg zu einem echten Frieden frei geworden ist. Denn auch diesen Männern des 20. Juli lag der echte Friede zwischen Deutschland und all den Völkern, die uns umgeben, unseren Nachbarländern, am Herzen; sie wollten, dass der Wahnsinn zu Ende gehen und dass die schaurige Vorstellung, wir Deutschen seien von der Geschichte dazu bestimmt, über andere herzufallen, abgelöst werden muss von der klaren Erkenntnis, dass es unsere Aufgabe als Deutsche ist, mit den Völkern in Frieden zusammenzuleben und eine Erde zu schaffen, auf der Menschen in Frieden und Freiheit wirklich leben und ihres Lebens froh sein können. 35

Zitiert nach: <https://www.stiftung-20-juli-1944.de/reden/der-20-juli-1944-das-erste-fanal> [Zugriff: 19.03.2024]

- 
1. Arbeiten Sie heraus, welche Gemeinsamkeiten Ernst Reuter zwischen dem Attentat vom 20. Juli 1944 und dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sieht.
  2. Beurteilen Sie die Schlüssigkeit dieser Analogie.

### 7.3.3 Nationalfeiertag 3. Oktober 1990

#### STATION 3

#### M11 Erster Tag der Deutschen Einheit



Bundeskanzler Helmut Kohl (2. v. r.) winkt am 3.10.1990 zum Geläut der Freiheitsglocke von der Freitreppe des Berliner Reichstages. Neben Kohl (von links nach rechts) stehen Außenminister Hans-Dietrich Genscher, Hannelore Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

▶ Wiederholen Sie das Grundlegende Datum 3. Oktober 1990/ „Tag der Deutschen Einheit“. Recherchieren Sie ggf. Informationen zum Fall der Mauer und dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung.

31072  
617

#### M12 Der „nationale Feiertag der Deutschen“

Auf der Internetseite des Bundesministeriums des Inneren heißt es:

Im Einigungsvertrag wurde festgelegt, dass die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 beitreten würde; gleichzeitig wurde durch Kapitel 1 Artikel 2 Absatz 2 des Vertrages dieser Tag zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Er löste damit den 17. Juni als Nationalen Feiertag der Deutschen ab. Mit Blick auf das föderale Prinzip wurde zwischen den Regierungschefs der Länder und dem Bund vereinbart, dass die jährlichen Feierlichkeiten am 3. Oktober jeweils von dem Land ausgerichtet werden sollen, das den Vorsitz im Bundesrat (Länderkammer) hat. Hierdurch soll den Ländern Gelegenheit gegeben werden, eine nationale Feier aus ihrer Sicht und unter ihrer Federführung durchzuführen. Das Protokoll Inland der Bundesregierung koordiniert die Absprachen zwischen den Verfassungsorganen des Bundes und vertritt die Interessen des Bundes gegenüber dem ausrichtenden Land. An dem offiziellen Festakt, zu dem der Bundesrat und ein weiteres Verfassungsorgan des Bundes gemeinsam einladen, nehmen nicht nur Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft teil, auch die Bevölkerung wird im Rahmen eines Bürgerfestes und des Festaktes (vertreten durch Bürgerdelegationen) in die Feierlichkeiten mit einbezogen. Am Tag der Deutschen Einheit werden bundesweit die obersten Bundesbehörden und ihre Ge-

schaftsbereiche sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht von Bundesbehörden unterstehen, beflaggt.

<https://www.protokoll-inland.de/Webs/PI/DE/nationale-gedenk-feiertage/3Oktober/tag-der-deutschen-einheit-node.html> [Zugriff: 19.03.2024]

▶ Arbeiten Sie heraus, wie und mit welchen Zielen der Nationalfeiertag gemäß Einigungsvertrag jährlich gestaltet werden soll bzw. dieser gestaltet wird.

31072  
618

#### M13 Der Weg zum Nationalfeiertag

Der Historiker Gunnar Peters vollzieht in einem Aufsatz aus dem Jahr 2005 nach, wie es vom Datum des Beitritts der DDR zum Nationalfeiertag am 3. Oktober kam:

Vom Beitrittstermin zum Nationalfeiertag war es für den 3. Oktober ein kleiner Schritt. Noch am 23. August 1990 sprach sich der Volkskammerabgeordnete Conrad-Michael Lehment (FDP) dafür aus, das „Kompromissdatum“ 3. Oktober „als gesamtdeutschen Feiertag zu verankern“. Vom 28. August datiert ein FDP-Antrag, wonach die Volkskammer vorschlagen solle, den 3. Oktober „künftig in jedem Jahr als Nationalfeiertag – ‚Tag der Deutschen Einheit‘ – zu begehen“. Der Bundestag sollte hierzu die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen. Andere Tage wie der 17. Juni 1953, der 9. Oktober 1989 und der 9. November 1989 „werden im Gedächtnis der



Menschen nicht verblasen, auch wenn sie keine gesetzlichen Feiertage sind". Der Antrag wurde im Volkskammerpräsidium am Abend des 29. August 1990 verhandelt und an den Ausschuss „Deutsche Einheit“ verwiesen. Bereits am Vormittag desselben Tages hatte sich Bundeskanzler Kohl in einer Unterredung mit den Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer dafür ausgesprochen, den 3. Oktober „als ‚Tag der Deutschen Einheit‘ zum Nationalfeiertag zu erklären und dafür den 17. Juni nicht mehr als Feiertag vorzusehen“. Die Länderchefs hatten Kohls Vorschlag „grundsätzlich“ zugestimmt, eine entsprechende Passage in den Einigungsvertrag aufzunehmen. Auch wenn dieses Verfahren letztlich umgesetzt wurde, kann Kohl nicht als dessen „Erfinder“ gelten, wie Hennis meint. Den von der Volkskammer beschlossenen Beitrittstermin zum neuen Nationalfeiertag zu machen lag auf der Hand, zumal 1990 niemand dem 17. Juni nachgetrauert hat. Für Deutschland hat der 3. Oktober 1990 eine zweifache Bedeutung. Zum einen trat die DDR der Bundesrepublik bei und hörte somit auf zu existieren. Zutreffend hat Lothar de Maizière damals von einem „Abschied ohne Tränen“ gesprochen. Zum anderen erhielt das vereinte Deutschland die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten. Zwar konnte der Zweipus-vier-Vertrag erst mit Hinterlegung der letzten (sowjetischen) Ratifikationsurkunde im März 1991 in Kraft treten, doch haben Vertreter der vier alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs am Rande des KSZE-Treffens in New York (1. Oktober 1990) eine Erklärung unterzeichnet, in der sie bereits zum 3. Oktober 1990 „die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes“ aussetzten. Mit dem Beitritt der DDR und der Erlangung der vollen Souveränität wurde, wie es in der Begründung des Einigungsvertrages heißt, „die Einheit Deutschlands in Freiheit vollendet. Der 3. Oktober 1990 ist dadurch zum wichtigsten Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte geworden.“ Dass sich die Prozesse auf dem Weg dahin friedlich und in Übereinstimmung mit unseren Nachbarn vollzogen haben, zählt zu den seltenen Glücksfällen der Geschichte. [...] Die Deutschen in Ost und West haben allen Grund, am 3. Oktober den Tag der Deutschen Einheit zu feiern.

Gunnar Peters, Vom Beitrittstermin zum Nationalfeiertag. Zur Geschichte des 3. Oktober 1990. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): Die politische Meinung Nr. 431 Oktober 2005, S. 52

► Erklären Sie, warum der 3. Oktober zum Nationalfeiertag wurde.



32072-3072-079

#### M14 „Der 3. Oktober wird notorisch unterschätzt“

Der Historiker Heinrich August Winkler hält 2004 in einem Interview ein Plädoyer für den Nationalfeiertag am 3. Oktober:

Herr Winkler, Bundesfinanzminister Hans Eichel hat vorgeschlagen, den Tag der Deutschen Einheit künftig auf den ersten Sonntag im Oktober zu verlegen. Ziel ist es, mit einem zusätzlichen Arbeitstag die EU-Stabilitätskriterien zu erfüllen. Als Sie davon gehört haben, dachten Sie da: Die spinnen, die Deutschen?

**Winkler:** Ich habe mich gefragt: Welcher andere demokratische Staat käme auf die Idee, seinen Nationalfeiertag zu streichen? Auch die Bundesrepublik braucht ein verbindendes Symbol. Und dazu ist der 3. Oktober mit den Jahren geworden. Ich halte diese Idee des Finanzministers für ganz und gar abwegig.

**SPIEGEL ONLINE:** Kritiker wenden ein, der 3. Oktober sei – im Gegensatz zum 9. November oder dem 17. Juni – ein rein verwaltungstechnischer Akt.

**Winkler:** Der 3. Oktober wird in Deutschland notorisch unterschätzt. Immerhin ist an diesem Tag ein Jahrhundertproblem gelöst worden – die deutsche Frage. Zusammen mit der deutschen Frage wurde durch die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ein anderes Jahrhundertproblem, die polnische Frage, gelöst. Die zeitgleiche Lösung beider Punkte war von größter Bedeutung für Europa. Ohne den 3. Oktober gäbe es heute keine erweiterte EU, kein Zusammenwachsen Europas.

**SPIEGEL ONLINE:** Aber historisch aufgeladen ist der Tag für viele Menschen nicht.

**Winkler:** Mag sein, aber ich sehe das anders. An diesem Tag wurde endlich das Doppelziel der gescheiterten deutschen Revolution von 1848 erreicht – Einheit in Freiheit. Wenn es einen Anlass zum Feiern für alle Menschen in Deutschland gibt, dann an diesem Tag.

**SPIEGEL ONLINE:** Ist der 9. November – Mauerfall 1989, Pogromnacht 1938 und Ausrufung der ersten deutschen Republik 1918 – nicht als Feiertag sinnvoller, weil er die Brüche der deutschen Geschichte dokumentiert?

**Winkler:** Der 9. November ist ein deutscher Nachdenktag. Aber daraus einen deutschen Nationalfeiertag zu machen, halte ich für keinen guten Gedanken. Welcher Redner wäre nicht überfordert, der in ein und derselben Rede Freude und Trauer zum Ausdruck bringen müsste? Der 17. Juni ist ein denkwürdiger Tag der deutschen Freiheitsgeschichte. Aber er eignet sich nicht als Nationalfeiertag. Wollen wir denn wirklich, nachdem wir die Wiedervereinigung erlebt haben, jeden 17. Juni auf den Bildschirmen sehen, wie russische Panzer einen deutschen Arbeiteraufstand niederwalzen?

**SPIEGEL ONLINE:** Aber der Tag des Mauerfall 1989 war ein wirklicher Tag der Freude, der noch heute, in den Erzählungen vieler Menschen, Emotionen auslöst.

**Winkler:** Das war er in der Tat. Doch ist der 9. November historisch gesehen nur eine Zwischentappe zur deutschen Einheit gewesen. Es bedurfte zäher Verhandlungen, eines Höchstmaßes an diplomatischem Geschick, um dahin zu kommen – eben zu jenem 3. Oktober 1990, dem Tag der deutschen Einheit.

Heinrich August Winkler, „Der 3. Oktober wird notorisch unterschätzt“, in: Spiegel Online vom 04.11.2004, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/historiker-winkler-zur-feiertagsdebatte-der-3-oktober-wird-notorisch-unterschaetzt-a-326468.html> [Zugriff: 19.03.2024]

1. Setzen Sie sich mit dem Plädoyer Heinrich August Winklers für den 3. Oktober als Nationalfeiertag auseinander. Wie bewertet er das Datum?
2. Als Tag des Inkrafttretens des Einigungsvertrags und damit auch des neuen Nationalfeiertags wählte man mit dem 3. Oktober 1990 bewusst einen „historisch nicht belasteten“ Tag. Bewerten Sie diese Entscheidung.

### M15 Das „bessere Datum“ für einen Nationalfeiertag?

Im Leitartikel einer Tageszeitung meint der Journalist Thomas Kaspar am 2. Oktober 2023, der 9. November wäre aus historischen und inhaltlichen Gründen das bessere Datum für einen Nationalfeiertag:

[...] Wie falsch und wie feige es war, nicht den 9. November zum Nationalfeiertag zu machen, zeigt sich immer mehr. [...]

Schon der 9. November 1918 wäre ein bedeutender Hinweis, wozu die deutsche demokratische Bewegung in der Lage ist. Abdankung von Kaiser Wilhelm II. und Beginn der Deutschen Republik – ein Hinweis auf die Novemberrevolution am Ende des Ersten Weltkrieges würde bis heute jedes Jahr mahnen, wie mühsam es ist, Kriege zu beenden und eine parlamentarische Vertretung des Volkes zu erstreiten.

Der 9. November 1923 sollte uns gerade heute elektrisieren und in ewiger Erinnerung bleiben. Der bis dato unbekannteste und unterschätzte Führer der NSDAP, Adolf Hitler, und der erzkonservative General Erich Ludendorff unternahmen in der Münchner Feldherrenhalle einen Putschversuch. [...]

Hitler kam in der Folge in Festungshaft, in denen der spätere Begründer der totalitären Herrschaft in Deutschland erste Teile seines Programms „Mein Kampf“ diktieren konnte. Offensichtlich war die deutsche Demokra-

tie damals nicht wachsam genug, das wäre das Thema der Stunde für den deutschen Nationalfeiertag 2023. Was passieren kann, wenn man aus naivem Protest wählen geht, kumulierte damals in der massenhaften Vernichtung jüdischer Menschen, ja jüdischen Lebens in Deutschland am 9. November 1938, der später im Gedenken an die Taten der Nazis „Reichspogromnacht“ genannt wurde. [...]

Derzeit werden in Deutschland Denkmäler geschändet, Namen aus Gedenktafeln gekratzt, Andenken verhindert. [...] Gerade deswegen ist es heute wichtiger denn je, darauf hinzuweisen, was passiert, wenn Autokraten die Demokratie zerstören, wenn Unmenschlichkeit hoffähig wird und Presse- und Meinungsfreiheit angezweifelt wird.

Man könnte auch auf den 9. November 1967 verweisen, als Studierende in Hamburg ein Transparent entrollten mit der Aufschrift: „Unter den Talaren – der Muff aus tausend Jahren.“ Es ist fast bitter, dass einige aus dieser Generation mit einem Feiertag darauf hingewiesen werden müssten, dass es eine wichtige Fähigkeit einer Demokratie ist [...] Verkrustungen aufzubrechen und der Jugend eine Stimme zu geben. [...]

All dies wäre in einem Nationalfeiertag am 9. November – neben dem Mauerfall 1989 – enthalten. Und am 3. Oktober? Es ist ein Tag mit flacher Vergangenheit – dem Beitritt der DDR zur BRD. [...]

Doch es zeigt sich immer mehr, dass das eben nicht reicht. Weder für jene Menschen, die sich damals als befreit fühlten, noch für jene, die sich als frei wähnten. Denn beide haben dabei eines vergessen: [...] über eine neue Vision nachzudenken, über ein gemeinsames Ziel aus verschiedener Vergangenheit und gemeinsamer historischer Verantwortung nachzudenken. [...] Demokratie setzt Einigkeit bei Grundwerten voraus. Sie zu feiern, reicht aber längst nicht mehr aus. Selbst Recht und Freiheit sind kein Selbstzweck. Nur mit Solidarität und Gerechtigkeit, mit Repräsentation aller Gruppen wird daraus Demokratie. Das muss der deutsche Nationalfeiertag jedes Jahr aufs Neue ermahnen und aktivieren. Weg mit dem Tag der Einheit. Her mit dem Tag der Demokratie. Die Zeit drängt.

Thomas Kaspar, Nationalfeiertag: Wir brauchen einen Tag der Demokratie, in: Frankfurter Rundschau vom 07.11.2023, <https://www.fr.de/meinung/nationalfeiertag-oktober-november-tag-der-demokratie-92553246.html> [Zugriff: 19.03.2024]

- ▶ Heinrich August Winkler oder Thomas Kaspar: Diskutieren Sie im Kurs, welchem der beiden Autoren Sie in Bezug auf das Datum eines Nationalfeiertags zustimmen.

## 7.4 Formen des Erinnerns in der Diskussion

Auf einer Internetseite der Bundesregierung heißt es:

„Offizielle Gedenk- und Feiertage gehören zu den Symbolen, durch die sich ein Staat öffentlich darstellt. Durch sie werden kollektiv erlebte Schlüsselereignisse oder -erfahrungen als für die Gegenwart bedeutsam und erinnerungswürdig hervorgehoben. In der gemeinsamen Erinnerung werden an konkreten historischen Erfahrungen die Grundwerte, welche die Staats- und Verfassungsordnung fundieren, anschaulich und erlebbar. Damit tragen Gedenk- und Feiertage auch zur Konsensbildung und Identifikation mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei.

Für den Schutz einzelner Feiertage sind die Länder zuständig. [...] Aufgrund seiner Stellung als Staatssymbol bildet der nationale Feiertag jedoch eine Ausnahme [...]“<sup>41</sup>  
Nationalfeiertage und nationale Gedenktage beruhen auf einer Interpretation von Vergangenheit und haben folglich eine geschichtspolitische Dimension.

Grundlegende Daten  
und Begriffe  
► Grundgesetz

### Lernaufgabe

Bereiten Sie ausgehend von Ihren Ergebnissen aus den Teilkapiteln 7.2 und 7.3 sowie auf Grundlage der Auswertung der Materialien **M1** und **M2** einen begründeten Meinungs-austausch im Rahmen eines „Sekttempfungs“ zu folgenden Leitfragen vor:

- Inwiefern ist die Erinnerung an historische Ereignisse der Demokratiegeschichte wichtig?
- Sind nationale Gedenk- und Feiertage dazu geeignet, die Wertschätzung für die Errungenschaften der Demokratie zu erhalten oder zu fördern?
- Welche Ziele soll die Erinnerung an Ereignisse der Demokratiegeschichte heute haben?



### M1 Formen des Erinnerns - ein Spagat?

#### a) Festakt oder Picknick?

Von Oktober 2014 bis April 2015 veranstaltete das Haus der deutschen Geschichte im Zeitgeschichtlichen Forum eine Ausstellung mit dem Titel: „Festakt oder Picknick – deutsche Gedenktage“. Dort widmete man sich unterschiedlichen deutschen Gedenk- und Feiertagen und berücksichtigte dabei die Zeit der deutsch-deutschen Teilung und das Gedenken im wiedervereinigten Deutschland. Auch die Diskussion um den 3. Oktober als Datum für den neuen Nationalfeiertag, der in der Umsetzung mit einem bewusst unpathetischen Bürgerfest einhergeht und jedes Jahr von einem anderen Bundesland ausgerichtet wird, fand in der Ausstellung Berücksichtigung.

Informationen nach: <https://www.hdg.de/haus-der-geschichte/ausstellungen/festakt-oder-picknick-deutsche-gedenktage> [Zugriff: 10.04.2024]



Einen Eindruck von der Ausstellung bietet Mediacode 32072-689.

#### b) Erinnern und Gedenken: notwendig, aber ...

„Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet“ – laut einer Aussage auf seinem Internetauftritt – „seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie.“ Auf dieser Internetseite äußert das Vereinsmitglied Winfried Nachtwei in einem Vortrag vom 29. Januar 2013 seine Meinung zu Gedenk- und Erinnerungstagen:

Gedenk- und Erinnerungstage sind meiner Meinung nach notwendig und für das demokratische Gemeinwesen unverzichtbar. Sie bieten die Chance, an Ereignisse und Persönlichkeiten zu erinnern, die für eine auf Menschenrechte und Frieden verpflichtete Gesellschaft besonders wichtig sind und Orientierung geben können. Sie sind notwendig, weil ohne Wiederholung die Erinnerung verblasst, weil solche Tage Erinnerungsprozesse anregen und bündeln und die Chance erhöhen, im alltäglichen Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit überhaupt wahrgenommen zu werden. Ohne solche Anker-



plätze öffentlicher und gemeinsamer Erinnerung würde das kollektive Gedächtnis noch schneller verwehen, untergehen in der wachsenden Flut aktueller Nachrichten, Bilder, Reize.

Aber die realen Gedenk- und Erinnerungstage bergen auch etliche Risiken bzw. Probleme:

- Sie können vergiftend wirken, wenn sie mit Freund-Feind-Denken, mit Nationalismus und Revanchismus aufgeladen sind. Der Missbrauch des 13. Februar, des Jahrestages der alliierten Bombardierung Dresdens, durch Neonazis ist dafür ein deutliches Beispiel.
- Wo Gedenkveranstaltungen als ritualisierte Pflichtübungen ablaufen, wirken sie eher kontraproduktiv – ermüdend und demotivierend für die einen, als politische Ersatzhandlung bei anderen.
- Bei vielen Gedenkveranstaltungen bleiben die Älteren unter sich. Wo nicht die Brücke zu den jüngeren Generationen gelingt, wird es eine Erinnerung ohne Zukunft.

Umso entscheidender ist, vorhandene Chancen zu nutzen.

Winfried Nachtwei, Warum Gedenktage?, Vortrag vom 29. Januar 2013  
Gymnasium Augustinianum in Greven/Münsterland, <https://www.gegen-vergessen.de/startseite/news-detailseite/article/warum-gedenktage/>  
[Zugriff: 20.03.2024]

- Erklären Sie, auf welches „Dilemma“ des öffentlichen Gedenkens die Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum und der Ausschnitt aus einem Vortrag aufmerksam machen.

## M2 Die „Kräfte unserer Zivilgesellschaft“ stärken

Am 18. Mai 2021 erläutert Kulturstaatsministerin Monika Grütters in einem Interview in der Heilbronner Stimme die Ziele der 2021 gegründeten Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“:

[...] Frau Grütters, warum braucht es eine Bundesstiftung Orte der Demokratiegeschichte?

- Monika Grütters: In allen Regionen Deutschlands gibt es demokratischen Deutschlands erinnern. Die künftige Bundesstiftung soll das Engagement des Bundes für diese Orte bündeln sowie mit Projektförderungen, Veranstaltungen und Kooperationen an demokratische Höhepunkte unserer so wechselvollen Geschichte erinnern. Dadurch wird die Stiftung die Orte der Freiheit und Demokratie stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken.

*Es scheint, als befassen wir uns in Deutschland generell eher selten mit positiven Beispielen der Demokratiegeschichte – meist zu Jahrestagen. Fehlt uns also in einer gewissen Art und Weise die positive Identifikation mit den Aufbrüchen in die Demokratie?*

Deutschland verdankt seine heutige Identität und sein mittlerweile wieder hohes Ansehen in der Welt auch seiner schonungslosen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zu Recht sind wir vorsichtig, wenn es darum geht, stolz und selbstbewusst zurückzuschauen auf die eigene Geschichte. Doch es stärkt die Kräfte unserer Zivilgesellschaft und damit auch die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie, wenn wir die Chance haben, nicht nur am Ringen mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen. Deshalb sollten auch die Sternstunden deutscher Demokratie ihren angemessenen Platz in unserem Selbstverständnis finden. Indem wir diese positive Seite unserer Geschichte hervorheben, fördern wir zugleich die emotionale Verbundenheit und Identifikation mit unserer Demokratie.

*Ist die Erinnerung an Errungenschaften und Wegmarken der Freiheits- und Demokratiegeschichte auch deshalb wichtig, weil sie zeigen, dass Freiheit auch erkämpft und erstritten werden muss, und wir hier eine Verbindung schaffen zur Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur?*

Wir haben uns in Deutschland intensiv mit den Abgründen unserer Geschichte beschäftigt und werden dies auch weiterhin tun. Die Geschichte des Nationalsozialismus zeigt, wie fragil demokratische Gesellschaften sein können. Die Botschaft daraus ist: Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen täglich gelebt und verteidigt werden. An den Orten der Demokratiegeschichte wird konkret veranschaulicht, was es zu verteidigen gilt und warum wir über die Höhepunkte unserer Demokratiegeschichte ehrliche Freude empfinden dürfen. [...]

Monika Grütters im Gespräch mit Hans-Jürgen Deglow, Demokratie-Sternstunden stärker ins Bewusstsein rücken, in: Heilbronner Stimme vom 18.05.2021, <https://www.stimme.de/ueberregional/deutschland-welt/politik/dw/monika-gruetters-demokratie-sternstunden-staerker-ins-bewusstsein-ruecken-art-4484653> [Zugriff: 20.03.2024]

- Erläutern Sie, warum „schonungslose [...] Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ und Erinnerung an „die Sternstunden deutscher Demokratie“ als zwei Seiten derselben Medaille bezeichnet werden könnten.





## B

Soldaten und erhielt von der dritten Feuersalve einen Bauchschuss. Schwer blutend, wankte er in einen Hausflur. Erst nach Mitternacht konnten die beiden Kämpfer in die Charité gebracht werden.

25 Während Ernst Zinna dort am 19. März unter Qualen starb, wurde Glasewald der zerschossene Arm amputiert.

Eine mächtige Barrikade erhob sich an der Neuen Königstraße am Alexanderplatz. Hier scheiterte 30 das Militär. Die große Barrikade war die einzige, die bis zum Ende der blutigen Kämpfe gehalten werden konnte. Als es dort kurz vor sechs Uhr morgens am 19. März zum letzten wütenden Feuerwechsel kam, versagten die demoralisierten Kö- 35 nigstruppen schmachlich. In diesem Augenblick erreichte sie der Befehl zur Einstellung des Kampfes. „Es ist alles gebilligt! Seine Majestät hat die Truppen zurückbefohlen!“ Boten des Königs liefen mit dieser Nachricht an die Brennpunkte des Gesche- 40 hens, um das Volk zu beschwichtigen. Während die geschlagene Armee durch die Stadttore hinaus- zog, sprachen sich ihre blutigen Taten herum. Etwa 75 Kämpfer waren direkt auf den Barrikaden gefallen. 181 starben an ihren Verwundungen oder 45 waren von den Soldaten „auf der Flucht“ ermordet worden. [...]

Mehr als drei Viertel dieser Toten gehörten den werktätigen Klassen und Schichten an. Unter ihnen 50 Handwerksmeister, 60 Gesellen, 87 Arbeiter, 9 Lehrlinge, 3 Arbeiterinnen und 2 Dienstmädchen.

Zitiert nach: Geschichte. Lehrbuch für die Klasse 8, hrsg. von einem Autorenkollektiv u. d. Leitung von Wolfgang Büttner, Berlin (DDR) 1988, S. 26–28

#### b) in der Bundesrepublik Deutschland

In Bayern wurde die Revolution von 1848/49 im 9. Schuljahr behandelt. In einem Schulbuch für die Realschule aus dem Jahr 1986 steht Folgendes zu den Straßenkämpfen in Berlin:

Auch in Preußen garte es. Doch schien es zunächst von der Aufstandsbewegung verschont zu bleiben. König Friedrich Wilhelm IV. (1840–1861) entschloss sich, den liberalen Forderungen freiwillig nachzu- 5 geben. Er verkündete am 18.3.1848 die Pressefreiheit und versprach die baldige Einführung einer Verfassung. Als am gleichen Tag eine große Volksmenge vor dem Berliner Schloss dem König für seine Zugeständnisse dankte, lösten sich bei der 10 Räumung des Schlossplatzes durch das Militär aus

ungeklärten Gründen zwei Schüsse ohne Schaden anzurichten. Sofort schlug die Volksstimmung um. Man glaubte an Verrat und errichtete aus Steinen und Balken Barrikaden.

#### Ein Augenzeuge berichtet:

15 „Ich befand mich im Gasthofe zum Kronprinzen ... Es wird 3/4 auf 3 Uhr. Da tönt wüestes Geschrei von der Kurfürstenbrücke herab. Haufen flüchten durch die Königstraße; Bürger kommen, aufgereg bis zur rasenden Wut, knirschend, bleich, atemlos. 20 Sie rufen: ‚Man hat auf dem Schlossplatze soeben auf uns geschossen.‘ Wut- und Rachege schrei erhebt sich durch die Königstraße, durch die ganze Stadt.

Als ob sich die Erde öffnete, brauste es durch die 25 Stadt; das Straßenpflaster wird aufgerissen, die Waffenläden werden geplündert, die Häuser sind erstürmt, Beile, Äxte werden herbeigeht. 12 Barrikaden erheben sich im Nu in der Königstraße. Haus an Haus werden die Dächer abgedeckt. Oben 30 am schwindelnden Rande stehen die Menschen, mit Ziegeln in der Hand die Soldaten erwartend ... alles ist bewaffnet, mit Mistgabeln, mit Schwertern, mit Lanzen, mit Pistolen, mit Planken; die Knaben dringen in die Häuser, um große Körbe mit Steinen auf die Dächer zu tragen ... Zwischen 4 und 5 prasselt die erste Kartätsche (mit Bleikugeln gefülltes Artilleriegeschoss) von der Kurfürstenbrücke aus die Königstraße hinab ... Kanonen- 35 donner folgt Schlag auf Schlag; zerrissene Leichen liegen an den Straßenecken ... Zwischen 5 und 6 Uhr kommt Infanterie. Man schießt auf sie von den Dächern ... Die Soldaten nehmen die Häuser, aus welchen geschossen und geworfen wird! ... dringen in die Zimmer und töten die Schießenden. 45 Sie gehen auf die Dächer und holen sich die 128 Leute herunter. – Gegen 7 Uhr ist die Königstraße eingenommen unter großem Blutvergießen.“

(W. Kleinknecht/H. Krieger, Materialien für den Geschichtsunterricht, Bd. IV, 4. Aufl. 1978, S. 270) 50

Der König, einem körperlichen Zusammenbruch nahe, befahl den Rückzug der Truppen. Eine unüberschaubare Menschenmenge trug am 19.3. die Toten der Straßenkämpfe auf Bahren in den Schlosshof. Laute Rufe zwangen den Monarchen, 55 mit seiner Gattin auf die Galerie zu treten und die Opfer seiner Truppen durch Abnehmen des Hutes zu ehren.

B

**Soziale Herkunft der Märzgefallenen**

60 (nach offizieller Verlautbarung insgesamt 143), darunter 59 Handwerksgesellen und Lehrlinge, 35 nicht näher bestimmbare Handwerker, 12 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen, 6 Diener und Hausknechte

(W. Venohr/F. Kabermann, Brennpunkte 65 deutscher Geschichte 1450–1850, 1. Aufl. 1978, S. 272)

Zitiert nach: Geschichte 3 Neuzeit, hrsg. von Harro Brack unter Mitarbeit von Harro Brack, Günter Grünke, Eduard Schiblhut und Hans-Paul Raab, Bamberg 1986, S. 127–128

3. Analysieren Sie a) und erläutern Sie, welche Aspekte der Revolution von 1848/49 in die Traditionsbildung der DDR eingeordnet werden können.
4. Analysieren Sie b) und erläutern Sie, welche Aspekte hier Rückschlüsse auf das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland zulassen könnten. Achten Sie dabei auch auf die Unterscheidung zwischen dem darstellenden Text und den ausgewählten Ergänzungen aus anderen Werken.
5. Vergleichen Sie, wie die Berliner Barrikadenkämpfe von 1848 in beiden Schulbüchern dargestellt werden.

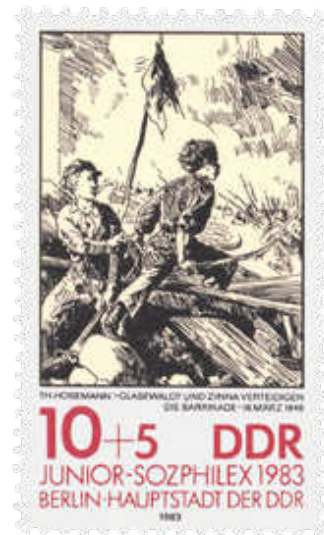


32072-686

C

**M2 Erinnerung an Revolution und Barrikadenkämpfe durch Briefmarken****a) Briefmarke aus der DDR, 1983**

Ernst Zinna und Heinrich Glasewaldt auf der Barrikade in Berlin an der Ecke Friedrich- und Jägerstraße, nach einem Motiv von Theodor Hosemann

**b) Briefmarke aus der Bundesrepublik Deutschland, 1998**

150 Jahre Paulskirchenverfassung



6. Vergleichen Sie die beiden Briefmarken und arbeiten Sie heraus, auf welche Traditionen sie sich jeweils beziehen.
7. Diskutieren Sie die unterschiedlichen Erinnerungskonzepte und nehmen Sie begründet Stellung.



32072-687

D

**M3 Der 8. Mai als bundesweiter Feiertag?****a) Gedenktag auf Länderebene**

Der 8. Mai ist in sieben Bundesländern ein offizieller Gedenktag, so auch in Schleswig-Holstein. Der Tag markiere – so heißt es im entsprechenden schleswig-holsteinischen Landtagsbeschluss – den Grundstein für unsere heutige freiheitliche Demokratie, den es im gesellschaftlichen Bewusstsein wachzuhalten gelte. Ein Initiativkreis aus zivilgesellschaftlichen Vereinen hatte diese Entscheidung mit einer Unterschriftensammlung erwirkt. In der Petition heißt es zur Begründung:

Zusammenbruch der NS-Herrschaft über Deutschland und Europa, bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht, totale Niederlage, Untergang, Katastrophe, Befreiung der Konzentrationslager und Überlebenden der Verfolgung, Sieg der Anti-Hitler-Koalition und Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, Stunde Null – der 8. Mai 1945 hatte viele Bedeutungen. Nach 75 Jahren und mehreren Generationenwechseln wird der 8. Mai heute von der Gesellschaft größtenteils als Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur gesehen. Es ist befremdlich und unverständlich, dass das demokratische Deutschland es bis heute mehrheitlich vermieden hat, den 8. Mai offiziell zu einem seiner wichtigsten politischen Gedenktage zu erheben. Erst diese Zäsur, erst diese Befreiung von außen durch die Alliierten ermöglichte eine 75-jährige friedliche, demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung. Die Zögerlichkeit und Unentschiedenheit im Umgang mit dem 8. Mai wird, je länger das Datum zurückliegt, zum geschichtspolitischen Skandal. Wir müssen endlich vorbehaltlos anerkennen, dass dieser epochale Einschnitt die Bedingung der Möglichkeit für eine humane und demokratische Neuorientierung bezeichnet und für eine Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus steht. In fünf Bundesländern ist der 8. Mai bereits ein offizieller staatlicher Gedenktag: in Mecklenburg-Vorpommern seit 2002, seit 2015 auch in Brandenburg und

in Thüringen, in Bremen seit März 2020 und Berlin hat ihn für 2020 einmalig zum arbeitsfreien gesetzlichen Feiertag erklärt. Jüngst hat auch die 95-jährige Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano nochmals mit Nachdruck gefordert: ‚Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten.‘ [...] 75 Jahre nach dem Ende von NS-Gewaltherrschaft und Zweitem Weltkrieg stärkt dieser Schritt sichtbar und nachhaltig die Erinnerungskultur ebenso wie unsere freiheitliche Demokratie.

<https://www.change.org/p/schleswig-holsteiner-landtag-der-8-mai-muss-endlich-gedenktag-werden-auch-in-schleswig-holstein> [Zugriff: 20.03.2024]

**b) Das angestrahlte Brandenburger Tor**

Foto vom 8. Mai 2020.



8. Arbeiten Sie aus a) heraus, wie der 8. Mai als Gedenktag in der Petition begründet wird.
9. Diskutieren Sie, ob der 8. Mai 1945 bundesweit zum Feiertag erklärt werden sollte, und skizzieren Sie, wie dieser „mit Leben gefüllt“<sup>1</sup> werden könnte.

<sup>1</sup> Historiker Bjoern Weigel, <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/kriegsende-8.-mai-1945-historiker-zum-feiern-gedenken-undzur-erinnerungskultur> [Zugriff: 18.03.2024]

## Grundlegende Begriffe

**Absolutismus** (lat. *legibus absolutus*: von den Gesetzen losgelöst): monarchische Herrschaftsform in Europa im 17. und 18. Jh.

Fürsten und ► **Könige** sahen ihre Herrschaft als von Gott und durch ihre Herkunft legitimiert und versuchten, uneingeschränkt von Gesetzen und unabhängig von den ► **Ständen** zu regieren. Die absolutistischen Herrscher fühlten sich nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich.

In der politischen Realität blieb die Macht der Fürsten aber begrenzt. Sie waren z. B. weiterhin auf die Steuerbewilligung durch die Stände angewiesen.

**Adel:** Vom **Mittelalter** bis ins 19. Jh. bildete der Adel einen ► **Stand** der sogenannten Ständegesellschaft. Er bestand aus Familien, die sich aufgrund von Abstammung, Besitz oder Leistung von der übrigen Bevölkerung durch Vorrechte (Privilegien), Umgangsformen und Kleidung abgrenzten. Zum niederen Adel gehörten die Ritter und (ursprünglich unfreien) Dienstmännern (Ministerialen) der ► **Könige**. Zum Hochadel zählten Herzöge und die Vertreter der Könige in einem Amtsbezirk, die Grafen. Die Herrschenden nahmen sich das Recht, verdiente Personen in den Adelsstand zu erheben. Seit dem 14. Jh. konnte der Adelsstand durch einen Adelsbrief des ► **Kaisers** verliehen werden.

**Adenauer:** Adenauer, Konrad (1876–1967): 1949–1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Er war Mitbegründer der CDU und deren Parteivorsitzender. Adenauer stand u. a. für eine Politik der ► **Westintegration**, für die Aussöhnung mit Frankreich und Israel und für die ► **Soziale Marktwirtschaft**.

**Antisemitismus:** wörtlich „Semitenfeindschaft“ (Semiten: Angehörige einer verwandten Gruppe von Völkern in Vorderasien und Nordafrika); Oberbegriff für alle „modernen“ Formen von Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Die vor allem religiös geprägte Judenfeindschaft bis ins 19. Jahrhundert bezeichnet man als Antijudaismus. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. erhielt die Judenfeindschaft jedoch eine neue Dimension, da von nun an der Hass auf Jüdinnen und Juden mit pseudowissenschaftlichen Theorien rassistisch begründet wurde. Aufbauend auf verzerrten Vorstellungen der Evolutionstheorie von Charles Darwin wurde argumentiert, dass „Rassen“ sich nicht vermischen sollten, da nur angeblich „reine Rassen“ zu besonderen Kulturleistungen fähig seien. Aufbauend auf diesen Vorstellungen prägte der deutsche Journalist Wilhelm Marr 1879 den Begriff „Antisemitismus“, der sogleich in den meisten Sprachen weltweit übernommen wurde. Seither wird die „moderne“ Form der Judenfeindschaft als Antisemitismus bezeichnet.

Der ► **Nationalsozialismus** stellte den Antisemitismus ins Zentrum seiner menschenverachtenden Ideologie und Politik. Der NS-Antisemitismus bildete eine wesentliche Grundlage für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten im Rahmen des ► **Holocaust**. Der Holocaust/die Shoa veränderte die Feindschaft

gegen Jüdinnen und Juden, da man von nun an nicht mehr offen einen Judenhass ausleben konnte, sondern ihn eher indirekt äußert. Diesen veränderten Antisemitismus seit 1945 bezeichnet man als „sekundären Antisemitismus“.

**Aufklärung:** Epoche der Wissenschafts- und Geistesgeschichte, die sich im 17. und 18. Jh. entfaltete. Die Aufklärer verließen sich bei ihrer Suche nach der Wahrheit auf Vernunft (lat. *ratio*), Experimente und Erfahrungen. Sie setzten sich für eine bessere Schulbildung der Menschen ein. Der bedeutendste deutsche Aufklärer war der Königsberger Philosoph Immanuel Kant.

**Bismarck:** Bismarck, Otto von (1815–1898): 1862–1890 preußischer Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, 1871–1890 erster Reichskanzler. Er gilt als eigentlicher Gründer des ► **Deutschen Kaiserreiches**. Mit seiner ► **Sozialgesetzgebung** reagierte er auf die ► **Soziale Frage** und politische Probleme. Gegen die sozialistische Arbeiterbewegung (► **Sozialismus**) ging er mithilfe der Sozialistengesetze vor.

**Bürger:** im Mittelalter alle freien Bewohner einer Stadt, die das Bürgerrecht besaßen und damit am politischen Leben der Stadt teilnehmen durften. Das Bürgerrecht beruhte im Mittelalter auf ständischem Grundbesitz. Kein Bürgerrecht hatten Gesellen, Gesinde und Arme sowie Frauen und Juden nur in Ausnahmefällen. Heute sind Bürgerinnen und Bürger alle Mitglieder eines Staates, die dessen Staatsangehörigkeit haben.

**Bürgertum:** Vom Mittelalter bis Ende des 18. Jh. bildete dieser Bevölkerungsteil den dritten Stand der Gesellschaft (► **Stände**); zu ihm gehörten freie Bauern und ► **Bürger**. In der Französischen Revolution erstritt sich das Bürgertum seine rechtliche und politische Gleichberechtigung mit dem Klerus (erster Stand) und dem ► **Adel** (zweiter Stand).

**Demokratie** (griech. *demos*: Volk; *kratēin*: herrschen): Herrschaft des Volkes über sich selbst. In Athen konnten seit Mitte des 5. Jh. v. Chr. alle einheimischen und wehrfähigen Bürger unmittelbar in der Volksversammlung über politische Fragen abstimmen (direkte Demokratie). Frauen, Fremde und Sklaven waren jedoch von der politischen Mitsprache ausgeschlossen.

Der moderne Demokratiebegriff fußt dagegen auf den für alle geltenden Menschenrechten wie etwa Freiheit und Gleichheit sowie in der Regel auf dem Prinzip der Repräsentation, das heißt, dass das Volk Abgeordnete wählt, die dann stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen (repräsentative Demokratie). Meilensteine der Demokratiegeschichte bilden die amerikanische Unabhängigkeitserklärung (1776) und die Französische Revolution (1789–1799). Die erste gesamtdeutsche Demokratie war die Weimarer Republik. Unsere heutige Demokratie basiert auf dem 1949 in Kraft getretenen Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.



**Deutsche Frage:** Frage nach der Einheit Deutschlands, insbesondere zwischen 1949 und 1990. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949 war es Ziel der westdeutschen Politik, die Einheit wiederherzustellen. Auch die DDR bekannte sich zunächst zur Einheit, gab diese Position dann auf. Im Grundlagenvertrag von 1972 erkannten sich die beiden deutschen Staaten nicht diplomatisch an, bekundeten aber, dass sie die Existenz des jeweils anderen Staates tolerierten – die Bundesrepublik unter dem Vorbehalt, dass die Deutschen ihre Einheit „in freier Selbstbestimmung“ anstreben würden. Das Ende des ► *Kalten Krieges* ermöglichte am 3. Oktober 1990 die friedliche Wiedervereinigung.

**Deutscher Bund:** nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation auf dem Wiener Kongress 1815 gegründeter Zusammenschluss von 34, ab 1817 35 souveränen Fürsten und vier freien Städten. Ziel des Deutschen Bundes war es, die innere und äußere Sicherheit der Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Sitz der Bundesversammlung (Bundestag) war Frankfurt am Main. Der Deutsche Bund blieb bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes 1866 bestehen.

**Deutsches Kaiserreich:** Bezeichnung das 1871 gegründete und bis 1918 existierende (zweite) Deutsche Reich. Es entstand durch ein Bündnis von Fürsten und Freien Reichsstädten und war eine konstitutionelle Monarchie mit einem ► *Kaiser* als Reichsoberhaupt.

**„Ermächtigungsgesetz“:** das vom Reichstag am 23. März 1933 beschlossene Gesetz, das der Regierung des Reichskanzlers Hitler erlaubte, Gesetze ohne das Parlament zu beschließen. Dieses beförderte die ► *„Gleichschaltung“* und festigte die nationalsozialistische Diktatur (► *Nationalsozialismus*).

**Europäische Integration:** Prozess des Zusammenwachsens der europäischen Staaten mit dem Ziel eines geeinten Europas. Zu Beginn stand die Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten im 1949 gegründeten Europarat und in der 1951 entstandenen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion). Der Erfolg führte 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). EGKS und EWG wurden 1967 zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) zusammengefasst. Ihre Mitglieder vereinbarten eine intensive wirtschaftliche, außenpolitische, soziale, ökologische und kulturelle Zusammenarbeit. Der Vertrag von Maastricht erweiterte 1992 die Zuständigkeit der EG. Er machte den Weg für die Wirtschafts- und Währungsunion frei und erklärte das Staatenbündnis zur Europäischen Union (EU). Die wichtigsten Veränderungen waren die engere Zusammenarbeit in der Außen- und Wirtschaftspolitik und die gemeinsame Währung „Euro“ (1999/2002). Nach der Auflösung des sowjetischen Machtbereiches nahm die EU zwölf weitere Mitglieder auf, davon zehn ehemalige „Ostblockstaaten“ (► *Osterweiterung der EU*).

**„Gastarbeiter“:** missverständlicher Begriff für Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die von 1955 bis 1973 aus anderen Ländern (u. a. aus Italien, Jugoslawien und der Türkei) angeworben wurden, um den Arbeitskräftemangel in der westdeutschen Wirtschaft auszugleichen. Trotz der anfänglich vorgesehenen Rückkehr blieben viele dauerhaft in der Bundesrepublik Deutschland.

**Gewaltenteilung:** ein während der Aufklärung entwickelter Grundsatz, der sich gegen die Regierungsweise des ► *Absolutismus* richtete und der die Teilung der Staatsmacht in drei voneinander getrennte Gewalten fordert, die sich gegenseitig kontrollieren: Die Legislative (► *Parlament*) beschließt Gesetze, die Exekutive (u. a. Regierung) führt sie aus und die Judikative (unabhängige Gerichte) spricht Recht.

**Ghetto:** von der übrigen Stadt oft durch Mauern und Tore abgetrenntes Wohngebiet der jüdischen Gemeinschaft. Der Begriff „Ghetto“ leitet sich her vom „Geto Novo“ genannten jüdischen Wohnviertel in Venedig, das Anfang des 16. Jh. auf dem Gebiet einer Gießerei (ital. „geto“) ausgewiesen wurde. Während des Zweiten Weltkrieges errichteten die Nationalsozialisten vor allem an Orten und Städten in Mitteleuropa Ghettos, die dazu dienen sollten, die jüdische Bevölkerung auszugrenzen und zu quälen. Diese Ghettos wurden teilweise nur wenige Wochen oder Monate betrieben, bevor sie „geräumt“ wurden. Dabei ermordeten die Deutschen und ihre Helfer vor Ort einen Teil der Menschen und deportierten die Überlebenden in der Regel in andere, größere Ghettos bzw. ► *Konzentrations- oder Vernichtungslager*. Heute bezeichnet „Ghetto“ meist abwertend ein Viertel, dessen Bewohner sozial schwächer sind und nur wenige Beziehungen zur städtischen Umgebung haben.

**„Gleichschaltung“:** Gesetzlich wurde der Begriff erstmals am 31. März 1933 im „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ verwendet und zu einem Synonym für die Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung, um Staat, Gesellschaft und Kultur mit ihrer Partei personell und ideologisch zu durchdringen. Dabei nahmen die Nationalsozialisten den Ländern ihre Eigenständigkeit, führten eine Einparteiherrschaft ein, kontrollierten die Medien, lösten alle Gewerkschaften sowie sonstige Verbände auf und integrierten sie in ihre Organisationen.

**Globalisierung:** Bezeichnung für das sogenannte „Zusammenwachsen der Erdteile“. Gemeint ist damit, dass es zwischen den Ländern aus unterschiedlichen Erdteilen immer häufigere und engere wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Beziehungen gibt. Die Globalisierung wirkt sich dabei auch stark auf die gesellschaftlichen Strukturen der meisten Staaten der Erde aus.

**Grundgesetz:** Die vom Parlamentarischen Rat 1948/49 ausgearbeitete und nach Annahme durch die Länderparlamente am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

**Holocaust – Shoa:** Der griechische Begriff *holókaustos* (griech.: „völlig verbrannt“ bzw. „Brandopfer“) bedeutet „Inferno“ oder „Zerstörung“. Er wird vor allem seit dem Ende der 1970er-Jahre für die systematische Ermordung von etwa sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden sowie anderen Opfergruppen verwendet, die insbesondere in der Zeit zwischen Sommer 1941 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges stattfand. Manche Geschichtsforschende betrachten die Massenmorde an anderen Gruppen (z. B. 200 000 Sinti und Sinti sowie Romnja und Roma, eine Million nichtjüdische Polen, 2,8 Millionen sowjetische Kriegsgefangene sowie etwa drei bis vier Millionen sowjetische Zivilisten) nicht als Teil des Holocaust. Im Hebräischen wird für das Leiden der Jüdinnen und Juden während dieser Zeit der Begriff Shoa („Großes Unheil“, „Katastrophe“) gebraucht. Im Deutschen werden die Begriffe Holocaust und Shoa vielfach synonym verwendet.

**Industrialisierung:** bezeichnet den Übergang von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft. Der Prozess fand zuerst in England zwischen 1750 und 1850 statt und wird aufgrund seiner Geschwindigkeit und radikalen Umwälzung großer Teile von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft auch Industrielle Revolution genannt. Zentrale Merkmale von Industrialisierung sind 1. der Einsatz von durch künstliche Energie angetriebenen Maschinen, die Massenproduktion ermöglichen, 2. eine Veränderung der Arbeitswelt, da arbeitsteilig und industriell in Fabriken gefertigt wird sowie 3. die Entstehung von Fabrikstandorten, rasantem Städtewachstum und die damit verbundene Trennung von Arbeits- und Wohnort.

## Grundlegende Begriffe

**Judentum:** Bezeichnung für das jüdische Volk sowie für die jüdische Religion. Der jüdische Glaube ist die älteste monotheistische Religion (Monotheismus) und beeinflusste Christentum und Islam.

**Kaiser:** höchster weltlicher Herrschertitel. Der Begriff ist abgeleitet von dem Namen „Caesar“, der Bestandteil des Titels der Herrscher des Römischen Reiches seit Augustus war. Mit der Kaiserkrönung Ottos I. 962 wurde das Kaisertum auf das Heilige Römische Reich übertragen. Dort wurde Kaiser, wer von den Kurfürsten zum deutschen ► *König* gewählt worden war. Das Recht, den Kaiser zu krönen, blieb bis ins späte Mittelalter jedoch den Päpsten vorbehalten. Hauptaufgabe des Kaisers war der Schutz der Kirche. Der letzte vom Papst gekrönte Kaiser war Karl V. (1500–1558). Im 1871 gegründeten ► *Deutschen Kaiserreich* trug das Staatsoberhaupt den Titel „Deutscher Kaiser“.

**Kalter Krieg:** Bezeichnung für einen internationalen Konflikt, der ohne gegenseitige direkte militärische Gewaltanwendung ausgetragen wird. Als Schlagwort prägten ihn Regierungsberater und Publizisten in den USA um 1946/47, die damit den heraufziehenden Gegensatz zwischen der Sowjetunion und den USA mit ihren jeweiligen Machtbereichen bzw. Einflussphären benannten. Die Konfrontation zwischen den beiden Mächten war u. a. von ideologischen und propagandistischen Angriffen, Wettrüsten und Stellvertreterkriegen (z. B. Korea-Krieg 1950–1953, Vietnam-Krieg 1965–1975) geprägt.

**Kommunismus:** eine politische, soziale und wirtschaftliche Weltanschauung, die von einem gemeinsamen Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeht. Gegenteil des Kommunismus ist der Kapitalismus. Nach Marx und Engels ist der Kommunismus das anzustrebende Endstadium der gesellschaftlichen Entwicklung; ihre Gesellschaftstheorie wurde durch Lenin weiterentwickelt (Leninismus).

**König:** Herrschertitel; der König oder die Königin regiert und/oder repräsentiert eine Monarchie. Im frühen *Mittelalter* wurde er von einer adligen Führungsschicht (► *Adel*) gewählt, auch wenn die Wahl oft nur die Weitergabe des Titels an einen Erben bestätigte. Könige herrschten im frühen Mittelalter zunächst über eine Gruppe von Menschen (Personenverband) und erst später über ein fest umrissenes Gebiet (Territorialstaat). Während sich in einigen Ländern wie Frankreich die Erbmonarchie durchsetzte, blieb das Heilige Römische Reich Deutscher Nation eine Wahlmonarchie. Hier regelte seit dem 14. Jh. die „Goldene Bulle“ das Wahlverfahren.

**Konstitutionelle Monarchie:** Staats- und Regierungsform, in der die Macht eines Monarchen durch eine ► *Verfassung* beschränkt wird.

**Konzentrations- und Vernichtungslager:** Lager zur Internierung, Ausbeutung und Tötung von Menschen. Der Begriff Konzentrationslager wurde im Deutschen offiziell erstmals von Reichskanzler

Bernhard von Bülow am 11. Dezember 1904 im Zusammenhang mit der Internierung von gefangenen Herero (in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, heute Namibia) verwendet.

Das nationalsozialistische Regime errichtete bereits ab März 1933 Konzentrationslager in Deutschland. Hier wurden Personen, die aus rassistischen, politischen oder weltanschaulichen Motiven verfolgt wurden (u. a. Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, politische Gegner, Homosexuelle), interniert. Ab 1941 wurden in den besetzten Gebieten Ostmitteleuropas zusätzlich Vernichtungslager gebaut, in welchen Menschen in großer Zahl systematisch ermordet wurden. Doch auch in den Konzentrationslagern waren die Todeszahlen während des Zweiten Weltkriegs hoch.

**Liberalismus:** Im 19. Jahrhundert aufkommende politische Strömung, die von der ► *Aufklärung* geprägt war und sich von der freien Entfaltung des Einzelnen einen Fortschritt in Kultur, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft erhoffte. Zur Sicherung der individuellen Freiheitsrechte forderten Liberale ► *Verfassungen* mit darin festgeschriebenen ► *Menschen- und Bürgerrechten*.

**Mauerbau:** ab 1961 erfolgter Ausbau der bestehenden Grenzbefestigungen zwischen der DDR und Berlin (West) zu einer undurchdringbaren Grenzanlage durch die DDR-Führung mit dem Ziel, die Abwanderung ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Westen zu stoppen. Die Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten wurden vor allem seit Mai 1952 abgeriegelt und in der Folgezeit immer stärker „gesichert“.

**Menschenrechte:** im engeren Sinne die unantastbaren und unveränderlichen Freiheiten und Rechte aller Menschen, die ihnen von Natur aus (Naturrecht), d. h. mit ihrer Geburt, zustehen – unabhängig von ihrer Stellung in Staat, Gesellschaft, von Geschlecht, Beruf, Herkunft und Religion. Dazu zählen das Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum, die Unverletzlichkeit der Person, aber auch die Gleichheit vor dem Gesetz sowie das Recht auf Meinungs- und Glaubensfreiheit.

Die Magna Charta libertatum (1215), die Bill of Rights (1689), die Virginia Bill of Rights und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 sowie die französische Verfassung von 1791 und die Erklärung der Grundrechte der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 sind Zeugnisse der Menschenrechtsentwicklung. Die 1948 von den Vereinten Nationen verkündete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sowie die 1950 verabschiedete Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarates stehen in der Tradition dieser Veröffentlichungen.

**Migration:** längerfristig angelegte räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen. Sie kann freiwillig oder zwangsweise erfolgen. Die Gründe sind dabei vielfältig; beispielsweise

Streben nach besseren Lebensumständen, Vertreibung, Flucht z. B. vor Hunger und Krieg.

**Napoleon:** Napoleon I. Bonaparte (1769–1821): Nach einem Staatsstreich errang er 1799 die Alleinherrschaft und beendete die Französische Revolution. Er krönte sich 1804 zum **Kaiser der Franzosen**. Mit seinen Truppen eroberte er große Teile Europas. Der erfolglose Russlandfeldzug 1812 leitete das Ende seiner Herrschaft ein. 1815 wurde er bei Waterloo endgültig besiegt.

**Nation** (lat. *natio*: Herkunft, Abstammung): Als Nation wird seit dem 18. Jh. eine große Gruppe von Menschen mit gleicher Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur oder mit gemeinsamer Regierung und Staatsordnung (Verfassung) in einem Staat bezeichnet. Nationen sind insofern keine natürlichen Gebilde. Sie sind einerseits Konstruktionen der Politik und leben andererseits davon, dass sich Menschen zu ihnen bekennen.

**Nationalismus:** weltanschauliches Bekenntnis (Ideologie) zur eigenen **Nation** und dem Staat, dem man angehört. Auf der einen Seite stand die Überzeugung, dass alle Völker einen Anspruch auf nationale Selbstbestimmung haben, auf der anderen die Hochschätzung des eigenen Volkes. Die Abwertung anderer Nationen trug von Anfang an zu einem übersteigerten Nationalbewusstsein bei, einem Kennzeichen des Imperialismus und des **Nationalsozialismus**.

**Nationalsozialismus:** extremistische Ideologie, die die Grundlage des nationalsozialistischen Staates bildete. Kennzeichen dieser Ideologie sind vor allem Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Die nationalsozialistische Ideologie bildete eine zentrale Grundlage für die Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma sowie zahlreicher weiterer Opfergruppen in **Konzentrations- und Vernichtungslagern**.

**NATO** (North Atlantic Treaty Organization): 1949 gegründetes politisch-militärisches Bündnis. Die Mitglieder sichern sich u. a. gegenseitigen Beistand bei einem Angriff zu. Zu den Gründungsmitgliedern zählen die USA und Kanada sowie Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Portugal. Nach dem Zerfall des Warschauer Paktes 1991 schlossen sich zahlreiche ost- und mitteleuropäische Staaten der NATO an, dem 2024 über 30 Staaten angehören.

**„Nürnberger Gesetze“:** Bezeichnung für die am 15. September 1935 von den Nationalsozialisten (**Nationalsozialismus**) auf dem „Reichsparteitag der Freiheit“ in Nürnberg verabschiedeten antisemitischen Rassengesetze (**Antisemitismus**). Jüdinnen und Juden verloren das Wahlrecht und durften keine öffentlichen Ämter mehr übernehmen. Künftige Eheschließungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Menschen wurden verboten.

**Osterweiterung der EU:** Prozess nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“, bei dem ab 2004 zahlreiche Staaten aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa in die Europäische Union aufgenommen wurden. Ein Großteil davon gehörte zuvor zum Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion.

**Parlament:** in demokratischen Staaten Versammlung der gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertreter, in der Gesetze und der Haushalt verabschiedet werden und die Regierung kontrolliert wird. Das Parlament der Bundesrepublik Deutschland ist der Deutsche Bundestag, das Parlament Bayerns der Bayerische Landtag.

**Planwirtschaft:** Wirtschaftsordnung, in der die Produktion von Gütern sowie deren Verteilung anders als in einer **(Sozialen) Marktwirtschaft** nach staatlich festgelegten Plänen (z. B. Fünfjahrespläne) vorgenommen wird. Sie kennzeichnete die Wirtschaftspolitik der UdSSR und der von ihr abhängigen Staaten wie der DDR.

**Reformen der sozial-liberalen Koalition:** Innenpolitisches Programm der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP von 1969 bis 1982, das unter dem Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen“ eine Reihe von Reformen in Gang setzte, u. a. die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre und eine Stärkung der Rechte von Frauen.

**Reichstag:** Bezeichnung für das **Parlament** im **Deutschen Kaiserreich** und der **Weimarer Republik**. Es wurde demokratisch durch allgemeine, geheime, freie, gleiche und direkte Wahlen bestimmt. Erst mit der Weimarer Demokratie durften aber auch Frauen wählen und gewählt werden. Reichstag ist auch die Bezeichnung für das Gebäude, in dem das Parlament des Kaiserreiches tagte (heute Sitz des Deutschen Bundestages).

**Republik** (lat. *res publica*: öffentliche Angelegenheit): heute Bezeichnung für eine Staatsform, in der kein Monarch an der Spitze steht, sondern das Staatsoberhaupt gewählt ist und in der grundsätzlich die Staatsgewalt vom Volk ausgeht (**Volksouveränität**).

**Soziale Frage:** Während die **Industrialisierung** einerseits für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze sorgte, führte sie andererseits unter der Arbeiterschaft zu großen Problemen in Form von geringen Löhnen, langen Arbeitszeiten, schlechten Arbeitsbedingungen, Wohnungsnot, Gesundheitsproblemen, geringer Lebenserwartung und fehlender sozialer Absicherung. Diese Not eines großen Teils der Bevölkerung und die Frage, wie diese Zustände beseitigt werden können, werden als Soziale Frage bezeichnet.

**Soziale Marktwirtschaft:** Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit auf der Grundlage einer leistungsfähigen, geregelten Wettbewerbswirtschaft (Marktwirtschaft) vorsieht. Im Laufe der 1950er Jahre entwickelte es sich zum allgemein anerkannten Leitbild in der Bundesrepublik.

**Sozialgesetzgebung:** Gesetze zur sozialen Absicherung der Menschen in Deutschland durch den Staat. Reichskanzler Otto von Bismarck führte zwischen 1883 und 1890 eine Kranken-, Unfall- und Altersversicherung ein. Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland außerdem eine Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.

**Sozialismus:** Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die die Überführung privater Betriebe und Produktionsmittel in Gemeineigentum (Kollektivierung) vorsieht, um die Unterschiede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzuheben. Als Ziel sozialistischer Politik gilt eine Gesellschaft ohne Klassengegensätze. Nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 versuchten verschiedene Staaten, ein verzerrtes Konzept des Sozialismus in die politische Realität zu überführen und übernahmen den Begriff in ihre Selbstbezeichnung (vgl. UdSSR als „Union der sozialistischen Sowjet-Republiken“) Sie verstanden dabei den Sozialismus als Vorstufe zum **Kommunismus**. Der Versuch, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse vollkommen umzugestalten, verursachte großes Elend und hatte den Tod von Millionen von Menschen zur Folge (vgl. UdSSR unter Josef Stalin, China unter Mao Zedong).

## Grundlegende Begriffe

„**Staatssicherheit**“: politische Geheimpolizei, geheimer Nachrichtendienst und Organ strafrechtlicher Untersuchungen in der DDR (Abkürzung: „Stasi“). Das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) wurde 1950 gegründet, unterstand direkt der Staatspartei SED und überwachte im großen Stil die eigene Bevölkerung. Mittel zur Unterdrückung der Bevölkerung waren u.a. psychische und physische Gewalt bis hin zu Mord und willkürlichen Verhaftungen.

**Stände**: Vornehmlich Herkunft und Abstammung (Geburt) gliederten die mittelalterliche Gesellschaft in die drei Stände ► *Adel*, Klerus (Bischöfe und Vertreter der Klöster) sowie ► *Bürger* und Bauern. Diese Stände unterschieden sich durch jeweils besondere Pflichten, Vorrechte und gesellschaftliche Funktionen (Beruf) sowie durch ihre besondere Lebensführung. Die Ordnung galt bis zur Epoche der Aufklärung (17./18. Jh.) als gottgewollt und unveränderlich und wurde in Frankreich im Verlauf der Französischen Revolution überwunden.

**Terrorismus**: Anwendung unvorhersehbarer Gewalt (z. B. Anschläge, Morde und Entführungen) durch extremistische Gruppierungen, um Angst und Schrecken zu verbreiten und politischen Druck auszuüben.

**UNO** (Abkürzung für „United Nations Organization“): Die internationale Organisation mit Sitz in New York wurde 1945 gegründet. Wichtigste Organe sind der UN-Sicherheitsrat und die UN-Generalversammlung. Ihre Hauptziele sind die Erhaltung des Friedens, Abrüstung und die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte. Den Vereinten Nationen gehören 193 Staaten an (Stand 2024).

**Verfassung**: zentrales Rechtsdokument, in dem die Grundordnung einer Gemeinschaft sowie die Rechte und Pflichten der Mitglieder der Gemeinschaft festgelegt sind.

**Vertrag von Versailles**: Ein Ergebnis der Pariser Friedenskonferenz von 1919, an der die Verlierernationen des Ersten Weltkrieges und Sowjetrußland nicht teilnehmen durften. Der Vertrag wurde am 28. Juni 1919 im Schloss von Versailles unterzeichnet, trat am 10. Januar 1920 in Kraft und beendete mit weiteren Verträgen („Pariser Vorortverträge“) den Ersten Weltkrieg. Er machte das Deutsche Reich und seine Verbündeten für den Kriegsausbruch verantwortlich (Art. 231) und legte umfangreiche Gebietsabtretungen sowie Wiedergutmachungsleistungen (Reparationen) fest. Der Vertrag wurde in der Weimarer Republik innenpolitisch für die Hetze gegen die junge Demokratie instrumentalisiert.

**Volkssouveränität**: der während der ► *Aufklärung* am Ende des 18. Jh. entwickelte Grundsatz, wonach das Volk Inhaber aller Staatsgewalt ist und seine Herrschaft in Wahlen und Abstimmungen ausübt. Sie bilde eine Grundvoraussetzung für jede demokratische Ordnung (► *Demokratie*).

„**Volksgemeinschaft**“: nationalsozialistischer Propagandabegriff, welcher die Geschlossenheit eines durch eine angeblich gemeinsame Rasse definierten deutschen Volks behauptet. Nationales Ziel Hitlers war es, eine einheitliche und homogene „Volksgemeinschaft“ zu schaffen, um politische und soziale Gegensätze einzuebnen. Aus dieser Gemeinschaft schloss die nationalsozialistische Ideologie (► *Nationalsozialismus*) politische Gegner, als minderwertig diffamierte Menschen (u.a. Jüdinnen und Juden) und sog. „Volksschädlinge“ aus, diskriminierte, verfolgte und ermordete diese.

**Weimarer Reichsverfassung**: die 1919 von der in Weimar tagenden Nationalversammlung erarbeitete ► *Verfassung*. Sie trat am 11. August 1919 in Kraft und bildete die Grundlage der ► *Weimarer Republik*, der ersten gesamtdeutschen parlamentarischen ► *Demokratie*. Die ► *Verfassung* enthielt umfangreiche Grundrechte (► *Menschen- und Bürgerrechte*) und wies dem ► *Reichstag* (► *Parlament*) eine zentrale Rolle im Gesetzgebungsverfahren zu. Trotzdem war der Reichspräsident das mächtigste Verfassungsorgan. Er konnte u.a. den Reichstag auflösen und Notverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen. Dieses Nebeneinander von Präsidentenmacht und Parlamentsdemokratie führte am Ende der Weimarer Republik zu Problemen.

**Weimarer Republik**: erste gesamtdeutsche ► *Demokratie* in Deutschland zwischen 1918 und 1933.

**Westintegration**: politische, wirtschaftliche und militärische Einbindung der frühen Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft in Abgrenzung zu den sozialistischen Staaten im Osten.

„**68er-Bewegung**“: Angeregt durch die amerikanische Bürgerrechtsbewegung protestierten in der Bundesrepublik Deutschland seit Mitte der 1960er-Jahre Schülerinnen, Schüler und Studierende gegen die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, gegen überlieferte Vorstellungen in Elternhaus, Schule und Universität sowie gegen den Krieg der USA in Vietnam und die Notstandsgesetze. Die „68er“ stärkten insgesamt das politische Interesse der Bevölkerung, förderten die Frauen- und Bürgerrechtsbewegungen, änderten Erziehungsstile und probierten neue Formen des Zusammenlebens aus.

- 17./18. Jh.** — Im Zeitalter des **Absolutismus** in Europa leiteten die Fürsten ihre Stellung von Gott ab und regierten weitgehend losgelöst (absolut) von den Gesetzen und den Ständen.
- 1789** — **Beginn der Französischen Revolution**: Durch die Französische Revolution wurde die absolutistische Monarchie in Frankreich gestürzt. Während der Revolution entstanden zwischen 1789 und 1799 verschiedene Staatsformen. 1791 wurde Frankreich konstitutionelle Monarchie, 1792 demokratische Republik, 1795 sicherte sich das wohlhabende Großbürgertum die Macht und unter Napoleon wurde Frankreich ein diktatorisches Kaiserreich.
- 1806** — Napoleon gründet den Rheinbund; das **Heilige Römische Reich Deutscher Nation** wird aufgelöst.
- 1806** — **Gründung des Königreichs Bayern**, indem Napoleon den mit ihm verbündeten Kurfürsten von Bayern zum König erhebt
- 1815** — Auf dem **Wiener Kongress** wird nach der Niederlage Napoleons Europa neu geordnet und der Deutsche Bund gegründet.
- 1832** — **Hambacher Fest**: Vom 27. Mai bis zum 1. Juni 1832 trafen sich etwa 30 000 Menschen auf dem Hambacher Schloss und nahe Hambach in der bayerischen Pfalz sowie in Neustadt an der Haardt. Das Fest bildete den Höhepunkt der bürgerlichen Oppositionsbewegung in der Zeit der Restauration und zu Beginn des Vormärz. Die Festteilnehmer forderten nationale Einheit, Freiheit und Volkssouveränität.
- 1848/49** — **Revolution in Deutschland** mit dem Ziel, einen Nationalstaat auf der Basis einer liberalen Verfassung zu begründen. Sie scheiterte und mit ihr die von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche verabschiedete Reichsverfassung.
- 
- 1871** — **Deutsche Reichgründung**: Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles
- 1914–1918** — **Erster Weltkrieg**
- 1918** — **Novemberrevolution**: Am Ende des Ersten Weltkrieges weiteten sich Aufstände von Matrosen zu revolutionären Erhebungen im gesamten Deutschen Reich aus. Es kam zur Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten und zum Sturz der konstitutionellen Monarchien. Am 9. November dankte der Kaiser ab und die Republik wurde ausgerufen.
- 1923** — **Krisenjahr der Weimarer Republik**, u. a. Hyperinflation, Ruhrbesetzung, Hitlerputsch
- 1929** — **Beginn der Weltwirtschaftskrise** nach dem Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929

Herausbildung  
einer bürgerlichen  
Gesellschaft

Deutsches Kaiserreich  
und Weimarer  
Republik

## Chronologien

30. Januar 1933 — Reichspräsident Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. **Nationalsozialismus**
9. November 1938 — Die **Novemberpogrome** (vom NS-Regime organisierte und gesteuerte Gewaltmaßnahmen gegen Jüdinnen und Juden) fanden im Deutschen Reich zwischen dem 7. und 13. November statt. Höhepunkt war die Nacht vom 9. auf den 10. November.
- 1939–1945 — **Zweiter Weltkrieg**
20. Juli 1944 — **Attentat auf Hitler** durch den militärischen Widerstandskreis um Graf von Stauffenberg
- 8./9. Mai 1945 — Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
- 
- 1949 — **Gründung der beiden deutschen Staaten**, der Bundesrepublik Deutschland (23. Mai) und der Deutschen Demokratischen Republik (7. Oktober) **Nach dem Zweiten Weltkrieg**
17. Juni 1953 — **Aufstand** von Bürgerinnen und Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik gegen das SED-Regime
- ab 1989/90 — **Umbruch im „Ostblock“**: Revolutionen in vielen Staaten des „Ostblocks“ (in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, Rumänien und der DDR) mit dem Ziel, Sozialismus und Planwirtschaft zugunsten von Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft abzuschaffen. Diese wurden durch die Reformpolitik Michail Gorbatschows in der UdSSR begünstigt und führten schließlich zur Auflösung des „Ostblocks“ und der UdSSR.
9. November 1989 — Durch die **Öffnung** der Berliner Mauer ist freies Reisen zwischen den Sektoren der Stadt möglich, in den darauffolgenden Tagen konnte auch die **innerdeutsche Grenze** ohne Visum überschritten werden.
3. Oktober 1990 — Vollzug der Deutschen Einheit durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, seither als **„Tag der Deutschen Einheit“** deutscher Nationalfeiertag
- 1992 — **Gründung der Europäischen Union** mit dem konstituierenden Vertrag von Maastricht. Neben der gemeinsamen Politik in allen wirtschaftlichen Bereichen wurden auch eine Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits-, der Justiz- und Innenpolitik sowie die Einführung des Euro vereinbart.
11. September 2001 — **Anschlag auf das World Trade Center in New York** durch islamistische Terroristen



## Im Archiv forschen

### Arbeitsschritt

### Vorgehensweise

#### 1. beschreiben

- Verschaffen Sie sich anhand bereits vorhandener lokalgeschichtlicher Veröffentlichungen zunächst einen Überblick zum Thema.
- Stellen Sie fest, welche Zeitungen einzusehen sind, welche anderen Quellen (Ratsprotokolle, Polizeiberichte, Aufrufe, Tagebücher, Fotos etc.) vorliegen. Klären Sie, ob und wie Sie sie auswerten können. Prüfen Sie, welche Dokumente Sie kopieren oder fotografieren (lassen) können.
- Notieren Sie die Quellenangaben (Daten, Fundstellen, Signaturen) genau.

#### 2. erklären

- Informieren Sie sich über die ausgewerteten Zeitungen und deren Redakteure („Schriftleiter“) sowie über die Herkunft der Dokumente.

#### 3. beurteilen

- Ordnen Sie Ihre Erkenntnisse nach Relevanz für die Fragestellung und kommentieren Sie sie.
- Fassen Sie Ihre Ergebnisse in einem Beitrag für die Schülerzeitung oder in einem Referat zusammen und/oder erstellen Sie eine digitale Präsentation.

## Briefe analysieren

### Arbeitsschritt

### Leitfragen

#### 1. beschreiben

- An wen ist der Brief gerichtet (Familienmitglieder, Freunde, Kollegen, Institutionen etc.)?
- Handelt es sich um einen Privat- oder um einen Geschäfts- bzw. einen öffentlichen Brief?
- Wie sind Entstehungszeitpunkt und -ort des Briefes in den historischen Kontext einzuordnen?
- Welche Informationen enthält der Brief?

#### 2. erklären

- Welche Informationen liegen über die Verfasserin oder den Verfasser vor (Alter, Herkunft, Beruf etc.)?
- Welche Informationen will die Schreiberin oder der Schreiber der Adressatin oder dem Adressaten (nicht) mitteilen? Was sagen sie über die Zeit im Allgemeinen und die Lebenssituation der Verfasserin oder des Verfassers im Besonderen aus?

#### 3. beurteilen

- In welcher Situation befand sich die Briefschreiberin oder der Briefschreiber?
- Welche (politischen) Einstellungen verraten die Zeilen?
- Werden individuelle oder gesellschaftliche Erwartungen geäußert?
- Sind die Schilderungen glaubhaft? Lassen sich die Aussagen verallgemeinern?

## Denkmäler untersuchen

### Arbeitsschritt

### Leitfragen

### Formulierungshilfen

#### 1. beschreiben

- Wann, wo und aus welchem Anlass wurde das Denkmal errichtet?
- An wen oder woran soll es erinnern?
- Wer gab den Auftrag? Wer bezahlte das Denkmal?
- Was wird dargestellt? Welche Symbole, welche Inschriften sind erkennbar? Welche realen, welche allegorischen Figuren sind abgebildet?

Das Denkmal wurde im Jahr ... in ... errichtet, um an ... zu erinnern.  
 Auftraggeber war/-en ..., finanziert wurde das Denkmal durch/mithilfe von ...  
 Dargestellt ist/sind ...  
 Die Inschrift lautet: „...“  
 Unter den abgebildeten Figuren sind als reale Personen ... erkennbar.  
 Neben den realen Personen sind einige allegorische Figuren dargestellt, nämlich ...

#### 2. erklären

- Wie sind die dargestellten Symbole und Figuren zu verstehen?
- Mit welcher Absicht wurde das Denkmal errichtet?

Die Symbole ... stehen für ... , die allegorischen Figuren für ...  
 Die Realität des/von ... wird beschönigt/verengt auf .../verzerrt zu ... dargestellt.

#### 3. beurteilen

- Welche Werte werden vermittelt?
- Welche Wirkung sollte das Denkmal erzielen?
- Wie gehen wir heute mit ihm um?

Das Denkmal vermittelt/legt nahe, dass .../idealisiert/bagatellisiert ...  
 Die Auftraggeber wollten als Lehre vermitteln, dass ...  
 Aus heutiger Perspektive ...

## Fotografien analysieren und interpretieren

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wann ist das Foto entstanden und wer hat es aufgenommen?</li> <li>• Zu welchem Thema sagt es etwas aus?</li> <li>• Welche Personen oder welche Szene wurde(n) fotografiert, von welchem Standpunkt und aus welcher Perspektive?</li> <li>• Ist es ein Schnappschuss oder eine gestellte Aufnahme?</li> <li>• Zeigt es eine komplette Szene oder einen Ausschnitt?</li> </ul>	<p>Das Foto wurde am/im Jahr ... von ... aufgenommen. Die Aufnahme thematisiert .../zeigt, dass/wie ... Im Zentrum/Vorder-/Hintergrund ist zu sehen/zu erkennen ... Fotografiert wurde aus der Frosch-/Vogelperspektive/Unter-/Aufsicht.</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mit welcher Absicht oder in wessen Auftrag wurde das Foto gemacht?</li> <li>• In welchem historischen Kontext steht es?</li> <li>• Was könnte unmittelbar vor oder nach der Aufnahme passiert sein?</li> </ul>	<p>Die Fotografin oder der Fotograf betont durch die Bildgestaltung/lenkt die Aufmerksamkeit der Betrachtenden auf ... Auffällig ist die Darstellung von ... als/ durch ... Die Botschaft dieser Aufnahme ist, dass ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie zuverlässig ist das Foto? Wurden Bildinhalte verändert, entfernt oder hinzugefügt?</li> <li>• Wie wirkt das Foto auf die Betrachtenden – damals und heute?</li> <li>• Gibt es Aussagen über die Wirkung und Verbreitung des Fotos?</li> <li>• Wie beeinflusst die Aufnahme unsere Wahrnehmung der Vergangenheit?</li> </ul>	<p>Die Originalaufnahme wurde beschnitten/verändert, indem/da ... Die Fotografin oder der Fotograf erzeugt durch die Perspektive/die Fokussierung von ... eine ablehnende/zustimmende Haltung gegenüber ... Die Aufnahme emotionalisiert/verbreitet ein berechtigtes/ungerechtfertigtes Gefühl von ... gegenüber ... Aus heutiger Perspektive ...</p>

## Ego-Dokumente analysieren

## Arbeitsschritt

## 1. beschreiben

## Leitfragen

- Um welche Art von Ego-Dokument handelt es sich (z. B. Autobiografie, Brief, Tagebuch, Vernehmungprotokoll)?
- Welche Hinweise zur Verfasserin/ zum Verfasser lassen sich finden?
- Wann und wo wurde das Ego-Dokument verfasst?
- Gibt es einen Adressaten/ Empfänger?
- Berichtet die Verfasserin/der Verfasser über sich selbst oder beschreibt sie bzw. er die Position einer anderen Person?
- Worüber berichtet die Verfasserin/der Verfasser? Was hebt sie oder er hervor, was behandelt sie/er beiläufig?

## Formulierungshilfen

Bei diesem vorliegenden Ego-Dokument handelt es sich um einen ...  
Über die Autorin/den Autor erfahren wir aus dem Text und den Hintergrundinformationen, dass ...

Das Dokument ist an ... gerichtet/für eine breite Öffentlichkeit bestimmt.  
Die Verfasserin/der Verfasser berichtet über .../schildert (eigene) Erlebnisse und Gefühle im Zusammenhang mit ...  
Besonders wichtig ist ihm/ihr, dass ...  
Nur am Rande wird erwähnt, dass ...

## 2. erklären

- Gibt es Informationen zum Beruf der Verfasserin/des Verfassers, der sozialen Position und der politischen oder religiösen Einstellung?
- Wie sahen die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse beim Verfassen des Ego-Dokumentes aus?

Über den Beruf und die gesellschaftliche Stellung der Autorin/des Autors ist bekannt, dass ...  
Ihre/seine politische Einstellung war ...  
Als das Egodokument verfasst wurde, waren die politischen Verhältnisse stabil/wegen ... unruhig.

## 3. beurteilen

- Was hat die Verfasserin/den Verfasser zum Schreiben veranlasst?
- Lassen sich aus der verwendeten Sprache Rückschlüsse auf Intention und Ziele des Textes ziehen?
- Welche Einstellungen und Werte lassen sich ausmachen?
- Welche Wirkung soll erzielt werden?
- Liegt eine adressatenorientierte Selbst- oder Fremdkonstruktion vor?

Die Autorin/der Autor will mit dem Dokument erreichen, dass ... Das wird auch durch die Sprache deutlich. Besonders oft werden folgende (Schlüssel-)Begriffe verwendet: ... Außerdem ist in dem Text auffällig, dass ...  
Wichtige Werte/Anliegen der Verfasserin/des Verfassers sind ...  
Mit dem Dokument soll erreicht werden, dass die Lesenden über ... informiert werden/dieselbe Einstellung/Haltung übernehmen/Mitleid empfinden/...  
Die Autorin/der Autor will den Lesenden von sich/von anderen ein bestimmtes Bild vermitteln, nämlich dass ...

**Hinweis:** Siehe auch die Methodenkarten zu Briefen und Tagebüchern als Arten von Ego-Dokumenten.

## Expertinnen/Experten anhören

### Arbeitsschritt

### Vorgehensweise

#### 1. vorbereiten

Bereiten Sie sich im Unterricht inhaltlich auf das Thema vor, zu dem Sie eine Expertin oder einen Experten anhören wollen.

Überlegen Sie gemeinsam, wen Sie als Expertin oder Experten zu dem Thema einladen können (z. B. Zeitzeuginnen oder Zeitzeugen, Mitarbeitende von Museen, Archiven, Universitäten). Hinweis: Es kann bei vielen Themen sinnvoll sein, zwei oder mehr Expertinnen oder Experten einzuladen, die für unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema stehen. Fragen Sie an, ob sie oder er bereit ist und Zeit hat, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Sammeln Sie in Kleingruppen Fragen an die Expertin oder den Experten.

Stellen Sie die Fragen im Plenum vor und kategorisieren Sie sie unter Oberbegriffen. Priorisieren Sie die Oberbegriffe: Was möchten Sie auf jeden Fall ansprechen, was sind mögliche Vertiefungen/Exkurse?

Erstellen Sie einen Ablaufplan für das Gespräch: Legen Sie eine Reihenfolge der Themen fest, die Sie ansprechen wollen, überlegen Sie sich auch, wie Sie die Expertin oder den Experten begrüßen und verabschieden wollen.

Informieren Sie die Expertin oder den Experten über den geplanten Ablauf und die wichtigsten inhaltlichen Aspekte, die angesprochen werden sollen.

Verteilen Sie die Rollen/Aufgaben für das Gespräch: Wer begrüßt, wer übernimmt die Gesprächsleitung, wer protokolliert, wer fotografiert/filmt ggf. mit (z. B. für die Homepage und den Jahresbericht; Hinweis: vorher Genehmigung erfragen!), wer verabschiedet?

#### 2. durchführen

Führen Sie das Gespräch nach dem Ablaufplan durch. Hinweis: Der Plan ist lediglich ein Hilfsmittel und muss natürlich nicht exakt eingehalten werden, wenn der Gesprächsverlauf andere/weitere interessante Aspekte ergibt.

#### 3. beurteilen

Überlegen Sie mithilfe Ihrer Notizen, welche Fragen beantwortet wurden, welche nicht. Woran lag das? Welche weiteren Fragen/weiterführenden Aspekte haben sich aus dem Gespräch ergeben?

## Umgang mit wissenschaftlicher Literatur

### Arbeitsschritt

### Leitfragen

### Formulierungshilfen

#### 1. beschreiben

- Wer ist die Autorin/der Autor (Name, Beruf, Funktion)?
- Welche Textsorte liegt vor (z. B. Monografie, Aufsatz, Lexikonartikel)?
- Wer sind die Adressaten?
- An welchem Ort/in welchem Medium (z. B. wissenschaftliche Zeitschrift, Internet) wurde der Text veröffentlicht?
- Wann ist der Text veröffentlicht worden, gab es möglicherweise einen besonderen Anlass (z. B. Jubiläumsjahr, Begleitpublikation zu einer Ausstellung)?

Bei der Autorin/dem Autor dieser Monografie/... handelt es sich um ..., die/der sich wissenschaftlich/aus eigenem Interesse mit dem Thema ... beschäftigt hat.

Der Text wurde im Jahr ... veröffentlicht und wendet sich in erster Linie an die Fachwissenschaft/an ein breites interessiertes Publikum/... Erschienen ist er in ... Besonderer Anlass für die Veröffentlichung war damals der Jahrestag/...

#### 2. erklären

- Was sind Thema und Hauptaussage des Textes? Welchen Zeitraum, welchen Zusammenhang oder welches Ereignis und welche Personen behandelt der Text?
- Welche Struktur des Textes ist erkennbar? Welche Thesen oder Behauptungen werden aufgestellt? Worauf werden sie gestützt (Quellen, wissenschaftliche Literatur)?
- Welche sprachlichen Besonderheiten weist der Text ggf. auf (Verwendung spezifischer Begriffe, Stil)?
- Welchen (weltanschaulichen, wissenschaftlichen, politischen) Standpunkt nimmt die Autorin/der Autor ein?
- Welche Aussageabsicht verfolgt die Autorin/der Autor (z. B. unterhalten, sachlich informieren)?

Die Abhandlung nimmt vor allem ... in den Blick. Schwerpunkte sind dabei ... Folgende (zweiteilige/dreiteilige/...) Struktur des Textes ist erkennbar: Zunächst ..., daraufhin ..., abschließend ...

Die Autorin/der Autor stellt die These auf, dass ... Dafür spricht ihrer/seiner Meinung nach zum einen, dass ..., zum anderen, dass ...

Der Stil ist sachlich/wegen der Verwendung von ... besonders anschaulich/schwer verständlich. Auffallend ist die (häufige) Verwendung bestimmter Begriffe und Wortfelder: ...

Wissenschaftlich/weltanschaulich steht die Autorin/der Autor auf dem Standpunkt, dass ...

Der Autorin/dem Autor geht es vor allem darum, die Leserschaft ganz sachlich zu informieren/unterhaltsam zu schreiben. Dabei vermeidet sie/er ...

#### 3. beurteilen

- Wurde das Thema schlüssig und wissenschaftlich korrekt bearbeitet?
- Sind die Wertungen der Autorin/des Autors plausibel begründet?

Die Argumentation wirkt (nicht) schlüssig und konsequent. Denn die einzelnen Aspekte bauen (nicht) logisch aufeinander auf. Denn ... So ist (nicht) nachzuvollziehen ... Dem widerspricht meines Erachtens, dass ...

## Diagramme erstellen und deuten

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie und worüber informiert das Diagramm?</li> <li>• Wer hat wann und wie die Daten erhoben? Woher stammen die Zahlen?</li> <li>• Welche Form von Diagramm liegt vor (Kreis-, Linien-/Kurven-, Säulen-/Balkendiagramm)?</li> <li>• Welche Entwicklung ist zu erkennen (hohe und niedrige Werte beachten, Trends, Zusammenhänge)?</li> </ul>	<p>Das Diagramm/Schaubild/die Grafik zeigt/stellt dar/bildet ab, dass/wie ...</p> <p>Das Diagramm verdeutlicht/illustriert/veranschaulicht, dass/wie ...</p> <p>Thema des Diagramms ist, dass ...</p> <p>Aus dem Diagramm geht hervor/ergibt sich, dass ...</p> <p>Die Daten stammen aus dem Jahr ... / beziehen sich auf die Jahre ...</p> <p>Das Diagramm wurde von ... in Auftrag gegeben/erstellt/in ... veröffentlicht.</p> <p>Die Werte sind in Prozentangaben/absoluten Zahlen angegeben.</p> <p>Die x-Achse zeigt ..., die y-Achse ...</p> <p>Die Zahlenwerte machen deutlich, dass ...</p> <p>Der Anteil des/von ... ist von ... auf ...</p> <p>Prozent gestiegen/gefallen/um ...</p> <p>Prozent gestiegen/gefallen.</p> <p>Die Zahl des/der ... hat sich verdoppelt/verdreifacht/verfünffacht/ist um das Doppelte/Dreifache gestiegen.</p> <p>Die Zahl des/der ... hat sich auf ein Viertel/auf die Hälfte verringert.</p> <p>Die Zahlen des/der ... stagnieren/sind unverändert geblieben.</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Ursachen und Gründe haben die in den Diagrammen bezifferten Zustände und Entwicklungen?</li> <li>• Welche Zusammenhänge lassen sich erkennen?</li> </ul>	<p>Mögliche Ursachen der dargestellten Entwicklungen sind, dass ...</p> <p>Der Anstieg/Rückgang von ... könnte daran liegen/liegt vermutlich insbesondere daran, dass ...</p> <p>Vergleicht man ..., fällt auf, dass ...</p> <p>Im Gegensatz zu ..., ist zu erkennen, dass ...</p> <p>Die große Zahl der/von ... lässt den Schluss zu, dass ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sind die Daten vollständig/sinnvoll ausgewählt? Fehlen bestimmte Daten?</li> <li>• Ist die gewählte Darstellungsform sachlich angemessen oder entsteht ein irreführender/falscher Eindruck?</li> </ul>	<p>Aus der gewählten Darstellung geht nicht hervor, dass/ob ...</p> <p>Besonders aussagekräftig/auffällig ist, dass ...</p> <p>Problematisch/manipulativ erscheint, dass ...</p>



## Mit Geschichtskarten arbeiten

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welches Thema hat die Karte? Beziehen Sie den Titel und alle Zeichen der Legende mit ein.</li> <li>• Auf welchem Raum und auf welche Zeit bezieht sich die Karte?</li> <li>• Welche Zeichen sind besonders häufig, wie sind sie verteilt?</li> <li>• Zeigt die Karte einen bestimmten Zustand oder eine Entwicklung bzw. Veränderung?</li> </ul>	<p>Das Thema der Karte ist/sind ... Die Karte bezieht sich auf den Raum ... im ... Jh./in den Jahren ... bis ... Die Karte enthält Informationen über ... Sie zeigt außerdem ... Zu erkennen ist, dass ... Die Karte zeigt den Zustand von ... im ... Jh./Aus der Karte sind ...entwicklungen/ ...bewegungen/ Veränderungen der/von ... abzulesen.</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Was wissen Sie über den Raum und die Zeit, auf die sich die Karte bezieht?</li> <li>• In welchen historischen Zusammenhang lässt sich die Karte einordnen?</li> <li>• Wie lassen sich Zustand, Entwicklung bzw. Veränderung beschreiben?</li> <li>• Lassen sich Ursachen der Entwicklung bzw. Veränderung aus der Karte ablesen?</li> <li>• Sagt die Karte etwas über den Einfluss eines Staates über andere aus?</li> <li>• Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede sind bei einem Kartenvergleich zu erkennen?</li> </ul>	<p>Als Ursachen der/von ... lassen sich ... bestimmen. Ursächlich für ... ist ... Die Entwicklung/Veränderung von ... liegt an ... Vergleicht man ..., fällt auf ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche wichtigen Informationen fehlen? Wo können Sie diese recherchieren?</li> <li>• Welche historischen Schlussfolgerungen lassen Untersuchung und Auswertung zu?</li> </ul>	<p>Aus der Karte geht nicht hervor ... Man kann nicht erkennen, ob ... Problematisch erscheint ... Zu kritisieren ist meines Erachtens ... Besonders auffallend ist/deutlich wird ...</p>

## Politische Plakate analysieren

### Arbeitsschritt

#### 1. beschreiben

### Leitfragen

- Wer hat das Plakat veröffentlicht?
- Wer hat es entworfen?
- Was ist der Anlass für die Veröffentlichung?
- Welche Bildelemente und Symbole werden verwendet?
- Wie werden Farben und Schriften eingesetzt?
- Ist das Format auffallend?

### Formulierungshilfen

Das Plakat von ... wurde am/im Jahr ... aus Anlass des/der ... veröffentlicht.  
Im Zentrum steht ... Im Hintergrund ist ... erkennbar.  
Dominierende/auffällige Farben sind ...

#### 2. erklären

- Welche Informationen enthält das Plakat? Wie sind sie zu verstehen?
- Wofür stehen die Farben und Symbole?

Die Aufmerksamkeit der Betrachtenden wird durch ... auf ... gelenkt.  
Die Farbe/das Symbol ... steht für/verweist auf ...

#### 3. beurteilen

- Welche Botschaft geht von dem Plakat aus?
- Welche Aspekte werden überbetont/vernachlässigt?
- Welche Bildelemente wirken manipulativ?

Das Plakat erzeugt durch ... eine ablehnende/zustimmende Haltung gegenüber ...  
Während ... im Zentrum der Darstellung steht, wird ... vernachlässigt.  
Problematisch/manipulativ wirkt insbesondere die einseitige/verzerrte Darstellung von ... als .../die (Über-)Betonung von ...

## Reden analysieren

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wann und wo wurde sie vor welchem Publikum gehalten?</li> <li>• Gab es einen besonderen Anlass?</li> <li>• Wie ist die Rede überliefert (stenografische Mitschrift, Manuskript oder Audio-datei)?</li> <li>• Was ist das Thema?</li> <li>• Welche Argumente werden verwendet?</li> </ul>	<p>... hielt am ... in ... eine Rede anlässlich des/der ...</p> <p>Unter den Zuhörenden befinden sich .../ ist neben ... auch ...</p> <p>Die Gedenk-/Parlaments-/Protest-/ Dankesrede bezieht sich auf .../wurde aus Anlass von ... gehalten.</p> <p>Als Thema der Rede lässt sich ... bestimmen.</p> <p>Die Rednerin/der Redner stützt seine/ ihre Position durch ...</p> <p>Er/Sie argumentiert/hinterfragt/ begründet/rechtfertigt/beschuldigt/ attackiert ...</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie ist die Argumentation inhaltlich und sprachlich aufgebaut?</li> <li>• Welche Schlüssel- und Schlagwörter fallen auf? Wie/in welchem Zusammenhang werden sie verwendet?</li> </ul>	<p>Die Rede ist thematisch kompakt/ einsträngig/behandelt mehrere Aspekte ...</p> <p>Die Rednerin/der Redner beginnt mit ...</p> <p>In der Mitte der Rede appelliert ...</p> <p>Die Rede endet mit dem Aufruf zu/der Erinnerung an ...</p> <p>Der Schwerpunkt der Rede liegt auf ...</p> <p>Als dominierende Schlagwörter fallen insbesondere ... auf.</p> <p>Unter den Leitbegriffen ... finden sich gehäuft Wörter wie ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Zielsetzung wurde verfolgt? Soll das Publikum belehrt, erfreut oder zu etwas bewegt werden?</li> <li>• Wie wirkte die Rede auf das Publikum (z. B. Beifall, Zwischenrufe etc.)?</li> </ul>	<p>Die Rednerin/der Redner will das Publikum in erster Linie emotionalisieren/überzeugen von .../dazu bewegen, dass ...</p> <p>An den ablehnenden/zustimmenden Zwischenrufen/am wiederholten Beifall ist abzulesen, dass das Publikum ...</p>

## Statistiken auswerten

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Worüber informiert die Statistik (Thema)?</li> <li>• Auf welche Gebiete und Zeiträume beziehen sich die Angaben?</li> <li>• Sind die zeitlichen Abstände einheitlich?</li> </ul>	<p>Die Tabelle informiert über .../stellt ... dar, wie/dass ...</p> <p>In der Statistik ist zu sehen, wie/dass ... Der Statistik ist zu entnehmen, wie/dass ...</p> <p>Die Zahlen stammen aus dem Jahr .../beziehen sich auf ...</p> <p>Die Zahlen wurden von ... erstellt/ veröffentlicht/von ... vorgelegt.</p> <p>Die zeitlichen Abstände sind regelmäßig im Abstand von ... gewählt/sind nicht einheitlich, sondern ...</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wie entwickeln sich die Angaben?</li> <li>• In welchem Verhältnis stehen die Angaben zueinander?</li> <li>• Was zeigt ein Vergleich der Entwicklungen? Wie verläuft er?</li> </ul>	<p>Die Tabelle zeigt leichte/geringe/starke Veränderungen bei/in ...</p> <p>Die Zahlen zeigen eine geringe/deutliche Zunahme/Abnahme/eine Verdoppelung/Verdreifachung ...</p> <p>Deutlich erkennbar ist eine steigende/sinkende Tendenz von/bei ...</p> <p>Die Zahlen zeigen einen kontinuierlichen Rückgang/Anstieg von/bei ...</p> <p>Die Zahlen sind unverändert geblieben.</p> <p>Verglichen mit .../Im Vergleich zu ... Der Unterschied zwischen ... und ... besteht in ...</p> <p>An erster Stelle steht ..., gefolgt von ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Lassen die Angaben begründete Vorhersagen (Prognosen) zur weiteren Entwicklung zu?</li> <li>• Welche Aussageabsicht lässt sich der Statistik entnehmen?</li> </ul>	<p>Auf der Basis der Angaben lässt sich vermuten/schlussfolgern, dass ...</p> <p>Aus der Statistik geht (nicht) hervor, dass ...</p> <p>Es ist deutlich/nicht erkennbar, dass/ob ...</p> <p>Besonders aussagekräftig/auffällig ist, dass ...</p> <p>Problematisch/manipulativ erscheint, dass ...</p>



Das Harding-Zentrum für Risikokompetenz hinterfragt jeden Monat am Beispiel der „Unstatistik des Monats“ aktuell publizierte Daten und deren Interpretation. Sie sind zu finden mithilfe des Mediacodes 32072-690.

## Tagebücher beurteilen

### Arbeitsschritt

### Vorgehensweise

#### 1. beschreiben

- Wurde das Tagebuch nur zur privaten Erinnerung verfasst oder war es von Anfang an für eine Veröffentlichung vorgesehen?
- Wie sind Entstehungszeitpunkt und -ort des Tagebuches in den historischen Kontext einzuordnen?
- Welche Informationen enthalten die Tagebucheinträge (individuelle Befindlichkeiten, private Meinungen und Ansichten, weltanschauliche Einstellungen, gesellschaftliche Verhaltensweisen, Erlebnisse)?

#### 2. erklären

- Welche Informationen liegen über die Verfasserin oder den Verfasser vor (Alter, Herkunft, Beruf etc.)? Was wissen wir über ihr oder sein persönliches und historisches Umfeld?
- Welche Informationen will die Schreiberin oder der Schreiber dem Adressaten mitteilen? Was sagen sie über die Zeit im Allgemeinen und die Lebenssituation der Verfasserin oder des Verfassers im Besonderen aus?

#### 3. beurteilen

- In welcher Situation befand sich die Tagebuchschreiberin oder der Tagebuchschreiber?
- Welche (politischen) Einstellungen verraten die Einträge?
- Werden individuelle oder gesellschaftliche Erwartungen geäußert?
- Sind die Schilderungen glaubhaft?
- Dienen die Einträge der Auf- und Nachbereitung von persönlichen Erfahrungen oder zur Selbstdarstellung?

## Zeitungsartikel untersuchen

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• In welchem historischen Kontext steht der Artikel?</li> <li>• In welcher Zeitung wurde der Artikel veröffentlicht? Handelt es sich um eine regionale oder überregionale, eine parteipolitisch gebundene oder eine unabhängige Zeitung?</li> <li>• Was ist das Thema des Beitrages?</li> <li>• Handelt es sich um eine informierende (Meldung, Nachricht, Bericht) oder meinungäußernde Textsorte (Kommentar, Glosse, Rezension, Leserbrief) bzw. um eine Mischform (Reportage, Feature, Interview)?</li> </ul>	<p>Der Artikel ... von ... wurde am ... in der überregionalen/(links)liberalen/konservativen ... veröffentlicht.</p> <p>Der Bericht/Kommentar ... thematisiert ...</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Sachinformation bietet der Artikel, wo werden Urteile gefällt?</li> <li>• Bei Meinungstexten: Wie argumentiert die Verfasserin oder der Verfasser? Wie geht sie oder er mit Gegenmeinungen um?</li> </ul>	<p>Kernaussagen des Textes sind ... Gegenmeinungen/-argumente werden berücksichtigt/entkräftet/übergangen/ignoriert.</p> <p>Die Verfasserin/der Verfasser argumentiert überwiegend sachlich/neutral/parteilich/emotional ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welchen Standpunkt vertritt die Autorin oder der Autor?</li> <li>• Was will der Artikel bei Leserinnen und Lesern bewirken?</li> </ul>	<p>Die Argumentation ist stichhaltig/(wenig) überzeugend/einseitig/manipulativ ...</p> <p>Die Leserinnen und Leser sollen überzeugt werden von .../sind nach der Lektüre des Textes ...</p>

## Zeitzeugengespräche auswerten

Arbeitsschritt	Leitfragen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Was sind die Kernaussagen der Zeitzeugin oder des Zeitzeugen?</li> <li>• Handelt es sich um eigene und/oder fremde Erinnerungen?</li> <li>• Wie werden die geschilderten Erlebnisse beschrieben und bewertet?</li> </ul>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wo und woran wird deutlich, dass die Zeitzeugin oder der Zeitzeuge die Vergangenheit von der Gegenwart aus betrachtet?</li> </ul>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Inwiefern lassen sich die Aussagen mit anderen Quellen abgleichen („Faktencheck“)? Wo fallen Unterschiede auf?</li> <li>• Lassen sich Widersprüche und Erinnerungslücken aufzeigen? Woran könnten diese liegen?</li> <li>• Welche Erwartungen an das Gespräch haben sich erfüllt, welche sind offengeblieben?</li> </ul>

**Hinweis:** Zur Vorbereitung und Durchführung von Zeitzeugengesprächen siehe auch die Hinweise zu Befragung von Expertinnen und Experten.

## Internetrecherche und -beurteilung

Arbeitsschritt	Leitfragen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Welche Person, Organisation oder welches Ereignis behandelt der Internetbeitrag?</li> <li>• Ist die Sprache verständlich?</li> <li>• Werden die Aussagen belegt? Wenn ja, womit (Quellen- oder Literaturangaben)?</li> <li>• An wen richtet sich die Internetseite (Fachpublikum, Laien, Jugendliche)?</li> <li>• Wie aktuell sind die Informationen? Wann war das letzte Update?</li> </ul>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wer hat die Seite ins Netz gestellt (E-Mail-Adresse)? Stammt sie von einem zuverlässigen Emittenten wie z. B. von Webseiten von Bibliotheken, Museen, Universitäten, Gedenkstätten oder öffentlichen Einrichtungen wie der Bundeszentrale für politische Bildung?</li> <li>• Finden sich direkte Verknüpfungen (Links) zu anderen Webseiten desselben Themas?</li> </ul>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Werden grundlegende wissenschaftliche Standards eingehalten? Gibt es beispielsweise Fußnoten, Literatur- oder Quellennachweise, die auf die Herkunft der Informationen verweisen?</li> <li>• Wird zwischen Fakten und Deutungen unterschieden?</li> <li>• Ist die Darstellung tendenziös? Werden undemokratische oder extreme Ansichten vermittelt?</li> <li>• Bietet die Darstellung unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema?</li> <li>• Wie wirkt der Beitrag? Ist er emotional oder sachlich?</li> <li>• Wie hilfreich und zielführend ist das Angebot im Hinblick auf das Thema?</li> </ul>



## Computerspiele analysieren

### Arbeitsschritt

### Leitfragen

### Formulierungshilfen

#### 1. beschreiben

- Wann und wo wurde das Spiel entwickelt?
- Was ist das Thema des Spieles?
- Wie lässt sich das Ziel des Spieles (grob) zusammenfassen?
- Mit welchen Mitteln kann das Ziel erreicht werden?

Das Computerspiel wurde ... entwickelt.  
Im Spiel geht es darum, ...  
Mithilfe von ... kann das Ziel des Spieles erreicht werden.

#### 2. erklären

- Dargestellte Zeit: Welche Personen, Ereignisse etc. werden gezeigt? Welche sind historisch verbürgt, welche erfunden?
- Welche weiteren Informationen gibt es zusätzlich zum Spiel? (z. B. Podcast, Interviews mit den Produzenten etc.)

Die Handlung ist in der Epoche ... angesiedelt.  
Folgende Ereignisse und Personen sind historisch verbürgt/erfunden ...  
Zusätzlich zum Spiel wird ... angeboten.

#### 3. beurteilen

- An wen richtet sich das Spiel?
- In welcher Hinsicht ist Authentizität/Triftigkeit gegeben?

Vorrangig richtet sich das Spiel an ...  
Besonders authentisch vermittelt es ...  
Frei erfunden ist ...

## Karikaturen deuten

### Arbeitsschritt

### Leitfragen

### Formulierungshilfen

#### 1. beschreiben

- Wie lauten Titel und Thema?
- Wann und in welchem historischen Zusammenhang ist die Karikatur entstanden?
- Woher stammt sie?
- An wen wendet sie sich?
- Welches Ereignis/Problem wird dargestellt?

Die vorliegende Karikatur von ... erschien am ... in ...  
Die Zeichnung handelt von .../thematisiert ...  
Die Bildunterschrift lautet ...  
Die Abbildung zeigt, wie ...

#### 2. erklären

- Wer oder was ist wie dargestellt?
- Werden Symbole verwendet? Was bedeuten sie?
- Was ist die Botschaft der Karikatur?

Auffällig ist die Darstellung von ... als/durch ...  
Die Botschaft dieser Karikatur ist, dass ...

#### 3. beurteilen

- Welche Aussageabsicht wird verfolgt?
- Welche Emotionen, Einstellungen, Haltungen, Gefühle löst die Karikatur aus?

Der Zeichner/die Zeichnerin beabsichtigt durch seine/ihre Darstellung von ... als ... eine ablehnende/zustimmende Haltung gegenüber ... zu erzeugen.  
Die Karikatur emotionalisiert/ruft ein berechtigtes/ungerechtfertigtes Gefühl von ... gegenüber ... hervor.

## Geschichtsspielfilme analysieren

Arbeitsschritt	Leitfragen	Formulierungshilfen
1. beschreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wann und wo wurde der Film gezeigt?</li> <li>• Beruht der Film auf Vorlagen?</li> <li>• Welcher Gattung gehört die Erzählung an? An welchen Genres orientiert sie sich erzählerisch?</li> <li>• Was ist das Thema des Films?</li> <li>• Wie lässt sich die Handlung (grob) zusammenfassen?</li> <li>• In welcher Beziehung stehen die handelnden Figuren?</li> </ul>	<p>Der Film handelt von ...            Er zeigt, wie ...            Der/die Hauptfigur(en) sind ...            Der Film wurde erstmals im Jahr ... gezeigt.            Er weist Ähnlichkeiten/Unterschiede zu ... auf.</p>
2. erklären	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dargestellte Zeit: Welche Personen, Ereignisse etc. werden gezeigt? Welche sind historisch verbürgt, welche erfunden? Gibt es Abweichungen vom Forschungsstand?</li> <li>• Produktionszeit des Films: In welchem gesellschaftlichen und politischen Kontext ist der Film entstanden?</li> <li>• Welche filmsprachlichen -#Mittel kommen mit welcher Intention zum Einsatz?</li> <li>• Welche weiteren Hinweise gibt es zur Aussageabsicht? (z. B. Interviews der Autoren, Regisseure, Kritiken)</li> </ul>	<p>Der Film spielt im Jahr ...            Der Film wurde im Jahr/in den Jahren ... produziert.            Häufig wird die Einstellung ... verwendet. Dies deutet darauf hin, dass ...            Die Regisseurin/der Regisseur erklärte in einem Interview, dass ...</p>
3. beurteilen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• An wen richtet sich der Film (primäre Zielgruppe)?</li> <li>• Wie wirkt der Film auf mich und andere?</li> <li>• Was ist die Botschaft des Films?</li> <li>• Welche Sinnbildungsangebote macht der Film?</li> <li>• In welcher Hinsicht ist Authentizität/Triftigkeit gegeben?</li> <li>• Wofür kann ich den Film nutzen?</li> </ul>	<p>Vorrangig richtet sich der Film an ...            Auf mich wirkt der Film ...            Besonders authentisch vermittelt der Film ...            Er dient ...</p>

## Zeitzeuginnen und Zeitzeugen befragen

### Arbeitsschritt

### Vorgehensweise

#### 1. vorbereiten

- Zu welchem Thema soll ein Zeitzeugengespräch stattfinden?
- Rechtzeitige, persönliche Kontaktaufnahme mit dem Zeitzeugen/der Zeitzeugin (ggf. auch mehreren); Absprache mit dem Zeitzeugen/der Zeitzeugin: Welcher Termin wird vereinbart? Welche Kosten fallen an? Information des Zeitzeugen/der Zeitzeugin über Anzahl der Schülerinnen und Schüler, deren Alter und das Unterrichtsthema; Einholen von biografischen Informationen über den Zeitzeugen/die Zeitzeugin; Abklären, worüber der Zeitzeuge/die Zeitzeugin (nicht) sprechen will.
- Wie darf das Gespräch festgehalten werden (am günstigsten ist die Aufzeichnung mit einer Kamera, gefolgt von einer Aufnahme mit Diktiergerät oder schriftlichen Notizen)? Ist eine Veröffentlichung der Aufzeichnungen gestattet?
- Bei mehreren Zeitzeugen/Zeitzeuginnen: Sollen sie gemeinsam oder getrennt voneinander auftreten? Welche Fragen sollten allen oder mehreren Interviewpartnern gestellt werden?
- Welcher Fragenkatalog soll Grundlage des Gesprächs sein?

#### 2. durchführen

- Konzentriertes und sorgfältiges Festhalten des Gesprächs in Form von Stichpunkten und Zitaten. Dabei ist zu kontrollieren: Hält sich der Zeitzeuge/die Zeitzeugin an die vereinbarten Themen? Wie ist die Körpersprache des Zeitzeugen/der Zeitzeugin (Mimik, Gestik, Modulation der Stimme etc.), verändert sie sich während des Gesprächs? Wo widerspricht sich der Gesprächspartner? Was entspricht nicht dem im Unterricht Gelernten?
- Vorsichtiges und höfliches Nachfragen bei Widersprüchen
- Einhalten des Zeitrahmens

#### 3. beurteilen

- Anhören/Ansehen der Aufzeichnungen des Gesprächs
- Gemeinsame Aussprache über den Inhalt des Gesprächs und über das Auftreten des Zeitzeugen/der Zeitzeugin; Abgleichen mit den Erwartungen vor dem Gespräch
- Einbetten in den historischen Kontext; welche Gemeinsamkeiten, Ergänzungen und Widersprüche zum Unterrichtsstoff bzw. zu anderen Darstellungen können festgestellt werden (Faktencheck)?
- Vor einer öffentlichen Präsentation: Aufzeichnung bzw. Zusammenfassung des Interviews der Zeitzeugin bzw. dem Zeitzeugen zur Überprüfung vorlegen
- Präsentation der Ergebnisse (z. B. Artikel in der Lokal- oder Schülerzeitung, Webseite der Schule, Ausstellung)

## Aufbau einer Argumentation in Klausuren

### Allgemeine Hinweise

- Legen Sie sich einen groben Zeitplan zurecht (orientieren Sie sich dabei an der Zahl der für die Einzelaufgaben ausgewiesene Zahl der Bewertungseinheiten) und halten Sie diesen Zeitplan nach Möglichkeit ein.
- Lesen und analysieren Sie genau, was die Aufgabenstellung von Ihnen fordert.
- Beginnen Sie, insbesondere bei komplexen und umfangreicheren Aufgaben, nicht planlos, sondern überlegen Sie, in welche Schritte bzw. Abschnitte Sie Ihre Lösung gliedern.

1

### Die Analyse der Aufgabenstellung

- **Operatoren** geben Hinweise darauf, ob etwas nur kurz genannt, erklärt, genauer ausgeführt, weitergedacht, beurteilt etc. werden soll. Das durch Operatoren definierte Anforderungsniveau zu unterschreiten hat Abzug von Bewertungseinheiten zur Folge, es zu überschreiten kostet unnötig Zeit.
- Überprüfen Sie, ob Ihre Ausführungen ausschließlich auf der Analyse von beigefügten **Materialien** beruhen soll oder ob Sie Unterrichtswissen einbringen müssen.
- Beachten Sie genau die **geforderten Inhalte!** Wenn Wissen aus dem Unterricht abgefragt wird,
  - erinnern Sie sich, ob es eine Unterrichtsstunde zu diesem Thema gegeben hat (eher Niveau I);
  - überlegen Sie, ob man auch noch Inhalte aus anderen Stunden unter dieses Thema subsumieren könnte! Dies ist gerade bei Niveau II und III sehr wahrscheinlich.
- Beachten Sie den **Zuschnitt der Frage!** Wenn Sie eine Unterrichtsstunde als Wissensbasis identifiziert haben, heißt das noch nicht, dass Sie Gelerntes einfach „abspulen“ sollen. Vielleicht wird ja nur ein Teil davon gefragt – und alles Weitere nicht gewertet!
- Machen Sie sich eine Art Schreibplan (das muss nicht schriftlich sein!) und lassen Sie sich dabei von der Aufgabenstellung führen! Diese gibt Ihnen in der Regel die Argumentation bereits vor.

### Beispiel 1: Klassische Textquellen-Analyse mit Erörterungsauftrag



### Beispiel 2: Situative Einbettung einer Materialanalyse und Erörterung

Sie/Ihr Geschichtskurs/ Ihre Jahrgangsstufe recherchieren für	situative Einbettung (Praxisrelevanz historischen Wissens)
eine Broschüre, eine Schulausstellung, eine digitale Pinnwand zum Thema ...	unterschiedliche Formate, jedoch (unabhängig vom inhaltlichen Thema) mit einigen Gemeinsamkeiten: <ul style="list-style-type: none"> <li>• an ein Publikum gerichtet,</li> <li>• informiert und soll gleichzeitig Interesse für ein Thema wecken.</li> <li>• beigefügtes Material soll einen ganzen Themenkomplex repräsentieren – es muss also gleichzeitig aussagekräftig, thematisch umfassend und interessant sein.</li> </ul>

Bei der Recherche stoßen Sie auf folgende <b>Bild-/Textquelle</b> .	Materialien können – unabhängig davon, welcher Quellengattung sie angehören – darauf überprüft werden, ob: <ul style="list-style-type: none"> <li>• sie interessant oder emotional ansprechend sind,</li> <li>• eine einseitige Position oder Perspektive einnehmen,</li> <li>• in welchem Umfang sie das Thema der Präsentation abdecken (einer, mehrere, viele oder alle Aspekte oder nur ein Randproblem).</li> </ul> <p>► Aufgabe: Argumente für und gegen den Einsatz des Materials für den <b>beabsichtigten Zweck</b> finden und darstellen.</p>
a) <b>Erarbeiten</b> Sie Thema, Kernaussage und Wirkungsabsicht!	klassische Material-Interpretation: <b>Analyse und Interpretation</b> des Materials
b) <b>Überprüfen/erörtern</b> Sie, <b>inwieweit/ob</b> das Material als <b>Titelbild/zentrale Quelle/Veranschaulichung für das vorgegebene Präsentations-Format</b> geeignet ist!	Niveau III: <b>eigenständige Beurteilung</b> . „Inwieweit“ ermöglicht, „ob“ erzwingt eine dialektische Erörterung. Möglichkeit „ob“ nicht vor schnell ausschließen, da sonst die Hälfte der Argumente fehlt. Diskussion prinzipiell ergebnisoffen, doch Entscheidung für oder gegen das Material wird erwartet. Die Argumente sollten das Format der Präsentation und sein Publikum ebenso berücksichtigen wie den durch das Material abgedeckten Themenausschnitt oder gar Fragen der Reproduktion („Das Bild ist für eine PPP zu dunkel.“).

2

### Die Vorbereitung der schriftlichen Ausarbeitung

Sofern eine Aufgabe die Analyse und Interpretation eines Materials verlangt, muss dieses zunächst genau untersucht werden. Methodische Hinweise zu den in Prüfungen häufigsten Quellengattungen – Karikaturen, Textquellen sowie Statistiken bzw. Diagramme – finden Sie auf den folgenden Seiten.

Schriftliche Notizen zu Aufgabenteilen bieten sich in den folgenden Fällen an:

- Wenn ein Vergleich gefordert ist, müssen Kriterien für den Vergleich gefunden werden, sofern diese nicht vorgegeben sind. Anschließend kann man die entsprechenden Informationen aus den Materialien einander gegenüberstellen. Das muss nicht zwangsläufig in Form einer Tabelle geschehen. Wichtig ist es aber, die Vergleichskriterien im Blick zu behalten und abzuarbeiten.

Vorschlag für die in Beispiel 1 genannte Aufgabe

- Wenn eine Erörterung verlangt ist, empfiehlt sich auf einem Konzeptblatt eine Grobgliederung, bei einer dialektischen Gegenüberstellung in Spalten. Sinnvoll ist es, Spalten nicht einfach mit „Pro“ oder „Contra“ zu beschriften, sondern eine klare These und Antithese zu formulieren.

Vorschlag für die im Beispiel 2 genannte Aufgabe



3

### Die schriftliche Ausarbeitung der Argumentation

- Überlegen Sie sich einen **prägnanten ersten Satz**, der Teile der Aufgabenstellung aufgreift und sofort zum **Punkt kommt**.

Vorschlag für Beispiel „Klassische Textquellen-Analyse mit Erörterungsauftrag“:  
„Autor A sieht als die Ursachen der Frauenarbeit ...“

- Arbeiten Sie entlang Ihrer Notizen oder der vorüberlegten Struktur alle Teile der Aufgabenstellung ab.
- **Überprüfen** Sie immer wieder anhand der **Aufgabenstellung**, ob Sie noch in der argumentativen Spur sind bzw. nichts vergessen.

## Hinweise zu einer Materialanalyse in schriftlichen Prüfungen

1

Bei der Analyse von Materialien (Schriftquellen, Bildern, Diagrammen, Statistiken, Karten usw.) hat sich folgende Reihenfolge von Arbeitsschritten bewährt:

### Vorarbeit Beschreibung (Anforderungsniveau I):

Wahrnehmung des Materials samt Überschrift und Symbolen; Suche nach Auffälligem; stummes Verbalisieren und ggf. Notizen. Lassen Sie sich, um alles Wesentliche erfassen zu können, Zeit.

### Vorarbeit Analyse (Anforderungsniveau II):

In den Details Strukturen, Themen, Teil-Bedeutungen zu finden; Wichtiges, insbesondere Elemente, die für eine Antwort auf eine Aufgabenstellung verwendet werden können, markieren und/oder beschriften, ggf. Bild- oder Grafikelemente verbalisieren.

### Vorarbeit Interpretation (Anforderungsniveau III):

Detail-Erkenntnisse zu einem Gesamtverständnis zusammenfügen; Aussagekern des Materials mündlich (oder stichpunktartig schriftlich) formulieren, er kann als These und damit als erster Satz in der Ausarbeitung verwendet werden und vor dem historischen Hintergrund deuten!

### Hinterfragung (Anforderungsniveau III):

Dieser Schritt muss nur vollzogen werden, wenn er wird explizit verlangt (z. B. ob sich ein Material für eine Präsentation eignet, ob die Position des Autors schlüssig, vollständig ist).

2

### Schriftliche Ausarbeitung der Argumentation

Die Aufgabenstellung lautet meist: „Analysieren und interpretieren Sie ...!“  
Beginnen Sie daher nicht mit einer bloßen detaillierten und zeitraubenden Beschreibung oder Inhaltsangabe. Wandeln Sie vielmehr die Ergebnisse der Vorarbeit in Beweise einer Argumentation um nach der aus Erörterungen im Fach Deutsch bekannten Abfolge These – Argumente – Beispiele.

#### Schriftliche Ausarbeitung Kern- oder Basissatz:

Beginnen Sie mit einem Einleitungssatz wie bei einer Inhaltsangabe. Er sollte enthalten:

- Basisinformationen: Art des Materials, Überschrift, Autor oder Künstler, Entstehungsjahr und -zusammenhang, Beschriftungen der x- und y-Achsen etc.
- Aussagekern des Materials als These formuliert.

#### Schriftliche Ausarbeitung der Analyse:

Wenn Sie bereits den ersten Satz mit einer These beginnen – „Das Material zeigt“, „In der Karikatur geht es um ...“, „Der Autor sieht folgende Ursachen für ...“ –, werden alle folgenden Ausführungen zu Argumenten, die Sie durch Belege oder Beispiele untermauern können.

Gehen Sie dabei nach einer Ordnung vor, die entweder durch die Aufgabenstellung vorgegeben wird oder die sich selbst zurechtgelegt haben.

#### Schriftliche Ausarbeitung der Interpretation:

Fassen Sie alle Detailergebnisse zu einer Gesamtdeutung zusammen und stellen Sie diese in einen größeren Erkenntnisrahmen (z. B. Einordnung des Materials in den historischen Zusammenhang). Die Interpretation geht über die These im Einleitungssatz hinaus.

## Analyse von Statistiken und Diagrammen

1

### Hilfen für die Analyse

- **Wahrnehmung/Beschreibung:** Jedes Detail kann Bedeutung tragen, z. B. Überschrift: informiert, was überhaupt dargestellt wird: z. B. Thema, Maßeinheiten, Erhebungsort und- zeitraum etc.
- **Beschriftung von x- und y-Achsen:** Maßeinheiten werden oft in der Überschrift genannt.
- **Maßangaben:** absolute Zahlen (= Mengenangaben), relative Zahlen (= Prozent) oder Indexzahlen (ausgehend von der Basiszahl 100)
- **Jahresabstände:** nicht immer in gleichmäßigen Schritten angegeben; ein Zeitsprung verändert jedoch die Interpretation der Entwicklung der Werte.
- **Art des Diagramms, die Erklärung für die verschiedenen Farben und Formen:** Was stellt was dar? **Je nach Statistik oder Diagramm individuell:** Schauen Sie jede einzelne Zahl sowie ihre Veränderung zur vorangegangenen oder zu parallelen genau an!

### Analyse:

**gelenkter Blick auf aussagekräftige Teilelemente, Erkennen von Mustern, Beziehungen und auffälligen Strukturen.**

Besonders relevant sind:

- Verhältnis von Ausgangs- und Endwert: Grad der Zu- oder Abnahme (z. B. verdoppelt, halbiert, um das Zweieinhalbfache gestiegen, nur noch ein Drittel so hoch ...)
- Datenverlauf: stetig oder schwankend; Phasen starker Veränderung, Plateaus, Maxima, Minima – wann und in welchem Bereich; erkennbare Trends
- Bei mehreren Datenreihen/einer Tabelle mit mehreren Spalten: Wie verhalten sich die jeweiligen Ausgangspunkte zueinander? Wer ist anfangs „der Beste“, (wann) wird er von wem „überholt“? Hat sich das Ranking am Ende verändert?

### Interpretation:

Gesamtaussage einer Statistik oder eines Diagramms und Erklärung der Aussage abhängig von der jeweiligen Aufgabenstellung:

- Zusammenfassung oder Problematisierung der Kernaussage
- Darstellung der **Gründe** für eine erkennbare Entwicklung
- nur selten kritische Beurteilung (Zweck der Darstellung, evtl. fehlende Informationen, Belege für Manipulation ...)

2

### Beispiele für mögliche Fehlerquellen in einer Statistik-/Diagramm-Analyse

- Ein Bilddetail wird ignoriert.
- Beschriftungen werden ignoriert oder falsch gedeutet.
- Zusatzinformationen werden ignoriert, Bildelemente nicht gründlich analysiert. Die Komplexität eines Diagramms wird unterschätzt.



## Analyse und Interpretation einer Textquelle samt Erörterungsauftrag

Die Textquelle zu den Beispielen finden Sie auf S. 253.

1

### Grundsätzliches

Eine typische Aufgabenstellung besteht aus zwei Teilen:

- Aufgabe a) Quellenanalyse und -interpretation (Anforderungsniveau II, Reorganisation und Anwendung von Wissen).
- Aufgabe b) Vergleichs-/Transfer-/Beurteilungsaufgabe an (Anforderungsniveau III). Für diese Erörterung ist eine genaue Kenntnis der Textquelle erforderlich: versteht man den Text falsch, wird die Argumentation schief, und hat man viele der relevanten Textaussagen übersehen, fehlen Anknüpfungspunkte für die eigene Argumentation.

Beispiel:

- a) *Erarbeiten Sie aus Bundeskanzler Adenauers erster Regierungserklärung (= Textquelle) seine Einschätzung der Situation der neu gegründeten BRD sowie der Chancen einer Wiedervereinigung!*
- b) *Vergleichen Sie sie mit der Situation vor der Gründung der BRD.  
oder  
Beurteilen Sie kritisch Adenauers „feste Überzeugung“, die Teilung Deutschlands werde „wieder verschwinden“!  
(= eigenständige dialektische Beurteilung)*

2

### Vorgehensweise bei einer Text-/Quellenanalyse in einer schriftlichen Arbeit

#### 1. Vorbereitung

##### a) Analyse der Aufgabenstellung

- Analysieren Sie die Teilaufgaben a) und b) gemeinsam, um nicht später in Teilaufgabe a) etwas auszuführen, das erst in Teilaufgabe b) bewertet wird.
- Vergewissern Sie sich, was die Operatoren verlangen und auf welcher Informationsbasis Sie welche Erörterungs- oder Beurteilungsaufgabe lösen sollen.
- Markieren Sie die Kernbegriffe der Aufgabenstellung einer jeden Teilaufgabe mit einer eigenen Stiftfarbe, die Sie auch später bei der Untersuchung der Quelle weiterbenutzen.
- Die Reihenfolge der Teil-Arbeitsaufträge gibt in der Regel eine sinnvolle Struktur der Ausarbeitung vor.

##### b) Aktivierung des Gelernten

Das in Aufgabe b) angesprochene Thema – hier: Die Situation der BRD 1949 und in der Zeit davor – wird als bekannt vorausgesetzt. Rekapitulieren und reorganisieren Sie relevante Themen und Inhalte, die im Unterricht behandelt wurden.

*Hier z. B. Vorgeschichte der Gründung der BRD, Grad ihrer Souveränität, im Staatsaufbau verwirklichte Ideale, Aspekte der Teilung Deutschlands etc.*

##### c) Gesteuertes Lesen des Textes

- Markieren: Benutzen Sie so viele Farben zum Markieren wie Sie Unterthemen gefunden haben, und markieren Sie nur wirklich Wichtiges. Effizientes Vorgehen: Gliedern Sie den Text in Sinnabschnitte, notieren Sie am Rand stichpunktartig den zentralen Inhalt bzw. die zentrale Aussage von Abschnitten und umranden Sie Schlüsselwörter.
- Wenn sich Aufgabe b) auf einen neuen Themenschwerpunkt bezieht: Untersuchen Sie dafür erneut die Quelle und benutzen Sie beim Markieren eine neue Farbe.

## 2. Schreiben der schriftlichen Aufgabe

- Achten Sie darauf, dass Sie das Thema einhalten und dass ein logischer Gedankengang entsteht.
- Schreiben Sie mit Bedacht, prägnant (das Wesentliche) und präzise (Fachbegriffe verwenden).
- Behalten Sie die Reihenfolge der Aufgabenstellung bei: erst a), dann b).

### a) Quellenanalyse und -interpretation

- Beschränken Sie sich nicht darauf, nur den „Kernsatz“ der Quelle wiederzugeben – schreiben Sie aber auch keine ausführliche Inhaltsangabe, sondern geben Sie die zentralen Inhalte und den Gedankengang der Quelle wieder.
- Gehen Sie in Ihrem ersten Satz von der Aufgabenstellung aus und formulieren Sie in ihm bereitseine Aussage über den Text. Hier: „*Bundeskanzler Adenauer schätzt in seiner ersten Regierungserklärung 1949 die Situation der BRD als ... ein.*“
- Strukturieren Sie Ihre Ausführungen klar und nehmen Sie keine Aspekte der Teilaufgabe b) vorweg.
- Bemühen Sie sich um eigenständige Formulierungen, verwenden Sie wörtliche Zitate nur, wenn sie besonders wichtig sind und belegen Sie Ihre Ausführungen durch indirekte Zitate wie z. B.: vgl. Z. 14, vgl. Z. 14 f., vgl. Z. 14–16.

### b) Vergleiche

- Entwickeln Sie für den Vergleich abstrakte, übergeordnete Vergleichskriterien.
- Arbeiten Sie im Vergleich deutlich heraus, worin die verglichenen Positionen identisch sind, sich ähneln, voneinander abweichen.
- Belassen Sie es nicht bei allgemeinen Andeutungen wie „*Anders als in der SBZ ...*“, „*Schumacher meint ebenso wie Adenauer, dass ...*“, sondern belegen Sie solche Aussagen mit konkreten Beispielen.

### c) Erörterungsfrage

- Überprüfen Sie, ob die Operatoren eine dialektische Erörterung verlangen (z. B. „Erörtern Sie, ob“, „kritisch“).
- Erwägen Sie auch, ob Sie nicht auch Arbeitsaufträge wie „Nehmen Sie Stellung zu ...“ dialektisch aufbauen können. Es finden sich dann u. U. doppelt so viele Argumente.
- Grundlage der Erörterung sind Aussagen im Quellentext. Arbeiten Sie diese vollständig heraus, damit auch die folgende Erörterung vollständig sein kann.
- Wiederholen Sie nicht Ihre Textanalyse und -interpretation, sondern konzentrieren Sie sich auf die durch die Themenstellung fokussierte These/Position des Autors und setzen Sie sich mit ihr auseinander.
- Greifen Sie in der Einleitung die Erörterungsfrage möglichst wörtlich auf, um keine Themaverfehlung zu riskieren.
- Führen Sie Argumente aus, indem Sie diese erläutern, begründen, mit Beispielen belegen. Auf ein Argument wie: „*Adenauer berücksichtigt bei seiner Zuversicht hinsichtlich der Wiedervereinigung nicht die Sowjetunion*“ sollte ein (Neben-)Satz folgen wie z. B. „... da/indem ...“

## Personenregister

**A**dler, Sharon 153f.  
Aelfred der Große 16  
Althoff, Gerd 19  
Assmann, Aleida 13

**B**aeck, Leo 107  
Ballis, Anja 53  
Baumann, Lutz 63  
Bechhaus-Gerst, Marianne 32  
Behn, Fritz 32  
Bergmann, Katharina 113f.  
Bertinas, Arno 35  
Biner, Selahattin 140  
Bismarck, Otto von 28f.  
Bodemann, Y. Michal 46  
Boie, Kirsten 24  
Bothe, Alina 53  
Brandt, Henry 153  
Brandt, Willy 61  
Brinkmann, Tobias 101  
Buddrus, Michael 62  
Bülow, Bernhard von 29

**C**alic, Marie-Janine 158  
Calvin, Jean 74  
Christian Ernst von Brandenburg-Bayreuth 70, 78, 82f.

**D**annecker, Theodor 111  
Demnig, Gunter 47  
Deusel, Antje Yael 153  
Dregger, Alfred 146  
du Cros, Joseph August 79

**E**ichinger, Maria 134  
Eisenman, Peter 44  
Eisner, Kurt 48  
El, Eugen 152  
Endres, Rudolf 83  
Eryilmaz, Aytaç 139

**F**aist, Thomas 163  
Florey, Gerhard 90f.  
Frick, Wilhelm 111  
Friedrich I. Barbarossa 15  
Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 84, 92

**G**eingob, Hage 37  
Gerhard, Nikolaus 100  
Gerstel, Else 112  
Glauning, Christine 122

Goeke, Pascal 157  
Gorbatschow, Michail S. 151, 170  
Görgen, Andreas 35  
Grass, Günter 135  
Gregor VII. 20  
Grüner, Frank 151  
Gutter, Pinchas 53

**H**abermas, Rebekka 34  
Häger, Monika 64  
Halbwachs, Maurice 13  
Harris, Paul A. 151  
Haßfurther, Matthäus 100  
Haverbeck, Ursula 58  
Heidenreich, Elke 47f.  
Heinrich IV. (römisch-deutscher Kaiser) 20  
Heinrich IV. von Frankreich 79, 169  
Heinze, Carl 17  
Hennecke, Catrin 63f.  
Hennecke, Dieter 63  
Herzog, Roman 46  
Heydrich, Reinhard 115  
Hermann, Éva 54  
Himmel, Heinrich 124  
Hindenburg, Paul von 40f., 168  
Hitler, Adolf 40f., 46, 57, 107, 116, 146, 167f., 170

**I**oakimidou, Katerina 141

**J**ahn, Roland 68  
Jähn, Sigmund 61

**K**aminer, Wladimir 149  
Kaplan, Marion A. 112  
Karl der Große 168  
Karl V. 166  
Karšai, Ján 117  
Katjiua, Mutjinde 36f.  
Kießling, Rolf 153  
Kludt, Erich 146  
Knobloch, Charlotte 48, 153  
Knopp, Guido 62  
Kochavi, Mati 54  
Kohl, Helmut 60  
Kommer, Sven 23  
Konradin von Staufen 15  
Konrad IV. 15  
Koselleck, Reinhart 55  
Kossert, Andreas 135  
Krämer, Friedrich August 102  
Krauss, Marita 100

**L**ai Mohammed, Alhaji 35  
Lasker-Wallfisch, Anita 46  
Leopold Anton von Firmian 84, 86f.  
Leo X. 74  
Leperc, Jacques 123  
Levinger, Hildegard 114  
Lüderitz, Adolf 33  
Ludwig XIV. von Frankreich 76–80, 169  
Luther, Martin 74f., 79, 84, 169

**M**arr, Wilhelm 165  
Masny, Stanislaw 122  
Max (II.) Emanuel (Kurfürst von Bayern) 76  
Mengele, Josef 54, 117  
Migault, Jean 82  
Milošević, Slobodan 157  
Molitor, Stephan 102  
Müller, Harald 27

**N**achtigal, Gustav 33  
Naor, Abba 52f.  
Naumann, Siegfried 115  
Neitzel, Sönke 62f.  
Niggemann, Ulrich 87, 100  
Nussbaum, Felix 163

**Ö**ren, Aras 138  
Otto I., der Große 8, 19–21, 20, 166, 168

**P**anagiotidis, Jannis 148  
Papen, Franz von 40  
Peters, Carl 33  
Püschel, Hans 58

**R**athenow, Lutz 68  
Riruako, Kuaima 36  
Romanus, Aegidius 22  
Roth, Bernd 68f.  
Rudolph, Harriet 88f.

**S**amuel, Anna 115  
Schaitberger, Joseph 87  
Schilling, Heinz 87  
Schnitzler, Karl Eduard von 64  
Schröder, Gerhard 45  
Schubert-Christaller, Else 115  
Simek, Rudolf 17  
Sparschuh, Olga 138  
Stalin, Josef W. 61

MUSTER

Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 168  
 Steinmeier, Frank-Walter 47  
 Strauss, Levi 95  
 Subotić, Neven 159  
 Südbeck, Anne 26

**T**aegner, Ingrid 8, 63  
 Thierse, Wolfgang 45  
 Tolkien, John Ronald Reuel 27  
 Trotha, Lothar von 9, 33, 36, 67

**U**de, Christian 48  
 Umlauf, Eva 116f.

**W**anderer, Friedrich Wilhelm 70  
 Weinhardt, Hans 98f.  
 Weinhardt, William J. 98f.  
 Weizsäcker, Richard von 60  
 Welzer, Harald 62  
 Wilhelm, Cornelia 101  
 Wilhelm II. (Deutscher Kaiser) 28  
 Wissmann, Hermann von 33  
 Witte, Leticia 53  
 Witt, Katarina 65  
 Woltze, Berthold 100

**Z**elener, Greta 153f.  
 Zeytinoglu, Mahir 140  
 Zwingly, Ulrich 74

## Sachwortregister

**A**blasshandel 75  
 Absolutismus 76–85, 164, **165**, 169  
 Adel, Adlige 14–16, 79, 164, **165**  
 Afrika 30  
 Amerika 24  
 Antisemitismus 45, 47, 55, 57,  
 104–117, 119, 150f., 164, **165**, 170  
 Archäologie 17  
 „Arisierung“ 105, 107, 112f.  
 Askari-Relief 38  
 Asyl 170  
 Aufklärung 27  
 Augsburg 84, 86, 88f., 91, 93, 103,  
 114, 150  
 Augsburger Religionsfriede 75, 84  
 Auschwitz, Auschwitz-Birkenau ▶  
 Konzentrations- und Vernich-  
 tungslager 43, 45, 54, 105, 109,  
 116f.  
 Authentizität 17, 23, 26, 186

**B**amberg 81, 86, 117, 150, 153  
 Bauern 17, 25f.  
 Bauernbefreiung 92  
 Belgien 96  
 Benin 35  
 Benin-Bronzen 35  
 Berlin 97  
 Bevölkerungswachstum 92, 103  
 Bibel 74  
 Binnenwanderungen ▶ Migration  
 94, 97, 103  
 Bosnien-Herzegowina 155f., 158  
 Bremen 97  
 Bund der Vertriebenen ▶ Vertriebe-  
 nenverbände 127  
 Bundesrepublik Deutschland 32,  
 36f., 60f., 63f., 120, 130, 142  
 Bundesvertriebenengesetz 142  
 Bundeswehr 38  
 Burg 23, 27  
 Bürger 16, 164, 170  
 Bürgertum 94  
 Burg Herzberg 33  
 Bürgerschaft 102  
 Calvinismus, Calvinisten ▶ Refor-  
 mierte Konfession 74  
 Charenton 77  
 China 30, 56, 168  
 Computerspiel 16, 18

**D**DR ▶ Deutsche Demokratische  
 Republik  
 Denkmäler 32  
 Denkmal für die ermordeten Juden  
 Europas 8, 42, 44f., 55  
 Deutsche Demokratische Republik  
 11, 13, 30, 38, 43, 45, 60–65, 68f.,  
 130, 149  
 Deutscher Bund 96  
 Deutscher Zollverein 92  
 Deutsches Kaiserreich 30, 32, 36,  
 38, 164, **165**, 168  
 Deutsches Reich ▶ Deutsches  
 Kaiserreich 30  
 Deutsche Teilung 60  
 Deutsch-Ostafrika 33  
 Deutsch-Südwestafrika ▶ Namibia  
 32, 36  
 „Displaced Persons“ (DPs) 126  
 DNVP 41  
 Dreißigjähriger Krieg 75, 169  
 Durchgangslager 132, 142

**E**go-Dokumente 98f., 174  
 Entkolonialisierung 30, 164, **165**,  
 168  
 Erinnerung  
 – Erinnerungsformen 42  
 – Erinnerungskultur 13, 43, 89  
 – Erinnerungsorte 32, 42  
 „Erinnerung, Verantwortung und  
 Zukunft“ (EVZ) 120  
 Erlangen 70, 81, 83, 102, 150, 153  
 „Ermächtigungsgesetz“ 41  
 Erster Weltkrieg 30, 32, 168  
 Ethnologie 35  
 EU (Europäische Union) 158  
 Europäisches Parlament 46  
 Europäische Union ▶ EU 158  
 Evangelisch-lutherische Konfession  
 74f., 79, 84–89  
 „eva.stories“ 42, 54

**F**lossenbürg 125  
 Flucht und Vertreibung ▶ Migra-  
 tion 85f., 126–135, 137, 142, 160,  
 164f., 170  
 Frankfurter Wachensturm 102  
 Frankreich 74, 76–83, 96, 119, 121  
 Französische Revolution 94  
 Friedland 142  
 Fürth 103, 117, 153, 155

**G**askammern 43, 54, 57  
 „Gastarbeiter“ und „Gastarbeit-  
 erinnen“ 70f., 73, 126, 136–141, 156,  
 160f., 164, **165**, 170  
 Gedächtnis 53  
 – individuelles 10, 12, 66  
 – kollektives 10, 12f., 45, 66  
 „Gedächtnis der Nation“ (Online-  
 Zeitzeugenarchiv) 62  
 Gedenkstätten 53, 55  
 Gedenktag an die Opfer des Natio-  
 nalsozialismus und den Holo-  
 caust 42, 45  
 Gedenktag für die Opfer des Holo-  
 caust 42, 46  
 Genozid ▶ Völkermord 36  
 Georgia 85  
 Geschichtsdokumentation 8, 19f.  
 Geschichtsrevisionismus ▶ Revisio-  
 nismus 56  
 Gewerbefreiheit 94  
 Ghettos 54, 104, 109, 121, 164, **165**

- Glasnost und Perestroika 143, 170  
 Griechenland 138, 141  
 Großbritannien 96, 108, 115  
 Grundherrschaft 26, 93f.  
 Grundlagenvertrag 60, 168  
 Guerillakrieg 36
- H**  
 Hamburg 97  
 Handel 101  
 Händler 22  
 Hegemonie 77  
 Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation ▶ Deutsches Kaiserreich 26, 30, 78f., 84, 91  
 Heimatvertriebene ▶ Flucht und Vertreibung 73, 126  
 Herero 33, 36  
 Herzog 17  
 Hexenverfolgung 27  
 „Historikerstreit“ 1986/87 43  
 Hof 153  
 Höfische Kultur 14  
 Holocaust-Leugnung 11, 56–59  
 Holocaust/Shoa 11f., 42–59, 104f., 164, **165**, 170  
 „Holocaust“ (US-amerikanische Fernsehserie) 43  
 Hologramme 53  
 Hörigkeit 26  
 Hugenotten 70–72, 77–83
- I**  
 Imperialismus ▶ Kolonialismus 30, 56  
 Individuelles ▶ Gedächtnis  
 Industrialisierung 96f., 100, 103, 164, **166**, 169  
 Integration 71, 80, 130, 135, 144, 151f., 161  
 Internationale Strafgerichtshof (in Den Haag) 158  
 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 57  
 Israel 146, 151f.  
 Italien 119, 121, 138
- J**  
 Japan 30, 56  
 Juden 42f., 95, 101  
 „Judenhäuser“ 104, 108  
 „Judensiedlungen“ 108  
 „Judenstern“ 105  
 Jüdische Kontingentflüchtlinge 126f., 149–154, 170
- Jugendweihe 64  
 Jugoslawien 126f., 136, 143, 155–159, 170
- K**  
 Kaiser 14, 16, 164, **166**  
 Kalter Krieg 126, 143, 149, 170  
 Kinderarbeit 93  
 Kinderbuch 24  
 Kirche 26f., 69, 101  
 Klerus 15  
 Kollektiv 13, 65  
 Kollektives ▶ Gedächtnis  
 Kollektivschuld 43  
 Kolonial-Ehrenmal 32  
 Kolonialgeschichte 30–39  
 Kolonialismus 10  
 Kolonien 77, 168  
 Kommunismus, Kommunisten 43, 93  
 Konfessionalisierung 74  
 Konfessionen 74, 77  
 Konfessionsmigration 78, 84, 88  
 König 14, 71–73, 154, **166**  
 Kolonialisations- und Vernichtungs-  
 Migration 47, 54, 105, 109, 116f., 119,  
 121, 125, 129, 164, **166**  
 Kosovo 155  
 Kreuzzug 27  
 Kriegsflüchtlinge 126f., 155–158  
 Kriegsgefangene 42f., 104  
 Kroatien 155  
 Kurfürsten 14  
 Kyffhäuser-Denkmal 15
- L**  
 Landsmannschaften ▶ Vertriebenenverbände 130  
 „Lastenausgleich“ 130  
 Lebensraumideologie 30, 119  
 Lediz (Lernen mit digitalen Zeugnissen) 52f.  
 Lehnswesen 26  
 Leibeigenschaft 26, 93  
 Litauen 85  
 Living-History 23
- „M**  
 „Machtergreifung“ ▶ Machtübertragung 41  
 Machtübernahme 46, 107  
 Machtübertragung 41  
 Manufakturen 77, 83  
 Markgrafentum Brandenburg-Bayreuth 78–83
- Massengesellschaft 27  
 Matrikelverzeichnis 101  
 Mauerbau 60, 164, **166**  
 Mauerfall 60  
 Memmingen 85  
 Menschen- und Bürgerrechte 78, 92, 155f., 160, **166**  
 Merkantilismus 77  
 Migration 164, **166**  
 – Arbeitsmigration 126, 136–141  
 – Aussiedlermigration 144, 146  
 – Binnenwanderungen 97, 103  
 – Flucht und Vertreibung 85, 126, 135, 137, 142, 164, **165**, 170  
 – Gewaltmigration 106  
 – Konfessionsmigration 78, 87  
 – Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge 155–159  
 – religiös motivierte Migration 78  
 – Transatlantik-Migration 94–102  
 militärischer Widerstand 40, 168  
 Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 63, 68f.  
 Mittelalter 10, 14–27, 87, 164, **167**  
 Mittelalterfest 21f., 27  
 Mittelaltermarkt 21–23, 27  
 Mittelalterrezeption 16  
 Montenegro 155  
 München 81, 93, 102f., 113f., 116f., 119, 122–125, 132, 140f., 150, 153f., 161  
 Mythos 17, 101
- N**  
 Nabburg 21  
 Nama 36f.  
 Namibia 32, 36f.  
 Nation 13, 58, 144  
 Nationalsozialismus 13, 30, 33, 38, 40–59, 128, 142, 164, **167**, 168  
 Neuaubing 125  
 Neuzeit 84, 87, **167**, 169  
 Nigeria 35  
 Nischengesellschaft 13  
 Nordmazedonien 155  
 Nováky 116  
 Novemberpogrome 40, 46, 105, 108–110, 115, 168, 170  
 NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ▶ Nationalsozialismus 40

- Nürnberg 84–87, 91, 103, 117, 139, 150, 153, 155  
 „Nürnberger Gesetze“ 40, 104, 164, 167, 170
- O**berschleißheim 76  
 Omaheke-Wüste 36  
 Osterweiterung der EU 126  
 Ostpreußen 85, 129, 131
- P**alästina 108  
 Papst 14, 87  
 Papsttum 14, 20  
 Pauperismus 93  
 Petersburger Konvention 37  
 Pfalz 95  
 Planwirtschaft 60, 164, 167  
 Polen 42, 108f., 119, 121–124, 128f., 133, 143  
 Potsdamer Konferenz 129  
 Prager Fenstersturz 75  
 Proletarier, Proletariat 93
- Q**uellen 12, 17, 21, 62, 90, 164, 167
- R**assismus, rassistisch 18, 45, 47, 106–126, 137, 140, 156  
 Rechtsextremismus/Rechtspopulismus 43, 56–59, 151  
 Reenactment 19  
 Reformation 78–91, 164, 167, 169  
 Reformierte Konfession 74f., 77–83  
 Réfugiés ► Hugenotten 70  
 Regensburg 103, 117, 153  
 „Reichsfluchtsteuer“ 108  
 Reichspogromnacht ► Novemberpogrome 115  
 Reichsstädte 84  
 Reichsvertretung der Deutschen  
 Juden 107  
 Reparationen 37  
 Restitutionen 34  
 Revisionismus 11  
 Revolution von 1848/49 92, 94, 96, 102, 169  
 Ritter 23–25  
 Ritterspiele 23  
 Romantik 27  
 Rote Armee 45  
 Rumänien 143  
 „Russlanddeutsche“ 126f., 142–148  
 Russland, russisch 119, 121, 124, 146f., 153
- S**alzburg 169  
 „Salzburger Exulanten“ 78, 84–91  
 Salzburg (Erzbistum) 84–91  
 Schlesien 129, 131, 133  
 Schweiz 79, 96  
 Serbien 155  
 Sered' 116  
 Shoa ► Holocaust/Shoa 11f.  
 Sinti und Roma 42, 48, 104, 119  
 Slowakei 116  
 Slowenien 155  
 Social Media ► Soziale Medien 56–59, 66  
 „Soforthilfegesetz“ 130  
 Sowjetunion, sowjetisch 42, 104f., 116, 119–121, 123–126, 128, 142f., 146, 149–152  
 Soziale Frage 96–97, 164, 167, 169  
 Soziale Marktwirtschaft 60  
 Soziale Medien 56–59, 66  
 Sozialismus 63  
 Spätaussiedler, -erinnen und -erinnen 142–148  
 Spielzeugland 42, 49–51  
 „Staatssicherheit“ ► Ministerium für Staatssicherheit 63, 164, 167  
 Städte 26, 32, 97  
 Stände, -wesen 16, 26, 164, 167  
 „Stasi“ ► Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 63  
 Staufer 15f., 168  
 „Stolpersteine“ 42, 47  
 Straßennamen 32  
 Subsistenzwirtschaft 17  
 Sudetenland, Sudetendeutsche 128–132, 131, 134
- T**ag der Deutschen Einheit 60, 168  
 „Tansania-Park“ 38  
 Todesmarsch 116  
 „Topographie des Terrors“ 45  
 Trenčín 117  
 Triftigkeit 12, 186  
 Tschechoslowakei 128f., 133  
 Türkei 136, 138–141  
 Turnier 23
- U**kkraine 118, 124, 153  
 Ulm 85  
 Unabhängigkeit 34  
 Urbanisierung 93, 97, 103
- USA (Vereinigte Staaten von Amerika) 30, 95f., 98, 100f., 108, 156, 158f.
- V**asall 18  
 Versailler Vertrag 30, 164, 167, 168  
 Versailles 76  
 Versöhnungsabkommen 36  
 Vertriebenenstädte, -gemeinden 130  
 Vertriebenenverbände 127, 130  
 Videospiele 27  
 Völkermord 33, 36f., 46, 56, 109, 168  
 „Volksgemeinschaft“ 105, 107, 164, 167  
 Volksverhetzung (Straftatbestand) 58  
 Vyhne 116
- W**annsee-Konferenz 46, 105, 110  
 Wehrmacht 43  
 „Wehrmachtsausstellung“ 43  
 Weiden 153  
 Weimarer Republik 40f., 57  
 Weltwirtschaftskrise 108  
 Westfälischer Friede 75, 84  
 Widerstand 52  
 Wikinger 16f.  
 „Wirtschaftswunder“ 126, 130, 136, 138  
 World Jewish Congress 47  
 Wormser Edikt 75  
 Würzburg 102f., 117, 150
- Z**eichentrickfilm 24  
 Zeitzeugenbefragung/Zeitzeuginnen und Zeitzeugen 11, 42, 46, 52f., 62–65, 68f., 106, 116–118, 124f., 133f., 146f., 153f., 159, 184, 187  
 Zentralrat der Juden 46  
 Zeugen Jehovas 48  
 Zirndorf 155  
 Zünfte 80, 93  
 Zwangsarbeit 118–126., 129, 170  
 Zweiter Weltkrieg 32, 38, 40, 53f., 57, 108, 114, 118f., 126, 142, 158, 168, 170  
 Zyklon B 105

- Glasnost und Perestroika 143, 170  
 Griechenland 138, 141  
 Großbritannien 96, 108, 115  
 Grundherrschaft 26, 93f.  
 Grundlagenvertrag 60, 168  
 Guerillakrieg 36
- H**  
 Hamburg 97  
 Handel 101  
 Händler 22  
 Hegemonie 77  
 Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation ▶ Deutsches Kaiserreich 26, 30, 78f., 84, 91  
 Heimatvertriebene ▶ Flucht und Vertreibung 73, 126  
 Herero 33, 36  
 Herzog 17  
 Hexenverfolgung 27  
 „Historikerstreit“ 1986/87 43  
 Hof 153  
 Höfische Kultur 14  
 Holocaust-Leugnung 11, 56–59  
 Holocaust/Shoa 11f., 42–59, 104f., 164, **165**, 170  
 „Holocaust“ (US-amerikanische Fernsehserie) 43  
 Hologramme 53  
 Hörigkeit 26  
 Hugenotten 70–72, 77–83
- I**  
 Imperialismus ▶ Kolonialismus 30, 56  
 Individuelles ▶ Gedächtnis  
 Industrialisierung 96f., 100, 103, 164, **166**, 169  
 Integration 71, 80, 130, 135, 144, 151f., 161  
 Internationale Strafgerichtshof (in Den Haag) 158  
 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 57  
 Israel 146, 151f.  
 Italien 119, 121, 138
- J**  
 Japan 30, 56  
 Juden 42f., 95, 101  
 „Judenhäuser“ 104, 108  
 „Judensiedlungen“ 108  
 „Judenstern“ 105  
 Jüdische Kontingentflüchtlinge 126f., 149–154, 170
- Jugendweihe 64  
 Jugoslawien 126f., 136, 143, 155–159, 170
- K**  
 Kaiser 14, 16, 164, **166**  
 Kalter Krieg 126, 143, 149, 170  
 Kinderarbeit 93  
 Kinderbuch 24  
 Kirche 26f., 69, 101  
 Klerus 15  
 Kollektiv 13, 65  
 Kollektives ▶ Gedächtnis  
 Kollektivschuld 43  
 Kolonial-Ehrenmal 32  
 Kolonialgeschichte 30–39  
 Kolonialismus 10  
 Kolonien 77, 168  
 Kommunismus, Kommunisten 43, 93  
 Konfessionalisierung 74  
 Konfessionen 74, 77  
 Konfessionsmigration 78, 84, 88  
 König 14, 71–73, 154, **166**  
 Kolonialisations- und Vernichtungs-  
 Migration 94, 105, 109, 116f., 119,  
 121, 125, 129, 164, **166**  
 Kosovo 155  
 Kreuzzug 27  
 Kriegsflüchtlinge 126f., 155–158  
 Kriegsgefangene 42f., 104  
 Kroatien 155  
 Kurfürsten 14  
 Kyffhäuser-Denkmal 15
- L**  
 Landsmannschaften ▶ Vertriebenenverbände 130  
 „Lastenausgleich“ 130  
 Lebensraumideologie 30, 119  
 Lediz (Lernen mit digitalen Zeugnissen) 52f.  
 Lehnswesen 26  
 Leibeigenschaft 26, 93  
 Litauen 85  
 Living-History 23
- „M**  
 „Machtergreifung“ ▶ Machtübertragung 41  
 Machtübernahme 46, 107  
 Machtübertragung 41  
 Manufakturen 77, 83  
 Markgrafentum Brandenburg-Bayreuth 78–83
- Massengesellschaft 27  
 Matrikelverzeichnis 101  
 Mauerbau 60, 164, **166**  
 Mauerfall 60  
 Memmingen 85  
 Menschen- und Bürgerrechte 78, 92, 155f., 160, **166**  
 Merkantilismus 77  
 Migration 164, **166**  
 – Arbeitsmigration 126, 136–141  
 – Aussiedlermigration 144, 146  
 – Binnenwanderungen 97, 103  
 – Flucht und Vertreibung 85, 126, 135, 137, 142, 164, **165**, 170  
 – Gewaltmigration 106  
 – Konfessionsmigration 78, 87  
 – Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge 155–159  
 – religiös motivierte Migration 78  
 – Transatlantik-Migration 94–102  
 militärischer Widerstand 40, 168  
 Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 63, 68f.  
 Mittelalter 10, 14–27, 87, 164, **167**  
 Mittelalterfest 21f., 27  
 Mittelaltermarkt 21–23, 27  
 Mittelalterrezeption 16  
 Montenegro 155  
 München 81, 93, 102f., 113f., 116f., 119, 122–125, 132, 140f., 150, 153f., 161  
 Mythos 17, 101
- N**  
 Nabburg 21  
 Nama 36f.  
 Namibia 32, 36f.  
 Nation 13, 58, 144  
 Nationalsozialismus 13, 30, 33, 38, 40–59, 128, 142, 164, **167**, 168  
 Neuaubing 125  
 Neuzeit 84, 87, **167**, 169  
 Nigeria 35  
 Nischengesellschaft 13  
 Nordmazedonien 155  
 Nováky 116  
 Novemberpogrome 40, 46, 105, 108–110, 115, 168, 170  
 NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ▶ Nationalsozialismus 40



- Nürnberg 84–87, 91, 103, 117, 139, 150, 153, 155  
 „Nürnberger Gesetze“ 40, 104, 164, 167, 170
- O**berschleißheim 76  
 Omaheke-Wüste 36  
 Osterweiterung der EU 126  
 Ostpreußen 85, 129, 131
- P**alästina 108  
 Papst 14, 87  
 Papsttum 14, 20  
 Pauperismus 93  
 Petersburger Konvention 37  
 Pfalz 95  
 Planwirtschaft 60, 164, 167  
 Polen 42, 108f., 119, 121–124, 128f., 133, 143  
 Potsdamer Konferenz 129  
 Prager Fenstersturz 75  
 Proletarier, Proletariat 93
- Q**uellen 12, 17, 21, 62, 90, 164, 167
- R**assismus, rassistisch 18, 45, 47, 106–126, 137, 140, 156  
 Rechtsextremismus/Rechtspopulismus 43, 56–59, 151  
 Reenactment 19  
 Reformation 78–91, 164, 167, 169  
 Reformierte Konfession 74f., 77–83  
 Réfugiés ► Hugenotten 70  
 Regensburg 103, 117, 153  
 „Reichsfluchtsteuer“ 108  
 Reichspogromnacht ► Novemberpogrome 115  
 Reichsstädte 84  
 Reichsvertretung der Deutschen  
 Juden 107  
 Reparationen 37  
 Restitutionen 34  
 Revisionismus 11  
 Revolution von 1848/49 92, 94, 96, 102, 169  
 Ritter 23–25  
 Ritterspiele 23  
 Romantik 27  
 Rote Armee 45  
 Rumänien 143  
 „Russlanddeutsche“ 126f., 142–148  
 Russland, russisch 119, 121, 124, 146f., 153
- S**alzburg 169  
 „Salzburger Exulanten“ 78, 84–91  
 Salzburg (Erzbistum) 84–91  
 Schlesien 129, 131, 133  
 Schweiz 79, 96  
 Serbien 155  
 Sered' 116  
 Shoa ► Holocaust/Shoa 11f.  
 Sinti und Roma 42, 48, 104, 119  
 Slowakei 116  
 Slowenien 155  
 Social Media ► Soziale Medien 56–59, 66  
 „Soforthilfegesetz“ 130  
 Sowjetunion, sowjetisch 42, 104f., 116, 119–121, 123–126, 128, 142f., 146, 149–152  
 Soziale Frage 96–97, 164, 167, 169  
 Soziale Marktwirtschaft 60  
 Soziale Medien 56–59, 66  
 Sozialismus 63  
 Spätaussiedler, -erinnen und -er 142–148  
 Spielmann 10  
 „Spielzeugland“ 42, 49–51  
 „Staatssicherheit“ ► Ministerium für Staatssicherheit 63, 164, 167  
 Städte 26, 32, 97  
 Stände, -wesen 16, 26, 164, 167  
 „Stasi“ ► Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 63  
 Staufer 15f., 168  
 „Stolpersteine“ 42, 47  
 Straßennamen 32  
 Subsistenzwirtschaft 17  
 Sudetenland, Sudetendeutsche 128–132, 131, 134
- T**ag der Deutschen Einheit 60, 168  
 „Tansania-Park“ 38  
 Todesmarsch 116  
 „Topographie des Terrors“ 45  
 Trenčín 117  
 Triftigkeit 12, 186  
 Tschechoslowakei 128f., 133  
 Türkei 136, 138–141  
 Turnier 23
- U**kraine 118, 124, 153  
 Ulm 85  
 Unabhängigkeit 34  
 Urbanisierung 93, 97, 103
- USA (Vereinigte Staaten von Amerika) 30, 95f., 98, 100f., 108, 156, 158f.
- V**asall 18  
 Versailler Vertrag 30, 164, 167, 168  
 Versailles 76  
 Versöhnungsabkommen 36  
 Vertriebenenstädte, -gemeinden 130  
 Vertriebenenverbände 127, 130  
 Videospiel 27  
 Völkermord 33, 36f., 46, 56, 109, 168  
 „Volksgemeinschaft“ 105, 107, 164, 167  
 Volksverhetzung (Straftatbestand) 58  
 Vyhne 116
- W**annsee-Konferenz 46, 105, 110  
 Wehrmacht 43  
 „Wehrmachtsausstellung“ 43  
 Weiden 153  
 Weimarer Republik 40f., 57  
 Weltwirtschaftskrise 108  
 Westfälischer Friede 75, 84  
 Widerstand 52  
 Wikinger 16f.  
 „Wirtschaftswunder“ 126, 130, 136, 138  
 World Jewish Congress 47  
 Wormser Edikt 75  
 Würzburg 102f., 117, 150
- Z**eichentrickfilm 24  
 Zeitzeugenbefragung/Zeitzeuginnen und Zeitzeugen 11, 42, 46, 52f., 62–65, 68f., 106, 116–118, 124f., 133f., 146f., 153f., 159, 184, 187  
 Zentralrat der Juden 46  
 Zeugen Jehovas 48  
 Zirndorf 155  
 Zünfte 80, 93  
 Zwangsarbeit 118–126., 129, 170  
 Zweiter Weltkrieg 32, 38, 40, 53f., 57, 108, 114, 118f., 126, 142, 158, 168, 170  
 Zyklon B 105

- Glasnost und Perestroika 143, 170  
 Griechenland 138, 141  
 Großbritannien 96, 108, 115  
 Grundherrschaft 26, 93f.  
 Grundlagenvertrag 60, 168  
 Guerillakrieg 36
- H**  
 Hamburg 97  
 Handel 101  
 Händler 22  
 Hegemonie 77  
 Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation ▶ Deutsches Kaiserreich 26, 30, 78f., 84, 91  
 Heimatvertriebene ▶ Flucht und Vertreibung 73, 126  
 Herero 33, 36  
 Herzog 17  
 Hexenverfolgung 27  
 „Historikerstreit“ 1986/87 43  
 Hof 153  
 Höfische Kultur 14  
 Holocaust-Leugnung 11, 56–59  
 Holocaust/Shoa 11f., 42–59, 104f., 164, **165**, 170  
 „Holocaust“ (US-amerikanische Fernsehserie) 43  
 Hologramme 53  
 Hörigkeit 26  
 Hugenotten 70–72, 77–83
- I**  
 Imperialismus ▶ Kolonialismus 30, 56  
 Individuelles ▶ Gedächtnis  
 Industrialisierung 96f., 100, 103, 164, **166**, 169  
 Integration 71, 80, 130, 135, 144, 151f., 161  
 Internationale Strafgerichtshof (in Den Haag) 158  
 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 57  
 Israel 146, 151f.  
 Italien 119, 121, 138
- J**  
 Japan 30, 56  
 Juden 42f., 95, 101  
 „Judenhäuser“ 104, 108  
 „Judensiedlungen“ 108  
 „Judenstern“ 105  
 Jüdische Kontingentflüchtlinge 126f., 149–154, 170
- Jugendweihe 64  
 Jugoslawien 126f., 136, 143, 155–159, 170
- K**  
 Kaiser 14, 16, 164, **166**  
 Kalter Krieg 126, 143, 149, 170  
 Kinderarbeit 93  
 Kinderbuch 24  
 Kirche 26f., 69, 101  
 Klerus 15  
 Kollektiv 13, 65  
 Kollektives ▶ Gedächtnis  
 Kollektivschuld 43  
 Kolonial-Ehrenmal 32  
 Kolonialgeschichte 30–39  
 Kolonialismus 10  
 Kolonien 77, 168  
 Kommunismus, Kommunisten 43, 93  
 Konfessionalisierung 74  
 Konfessionen 74, 77  
 Konfessionsmigration 78, 84, 88  
 König 14, 71–73, 154, **166**  
 Kolonialisations- und Vernichtungs-  
 Migration 94, 105, 109, 116f., 119,  
 121, 125, 129, 164, **166**  
 Kosovo 155  
 Kreuzzug 27  
 Kriegsflüchtlinge 126f., 155–158  
 Kriegsgefangene 42f., 104  
 Kroatien 155  
 Kurfürsten 14  
 Kyffhäuser-Denkmal 15
- L**  
 Landsmannschaften ▶ Vertriebenenverbände 130  
 „Lastenausgleich“ 130  
 Lebensraumideologie 30, 119  
 Lediz (Lernen mit digitalen Zeugnissen) 52f.  
 Lehnswesen 26  
 Leibeigenschaft 26, 93  
 Litauen 85  
 Living-History 23
- „M**  
 „Machtergreifung“ ▶ Machtübertragung 41  
 Machtübernahme 46, 107  
 Machtübertragung 41  
 Manufakturen 77, 83  
 Markgrafentum Brandenburg-Bayreuth 78–83
- Massengesellschaft 27  
 Matrikelverzeichnis 101  
 Mauerbau 60, 164, **166**  
 Mauerfall 60  
 Memmingen 85  
 Menschen- und Bürgerrechte 78, 92, 155f., 160, **166**  
 Merkantilismus 77  
 Migration 164, **166**  
 – Arbeitsmigration 126, 136–141  
 – Aussiedlermigration 144, 146  
 – Binnenwanderungen 97, 103  
 – Flucht und Vertreibung 85, 126, 135, 137, 142, 164, **165**, 170  
 – Gewaltmigration 106  
 – Konfessionsmigration 78, 87  
 – Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge 155–159  
 – religiös motivierte Migration 78  
 – Transatlantik-Migration 94–102  
 militärischer Widerstand 40, 168  
 Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 63, 68f.  
 Mittelalter 10, 14–27, 87, 164, **167**  
 Mittelalterfest 21f., 27  
 Mittelaltermarkt 21–23, 27  
 Mittelalterrezeption 16  
 Montenegro 155  
 München 81, 93, 102f., 113f., 116f., 119, 122–125, 132, 140f., 150, 153f., 161  
 Mythos 17, 101
- N**  
 Nabburg 21  
 Nama 36f.  
 Namibia 32, 36f.  
 Nation 13, 58, 144  
 Nationalsozialismus 13, 30, 33, 38, 40–59, 128, 142, 164, **167**, 168  
 Neuaubing 125  
 Neuzeit 84, 87, **167**, 169  
 Nigeria 35  
 Nischengesellschaft 13  
 Nordmazedonien 155  
 Nováky 116  
 Novemberpogrome 40, 46, 105, 108–110, 115, 168, 170  
 NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ▶ Nationalsozialismus 40

## Bildquellenverzeichnis

akg-images – S. 18, 64, 133, 138, 144, 152, 160, 164, 207; –/arkivi – S. 128, 162; –/Jaqueline Hiegel – S. 14; –/Interfoto – S. 258; Aktion 18. März, Berlin – S. 10; Alamy Stock Photo/agefotostock – S. 95; –/Archive PL – S. 39; –/Art Collection 2 – S. 84; –/Peter Barritt // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 112; –/CPA Media Pte Ltd – S. 176; –/Darling Archive – S. 58; –/GRANGER - Historical Picture Archive – S. 147; –/Granger Historical Picture Archive – S. 10; –/Heritage Image Partnership Ltd – S. 43, 144; –/History and Art Collection – S. 31; –/imageBROKER.com GmbH & Co. KG – S. 156; –/Keystone Press – S. 327; –/Kuttig - Archival – S. 268; –/Niday Picture Library – S. 64; –/Photo 12 – S. 60, 95, 202; –/Pictorial Press Ltd. – S. 96; –/Louis Schmidt – S. 167; –/Shawshots – S. 194, 257; –/The Granger Collection – S. 49; –/The Picture Art Collection – S. 138, 145; –/Universal Images Group North America LLC – S. 64; –/Bill Waterson – S. 201; –/World History Archive – S. 157; Alemannia Judaica/Joachim Hahn – S.143; Bayerische Staatsbibliothek München/Bildarchiv – S. 133; Bayerische Staatsregierung/Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – S. 298; Bayerisches Bündnis für Toleranz, Bad Alexandersbad – S. 296; Bergmoser + Höller Verlag, Aachen – S. 193; bpk-Bildagentur – S. 70, 73, 84, 88, 99, 155, 184, 205, 219, 221, 229, 236; –/Hermann Buresch – S. 76; –/Georg Buxenstein Co. – S. 80; –/Deutsches Historisches Museum – S. 189; –/Deutsches Historisches Museum, Henrik Ahlers – S. 253; –/Deutsches Historisches Museum, Sebastian Ahlers – S. 21, 262; –/Deutsches Historisches Museum, Agentur Schostal – S. 112; –/Deutsches Historisches Museum, © The Heartfield Community of Heirs // VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 186; –/Heinrich Hoffmann – S. 200; –/Dietmar Katz – S. 153; –/Jochen Remmer – S. 138; –/Staatsbibliothek zu Berlin, Carola Seifert – S. 94; Bridgeman Images/Photo © Christie's Images // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 123; Bundesarchiv-Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt/Fotograf Reck – S. 55, 308; –/Foto Klaus Hansen – S. 317; Bundesministerium der Finanzen/Gestaltung: Ingo Wulff, Kiel – S. 50; Bundeswehr Stand 29 Juli 2009 FR/Galanty – S. 303; Bundeszentrale für politische Bildung, 2020/www.bpb.de, CC BY-NC-ND/3.0/de – S. 286; Bundeszentrale für politische Bildung, 2020/www.bpb.de, CC BY-NC-ND/3.0/de, Treuhandanstalt und Wirtschaftsumbau, Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, 2019 – S. 292; F.A.Z.-Grafik/Felix Brocker – S. 294; Friedrich-Ebert-Stiftung e.V./AdsD der FES, 6/CARD001450 – S. 83; –/AdsD/FES, 6/FOTB002872, © Harry Walter, Krefeld – S. 308, 332; –/SPD/AdsD, 6/PLKA002856 – S. 254; Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit/Archiv des Liberalismus, ADL, Plakatsammlung, P3-566 – S. 268; Gedenkstätte Deutscher Widerstand – S. 322; Goethe-Universität Frankfurt/Jüdische Rundschau XIX. Jahrgang (1914) Heft 32 (7.8.1914), Digitalisiert durch die Universitätsbibliothek J.C. Senckenberg, Frankfurt am Main, 2011: <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/id/2667149> – S. 165; Henschel, Sven und Kulke, Elmar (2004): Dienstleistungsstandort Deutschland. In: Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland/ 8. – Unternehmen und Märkte/Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig (Hrsg.). Mitherausgegeben von Hans-Dieter Haas, Martin Heß, Werner Klohn und Hans-Wilhelm Windhorst. München: Elsevier GmbH, 2004, S. 49 – S. 291; © Hessen Kassel Heritage, Sammlung Graphik, Foto: Ute Brunzel/Johann Michael Voltz, Hepp! Hepp!, SM-GS 6.2.790/3, fol. 5 – S. 174; mago images/Everett Collection – S. 328; –/opokupix – S. 268; –/United Archives – S. 265; Interfoto/Foto Wilhelm – S. 176; –/TV-Yesterday – S. 257; IPON/Stefan Boness – S. 293; iStockphoto/Nastasic – S. 318; Judenboykott am Geschäftsgebäude von Bamberger & Hertz in München, München 1. April 1933/Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. 2010/3/27, Schenkung von Henry J. Bamberger – S. 212; Luise Kamusella/www.kamusella.de – S. 185; Konrad-Adenauer-Stiftung e.V./KAS, ACDP, 10-031-743 – S. 254; Kostas Koufogiorgos, Stuttgart – S. 306; Lernen mit digitalen Zeugnisse (LediZ) – S. 215; LWV-Archiv/Bestand K 12, Nr. 2274 – S. 225; Mauritius Images/Alamy Stock Photo, Abbas Archive Images – S. 126; –/Alamy Stock Photo, Archive PL – S. 163; –/Alamy Stock Photo, Sunny Celeste – S. 107, 317; –/Alamy Stock Photo, CPA Media Pte Ltd – S. 327; –/Alamy Stock Photo, Angela Serena Gilmour – S. 169; –/Alamy Stock Photo, GL Archive – S. 64; –/Alamy Stock Photo, Godong – S. 173; –/Alamy Stock Photo, Historic Collection – S. 227; –/Alamy Stock Photo, Historical image collection by Bildagentur-online – S. 25;

–/Alamy Stock Photo, Michael Major // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 308, 325; –/Alamy Stock Photo, Borislav Marinic – S. 342; –/Alamy Stock Photo, Panther Media GmbH – S. 21; –/Alamy Stock Photo, Pictorial Press – S. 64; –/Alamy Stock Photo, Pictorial Press Ltd – S. 169; –/Alamy Stock Photo, Stacy Walsh Rosenstock – S. 278; –/Alamy Stock Photo, Shawshots – S. 195; –/Alamy Stock Photo, The History Collection – S. 27; –/Alamy Stock Photo, The Picture Art Collection – S. 26; –/Alamy Stock Photo, Universal Images Group North America LLC – S. 14; –/imageBROKER, Sunny Celeste – S. 318; –/imageBROKER, Rosseforp – S. 258; –/SuperStock, Fine Art Images – S. 25, 150 ; –/SuperStock, Fine Art Images / © The Heartfield Community of Heirs // VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 168; –/United Archives, WHA, World History Archive – S. 321; –/World Book Inc. – S. 163; Karte: © mr-kartographie, Gotha / Erstveröffentlichung: Online Dossier Kriege und Konflikte, Kosovo, Bundeszentrale für politische Bildung/ bpb, Bonn – S. 301; Münchner Stadtmuseum / Sammlung Graphik, Gemälde – S. 33; © Peter Palm, Berlin – S. 17; Der Paritätische Gesamtverband – S. 306; picture-alliance – S. 254; –/akg-images – S. 10, 14, 36, 47, 60, 68, 95, 96, 99, 105, 110, 143, 145, 200 (2); –/akg-images // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – S. 137; –/ASSOCIATED PRESS, David – S. 278; –/Wilhelm Bertram – S. 236; –/brandstaetter images, Votava – S. 308, 320; –/dpa – S. 247; –/dpa, Nestor Bachmann – S. 278; –/dpa, dpaweb, Maurizio Gambarini – S. 293; –/dpa, Wolfgang Kumm – S. 236; –/dpa, Uwe Zucchi – S. 278; –/dpa-infografik GmbH – S. 297; –/Fotoarchiv für Zeitgeschichte – S. 109, 189; –/Fotoreport, Gerd Herold – S. 262; –/Christophe Gateau – S. 343; –/imageBROKER, Alf Jönsson – S. 321; –/imageBROKER, Peter Seyferth – S. 265; –/Wolfgang Kumm – S. 267, 335; –/Mary Evans Picture Library, WEIMA – S. 176; –/Sven Pförtner – S. 208; –/Süddeutsche Zeitung Photo, Schellnegger, Alessandra – S. 120; –/Reproduction TASS, TASS – S. 107; –/ullstein bild, Archiv Gerstenberg – S. 14, 52, 64; –/ullstein bild, Herbert Hoffmann – Cover; –/Wolfgang Weihs – S. 267; –/Hermann Josef Wöstmann – S. 265; –/ZB, Agentur Voller Ernst – S. 320; –/ZB, Nestor Bachmann – S. 126; –/ZB, ddrbildarchiv.de – S. 259; –/ZB, Stefan Sauer – S. 60; –/ZB, Karlheinz Schindler – S. 272; –/ZB, Zentralbild – S. 251; Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53113 Bonn / © 2018 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH, Ditzingen, © Bundeszentrale für politische Bildung – S. 191; © Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim – S. 53; Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Bundeskoordination Berlin – S. 296; SPD / AdsD der FES, 6/PLKA026197 – S. 268; Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz / Abteilung Handschriften und Historische Drucke, Signatur: 2" Stabi 1623 : R – S. 124; Stadtarchiv Lörrach / Stalö2.43.7 – S. 176; –/Stalö2.43.15 – S. 228; Statista GmbH, Hamburg – S. 234, 262; Stiftung ehemalige Synagoge Ichenhausen / Angela Brenner – S. 143; Stiftung Haus der Geschichte – S. 275 (2); Süddeutsche Zeitung Photo – S. 315; –/„Die deutschen siamesischen Zwillinge“, Ernst Maria Lang, SZ vom 24.02.1948 – S. 244; –/Rudolf Dietrich – S. 254; –/dpa – S. 255; –/Historische Archive – S. 210; –/imageBROKER, Helmut Meyer zur Capellen – S. 143; –/Scherl – S. 67, 108, 122, 130, 207, 223; –/SZ Photo – S. 125, 212 (2); ullstein bild – S. 14, 132, 202; –/histopics – S. 29; –/Keute – S. 160; Universitätsbibliothek Heidelberg / Der wahre Jacob, Nr. 138 – S. 64; Verlag Bild und Heimat Reichenbach / Foto: Lorenz Oberhof, aus der Sammlung von Günther Hunger, Oschatz – S. 265; Wilhelm-Busch-Gesellschaft e. V., Hannover – S. 161; www.wikimedia.org – S. 101, 342.

## Mediencodes

**S. 16**

Mauritius Images / Alamy Stock Photo, Photo 12 – 32072-002  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, NMUIM – 32072-002  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, PWB Images – 32072-002  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, The Picture Art Collection – 32072-002  
 SPIEGEL GESCHICHTE 1/2010, Seite 35 – 32072-002  
 bpk-Bildagentur / RMN-Grand Palais, Jean-Gilles Berizzi, Paris, MuCEM, Musée des Civilisations de l'Europe et de la Méditerranée – 32072-002  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, ART Collection – 32072-002  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, The History Collection – 32072-003  
 AdobeStock / dbrnjhrj – 32072-004  
 Alamy Stock Photo / Heritage Image Partnership Ltd. – 32072-004  
 Kunstsammlungen der Stadt Nürnberg / Grafische Sammlung – 32072-004  
 Aus dem Band: Manfred Treml (Koord.), Geschichte des modernen Bayern, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2020, S. 53, Grafik: Matthias Bischel – 32072-004

**S. 38**

Alexander Altenhof / CC BY-SA 4.0, geändert/bearbeitet von C. C. Buchner Verlag – 32072-044  
 Mauritius Images / Alamy Stock Photo, Artefact – 32072-044  
 Alamy Stock Photo / The Picture Art Collection – 32072-044  
 © Peter Palm, Berlin – 32072-044

**S. 66**

Alamy Stock Photo / The Picture Art Collection – 32072-170

**S. 106**

Alamy Stock Photo / PWB Images – 32072-241  
 Alamy Stock Photo / BTEU/AUSMUM – 32072-241  
 akg-images – 32072-241

**S. 127**

bpk-Bildagentur / Kunstmuseum Stuttgart, Erworben mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg, Uwe H. Seyl // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – 32072-283  
 Alamy Stock Photo / agefotostock, © Estate of George Grosz, Princeton, N. J. // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – 32072-283

**S. 204**

Mauritius Images / Alamy Stock Photo, CBW – 32072-444

**S. 216**

© Peter Palm, Berlin – 32072-472  
 Grünes Bamberg / Markus Schäfer – 32072-472

**S. 219**

picture-alliance / RIA Nowosti – 32072-470  
 akg-images – 32072-470  
 bpk-Bildagentur / Alinari Archives // © VG Bild-Kunst, Bonn 2024 – 32072-470  
 © Museum Berlin-Karlshorst / Foto Albert Dieckmann – 32072-470

**S. 231**

Olaf Blaschke, Münster / erschienen in: theologie.geschichte Beiheft 2/2010 S. 80, Universaar – Universitätsverlag Saarbrücken – 32072-499  
 Süddeutsche Zeitung Photo / Bilderdienst – 32072-499  
 Bundesarchiv / Sign. Bild Barch, R 3017, 3828-006, Bl. 25 RS, Koblenz – 32072-499  
 bpk-Bildagentur / Deutsches Historisches Museum, Sebastian Ahlers – 32072-499  
 picture-alliance / dpa – 32072-499

**S. 266**

Mauritius Images / imageBROKER, Siegfried Grassegger – 32072-eA  
 picture-alliance – 32072-eA  
 Gesellschaft für Zeitgeschichte, Erfurt – 32072-eA  
 Wolfgang Nowak / BI Schwandorf – 32072-eA  
 Süddeutsche Zeitung Photo / amw – 32072-eA  
 Robert-Havemann-Gesellschaft / RHG\_Fak\_067 – 32072-eA  
 Getty Images Plus / iStockphoto, photoart23D – 32072-eA  
 Süddeutsche Zeitung Photo / Fritz Neuwirth – 32072-eA

**S. 273**

Robert-Havemann-Gesellschaft / RHG\_PI\_686 – 32072-eA  
 picture-alliance / zb, Reinhard Kaufhold – 32072-eA  
 picture-alliance / Michael Jung – 32072-eA

**S. 300**

imago images / Müller-Stauffenberg – 32072-613

# Hilfen zum richtigen Umgang mit Operatoren

Die Operatoren, also die konkreten Arbeitsanweisungen innerhalb einer Aufgabe, werden in drei Anforderungsbereiche (I, II, III) gegliedert. Dabei ist die wechselseitige Abhängigkeit der Operatoren zu beachten. Wie bei einer Treppe schließt die Stufe III die Stufen I und II ein, die Stufe II die Stufe I.

		III
	II	II
I	I	I

- Bei **Operatoren aus dem Anforderungsbereich I** (nennen, beschreiben, bezeichnen) stehen das Wiedergeben und Beschreiben von Inhalten und Materialien im Vordergrund. Es geht also um eine reine Reproduktionsleistung, die sich in der Regel explizit auf das angegebene Material bezieht.
- **Operatoren aus dem Anforderungsbereich II** (z. B. erklären, charakterisieren, darstellen usw.) stehen für das selbstständige Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Sachverhalte sowie das Übertragen („Transfer“) gelernter Inhalte und Methoden auf andere Sachverhalte. Hier stehen also die Reorganisation bzw. der Transfer von Wissen und Erkenntnissen im Vordergrund.
- **Operatoren aus dem Anforderungsbereich III** (z. B. beurteilen, überprüfen) stehen für das Lösen von neuen Problemstellungen, aber auch für die Reflexion von eingesetzten Methoden und gewonnenen Erkenntnissen. Ziel ist es dabei, zu begründeten Urteilen zu kommen. Hier ist also problemlösendes Denken gefragt.

Operator*	Was ist zu beachten?	Wie ist vorzugehen?
<b>analysieren (II)</b>	Materialien oder Sachverhalte sind systematisch zu untersuchen und auszuwerten	- Stellen Sie den Zusammenhang zwischen den im Material (z. B. Statistik, Karikatur, Plakat, Text) enthaltenen Informationen und Ihrem Fachwissen her. - Dabei ist es wichtig, zunächst die wesentlichen Informationen aus Materialien auszuwählen und zu strukturieren. - In einem weiteren Schritt geht es um die Einordnung in den historischen Kontext.
<b>begründen (II)</b>	Aussagen (zum Beispiel eine Behauptung, eine Position) durch Argumente stützen, die durch Beispiele oder andere Belege untermauert werden	- Es geht darum, den kausalen, also begründeten Zusammenhang zwischen einem vorgegebenen Sachverhalt und Ihrem Fachwissen herzustellen. - Dabei ist es wichtig, die Aufgabenstellung zunächst genau zu erschließen, das Fachwissen zu strukturieren und auszuwählen sowie schließlich die Begründungen auszuformulieren.
<b>beschreiben (I)</b>	Sachverhalte schlüssig wiedergeben	- Hier ist vor allem genaues Lesen bzw. Beobachten gefragt.
<b>beurteilen (III)</b>	Sachverhalte, Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen untersuchen, die dabei zugrunde gelegten Kriterien benennen und ein begründetes Sachurteil formulieren	- Zunächst ist die Ausgangsthese – etwa „Beurteilen Sie, ob die Weimarer Republik an Defiziten ihrer Verfassung scheiterte“ – zu erfassen und präzise darzulegen. - In einem zweiten Schritt ist die Aussage bzw. Behauptung argumentativ auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen bzw. zu erörtern. Auch die dabei angewandten Kriterien sind zu benennen. - Die Beantwortung der Aufgabe muss in einem begründeten Fazit münden.
<b>bewerten (III)</b>	Sachverhalte, Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen beurteilen, ein begründetes Werturteil formulieren und die dabei zugrunde gelegten Wertmaßstäbe offenlegen	- Im Fokus stehen hier die Wertmaßstäbe, also etwa auch die abweichenden Wertmaßstäbe der betreffenden Vergangenheit. - Somit sind Wertmaßstäbe zu definieren und gemäß der Kriterien zu bewerten.
<b>bezeichnen (I)</b>	Sachverhalte (insbesondere bei nicht-linearen Texten wie zum Beispiel Tabellen, Schaubildern, Diagrammen oder Karten) begrifflich präzise formulieren	- Die besondere Betonung liegt hier auf der begrifflichen Präzision. - D. h., Fachbegriffe sind hier in ihrer exakten Definition anzubringen bzw. Sachverhalte aus dem angegebenen Material auf den Punkt zu bringen.

<b>charakterisieren (II)</b>	Sachverhalte mit ihren typischen Merkmalen und in ihren Grundzügen bestimmen	- Hierzu ist es wichtig, die typischen Merkmale und Grundzüge von Sachverhalten zu kennen und dieses Wissen in die Antwort einzubringen.
<b>darstellen (II)</b>	Sachverhalte strukturiert und zusammenhängend verdeutlichen	- Hier ist eine eigenständige Strukturierungsleistung gefragt. - Sachverhalte aus Ihrem Wissen sind auszuwählen und in einen inhaltlichen Zusammenhang zu bringen. - Achten Sie darauf, diesen Zusammenhang zu verdeutlichen.
<b>ein-, zuordnen (II)</b>	Sachverhalte schlüssig in einen vorgegebenen Zusammenhang stellen	- Hier geht es darum, den Sachverhalt und den entsprechenden Kontext mithilfe einer klaren Struktur zu beschreiben und dabei die Beziehung zwischen Sachverhalt und Kontext herauszuarbeiten.
<b>entwickeln (III)</b>	zu einer vorgegebenen oder selbst entworfenen Problemstellung einen begründeten Lösungsvorschlag entwerfen	- Im Vordergrund steht hier problemlösendes Denken, das allerdings immer an die historischen Vorgaben gebunden sein sollte. - Es geht also nicht um „Kreativität“, sondern um begründete Wissensanwendung.
<b>erklären (II)</b>	Sachverhalte schlüssig aus Kenntnissen in einen Zusammenhang stellen (zum Beispiel Theorie, Modell, Gesetz, Regel, Funktions-, Entwicklungs- und/oder Kausalzusammenhang)	- Gemeint ist die Herausstellung des Zusammenhangs zwischen gegebenen Informationen und dem angeeigneten Fachwissen. - Konkret bedeutet dies, gegebene Informationen aufzuschlüsseln, Aspekte aus dem Fachwissen auszuwählen und die Beziehung zwischen gegebener Information und dem Fachwissen herzustellen.
<b>erläutern (II)</b>	Sachverhalte mit Beispielen oder Belegen veranschaulichen	- Im Grunde meint „erläutern“ das Gleiche wie „erklären“, allerdings müssen hier zusätzlich passende Beispiele bzw. Belege angeführt und beschrieben werden.
<b>erörtern (III)</b>	zu einer vorgegebenen These oder Problemstellung durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Ergebnis formulieren	- Hier geht es insbesondere darum, Fachwissen zur Lösung einer Problemstellung anzuwenden. - Dabei sind zunächst entsprechend der Aufgabenstellung Pro- und Kontra-Argumente auszuwählen und in eine sinnvolle Struktur zu bringen. - Abschließend ist ein Urteil im Gesamtzusammenhang zu fällen.
<b>erstellen (II)</b>	Sachverhalte (insbesondere in grafischer Form) unter Verwendung fachsprachlicher Begriffe strukturiert aufzeigen	- Zu denken wäre etwa an eine Lerngrafik, die Sachverhalte in ihren Zusammenhängen verdeutlicht. - Oft hilft zunächst die Festlegung auf die Fachbegriffe, die dann strukturiert in ihrer Beziehung zueinander dargestellt werden.
<b>gestalten (III)</b>	zu einer vorgegebenen oder selbst entworfenen Problemstellung ein Produkt rollen- bzw. adressatenorientiert herstellen	- Zu beachten ist, die „Kreativität“ nicht zu weit zu dehnen, sondern die Gestaltung immer eng an die Problemstellung zu binden. - Auch der Rollen- bzw. Adressatenbezug („Wer gestaltet für wen?“) ist im Blick zu behalten.
<b>herausarbeiten (II)</b>	Sachverhalte unter bestimmten Gesichtspunkten aus vorgegebenem Material entnehmen, wiedergeben und/oder gegebenenfalls berechnen	- Ein unbedingt zu vermeidender Fehler bei diesem in der Regel auf einen Text bezogenen Operator ist es, den Text einfach „nacherzählen“. - Vielmehr geht es darum, Informationen unter Oberbegriffen zu gliedern und so strukturiert wiederzugeben.
<b>nennen (I)</b>	Sachverhalte in knapper Form anführen	- Die zu nennenden Sachverhalte sind in der Regel im Material angelegt und können hier direkt entnommen werden.
<b>überprüfen (III)</b>	Aussagen, Vorschläge oder Maßnahmen an Sachverhalten auf ihre sachliche Richtigkeit hin untersuchen und ein begründetes Ergebnis formulieren	- Bei diesem anspruchsvollen Operator geht es zunächst darum, die in der Aufgabe angeführte These zu erfassen. - Das eigene Fachwissen ist so einzubringen, dass immer der bestätigende oder widersprechende Bezug zur Ausgangsaussage deutlich wird. - Am Ende muss die Ausgangsthese bestätigt oder verworfen werden, indem ein eigenes Urteil formuliert wird.
<b>vergleichen (II)</b>	Vergleichskriterien festlegen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede gewichtend einander gegenüberstellen sowie ein Ergebnis formulieren	- Die Vergleichskriterien sollten den Text strukturieren. - Das Ergebnis des Vergleichs sollte gewichtend sein, d. h. eine auswertende Feststellung, in welchem Verhältnis Gemeinsamkeiten und Unterschiede stehen und worauf der Vergleich insgesamt hinausläuft.

\* Die Ziffer in Klammer gibt den Anforderungsbereich an.





P32072